



universität
wien

DISSERTATION

Titel der wissenschaftlichen Arbeit
Zur Akzeptanz sozialer Ungleichheit

Verfasser

Mag. rer. soc. oec. Gert Lang

angestrebter akademischer Grad
Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 122
Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Soziologie
Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Anton Amann

DANKE NINA

für viel Liebe,
viel Mühen
und viel Geduld

Inhaltsverzeichnis

Ausgangslage und Erkenntnisinteresse	1
Fragestellung und Aufbau	4
THEORETISCHER TEIL	6
1 Vorwort und Aufbau des theoretischen Teils	6
2 Was ist Akzeptanz? Skizzierung eines allgemeinen Konzepts.....	8
2.1 Ausgangspunkte und Begründungen	8
2.2 Begrifflichkeit und theoriengeschichtliche Ankerpunkte.....	9
2.3 Analytische Ebenen und Charakterisierungen	11
2.4 Definitionen von Akzeptanz.....	15
2.5 Zusammenfassung: Das allgemeine Akzeptanzkonzept bei Doris Lucke	16
3 Akzeptanzobjekt, -kontext, -subjekt und soziale Ungleichheit.....	20
3.1 Akzeptanzobjekt: Begriffe, Konzepte, Theorien sozialer Ungleichheit	20
3.1.1 <i>Zentrale Begriffe und Konzepte</i>	20
3.1.2 <i>Theorien sozialer Ungleichheit und ihrer Folgen</i>	24
3.1.3 <i>Ältere Ansätze sozialer Ungleichheit</i>	25
3.1.4 <i>Neuere Ansätze sozialer Ungleichheit</i>	29
3.1.5 <i>Zwischenbetrachtungen</i>	53
3.2 Akzeptanzkontext I: Ordnungssysteme sozialer Ungleichheit	56
3.2.1 <i>Wirtschaftsordnung</i>	58
3.2.2 <i>Soziale Ordnung</i>	59
3.2.3 <i>Politische (Herrschafts-)Ordnung</i>	60
3.2.4 <i>Kulturelle Normen und Leitprinzipien</i>	62
3.2.5 <i>Zusammenfassung</i>	63
3.3 Akzeptanzkontext II: Strukturen von sozialer Ungleichheit	66
3.3.1 <i>Soziale Ungleichheit im kurzen historischen Abriss</i>	67
3.3.2 <i>Klassenkonzepte</i>	69
3.3.3 <i>Schichtkonzepte</i>	72
3.3.4 <i>Zwischenfazit: Klassen und Schichten in kritischer Diskussion</i>	75
3.3.5 <i>Der Lebenslagenansatz</i>	78
3.3.6 <i>Die Entwicklung des Lebenslagenansatzes</i>	80
3.3.7 <i>Zusammenfassung: Analytische Bestandteile des Lebenslagenansatzes</i>	96

3.3.8	<i>Tauglichkeit des Lebenslagenansatzes</i>	102
3.4	Akzeptanzsubjekt: Deutung von sozialer Ungleichheit und Handlungsoptionen	104
3.4.1	<i>Handlungstheoretische Grundlagen</i>	104
3.4.2	<i>Grundlegende Handlungsmodelle</i>	106
3.4.3	<i>Handlungstheorie in Gesellschafts- und Ungleichheitstheorien</i>	116
3.4.4	<i>Zwischenbemerkung: Milieu- und Lebensstildiskussion</i>	128
3.4.5	<i>Handlungstheoretische Schlussfolgerungen</i>	131
4	Entwurf eines Konzepts der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit	133
4.1	Definitionen und Konzeptcharakteristiken	134
4.2	Forschungsfragen und Hypothesen	140
EMPIRISCHER TEIL		143
5	Aufbau des empirischen Teils	143
6	Methoden	144
6.1	Inhaltliche und methodologische Aspekte des Forschungsdesigns	144
6.2	Untersuchungsformen und Operationalisierung	149
6.2.1	<i>Untersuchungsmethode auf Individualebene</i>	149
6.2.2	<i>Daten auf Kontextebene</i>	156
6.3	Strategie bei der Datenanalyse und methodische Vorgangsweise	161
7	Ergebnisse	164
7.1	Akzeptanz sozialer Ungleichheit: Konzeptspezifikation und empirische Prüfung	164
7.1.1	<i>Einleitung und Forschungshypothesen</i>	164
7.1.2	<i>Methodische Vorgehensweise und statistische Datenanalyse</i>	171
7.1.3	<i>Ergebnisse und Inhalte der Analyse</i>	179
7.1.4	<i>Zusammenfassung der Hauptergebnisse und Schlussfolgerungen</i>	193
7.2	Subjektive Akzeptanz im Kontext der gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung	197
7.2.1	<i>Einleitung und Forschungshypothesen</i>	197
7.2.2	<i>Methodische Vorgehensweise und statistische Datenanalyse</i>	205
7.2.3	<i>Ergebnisse und Inhalte der Analyse</i>	214
7.2.4	<i>Zusammenfassung der Hauptergebnisse und Schlussfolgerungen</i>	227
7.3	Lebenslagen und die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit	231
7.3.1	<i>Einleitung und Forschungshypothesen</i>	231
7.3.2	<i>Methodische Vorgehensweise und statistische Datenanalyse</i>	235
7.3.3	<i>Ergebnisse und Inhalte der Analyse</i>	246
7.3.4	<i>Zusammenfassung der Hauptergebnisse und Schlussfolgerungen</i>	262

DISKUSSION UND FAZIT	267
8 Zusammenfassende Diskussion.....	267
8.1 Forschungsproblem und Konzeptbestandteile	267
8.2 Inhaltliche Hauptergebnisse	271
8.3 Methodische Hauptergebnisse	274
9 Schlussfolgerndes Fazit	278
9.1 Zur Strukturierung der Akzeptanz.....	278
9.2 Zur Handlungsvoraussetzung der Akzeptanz	280
9.3 Zur Relevanz der Akzeptanz sozialer Ungleichheit	288
Bibliografie	292
Anhang	317
Tabellenverzeichnis	317
Abbildungsverzeichnis	318
Deutsche Zusammenfassung.....	319
English Abstract	320
Lebenslauf Gert Lang	321

Ausgangslage und Erkenntnisinteresse

Zu den Merkmalen jeder Gesellschaft zählt ein gewisses Maß an sozialer Ungleichheit, so auch in der modernen Wohlstandsgesellschaften (Lepsius 2008). Aber in Zeiten, die von einem bemerkenswerten Wirtschaftswachstums, einem großzügigen Ausbau von Sozialleistungen und des modernen Wohlfahrtsstaates geprägt waren, herrschte die Euphorie, dass die sozialen Ungleichheiten in die Schranken gewiesen werden könne. Sehr optimistisch wurde proklamiert, dass es sich dabei um zentrale Begleitumstände der Modernisierung handelt (Hradil 2005).

Das oben angeführte Zitat zeichnet hingegen eine grundlegend andere Situation nach. Es steht stellvertretend für die allermeisten westlichen Gesellschaften, denn UngleichheitsforscherInnen weisen schon länger darauf hin, dass gegenwärtige Nationalgesellschaften wieder mit einer Zunahme der sozialen Ungleichheiten konfrontiert sind. Abgesicherte Befunde zeigen, dass die Staaten im Vergleich zu den 1970er Jahren wieder ungleicher geworden sind. Der Optimismus von anno dazumal scheint verflogen und die Vorstellung einer Vermehrung des allgemein geteilten Wohlstands, der öffentlichen Gesundheit und der Erhöhung der durchschnittlichen Bildung und der sozialen Gleichheit schwindet zunehmend. Bei dieser Trendumkehr handelt es sich nicht bloß um eine einzelne, temporäre oder innergesellschaftliche Veränderung, sondern um einen tiefgreifenden Wandel, der sich auch im Vergleich zwischen den Gesellschaften zeitigt. Wie Stefan Hradil schreibt wird zunehmend klarer, dass damit ein zentraler Trend sich entwickelnder Gesellschaften verloren geht, nämlich „*die Bewegung hin zu einer gleicheren und zugleich gerechteren Gesellschaft*“ (Hradil 2005: 461).

Allgemein versteht man unter sozialer Ungleichheit die gesamten Lebensbedingungen, die es Menschen besser oder schlechter erlauben, die allgemein geteilten Ziele eines „guten Lebens“ zu erreichen (Hradil 2006: 195). Ungleichheiten lassen sich entlang vieler Dimensionen analysieren, wie beispielsweise anhand der Bildung, der Erwerbsarbeit, des Wohlstands, des Ansehens, der Gesundheit, der Freizeit, der Sicherheit, der Partizipationschancen. Am Beispiel des Einkommens bzw. der Einkommensungleichheiten – einem zentralen Ungleichheitsindikator moderner Gesellschaften – lässt sich gut nachzeichnen, dass nach einer Periode abnehmender Ungleichheit spätestens seit der 1980er Jahre die große Kehrtwende eingeläutet wurde (Anm.: der sogenannte „*great U-turn*“) und es zu einer zunehmenden Polarisierung gekommen ist (Sachweh 2010). Die OECD konstatiert in einem aktuellen Bericht, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in den vergangenen drei Jahrzehnten kontinuierlich größer geworden ist, sich vor allem zwischen 2007 und 2010 beschleunigt hat und nur aufgrund der staatlichen Sozialleistungen abgedämpft werden konnte. Die Arbeitseinkommen der reichsten 10 % der Beschäftigten sind gegenüber dem der ärmsten 10 % bedeutend rascher gestiegen, wobei der stärkste Zuwachs das 1 % der BezieherInnen von Spitzeneinkommen verzeichnete. In den Ländern der OECD hat sich das Einkommensgefälle zwischen Arm und Reich von 1 zu 5 in den 1980er Jahren auf heutige 1 zu 6 vergrößert (OECD 2011). In Österreich hat unlängst eine neue Studie der Universität Linz zur Vermögenssituation medial für Aufsehen gesorgt, wonach bezogen auf private Haushalte das reichste 1 % – nicht wie bisher angenommen über 22,9 %, sondern – über 37 % des Gesamtvermögens besitzt. Oder: Die reichsten 10 % besitzen 69 % des Gesamtvermögens und verfügt daher über mehr als doppelt so viel wie die 90-prozentige Bevölkerungsmehrheit (Eckerstorfer et al. 2013).

Der Trend zunehmender Ungleichheit in Europa ließe sich auch anhand anderer sozialstruktureller Indikatoren nachzeichnen, wie beispielsweise anhand der Bildungsbeteiligung bzw. -chancen, der gesundheitlichen Situation oder anhand der Wohnbedingungen (vgl. z. B. Mau/ Verwiebe 2010). Wie die Einkommens- und Vermögensverteilung aber zeigt, geht die Schere weiter auseinander und die Differenzen werden zunehmend größer. Viele Menschen leben in „Reichtums-“ und viele leben in prekären Lagen (z. B. Armut), die beispielsweise mit Einschränkungen im Lebensstandard, mit eingeschränkten Partizipationschancen oder gar mit gesundheitlichen Einbußen verbunden sein können. Insgesamt haben sich die gesamten Lebensverhältnisse zunehmend polarisiert, wofür in der Diskussion oftmals die Metapher einer auseinanderdriftenden und einer gespaltenen Gesellschaft verwendet wurde. Manche AutorInnen sprechen von den „*Ausgeschlossenen*“ (Bude 2008) oder vom „*abgehängten Prekarat*“ (Neugebauer 2007). Viele und immer mehr Menschen realisieren, dass ihre sozialen Partizipationschancen eingeschränkt sind und „*die meisten Menschen haben heute den Eindruck, dass das Oben und das Unten der Gesellschaft weiter auseinander rücken, und sich diese Schere in Zukunft noch weiter öffnen wird*“ (Hradil 2005: 461).

Daher drängt sich folgende These drängt auf: Wenn sich Unzufriedenheit mit den ungleichen Lebensbedingungen in der Bevölkerung einstellt, geht dann nicht die Legitimationsgrundlage moderner Gesellschaften verloren und dann ist von einer potenziellen Gefährdung des Zusammenhalt auszugehen. Begründet werden kann diese These damit, dass Individuen und Gruppen in einem sozialmoralischen Zusammenhang geteilter Normen, Werte und gleicher Rechte miteinander in Verbindung stehen. Die Glaubwürdigkeit fortgeschritten, sozialstaatlich verfasster und demokratischer Gesellschaften hängt daher stark davon ab, wie die „Leitidee“ gleicher Bürgerrechte und die der gleichen Lebenschancen (noch) realisiert werden kann. Angesichts eines hohen Levels an sozialer Ungleichheit stellt sich daher die soziologisch interessante Frage, wie es um die soziale Kohäsion in der Gesellschaft bestellt ist. Gleichzeitig begründet die Frage die Relevanz, sich mit dem der subjektiven Akzeptanz bzw. Ablehnung von sozialer Ungleichheit in der Bevölkerung auseinanderzusetzen. Die konkreten Fragen an eine diesbezügliche Akzeptanzforschung lauten: Wie werden die sozialen Ungleichheiten in der Bevölkerung beurteilt und durch was werden sie dabei beeinflusst? Und: Mit welchen Reaktionen ist bei der Wahrnehmung der ungleichen Lebensverhältnisse und -bedingungen zu rechnen?

In ihrer Beantwortung lässt sich außerdem der Frage nähern, ob das Niveau an sozialen Ungleichheiten etwas mit den sozialen Spannungen und Konflikte zu tun haben und ob der soziale Frieden davon tangiert ist. Es handelt sich daher um grundlegende Fragen der sozialen Ordnungsbildung deren Ausgangsthese lautet, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt auf der relativen Akzeptanz von sozialer Ungleichheit beruht. Wenn es jedoch in der Bevölkerung zu mehrheitlichen Vorbehalten bei der Legitimation des Ungleichheitssystems kommt, dann wackelt die gesellschaftliche Legitimität. Die Weichen für sozialen Wandel sind dann gestellt, wenn die Bereitschaft in der Bevölkerung, die sozialen Ungleichheiten zu akzeptieren, zunehmend schwindet.

Interessant ist jedoch, dass Akzeptanzfragen sowohl im öffentlichen wie auch im wissenschaftlichen Diskurs relativ wenig Beachtung geschenkt wurden. Auch die empirische Tatsache ist beachtenswert, dass es trotz sich zusätzlicher Lebensverhältnisse bisher noch relativ wenig Widerstand und Protest zu verzeichnen sind. Einige Befunde deuten sogar darauf hin, dass der Trend wachsender Ungleichheit (z. B. des Einkommens und Vermögens) von einer grundlegenden Akzeptanz sozialer Ungleichheiten begleitet wird (Hadjar 2008; Sachweh 2010).

Dies weist auf komplizierte anstatt einfache Zusammenhänge im Prozess der Legitimation der gesellschaftlichen Lebensbedingungen hin und der Kenntnisstand der Akzeptanzforschung bestätigt diese Vermutung. Bei der Analyse von einschlägigen Studien, u. a. hinsichtlich der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit bzw. Gerechtigkeit (z. B. Haller 1986, 1987; Kluegel/ Smith 1986; Levin-Epstein et al. 2003; Marshall et al. 1999; Mau 1997; Svalfors 1993), fasste Carsten G. Ullrich (2008) folgende Ergebnisse der internationalen Akzeptanzforschung zusammen: Erstens existiert hohe Zustimmung zu Systemen der sozialen Sicherung, des Wohlfahrtsstaates bzw. seiner Institutionen. Die diesbezügliche Akzeptanz variiert zwar nach Leistungssystemen (z. B. der Alterssicherung, Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe), jedoch lässt sich aufgrund der empirischen Befunde eine gewisse zeitliche Stabilität der Akzeptanz ableiten. Daher kann man – zweitens – auch von einem Einverständnis zu den sozialpolitischen Zielen, insbesondere der Reduzierung von sozialer Ungleichheit bzw. der Ablehnung von benachteiligten Lebensbedingungen seitens der Bevölkerung ausgehen. Drittens existieren jedoch teilweise große Unterschiede zwischen Ländern, wie z. B. der Vergleich der Zustimmungsraten in den USA mit jenen in europäischen Staaten zeigt, ohne das jedoch das Erklärungsmuster dafür grundlegend entschlüsselt zu sein scheint. Dazu kommt viertens, dass die Übereinstimmung zwischen Teilen der Bevölkerung gering ausfällt und die Erkenntnisse hinsichtlich horizontaler Faktoren (z. B. Geschlecht, Alter) und vertikaler Faktoren sozialer Ungleichheit (z. B. Klasse, Schicht, Lage) widersprüchlich verlaufen (Ullrich 2008).

Die empirischen Erkenntnisse deuten auf die Notwendigkeit, sich eingehender mit Akzeptanzfragen zu beschäftigen. Wie schon in meiner Diplomarbeit, die sich mit der Struktur des sozialen Systems und mit diesbezüglichen Einstellungen und Bewertungen von sozialer Ungleichheit in Österreich beschäftigte (Lang 2001), werde ich mich hier daher mit Akzeptanzfragen in noch detaillierteren Weise auseinandersetzen. Neben dieser individuellen Motivation der intellektuellen Neugier für das Akzeptanzthema lässt sich auch eine soziologische Debatte darüber beobachten. Letztere ist von wissenschaftlichen Kontroversen, von unterschiedlicher Forschungstradition aber auch von Forschungslücken auf theoretischer und empirischer Ebene gekennzeichnet, auf deren Hauptpunkte nachfolgend kurz eingegangen werden sollen.

Akzeptanzforschung wurde insbesondere in der Techniksoziologie (Risikoabschätzung), der Verwaltungs- und Rechtssoziologie bzw. in der Wohlfahrtstaatenforschung betrieben (Lucke 2006; Ullrich 2008). Auf theoretischer Ebene lassen sich solche Bezüge, ohne der Existenz einer umfassenden Theorie der Akzeptanz, ausmachen. Der Anspruch dieser Arbeit kann kaum lauten, solch eine Theorie der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit aufzustellen, jedoch kann diese theoretische Lücke ein stückweit aufgefüllt werden. Die Absicht des theoretischen Teils dieser Arbeit ist darin zu sehen ist, zentrale soziologische Begriffe und Konzepte klassischer und zeitgemäßer Ungleichheitstheorie in ein bestehendes und detailliert ausgearbeitetes Akzeptanzkonzept – hier: von Doris Lucke (1995) – zu integrieren. Das Ziel dieser Integrationsarbeit ist die theoretische Auseinandersetzung von individualistischen (d. h. mikrosoziologischen) und kollektivistischen (d. h. makrosoziologischen) Ansätzen und die Entwicklung eines theoretischen Akzeptanzkonzepts sozialer Ungleichheit unter der Berücksichtigung moderner sozialstruktureller und handlungstheoretischer Überlegungen.

Aus methodischer Perspektive lässt sich auch eine Defizitsituation in der Akzeptanzforschung ausmachen. Diese besteht zunächst aufgrund des theoretischen Mangels bzw. der geeigneten „Anleitung“, wie das Phänomen der Ungleichheitsakzeptanz operational zu spezifizieren sei.

Aufgrund der nur mangelhaft ausgefallenen theoretischen Ausarbeitung hat das zu einer sehr unterschiedlichen Verwendung von theoretischen Begriffen und Konzepten geführt. In der weitern Folge schlagen sich diese Verwendungsweisen gezwungenermaßen in unterschiedlichen empirischen Ergebnissen und Schlussfolgerungen nieder. Darüber hinaus werden für die empirische Untersuchung verschiedenste Datengrundlagen herangezogen, die es manchmal besser und manchmal schlechter erlauben, das Akzeptanzphänomen empirisch zu untersuchen. Probleme ergeben sich bei der unzureichenden Auswahl und Verwendung von geeigneten Akzeptanzebenen, -dimensionen und -indikatoren, die nur eine vorsichtige Interpretation oder sehr eingeschränkte Vergleichbarkeit zulassen, wie etwa zwischen sozialstrukturellen Gruppen (wie z. B. Klassen, Schichten, Lagen) und Ländern (z. B. in Europa). Zuletzt ist noch ein Mangel durch den Einsatz traditioneller Auswertungsmethoden zu nennen. Der standardmäßige Einsatz von (gruppenbasierten) Deskriptions-, exploratorischen Faktoren- oder linearen Regressionsanalysen stellen jedoch für sehr komplexe theoretische Forschungsfragen keine adäquaten Analyseverfahren dar, wie beispielsweise bei der strukturierenden Vermittlung zwischen Makro- und Mikroebenen. Sie tragen nur eingeschränkt zu einer fundierten Erklärung des Akzeptanzphänomens bei und bergen die Gefahr, Fehlschlüsse und Artefaktwissen zu produzieren. Demgegenüber vorzuziehen sind neuere quantitativ-statistische Methoden der empirischen Sozialforschung, wie beispielsweise jene der latenten Klassen- oder Mehrebenenanalyse.

Mit dem hier zu entwickelnden Akzeptanzkonzept sozialer Ungleichheit ist auch die Absicht verbunden, eine empirische Anwendung vorzubereiten. Das Ziel ist eine theoretisch-konzeptuell begründete Benennung und Erklärung des Akzeptanzphänomens, die für eine adäquate Operationalisierung notwendigen Anweisungen gibt. Mit dieser Arbeit soll ein Beitrag zu einer besseren methodischen Situation und durch die quantitative Umsetzung Vorschub geleistet werden, die zu einer fundierten empirischen Erkenntnis- und Erklärungsbasis des Akzeptanzphänomens beiträgt. Die Reduzierung der theoretischen und methodischen Mängel liefert insgesamt die Voraussetzungen für eine tragfähige Akzeptanzforschung von sozialer Ungleichheit.

Fragestellung und Aufbau

Vor dem Hintergrund (wieder) zunehmender sozialer Ungleichheiten, stellen sich legitimatorische Fragen der individuellen Wahrnehmung und Bewertung und der sozialen Ordnungsbildung und Kohärenz einer Gesellschaft. Die hier im Rahmen der Möglichkeiten behandelte allgemeine Forschungsfrage lautet: Wie kann ein Akzeptanzkonzept von sozialer Ungleichheit theoretisch fundiert werden, methodisch umgesetzt und empirisch überprüft werden?

In der aktuellen Diskussion existiert neben dem theoretischen Mangel der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit auch ein Mangel an fundierter Methodik und empirischer Umsetzung von diesbezüglichen Akzeptanzfragen. Deshalb verfolgt die vorliegende Arbeit das doppelte Ziel: Aufgrund des Mangels einer Akzeptanztheorie wird erstens ein Akzeptanzkonzept von sozialer Ungleichheit entworfen. Dieser konzeptuellen Arbeit widmet sich der erste theoretische Teil. Dabei wird folgendermaßen vorgegangen: In das allgemeine Akzeptanzkonzept von Doris Lucke – welches noch ausführlich dargelegt werden muss – werden theoretische Ansätze zur Erklärung von sozialer Ungleichheit fruchtbar gemacht, wobei das Akzeptanzobjekt „soziale Ungleichheit“ und seine zentralen Begriffe und Konzepte zu definieren sind. Neben den älteren Ansätzen von Karl Marx, Max

Weber und VertreterInnen des Funktionalismus, werden dabei insbesondere neuere ökonomische, politische und sozio-kulturelle Theorien sozialer Ungleichheit eine Rolle spielen. Darüber hinaus werden Ordnungssysteme und Strukturen von sozialer Ungleichheit als relevante Akzeptanzkontakte unterschieden. Auf Ebene des Akzeptanzsubjekts wird nach der herkömmlichen soziologischen Kategorien des „Denkens und Handelns“ unterschieden sowie handlungstheoretische Grundlagen und zentrale Handlungsmodelle diskutiert. Diese Aspekte werden in unterschiedlichen Kapiteln behandelt und stecken die theoretische Basis für den Entwurf eines Konzepts der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit ab.

Zweites spezifisches Ziel dieser Dissertation ist die eingehende empirische Beschreibung und Erklärung der Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit in Europa. Auf Basis der im Akzeptanzkonzept notwendigerweise geleisteten theoretisch-konzeptuellen Vorarbeit werden inhaltliche Hypothesen entwickelt, die im empirischen Teil dieser Arbeit überprüft werden. Dazu wird zuerst ein Forschungsdesign entwickelt, bei der die Untersuchungsmethode auf bestehende Datenbestände auf Individual- und Kontextebene zurückgreift und miteinander kombiniert. Dabei handelt es sich einerseits um Sekundärdaten des International Social Survey Programme (ISSP), wobei hier 16 europäische Ländererhebungen des Erhebungsmoduls „Soziale Ungleichheit III“ berücksichtigt werden. Andererseits werden nach inhaltlich-konzeptuellen und methodischen Kriterien vorhandene Kontextdaten, insbesondere Regionaldaten der amtlichen EUROSAT-Statistik, verwendet. Nach der Darlegung der Analysestrategie und der methodischen Vorgangsweise werden die Daten unter Verwendung neuerer quantitativ-statistischer Methoden moderner empirischer Sozialforschung multivariat analysiert, zu denen die konfirmatorische Faktorenanalyse, die Mehrebenenanalyse, die latente Klassenanalyse und Strukturgleichungsmodelle mit latenten Variablen zählen.

Im empirischen Ergebnis werden folgenden Forschungsfragen behandelt und diskutiert:

1. Wie lässt sich die subjektive Akzeptanz sozialer Ungleichheit spezifizieren und messtheoretisch abbilden? Wie groß ist die empirische Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit?
2. Was dient als Orientierungsrahmen der subjektiven Akzeptanz von sozialer Ungleichheit?
3. In welchen Handlungskontexten werden die Ungleichheiten eher akzeptiert oder abgelehnt?

Im letzten Teil der Dissertation wird eine zusammenfassende Diskussion des Forschungsproblems, der Konzeptbestandteile sowie der inhaltlichen und methodischen Hauptergebnisse einer kritischen Diskussion zugeführt. Darüber hinaus wird ein schlussfolgerndes Fazit hinsichtlich zentraler Fragen der Strukturierung und Handlungsvoraussetzung der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit angestellt, deren Ausgangs- und Endpunkt die gesamte Lebenssituation von Menschen ist, die die strukturellen Bedingungen und das individuelle Erleben miteinander verbindet. Als Schlussfolgerung wird als Methode zur Abbildung der Akzeptanzlandschaft eine Akzeptanztypologie entwickelt, die zwischen affirmativer Akzeptanz, Akzeptanz-Paradox, Ablehnungs-Dilemma und de-legitimierende Ablehnung unterscheidet. Die Typologie ist hilfreich, gesellschaftlichen Legitimations- und Akzeptanzprozessen von sozialer Ungleichheit im Ergebnis nachzuspüren. Außerdem erhebt die Typologie den Anspruch, die „Lebenslagengesamtheiten“ (vgl. Amann) als notwendige Voraussetzungen für gesellschaftliche Kohäsion oder Konflikt zu beschreiben und kann so als Instrument zur Schaffung von Planungsgrundlagen eingesetzt werden.

THEORETISCHER TEIL

1 Vorwort und Aufbau des theoretischen Teils

Bei der gesamten Arbeit handelt es sich um einen der positivistischen Tradition nahestehenden quantitativen Forschungsansatz. Dabei wird die Akzeptanz als soziales Phänomen in erster Linie als ein Forschungsproblem aufgefasst, bei dem es um die Identifikation ihrer relevanten Einflussfaktoren geht, also darum, was die subjektive Akzeptanz von sozialer Ungleichheit hauptsächlich beeinflusst. Deduktiv ist der Ansatz deshalb, weil theoretisch abgeleitete Forschungsfragen und -hypothesen einer empirischen Prüfung unterzogen werden. Dazu ist es zunächst entscheiden, die relevante theoretische Vorarbeit zu leisten.

Für die soziologische Erklärung der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit ist es notwendig, ein geeignetes theoretisch begründetes Konzept zu entwerfen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde folgender Aufbau gewählt: Die Aufgabe des Kapitels 2 ist es, über den Begriff der Akzeptanz und seine theoriengeschichtlichen Ankerpunkte aufzuklären. Dazu wird vor allem auf die umfangreichen Arbeiten von Doris Lucke zurückgegriffen, die die Akzeptanz nach (begriffs-)analytischen Ebenen unterschieden und nach mehreren Punkten charakterisiert sowie drei Definitionsversuche der Akzeptanz vorgenommen hat.

Als ein wichtiges Charakteristikum der Akzeptanz stellt sich ihre Objekt-, Kontext- und Subjektbezogenheit heraus. Der Theorienteil handelt daher hauptsächlich davon, das Thema der sozialen Ungleichheit in das bestehende Akzeptanzkonzept systematisch einzuführen bzw. einzupassen. Bei der Darstellung dient die Trichtermetapher als Vorbild, bei der in das Thema der sozialen Ungleichheit allgemein eingeführt und spezielle Ansätze angeführt werden, um – im Sinne des Ziels der Dissertationsschrift bzw. hinsichtlich der drei Referenzpunkte der Akzeptanz – zunehmend zu verdichten. Anders gesagt dienen die Hauptkapitel des ersten Teils als umfangreiche theoretische Vorarbeit bzw. als Fundierung für die Entwicklung eines Akzeptanzkonzepts von sozialer Ungleichheit.

Bei den angesprochenen Hauptkapiteln wird zuerst über soziale Ungleichheit als das Akzeptanzobjekt zu sprechen zu sein (Kapitel 3.1), wobei einerseits in zentrale Begriffe und Konzepte der Ungleichheitsforschung eingeführt wird und andererseits wichtige ältere und neuere Theorien zur Erklärung von sozialer Ungleichheit vorgestellt werden. Als erstes Ergebnis auf Basis einer Zwischenbetrachtung werden zwei Akzeptanzkontakte voneinander unterschieden: Erstens werden makrosoziale Ordnungssysteme bzw. -strukturen – also die kulturelle, soziale, politische und ökonomische Ordnung – unterschieden und hinsichtlich ihrer Relevanz für die soziale Ungleichheit diskutiert (Kapitel 3.2). Als zweiter Akzeptanzkontext werden die gesellschafts- bzw. historisch-spezifischen Strukturen von sozialer Ungleichheit besprochen (Kapitel 3.3). Dafür wird in einer kritischen Auseinandersetzung mit Klassen- und Schichtkonzepten vor allem auf den Lebenslagenansatz zu sprechen gekommen. Bei letzterem handelt es sich aufgrund seiner theoretischen Grundlegung und seiner analytischen Bestandteile um ein taugliches Konzept zur Analyse der Sozialstruktur moderner und fortgeschrittener Gesellschaften. Neben diesen objektiv-äußerlichen Rahmenbedingungen wird im Kapitel Akzeptanzsubjekt auf Deutungsmuster von sozialer

Ungleichheit und auf mögliche Handlungsoptionen einzugehen sein (Kapitel 3.4). Neben den handlungstheoretischen Grundlagen und allgemeinen Handlungsmodellen werden außerdem spezielle Handlungsansätze aus den vorliegenden Ungleichheits- und Gesellschaftstheorien diskutiert.

Den Theorierteil abschließend wird auf Basis dieser Vorüberlegungen ein Konzept der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit entworfen (Kapitel 4). Dabei ist die Unterscheidung zwischen Objekt, Kontext und Subjekt ebenso entscheidend, wie auch die anderen analytischen Ebenen und Charakterisierungen des allgemeinen Akzeptanzkonzepts, nun aber fundiert mit theoretischen Aspekten der Ungleichheitsforschung. Darüber hinaus werden Forschungsfragen und -hypothesen formuliert, die den Übergang zum zweiten, dem empirischen Teil dieser Dissertationsschrift markieren.

2 Was ist Akzeptanz? Skizzierung eines allgemeinen Konzepts

Ziel des ersten Kapitels ist die begriffliche Klärung des Akzeptanzbegriffs und die Definition von Akzeptanz. Der Bedarf ergibt sich aus allgemeinen Überlegungen der Begriffsbildung wie auch aus der formulierten Kritik angesichts aktueller soziologischer Akzeptanzforschung, die mangelnde Auseinandersetzung und sehr differentiellen Umgang mit dem Begriff der Akzeptanz konstatiert (z. B. bei Ullrich 2008).

Die eingehendste und umfangreichste Befassung mit dem Begriff der Akzeptanz liegt wohl bei den Arbeiten von Doris Lucke vor, was – im Lichte der Kritikpunkte – auch den hauptsächlichen Grund für die nachfolgend stattfindende eingehende Befassung mit ihrem allgemeinen Akzeptanzkonzept darstellt. Zum Zwecke des Verständnisses ist es erforderlich, mit dem dafür notwendigen Detailreichtum auf ihre Habilitationsschrift (Lucke 1995) und auf weitere einschlägige Publikationen zur Akzeptanz Bezug zu nehmen (Lucke 1996a, 1996b, 1998, 2006). Nur durch diese Vorklärung wird es möglich, das soziale Phänomen der Akzeptanz zu konzeptualisieren und hinsichtlich des Themas der sozialen Ungleichheit zu soziologisieren – wenn man so will: im Sinne der speziellen Soziologie – theoretisch zu fundieren.

Im vorliegenden Kapitel werden zuerst einige ihrer Ausgangspunkte und Begründungen zusammengefasst wiedergegeben. In weiterer Folge geht es um den Nachvollzug der Aspekte, die den Begriff der Akzeptanz laut Doris Lucke ausmachen und bestimmen, welche analytischen Ebenen dabei zu unterscheiden sind und wie ein heuristisches Akzeptanzkonzept zu charakterisieren sei. Das Kapitel stellt also den Ausgangspunkt für die Ausarbeitung eines theoretisch fundierten Akzeptanzkonzepts sozialer Ungleichheit dar. Da nur ein theoretisch tragfähiges Konzept eine soziologisch sinnvolle Analyse ermöglicht, wird es im darauffolgenden Teil als Ausgangsbasis der empirischen Überprüfung dienen, wo das Konzept mit forschungspraktischen und methodischen Aspekten angereichert werden wird.

2.1 Ausgangspunkte und Begründungen

Der Akzeptanz verwandte Fragen sind seit den Klassikern zu Dauerfragestellungen der modernen Kultur- und Sozialwissenschaften geworden, die sich mit menschlichem Verhalten und zwischenmenschlicher Interaktion beschäftigen. Sie wurden in der Philosophie, Psychologie, Politologie und Soziologie jedoch unterschiedlich gestellt und waren je nach wissenschaftlicher Tradition und Disziplin anders gelagert und fokussiert. Eingang in die eingehendere wissenschaftliche Diskussion fand die Akzeptanz per se relativ spät, etwa in den 1970er Jahren. Zunächst wurde der Begriff stark in der Techniksoziologie zur Risikoabschätzung diskutiert, aber auch in der Verwaltungs- und Rechtssoziologie. Nicht zuletzt hat seit den neunziger Jahren des vorherigen Jahrhunderts der Akzeptanzbegriff Einzug in die Wohlfahrtsstaatsforschung gefunden (siehe übersichtsmäßige Darstellung bei Ullrich 2008: 19f.).

Wie oben bereits angedeutet, wurden eingehendere theoretisch-konzeptionelle Überlegungen eines allgemeinen Akzeptanzkonzepts nur selten angestellt. In der deutschsprachigen Diskussion hat sich

insbesondere Doris Lucke mit Fragen der Akzeptanz bzw. dem Akzeptanzbegriff ausführlich beschäftigt. In ihrer Habilitationsschrift mit dem Titel „Akzeptanz: Legitimität in der ‚Abstimmungsgesellschaft‘“ konstatiert sie Mitte der 1990er Jahre, dass „*eine auf die Gegenwartsgesellschaften bezogene Soziologie der Akzeptanz – bislang – nicht vorgelegt [wurde]. Eine (...) praxisnah betriebene soziologische Akzeptanzforschung ist allenfalls ansatzweise ausgearbeitet und (...) bis heute fragmentarisch geblieben*“ (Lucke 1995: 13), was noch überwiegend für den heutigen Stand zutreffend ist.

Doris Lucke geht es um die Schließung dieser Forschungslücke und sie legt eine ausführliche begriffsanalytische Studie über den Begriff der Akzeptanz vor. Darüber hinaus geht es ihr neben dieser grundbegrifflichen Analyse um eine soziologische Zeitdiagnose und die Anregung für anschließende anwendungsorientierte Sozialforschung und Theoriebildung. Ihrer Überzeugung nach geht es darum, dazu beizutragen, die „Akzeptanz“ zu einem Schlüsselbegriff soziologischer Analyse von Gegenwartsgesellschaften zu machen. Soziologische Forschung kann nur auf Basis fundierter Begriffsklärungen durch die Ausarbeitung eines heuristischen Akzeptanzkonzepts gelingen. Nur so können Grundprobleme von modernen Gesellschaften analysiert und spezielle Forschungsbemühungen angeregt werden, wie z. B. die Ermittlung der Verteilung von Akzeptanz in der Bevölkerung oder Gruppen der gegenwärtigen Gesellschaften (z. B. eine Sozialstruktur der Akzeptanz). Doris Lucke ist überdies überzeugt, dass es neben dieser begrifflichen einer theoretisch-konzeptuellen Fundierung sowie einer methodischen Umsetzung zur Erbringung empirischer Erkenntnisse bedarf (Lucke 1995).

In ihrem Forschungsprogramm geht es Doris Lucke um eine Reformulierung der klassischen Frage, was gesellschaftlich akzeptiert wurde bzw. was gesellschaftliche Gruppen unter welchen Bedingungen nicht mehr akzeptieren. Ihre soziologische Grundfrage ist die nach den zentralen Prozessen der Vergesellschaftung. Mit dem Begriff und dem Konzept der gesellschaftlichen Akzeptanz wird der Versuch unternommen, soziologische Befunde begrifflich und theoretisch zu integrieren. Unter den jeweiligen historisch-konkreten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bzw. zum Zwecke soziologischer Gegenwartsdiagnose können beispielsweise kollektiver Konsens, Ablehnung bzw. Protestpotenzial nach verschiedenen objektiven Lebensbereichen Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede identifiziert, Vergesellschaftungsprozesse nachgezeichnet und Zukunftsprognosen abgeleitet werden. Methodisch verortet sie ihre Absicht als die Ausarbeitung eines Entwurfs einer theoretisch fundierten verstehenden, subjektorientierten und praxisnahen Soziologie, die die Sichtweise der Individuen mit der objektiven Seite gesellschaftlicher Systeme und Strukturen zu verbinden vermag und gleichzeitig mit Methoden der empirischen Sozialforschung kombinierbar bleibt (Lucke 1995).

2.2 Begrifflichkeit und theoriengeschichtliche Ankerpunkte

Im ersten Teil ihrer Habilitationsschrift nimmt Doris Lucke eine ausführliche Diskussion des Begriffs der Akzeptanz mit sprach- und alltagsoziologischen Methoden vor, bei der auch soziologische Nachbardisziplinen einbezogen werden. Dabei kommt sie zu dem Schluss: „*Bei der Akzeptanz handelt es sich um einen hochbrisanten Begriff der politischen, der Rechts- und Alltagssprache sowie der Kultur eines Landes, in dem sich Fragen nach den Ursachen, Entstehungsgründen,*

Erscheinungsformen und Folgen solcher Entwicklungen nicht mehr nur als begriffliches oder rein sprachliches Akzeptanzproblem stellen“ (Lucke 1995: 38). Akzeptanz ist ein nicht einfach zu fassender Begriff, der sowohl als rhetorische Figur alltagssprachliche Relevanz aufweist, sich aber auch als zeitdiagnostischer Schlüsselbegriff herausstellt (Ebd.).

Etymologisch steht der Begriff „akzeptieren“ unter dem Einfluss des französischen *accepter* und unter Entlehnung aus dem lateinischen *acceptare* bzw. *accipere*, was so viel bedeutet wie „annehmen“, „empfangen“ i. d. R. eines Vorschlags (siehe Kluge & Seibold, 2002, S. 26).¹ In Nachschlagewerken war die „Akzeptanz“ überhaupt lange Zeit kein zu findender Begriff. Im Brockhaus zu finden ist als betriebswirtschaftlicher Terminus „Akzept (*lat.* ‚Angenommenes‘) das, -s/-e, 1) auf einem Wechsel die Erklärung des Bezugenen (Akzeptanten), daß er den Wechsel bis zu Verfallszeit einlösen werde, 2) der angenommene Wechsel selbst. Ich akzeptiere es, nehme an (Vorschlag, Wechsel). Akzeptabel, annehmbar.“ (Brockhaus 1986: 52). Im Duden ist „Akzeptanz die; -, -en: (bes. Werbespr.) Bereitschaft, etwas (ein neues Produkt o. Ä.) zu akzeptieren“ bzw. unter „akzeptieren: etwas annehmen, billigen, hinnehmen“ vermerkt (Duden 2000: 45). In Soziologiewörterbüchern bzw. -lexika wurde der Begriff der Akzeptanz zuerst in den Bedeutungshorizont neuer Technologien und ihrer Sozialverträglichkeit verortet (Endruweit 1989).

In der begrifflichen Auseinandersetzung zeigt Doris Lucke nun, dass akzeptieren die Bedeutung hat, Gründe oder Argumente als in sich stimmig, schlüssig, sachgemäß, vernünftig, zielführend und insoweit als vertretbar, der Situation oder den Verhältnissen angemessen und damit als richtig und rechtens (an)zuerkennen. Akzeptieren wird deshalb oft synonym für Zustimmung, Einwilligung und Einverständnis gebraucht und befindet sich im semantischen Umfeld mit Begriffen wie Zustimmung und Anerkennung oder aber auch Konsens, Konformität und Toleranz. Rhetorisch lässt sich die faktische Akzeptanz von prinzipieller Akzeptierbarkeit, potenzieller Akzeptabilität und latenter Akzeptanzbereitschaft unterscheiden (Lucke 1995; 2006: 13). Aufgrund wissenschaftlich-analytischer Zwecke nimmt Doris Lucke darüber hinaus eine hinreichend genaue Definition und eine Abgrenzung zu Nachbar- und Gegenbegriffen vor. Denn: Aufgabe einer jeden empirischen Wissenschaft ist die Vermeidung von Artefaktwissen und die Reflexion über zentrale Begriffe. Da sozialwissenschaftliche Begriffe keine natürlichen Phänomene, sondern überwiegend latente Konstrukte beschreiben, sind sie nur dann theoretisch fruchtbar, wenn sie auch empirisch brauchbar sind, um dem Phänomen der Akzeptanz näher zu kommen (Ebd.).

Bei einer genaueren Begriffsanalyse wird Doris Lucke im semantischen Umfeld einschlägiger sozialwissenschaftlicher Begrifflichkeiten fündig: Der Akzeptanzbegriff ist zunächst mit dem Legitimitätsbegriff verwandt, der aus politischen und rechtlichen Kontexten entlehnt und hauptsächlich dafür definiert wurde. Beim Begriff der Legitimität spielen hauptsächlich Kriterien und Prozesse eine wichtige Rolle, die bei Max Weber zum zentralen Begriff seiner Herrschaftssoziologie wurde (Weber 1980 [1922]). Doris Lucke kommt zu dem Schluss, dass die soziologische Legitimationsdebatte seitdem hauptsächlich systemseitig geführt wurde und das Subjekt als „*subjektive Kehrseite der Legitimation*“ (Lucke 1998: 18) dabei schlicht und ergreifend vergessen wurde, insbesondere weil die reinste Form bürokratischer Herrschaft „*sans acception de personne*“ (Weber 1980 [1922]), also ohne Ansehen der Person funktioniert. Wie später ausführlicher

¹ Anm.: Im Deutschen Wörterbuch der Brüder Grimm ist kein Eintrag auszumachen (Grimm/ Grimm 1984, 2004).

nachvollzogen werden wird, ist laut Doris Lucke jegliche Legitimation ohne Akzeptanz unvollständig und für sich genommen unabgeschlossen. Denn: „*Legitimation ohne Auf- und Annahme bei den Adressaten ähnelt dem Vortrag ohne Publikum und der Ausstellung ohne Besucherinnen. Wie das nie zu Gehör gebrachte Konzert, der ungedrehte Film oder das an keinem Theater der Welt aufgeführte Stück ist sie am Ende Makulatur*“ (Lucke 1998: 19).

Erst in der später einsetzenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung wurde die „Legitimität“ neu konstituiert. Es wurde vermehrt davon ausgegangen, dass die faktische Überzeugung von der Gültigkeit des Rechts, von Prinzipien, von Werten auf bindenden Entscheidungen beruht und innere Richtigkeitsüberzeugungen mit der sozialen Geltung gleichzusetzen sind (z. B. Luhmann 1972: 259-266). Kritiker erkannten, dass von der formal-rechtlichen Gültigkeit die soziale Geltung bzw. die dahinterstehenden sozialen Mechanismen zu unterscheiden sind. Der Legitimitätsglaube allein sei nicht ausreichend, um die Legitimität eines Systems zu begründen (vgl. z. B. Habermas 1981). Doris Lucke verortet daher den Akzeptanzbegriff in der Begriffstrilogie der Legitimierung, Legitimation und Legitimität. Alle beinhalten einen Legitimitätsanspruch, wobei die Herrschenden danach trachten und die Anerkennbarkeit nachgewiesen werden muss. Seitens der Beherrschten ist der Anspruch an ihr Einverständnis und die Akte der Anerkennung sind auf beiden Seiten an wechselseitige Verhaltenserwartungen gebunden. Beide Gruppen von AkteurInnen hegen sowohl Akzeptanz- als auch Akzeptabilitätserwartungen und führen Einverständnishandlungen durch. Akzeptanz ist somit durch sichtbare Handlungen der Zustimmung und des Einverständnisses beschreibbar. Akzeptabilität ist Ergebnis dieses subjektgebundenen Prozesses (Lucke 1995).

Doris Lucke meint, dass Akzeptanzfragen bereits in der Philosophie der Aufklärung gestellt wurden, und zwar warum Menschen Befehlen folgen. Der Begriff hat außerdem mit der sozialpsychologischen Konformitätsforschung zu tun (Lucke 1995, 1998). In der Soziologie bedeutet Konformität die wechselseitige bzw. intersubjektive Erwartung, die normativ unterstellt wird und korrektes (d. h. normkonformes) Verhalten impliziert. Bei Arnold Gehlen (1986) beispielsweise haben kulturelle Institutionen zwei Funktionen: Einerseits die Entlastungs- und andererseits die Steuerungsfunktion für das individuelle Handeln. Damit der Mensch nicht immer wieder alle Alternativen neu durchdenken muss, steht ihm aufgrund des Zwangscharakters der Institutionen eine Komplexitätsreduzierende (aber keine kontingente) Welt zur Verfügung. Ralf Dahrendorf (1977 [1958]) hingegen differenziert Rollen nach ihrem (repressiven) Charakter die Konformitätszwänge der Gesellschaft: die durch negative Sanktionen abgesicherten Muss-Erwartungen, die durch negative Sanktionen und positive Gratifikationen untermauerten Soll-Erwartungen und die durch Gratifikation gestützten Kann-Erwartungen. Nach Talcott Parsons (1951) hat die Institution positiv funktionale Notwendigkeit und er unterscheidet daher zwischen innerer (einstellungsmäßiger) und äußerer (verhaltensmäßiger) Konformität. Dahinter steckt die sozialisatorische Annahme, dass Individuen nach Anerkennung und Gratifikation streben und die institutionellen Erwartungen die Anpassung an die kulturellen Ziele darstellen.

2.3 Analytische Ebenen und Charakterisierungen

Da die Akzeptanz unterschiedliche Bedeutungsdimensionen aufweisen kann, gelangt Doris Lucke im Lichte der oben dargestellten Überlegungen zu sechs unterschiedlichen analytischen Ebenen (Lucke

1995: 80-87): Aus handlungstheoretischer Perspektive kann die Akzeptanz entweder Handlungsvoraussetzung, -strategie, -ergebnis bzw. -folge sein. Als Voraussetzung ist Akzeptanz die notwendige (Vor-)Bedingung von Interaktion, Kommunikation und Kooperation. Als Strategie das Mittel zum Zweck bzw. zur Zielerreichung. Als Ergebnis und Folge die (Aus-)Wirkung oder Nebenwirkung der Akzeptanz. Weiters kann Akzeptanz entlang der kognitiven, normativ-evaluativen und konativen Dimension² unterschieden werden: Die kognitive Dimension definiert das notwendige und vorhandene Orientierungswissen über das Erwartete und zu Akzeptierende. Die normativ-evaluative Dimension schreibt Akzeptanzerwartungen unterschiedliche Grade der subjektiven Verbindlichkeit vor und bewertet sie. Die konative bzw. expressive Dimension ist die aktivitäts-, antriebs- und verhaltensmäßige Komponente mit dem tatsächlich durchgeföhrten bzw. beobachtbaren (Sozial-)Verhalten (Ebd.: 81). Doris Lucke betont besonders, dass kognitives Wissen und die normative Bewertung als die Grundvoraussetzungen des Akzeptierens aufzufassen seien. Die dafür notwendige Kenntnis erfordert jedoch nicht, dass etwas für richtig gehalten oder innerlich bejaht werden muss. Akzeptanz verlangt auch nicht zwingend eine handlungsmäßige Umsetzung.

Darüber hinaus lassen sich laut Doris Lucke drei Ebenen der Akzeptanz unterscheiden: Auf Handlungsebene lässt sich tatsächliche Akzeptanz beobachten, auf Einstellungsebene die latente Akzeptanzbereitschaft und auf Wert- (z. B. gesellschaftliche Gerechtigkeitsnormen und Egalitätsvorstellungen) bzw. Zielebene die objektiv festgestellte Akzeptierbarkeit von Entscheidungen, Maßnahmen und Handlungen. Die Analyse und Beschreibung von modernen Gesellschaften macht es notwendig, die Akzeptanzbereitschaft, die beobachtbare Akzeptanz und das Akzeptanzpotenzial voneinander zu unterscheiden bzw. gesondert zu untersuchen. Vor allem deshalb, weil Akzeptanz ein Oberflächen-, aber auch ein Tiefenphänomen beschreibt. Unabhängig von der inneren Einstellung kann man etwas nach außen hin akzeptieren, auch dann, wenn man es nicht ausdrücklich verurteilt oder gut heißt. Auf der anderen Seite kann man etwas befürworten, ohne damit gleich seine soziale Normierung zu fordern. Gesellschaftliche Akzeptanz oder Ablehnung kann sich auf unterschiedliche Bereiche, beispielsweise auf die Gründe oder Motive des bzw. der Handelnden, auf die Handlungsabsicht, die intendierten Ziele und Ergebnisse von Handelnden, oder auf beabsichtigte oder unbeabsichtigte Nebeneffekte beziehen. Davon abgesehen kann die Akzeptanz schließlich noch nach unterschiedlichen Graden abgestuft werden, also z. B. nach dem Grad der Norm-, Wert- und Verhaltensakzeptanz oder nach dem Grad der Internalisierung.

Neben diesen analytischen Ebenen und Dimensionierungen fasst Doris Lucke die Akzeptanz als einen Begriff auf, der für ein soziales Phänomen steht, das quer zu verschiedenen Rationalisierungssphären und Lebensbereichen in allen gesellschaftlichen Gruppierungen (z. B. Statusgruppen) anzutreffen ist. Akzeptanz kann als grundlegendes Handlungs- und Strukturmerkmal des zwischenmenschlichen Zusammenlebens aufgefasst werden. Außerdem macht die Akzeptanz einen zentralen Aspekt der gesellschaftlichen, zeitlichen und subjektgebundenen Legitimitätsgrundlage einer Gesellschaft aus. Der Akzeptanz ist Sozialität und Intersubjektivität immanent und bezieht sich auf den soziokulturellen Grundvorrat einer Gesellschaftsordnung, die von den Mitgliedern im historisch-konkreten Kontext mehrheitlich akzeptiert wurde und sich somit auf gültige Akzeptanzmaßstäbe und objektivierbare Akzeptabilitätskriterien bezieht.

² Talcott Parsons und Edward A. Shils unterscheiden die kognitiven, evaluativen und expressiven Komponenten der Handlungsorientierung, wobei sich – mit Rückbezug auf Sigmund Freud – die Expressivität auf die Erreichung von Lust und die Vermeidung von Unlust bezieht (Parsons/ Shils 1951).

Um zu einem heuristischen Akzeptanzkonzept und mehreren Definitionsversuchen zu gelangen, nimmt Doris Lucke schließlich folgende zehn Charakterisierungen der Akzeptanz vor (Lucke 1995: 87-102):

Erstens bezieht sich Akzeptanz gleichzeitig auf ein Objekt, ein Subjekt und einen Kontext. Die Akzeptanz steht in diesem Spannungsfeld, weil sie als Objekt einen themen- bzw. gegenstandsbezogenen Bezugspunkt aufweist (hier: soziale Ungleichheiten), sie als Subjekt von einer Person bzw. einer Gruppe ausgeht und die Akzeptanz als Kontext vor dem Hintergrund bestimmter sozialer (Rahmen-)Bedingungen stattfindet. Innerhalb dieser Unterscheidung ist darüber hinaus charakteristisch, dass sowohl die Akzeptanz als Objekt bzw. als Subjekt kontextseitig (mit)bestimmt wird, sie wird zugleich ein objektbezogener, transitiver und relationaler Begriff: Akzeptanz bezieht sich auf alles in der Situation objektiv Gegebene (z. B. Ordnungssysteme, Institutionen, Maßnahmen, Handlungsergebnisse) bzw. das nicht unabhängig von sozialen, räumlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen (Handlungskontexten) definiert ist. Da Akzeptanz gleichzeitig ein Begriff ist, der subjektseitig bestimmt ist, ist er untrennbar mit der Person verbunden, die akzeptiert oder ablehnt. Akzeptanz ist auf Subjektseite eine einstellungsmäßige Grundhaltung mit potenzieller Verhaltensdisposition, wobei beides kontextuell, d. h. historisch, zeitlich und räumlich, (mit-)bestimmt und (mit-)bedingt wird. Insgesamt sind sowohl Akzeptanzobjekt als auch -subjekt wechselseitig bestimmt durch die gegebenen kulturellen Rahmenbedingungen. Akzeptanz ist daher unterschiedlich und variabel, wobei sich die Akzeptanz nach Intensität, Qualität und Quantität graduell abstuften lässt. „*Anzugeben ist nicht nur, was, sondern was von wem innerhalb welcher Gesellschaft, in welcher Situation und zu welchem Zeitpunkt sowie aus welchen Gründen und Motiven akzeptiert (oder eben abgelehnt) wird*“ (Lucke 1995: 90).

Zweitens handelt es sich jedoch bei der Akzeptanz um keine Eigenschaft, sondern vielmehr um ein Ergebnis eines Prozesses: Prozessergebnis deshalb, weil die Akzeptanz auf Objektseite kein unveränderliches Merkmal oder unveränderliche Qualität darstellt. Als Prozess wird sie durch gesellschaftliche Interpretationen und Definitionen extern beeinflusst. Sowohl Ablehnung als auch Zustimmung hängt vom jeweils historischen Kontext und von der konkreten Situation ab. Ebenso wird sie subjektseitig, beispielsweise durch Sozialisations-, Erfahrungs- und Lernprozesse, gesellschaftlich erworben. Was akzeptabel oder ablehnungswürdig erscheint, ist kulturell geformt und sozial (vor-)strukturiert. Sie kann daher bloß zu gegebener Zeit, an einem bestimmten Ort, in einer bestimmten Situation als Einstellungs- oder Verhaltensdisposition gelten. Insofern ist Akzeptanz vermitteltes Orientierungswissen und gleichzeitig Handlungsvoraussetzung.

Drittens ist die Akzeptanz subjektive Kehrseite der Legitimation. Dabei ist zu beachten, dass Akzeptanz mehrseitig hergestellt wird, einerseits über soziale Beziehungen und andererseits über Objekte. Da Akzeptanz auf Wechselseitigkeit und Gleichwertigkeit (Reziprozitätsprinzip) beruht, hat die Akzeptanz auf gegenstandsbezogener Ebene einen bewertenden Bezugspunkt bzw. eine prinzipielle affirmative (d. h. zustimmende) Grundeinstellung bzw. -tendenz. Als Gegenstück zur Legitimation ist die Akzeptanz auf prozessualer Ebene das jeweils innerhalb der sozio-kulturellen Rahmung und der normativen Vorgaben Strukturierte und Institutionalisierte. Aus ordnungstheoretischen Überlegungen ist für die Legitimität sowohl formale Legitimation als auch subjektive Akzeptanz nötig. Und zwar deshalb, weil Individuen auch innerhalb der Grenzen sozialer

Normen und Institutionen aktive Akteure und Akteurinnen bleiben und sozialen Wandel ermöglichen.

Akzeptanz ist – viertens – aufgrund ihrer prinzipiellen affirmativen Tendenz tendenziell wertkonservativ. Etwas akzeptieren bedeutet, dass man mit dem Gegebenen und Bestehenden im Einklang steht. Akzeptanz beschreibt insofern auf Einstellungsseite eine positive Grundhaltung und auf Verhaltenseite eine Einverständnishandlung. Es verbirgt sich dahinter jedoch – fünftens – kein Oberflächenphänomen. Es handelt sich beim Akzeptieren nicht um einen Vorgang der bloßen Zustimmung, sondern um einen vielschichtigen Prozess. Die Akzeptanz hat zwar Implikationen für die Einstellung und das Verhalten, ist jedoch vielschichtig und komplex bestimmt.³ Es handelt sich – sechstens – aber explizit um kein Phänomen des passiven Hinnehmens oder Erduldens. Es ist kein Zulassen von Situationen, Entscheidungen oder Handlungen, sondern beinhaltet auf individueller Ebene aktive Komponenten des Annehmens, Aneignens oder Zustimmens. Es handelt sich dabei um eine aktive, Auseinandersetzung mit dem Objekt in der spezifischen Akzeptanzsituation, was einen reflexiven Lern- und Entwicklungsprozess impliziert. Auf Ergebnisebene ist die Akzeptanz – siebentens – das „*Resultat rationaler Einsicht und innerer Überzeugung*“ (Ebd.). Doris Lucke argumentiert, dass die Akzeptanz, beispielsweise entgegen dem Begriff der Disziplin und des Gehorsams (vgl. Weber), nur schwer zu erzwingen sei. Akzeptanz beinhaltet im Gegenteil Freiwilligkeit und beruht auf Selbstbestimmung. In Form einer latenten Einstellung umschreibt sie eine Akzeptanzbereitschaft auf subjektiv-rationaler Ebene. Akzeptanz ist jedoch einer inneren Konformität mit Werten, Normen und Rollen ähnlich bzw. kommt auch dem von Max Weber geprägten Legitimitätseinverständnis nahe, ist mit Legitimitätsglauben vergleichbar und hat einen akzeptanzfördernden Verpflichtungscharakter. „*Erst so werden Billigung und Zustimmung, wenn nicht 100%ig sicher, so doch in zeitlich, sachlich und sozial bis zu einem gewissen Grade generalisierbaren und innerhalb dieser Grenzen variablen Ausmaß wahrscheinlich*“ (Lucke 1995: 97).

Die Akzeptanz setzt einerseits zwar rationale, kognitive und evaluative Elemente voraus, sie ist aber – achtens – nicht nur mentales Phänomen sondern ist insbesondere auch in den praktischen Handlungsfolgen und in konkreten Handlungsergebnissen sichtbar. Außerdem ist sie in der kulturellen Übernahme und in Form sozialer Lernprozesse erkennbar. Nichtsdestotrotz fallen äußerlich sichtbare Zustimmung und handlungsmäßige Umsetzung nicht immer zusammen. Obwohl das Akzeptieren keinen willkürlichen sondern gesellschaftlich bedingten Vorgang darstellt, kommt sie – neuntens – zwar einer Norm nahe, ohne jedoch eine zu sein. Akzeptanz kann deshalb keine Norm sein, weil sie zwanglose „*Freiwilligkeit und innere Überzeugtheit*“ voraussetzt. Sie ist mit keinerlei Sanktion ausgestattet aber beinhaltet normative Elemente insofern, als im Akzeptanzbegriff ein latenter Geltungs- und Legitimitätsanspruch vorhanden ist. Da Interaktion und Kommunikation stabil bleiben müssen, braucht es einen gewissen Grad der Verbindlichkeit; da relativ dauerhafte Sozialordnungen nicht gleich bei „einmaliger“ Nicht-Akzeptanz völlig in Frage gestellt werden können, ist daher Akzeptanz bis zu einem gewissen Grade erwartbar.

Akzeptanz ist – zehntens – in seiner Gesamtheit ein hochgradig differentielles und multivariables Phänomen. Akzeptanz ist weder eine Konstante noch zeitlich, gesamtgesellschaftlich und inter- sowie subkulturell feststehende soziale Größe. Akzeptanz ist gänzlich situations-, themen- sowie

³ Anm.: Umgekehrt kann man nicht von Akzeptanz ausgehen, nur weil es beispielsweise keinen in der Öffentlichkeit sichtbaren Protest oder Streik gibt.

objektspezifisch variabel. Aufgrund sozialstruktureller Differenzierungen nimmt Doris Lucke an, dass sowohl die latente Akzeptanzbereitschaft als auch manifestes Akzeptanzhandeln unterschiedlich verteilt sind. Akzeptanz ist somit auch gruppen-, milieu- und generationsspezifisch, sozial-räumlich unterschiedlich und zeitlich wandelbar.

2.4 Definitionen von Akzeptanz

Aufgrund der Vorüberlegungen kommt Doris Lucke zu drei Definitionsverschlägen von Akzeptanz bzw. Akzeptabilität: Einerseits kann enkulturations- und sozialisationstheoretisch der Vorgang des Akzeptierens als Form der Internalisierung und Identifikation im Sinne einer Anpassung, Angleichung oder Übernahme aufgefasst werden. Akzeptanz ist aus diesem Blickwinkel als etwas Erkanntes, faktisch Angenommenes und gesellschaftlich Anerkanntes zu verstehen. Akzeptanz ist demnach als „*das Resultat umfassender Prozesse der kollektiven und individuellen Aneignung kulturell-gesellschaftlicher Entäußerungen*“ (Lucke 1995: 102) zu definieren. Diese Definition betont gleichzeitig das Ergebnis eines selbstverständlichen und unhinterfragten Prozesses der Einstellungs- und Verhaltenskonformität des normativ, rechtlich, institutionell und politisch Gegebenen.

Weiters bietet Doris Lucke einen Definitionsversuch von Akzeptanz aus einstellungspsychologischer Sicht an, bei der der Transitivität und die Objekt-, Subjekt- sowie Kontextbezogenheit des Begriffs stark Rechnung getragen wird. Danach ist Akzeptanz „*als die im Prinzip affirmative, jedoch nach Kontext, Situation und Bezugsobjekt verschiedene Einstellung von in ihrer Annahmebereitschaft ebenfalls zu spezifizierenden Akzeptanzsubjekten gegenüber politischer Herrschaft, Gesetzen, Kunstwerken, Einkommensunterschieden und Geschlechterverhältnissen*“ (Lucke 1995: 103) zu verstehen. Akzeptanz wird aufgefasst als prinzipiell zustimmende Einstellung gegenüber dem jeweiligen Einstellungsgegenstand, die in aktiver Auseinandersetzung mit ihm entstanden ist. Nicht-Akzeptanz ist demnach „*die negative Einstellung und ablehnende Verhaltenswahrscheinlichkeit konkreter Akzeptanzsubjekte gegenüber potentiellen Akzeptanzobjekten in nach situationalen Kontext unterschiedlicher Ausprägung*“ (Lucke 1995: 104).

Als Letztes schlägt Doris Lucke eine herrschaftssoziologische Definition von Akzeptanz vor, nämlich „*die Chance, für bestimmte Meinungen, Maßnahmen, Vorschläge und Entscheidungen bei einer identifizierten Personengruppe ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung zu finden und unter angebbaren Bedingungen aussichtsreich auf deren Einverständnis rechnen zu können*“ (Lucke 1995: 104). Doris Lucke präferiert diese dritte Definition, da sie sie aus soziologischer Perspektive als am fruchtbarsten erachtet, und sie die oben dargestellten analytischen Ebenen sowie Charakteristiken des Akzeptanzbegriffs am besten zu fassen im Stande ist. Danach ist Akzeptanz eine Wahrscheinlichkeit, die interaktiv und kommunikativ hergestellt wird und somit Prinzipien der Reziprozität und Intersubjektivität enthält. Die Chance des Akzeptierens ist von Akzeptanzobjekten und -subjekten abhängig und von Situationskontexten beeinflusst, die gemeinsam die Voraussetzungen und die Bedingungen des Akzeptierens ausmachen. Es ist vermutlich dann mit Akzeptanz zu rechnen, wenn sie sich auf kognitive und normative Aspekte der zu erwartenden Zustimmung bzw. auf diesbezügliche Werte, Normen, Institutionen bezieht und mit dementsprechenden Handlungsintentionen und tatsächlichen Handlungen zu rechnen ist. In Analogie definiert Doris Lucke Nicht-Akzeptanz als „*die Wahrscheinlichkeit, mit Meinungen, Maßnahmen etc.*

bei einer identifizierbaren Personengruppe auf ausdrückliche oder stillschweigende Ablehnung zu stoßen und unter angebbaren Bedingungen mit Widerspruch und Widerstand signalisierenden Handlungen und dementsprechenden Meinungsäußerungen rechnen zu müssen“ (Lucke 1995: 105).

Doris Lucke betont weiter, dass der dritte Definitionsvorschlag gegenüber dem traditionellen normativen Herrschafts- und Legitimitätsbegriff eine Aufwertung durch die stärkere Betonung des Subjekts beinhaltet. Die handlungstheoretische Ausrichtung von Max Weber berücksichtige auch die subjektiven Elemente der Fügsamkeit, der Herrschaftsunterwerfung und des Legitimitätsglaubens, wobei letzterer aufgrund der stärker subjektbezogenen Ausrichtung bei sinkenden Einverständnischancen immer unwahrscheinlicher werde. Dieser dritten Definition folgend ist Akzeptanz idealtypisch gegeben, wenn Gesellschaftsmitglieder (Lucke 1995: 105)

- „sowohl hinsichtlich der Legitimität (eines Vorschages, einer Meinung, einer Handlung) wie in den hierfür verlangten Begründungen, angeführten Argumenten und eingeholten Rechtfertigungen in hohem Maße übereinstimmen;
- dem Akzeptanzobjekt grundsätzlich affirmativ gegenüberstehen und diesem verstandesmäßig und emotional ‚zugeneigt‘ sind;
- diesbezüglichen Vorschlägen, Argumenten und Maßnahmen auch im Konkreten uneingeschränkt zustimmen und diese ‚nach bestem Wissen und Gewissen‘ vorbehaltlos billigen und
- die betreffenden Personengruppen darüber hinaus bereit sind, das Akzeptierte notfalls auch gegen Vorschläge und ihm widersprechende Argumente zu verteidigen. Dies kann argumentativ oder in einer anderen, hierfür geeigneten bzw. für geeignet gehaltenen verbalen oder handlungsmäßigen Form geschehen und bezieht sich auch auf die Verteidigung des Akzeptierten gegenüber Mindermeinungen, Handlungsalternativen und biographischen Optionen“.

Darüber hinaus lässt sich Akzeptabilität (auch: Akzeptierbarkeit) definieren als „die prinzipielle Erwartbarkeit mehrheitlichen Einverständnisses auf der objektivierbaren Grundlage allgemein anerkannter und rational begründeter gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher etc. Oberziele“ (Lucke 1995: 106).

2.5 Zusammenfassung: Das allgemeine Akzeptanzkonzept bei Doris Lucke

Doris Lucke hat somit einen Entwurf eines allgemeinen Akzeptanzkonzepts vorgelegt, der einer subjekt-, akteur- und prozessorientierten Sichtweise entspricht (Lucke 1998) und sich stark auf subjektiv-soziale Dimensionen konzentriert (Lucke 1996a). Akzeptanz ist eine Annahmebereitschaft bzw. Nicht-Akzeptanz eine Ablehnungswahrscheinlichkeit als Ergebnis eines subjektiven Vorgangs. Akzeptanz ist Ergebnis eines Prozesses, hinter dem sich kein einfacher Vorgang verbirgt, sondern im Gegenteil: Akzeptanz wird als ein vielschichtiger und voraussetzungsreicher Prozess angelegt. Der Prozess des Akzeptierens spielt sich in der Akzeptanztriade zwischen Akzeptanzsubjekt, Akzeptanzobjekt und Akzeptanzkontext ab und wird kommunikativ und wechselseitig bestimmt. D. h. Akzeptanz ist Denken und Handeln in sozialen Beziehungen und wird intersubjektiv hergestellt. Die Annahmebereitschaft unterscheidet sich jedoch nicht nur nach Subjekten, sondern auch nach dem Objekt im Rahmen eines historisch-konkreten Situationskontextes. Akzeptanz ist somit sowohl

Handlungsmerkmal als auch Strukturmerkmal, da Akzeptanz nur aus den sozialen Konstruktionen, nur aus den Akzeptanzkontexten heraus versteh-, interpretier- und veränderbar sind (Lucke 1998).

Doris Lucke spricht dann von Akzeptanz, wenn auf Subjektseite ein Mindestmaß an Einsicht und innerer Überzeugtheit gegeben ist und wenn den Subjekten prinzipiell realisierbare Handlungsalternativen bekannt sind (Lucke 1998). Auf Subjektseite ist Akzeptanz die aktive Wahrnehmung, innere Auseinandersetzung und Verarbeitung des Akzeptanzobjekts in einer Situation, d. h. in enger Abstimmung mit den eigenen und äußeren Lebensbedingungen. Akzeptanz setzt ein reflektiertes Individuum und rationales Handlungssubjekt voraus, das sich an den Handlungskontexten orientiert, diese registriert, aktiv verarbeitet und bewertet. Die latente Akzeptanzbereitschaft differiert in Abhängigkeit von objektiver und subjektiver Betroffenheit. In Form manifester Akzeptanz gibt das Individuum Einverständniserklärungen ab und wird in potenzielles Einverständnishandeln übersetzt (vgl. FN 13 in Lucke 1998: 22).

Individuelles Akzeptieren ist somit variabel je nach den Handlungsbedingungen, -motiven und -zielen und wird überdies beeinflusst durch die Handlungserfahrungen aufgrund bereits ausgeführter Handlungen, deren Handlungsergebnisse, -folgen und abgeschätzten Handlungswirkungen (Lucke 1998). Akzeptanz ist somit auch eine Funktion eines individuellen soziogenetischen Lern- und Erfahrungsprozesses, Akzeptanzentscheidungen können sich im biografischen Verlauf verfestigen oder im Zeitverlauf (wieder) revidiert werden. Akzeptanz bleibt jedoch stets „*prekäre Akzeptiertheit*“ von Meinungen, Maßnahmen, Situationen und Verhältnissen (Lucke 2006: 13).

Die aus der Sicht von Doris Lucke bisher einseitig geführte soziologische Legitimationsdebatte veranlasst sie, Akzeptanz als die subjektive Kehrseite der Legitimation zu bezeichnen. Erst gemeinsam bilden Legitimation und Akzeptanz die Grundlage gesellschaftlicher Legitimität. Nach dieser Auffassung wird der normative Begriff der Legitimation durch subjektiv-soziale, perzeptiv-kognitive und normativ-evaluative Akzeptanzkomponenten ergänzt. Die Legitimität stellt sich aufgrund tatsächlicher oder subjektiv vermuteter Übereinstimmung mit dem Gegebenen ein.⁴ Erst durch diese Aufwertung des Subjekts wird Legitimität institutionalisiert und trägt zur sozialen Ordnungsbildung bei und aggregiert sich zum gesellschaftlich Erwartbaren (Lucke 2006: 16).

Akzeptanz ist Handlungsvoraussetzung und Strukturfaktor sozialer Ordnungsbildung zugleich.⁵ Sie ist intersubjektiv immanent und Teil der Sozialität. Insofern enthält Akzeptanz oder Ablehnung normative Elemente, da sie sozio-kulturell strukturiert wird, daher prinzipiell affirmativ und im Einklang mit dem Bestehenden, mit dem bereits akzeptierten ist. Als Merkmal der Struktur ist Akzeptanz der sozio-kulturelle Grundvorrat einer Gesellschaft. Der Vorgang des Akzeptierens und die Akzeptanz als Ergebnis spielt sich innerhalb von gesellschaftlichen (Sub-)Systemen, Strukturen und deren Institutionen ab (sie sind Ausdruck des bereits mehrheitlich Akzeptierten), die für das Subjekt objektiv vorgegeben sind und das Wahrnehmen, Denken, Interpretieren, Kommunizieren und Handeln (mit-)strukturieren. Doris Lucke legt Wert auf die Betonung, dass dieser Konzeptionierung jedoch noch keine prinzipielle Priorität des Systems innewohne. Vielmehr verbindet sie Struktur und

⁴ Beispielsweise in Gestalt des gesetzten Rechts, von institutionellen Leitwerten und -ideen oder von herrschenden Paradigmen und Prinzipien.

⁵ Anm.: Die verwandte Diskussion über die Dualität bzw. den Doppelcharakter von Struktur bei Anthony Giddens (1984 [1976]) wird später vorgetragen.

Handeln, indem sie einen Übergang von der Legitimation der Systeme zur Akzeptanz durch die (aufgewerteten) Subjekte vollzieht (Lucke 1998).

Akzeptanz ist bei Doris Lucke nicht als starre und als unveränderliche Qualität bzw. Eigenschaft angelegt. Sozialer Wandel ist die an Veränderung von Bedingungen und Gesinnungen bzw. von geänderten Legitimitätsvorstellungen gekoppelt.⁶ Sozialer Wandel ist erkennbar an „*wechselnden Bekenntnismilieus und Orientierungsgemeinschaften* [...] sind] Anzeichen (...) bevorstehender Veränderungen [und] indizieren einen Umbruch in den Akzeptanzfeldern und Legitimationskulturen einer Gesellschaft“ (Lucke 2006: 17). Legitimität ist in modernen und demokratisch verfassten Gesellschaften nicht allein durch Tradition, Institution und formale Legitimation herstellbar. Legitimität als Legitimation durch Akzeptanz stellt einen neuen Legitimationstypus dar, der stärker auf subjektiv-soziale Quellen angewiesen ist (Lucke 1996a).

Laut Doris Lucke kann es in heutigen Gesellschaften daher zu einer „neuen“ Form der Krise, nämlich einer Akzeptanzkrise, kommen. Diese Krisenform ist Teil des tiefgreifenden strukturellen Wandels von und symptomatisch für moderne Gesellschaften, da moderne Massendemokratien in Form von „Abstimmungsgesellschaften“ auf die Akzeptanz angewiesen sind (Lucke 1995). Doris Lucke nennt die prinzipiellen Voraussetzungen, die gegeben sein müssen: Einerseits muss es etwas zu akzeptieren geben, d. h. ein Akzeptanzobjekt muss überhaupt einmal vorliegen. Andererseits müssen den Akzeptanzobjekten individuelle oder kollektive Akzeptanzsubjekte gegenüber stehen, die mehrheitlich akzeptieren oder ablehnen können. In modernen Gesellschaften sind die BürgerInnen beispielsweise mit politischem Stimmrecht ausgestattet, haben gesellschaftliche Urteilskraft und entscheiden als freie und bürgerliche Subjekte. „*Akzeptieren im engeren Sinne hat gleichwohl das aufgeklärte, zu Problemlösung und Risikobeherrschung qua identifizierendem und kontingentem Denken befähigte und in seinen Handlungen zurechnungsfähige Individuum der bürgerlichen Gesellschaft der Neuzeit vor Augen und seine eigenverantwortlichen Handlungen und selbstbestimmten Unterlassungen zur Voraussetzung*“ (Lucke 1995: 98). Beim Vorliegen mehrheitlicher Akzeptanz muss die Bevölkerung von der Richtigkeit und Wichtigkeit der sozialen Ordnung, der Herrschaftsverhältnisse bzw. seiner Entscheidungen und Maßnahmen überzeugt sein. Einmal gegebene Akzeptanzvorbehalte werden zum Legitimationsfaktor bzw. zur Herausforderung von Mehrheits- und Konkurrenzdemokratien, da der Prozess der Legitimation ohne Akzeptanz stets unabgeschlossen bleibt. Da die Legitimation auf die subjektive Annahme angewiesen ist, wird die gesellschaftliche Akzeptanz zum Kardinalproblem demokratischer Institutionen (Lucke 1998, 2006).

Daher zahlt sich daher aus, einen Blick auf die Akzeptanz und (bisher) unerkannte Legitimationsdefizite und Akzeptanzkrisen zu werfen. Gesellschaftliche Legitimität ist insofern unter den Bedingungen sozialer Ordnungs(-bildung) heutiger Gesellschaften zu analysieren und Akzeptanz hilft bei der Erörterung zentraler Prozesse der Vergesellschaftung. Doris Lucke sieht in der Akzeptanz einen zeitdiagnostischen Begriff und einen für die Soziologie lohnenden Forschungsgegenstand. Im Rahmen entsprechender soziologischer Analysen ist die Akzeptanz insbesondere unter zwischenmenschlichen und institutionellen Aspekten auf Mikro-, Meso- und Makroebene zu untersuchen (Lucke 1998).

⁶ Anm.: Ganz ähnlich dem Klassengeschmack bei Pierre Bourdieu (1997 [1984]) bzw. der Schichtmentalitäten bei Theodor Geiger (1962 [1955]), die später diskutiert werden.

Die theoretisch erkenntnisträchtige Ausgangsfrage lautet daher: *Wer akzeptiert was, in welcher Form, unter welchen Bedingungen und unter welchen Voraussetzungen?* In den folgenden Kapiteln des ersten Teils werde ich mich dieser Frage theoretisch aus allgemeinsoziologischer und ungleichheitssozialistischer Sicht nähern. Dabei wird versucht, die Leerstellen des allgemeinen Akzeptanzkonzepts mit zentralen Konzepten und Theorien sozialer Ungleichheit aufzufüllen und ein Akzeptanzkonzept sozialer Ungleichheit zu entwerfen. Darauf aufbauend wird der zweite Teil einige empirische Beschreibungen und Erklärungen bzw. „*Hinweise auf die Akzeptanzlandschaft*“ (Lucke 1998: 28f.) von europäischen Gesellschaften liefern.

3 Akzeptanzobjekt, -kontext, -subjekt und soziale Ungleichheit

Nach der Vorstellung des allgemeinen Akzeptanzkonzepts geht es in diesem Hauptkapitel um die notwendige theoretische Besprechung und inhaltliche Vorbereitung für die Entwicklung eines Akzeptanzkonzepts von sozialer Ungleichheit. Schon jetzt ist klar, dass es sich bei der Akzeptanz um einen vielschichtigen Begriff und ebensolches Konzept handelt, der bzw. das empirisch nicht annähernd in seiner Breite abgebildet werden kann.

Zum wichtigsten Unterscheidungskriterium von Akzeptanz wurde bei Doris Lucke die Objekt-, Kontext- und Subjektbezogenheit genannt. Nach diesen Charakteristiken wird daher das folgende Kapitel strukturiert. Die augenscheinliche und daher nahe liegende Begründung ist darin zu sehen, dass objektseitig einmal besprochen werden muss, worum es sich bei sozialer Ungleichheit überhaupt handelt. Im nun vorliegenden Kapitel 3.1 wird in dafür notwendige Begriffe und Konzepte und in weiterer Folge in zentrale Theorien von sozialer Ungleichheit eingeführt. Für die Charakterisierung des relevanten Akzeptanzkontexts von sozialer Ungleichheit wird einerseits nach gesellschaftlichen Ordnungssystemen (Kapitel 3.2). Andererseits wird nach der Struktur von sozialer Ungleichheit bzw. nach gängigen Modellen ihrer Beschreibung unterschieden (Kapitel 3.3). Schließlich sind für das akzeptierende bzw. ablehnende Subjekt (Akzeptanzsubjekt) allgemeine und spezielle handlungstheoretische Überlegungen hinsichtlich sozialer Ungleichheit anzustellen (Kapitel 3.4).

Die anderen von Doris Lucke unterschiedenen Elemente, Ebenen und vorgenommenen Charakterisierungen von Akzeptanz sind hingegen für die folgenden Kapitel nicht strukturgebend. Nichtsdestotrotz werden sie implizit Thema und in entsprechend expliziter Weise im darauf folgenden Hauptkapitel 4, wo ein Entwurf eines Akzeptanzkonzepts von sozialer Ungleichheit ausgearbeitet wird, hervorzuheben sein.

3.1 Akzeptanzobjekt: Begriffe, Konzepte, Theorien sozialer Ungleichheit

3.1.1 Zentrale Begriffe und Konzepte

Die Soziologie beschäftigt sich hauptsächlich mit allen direkten und indirekten sozialen Beziehungen zwischen Menschen, die von relativer Regel- und Dauerhaftigkeit geprägt sind. Charakteristisch ist, dass sich die sozialen Beziehungen und Netzwerke in einem historisch-konkreten Beziehungsgefüge äußern. In den so entstandenen sozialen Gebilden – wie beispielsweise Familien, Freundeskreisen, aber auch Organisationen, Wirtschaftsordnungen und Staaten – nehmen Menschen eine spezifische Position ein. Gemeinsam entsteht daraus eine soziale Struktur (sog. Sozialstruktur), die man als „*die Gesamtheit der relativ dauerhaften sozialen Gebilde (Gruppierungen, Institutionen, Organisationen) einer Gesellschaft, der sozialen Beziehungen und Wirkungszusammenhänge einer Gesellschaft innerhalb und zwischen diesen Gebilden sowie deren Grundlagen*“ (Hradil 2006: 14) definieren kann.

Nach diesem Verständnis bilden sich eigenständige Formen der Vergesellschaftung heraus und werden durch ihre Verfassung zu einer eigenständigen sozialen Ordnung und zur sozialen Realität. Anders ausgedrückt handelt es sich um soziale Plätze und Ränge in unterschiedlichen Institutionen

einer Gesellschaft, denen Aufgaben und Erwartungen (Rollenmuster) und bestimmte Ressourcen zugeordnet sind (z. B. Einkommen, Macht). Sie existieren relativ unabhängig von den Personen, die die Positionen innehaben. Sie sind nicht für spezifische Personen, sondern für PositionsInhaberInnen als Handlungserwartungen und -bedingungen einer Gelegenheitsstruktur definiert. Für ganze Gruppen und Kollektive innerhalb der Sozialstruktur stellt das eine wichtige (überindividuelle) Determinante von Lebens- und Handlungsbedingungen dar, die sich in einer spezifischen Verteilung von Ressourcen und Gütern darstellt (Haller 2008: 15). Demnach kann man soziale Ungleichheit definieren als die „(...) *Lebensbedingungen* (z. B. *Arbeitsbedingungen, Einkommen, Vermögen, Bildungsgrad etc.*), die es Menschen erlauben, in ihrem alltäglichen Handeln allgemein geteilte Ziele eines ‚guten Lebens‘ (z. B. *Gesundheit, Sicherheit, Wohlstand, Ansehen*) besser als andere Menschen zu erreichen“ (Hradil 2006: 195).

Aus dieser allgemeinen Definition wird ersichtlich, dass sich soziale Ungleichheit auf ungleich verteilte Ressourcen und Güter bezieht, die als wertvoll gelten, nicht im Überfluss vorhanden sind (d. h. knapp sind) und manchen Gesellschaftsmitgliedern aufgrund ihrer gesellschaftlichen Position und sozialen Beziehungen in größerem und anderen in kleinerem Umfang zur Verfügung stehen. Die sozialen Ungleichheiten äußern sich in einer Vielzahl möglicher Vor- und Nachteile. Sie sind jedenfalls aufgrund des durch soziale Beziehungen entstehenden Gefüges sozialstrukturell und überindividuell, d. h. gesellschaftlich, begründet und nicht etwa natürlich oder zufällig zustande gekommen. Hradil bezeichnet daher soziale Ungleichheit auch als „(...) *bestimmte vorteilhafte und nachteilige Lebensbedingungen von Menschen, die ihnen aufgrund ihrer Position in gesellschaftlichen Beziehungsgefügen zukommen*“ (Hradil 2002: 206).

Es kann weiters zwischen zwei grundlegenden Formen sozialer Ungleichheit unterschieden werden: Einerseits der Verteilungsungleichheit (oder Ergebnisungleichheit), also der ungleichen Verteilung eines wertvollen Gutes (z. B. Einkommen), die Vor- und Nachteile in der Ressourcenausstattung, im Zugang zu erstrebenswerten Positionen ergibt und sich in ungleichen Lebensbedingungen niederschlägt. Andererseits handelt die Chancenungleichheit von besseren bzw. schlechteren Lebenschancen einer sozialen Gruppe, hinsichtlich eines Verteilungsmerkmals (z. B. Bildungsabschluss) abzuschneiden.

Das spezifische gesellschaftliche sozialstrukturelle (Beziehungs-)Gefüge sozialer Ungleichheit ergibt sich empirisch je nach historisch-konkreter Ausprägung (z. B. in einer vorindustriellen Gesellschaft, postindustriellen Gesellschaft) aus unterschiedlich wichtigen Determinanten und Dimensionen: Determinanten sind jene sozialen Merkmale (Sozialkategorien oder horizontale Ungleichheiten), die die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen definieren (z. B. nach Geschlecht, Alter, ethnisch-kulturellem Hintergrund, sozialer Herkunft, Berufsgruppe) und wahrscheinlich mit sozialer Ungleichheit einher gehen. Dabei unterscheidet man zugeschriebene (d. h. kaum oder nicht veränderbare) und erworbene, d. h. durch eigenes Zutun entstandene und prinzipiell veränderbare Merkmale. Dimensionen sozialer Ungleichheit sind die Arten von Vor- und Nachteilen, also entweder vorteilhafte oder unvorteilhafte Lebensbedingungen mit je besseren oder schlechteren Lebenschancen, die sich beispielsweise in der ungleichen Verteilung von Reichtum, Macht, Wissen und Ansehen, aber auch Wohnbedingungen, Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis, Gesundheit etc. beobachten lassen (Hradil 2006).

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben also nicht ohne (Aus-)Wirkung: Personen in ähnlichen Positionen, mit ähnlichen Beziehungen und Ressourcen bilden sozialstrukturelle Gruppierungen und begründen ungleiche „objektive“ Lebensbedingungen, die – je nach Ausprägung – folgenreiche Vor- und Nachteile mit sich bringen (z. B. Gesundheit und Morbidität). Eine weitere Überlegung ist, dass je nach der sozialstrukturellen Stellung im sozialen Gefüge Menschen ein unterschiedliches Bewusstsein über ihre gesellschaftliche Lage entwickeln. Menschen mit ähnlichen Lebensbedingungen bilden eine ähnliche Mentalität aus und finden sich in sozialen Gruppen mit gleichartigen Interessen zusammen, die das Handeln strukturieren. Damit sind also gewisse Vorstellungen des Wünschenswerten und mit der Zielvorstellung eines guten Lebens verbunden, deren Verwirklichung von der Ressourcenverfügbarkeit abhängig ist (Amann 1991).

Soziale Ungleichheiten sind also nicht bloß objektive Lebenslage, sondern definieren gleichzeitig die subjektiven Denk- und individuellen Handlungssituationen. Konsequenterweise muss zwischen objektiver und subjektiver sozialer Ungleichheit unterschieden werden. Die objektive Ungleichheit definiert die konkreten Vor- bzw. Nachteile, die jedoch nicht gezwungenermaßen ins Bewusstsein gelangen müssen. Trotzdem bestehen soziale Ungleichheiten nicht ohne das subjektive Denken, das das Handeln grundlegend strukturiert.⁷

Wichtig zu betonen ist darüber hinaus, dass mit diesen Unterscheidungen noch keine Vorentscheidung darüber getroffen wird, wie gerecht oder ungerecht bzw. wie legitim oder illegitim soziale Ungleichheit ist. Wie sie bewertet wird, ist eine normative Frage. Empirisch beinhalten soziale Ungleichheiten jedoch akzeptierte bzw. als legitim erachtete (z. B. Abstufungen von Tariflöhnen) oder abgelehnte bzw. als illegitim erachtete Ungleichheiten (z. B. extreme Armut). Inwieweit die wahrgenommenen sozialen Ungleichheiten gesellschaftlich gerechtfertigt werden, unterliegt einer moralischen Bewertung der Gesellschaftsmitglieder, die wiederum an eine kulturell definierte Vorstellung von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit (rück-)gebunden ist.

Je nach Schwerpunktsetzung bezieht sich die soziologische Gesellschaftsanalyse bzw. die Analyse sozialer Ungleichheit auf unterschiedliche Aspekte (Haller 2008), z. B. auf

- die sozialen Strukturen, die Regelmäßigkeiten des sozialen Verhaltens und die objektiven Lebensbedingungen;
- das soziale Bewusstsein, also Wertorientierungen, Einstellungen und Interessen, die das praktische Handeln individueller AkteurInnen beeinflussen;
- die über die Zeit hinweg relativ stabilen sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen und Organisationen einer Gesellschaft;
- die gesellschaftlichen Normen, Grundwerte und Leitprinzipien einer Gesellschaft (z. B. Gerechtigkeitsnormen).

⁷ Anm.: In einer neueren theoretischen Diskussion wird stark zwischen „Handeln und Kommunikation“ unterschieden, wobei der Begriff des Handelns als engerer und Kommunikation meist als weiterer Begriff aufgefasst wird bzw. letzterer heute mehr im Zusammenhang mit Sprache diskutiert wird. In dieser Arbeit wird trotzdem die aus der älteren Diskussion verwendete Begrifflichkeit von „Denken und Handeln“ übernommen, insbesondere deshalb, weil die klassischen Theorien von sozialer Ungleichheit noch nicht imstande waren, jene Diskussionen vorwegzunehmen, die heute Diskursvorschläge darstellen, wie beispielsweise die Kopplung von Handeln und Kommunikation bzw. Denken und Sprache.

Nach analytischen Ebenen kann zwischen der Mikroebene, der Mesoebene und der Makroebene unterschieden werden: Auf Mikroebene der Akteuren handelt es sich um Merkmale von persönlich erfahrbaren, d. h. unmittelbaren Beziehungen zwischen Menschen, wodurch individuelles Denken und Handeln bestimmt wird. Auf Mesoebene handelt es sich hingegen um Institutionen und Organisationen, die beispielsweise durch mittelbare Sozialbeziehungen unterschiedlichster Bereiche gekennzeichnet sind. Es handelt sich dabei um Begebenheiten der Chancen- und Verteilungs(un)gleichheit, wie beispielsweise um Technologie, Wirtschaft, Wohlstand, Nationalstaaten, Demokratie, Wohlfahrtsstaat, gültige Werte und Normen. Die Makroebene hingegen beinhaltet alle abstrakten und nur bedingt erfahrbaren Beziehungen, die über gesellschaftliche Subsysteme charakterisierbar bzw. beschrieben werden können. Allgemein umfassen sie gesellschaftliche Gebilde und Einrichtungen zur Erfüllung bestimmter Aufgaben, wobei z. B. das Bildungssystem, politische System (Parteien, Regierungen, Verfahrensregeln etc.), System sozialer Sicherheit (Absicherung im Alter, Invalidität, Gesundheit), Wirtschaftssystem (Produktion und Konsum) unterschieden werden können.

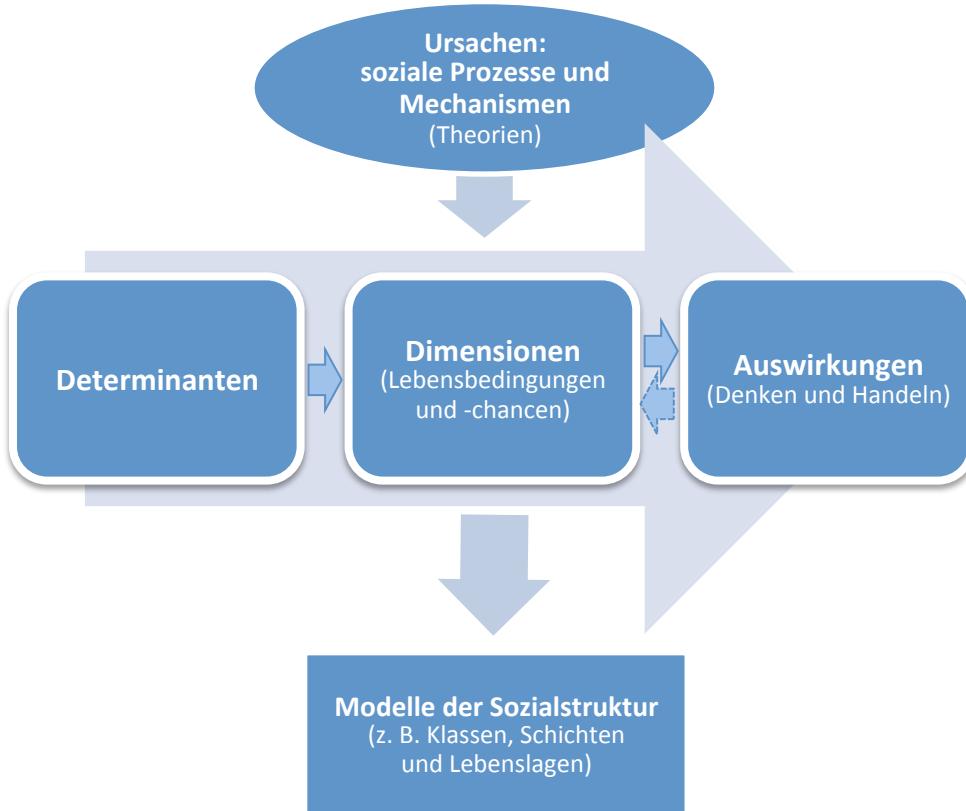
Klar zu betonen ist, dass alle genannten Ebenen eine analytische Unterscheidung verschiedener Differenzierungs- bzw. Abstraktionshierarchien bezeichnen, wobei es sich jeweils um faktische Begebenheiten handelt (Anm.: und nicht um symbolische).

Welche konkreten Formen sozialer Ungleichheit auf welchen Ebenen wissenschaftlich untersucht werden, ist hingegen eine theoretische Frage. Soziologische Theorien versuchen das Entstehen, den Bestand und die Veränderbarkeit sowie Rechtmäßigkeit (Legitimität) von sozialer Ungleichheit zu begründen und zu erklären. Theorien sind auf der systematischen Suche nach den sozialen Prozessen und Mechanismen, durch die soziale Ungleichheit auf Dauer hergestellt wird. Die soziologisch bedeutsamen Theorienstränge begründen soziale Ungleichheit jeweils unterschiedlich, beispielsweise durch die Verteilung materieller und ökonomischer Güter (z. B. durch soziale Differenzierung, Arbeitsteilung, Arbeitsmarkt), als Folge sozialer Kontrolle durch Macht- und Herrschaftsverhältnisse, oder indem eine Erstellung eines funktional notwendigen Norm- und Belohnungssystems unterstellt wird (Amann 1991). Soziologiehistorisch werden sie gerne in ältere und neuere Ansätze zur sozialen Ungleichheit eingeteilt. Grob zugeordnet werden können sie eher individualistisch ausgerichteten Theorien (Handlungstheorien) und kollektivistisch bzw. institutionalistisch ausgerichteten Theorien. Sie geben den gesellschaftlichen und sozialen Kontexten unterschiedliches Gewicht für die Erklärung der Entstehung von sozialer Ungleichheit (Burzan 2011).

Das Untersuchungsobjekt soziale Ungleichheit kann einleitend folgendermaßen zusammengefasst werden: Als Determinanten bzw. horizontale Dimension sozialer Ungleichheit gelten sowohl universelle als auch historisch-konkrete Grundparameter der Sozialstruktur. Beispielsweise kann hier das Geschlecht, das Alter, die Region oder die ethnische Zugehörigkeit genannt werden. Dimensionen sozialer Ungleichheit hingegen sind die jeweils typischen Arten ungleicher Lebensbedingungen und -chancen. Sie definieren die Vor- und Nachteile (besser oder schlechter, höher oder niedriger etc.) in der Gesellschaftshierarchie bzw. die hierarchisch-vertikalen Dimensionen sozialer Ungleichheit. Zusätzlich ist zwischen objektiven Ungleichheiten und subjektiven Auswirkungen zu unterscheiden, wobei sich letztere im Denken aber auch im Handeln von Individuen und Gruppen niederschlagen. Gemeinsam bilden sie eine spezifische gesellschaftliche Ordnung von sozialer Ungleichheit, wobei soziologische Theorien die Ursachen bzw. die spezifischen sozialen Prozesse und Mechanismen benennen versuchen, wie die sozialen Ungleichheiten zustande kommen

und bestehen bleiben. Dabei hat sich fachlich mehr oder weniger die Auffassung durchgesetzt, dass die zentralen Determinanten und Dimensionen sozialer Ungleichheit historisch-konkret je nach Verfassung der Gesellschaft unterschiedlich wichtig waren und theoretisch unterschiedlich gewichtet wurden. Ihren Ausdruck haben diese Annahmen in Versuchen gefunden, die konkrete Sozialstruktur bzw. soziale Ungleichheit in Modellen zu beschreiben. Dabei können insbesondere Klassen- von Schicht- und Lebenslagenmodellen voneinander abgegrenzt werden. Schematisch können diese Aspekte in der nachfolgenden Abbildung nachvollzogen werden.

Abbildung 1: Determinanten, Dimensionen und Auswirkungen sozialer Ungleichheit



Quelle: Inspiriert durch die Darstellung bei Solga, Berger und Powell (2009: 17).

3.1.2 Theorien sozialer Ungleichheit und ihrer Folgen

Beim Blick auf die uns bekannten Gesellschaften fällt auf, dass sie in ihrer Entstehungsgeschichte und Struktur immer Ungleichheitsordnungen waren mit einer jeweils spezifischen Verteilung begehrter Güter und Ressourcen auf Individuen und Gruppen. Die Beschäftigung mit den sozialen Prozessen und Mechanismen, d. h. mit den durch Menschen in sozialen Beziehungen entstandenen Ursachen für soziale Ungleichheit, wurde historisch jedoch erst möglich, als Gesellschaftsordnungen nicht mehr (ausschließlich) als natürlich oder gottgewollt aufgefasst werden konnten, etwa mit dem Beginn des politischen Denkens der Neuzeit (vgl. Amann 1991).

Das bedeutet, dass soziale Ungleichheiten gesellschaftlich konstruiert sind und jeweils an ihre historische Zeit und konkrete Ausformung gebunden sind. So wie die konkrete Verteilung eine

empirisch zu stellende Frage ist, so ist die Erklärung eine theoretische Frage. Theoretische Erklärungen geben Sichtweisen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung darüber wieder, welche die Ursachen und die Merkmale sozialer Ungleichheit sind. Sie geben Auskunft darüber, wie sich eine spezifisch beobachtbare Sozialstruktur formt und durch welche Ungleichheiten sie geprägt ist. Angenommen wird dabei, dass Individuen und Gruppen je nach ihrer sozialstrukturellen Stellung im Ungleichheitsgefüge ein Bewusstsein über ihre gesellschaftliche Situation entwickeln. Insgesamt entsprechen soziologische Theorien Erklärungsansätzen über das Entstehen, das Bestehen und die Veränderbarkeit von sozialer Ungleichheit. Zusätzlich stellen sich diese Theorien die Frage nach der Recht- bzw. Unrechtmäßigkeit, also danach, wie die sozialen Ungleichheiten aus der Sicht der Beteiligten legitimiert sind.

Die nachfolgend einführende Übersicht teilt das Theorienangebot in ältere und neuere Ansätze zur Erklärung von sozialer Ungleichheit. Sie stellen bereits aufgrund der Fragestellung eine notwendige Selektion dar: Einerseits sind soziologische Theorien nur dann fruchtbar, wenn sie etwas über die Ursachen sozialer Ungleichheit aussagen und wenn sie Determinanten und Dimensionen benennen. Auf der anderen Seite sind hier bloß jene Theorien von Relevanz, die theoretische Erklärungen über Auswirkungen auf das subjektive Denken und Handeln der Mitglieder einer Gesellschaft anbieten.

3.1.3 Ältere Ansätze sozialer Ungleichheit

3.1.3.1 Marxistische Klassentheorie (Marx/Engels)

Der Klassenbegriff wurde zum Grundbegriff für die soziologische Analyse sozialer Ungleichheiten. Die wichtigsten Vertreter sind Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895), die die Ursache sozialer Ungleichheit im Privateigentum gesehen haben⁸. Es handelt sich im Kern um eine Theorie des gesellschaftlichen Wandels durch die Beschreibung der entscheidenden Entwicklungsprinzipien der Gesellschaft und Herausarbeitung der Ungleichheit produzierenden Kräfte.

Den Hintergrund der marxistischen Klassentheorie bildet die historische Entwicklung der Gesellschaften, die „die Geschichte von Klassenkämpfen“ ist (vgl. kommunistisches Manifest) (Marx/Engels 1974 [1848]: 23f.), da jede Epoche jeweils die Gesellschaft in privilegierte und benachteiligte Klassen geteilt hat. Die „Produktionsweisen“ repräsentieren gemäß der historischen Entwicklungslogik den Entwicklungszustand bzw. die Organisationsform der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse. Innerhalb ihrer bilden sich die Klassenverhältnisse. In der industriell-kapitalistischen Gesellschaft ist die Sozialstruktur daher geprägt durch den Gegensatz zwischen Besitzenden (KapitalistInnen, Bourgeoisie) auf der einen und Nicht-Besitzenden (LohnarbeiterInnen, Proletariat)⁹ auf der anderen Seite. Die strukturtheoretische Annahme postuliert einen Klassenantagonismus, der auf der Kapitalform, Arbeitsbeziehung und dem Ausbeutungsverhältnis beruht.

⁸ Das Eigentum als Quelle von Ungleichheit wurde jedoch schon vor Karl Marx und Friedrich Engels gesehen. Zu den wichtigsten Vertretern zählen Thomas Hobbes (1969 [1651]) und Jean-Jacques Rousseau (Rousseau 1981 [1755]). Für eine kurze Einführung siehe beispielsweise Anton Amann (1991).

⁹ Marx leugnet die Existenz von Zwischenklassen nicht (z. B. Kleinbürgertum). Er geht lediglich davon aus, dass sie sich aufgrund der Logik des Kapitalismus allmählich auflösen und so eine dichotome Klassenstruktur entstehen würde. Anthony Giddens sagt daher, dass bei Karl Marx ein abstraktes Zwei- und ein konkretes Mehr-Klassenmodell (z. B. Übergangsklassen) zu unterscheiden ist (Giddens 1979: 34f.).

Aus diesem Verhältnis von Eigentum und Eigentumslosigkeit bilden sich Klassen im „objektiven Sinn“, eine große Menschengruppe, die all jene umfasst, die innerhalb der Produktionsverhältnisse in der gleichen Beziehung zu den Produktionsmitteln stehen (kollektive Massenakteure). Die Klasse ist eine ökonomisch definierte soziale Gruppe, die sich aufgrund ihrer antagonistischen Interessen im Klassenkampf um die begehrten Güter und Ressourcen befindet (objektiver Klassenkonflikt). Die Privilegierten besitzen die Produktionsmittel, Benachteiligte bloß ihre Arbeitskraft und sind daher gezwungen, ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit am Arbeitsmarkt bei den Besitzenden zu sichern. Dadurch sind sie voneinander abhängig. Besitzende haben dadurch aber auch Verfügungsmacht über die Benachteiligten. In diesem Verhältnis von Besitz und Nicht-Besitz liegt die Ursache von sozialer Ungleichheit begründet (sog. sozial-ökonomischer Determinismus), da es aufgrund der Klasseninteressen bzw. Interessenlagen ein Ausbeutungsverhältnis definiert und wegen des kapitalistischen Profitstrebens insgesamt zu schlechten Arbeitsbedingungen, zu zunehmender Verelendung und insgesamt zu beeinträchtigten Lebenschancen bei der benachteiligten Klasse führt (z. B. aufgrund räumliche Konzentration, Wohnungsnot, Armut, Unzufriedenheit).

Die Ungleichverteilungen sind vor allem ökonomisch bedingt, d. h. durch die individuelle Stellung im Produktionsprozess, also ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln (d. h. ökonomisch durch Besitz bzw. Nicht-Besitz). Sie weisen aber auch eine soziale Dimension auf, weil sie im Rahmen des menschlichen Zusammenlebens entstanden sind bzw. bestehen und über die Lebenschancen ganzer gesellschaftlicher Gruppen bestimmen. Nicht-Besitz an Produktionsmitteln bedeutet auf der einen Seite nicht nur die wirtschaftliche Abhängigkeit (da die Arbeitskraft an die KapitalistInnen verkauft werden muss), sondern bedingt auf der anderen Seite auch einen Konzentrationsprozess ökonomischer, politischer und ideologischer Macht – eine weitere Dimension – bei den Besitzenden. Die primären Interessen der Klasse der Besitzenden setzen sich durch und verbreiten sich (z. B. durch das Bildungsmonopol der Bourgeoisie). Dadurch spaltet sich die Gesellschaft in Bevorrechtigte und Benachteiligte, die aufgrund der unterschiedlichen Lebenslagen mit jeweils unterschiedlichen Lebenschancen¹⁰ ausgerüstet sind, wobei kein Lebensbereich ausgespart bleibt.

„Die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen“ (Marx/ Engels 1961: 8f.). Die Klasse an sich im „objektiven Sinn“ bedingt jedoch trotz einer gewissen Einheitlichkeit der Lebenschancen und -lage noch nicht sofort und zwingend ein subjektives Bewusstsein über die gemeinsame Klassenlage oder gar solidarische Verhaltensweisen. Die Entbehrungen und Leiden würden jedoch letztendlich dazu führen, dass die Gegensätze und Spannungen überwunden werden, weil es zum Bewusstsein der eigenen Klassenlage (sog. Klasse „für sich“), die eine einheitliche politische Organisation begünstige und letzten Endes zu einer (revolutionären) Umwälzung der gesamten Verhältnisse führen werde. Unter diesen Bedingungen werden Klassen zum kollektiven Akteur, die den Kampf aufnehmen. Insgesamt ein deterministisches Verhältnis zwischen Klassenlage und den sozialen bzw. politischen Bedingungen, gedacht als ein gesetzmäßiges historisches Entwicklungsgesetz.

3.1.3.2 Klassen, Stände und Parteien (Weber)

Max Weber (1864-1920) legt in seinem Hauptwerk „Wirtschaft und Gesellschaft“ (Weber 1980 [1922]) eine systematische Entwicklung eines Kategorienkatalogs und die historisch-empirische

¹⁰ Anzumerken ist, dass der Begriff „Lebenschancen“ bereits über Karl Marx hinausgeht.

Analyse der Wirtschaft, der gesellschaftlichen Ordnung und der Mächte, sowie die daraus entstehenden Verteilungsstrukturen (Vergesellschaftung) vor. Max Weber hat jedoch weniger das Ziel einer Theorie über die Ursachen und Ausformungen der sozialen Ungleichheit im Auge und geht auch nicht struktur- sondern handlungstheoretisch vor. Soziale Ungleichheit ist explizit mehrdimensional gedacht in den Sphären der Ökonomie, Politik und Kultur und bietet ein differenzierteres Bild.

Ausgangspunkt bei Max Weber¹¹ ist, wie bei Karl Marx, der Klassenbegriff, der jedoch in vertikaler wie in horizontaler Weise ausgebaut wird. Die Klassenlage ist ebenso strukturelle Voraussetzung und von der ökonomischen Lage bestimmt. „*Wir wollen da von einer ‚Klasse‘ reden, wo 1. einer Mehrzahl von Menschen eine spezifische ursächliche Komponente ihrer Lebenschancen gemeinsam ist, soweit 2. diese Komponente lediglich durch ökonomische Güterbesitz- und Erwerbsinteressen und zwar 3. unter den Bedingungen des (Güter- oder Arbeits-)Markts dargestellt wird („Klassenlage“)*“ (Weber 1980 [1922]: 513). Die Klassenlage ist Marktlage, also eine typische Chance der Verfügungsgewalt (Besitz) über ökonomische Güter und Dienstleistungen, der äußeren Lebensstellung und des inneren Lebensschicksals. Eine Klasse ist eine Mehrzahl von Menschen, die eine spezifisch ursächliche Komponente der Lebenschance gemeinsam haben. Klassen bilden sich also in der Wirtschaftsordnung, über den Bereich der Produktion und der Verteilung bzw. Verwendung von ökonomischen Gütern. Weiters unterscheidet Max Weber mehrere Typen von Klassen, nämlich Besitzklassen (wenn Besitz die Klassenlage bestimmt; privilegierte, Mittelklasse und benachteiligte Klasse), Erwerbsklassen (wenn die Marktverteilung von Gütern und Leistungen die Klassenlage bestimmt; Unternehmer und Arbeiter) und soziale Klassen (Klassenlage, die durch Mobilitätsmuster charakterisiert sind; Arbeiterschaft, Kleinbürgertum, besitzlose Intelligenz, Klasse der Besitzenden und durch Bildung Privilegierte) (Weber 1980 [1922]: 223).

Max Weber führt zusätzlich den Begriff der ständischen Lage ein, die die „*positive oder negative Privilegierung in der sozialen Schätzung*“ (Ehre, Ansehen, Prestige) darstellt und auf Lebensstil (Lebensführung), formaler Erziehung und Ausbildung (Erziehungsstände), sozialer Herkunft (Abstammungs- bzw. Geburtsstand; z. B. Adel) oder Beruf (Berufstand; z. B. Offiziere, Ärzte) beruhen kann. Er bezeichnet die Ständebildung als ein Phänomen der sozialen Ordnungsbildung, der Verteilung der sozialen Ehre, eines spezifischen Prestiges in einer Gemeinschaft, welches sich in einer bestimmten Lebensführung äußert.

Neben Klassen und Ständen unterscheidet Max Weber außerdem Parteien. Parteien stellen Formen der Vergemeinschaftung von geteilten, durch Klassen- und ständische Lage bedingten Interessen dar. Parteien umfassen die ganze Bandbreite von Klubs, Interessensverbänden bis hin zum Staat. Sie entwickeln politische Programme und sind in Organisationen zur Erreichung bestimmter Ziele zusammengeschlossen („*parteimäßiges Gemeinschaftshandeln*“). Parteien sind daher „*primär in der Sphäre der ‚Macht‘ zuhause. Ihr Handeln ist auf soziale ‚Macht‘, und das heißt: Einfluß auf ein Gemeinschaftshandeln gleichviel welchen Inhalts, ausgerichtet*“ (Weber 1980 [1922]: 539). D. h. Parteien sind institutionalisierte Interessengruppen bzw. eine Form politischer (Herrschafts-)Ordnung.

¹¹ Vgl. Max Weber in Wirtschaft und Gesellschaft (1922) über: „Stände und Klassen“ (S. 223-227 im ersten Halbband) sowie „Machtverteilung innerhalb der Gemeinschaft: Klassen, Stände und Parteien“ (S. 678-689 im zweiten Halbband).

Klassen, Stände und Parteien sind auf drei Ebenen zu betrachten, nämlich der Wirtschafts-, der sozialen und der politischen Ordnung. Sie sind Phänomene der Verteilung hochgeschätzter Güter und hierarchisch-vertikal ungleich verteilter Ressourcen innerhalb der Gesellschaft, nämlich ökonomische Güter, soziales Ansehen und Macht. Sie stehen in enger Beziehung zueinander, sind aber dennoch contingent. Die Klassenlage schafft nicht automatisch oder zwangsläufig ein Klassenbewusstsein oder Solidarität untereinander. Es existiert jedoch gemeinsames Handeln begünstigende Konstellationen, beispielsweise aufgrund ähnlicher Klassenlage und einleuchtender Ziele.

3.1.3.3 Funktionalistische Schichtungstheorie (Parsons, Davis/Moore)

Im Zuge der Industrialisierung ist es zu fundamentalen Veränderungen gesellschaftlicher Strukturprinzipien gekommen. Durch die gesellschaftliche Rationalisierung und Differenzierung wurden neue Lebensverhältnisse geschaffen. Das Denken und Handeln hat sich insgesamt verändert. Die sich rasch ändernden Arbeits-, Berufs- und Qualifikationsstrukturen haben beispielsweise zu neuen Bewertungsprinzipien gesellschaftlicher bzw. beruflicher Positionen und Rollen geführt, die auf die InhaberInnen von Positionen ausstrahlt.

Nach der funktionalistischen Auffassung entstand aus diesen Entwicklungen eine soziale Schichtung „differentieller Rangordnung“: Individuen werden in einem sozialen System nach Kategorien der Über- oder Unterordnung eingestuft und behandelt (Parsons 1973: 180). Diese soziale Rangordnung (Statusordnung) ergibt sich aus moralischen Wertungsprozessen, nämlich denen der Achtung und Missbilligung, die sich aus dem sozialen Handeln ergeben. Sie sind gesellschaftlich übereinstimmende, d. h. geteilte und über die Sozialisation reproduzierte Wertvorstellungen einer Gesellschaft. Sie vollziehen sich auf Grundlage von Verwandtschaft, persönlichen Merkmalen (zugeschrieben oder erworben), Leistung, Eigentum, Autorität sowie Macht (Ebd.: 187ff.).

Auf dieser Grundlage wurde die funktionalistische Schichtungstheorie der amerikanischen Soziologen *Kingley Davis und Wilbert Moore* (Davis/ Moore 1945) bekannt, viel diskutiert und noch mehr kritisiert. Ihre Grundargumentation lautete, dass moderne Gesellschaften aufgrund der Teilung der Arbeit extrem ausdifferenziert sind und eine Vielfalt von Aufgaben und Positionen erfordern (z. B. die als Ehepartner/-in, als Vereinsmitglied, als Mitarbeiter/-in). Mit ihnen sind spezifische Verpflichtungen verknüpft, die für den Einzelnen und für die ganze Gesellschaft von hoher Bedeutung sind. Zudem werden an die PositionsgeberInnen unterschiedliche Anforderungen gestellt. Da die dafür notwendigen persönlichen Ressourcen wie Begabung, Qualifikation und Leistungsfähigkeit bzw. -bereitschaft insgesamt nur im begrenzten Umfang verfügbar sind, stellt sich die Besetzung mit dem notwendigen „Personal“ als schwierig heraus. Dazu kommt, dass die zu erfüllenden Anforderungen ungleich wichtig sind, mal mehr oder mal weniger zur Erreichung der gemeinsamen Ziele einer Gesellschaft beizutragen vermögen. Aus diesen Gründen müssen Personen für die Besetzung der Positionen durch eine gesellschaftlich definierte Belohnungs- und Anreizstruktur motiviert werden, die das Leben z. B. angenehmer, vergnüglicher und erstrebenswerter machen. „Daher muß jede Gesellschaft, ob primitiv oder komplex, das Prestige und die Beurteilung verschiedener Personen unterschiedlich ausfallen lassen und somit ein gewisses Maß institutionalisierter Ungleichheit aufweisen“ (Davis/ Moore 2009 [1945]: 51).

Soziale Ungleichheit ist aus dieser Sicht funktional notwendig, d. h. positiv für jede differenzierte Gesellschaft (funktionalistische Schichtungstheorie). Ungleichheit entsteht aufgrund der Arbeitsteilung bzw. der Notwendigkeit, die Positionen zu besetzen. Die Positionen werden nach dem

einzelnen Beitrag zum Ganzen bewertet (Leistungsprinzip). Die ungleiche Bewertung von Berufspositionen schlägt sich auf individueller Ebene in einer differenzierten Zuordnung von Macht (Einfluss), Prestige (Ansehen), Einkommen usw. nieder. Diese Güter werden gesellschaftlich als unterschiedlich wertvoll erachtet und deren Besitz bzw. Nicht-Besitz äußert sich in einer vertikal-hierarchischen Schichtung.

Soziale Ungleichheit erscheint deshalb als gerechtfertigt, damit die notwendigen Positionen mit den fähigsten Personen ausgefüllt werden können. Der Erhalt der Gesellschaft kann nur damit erreicht werden, indem Beiträge und Tätigkeiten für die Bestandssicherung unterschiedlich gewichtet werden, was dazu führt, dass manche höher rangieren und besser bewertet werden als andere. Soziale Ungleichheit ist legitim, da jede/r entsprechend seines/ihres Beitrages belohnt wird. Die daraus entstehende Ungleichheit ist aufgrund der gesellschaftlichen Erfordernisse ebenfalls legitim, weil funktional notwendig.

3.1.4 Neuere Ansätze sozialer Ungleichheit

Im Anschluss an die „Klassiker“ entstanden zahlreiche Theorien, die die „älteren“ Ansätze erweiterten, verfeinerten und konkretisierten. Unterschieden können diese Ansätze danach werden, nach welchem gesellschaftlichen Ordnungssystem soziale Ungleichheiten primär erklärt werden können. Je nach Schwerpunktsetzung wird zwischen ökonomischen, politischen und kulturellen Theorien sozialer Ungleichheit differenziert (vgl. Hradil 2001). Bei der Darstellung wird auf Querbeziehungen und immer wieder kehrende Fragestellungen, Begrifflichkeiten und Konzeptualisierungen speziell hingewiesen. Daraus wird ersichtlich, dass sie wichtige Ankerpunkte bei der soziologischen Diskussion von sozialer Ungleichheit darstellen. Außerdem soll die Theoriendiskussion hervorheben, welche Hauptgedanken für ein gegenwärtiges bzw. zeitgemäßes Konzept der Akzeptanz zu berücksichtigen wären.

3.1.4.1 Ökonomische Theorien sozialer Ungleichheit

Ökonomische Theorien verorten die Ursache von sozialen Ungleichheiten im wirtschaftlichen Bereich. Ökonomische Gegebenheiten wie die berufliche Stellung, Qualifikationen und sich daraus ergebende Machtbefugnisse treten daher ins Rampenlicht der Analysen. Ein Grund für diese Schwerpunktsetzung liegt in den Kennzeichen des eintretenden sozialen Strukturwandels, abzulesen an den veränderten Arbeitsmarktbedingungen, ausdifferenzierten Berufspositionen und Qualifikationsanforderungen, aber auch an der eintretenden Massenarbeitslosigkeit. Marxistische, neo-marxistische und nicht-marxistische Konzepte mit sehr unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Weiterentwicklungen können dabei unterschieden werden.

Klassentheorien der marxistischen Tradition beschäftigten sich beispielsweise mit der Lösung des „Mittelklassenproblems“. Da Mittelklassen bei Karl Marx keine wesentliche Rolle spielten, geriet das Zweiklassenmodell in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung angesichts der wirtschaftlichen Veränderungen immer mehr unter Beschuss. Ein neomarxistischer Vertreter, der sich dieses Problems angenommen hat, ist Erik Olin Wright. Er schlägt mit Hilfe der marxistischen Theorie eine neue Klassenkonzeption vor, in der der Antagonismus zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden wiederum zentral bleibt (d. h. widersprüchliche Lagen aufgrund des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit). Erik Olin Wright geht davon aus, dass sich die Über- bzw. Unterordnung aus der

spezifischen Beziehung der Ausbeutung im Produktionsprozess ergibt. Als Klassenbestimmend angesehen werden folgende mehrdimensionale Ausbeutungsmerkmale: Besitz an Produktionsmitteln (Eigentum), Organisationsbefugnisse, Arbeitsunterweisung (Macht). Erik Olin Wright kommt darüber zu einem verfeinerten Ausbeutungsbegriff, berücksichtigt Autoritäts- und Herrschaftsbeziehungen sowie zunehmende Qualifikationen am industriegeellschaftlichen Arbeitsplatz.

Die Ursache der Ausbeutung liegt wie schon bei Karl Marx in der gesellschaftlichen Organisation des Produktionssystems. Aufgrund dieser Verhältnisse besitzt die Bourgeoisie alle, die Lohnarbeiter hingegen keinerlei Ressourcen. Dieser relationale Klassenbegriff bedingt das Ausbeutungsverhältnis und ist zugleich objektive Grundlage der Bildung von antagonistischen Interessen (Wright 1985a, 1985b). Empirisch untersucht Erik Olin Wright, wie das Einkommen der feingliedrigen Klassen mit Einstellungen und Bewusstsein zusammenhängt und kommt zu dem Schluss, dass sich die Einstellung Pro-Kapital-/Arbeit graduell nach Klassenlage unterscheidet (Wright 1985b). Im Gegensatz zu Karl Marx geraten die theoretisch begründeten Konsequenzen der objektiven sozialen Lage, das Bewusstsein, politische Konflikte sowie gesellschaftlicher Wandel aus dem Fokus. Unberücksichtigt bleiben zudem außerwirtschaftliche Ursachen sozialer Ungleichheit, wie z. B. politische, staatliche, kulturelle Ursachen (Hradil 2001: 67).

Schon viel früher schließt Theodor Geiger (1891-1952) anfänglich ebenfalls an den marxistisch fundierten Klassenbegriff an, distanziert sich jedoch im Laufe seines Schaffens immer mehr davon und entwickelt ein nicht-marxistisches Klassenkonzept bzw. Schichtmodell sozialer Ungleichheit. Der dafür verwendete Begriff der Schicht dient dabei als Oberbegriff zur Beschreibung der gesamten sozialen Lage einer Personengruppe in einer gegebenen Gesellschaft. Schichten sind bei Theodor Geiger als die Gemeinsamkeit eines Merkmals und eines Status definiert. Die Schichten umfassen den „*Lebensstandard, Chancen und Risiken, Glücksmöglichkeiten, aber auch Privilegien und Diskriminationen, Rang und öffentliches Ansehen*“ (Geiger 1962 [1955]: 186). Im Gegensatz zur Schicht sind Kaste, Stand, Klasse seiner Auffassung nach bloß beschreibende Begriffe einer historisch-wandelbaren Sozialstruktur. Im Klassenbegriff beispielsweise stellen die Produktionsverhältnisse das dominante Schichtungsprinzip dar. Hingegen werden Schichten durch unterschiedliche Merkmale gebildet, weil Schichtstrukturen einander „*überkreuzen, durchdringen und überdecken*“ (Geiger 1967 [1932]: 5). Sein Ansatz ist flexibler als jene davor, da einzelne Kriterien und Merkmale je nach historisch-konkreter Gesellschaft dominanter sind als andere (subsidiäre Schichtungsmerkmale). Die sozialen Prozesse, die hinter diesem sozialen Wandel stehen, werden dadurch prinzipiell analysierbar.

Weiteres Merkmal seines Schichtkonzepts ist die Unterscheidung zwischen „objektiven“ und „subjektiven“ sowie „gemischten“ Schichtbegriffen: Erstere beziehen sich ausschließlich auf äußere Merkmale der sozialen Lage (Klassenposition, Beruf, Einkommen). Subjektive hingegen beziehen sich auf gemeinsame Haltungen und Denkweisen, die psychische Verfassung (Mentalitäten bzw. geistig-seelische Disposition). Im gemischten Schichtbegriff lässt sich ein Zusammenhang zwischen äußerer (objektiver) Lage und innerer (subjektiver) Haltung herstellen. Indem sie getrennt erfasst werden und erst im Nachhinein miteinander in Beziehung gesetzt werden, lassen sich typische Haltungen für gewisse Lebenslagen analysieren (Geiger 1962 [1955]: 194). Solche lagetypischen Schichtmentalitäten sind jedoch nicht wie im Klassenbewusstsein bei Karl Marx deterministisch gedacht, sondern wahrscheinlichkeitstheoretisch: Die Mentalität ist vorherrschender Normaltypus einer bestimmten Sozialschicht bzw. die Chance, solch eine Haltung zu finden.

Die Ungleichheitstheorie von Ralf Dahrendorf ist hingegen so zu lesen, dass soziale Ungleichheiten zwar wie im funktionalistischen Ansatz mit den bestehenden Verhaltensnormen in Verbindung stehen, aber seiner Auffassung nach nicht zur sozialen Integration führen. Auch wendet er sich gegen die marxistische Vorstellung, dass Herrschaft rein nur auf der Basis von Produktionsmittelbesitz beruht. Vielmehr (mit-)begründet er eine eigene konflikttheoretische Perspektive (Dahrendorf 1957).

Soziale Normen werden dabei als verfestigte Erwartungen an die Mitglieder einer Gesellschaft verstanden. Sie sind „Verhaltenszumutungen“, da das soziale Handeln an den existierenden Normen gemessen wird und ihren Ausdruck aufgrund der Sanktionierung im normkonformen Verhalten hat. An die Norm ist ja eine spezifische Erwartung der Belohnung (Gratifikation) geknüpft bzw. bei Nonkonformität wird eine Bestrafung (Sanktionierung) in Aussicht gestellt. Aufgrund der Fähigkeit, eine Handlung zu sanktionieren, besteht Ungleichheit des sozialen Ranges bzw. der Position. Ralf Dahrendorf sagt, „*der Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen liegt (...) in der Existenz von mit Sanktionen versehenen Normen des Verhaltens in allen menschlichen Gesellschaften*“ (Dahrendorf 1966 [1961]: 370). Wenn soziale Ungleichheit aus der Ungleichheit des Ranges, also aus den sozialen Positionen entsteht und daraus die Fähigkeit zur Bestrafung der Normkonformität erwächst, stellt sich die Frage, wer aus welchen Motiven Normen setzt bzw. zu setzen vermag, die so folgenreich zu einer sozialen Differenzierungen führen und das Verhalten zu kontrollieren vermögen. Die Antwort lautet, dass der Grund dafür bei den herrschenden Wertvorstellungen und den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen liegt: „*Derjenige [wird] die günstigste Stellung in einer Gesellschaft erringen, dem es kraft sozialer Position am besten gelingt, sich den herrschenden Normen anzupassen – und umgekehrt [sind] die geltenden oder herrschenden Werte einer Gesellschaft an ihrer Oberschicht ablesbar*“ (Dahrendorf 1966 [1961]: 376).

Die Möglichkeit der Auswahl von Werten und ihre Übersetzung in Normen sowie die Ausstattung mit Sanktionen ist eine Folge von Herrschaft. Soziale Ungleichheit besteht somit nicht nur aufgrund der sozialen Positionen, sondern ist „(...) eine sekundäre Konsequenz der Herrschaftsstruktur einer Gesellschaft“ (Ebd.). Da Normen etwas von „außen“ Hereingetragenes sind, müssen sie daher nicht immer mit den Bedürfnissen und Interessen jedes Individuums oder jeder Gruppe übereinstimmen. Vielmehr entsteht ein Herrschaftskonflikt zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen den unterprivilegierten und den privilegierten Gruppen. Beide Seiten wollen ihre Werte und ihr Normensystem durchsetzen, um einen ansehnlichen Rang zu bekommen und entsprechende Positionen auszufüllen. Mehr noch geht es bei diesem sozialen Konflikt um den Kampf um die Verteidigung oder Vergrößerung der Lebenschancen überhaupt. Da aber der Konflikt in modernen Gesellschaften überwiegend institutionalisiert in Herrschaftsverbänden ausgetragen wird, fällt der reale Klassenkonflikt moderat aus.

Die These, dass die gesellschaftlichen Gruppen im ständigen Konflikt miteinander leben, wobei es um die Verteilung wertgeschätzter Ressourcen (Güter) einer Gesellschaft geht, begründet Gerhard E. Lenski (1977) – auf anthropologischer, sozialpsychologischer als auch ökonomischer Basis – durch zwei Prinzipien (Mechanismen): Weniger entwickelte Gesellschaften müssen zur Existenzsicherung die vorhandenen Ressourcen nach dem Bedarfsprinzip (annähernd) gleich auf ihre Mitglieder verteilen. Es liegt Kooperationsbereitschaft vor, welche in Gesellschaften höheren Entwicklungsstandes zunehmend schwindet, da die Ressourcenverteilung im Gegensatz zum Bedarfsprinzip verstärkt dem Machtprinzip erfolgt. Im Falle knapper Ressourcen, was auf die meisten erstrebenswerten Güter zutrifft, wird das Eigen- vor das Gruppeninteresse gestellt. Wer die

begehrten Ressourcen bekommt, bestimmt der gesellschaftliche Verteilungsprozess, der durch die unterschiedliche Zuteilung von Macht, Privilegien und Prestige charakterisiert ist. Die Ursachen für soziale Ungleichheit liegen in der Arbeitsteilung, den Wertvorstellungen und den gesellschaftlichen Machtverhältnissen (Lenski 1977: 109).

Hinzuzufügen sind noch die wichtigsten Überlegungen von Anthony Giddens, der die Theoriendiskussion vor allem seit den frühen 1980er Jahren maßgeblich beeinflusst hat. Hinsichtlich sozialer Ungleichheit schließt er ebenfalls an die Klassentheorie an und entwickelt das Konzept der Strukturierung von Klassenbeziehungen. Dabei handelt es sich in kritischer Diskussion von Karl Marx und Max Weber um die Ausarbeitung eines Theoriekonzepts zur Analyse fortgeschrittener bzw. fortschreitender Gesellschaften. Strukturbedingungen kapitalistischer und staatssozialistischer Gesellschaften werden vor dem Hintergrund vermehrter Technologisierung und Bürokratisierung ins Zentrum seiner Gesellschaftsanalyse gerückt (Giddens 1979).

Zentrales Scharnier seines Klassenkonzepts ist die Dynamisierung, die alten Klassen- aber auch Schichtkonzepte aufgrund ihrer zu statischen Ausrichtung gefehlt hatte. Anthony Giddens betont kritisch, dass die sozialen Beziehungsmuster keineswegs derart festgefügt sind. Vielmehr sind Klassenverhältnisse geprägt durch ihre Beweglichkeit, sind eine variable Folge mittelbarer und unmittelbarer Faktoren. Zu den mittelbaren Faktoren zählen Markt- und Mobilitätschancen. Unmittelbare Faktoren hingegen sind Formen der Arbeitsteilung, die Herrschaftsverhältnisse und die Konsummuster. Mittelbare wie unmittelbare Faktoren zusammen entsprechen den formalen Bedingungen der Klassenstrukturierung (abstraktes Klassenmodell), welche im Wesentlichen drei Klassen in kapitalistischen Gesellschaften herausbilden.

Neben diesen formalen Bedingungen erweitert Anthony Giddens das Klassenkonzept um einen inhaltlich-subjektiven Aspekt, nämlich die Verhaltens- und Erwartungsmuster der AkteurInnen. Durch die Berücksichtigung des Klassenbewusstseins geht das abstrakte in ein konkretes Klassenmodell über. Das Klassenbewusstsein wird jedoch theoretisch anders als zuvor begründet, nämlich aufgrund des Zusammenwirkens mittelbarer und unmittelbarer Faktoren der Klassenstrukturierung. Klassen sind strukturierte Phänomene, die auf einer „*mit gemeinsamer Lebensführung verbundenen gemeinsamen Wahrnehmung und Anerkennung ähnlicher Einstellungen und Überzeugungen*“ (Giddens 1979: 135) basieren. Historische wie auch gegenwärtige Gesellschaften werden durch eine Reihe unterschiedlicher Prinzipien und Prozesse bei der Klassenbildung beeinflusst. Ausbeutung ist daher eher „*als jegliche gesellschaftlich bedingte Form asymmetrischer Produktion von Lebenschancen*“ (Giddens 1979: 159) zu definieren. Soziale Ungleichheit ist in allen Gesellschaften in je spezifischer Form vorzufinden und das Klassenbewusstsein spiegelt den jeweiligen Stand der Gesellschaft wider. Ein revolutionäres Klassenbewusstsein hat sich beispielsweise deshalb nicht ausgeprägt, weil politische und ökonomische Auseinandersetzungen durch die Institutionalisierung des Klassenkonflikts abgeschwächt bzw. beseitigt (kanalisiert) wurden.

3.1.4.2 Politische Theorien sozialer Ungleichheit

Die 1960er Jahre waren von ökonomischen Wachstumsraten und Vollbeschäftigung gekennzeichnet, die eine reale Verbesserung der materiellen Sicherheit breiter Bevölkerungsgruppen erlaubten sowie einen qualitativen und quantitativen Ausbau des sozialpolitischen Leistungsspektrums ermöglichten. Soziale Ungleichheiten schienen entschärft bzw. faktisch lösbar mit einer Steigerung der Massenwohlfahrt.

Die 1970er Jahre wurden als das „*Golden Age of the Welfare State*“ beschrieben (Tálos 2005). Danach, vor allem in den 1980er Jahren, kam die These von der Krise des Wohlfahrtsstaates auf, die politisch wie auch wissenschaftlich eine strittige Zeitdiagnose darstellte (OECD 1981). Begleitet wurde die Debatte durch die ökonomische Wachstumskrise und die einhergehende Dauer- und Massenarbeitslosigkeit. Aufgrund der Kluft zwischen sozialpolitischem Interventionsbedarf und den anhaltenden Wachstumsproblemen reduzierten sich die finanzpolitischen Interventionsressourcen mit der Folge einer Finanzkrise des Steuerstaates. Die sozialen Ungleichheiten verschärften sich abermals und neue Formen traten auf, beispielsweise aufgrund sozialer Schließungsstrategien am Arbeitsmarkt.

Die Kritik war verbunden mit der Forderung nach dem Umbau des Sozialstaates bis hin zum radikalen Abbau bzw. dessen vollkommener Abschaffung. Aus der Sicht liberal-konservativer Kritik ist der Wohlfahrtsstaat selbst Krisenerzeuger bzw. Krisenerhalter: Wohlfahrtsstaaten sind teuer, ineffizient und wirtschaftshemmend (z. B. die hohen Kosten auf dem Faktor Arbeit senken die Wettbewerbsfähigkeit), weil demotivierend (z. B. eine zu geringe Differenz zwischen Arbeits- und Sozialeinkommen reduziert Anreize zur ökonomischer Leistung), übermächtig, freiheitsberaubend, bürokratisch und schematisch, zu sehr auf Geldleistungen und auf Rechtsvorschriften fixiert. Zudem fördern wachsende (Steuer-)Abgaben zur Finanzierung des Sozialbudgets Schattenwirtschaft und Steuerflucht (Dettling 1986; Krüger 1986).

Auch in der theoretischen Diskussion wurde die Sozialpolitik kritisch reflektiert, unter anderem mit der Folge, dass neue theoretische Ansatzpunkte entstanden. Im Zentrum standen die Rolle des Staates und seine systemintegrativen sowie sozialintegrativen Aufgaben im Spätkapitalismus. Subtilere Formen sozialer Ungleichheit wurden entdeckt und eine Diskussion über Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat nahm ihren Anfang. Die Aufgabe von Sozialpolitik wurde vor allem darin gesehen, die sozialen Ungleichheiten zu mildern. In der damaligen Analyse wurde jedoch offensichtlich, dass der Wohlfahrtsstaat durch diverse (sozial-)politische Prozesse auch zur Entstehung von Ungleichheiten beigetragen hat, beispielweise durch unterschiedlich hohe Versorgungsansprüche, durch selektiven Zugang zu Bildung oder weil bestimmte Interessen besser durchgesetzt werden konnten als andere.

Weiters wurde von der Sozialindikatorenbewegung thematisiert, dass Lebenslagen und -chancen nicht (mehr) hinreichend ökonomisch fassbar sind und um immaterielle bzw. symbolische sozialpolitische Güter ergänzt werden müssen (z. B. Bildung, Gesundheit, Freizeit). Die klassischen vertikalen Ungleichheitsdimensionen wie Einkommen, Macht, Prestige wurden um die horizontalen Dimensionen (z. B. Ungleichheit der Arbeitsbedingungen, soziale Sicherung, Infrastrukturversorgung), Geschlechter- und Regionalunterschiede, ethnische Benachteiligungen und jene von Randgruppen erweitert. Dazu gesellte sich die Einsicht, dass gängige Klassen- und Schichtkonzepte durch ihre makrotheoretischen Analysekategorien es immer weniger erlauben, „objektive“ Befunde der Ressourcenverteilung mit „subjektiven“ Indikatoren in Deckung zu bringen (Krüger 1986).

In diesem Zusammenhang können mehrere Theorien sozialer Ungleichheit – mehr oder weniger stellvertretend für die Entwicklungen und Diskussionen – identifiziert werden, die eine spezielle Blickrichtung auf soziale Ungleichheit im Bereich von Politik und Verwaltung haben. Joachim Bergmann, Claus Offe und Kollegen lieferten einen Bezugsrahmen für die Erforschung sozialer Ungleichheit und stellten die These von der horizontalen Disparität der Lebensbereiche auf

(Bergmann et al. 1969; Offe 1969). Deren Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass staatlich organisierte kapitalistische Gesellschaften von krisenhaften Verläufen gekennzeichnet sind und zu ihrer Krisenbewältigung institutionalisierten „Auffangmechanismen“ eine wichtige Rolle zukommt. Es geht daher nicht mehr nur um Klassenkonflikte und ökonomische Krisen, sondern um staatliche Steuerungstechniken zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Herrschaft, also die Legitimation des staatlichen Institutionensystems. Denn: „*Der spätkapitalistische Wohlfahrtsstaat gründet heute seine Legitimation auf die Postulate universeller Teilhabe am Willensbildungsprozess und klassenneutraler Nutzungschanze der staatlichen Leistungen und regulativen Interventionen*“ (Offe 1969: 163).

Die Fragen, der die Autoren nachgehen, lautete: Wie ist das Verhältnis zwischen kapitalistischer Ökonomie und den Funktionen des politisch-administrativen Systems und welche spezifischen Effekte ergeben sich daraus? In Gesellschaften des Spätkapitalismus ist zwar die Wirtschaft zum Basisbereich des gesamten gesellschaftlichen Geschehens geworden, aber es gibt zunehmend stärkere Verflechtungen von Wirtschaft und Politik. Diese Bedingungen ergeben Handlungszwänge für staatlich-politische Organisationsgebilde (v.a. Parteien, Parlamente, Verbände) und sind mit spezifischen Wirkungsfaktoren verbunden, die die Ausstattung von Menschen mit geschätzten Gütern materieller und immaterieller Art beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund haben demokratische Gesellschaften – so die begründete Annahme – drei fundamentale Aufgaben zu lösen, nämlich die Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität (Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum), die Vermeidung außen- und innenpolitischer Krisen wie auch die Sicherung der Massenloyalität gegenüber den Regierenden. Massenloyalität ist vorhanden, wenn die Konfliktschwellen zwischen den Interessengruppen dauerhaft nicht überschritten werden und das „*funktional erforderliche Maß apathischer Folgebereitschaft gegenüber den Instanzen des politischen Systems gegeben ist*“ (Offe 1969: 181). Massenloyalität bedeutet überhaupt den Verzicht auf Legitimationsforderungen und geht weit über den „Geltungsglauben“ gegenüber einer gegebenen Ordnung (Begriff der Legitimität) hinaus¹².

In der Folge geht es um die interne (Interessen-)Integration der Bevölkerung. Falls die Politik das nicht schafft, ist mit Konsequenzen für die Wiederwahl zu rechnen und der Bestand des herrschenden politischen Systems ist in höchster Gefahr. Politik wird unter diesen Bedingungen zur Krisenvermeidung bzw. zum Krisenmanagement, bei dem vorrangig die „dringendsten“ Problemfelder bewältigt werden. Alle peripheren Probleme haben hingegen nur wenig Möglichkeit, auf die politische Agenda zu kommen. „*Das bedeutet (...), daß solche gesellschaftlichen Lebensbereiche, die sich zwar in strukturellen Krisen befinden, für deren Folgen aber kein stabilitätsrelevantes Gewicht beanspruchen können, entsprechend geringe Chancen haben, entsprechende staatliche Interventions- und Subventionsleistungen auf sich zu lenken*“ (Offe 1969: 183). Je nach Organisations- und Konfliktfähigkeit der einzelnen Gesellschaftsbereiche ergibt sich ein „*konzentrisches Prioritätenschema von gesellschaftlichen Bedürfnissen und Problembereichen*“ (Offe 1969: 183): Prioritär ganz oben in der politischen Steuerung rangieren wirtschaftliche Probleme und potenzielle Krisen der Massenloyalität. Unten hingegen z. B. Gesundheit, Sozialhilfe, Wohnungsbau.

¹² In der pointierten Sprache von Claus Offe klingt das so: „*Die Disziplinierung systemgefährdenden Konfliktpotentials vollzieht sich in den politischen Handlungsbereichen der Zuteilung von Entschädigungen, der Proklamation integrativer Symbole und Ideologien und der gewaltsmalen Unterdrückung unkontrollierter Motivbildungen und abweichender politischer Bedürfnisinterpretationen*“ (Offe 1969: 181).

Die Effekte davon sind folgenreich, da durch die unterschiedliche politische Zuwendung verschiedene Aspekte des Daseins begünstigt, andere Lebensbereiche hingegen chronisch vernachlässigt werden: Die ungleiche Ausstattung verschiedener Lebensbereiche bzw. die Entstehung „horizontaler“ Disparitäten. Es „(...) bietet sich für die Dimension der Disparität von Lebensbereichen die Vorstellung verschiedener ‚Situationsgruppen‘ an, von Gruppen also, die situationsabhängigen Deprivationen und Frustrationen ausgesetzt sind, ohne daß der Status des einzelnen in der Einkommensskala viel zur Behebung der Probleme bewirken könnte“ (Offe 1969: 185). Das Resultat ist die strukturelle Privilegierung von Interessengruppen und „(...) das strukturelle Zurückbleiben der Lebensbereiche und sozialen Gruppen und Bedürfniskategorien, die keine systemrelevanten Risiken provozieren können und deshalb einen weniger gewichtigen Anspruch auf politische Interventionen erheben können“ (Ebd.: 184).

Das Innovative an diesen Überlegungen ist, dass sie nicht primär vertikal-hierarchische Ungleichheiten – die quer durch alle Klassen, Schichten und Lebenslagen gehen – analysiert, sondern die vertikale Dimension der Disparitäten von „Situationsgruppen“ fokussiert. Neu ist auch, dass neben „Input“-Strukturen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften auch die Outputs staatlicher Politik verstärkt betrachtet werden. Damit wird der veränderten Rolle des regulierenden Staates Rechnung getragen, der immer stärker in konkrete Lebensbedingungen über seine Politikfelder eingreift (z. B. über die Einkommenspolitik, Bildungspolitik, Wohnungspolitik). Ein anderer Blickwinkel für die Analyse der Strukturen sozialer Ungleichheiten wird damit eröffnet. Durch die Priorisierung der Lebensbereiche werden verschiedene Lebensbedürfnisse ungleich befriedigt und jene Bevölkerungsgruppen bevorzugt, die der Erhaltung der Massenloyalität bzw. der politischen Herrschaftsstrukturen dienen.

Neben den sozialstrukturellen Wandlungen im Bereich von Sozialindikatoren – beispielsweise abzulesen an gestiegenem Lebensstandard, verlängerter und höherer Ausbildung, geringerer Arbeitszeit, gewandelter Erwerbstruktur, verbesserten Wohnverhältnissen, auftretender Massenkommunikation – beobachtet M. Rainer Lepsius weiters die vielfältige politisch-institutionelle Ausgestaltung für die Interessenvermittlung zur politischen Steuerung und zur Legitimitätssicherung sowie eine Veränderung der Wertorientierungen und Verhaltensweisen. In Auseinandersetzung mit Karl Marx und in Erweiterung von Max Weber geht er den gesellschaftlichen Struktur- und Ordnungsprinzipien der Klassenbildung nach und verortet sie in den politisch-institutionellen Macht- und Herrschaftsverhältnissen (Lepsius 1990 [1979]).

Ähnlich wie Anthony Giddens fragt M. Rainer Lepsius nach den bestimmenden Strukturprinzipien (nämlich: der Klassenbildung) gegenwärtiger Gesellschaften. Klassenstrukturierung beinhaltet für ihn mehrere Ebenen, nämlich die der Lebenslage (Klassenlage), aber auch die Prozessebene der Interessenformierung (Interessenlage, Klassenorientierung) und die der institutionalisierenden Interessenvermittlung, d. h. die Durchsetzung von Klasseninteressen zur politischen Steuerung und Legitimitätssicherung. Die Wertorientierungen (Klassenkultur) haben bei der Interessenvermittlung die Aufgabe der Sicherung von Legitimation und Verfahrenskonformität. Soziale Ungleichheiten sind insofern die Folge von Positionsdifferenzen zwischen Menschen, sowie von relativer Benachteiligung und spezifischen Verhaltensdifferenzen, die auf unterschiedlichen Wertungen dieser Positionen beruhen (Lepsius 2008).

Zunächst unterscheidet M. Rainer Lepsius bei der Klassenstruktur – ähnlich wie Max Weber – nach Besitz und Erwerb, ergänzt jedoch um die sog. Versorgungsklasse. Versorgungsklassen sind eine neue und strukturell bedeutsame Kategorie der Bestimmung von Lebenslagen in wohlfahrtsstaatlichen Systemen¹³. Die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen erreichen breite Bevölkerungsgruppen und bilden für sie oftmals die Existenzgrundlage (z. B. für Studierende, Arbeitslose, Arme) und gleichen Ungleichheiten aus (z. B. im Einkommen durch die sekundäre Einkommensverteilung). Manche Gruppen werden dadurch jedoch auch benachteiligt, wie z. B. Frauen, die im Gegensatz zu Männern oftmals eine fragmentierte Erwerbsbiografie aufweisen (z. B. wegen Kindererziehung, Familienlasten), weniger ins Sozialversicherungssystem eingezahlt haben und dadurch niedrigere Pensionen erzielen. Er definiert: „*Versorgungsklasse*‘ soll eine Klasse insoweit heißen, als Unterschiede in sozialpolitischen Transfereinkommen und Unterschiede in der Zugänglichkeit zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen die Klassenlage, d. h. die Güterversorgung, die äußere Lebensstellung und das innere Lebensschicksal bestimmen“ (Lepsius 1990 [1979]: 128). Neben den wohlfahrtsstaatlichen Transferzahlungen ist für Versorgungsklassen der Zugang zu öffentlichen Gütern relevant, da sie aus öffentlichen Einnahmen zur kostenlosen Benützung prinzipiell aller Klassen bereitgestellt werden (z. B. öffentliche Sicherheit, Umweltschutz, Gesundheitssystem, Bildungswesen, Verkehrssystem, Sport- und Freizeiteinrichtungen) und eine erhebliche Rolle für die Lebensqualität spielen. Ihre Bereitstellung erfolgt jedoch selektiv und die Zugänglichkeit verstärkt teilweise die Lebenschancen von Erwerbsklassen (v. a. wegen der Bildungseinrichtungen). Versorgungsklassen sind somit wohlfahrtsstaatliche Gruppierungen (eine neue Art von Klasse) mit ungleichen Lebensbedingungen, die spezifische Interessen und neue Konfliktfronten begründen (können).

Da Besitz-, Erwerbs- und Versorgungsklassen bloß die Gleichartigkeit von Personen bzw. Gruppen hinsichtlich bestimmter Elemente der Lebenslage benennen, sind soziale Klassen vergesellschaftet (vgl. Weber), also soziale Gebilde spezifischer Interaktionsdichte (z. B. soziale Mobilität, Heiratsmuster), gleicher Wertorientierungen (z. B. subjektive Einschätzung der Schichtzugehörigkeit) und mit ähnlichen Verhaltensweisen (z. B. politisches Verhalten). Soziale Klassen sind reale Phänomene, die sich jedoch verändern, z. B. durch den faktisch bestehenden Lebensstandard oder das Bildungsniveau. M. Rainer Lepsius betont jedoch, dass „(...) das Fortbestehen bestimmter gesellschaftlicher Großgruppen nicht so verstanden werden [darf], als ob sich damit eine intertemporale Gleichartigkeit der typischen Lebenserfahrung und Interessenlage verbinden würde“ (Lepsius 1990 [1979]: 141).

Ziel seiner Klassenstrukturanalyse ist die Beschreibung von Ungleichheit typischer Lebenslagen, aber auch der damit verbundenen strukturellen Interessenformationen und der sich darauf aufbauenden politischen Kräftekonstellationen. Bei der Untersuchung der Interessenformierung und Interessendurchsetzung spielen drei Elemente eine wesentliche Rolle: die Institutionalisierung des sozialen Klassenkonflikts, die Pluralisierung der Machtarenen und Verteilungs-/Kompetenzkonflikte.

Die politische Ordnung westlicher Industriegesellschaften ist gekennzeichnet durch die Ausbildung neuer Institutionen zur Konfliktregelung (z. B. Normierung von Arbeitsbedingungen, tarifvertragliche Regelungen und Gewerkschaften, staatsbürgerschaftliche Gleichheit, sozial-moralische Leitwerte

¹³ Denn „(...) Besitz und Einkommen können für die Bestimmung der Lebenslage nicht mehr ohne Filter der öffentlichen Versorgungschancen bewertet werden“ (Lepsius 1990 [1979]: 131).

einer Gesellschaft), und die Interessenformierung und -vermittlung wird zunehmend institutionell geformt. Im „Institutionengeflecht“ werden Konfliktinhalte spezifiziert und verteilt. Anstelle des Systemkonflikts (Verfassungskonflikt) geht es zunehmend um disaggregierte Verteilungskonflikte. An die Stelle des Zentralkonflikts (Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat, vgl. Marx) ist die Behandlung spezifischer Verfahrensfragen und -regeln getreten.

Das ausdifferenzierte Institutionensystem hat wesentliche Bedeutung für die Vergrößerung bzw. Verminderung von mobilisierbarer Konfliktmacht und ist für die Legitimitätssicherung nötig. Moderne Gesellschaften sind durch drei Machtarenen charakterisierbar, nämlich durch Markt-, Staats- und Verbandsmacht. Interessenvermittlung und -durchsetzung wird bestimmt durch die Platzierung innerhalb des Kräftedreiecks und in Austauschbeziehungen zwischen Machtarenen (je nach Kombination und Kompensationsfähigkeit, vgl. auch Kreckel). Je nach Interessendurchsetzung wird über das Kräftedreieck die Lebenslage einer Schicht bestimmt, die ihre Interessenlage (Klassen- bzw. Wertorientierung) konstituieren und für Legitimation, d. h. Legitimationsglauben, -gewissheit und -einverständnis und Verfahrenskonformität bei ihren Mitgliedern sorgt, beispielsweise weil zuvor vereinbart oder verfahrenskonform entstanden. Ansonsten droht Legalitätsillegitimität bzw. Illegitimitätslegalität (vgl. Weber).

Soziale Gruppen streben nach Maximierung ihres Anteils am Sozialprodukt und dafür treten Gruppierungen in eine Auseinandersetzung um höhere Entscheidungskompetenzen und mehr Privilegierung ein. Wenn die politische Konfliktsteuerung über die Kompetenzallokation eine hinreichende Legitimität erfährt, so sind keine Verfassungs- und Verteilungskonflikte oder die politische Organisation von sozialen Bewegungen (z. B. Klassen) zu erwarten. „*Bei Stagnation oder Schrumpfung des Sozialprodukts muß [jedoch] mit einer Verschärfung der Verteilungskonflikte gerechnet werden (...)*“ (Lepsius 1990 [1979]: 149).

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangt man, wenn man die soziale Ungleichheit als Resultat der Verknüpfung von Arbeitsmarktprozessen, der politisch-organisatorischen Machtbildung und der Selektivität des politisch-administrativen Systems analysiert. Rolf G. Heinze hebt die Wichtigkeit primärer Machtverteilungen (Kapital versus Arbeit) und sekundärer Machtverteilungen am Arbeitsmarkt hervor, die im Kern durch unterschiedliche „Marktchancen“ definiert werden, z. B. über Qualifikation, organisatorische Ressourcen oder kulturelle Zuschreibungsprozesse (Heinze 1986).

Dabei spielt der Mechanismus der sozialen Schließung¹⁴ eine wesentliche Rolle, die die Machtungleichgewichte zwischen verschiedenen Gruppen von ArbeitnehmerInnen begründet, die so ihre eigenen Erwerbschancen durch Monopolisierung abzusichern versuchen. Benachteiligte Gruppen ergeben sich aufgrund dieser Schließungsstrategien und werden so von privilegierten Positionen ferngehalten, wie beispielsweise beobachtbar bei Arbeitslosen, Älteren, Frauen, Jugendlichen, AusländerInnen, Behinderten. Von ihnen ist auch keine große kollektive Gegenwehr aufgrund fehlender Machtressourcen, vor allem aufgrund ihrer oftmals geringen Organisations- und Konfliktfähigkeit, zu erwarten und Marginalisierung ist die Folge.

„*Gerade wenn Arbeit knapp wird, kapseln sich die privilegierten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt ab und versuchen, ihre Erwerbschancen zu monopolisieren*“ (Heinze 1986: 97). Die Folgen davon liegen auf der Hand, denn (langfristige) Arbeitslosigkeit, Einkommensausfall und verstärktes

¹⁴ Ausführlicher über andere Formen von Schließungsstrategien, siehe Max Haller (2008).

Verarmungsrisiko bzw. umfassende Auswirkungen auf zentrale Dimensionen sozialer Ungleichheit sind die logische Folge (v. a. wegen fehlenden Einkommens und Status). Insgesamt deuten diese Zusammenhänge auf die starke Verklammerung zwischen Marktlage und Verbandsmacht hin, da sich soziale Spaltungsprozesse am Arbeitsmarkt in der sozialen Ungleichheitsstruktur festsetzen und in der Interessenorganisation fortsetzen (z. B. bei TarifpartnerInnen).

Hinzuzufügen ist hier, dass die Organisation von Interessen bzw. verbandsförmiges Verhalten besser bei ökonomischen Interessen gelingt. Gewerkschaften, Unternehmer- und Mittelstandsverbände haben sich aufgrund der homogeneren sozial-ökonomischen Lage erfolgreicher gebildet, als dies bei der Organisation von allgemeineren Interessen möglich wäre, wie beispielsweise von sozialen Bewegungen außerhalb des Wirtschaftssystems (z. B. Umweltschutz, Gesundheit, Bürgerrechte, Freizeit, Wohnbedingungen). Es muss aber mit Verweis auf Mancur Olson betont werden, dass die ökonomische Interessensorganisation im Rahmen von Gewerkschaften weitaus schwieriger ist als bei Unternehmerverbänden. Hinzu kommt, dass angesichts der wachsenden Differenzierungen am Arbeitsmarkt gleichzeitig mehrere Interessen optimiert werden müssen (z. B. Löhne, Arbeitsbedingungen). Den Interessenverbänden kommt daher große Bedeutung beim Prozess der aktiven Konstruktion von sozialen Klassen- und Lebenslagen zu, bei der Gemeinsamkeit der Lebenslage und gemeinsame Interessenlagen artikuliert werden müssen. Ulrich Beck vermutet dahinter einen Prozess der Individualisierung, bei dem „(...) *sich das Problem der Gemeinsamkeit der Lebenslagen von der Ebene individuell-lebensweltlichen Handelns auf die Ebene organisatorisch-politischen Handelns*“ (Beck 1983: 58f.) verlagert.

Die Neokorporatismustheorie hebt die Wichtigkeit der wechselseitigen Machtverflechtungen der Verbände und ihrer Auswirkungen hervor. Mit dem Begriff wird allgemein „(...) eine wechselseitige Durchdringung und Verflechtung von Interessenverbänden und staatlichen Institutionen bezeichnet“ (Heinze 1986: 105). Er wurde zunehmend ab dem Zeitpunkt bedeutend, als sich korporative Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse außerhalb der traditionellen Staatssphäre ausbreiteten. Verbände werden seitdem zunehmend in einer beratenden und mitwirkenden Funktion bei Gesetzen und Gesetzesentwürfen einbezogen. Teilweise wird ihnen sogar autonomer Handlungsspielraum eingeräumt (z. B. als Tarifvertragsparteien). Dem Staat werden so Aufgaben abgenommen und er verspricht sich durch diese Einbindung von Interessensorganisationen auch den Ausgleich von Legitimationsdefiziten und die Akzeptanz staatlicher (möglicherweise unpopulärer) Maßnahmen, was nur gelingt, wenn die konfliktfähigen Interessenverbände einbezogen werden. Die Verbände beteiligen sich ihrerseits an diesem Prozess, um ihre Interessen zu platzieren und daraus spezifische Machtvorteile zu ziehen (sog. neokorporatistische „Tauschlogik“).

Da nur jene Themen auf den Verhandlungstisch kommen, die von den im politisch-administrativen System beteiligten Verbänden eingebracht werden, „verstärken“ sich die sozialen Ungleichheiten. Leidtragende sind die unbeteiligten „Dritten“, jene Gruppen also, deren Interessen im Verbändesystem nicht oder unterrepräsentiert sind. Die diesbezügliche These lautet, dass sich dadurch die gesellschaftlichen Spaltungstendenzen noch verstärken und Umverteilungswirkungen sich zugunsten privilegierter Interessen und Vergrößerung der Machtdifferenzen entwickeln. Die Vorteile neokorporatistischer Systeme liegen in einer effektiven Konsensfindung, die angesichts schwierig zu lösender gesellschaftlicher Probleme und Krisen der Legitimationssicherung dient. Insgesamt weisen diese Machtverzerrungen im Prozess der Politikformulierung darauf hin, dass „(...) die unterprivilegierten und nicht konfliktfähigen Gruppen ‚doppelt‘ betroffen sind: sie sind sowohl am

unteren Ende der Hierarchie von ‚Marktlagen‘ und werden zudem in den politischen Entscheidungsprozessen nur unzureichend repräsentiert“ (Heinze 1986: 109). Die Stabilität der Ausschließungsstrategien sollte jedoch nicht überschätzt werden, weil sie gleichzeitig auf deren Grenzen hinweisen, das Protestpotenzial und mögliche Konfliktherde in der Zukunft vorwegnimmt (Ebd.).

Ein theoretischer Ansatz, der viele der bereits genannten Elemente subsumiert, ist die von Reinhard Kreckel formulierte „*politische Soziologie sozialer Ungleichheit*“ (2004). Er hat den theoretischen Anspruch, für fortgeschrittene kapitalistische Gesellschaften zu gelten und vereint sowohl vertikale Ungleichheiten wie auch horizontale Disparitäten (z. B. regionale Ungleichheiten). Weil sich die „neuen“ sozialen Ungleichheiten als zusammenhängende Grundfrage sowohl gesellschaftlich als auch politisch Probleme bewusst und wirksam gemacht haben, braucht es – so die Begründung – ein „*gemeinsames begriffliches und theoretisches Dach*“ um alte und neue, vertikale und horizontale wie auch nationale und internationale Ungleichheiten berücksichtigen zu können (Kreckel 1985: 312). Der „*gemeinsame Nenner*“ ist für Reinhard Kreckel die Berücksichtigung der vielgestaltigen gesellschaftsbestimmenden Kräfte und Gegenkräfte; er entwickelt ein Strukturmodell, das „*(...) unterschiedliche kollektive Akteure nach dem Grad ihrer Organisiertheit und Konfliktfähigkeit unterscheidet, [und] für die Erklärung ungleichheitsreproduzierender bzw. -transformierender Mechanismen in allen westlichen Staatsgesellschaften fruchtbar ist*“ (Kreckel 2004 [1992]: 163).

In fortgeschrittenen Gesellschaften ist zwar „*die Gleichverteilung von Gütern und Lebenschancen und die Gleichbehandlung aller Menschen (...) zur demokratischen Basisnorm geworden*“¹⁵ (Kreckel 1985: 312f.), weiterhin geht es aber um den Konflikt um distributive und relationale Ressourcen (Reichtum, Wissen, Macht, Rang, Zugehörigkeit). Um die asymmetrischen Verhältnisse adäquat abbilden zu können, verwendet Reinhard Kreckel die Metapher von konzentrischen Kreisen, die das Zentrum und die Peripherie des Kräfteverhältnisses innerhalb der Struktur sozialer Ungleichheit visualisiert. Kennzeichnend sind eine Kräftekonzentration im Kern, die Kräftezersplitterung an der Peripherie und ein ständiges Spannungsfeld dazwischen. Reinhard Kreckels Auffassung nach ermöglicht eine solche modellhafte Abbildung, die Stabilität und Interdependenz von Gesellschaften wie auch die in ihnen stattfindenden Konflikte und internen Disparitäten gleichzeitig zu berücksichtigen.

Gemäß einer fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft bildet das korporatistische Kräftedreieck, bestehend aus (Lohn-)Arbeit, Kapital und Staat, das Zentrum des Kräftefeldes. Es ist durch ständigen Konflikt miteinander gekennzeichnet, wobei drei Kräfte in Gestalt von Organisationen und Institutionen wirken: Der Staat durch Bund, Länder, Gemeinden; die Arbeit durch Gewerkschaften; das Kapital durch Unternehmerverbände und Großunternehmen. Um dieses Kräftezentrum herum werden weitere kollektive AkteurInnen, gemäß ihrer Organisiertheit und Konfliktfähigkeit, in konzentrischen Kreisen gedacht (sie stehen auch im Dauerkonflikt zueinander): Zuerst spezialisierte Interessenorganisationen (z. B. Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände mit je unterschiedlichem Grad an Konfliktfähigkeit), dann organisierte soziale Bewegungen (die sich mit Verteilungsrelevanten Themen befassen, wie z. B. Frauen- und Umweltbewegungen, und mit punktueller Durchschlagskraft ausgestattet sind), und an der Peripherie des Kräftefeldes befindet sich die sozial strukturierte Bevölkerung. Auch ihr Verhalten stellt einen Machtfaktor dar, weil es die

¹⁵ Theoretisch wie normative Prämisse von Reinhard Kreckel ist das Gleichheitspostulat, denn es hat: „*(...) den letzten Erdenwinkel erreicht und den letzten Barbaren zum Mitmenschen gemacht*“ (Kreckel 1985: 317).

Bevölkerung ist, „(...) die mit ihren schicht-, milieu- oder lagespezifischen Werthaltungen und Handlungspotentialien die gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse ins tägliche Leben übersetzt“ (Kreckel 2004 [1992]: 161). Ihr Verhalten tritt typischerweise in Formen strukturierten Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Konsum- und Wahlverhaltens auf, kann so auf das ungleichheitsbegründende makrosoziale Kräftefeld zurückwirken und von den dort agierenden kollektiven AkteurInnen berücksichtigt werden.

Quer zu den konzentrisch aufgebauten Kräftekonstellationen einer Gesellschaft agieren die politischen Parteien der Konkurrenzdemokratie als institutionelle Vermittlungsinstanzen. Im parlamentarisch-demokratischen Verfassungsstaat haben Parteien die Aufgabe, die kollektiven AkteurInnen des gesamten Kräftefeldes miteinander zu verklammern. Parteien kommt insofern eine wichtige Rolle zu, als sie gleichzeitig im Zentrum als auch an der Peripherie aktiv sind, einerseits in der Rolle legitimer Staatsgewalt und andererseits zur Bindung der Wahlbevölkerung. Aufgrund der Überschneidungen und Überlappungen ist autonomes Handeln der politischen Parteien ausgeschlossen. Es besteht daher „(...) eine Wechselwirkung zwischen der von den Parteien vertretenen ungleichheitsrelevanten Politik und den durch die gegebenen Ungleichheitsverhältnisse geprägten Werthaltungen und Handlungspotentialen der Wahlbevölkerung. Das vielfach kritisierte ‚Schielen‘ der Parteien nach den Ergebnissen von Meinungsumfragen mag hierfür als Indiz genügen“ (Kreckel 2004 [1992]: 162).

Die konzentrischen Kreise des Modells bezeichnet Reinhard Kreckel als die „primäre Machtasymmetrie“, bei der mehrere Konfliktlinien denkbar sind, die sich überlappen können und möglicherweise gar keine klaren Konfliktlinien bzw. Polarisierungen ergeben. Innerhalb des Zentrums bildet sich eine „sekundäre Machtasymmetrie“, ein Machtgefälle innerhalb der Gruppe der ArbeitnehmerInnen mit Folgen für die Masse der Bevölkerung. Aufgrund ungleicher Voraussetzungen zur sozialen Schließung bzw. Mechanismen der Arbeitsmarktsegmentation bilden sich ungleiche und ungleich mächtige arbeitsmarktstrategische Lagen (Kreckel 2004 [1992]: 202ff.).

Hinter Reinhard Kreckels Einteilung in Lagen steht eine theoretische Hypothese, die je nach vorhandener bzw. potenziell vorhandener Organisations- und Konfliktfähigkeit unterscheidet. Die Fähigkeit dazu ist bei peripheren Lagen nicht oder nur sehr eingeschränkt gegeben, da sie sich aus dem institutionalisierten oder gewaltsamen Ausschluss von den jeweils dominierenden Machtressourcen sowie aus der mangelnden Möglichkeit oder Bereitschaft zur Bildung von Gegenmacht ergeben (Kreckel 1985: 314). Periphere Lagen sind „(...) strukturell verankerte Bedingungskonstellationen, aus denen sich für die Betroffenen Benachteiligungen hinsichtlich ihrer Zugangsmöglichkeiten zu allgemein verfügbaren und erstrebenswerten materiellen und/oder symbolischen Gütern und hinsichtlich ihres Spielraums für autonomes Handeln ergeben. Periphere Lagen können in lokalen, regionalen, nationalen und weltweiten Strukturzusammenhängen auftreten, die einander überlagern können. Je nach gewähltem Abstraktionsgrad können deshalb einzelne Individuen, Gruppen oder ganze Staatsgesellschaften und Weltregionen als mehr oder weniger ‚peripher‘ (bzw. ‚zentral‘) beschrieben werden“ (Kreckel 2004 [1992]: 43).

Reinhard Kreckel hebt mit dieser Konzeption die Zersplitterung und Mehrdeutigkeit von Klassenlagen und Klasseninteressen hervor: Aus ambivalenten und beziehungsreichen Kräftekonstellationen können vielfältige und ambivalente Interessenlagen erwachsen. Eindeutige Konfliktlinien sind typischerweise eher die Ausnahme. Die Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie lässt sich nach

Reinhard Kreckels Auffassung nur objektiv und subjektiv bestimmen, weil nur so das asymmetrische Innenverhältnis zum Ausdruck kommt. Objektive Beziehungen sind Tauschrelationen, direkte Machtverhältnisse, politische und rechtliche Abhängigkeiten. Subjektive sind kulturell-normative Ordnungsaspekte, wie der gemeinsame Wert- und Kommunikationshorizont, der alle Beteiligten vom Zentrum bis zur Peripherie subjektiv zusammenhält und die bestehenden Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse stützt und legitimiert. Menschen in modernen Gesellschaften weisen multiple Zugehörigkeiten auf, die unter gewissen Umständen zur Grundlage gemeinsamer subjektiver Wahrnehmungen und Bewertungen, z. B. von Privilegierung oder Benachteiligung, und zum Bezugsrahmen für Stabilität oder Veränderung werden, z. B. Gegenwehr in Form solidarischer Handlungen. Die Chance dafür liegt jedoch nicht bloß im subjektiven Faktor, sondern auch in der objektiven Lage im Kräftefeld (d. h. den objektiven strukturellen Bedingungen). „(...) die (subjektive) Wahrnehmung eigener Benachteiligung ist stets an die Unterstellung eines gemeinsamen Lebenszusammenhangs oder zumindest Relevanzrahmens gebunden, der die Inhaber zentraler und peripherer Lagen miteinander verknüpft“ (Kreckel 1985: 318).

Was die weitere Rolle des bereits angesprochenen modernen Sozialstaates angeht, soll zuletzt noch die wissenschaftliche Kontroverse über die Entstehung und Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten zusammengefasst wiedergegeben werden. Die Diskussion spiegelt jene zwischen funktionalistischen und konflikttheoretischen Ansätzen wieder. Zudem wurde zwischen pluralistischen und (neo-)marxistischen Theorien unterschieden (Alber 1987: 73-118):

Der funktionalistische Ansatz beschreibt die Entwicklung des Sozialstaates prinzipiell als Funktionsanforderung in Unabhängigkeit von den Dispositionen der BürgerInnen. Aus dieser Perspektive ist sozialstaatliches Eingreifen die bloße, aber notwendige Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen. Die Überlegung lautet, dass wegen der Anforderungen des Wirtschaftssystems und der negativen Begleiterscheinungen der Industrialisierung institutionelle Vorkehrungen getroffen werden mussten. Der Wohlfahrtsstaat ist insofern funktionale Systemanforderung. Überlegungen zu den normativen Grundlagen der Legitimität bleiben bei diesen Überlegungen zumeist ebenso ausgeklammert wie die Entstehung von Interessen (z. B. Wahrnehmung, Einstellung und Akzeptanz) der BürgerInnen für die konkrete Ausgestaltung von Sozialpolitik.

Konflikttheoretische Ansätze hingegen messen der Einstellung und dem Verhalten der Mitglieder einer Gesellschaft eine Schlüsselrolle zu. Sie anerkennen individuelle und kollektive Interessen sowie Bewusstwerdungs- und Artikulationsprozesse als Voraussetzung für staatliches Handeln. Gesellschaftlich profitierende Gruppen befürworten den Sozialstaat, während die ihn finanzierenden Gruppen ihn tendenziell ablehnen. Da die zu verteilenden Güter und Leistungen zumeist knapp aber begehrt sind, muss Einfluss auf die Gestaltung von Sozialpolitik genommen werden. Daher ist die sozialstaatliche Entwicklung stark von der Macht der jeweiligen gesellschaftlichen Kräfte abhängig. Beispielsweise war die zunehmende Institutionalisierung von Bürgerrechten die Voraussetzung dafür, dass sozial benachteiligte Gruppen (Lohnabhängige, Angestellte) verstärkte Einflussmöglichkeiten auf die Sozialgesetzgebung wahrnehmen konnten und so wohlfahrtsstaatliche Politik mitbestimmten (Marshall 1964). Peter Flora hat zudem die Möglichkeit eingeräumt, dass im Zuge des Modernisierungsprozesses sowohl eine funktionale Notwendigkeit als auch eine zunehmende Stärke der Arbeiterbewegung entscheidend war (Flora 1974).

Aus (neo-)marxistischer Perspektive ist die Funktion von Sozialpolitik darin zu sehen, dass sie den Kapitalverwertungsprozess fördere, z. B. indem die Arbeitskraft lohnabhängiger Gruppen durch Unfall- und Krankenversicherung gesichert wurde oder stark Deprivierte in Abhängigkeit von staatlichen Leistungen gebracht wurden. Aus dieser Perspektive stellt sich die Entwicklung von Sozialpolitik in Zusammenhang mit Legitimationsproblemen des kapitalistischen Staates heraus. Sozialpolitik kann beispielsweise als „Befriedungspolitik“ gesehen werden, weil die organisierte Arbeiterbewegung zu einer Systemstabilisierung beitrug (Müller/ Neusüss 1970: 19), als Herausforderer der Kapitalinteressen (Offe/ Wiesenthal 1985) oder als Strategie zur Eingliederung von Arbeitskräften in ein Lohnverhältnis (Lenhardt/ Offe 1977: 106). Erst wenn die staatliche Ordnung und der kapitalistische Akkumulationsprozess bedroht scheinen (z. B. durch Massenarbeitslosigkeit), wird die öffentliche Meinung bedeutend (Piven/ Cloward 1977).¹⁶ Wohlfahrtsstaaten politisieren den Klassenkonflikt, wohingegen ihn der Kapitalismus entpolitisiert und die negativen Auswirkungen zu sozialisieren versucht. Der Sozialstaat wird zum politischen Inhalt der Massendemokratie, z. B. indem Unterprivilegierte für mehr oder bessere Leistungen des Sozialstaates eintreten. Das politisch-administrative System (z. B. Parteien) kann zum Ausgleich kommunikativen Einfluss nehmen, was im Extremfall nicht zur Sozial- und Systemintegration beiträgt und zum Verfall der Massenloyalität bzw. Meinungslosigkeit gegenüber dem Sozialstaat führen kann (Habermas 1981: 508f.). Jürgen Habermas geht überhaupt davon aus, dass fortgeschrittene kapitalistische Gesellschaften „ihre strukturbildende Kraft für die Lebenswelt sozialer Gruppen“ verloren haben und keine vertikalen Klassenkonflikte mehr aufweisen. An seine Stelle sind an den Rändern des „produktivistischen Leistungskerns“ neue Konfliktlinien im Entstehen (Ebd.: 512).

Angesichts der Bandbreite wohlfahrtsstaatlicher Arrangements und Regime hat Gøsta Esping-Andersen (1990) eine Typologie von Wohlfahrtsstaaten entwickelt, die sich nicht nur in Ausmaß und Aufbau unterscheiden, sondern auch hinsichtlich ihrer institutionellen Praktiken und Programme zur sozialen Sicherung. Gleichzeitig haben sie laut Gøsta Esping-Andersen zur Entstehung spezifischer Gefüge von sozialer Ungleichheit beigetragen. Der Wohlfahrtsstaat ist ein System der Stratifizierung, weil er die primäre Ungleichheit (z. B. die auf dem Markt entstandene Einkommensverteilung) verändert und selbst durch sein Eingreifen eine sekundäre Ungleichheit (z. B. in Form der sekundären Einkommensverteilung) schafft. Wohlfahrtsstaatliche Transfers sind zudem eine Alternative zur alleinigen Existenzsicherung über den Arbeitsmarkt (*de-commodification*). Außerdem sind Wohlfahrtsstaaten und die konkrete wohlfahrtsstaatliche Ausgestaltung das Resultat des Einflusses der jeweils dominanten Interessenorganisationen, ihrer politischen Kräfte und Koalitionen sowie ihrer spezifischen ideologischen Tradition (sog. Pfadabhängigkeit) (Esping-Andersen 1990: 138).

Gøsta Esping-Andersen unterscheidet zwischen liberalen, konservativen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten¹⁷: Liberale Wohlfahrtsstaaten können durch geringere staatliche Intervention in die marktförmigen Prozesse charakterisiert werden. Sie haben im Bereich der Sozialpolitik ein Minimum an Staatstätigkeit und betonen die private Verantwortung für die Existenzsicherung. Die Ungleichheit der Einkommen ist daher typischerweise relativ hoch, wobei Länder wie Australien, Kanada, Japan, Schweiz und die Vereinigten Staaten von Amerika dazu gezählt werden. Konservative

¹⁶ Insgesamt gibt es einen theoretisch postulierten Kausalzusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wohlergehen und der staatlichen Legitimität. Jene verlangen mehr Staat, die sich in einer subjektiv und objektiv schlechten wirtschaftlichen Lage befinden.

¹⁷ In weiterer Folge wurde die Typologie mit dem mediterranen und dem post-sozialistischen Regimetypus ergänzt (Andreß/ Heien 2001; Lessenich 1994).

Wohlfahrtsstaatsregime hingegen werden durch die Christdemokratie bzw. Ideen der katholischen Soziallehre geprägt. Sie drücken eine stärkere Verantwortung für die soziale Sicherheit und daher Umverteilung aus. Sie betonen das Prinzip der Statussicherung und bewahren daher Status- und Einkommensunterschiede. Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland und Italien werden dabei genannt. Weiters sind sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten typischerweise durch eine starke Stellung der Arbeiterparteien geprägt, weisen umfassende soziale Rechte auf und haben mehr Maßnahmen der Umverteilung verankert. Länder wie Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden und die Niederlande werden zu diesem Typus gezählt.

3.1.4.3 Sozi-kulturelle Theorien sozialer Ungleichheit

Abschließend werden noch einige soziologische Theorien vorgestellt, die die Ursache von sozialer Ungleichheit im Bereich der „Sozi-Kultur“ vermuten, wobei ein solch breit gefasster Begriff der Kultur alles materielle oder immaterielle (symbolische), vom Menschen Geschaffene umfasst. Die „*Kultur ist die vom Menschen handelnd veränderte Natur*“ (Gehlen 1961: 21), errichtet im Umgang mit der Abhängigkeit und dem Ausgeliefertsein gegenüber der Natur. Mit der Bearbeitung der Natur ist zugleich die Hervorbringung der soziokulturellen Umwelt verbunden, die gleichzeitig zu einer „sekundären Natur“ des Menschen wurde. Auf Basis einer sozialen Definition der Wirklichkeit haben Menschen erst die Fähigkeiten und Verfahrensweisen entwickeln müssen, um sich in der vom Individuum erzeugten soziokulturellen Umwelt erfolgreich orientieren und behaupten zu können. Dieser Prozess ist mit der Zahlung eines zweifachen Preises verbunden, nämlich einerseits der Zerstörung der Natur und andererseits der eigenen Unterwerfung unter die selbst geschaffene materielle und symbolische Um- bzw. Mitwelt (Amann 1991).

Da das Denken, Fühlen und Verhalten des Menschen nicht stark biologisch festgelegt sind, wurde die Sozialität lebensnotwendig. Soziale Institutionen als vergesellschaftete Formen werden zu diesem Zwecke etabliert, die das Zusammenleben und -arbeiten unter den Menschen regeln sollen und, weil anerkannt (d. h. legitimiert), das Handeln des einzelnen erwartbar und verlässlich machen. So bildet sich eine sozi-kulturelle Ordnung heraus, also das, was dem menschlichen Zusammenleben Stabilität und Voraussehbarkeit gibt. Charakteristisch ist der Doppelcharakter der sozi-kulturellen Ordnung: Einerseits leistet sie aufgrund ihrer beschränkenden Bedingung, ihres Zwangscharakters, eine Vorselektion, weil sie die Beliebigkeit des menschlichen Denkens und Verhaltens einschränkt (sog. „*vorentscheidende Instanz*“, vgl. Kreckel). Andererseits hat sie einen Entlastungscharakter, der den Einzelnen davon enthebt, aus der Fülle an möglichen Denk- und Handlungsalternativen ständig neu wählen zu müssen (Amann 1991: 57).

Da Menschen gelernt haben und die Fähigkeit besitzen, die Lebensverhältnisse wahrzunehmen, sich selbst zu ihnen zu sehen (d. h. bewerten und interpretieren) und Handlungsmöglichkeiten sowie -folgen abschätzen zu können, wird die gesamte sozi-kulturelle Situation (die Lebensverhältnisse und -bedingungen) zur Bedingungskonstellation für menschliches Denken und Verhalten. Das Handeln ist somit nicht mehr beliebig denkbar und möglich, sondern ist eingebettet in ein vorgegebenes gesellschaftliches Gefüge. Wichtig und nochmal zu betonen ist jedoch, dass das kein starres soziales Gefüge kennzeichnet. Individuum und Gesellschaft sind keine Wirklichkeiten für sich ohne Wechselwirkungen. Kennzeichnend für die kulturelle Ordnung und ihre gesellschaftlichen Institutionen ist vielmehr, dass sie zwar auf relative Dauer installierte soziale Gebilde, jedoch von den Menschen selbst geschaffen und veränderbar sind und sich daher ständig verändern können.

In der theoretischen Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit geht es hauptsächlich um die Erklärung und das Verstehen, wie individuelle Autonomie und Handlungsfreiheit zur gesellschaftlichen Kultur beitragen bzw. wie die soziokulturelle Um- und Mitwelt Stabilität und Wandel im individuellen Denken und Handeln beeinflussen. Da in den vorangegangenen Theorienkapiteln schon die Rolle von zentralen gesellschaftlichen Institutionen bzw. die der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ordnung eingeführt worden ist, wird in der Folge schwerpunktmäßig von einem engeren Kulturbegriff ausgegangen und dementsprechende Theorien sozialer Ungleichheit werden vorgestellt. Solch ein Kulturbegriff verwendet hauptsächlich die immateriellen, d. h. die aus dem sozialen Zusammenleben entstandenen gedanklichen und symbolischen Produkte, wie z. B. Wissensbestände, kulturelle Überzeugungen, Weltanschauungen (z. B. Sprache, Religion); sozialmoralische Leitgedanken und -vorstellungen (z. B. Menschenrechte, Bürgerrechte); gesellschaftliche „Leitnormen und -werte“ (z. B. Reziprozitäts- und Gerechtigkeitsnormen) (Haller 2008). Die so verstandene Kultur entfaltet deshalb eine umfassende Wirkung, weil sie von der Mehrzahl der Gesellschaftsmitglieder erlernt, daher überindividuell geteilt und in jeder sozialen Interaktion berücksichtigt wird. Die Grundannahme der soziokulturellen Ungleichheitstheorien lautet, dass Menschen auf der Basis von kulturellen Überzeugungen, Werten, Normen, Wissen etc. Moralvorstellungen herausbilden und etablieren (Anm.: Die sich aber auch wandeln können), die das Zusammenleben strukturieren. In Abhängigkeit vom materiellen Bedingungen beeinflussen die Vorstellungen spezifische Denk- und Verhaltensmuster (Hradil 2001).¹⁸

Aufgrund der großen Bandbreite des diesbezüglichen Theorienangebots werden hier nur ausgewählte Ansätze dargestellt, nämlich die sozioökologische Strukturtheorie von Peter M. Blau, sozio-kulturelle Kapital- bzw. Habitustheorie von Pierre Bourdieu, die Individualisierungstheorie von Ulrich Beck und die Wertewandeltheorie von Roland Inglehart.

Man könnte das Schaffen von Peter M. Blau (1918-2002) als die Entwicklung von der mikrosoziologischen Tauschtheorie zur sozioökologischen Strukturtheorie beschreiben. Sein gesamtes Forschungsprogramm ist von der Bemühung gekennzeichnet, eine soziologische Theorie des sozialen Lebens auf mikro- bzw. handlungstheoretische Beine zu stellen (Austauschtheorie: Struktur und Dynamik sozialer Interaktion und Prozesse der Vergesellschaftung) und eine makrotheoretische Differenzierungstheorie sozialer Integration (Heterogenität, Ungleichheit, Kreuzung sozialer Kreise) moderner Gesellschaften aufzustellen (Müller 1997).

Zu Beginn widmet sich Peter M. Blau im strukturell-individualistischen Tauschansatz, ganz wie Georg Simmel, dem Studium der Elemente sozialer Interaktion und der Formen der Vergesellschaftung. Soziale Beziehungen sind durch Tausch und Austausch gekennzeichnet. Menschen haben Interesse an Interaktion (Attraktivitätsannahme), da im sozialen Austausch Gratifikationen winken und Menschen nach sozialer Anerkennung und Akzeptanz streben (Belohnungsannahme). Gleichzeitig

¹⁸ Diesbezüglich soll an dieser Stelle noch einmal klar betont werden, dass die Existenz von „letzten Werten“, „Meta-Werten“ oder spezifischen „Grund- bzw. Leitwerten“ soziologisch eigentlich nicht vertreten werden kann. Vielmehr ist von der gleichzeitigen Existenz mehrerer, mehr oder weniger akzeptierter Werte auszugehen. Sie können aber gegeneinander nicht rational argumentiert werden, weil gegen spezifisch (letzte) Werte meistens andere Werte geltend gemacht werden können. Hier wird die Auffassung vertreten, dass hinter jeder sozialen Norm ein Wert steckt oder sich zumindest vermuten lässt, wobei die Werte als individuelle Orientierungsmedien fungieren, die (wegweisend) im Handeln Geltung haben. Individuen handeln beispielsweise dann wertrational, wenn sie von der unbedingten Richtigkeit einer Sache überzeugt sind bzw. sich im Dienste ihrer Überzeugung bewegen (vgl. Weber).

besteht aber auch Zwang zur Kooperation, da sich individuelle Ziele nur über Austausch mit anderen erreichen lassen (Kooperationsannahme). Es existiert ein ständiger Balanceakt zwischen individuell-egoistischem Streben und sozialen Interessen (intrinsische und extrinsische Belohnungen).

Prinzipiell basiert jeder Austausch auf Freiwilligkeit und ist durch eine Gleichheits- oder Reziprozitätsnorm gekennzeichnet. Aus dieser Verpflichtung entsteht der gleichgewichtige Austausch, eine soziale Interaktions- und Kommunikationsbeziehung. Einseitiger Austausch stellt sich hingegen ein, wenn jemand in einer sozialen Interaktion ständig mehr gibt als er bekommt bzw. jemand regelmäßig die Leistung eines anderen benötigt, ohne gleichwertig zurückzuzahlen. Aus dieser Tauschkonstellation erwächst Macht und Autorität für den Leistungsgeber, Unterwerfung und Ehrerbietung für den Leistungsempfänger. Es kommt zur sozialen Wertschätzung, zu Status- bzw. Prestigedifferenzierung und zur Herausbildung von Macht, sozialer Ungleichheit also.

Sozialer Austausch ist aber nicht bloß auf dyadische oder direkte Sozialbeziehungen beschränkt, sondern besteht auch auf der Ebene indirekter Beziehungen auf Meso- oder Makroebene. Peter M. Blau ist der Meinung, dass Werte als Koordinierungsmechanismen der sozialen Ordnungsbildung fungieren. Werte sind Funktionsmedien der Kommunikation, die mit Institutionen normativ über Regelungen verknüpft sind: Partikularistische Werte sorgen für soziale Integration und fördern Gruppenloyalität (Institutionen: Religion, Verwandtschaft), universalistische Werte fördern Austausch, soziale Differenzierung, Arbeitsteilung und Klassenstruktur (Markt, Bildungseinrichtungen, Schichtsystem), legitimatorische Werte regeln soziale Organisation (Politik, Jusiz, Militär, formale Organisationen) und Oppositionsideale sind Medien des sozialen Wandels (soziale Bewegungen und oppositionelle Kräfte).

Peter M. Blau entwickelte daraus später eine deduktiv-nomologische Strukturtheorie sozialer Ungleichheit. Die sozialen Beziehungen bekommen wieder primären Bezugspunkt, dieses Mal jedoch mit „*einer strukturtheoretischen Radikalisierung des Forschungsprogramms*“ (Müller 1997: 57). Damit kommt er zu relationalen Aussagen aus Sicht differentieller Gruppenzugehörigkeit und distributiver Ungleichheit (Status- und Ressourcenverteilung). Struktur ist in dieser Fassung, genauso wie in seiner Handlungstheorie, ein empirisches Muster konkreter sozialer Beziehungen zwischen den Elementen einer Gesellschaft, also z. B. die Beziehungen von Männern und Frauen, ethnischen Gruppen oder sozialen Schichten. Die Sozialstruktur ist demnach die Verteilung der Bevölkerung nach sozialen Positionen, die die Interaktion zwischen den Menschen in einem mehrdimensionalen sozialen Raum beeinflusst.¹⁹

Mit diesem Strukturbegriff ist auch die Vorstellung emergenter Eigenschaften verbunden, nämlich die der Größe von Strukturen, die sozialen Beziehungen darin, ihre Zusammensetzung und die strukturellen Eigenschaften in der gesellschaftlichen (bzw. höheren) Ordnung. Zusammen bilden sie den strukturellen Rahmen einer Gesellschaft und determinieren gleichzeitig das individuelle Verhalten. Demnach: „*Sozialstruktur ist die Verteilung der Bevölkerung nach sozialen Positionen, welche nach unterschiedlichen Kriterien definiert sind; diese Positionen beeinflussen die Interaktionen und Rollenbeziehungen zwischen den Menschen*“ (Haller 2006: 164).

Für die Analyse sozialer Ungleichheit moderner Gesellschaften entwickelt Peter M. Blau eine Differenzierungstheorie, die der empirischen Komplexität gerecht werden soll. Zu diesem Zweck

¹⁹ Anm.: Jedoch ohne jegliche Norm-, Regel- oder Wertstruktur.

definiert er unterschiedliche sozialstrukturelle Parameter: Parameter sind erstens Merkmale, wonach Menschen in sozialen Beziehungen durch ihre Interaktionen Unterscheidungen treffen. Zweitens variieren die Merkmale nach dem Grad, wie stark sie die Interaktionen determinieren. Drittens erzeugen sie soziale Positionen. Die Merkmale sind viertens direkt erfassbare und messbare Größen, wie beispielsweise über das Alter, den Bildungsabschluss oder den Sozialstatus. Insgesamt existiert in historisch-konkreten Gesellschaften, je nach Komplexität und Differenzierung, eine begrenzte Anzahl unterschiedlicher Merkmale. Die Merkmale sind die Achsen der Sozialstruktur und spannen einen multidimensionalen Raum auf.

Ziel ist die Erklärung der Arten und des Umfangs gesellschaftlicher Differenzierung, wobei Peter M. Blau annimmt, dass sie Implikationen für die soziale Integration und den sozialen Wandel hat. Die individuelle Lage in der Sozialstruktur kann über die Gruppenzugehörigkeit bzw. über die Ressourcenausstattung ermittelt werden. Differenzierungsformen sind Heterogenität und Ungleichheit, wobei sich Differenzierungen in der sozialen Lage aus der Kombination zweier grundlegender Parameter ergeben: Nominale Parameter sind Klassifikationsparameter und teilen die Bevölkerung in Gruppen ohne jegliche Rangordnung ein. Sie sind Unterschiede der „Art“ bzw. qualitative Differenzen und definieren Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit. Das Religionsbekenntnis, das Geschlecht, die nationale Zugehörigkeit/Herkunft oder der Beruf sind Beispiele solcher Parameter nominaler Art. Sie führen zur horizontalen Differenzierung bzw. zur Differenzierungsform der Heterogenität. Graduelle Parameter hingegen sind Rangparameter und sie differenzieren eine Bevölkerung nach einer Rangordnung ohne klare Grenzziehung. Sie sind also Unterschiede des „Grades“ bzw. der quantitativen Differenzierung im Sinne von höher oder tiefer. Ein kontinuierliches vertikal-hierarchisches Gefälle in Form von Bildung, Einkommen, Macht, Reichtum, Prestige oder sozioökonomischem Status sind Beispiele für graduelle Parameter und führen zur Differenzierungsform der Ungleichheit bzw. erzeugen Status(un)gleichheit. „*Heterogeneity or horizontal differentiation refers to the distribution of a population among groups in terms of a nominal parameter. Inequality or vertical differentiation refers to the status distributions in terms of a graduated parameter*“ (Blau 1977: 9).

Beide Parameter beeinflussen die sozialen Interaktionen und das soziale Verhalten, je nach ihrer relativen Bedeutung: Heterogenität (d. h. Verschiedenartigkeit) eines Merkmals definiert die Wahrscheinlichkeit, dass zwei zufällig gezogene Personen zu unterschiedlichen Gruppen gehören. Heterogenität ist einerseits dann größer, wenn die Anzahl der Gruppen in einer Gesellschaft groß ist bzw. wenn die Anzahl der Kategorien eines Parameters hoch ist (z. B. die Anzahl der Konfessionen). Heterogenität ist andererseits auch dann größer, wenn die Verteilung der Individuen auf die Kategorien oder Gruppen gleichmäßiger verteilt ist bzw. im Extremfall gleichverteilt ist. Die Interaktion innerhalb gleicher Gruppen ist häufiger als zwischen den Gruppen. Ungleichheit ist definiert als der durchschnittliche Status- oder Ressourcenunterschied zweier Personen im Vergleich zur durchschnittlichen Status- oder Ressourcenverteilung aller Personen. Ungleichheit ist demnach hoch, wenn sich der Status- bzw. die Ressourcen bei wenigen Personen konzentriert bzw. wenn der Grad der Abstufung eng mit den sozialen Positionen zusammenhängt. Beispielsweise nimmt die Ungleichheit zu, wenn sich das Einkommen bei Reichen konzentriert. Zunehmend ungleiche Statusdiversität liegt dann vor, wenn die Einkommenshöhe starke oder kontinuierliche Übergänge nach der Berufsposition bildet. Außerdem nimmt die Interaktionshäufigkeit mit der relativen Entfernung der Gruppen ab.

Auf Gesellschaftsebene stellt Peter M. Blau einen Zusammenhang zwischen den strukturellen Dimensionen her. Je nach Kreuzung der sozialen Kreise (vgl. Simmel) entstehen verschieden strukturierte Gesellschaftstypen: Strukturell konsolidierte Gesellschaften (Konsolidierung sozialer Kreise) bezieht sich auf den Grad der Abhängigkeit verschiedener sozialer Dimensionen. „*If social differences along various lines are closely related, they consolidate group boundaries and class distinctions and strengthen the barriers between insiders and outsiders*“ (Blau/ Schwartz 1997: 11). Wenn die Parameter miteinander stark korrelieren (z. B. das Einkommen, der Beruf, das Prestige, die Macht), dann kann man bei der Kenntnis eines Merkmals einer Person mit hoher Wahrscheinlichkeit auf eine Reihe anderer Merkmale der Person schließen. Es herrscht Statuskonsistenz, wenn eine hohe Position in einer Dimension immer auch mit einer hohen Position in einer anderen Statusdimension zusammenhängt. Wenn beispielsweise eine hohe Bildung mit prestigeträchtigen Berufen und guter Bezahlung einhergeht, herrscht hohe Schicht-Integration bzw. eine strukturelle Konsolidierung einer Gesellschaft. Die soziale Ungleichheitsstruktur ist gefestigt, es gibt Klassenspaltungen und die Bildung großer und homogener Bevölkerungsgruppen ist möglich. Die Häufigkeit gruppenübergreifender Interaktionsprozesse sinkt, gesellschaftliche Konflikte sind gegensätzlicher, werden schärfer geführt und sind schwerer zu lösen, weil sie viel tiefgreifender sind und gleichzeitig mehrere Aspekte einer sozialen Gruppe betreffen. Multiform heterogene Gesellschaften hingegen sind weniger konfliktreich, da kein oder nur geringe Abhängigkeit zwischen den Dimensionen besteht, die sozialen Strukturdimensionen sich stark überkreuzen und die Korrelation zwischen den Parametern gering ist. Je geringer die Ungleichheit und je höher die Heterogenität, desto umfangreicher sind die Beziehungen zwischen den Gruppen und desto „offener“ ist eine Gesellschaft (z. B. hinsichtlich der sozialen Mobilität). Gesellschaften dieses Typs haben keine schwerwiegenden sozialen Konflikte, da die Gruppen relativ klein und gezwungen sind, Beziehungen zu Angehörigen anderer Gruppen aufzunehmen bzw. zu pflegen.²⁰

Insofern blickt Peter M. Blaus Strukturtheorie auf die strukturelle Verfassung der Gesellschaft und auf die Dynamik der Intergruppenbeziehungen. Soziale Integration ist das Ergebnis der vielfältigen Kontakte und Verbindungen multipler und heterogener Gruppierungen, und soziale Ordnung wird über soziale Beziehung gefördert.²¹ Klassen kristallisieren sich heraus, wenn Ungleichheit und Statusdifferenz die Klassenposition konsolidieren, wobei die Klassenkristallisation physisch-sozialer Segregation wahrscheinlicher ist. Peter M. Blau deutet zudem zwei Hauptquellen für einen offenen sozialen Klassenkonflikt an: Einerseits, wenn offensichtliche Gruppengrenzen existieren, die zu Außenseitern oder Feinden abstempeln, und andererseits führen ausgeprägte Ungleichheiten in der Ressourcenausstattung zur Intensivierung des Interessenskonflikts über ihre Verteilung: „*Two main sources of conflict are suggested: highly salient group boundaries that make outsiders alien if not enemies and pronounced inequalities in resources that intensify the conflict of interest over their distribution. (...) What makes overt conflict particularly probable is the combination of these two conditions – salient group boundaries and much inequality of resources*“ (Blau/ Schwartz 1997: 208).

²⁰ Peter M. Blau zeigt dies beispielsweise an der höheren Rate von Heiratsgemeinschaften von Personen unterschiedlicher ethnischen Herkunft (Blau/ Schwartz 1997).

²¹ Die vier Kernannahmen dahinter lauten (vgl. Müller 1997: 121): Soziale Beziehungen kommen eher zwischen nahegelegenen sozialen Positionen zustande, die Häufigkeit der sozialen Beziehung hängt von der Gelegenheitsstruktur ab, Bekannte in anderen Gruppen oder Schichten erleichtern die Mobilität dorthin, und die multiple Kreuzung unabhängiger Dimensionen sozialer Differenzierung fördert Intergruppenbeziehungen.

Im extremen Gegensatz dazu entwirft Pierre Bourdieu eine kritische Gesellschafts- und (marxistische) Klassentheorie auf der Basis des Strukturalismus bzw. in enger Auseinandersetzung mit Durkheim, Karl Marx und Max Weber. Ausgangspunkt zur Erklärung von Kultur und Lebensweisen moderner Gesellschaften ist die Klassenstruktur. Ihm geht es um die Beschäftigung mit dem Problem des Zusammenhangs zwischen strukturellen Bedingungen objektiver Klassenlage und der Alltagskultur, z. B. der Lebensführung als dynamischem Ausdruck unterschiedlicher Klassenkulturen.

Im Zentrum der strukturtheoretischen Überlegungen stehen unterschiedliche Kapitalformen, wobei er die Sorten des kulturellen, des sozialen und ökonomischen Kapitals unterscheidet: Das kulturelle Kapital ist charakterisiert durch Bildung, Wissen, Benehmen (inkorporiertes), Besitz an Kulturgütern wie Bücher und Gemälde (objektiviertes) sowie Bildungstitel und -zertifikate (institutionalisiertes kulturelles Kapital). Soziales Kapital haben Menschen aufgrund ihrer sozialen Netzwerke und Beziehungen. Das ökonomische Kapital hingegen ist die zentrale Sorte, vor allem in Form von Eigentum und Vermögen ist es grundlegend für die Aneignung der anderen Kapitalsorten und ermöglicht die Umwandlung. Beispielsweise wird Bildung als kulturelles Kapital vor allem durch eigene oder familiäre ökonomische Mittel ermöglicht, soziales (Netzwerk-)Kapital benötigt ebenfalls materielle Ressourcen (Bourdieu 1983).

Soziale Ungleichheit ist die ungleiche Verteilung der Kapitalsorten bzw. Ressourcenarten. Die ökonomische, kulturelle und soziale Kapitalausstattung bestimmt, welche höhere oder tiefere Stellung Menschen in der Klassenordnung einnehmen. Eine Klasse ist daher durch das mehr oder weniger zur Verfügung stehende Kapital beeinflusst. Aus dieser Verteilung der Kapitalien konstituiert sich ein spezifischer sozialer Raum objektiver Positionen und unterschiedlicher Klassenlagen. Klassenlagen werden jedoch nicht nur aufgrund des Kapitalvolumens (d. h. viel oder wenig Kapital insgesamt) sondern auch aufgrund der Kapitalstruktur bestimmt (d. h. das Verhältnis zwischen den Kapitalsorten) (Bourdieu 1997 [1984]).

Pierre Bourdieu gelangt so zu mehreren Hauptklassen innerhalb der Klassenstruktur: Das Großbürgertum hat hohe Kapitalausstattung aller Kapitalsorten, das Kleinbürgertum mittlere Ausstattung an ökonomischen und kulturellen Kapital, das Bildungsbürgertum hohen Besitz kulturellen Kapitals, die neue Bourgeoisie (Neureiche) viel ökonomisches/wenig kulturelles Kapital, das ab- bzw. aufsteigende Kleinbürgertum hat Verluste bzw. Gewinne im ökonomischen und kulturellen Kapital zu verzeichnen, Arbeiter und Bauern haben im Vergleich durchwegs geringe Kapitalausstattung. Je nach Zusammensetzung bzw. Zukunftstauglichkeit des Kapitalbesitzes differenziert Pierre Bourdieu zusätzlich, indem er innerhalb der Hauptklassen horizontale (d. h. nebeneinander liegende) Klassenfraktionen anordnet: Besitz- und Bildungsbürgertum, (absteigendes, exekutives und neues) Kleinbürgertum und die Arbeiterklasse. Die unterschiedlichen Klassenlagen werden jedoch nur dann sozial relevant, wenn sie im Alltagshandeln der Menschen praktiziert werden. Die Distanzen zwischen den Positionen im sozialen Raum drücken sich in Unterschieden in der Lebensführung aus, beispielsweise in den Sichtweisen oder im Geschmack (Lebensstil). Gesellschaftliche Ungleichheit und Macht wird in der Praxis in Form von Distinktion reproduziert, die eine Form des sozialen Kampfes um die Legitimität und Autonomie der symbolischen Güter darstellt.

Vermittelndes Element zwischen objektiver Klassenstruktur und klassenspezifischem Handeln (Praxis bzw. Lebensführung) ist das Habituskonzept. Laut Pierre Bourdieu existieren klassenspezifische Habitusformen, die normativ wirken und sich in differenziellen Denk-, Wahrnehmungs- und

Bewertungsmustern ausdrücken. Sie beinhalten die Gesamtheit der Prägungen und Erfahrungen im Laufe des Lebens, beispielsweise intergenerationell durch Sozialisation vermitteltes und in Biografie eingeübtes Verhalten. Der Habitus wird durch historische und soziale Strukturen bestimmt und strukturiert auf der anderen Seite soziale Beziehungen. Einerseits begrenzt der Habitus das alltägliche Verhalten und lässt auf der anderen Seite eine Fülle von Handlungsformen entstehen.

Für den Habitus der Arbeiterklasse ist das „Sich-Einrichten“ in den gegebenen Verhältnissen charakteristisch: Es ist eine Bedingung oder eine Situation harter Notwendigkeit, beinhaltet weitestgehendes Funktionsdenken und ist beständiges Verharren in der „Kultur des Mangels“, die sich beispielsweise im Kleidungsstil und in der Wohnungseinrichtung manifestiert. Kriterien des Preises, der Haltbarkeit, des Nutzens und weniger ästhetische Gesichtspunkte überwiegen. Der Habitus des Kleinbürgertums könnte als angestrengtes Bemühen, das „Richtige“ zu tun, bezeichnet werden: kennzeichnend ist das ehrgeizige und plakative Erfüllen kultureller Normen (z. B. in Fragen von Bildung und Geschmack) mit Bedacht auf sozialen Aufstieg und Nachahmung der bourgeois Praxis. Der Habitus der Bourgeoisie ist die Kenntnis des „richtigen“ kulturellen Standards der es ermöglicht, den eigenen Stil zu entwickeln, ihn zu propagieren bzw. ihn als gesellschaftliche Norm zu etablieren. Konsequenz der jeweiligen Habitusformen ist (vgl. Dahrendorf), dass sich die Herrschaftsverhältnisse und die von sozialer Ungleichheit im Alltagsverhalten auf kulturelle Weise reproduzieren (Krais/ Gebauer 2010).

Völlig konträr dazu fällt die von Ulrich Beck formulierte Individualisierungsthese aus, bei der es sich um eine radikal individuell-subjektive Perspektive handelt. Denn: Ulrich Becks Auffassung nach müssen sich die Menschen ihre Lebensführung völlig selbstständig organisieren, weil ihnen gar nichts anderes übrig bleibt. Sein Ausgangspunkt stellen zeitdiagnostische Überlegungen über den Weg in eine andere Moderne dar. Im Unterschied zur ersten Moderne (Industriemoderne), bei der Krisen wie Hunger und Not zu überwinden waren, ist die zweite Moderne durch eine Radikalisierung gekennzeichnet: Im Gegensatz zu zuvor ist die „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) durch die Entstehung neuer und unvorhersehbarer Risiken und Unsicherheiten gekennzeichnet. Vor ihnen sind auch die Reichen und Mächtigen der Gesellschaft nicht mehr geschützt. Sie sprengen sogar die alten Klassen- und Schichtschemata, da die Verteilung nicht mehr aufgrund des Reichtums, sondern aufgrund des Risikos erfolgt. Ulrich Beck bringt es auf die einfache Formel: „*Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch*“ (Beck 1986: 48) bzw. „*die Menschen [werden] heute nicht aus ständisch-religiösen Gewissheiten in die Welt der Industriegesellschaft entlassen*, sondern aus den Sicherheiten der Industriegesellschaften in die Turbulenzen der Weltrisikogesellschaft. Ihnen wird also eine Leben (sic!) mit den unterschiedlichsten globalen, sozialen und persönlichen Risiken zugemutet“ (Beck/ Beck-Gernsheim 1993: 179).

Oberflächlich betrachtet hat sich laut Ulrich Beck aber gar nicht sehr viel geändert: Die Ungleichheiten sind seit den 1960er Jahren nicht viel anders geworden und die gesellschaftlichen Relationen zwischen den großen Gruppen sind vergleichbar geblieben. Aufgrund des gestiegenen Wohlstands, des höheren Bildungsniveaus, gestiegenen Wissens, höherer Mobilität, vermehrter sozialstaatlicher Absicherungen, größerer finanzieller Spielräume für Konsum und Freizeit kam es zu einem „Fahrstuhleffekt“ (Beck 1986: 122), bei dem die „Klassengesellschaft“ lediglich ein Stockwerk nach oben gefahren ist. Es gibt zwar anhaltende Ungleichheiten, sie werden jedoch für den Einzelnen weniger spürbar, kommen seltener ins Bewusstsein und werden weniger wahrgenommen. Daher haben die Ungleichheiten auf das Denken und Handeln nur mehr geringe Auswirkungen (Ebd.).

Unter den Bedingungen eines hohen Lebensstandards werden Menschen aus den „ständischen“ Sozialformen der Industriegesellschaft – charakterisierbar beispielsweise über Klassen, Schichten, Berufe oder Geschlechter – freigesetzt, womit hohe soziale Risiken einhergehen. Ein Prozess der Individualisierung – so die These von Ulrich Beck – wird in Gang gesetzt, weil Menschen nun sehr viel individueller handeln können, ihr Leben immer weniger von Familie, Gemeinde, Religion, Schicht oder Klasse vorgegeben wird. Da sie sich immer weniger auf Muster und Vorbilder stützen können, müssen die Menschen ihr Leben nun vielmehr selbst, „(...) *vorbildlos durch eigene Reflexion gestalten, aber auch ohne den Zwang als selbstverständlich geltender kollektiver Muster*“ (Hradil 2001: 92). Es kommt zur Erosion tradierter Bindungen, zur Entstandardisierung und Pluralisierung von Lebens- und Beziehungsformen. Es entsteht eine neue „*Unmittelbarkeit von Individuum und Gesellschaft*“ (Beck 1986: 118), aus der neue Gestaltungsmöglichkeiten (Autonomie) für die individuelle Biografie erwachsen (Begriff der „*Bastelbiographie*“, Beck/ Beck-Gernsheim 1993), wodurch aber das Leben auch zum individuellen Schicksal wird. Die Gesellschaft mutet damit den Individuen zu, eine eigenständige Existenz zu führen, auf eigene Rechnung und auf eigenes Risiko, mit der Gefahr der Anomie. Norm- und Orientierungslosigkeit in Form von Einsamkeit, Haltlosigkeit und die Gefahr des eigenen Scheiterns sind die Kehrseite dieses Individualisierungsprozesses.

Ulrich Beck beschreibt Individualisierung als einen Prozess auf drei Dimensionen (Beck 1986: 206): Auf der Freiheitsdimension findet eine Herauslösung aus historisch vorgegebenen Sozialformen und -bindungen statt (z. B. aus Klassen, Ständen, Geschlechterrollen). Dieser Prozess der Freisetzung ist mit größeren Wahlmöglichkeiten und höheren Mobilitäten verbunden (z. B. bei der Berufswahl, Heirat und Reproduktion), aber auch mit einer geringer gewordenen strukturell bedingten Handlungsorientierung. Die Kehrseite der Freiheits- ist die Entzauberungsdimension: Aufgrund der gewonnenen Freiheiten müssen Menschen hinsichtlich ihres Handlungswissens und handlungsleitender Normen nun selbst entschieden, ob eine Handlung die richtige oder die falsche ist. Die Handlungen werden letztlich in einer Situation von Unsicherheit, ohne Einbezug der damit verbundenen Risiken getroffen. Die Handlungsfolgen werden individuell zugeschrieben, weil individualisierte Gesellschaften durch Selbstverantwortung und Selbststeuerung gekennzeichnet sind. Trotz Freiheit und Entzauberung gibt es eine Reintegration in die Gesellschaft, die die Kontroll- und Reintegrationsdimension beschreibt: Die Art der sozialen Einbindung ist aber neu und es ist nicht mehr die Klassenlage. Vielmehr ist es ein Doppelgesicht, gekennzeichnet von Freiheit auf der einen und von Restriktion auf der anderen Seite, da individuell freie Entscheidungen auf institutioneller Seite begrenzt werden. Ulrich Beck fasst den gesamten Prozess folgendermaßen zusammen: „*Die „Meso-Ebene“ sozialer Milieus (Klassenkulturen, Familien- und Geschlechterrollen) löst sich im Zuge weitergehender Modernisierung auf. Was sowohl für die Mikro- wie für die Makroebene der Gesellschaft weitreichende Folgen hat. (...) Die These lautet: die handlungsleitenden „Meso-Sicherheiten“ sozialer Milieus schmelzen weg, und die Individuen müssen auch innerhalb weiter bestehender Einkommenshierarchien und weiter existierender Familien ihre Biographie durch aufbrechende Entscheidungswänge und Entscheidungsrisiken hindurch selbst planen, organisieren, zusammenhalten, in einem kontinuierlichen Versuch-und-Irrtum-Verfahren*“ (Beck/ Beck-Gernsheim 1993: 179).

Im Prozess der Individualisierung ändert sich das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft grundlegend. Das Verhältnis wird direkter und unmittelbarer. An die Stelle der Sozialstruktur, also „*jenseits von Klasse und Stand*“ (Beck 1983), tritt die Gesellschaft der unselbständigen Individuen.

Individualisierung meint daher „(...) nicht Atomisierung, nicht Vereinzelung, nicht Vereinsamung, nicht das Ende jeder Art von Gesellschaft (...) nicht Netzwerklosigkeit“ (Beck/ Beck-Gernsheim 1993: 179). Vielmehr fördern Individualisierungsschübe die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. Da Individuen ihre Lebensführung in ihre eigenen Hände nehmen müssen, der Anomie entweichen oder ihrer Gefahr ausweichen wollen, suchen Menschen Halt und finden sich in neuen Gemeinschaften zusammen. Sie sind entweder alleine entworfen oder mit anderen zusammen gewählt. Jedenfalls sind sie abgewandelt, was eine Pluralisierung von sozialen Lebensstilen und Lebensweisen, nicht aber die völlige Entstrukturierung oder Aufhebung der sozialen Ungleichheiten zur Folge hat (vgl. Burzan 2011: 171). „In der Konsequenz werden subkulturelle Klassenidentitäten und -bindungen ausgedünnt oder aufgelöst. Gleichzeitig wird ein Prozess der Individualisierung und Diversifizierung von Lebenslagen und Lebensstilen in Gang gesetzt, der das Hierarchiemodell sozialer Klassen und Schichten unterläuft und in seinem Wirklichkeitsgehalt in Frage stellt“ (Beck 1986: 121f.).

Auswirkung der Individualisierung auf die Strukturen sozialer Ungleichheit ist es laut Ulrich Beck, dass die objektiven Bedingungen und subjektive Lebensweise stark auseinander fallen. Herkömmliche Klassen und Schichten lösen sich auf, klassen- und schichttypische Kulturmuster, Mentalitäten, Gefühle der Zusammengehörigkeit, Einstellungen und Verhaltensweisen „zerfasern“. Materielle, zeitliche und örtliche Bindungen lockern sich und erweitern die individuellen Handlungsspielräume. Aus dem gesellschaftlichen Erfordernis, das eigene Leben zu gestalten, und der unmittelbaren Konfrontation mit ungleichen Chancen und Risiken erwächst der Zwang, die eigene soziale Lage individuell verarbeiten zu müssen. Ulrich Beck ist der Überzeugung, dass das die Ursache für die Entstehung einer Fülle von Gruppierungen und Lebensweisen ist, die teilweise „quer“ zu geläufigen Ungleichheitsgruppierungen liegen und nach Größe und Stabilität variieren. Weder weisen sie eine identitätsstiftende Bindung zur sozialen Gruppe (soziale Klasse) auf, noch sind klare Konfliktlinien zu anderen Gruppen zu erkennen, noch sind Verhaltensweisen aufgrund der Zugehörigkeit ähnlich.

Eine weitere sehr bekannt gewordene normativ-kulturelle Theorie zur Erklärung von Denken und Handeln von Individuen ist die Wertewandeltheorie von Ronald Inglehart. Werte können allgemein umschrieben werden als mehr oder weniger bewusste oder unbewusste, relativ dauerhafte und keineswegs situationsbedingte Vorstellungen vom Wünschenswerten, die die Handlungswahl und die Handlungsziele beeinflussen (vgl. Peuckert 2006). Ronald Inglehart ist der Auffassung, dass es vor allem seit dem zweiten Weltkrieg zu einen umfassenden und globalen kulturellen Wandel gekommen ist, wobei es sich um einen langsamen, aber stetigen Wandel handelt, eine stille (*silent*) Revolution (Inglehart 1977, 1989) von materiellen Pflicht- und Besitzwerten zu postmaterialistischen Werten: „The shift toward Materialist/Postmaterialist values is only one component of a much broader cultural shift“ (Inglehart 1997: 4).

Für Ronald Inglehart existieren zwei generelle und übergeordnete Orientierungsmuster, die sich im Verhalten äußern, wie beispielsweise in der Wahl von Berufen, Lebensformen oder Lebensstilen. Sie entsprechen den eigenen Vorstellungen und Überzeugungen (Werten) je nach Lage in der individuellen Bedürfnishierarchie²² (Inglehart 1997: 143): Materielle Bedürfnisse sind primär zur Deckung der physiologischen Erfordernisse notwendig. Unter den Bereich der Versorgung fasst er wirtschaftliche Stabilität und Wirtschaftswachstum zusammen. Unter den Bereich Sicherheit fallen die politisch-gesellschaftliche Stabilität sowie die militärische und öffentliche Sicherheit.

²² Angelehnt wird dabei an die Bedürfnishierarchie von Abraham H. Maslow (1943).

Postmateriell hingegen sind ästhetisch-intellektuelle Bedürfnisse (z. B. Umweltschutz, freie Meinungsäußerung, ideeller Fortschritt der Gesellschaft) sowie die der Selbstverwirklichung, Zugehörigkeit und Achtung (z. B. politisches und betriebliches Mitspracherecht, Fortschritt in Richtung humanere Gesellschaft).

Seine entwicklungslogische und zielgerichtete These lautet, dass diese zwei übergeordneten Wertorientierungsmuster sich vom Materialismus zum Postmaterialismus entwickeln. Zwei Hypothesen begründen diese Zentralthese: Menschen haben Bedürfnisse, die sich aus der Reflexion der eigenen sozioökonomischen Position mit den Umweltbedingungen ergeben. Jene Ressourcen sind am begehrtesten, die relativ knapp zur Verfügung sind bzw. was im Verhältnis zu anderen knapp ist (Mangelhypothese), denn „*one places the greatest subjective value on those things that are in relatively short supply*“ (Inglehart 1990: 68). Wenn generell wenig vorhanden ist, dann werden materielle Werte priorisiert und Individuen streben nach einer Verbesserung der äußeren Lebensbedingungen (z. B. Wohnbedingungen, Arbeitsplatz, Einkommenssituation). In Zeiten des allgemein zunehmenden Wohlstands, wo die existenzsichernden und materiellen (Grund-)Bedürfnisse erfüllt sind, dominieren hingegen die „höheren“ sozialen und individuell-psychischen Bedürfnisse. Man strebt nach Selbstverwirklichung/-entfaltung, Anerkennung, Wertschätzung (Sozialbedürfnisse), d. h. postmaterialistische Werte werden dominierend.

Die Sozialisationshypothese hingegen baut auf dem Sachverhalt auf, dass persönliche Werte vordringlich in der sogenannten „formativen Phase“ im Zuge der Sozialisation geprägt werden bzw. sich im biografischen Laufe des Lebens nur mehr geringfügig verändern, z. B. aufgrund des lebenslangen Lernens oder aufgrund von Wirtschaftskrisen (Lebenszykluseffekte) (Inglehart 1990, 1997). Prinzipiell geht Ronald Inglehart jedoch von hoher individueller Stabilität und Persistenz der Werte aus. Wertewandel ist seiner Ansicht nach bloß sehr zeitverzögert über Generationen hinweg möglich. „*In dem Maße, wie die jüngere Generation in einer Gesellschaft nachrückt und die ältere ablöst, verändern sich die vorherrschenden Anschauungen*“ (Inglehart 1989: 11). Die Generation unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte eine „materielle“ Wertesinstellung, vertrat Pflichtwerte und strebte nach Besitz und Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Generation der späten 1960er und der 1970er Jahre hingegen ist im Wohlstand aufgewachsen und wurde von Vorstellungen der eigenen Selbstverwirklichung und der persönlichen (Weiter-)Entwicklung und Entfaltung geprägt. „*Die Wertvorstellungen in den westlichen Gesellschaften haben sich signifikant verschoben; während früher materielles Wohlergehen und physische Sicherheit ganz im Vordergrund standen, wird heute mehr Gewicht auf die Lebensqualität gelegt*“ (Inglehart 1989: 12).

Die Etablierung postmaterialistischer Werte ist aus dieser Sichtweise die Folge des voranschreitenden Modernisierungsprozesses. Die Ursachen für die Verbreitung materialistischer Werte sind in fortgeschrittenen Gesellschaften in der technologischen Entwicklung, dem Wirtschaftswachstum, dem Ausbau des Sozialstaates, Frieden für ganze Generationen, steigendem Bildungsniveau, der Verbreitung der Massenkommunikation sowie in der wachsenden Mobilität zu sehen. Demnach verbreiten sich postmaterialistische Werte und lösen die materialistischen völlig ab (Wertesubstitution). Dieser Wandel hin zu postmaterialistischen Orientierungen erforderte jedoch eine Reaktion in den gesellschaftlichen Institutionen. Werte wie Frieden, Gleichbehandlung, Emanzipation und Umweltschutz schlugen sich vielerorts nieder, beispielsweise bei der Entstehung neuer sozialer Bewegungen oder in der Gründung von Grünparteien. Die Theorie des Wertewandels

scheint durch all diese und weitere Auffälligkeiten gestützt zu werden: demografische Trends (z. B. der Rückgang der Geburtenrate) oder die Pluralisierung von Lebensformen.

In der Wertewandeldiskussion wurde auch die Gefahr des allgemeinen „Werteverfalls“ diskutiert, nach der gesellschaftliche Auflösungserscheinungen und Selbstentfaltungstendenzen auf Kosten traditioneller bürgerlicher Pflichten gingen (Noelle-Neumann/ Petersen 2001). Da der Wertewandel richtungsoffen ist und nicht so eindimensional gesehen werden könne, gehen Helmut Klages und Thomas Gensike (im Gegensatz zu Ronald Inglehart) von einer Wertmischung aus, bei der ein Nebeneinander verschiedener Wertorientierungen möglich wird (sog. Koexistenz zwischen alten und neuen Werten). Nicht ein Trend zu eindeutig postmaterialistischen Werten, sondern zu einer Wertesynthese zeichne sich ab (Gensike 1998; Klages 1984): In Bezug auf die Gesellschaft abnehmende Werte sind die von Pflicht und Akzeptanz, wie z. B. Disziplin, Gehorsam, Leistung, Ordnung, Pflichterfüllung, Treue, Unterordnung, Fleiß, Bescheidenheit, und zunehmende Werte sind die der Selbstentfaltung, wie z. B. Emanzipation, Gleichbehandlung, Gleichheit, Demokratie, Partizipation, Autonomie.

3.1.5 Zwischenbetrachtungen

Nach der eingehenden Darstellung des Objektbereichs sozialer Ungleichheit und zentraler Erklärungsansätze derselben ist es an der Zeit, einige zusammenfassende Zwischenbetrachtungen anzustellen. Ganz allgemein wurde eingangs behauptet, dass soziologische Theorien soziale Ungleichheit erklären, indem sie die sozialen Prozesse und Mechanismen angeben, die dazu führen, dass sie entstehen und bestehen bleiben bzw. sich wandeln können. Im Lichte der Theoriendiskussion können sie nun weiter spezifiziert werden.

Wenn man die Erklärungsansätze auf einen gemeinsamen Nenner zusammenfasst, dann ist gesellschaftliche Ungleichheit ein Ergebnis von mehreren sozio-strukturellen Prozessen: Erstens sorgen zentrale gesellschaftliche Strukturierungsprinzipien und makrosoziale Entwicklungsprozesse für eine gesellschaftliche Ausdifferenzierung und eine Hierarchisierung von sozialen Positionen (z. B. der Berufe). Peter A. Berger (2012) hat diesen ersten Prozess als Ausdifferenzierungs- und Hierarchisierungsmechanismus für die Entstehung ungleicher sozialer Positionen bezeichnet (positionale Ungleichheit). Auf allgemeinsten Ebene kann der Prozess analytisch durch gesellschaftliche Grundinstitutionen charakterisiert bzw. auf sie zurückgeführt werden (Superstruktur, vgl. Esser), wobei in den soziologischen Theorien hauptsächlich von der kulturellen, sozialen, ökonomischen und politischen Ordnungsbildung die Rede ist. Da gesellschaftliche Ressourcen nicht im Überfluss vorhanden sind und daher knapp bzw. dementsprechend begeht sind, existiert zweitens ein Zuteilungsmechanismus, nach dem die sozialen Positionen mit Ressourcen bzw. Restriktionen ausgestattet werden. Man kann in diesem Zusammenhang von allokativer Ungleichheit sprechen. Drittens existiert ein Mechanismus sozialer Mobilität, durch den Personen und Gruppen auf soziale Positionen verteilt werden. Man kann hier von einer Rekrutierungsungleichheit sprechen, bei der soziale Ungleichheiten zwischen Gruppierungen entstehen. Auf individuell-personaler Ebene drückt sich das in einer spezifischen Form des Zugangs zu wichtigen Ressourcen bzw. einer spezifischen Ressourcenausstattung aus. Dieser gesellschaftliche Strukturierungsprozess von sozialen Positionen sowie die existierenden Zuteilungs- bzw. Rekrutierungsmechanismen einer historisch-konkreten gesellschaftlichen Ordnung (Systembild)

entscheiden über den Ressourcenzugang für Individuen und Gruppierungen (siehe auch Bolte et al. 1974: 26).

Je nach der historisch-konkreten gesellschaftlichen Ordnung (z. B. einer vormodernen oder modernen Gesellschaftsordnung) ergibt sich aus diesen Prozessen und Mechanismen eine soziale Ungleichheitsstruktur, die ihren konkreten Ausdruck in einer spezifischen Sozialstruktur bzw. in konkreten sozialen Lagen hat (Lagerungsbild). Da historisch wie auch theoretisch jeweils andere Prozesse und Mechanismen dominieren, wurde die konkrete soziale Struktur von Ungleichheit als Stände, Klassen, Schichten, Lebenslagen, Milieus oder Lebensstile beschrieben. Auf diese begrifflichen Unterscheidungen werden wir im Kapitel 3.3 zurückkommen.

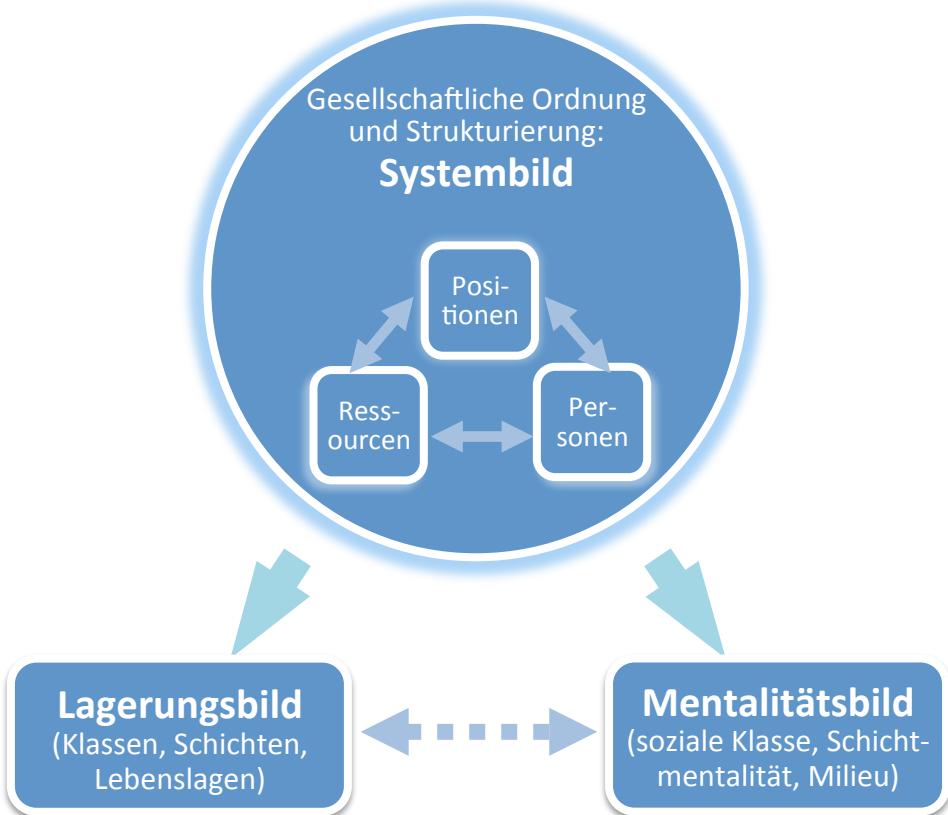
Neben den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen spielen bei vielen der genannten theoretischen Erklärungsansätze die durch die sozialen Prozesse und objektiven Lagen auf individueller Ebene entstehenden subjektiven Denk- und Verhaltensmuster eine Rolle. Je nach Ansatz wurden sie als Klassenbewusstsein, soziale Klassen, Mentalitätsschichten etc. beschrieben. Auf dieser Ebene verwenden die Theoretiker einen mehr oder weniger ausführlichen handlungstheoretischen Ansatz, der es ermöglicht, Folgen von sozialer Ungleichheit in Form von unterschiedlichem Denken und Handeln zu erklären. Dieser Punkt wird in den später zu erfolgenden Ausführungen detailliert behandelt (Kapitel 3.4).

Allgemein kann man aufgrund der theoretischen Reflexion sagen, dass zumindest zwei analytische Ebenen unterschieden werden können: Einerseits gibt es auf meso- bzw. makrosozialer Ebene einen strukturellen Prozess der Entstehung objektiver gesellschaftlicher Ungleichheiten. In Abhängigkeit von gesellschaftlichen Strukturierungsprinzipien und über gesellschaftliche Grundinstitutionen (wie z. B. Kultur, Staat, Wirtschaft, Werte, Normen bzw. Organisationen) findet soziale Ordnungsbildung statt, vermittelt durch soziale Mechanismen der Positionsbildung, Ressourcenallokation sowie der Rekrutierung von Personen. Sie konkretisiert sich in einer historisch-konkreten sozialen Struktur von Ungleichheit (siehe Abbildung 2).

Auf der anderen Seite stehen die strukturellen Prozesse und Mechanismen bei der Entstehung der objektiven sozialen Ungleichheit bzw. dessen konkretes Resultat in Form der sozialen Lage – auf der individuellen Ebene – als Orientierungs- und Handlungsrahmen zur Verfügung. Auf mikrosozialer Ebene findet nämlich ein weiterer, individuell-subjektiver Prozess der Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit statt. Dieser Wahrnehmungs- und Bewertungsprozess strukturiert das Denken, aber auch das Handeln und findet Ausdruck in einem spezifischen Mentalitätsbild. Ein Prozess, der aus den objektiven Unterschieden (Haben) soziale Unterschiede (Sein) macht. In der vergesellschafteten Folge wird der Gesellschaft Stabilität in Form ihrer sozialen Reproduktion verliehen, die jedoch ein Potenzial für sozialen Wandel und Veränderung trägt (z. B. durch Bündelung von Interessen).

Gemeinsam betrachtet dürften für das Phänomen der sozialen Ungleichheit mehrere sehr überlappende Prozesse der Strukturierung verantwortlich sein, die mehrere soziale Ebenen miteinander verklammern. Um soziale Ungleichheiten umfangreich erklären zu können, braucht es eine theoretische Konkretisierung sowohl struktureller als auch handlungsleitender Elemente und Prozesse, d. h. ihrer objektiven Bestimmungsgründe wie auch ihrer subjektiven Auswirkungen.

Abbildung 2: Mechanismen und Prozesse sozialer Ungleichheit



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Peter A. Berger (2012).

Im Sinne des hier verwendeten Konzepts muss neben dem Phänomen der sozialen Ungleichheit als Objekt auch der Akzeptanzkontext und das Akzeptanzsubjekt theoretisch diskutiert werden. Wie durch die allgemeine Fragestellung bzw. das Akzeptanzkonzept nahegelegt, ist das Ziel dieser Arbeit weniger in der Erklärung der Entstehung von sozialen Ungleichheiten selbst zu sehen, sondern vielmehr im Verstehen der subjektiven Prozesse ihrer Wahrnehmung und Bewertung. Aus der Ungleichheitstheoretischen Diskussion wird ersichtlich, dass es bei der Frage der sozialen Ungleichheit diesen subjektiven Prozess gibt, der beispielsweise zur Herausbildung von sozialen Klassen führt, jedoch strukturtheoretisch begründet und handlungstheoretisch erweitert werden muss.

Diese theoretischen Grundüberlegungen über das alte soziologische Problem von Struktur und Handeln bzw. Determinismus und Individualismus werden in der Folge für ein Akzeptanzkonzept sozialer Ungleichheit theoretisch verwendet. Bisher wurde bereits der (begriffliche und theoretische) Objektbereich sozialer Ungleichheit ausführlich dargelegt (siehe Kapitel 3.1). Es steht noch aus, den Akzeptanzkontext und das Akzeptanzsubjekt mit theoretischen Aspekten der Ungleichheitstheorie zu füllen, was in den folgenden Kapiteln versucht wird. Dafür scheint es naheliegend, den Akzeptanzkontext getrennt zu diskutieren: Einerseits auf überindividueller Ebene, d. h. auf der Ebene der gesellschaftlichen Ordnung, wie die Entstehung von sozialen Positionen sozial strukturiert wird. Dabei muss es um die Frage gehen, welche Ordnungssysteme in modernen und entwickelten

Gesellschaften zur Ausdifferenzierung und Hierarchisierung beitragen bzw. beschrieben werden können. Diesem ersten Akzeptanzkontext wird im Kapitel 3.2 nachgegangen.

Andererseits ist ein relevanter Kontext für die subjektive Akzeptanz sozialer Ungleichheit auf Mikroebene zu sehen, nämlich in den konkreten Kristallisierungsformen von sozialer Ungleichheit. In der Ungleichheitstheorie wurden zur Beschreibung der Sozialstruktur verschiedene Modelle entwickelt, die vorgestellt, diskutiert und bewertet werden müssen. Es geht um die klärende Frage, welches der vorgeschlagenen Modelle sich zur Beschreibung der objektiven Lagenbedingungen und -chancen heute gut eignet. Dem zweiten Akzeptanzkontext bzw. dieser Frage wird im Kapitel 3.3 nachgegangen.

Im Sinne der Akzeptanzebene des Subjekts sind außerdem die relevanten handlungstheoretischen Grundlagen zu diskutieren. Es geht dabei einerseits um die Frage, wie man sich in einer theoretischen Näherung den subjektiven Prozess der Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit handlungstheoretisch erklären bzw. vorstellen kann. Andererseits geht es um die Frage, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen welche Prozesse auf subjektive Akzeptanz stoßen oder Ablehnung erfahren. Diesen subjektiven Fragen von Ungleichheit und Akzeptanz wird im Kapitel 3.4 nachgegangen.

3.2 Akzeptanzkontext I: Ordnungssysteme sozialer Ungleichheit

Ziel dieses Kapitels ist die Erörterung relevanter Ordnungssysteme sozialer Ungleichheit und ob bzw. in welcher Weise sie für die subjektive Akzeptanz sozialer Ungleichheit von Bedeutung sein können. Geleitet wird diese theoretisch-analytische Diskussion von der Annahme, dass ein subjektiver Orientierungsrahmen für das individuelle Denken und Handeln existiert, der als Akzeptanzkontext verallgemeinert werden kann. Auf Meso- und Makroebene handelt es sich um faktisch relevante Institutionen und Organisationen, die Einfluss auf soziale Ungleichheit haben.

Gelingt dieses Vorhaben, so kann ein makrosoziales Rahmenkonzept für das subjektive Denken und Handeln von Individuen abgeleitet werden. Die überblicksmäßig zusammengefasste soziologische Ungleichheitstheorie gibt einen ersten Eindruck von den relevanten strukturtheoretischen Überlegungen, welche Prozesse und Mechanismen für die Entstehung bzw. das Bestehen sozialer Ungleichheit verantwortlich sind. Dieses Rahmenkonzept ist aber auch für die empirische Umsetzung des Vorhabens von entscheidender Bedeutung. Es ist eine Argumentationshilfe, welche Dimensionen bzw. Indikatoren auf Makro-, Meso- und Mikroebene bei der Konzeptualisierung eines empirischen Modells das sowohl objektive sozialstrukturelle Aspekte des Gefüges sozialer Ungleichheit wie auch die subjektiven Aspekte des Denkens und Handelns berücksichtigt.

Eingangs muss hervorgehoben werden, dass hier auf das Phänomen der sozialen Ungleichheit aus der Vogelperspektive geblickt wird. Aus dieser Blickrichtung wird klar, dass ausschließlich gesellschafts- bzw. strukturtheoretische Ansätze sozialer Ungleichheit von Belang sein können. Handlungstheoretische Ansätze sind dafür wenig geeignet, sie werden erst später bei der mikrosoziologischen Betrachtungsweise zentral sein. Sie sind hier jedoch insofern von Bedeutung, als Vergesellschaftungsformen erst in der konkreten Ausformung alltäglicher Interaktion von handelnden Individuen, und zwar in spezifischer wechselseitiger Orientierung zueinander, entstehen.

Insofern wird nun der Fokus auf das Resultat bzw. die Summe der Formen der Wechselwirkungen der Vergesellschaftung gelenkt.

Für dieses Vorhaben können – einmal analytisch gesehen – die funktionalen Dimensionen von sozialer Ungleichheit bzw. die Sozialstruktur betrachtet werden (Fürstenberg 1966; Haller 2008: 28ff.)²³: Hinsichtlich der funktionalen Gliederung der Gesellschaft sind vor allem die funktionalistisch-systemtheoretischen Ansätze von Talcott Parsons (1976) und Niklas Luhmann (1984) bekannt geworden. Sie teilen Gesellschaft, je nach ihrer Komplexität, in verschiedene Funktionsbereiche ein bzw. nehmen eine analytische Untergliederung der Gesellschaft in Teilsysteme vor. Laut Luhmann gibt es nur eine begrenzte Anzahl von Prinzipien der sozialen Differenzierung. Die Grundthese lautet, dass mit der Ausdifferenzierung der Teilbereiche einer Gesellschaft auch die Autonomie der Systeme und ihrer AkteurInnen steigt bzw. die Prinzipien der Teilsysteme stärker zur Geltung kommen. Archaische Gesellschaften sind segmentiert und bloß in gleiche Subsysteme ausdifferenziert (z. B. Abstammungseinheiten). Ungleiche Subsysteme sind hingegen bei einer geschichteten Gesellschaft vorzufinden, in der die Gleichheit die Norm der Kommunikation bildet. Arbeitsteilung und Bewusstseinsbildung werden hingegen komplexer, weil die Kommunikation aller mit allen nicht mehr möglich ist. Das darin begründete Kommunikationsproblem funktional differenzierter Gesellschaften wird theoretisch und praktisch durch die Herausbildung von Teilbereichen mit dominanten Funktionen gelöst, die die Kommunikation entlang spezieller gesellschaftlicher Funktionsbereiche strukturiert. Dies kommt einer Effizienzsteigerung, Fortschritt bzw. der Modernisierung von Gesellschaften gleich (vgl. Haller 2008).

Auch wenn die Systemtheorie für die Analyse sozialer Ungleichheit wenig fruchtbar geblieben ist, so kann sie hilfreich sein für die Überlegungen, wie die Gesellschaft gegliedert ist. Die Systemtheorie untergliedert die Gesellschaft in die Subsysteme Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur (Luhmann 1984; Parsons 1976), die als Ordnungen verstanden werden können: Der Gesellschaft als Gesamtsystem kommen Reproduktions- und Sozialisationsaufgaben sowie soziale Integration und Ordnung, beispielsweise durch Partnerschaft, soziale Netzwerke, Vereine und Gemeinschaften, bzw. ihre Institutionen (z. B. Familie, Vereine, Verbände, Gemeinde) zu. Im Wirtschaftssystem wird die materielle Bedürfnisbefriedigung unter Knapheitsbedingungen gesichert und es liefert die ökonomisch-materiellen Grundlagen einer Gesellschaft. Dafür wird ein spezifisches Rollen- bzw. Institutionensystem ausgebildet. Es umfasst beispielsweise Wirtschaftsbetriebe, Arbeits-, Güter- und Finanzmärkte bzw. alle involvierten AkteurInnen aus dem Bereich der Produktion und Konsumtion. Im Subsystem Politik werden hingegen die Ziele einer Gesellschaft ausgehandelt und gesteuert. Dort werden kollektiv-verbindliche Entscheidungen festgelegt. Ihre zentralen Institutionen sind daher im politischen System zu finden. Dabei handelt es sich um Parteien und andere kollektive politische AkteurInnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Das Subsystem der Kultur fällt die Funktion der Tradierung und Weiterentwicklung des Wissens und der Kultur einer Gesellschaft zu. Ihre Institutionen sind (Hoch-)Schulen, religiöse Gemeinschaften (Kirchen), Museen/Theater etc.

²³ Zusätzlich kann dafür die historische und operationale Dimension betrachtet werden, wobei auf die operationale Dimension im empirischen Teil der Arbeit einzugehen sein wird. Vorwegzunehmen ist, dass dabei die verwendeten Begriffe und Konzepte eindeutig operationalisierbar bzw. empirisch erfassbar sein müssen. In der Regel bedeutet das, dass die Aspekte quantitativ über Indikatoren messbar gemacht werden, was bei theoretisch entwickelten Begriffen (z. B. sozialer Status, Prestige, Macht) oftmals schwierig ist (Haller 2008).

Bei dieser funktionalen Gliederung fällt sofort die gängige Einteilung in sozio-ökonomische, -politische und -kulturelle Ungleichheitstheorie auf, was in der Systemtheorie als funktionales Erfordernis für Gesellschaften diskutiert wird. Es verstellt jedoch den Blick auf eine gesellschaftskritische Sicht, die in der speziellen Ungleichheitstheorie (teilweise) explizit erörtert wird. Als analytischer Ausgangspunkt kann dabei die Unterscheidung von Max Weber helfen, der durch die Begriffe Klasse, Stand und Partei schon zentrale gesellschaftliche Kontexte unterschieden hat: eine Wirtschaftsordnung, in der ökonomische Güter verteilt werden, eine soziale Ordnung, in der soziales Ansehen verteilt wird, und eine Herrschaftsordnung, in der Einfluss und Macht zentrale Merkmale bilden.

Die folgende Unterscheidung von gesellschaftlicher Ordnung geht von der These aus, dass ein spezifisches Systembild charakterisiert und maßgeblich das sozialstrukturelle Ungleichheitsgefüge bzw. die subjektive Deutung von einigen zentralen ordnungsbildenden Aspekten beeinflusst. Es wird hingegen nicht davon ausgegangen, dass es sich dabei um eine strikte Trennung ohne Überschneidungen handelt. Es wird angenommen, dass die gesellschaftlichen Ordnungssysteme stark miteinander in Beziehung stehen und es viele Abhängigkeiten bzw. Interaktionen gibt (wie z. B. in der Systemtheorie). Es handelt sich dabei jedoch um jeweils andere Mechanismen und es stehen unterschiedliche Strukturierungsprinzipien dahinter.

3.2.1 Wirtschaftsordnung

Soziologisch ziemlich unbestrittener Grundkonsens herrscht darüber, dass es einen Prozess der Klassenbildung gibt. In der radikalen marxistischen Version bestimmen die Produktionsverhältnisse (Kapitalform, Arbeitsbeziehung und Ausbeutungsverhältnis) – über ein deterministisches Verhältnis – über Besitz und Nicht-Besitz bzw. über objektiv privilegierte oder deprivierte Klassenpositionen (Marx/ Engels 1974 [1848]). Nach Max Weber wird die Klassenlage hingegen nicht nur von Besitz sondern zusätzlich von Erwerbsinteresse bzw. Marktlage bestimmt und bildet eine ursächliche Komponente der Lebenschance und des Lebensschicksals (Weber 1980 [1922]). Was den Bereich der wirtschaftlichen Produktion betrifft, hat nicht nur die funktionalistische Schichtungstheorie betont, dass mit der Ausdifferenzierung der Gesellschaft auch eine Aufgaben- und Arbeitsteilung und eine Ausdifferenzierung der Positionen, d. h. eine Berufs-, Arbeits- und Qualifikationsvielfalt einher gegangen ist (Davis/ Moore 1945).

Was den Beitrag neuerer sozio-ökonomischer Theorien betrifft, so werden vor allem die gewandelte Wirtschaftsordnung und die betrieblichen Strukturen genauer unter die Lupe genommen. Neben den schon angeführten Produktionsverhältnissen werden vor allem die Machtstruktur bzw. die mit den Leitungsfunktionen einhergehenden Organisationsbefugnisse und die Arbeitsanweisung analysiert. Neben Besitz und Nicht-Besitz sind Organisations- und Qualifikationsressourcen wichtige Quellen der Klassenbildung (vgl. Wright). Überhaupt werden neue Aspekte der Arbeitssituation berücksichtigt, die die Wichtigkeit des Beschäftigungsverhältnisses (Arbeitsvertrag), das Erwerbseinkommen, die Autonomie, die Autorität etc. ins Treffen führen und die damit möglicherweise einhergehende Mobilitätsbarrieren bedeuten, aber auch -chancen eröffnen können, z. B. in Form von sozialem Aufstieg (Goldthorpe 1987). Anthony Giddens hat den Prozess der Klassenstrukturierung an die formalen, aber wandelbaren gesellschaftlichen Bedingungen geknüpft und dabei mittelbare und unmittelbare Faktoren unterschieden. Das abstrakte Modell der objektiven Klassenbildung als

strukturiertes Phänomen asymmetrischer Produktion von Lebenschancen ist gekoppelt an mittelbare Faktoren der Markt- und Mobilitätschancen und an unmittelbare Faktoren der Arbeitsteilung, Herrschaftsverhältnisse und Konsummuster (Giddens 1979).

Neu ist in den sogenannten neueren Ansätzen hingegen nicht, dass mit der Klassenbildung in ihrer konkreten Ausformung subjektive Aspekte von Denk-, Erwartungs- und Verhaltensmustern gekoppelt sind. Damit ist der Aspekt der sozialen Klasse angesprochen, die bei Karl Marx im Übergang der Klasse an zur Klasse für sich (deterministisch) angelegt ist. Auch Theodor Geiger unterscheidet systematisch zwischen objektiv-äußerem Merkmalen und subjektiv-inneren Haltungen (Mentalität) (Geiger 1962 [1955], 1967 [1932]). Was das Verhältnis zwischen Klassen betrifft, so sind Klassenbeziehungen tendenziell konflikthaft und antagonistisch aufgrund der unterschiedlichen Verteilung von begehrten Ressourcen und unterschiedlichen Ausstattung mit Lebenschancen (Dahrendorf 1966 [1961]). In vielen Theorienansätzen besteht also die Neigung, dass objektive Lebenslagen eine polarisierte (Bewusstseins-)Struktur erzeugen.

3.2.2 Soziale Ordnung

Die soziale Ordnung ergibt sich aus der Wertschätzung der Menschen füreinander. Mit dem Prozess der sozialen Schichtung ist die anthropologisch gut fundierte soziale Tendenz verbunden, andere zu bewerten und sich mit anderen zu vergleichen. Andere nehmen die fremde Wertschätzung an und akzeptieren sie. Nach Max Weber ist soziales Handeln an den Handlungsmöglichkeiten und dem Handlungserfolg anderer orientiert und richtet sich an den geteilten Normen und Werten aus (Weber 1980 [1922]). Das bedeutet, dass die Bewertung des Handelns auf jeder Seite mit dem jeweils anderen verbunden, soziale Wertschätzung somit jedem sozialen Handeln inhärent ist. Soziales Ansehen wird in sozialer Interaktion hergestellt, findet also in realen Begegnungen statt.

Die soziale Interaktion setzt ein Selbstbild voraus, da Wertschätzung Selbstbewusstsein und Selbstwert gibt (soziale Identität) und mit Selbstanerkennung (persönliche Identität) verbunden ist, was die Bestätigung durch andere braucht. Um seiner selbst willen ist der Mensch auf die Wertschätzung anderer angewiesen: „*Unser Selbstgefühl ist gefesselt an ihre Anerkennung und Anerkennungsentzüge*“ (Popitz 1987: 633). Soziale Schichtung ist daher ein universeller Tatbestand im Zusammenleben von Menschen, weil Wertschätzung Element sozialen Handelns ist und Selbstbewusstsein ohne fremde Wertschätzung nicht möglich ist. Soziale Schichtung ist daher ein sozialer Prozess, durch welchen das soziale Ansehen verteilt wird (Weber 1980 [1922]: 679). Tauschtheoretisch führt asymmetrischer Austausch zu Status- und Prestigedifferenzierungen, Macht zu asymmetrischer Reziprozität (vgl. Blau). Konflikttheoretisch münden diese Prozesse in ein institutionalisiertes Norm- und Wertesystem einer Gesellschaft (vgl. Dahrendorf).

Ziel und Ausgangspunkt der sozialen Wertschätzung sind nicht auf Personen beschränkt, sondern bestehen auch auf kollektiver Ebene. Die Bewertung der Individuen steigt zum Kollektiv auf und wird zum Konsens im Kollektiv. Personen werden nach ihrer kategorialen Zugehörigkeit (z. B. der ständischen Lage), etwa was die Sozialkategorie (soziale Position) für das Gemeinwohl bedeutet, bewertet. Es bedeutet ebenfalls, dass die unterschiedliche Wertschätzung aufgrund der Gruppenzugehörigkeit eine soziale Rangfolge impliziert und gleichzeitig Gleichheit ausschließt. Ralf Dahrendorf hat auf den Umstand hingewiesen, Ungleichheit des Ranges bzw. der sozialen Positionen

bestehe aufgrund der Fähigkeit zur Normsetzung bzw. -sanktionierung, was zu sozialer Differenzierung führe (Dahrendorf 1966 [1961]).

Peter M. Blau (1977) definiert soziale Ungleichheit als durchschnittlichen Statusunterschied zweier Personen. Wenn verschiedene Statusgruppen unterschiedlich großes Ansehen genießen, wird soziale Distanz zwischen den Statusstrukturen errichtet und aufrechterhalten. In modernen arbeitsteiligen Gesellschaften wird dieser Prozess mitbestimmt durch objektive Faktoren wie beispielsweise Bildung, Beruf, Einkommen und Lebensstil. Die Interaktionsdichte beruht auf der Gelegenheitsstruktur und nimmt bei strukturell konsolidierten Gesellschaften zwischen den Statusgruppen ab und die sozialen Distanzen tragen zur Ausbildung von Schichtstrukturen bei. Durch die soziale Grenzziehung müssen der eigene Status nicht ständig hinterfragt und Statusansprüche nicht jedes Mal ausgehandelt werden. Soziale Spaltungsprozesse und Konfliktpotenzial nehmen dann jedoch tendenziell zu. Die Schichtstrukturen bleiben starr, wenn es geringe intergenerationale Mobilität gibt und Personen gleicher Schicht nahezu ausschließlich untereinander interagieren (und z. B. innerhalb der gleichen heiraten). Schichtspezifische Lebenserfahrungen und Lebensstile werden wahrscheinlicher und intergenerationale Reproduktion von Ungleichheit ermöglicht. Insofern wird die Ungleichheit bereits in der Beziehung zwischen LebenspartnerInnen und durch Eltern-Kind-Beziehungen reproduziert.

Die Kreuzung von Merkmalen sozialer Differenzierung fördert hingegen Intergruppenbeziehungen (vgl. Simmel), die Herausbildung weniger konfliktreicher und multiform heterogener Gesellschaften (Blau 1977), im Sinne von Max Weber als offene soziale Beziehungen, wenn die Teilnahme an ihnen niemandem verwehrt ist (Weber 1980 [1922]).

3.2.3 Politische (Herrschafts-)Ordnung

Was bei der ökonomischen Sphäre schon angeklungen ist, ist die starke Verwobenheit mit Prozessen von Macht und Herrschaftsbildung. Soziale Klasse nach Max Weber bildet sich aus der ökonomischen Klassenlage und der sozialen bzw. ständischen Lage. Gemeinsam sind sie die Grundlage zur Herausbildung von Parteien, weil sie Interesse an Vergemeinschaftungsprozessen bedingen. In organisierter Form ist der Begriff bei Max Weber sehr breit angelegt (vom Club bis zum Staat), in institutionalisierter Form sind sie jedenfalls der Ausdruck der gemeinsamen Organisation zur Erreichung bestimmter Ziele und zur Etablierung politischer (Herrschafts-)Ordnung. Während Karl Marx noch eine unausweichliche Entwicklungstendenz zur revolutionären Umgestaltung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse sah, ist Macht und Herrschaft bei Max Weber ein kontingenter Prozess in starker Abhängigkeit von der ökonomischen und sozialen Ordnung einer Gesellschaft.

Die neue sozio-politische Ungleichheitstheorie hat gerade an den Vergesellschaftungsprozessen angeknüpft. Einerseits daran, wie Interessengruppen entstehen und andererseits welchen Einfluss sie auf die Lagenchancen von Individuen und Gruppierungen haben. Joachim Bergmann und Claus Offe argumentieren, dass – ganz in der Tradition von Max Weber – die Stabilität des politischen Systems von der Legitimitätsicherung abhängt. Der demokratische Staat muss sich vor allem um wirtschaftliche Interessen, Krisenbewältigung (Konfliktbewältigung) und um die Loyalitätssicherung des Wählervolkes kümmern. Eine legitime Herrschaft ist aber an den Legitimationsglauben gebunden, was zu einer Priorisierung staatlicher Intervention je nach Organisations- und Konfliktfähigkeit gesellschaftlicher Gruppen führt. Die Macht von ArbeitnehmerInnen bzw.

Arbeitssuchenden ist einerseits geringer, je stärker die Nachfrage nach Arbeitsplätzen ist. Andererseits erhöht sie sich mit steigendem Grad kollektiv gewerkschaftlicher Organisation und mit ihr die Durchsetzungskraft der Interessen, wobei ArbeitnehmerInnen bei der Interessenorganisation gegenüber ArbeitgeberInnen im Nachteil sind (Bergmann et al. 1969; Offe 1969). Auch M. Rainer Lepsius betont die starke Verklammerung von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Institutionen und betont, dass das Kräftedreieck Markt-Staat-Verband keineswegs bloß der „Kampf“ zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden ist (Lepsius 1990 [1979]). Reinhard Kreckel argumentiert ähnlich mit der Metapher vom asymmetrischen Kräfteverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie, in dem die gesellschaftlichen AkteurInnen aufgrund ihrer jeweiligen Organisiertheit und Konfliktfähigkeit unterschiedlichen Einfluss nehmen können (Kreckel 2004 [1992]).

Zentraler politisch-institutioneller Mechanismus im Markt- bzw. Wirtschaftsprozess sind unterschiedliche Strategien zur sozialen Schließung, wobei zwei Subtypen unterschieden werden können: Einerseits der Versuch von Gruppen, ihre privilegierte Stellung zu verbessern (jene der besseren Einkommenserzielung), z. B. indem Prozesse der Unterordnung aufrechterhalten werden bzw. indem untergeordnete Gruppen geschaffen und Aufgaben delegiert werden. Die Folge ist eine kontinuierliche Transformation der Berufs- und Klassenstruktur, aber auch die Aufrechterhaltung der hierarchischen sozialen Ordnung. Bei einer vertikalen Ausschließung wird eine andere Gruppe direkt untergeordnet. Andererseits können sich nicht-privilegierte Gruppen unter bestimmten Bedingungen solidarisieren, um Druck ausüben und das bestehende Verteilungssystem in Frage stellen zu können (Parkin 1983). Das betont auch die Existenz, Verflechtung und Durchdringung der politischen Institutionen (Staat, Parteien) und (wirtschaftlichen) Interessensverbände (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände), die in der Neo-Korporatismustheorie als kompensierende Handlung zum Ausgleich von Legitimationsdefiziten des Staates interpretiert wird. Die Einbindung mächtiger gesellschaftlicher Kräfte dient letztendlich der Akzeptanzsicherung und Stabilisierung der Gesellschaftsordnung (Heinze 1986).

Die gesellschaftlichen Kräfte repräsentieren eine pluralisierte und dynamische Grundkonstellation und Verflechtung institutionalisierter sozialer Konflikte. Sie sind einerseits Ausdruck der Repräsentationskraft für Interessenlagen von Gruppierungen und dienen andererseits der Interessen- und Konfliktvermittlung. Außerdem entsprechen die Kräfte der strukturierten Interessendurchsetzung mit spezifischen Verteilungswirkungen (z. B. des Volkseinkommens). Aufgrund der Priorisierung der staatlichen Intervention (Wirtschaftsinteressen und Loyalitätssicherung vor Gesundheit und Sicherheit) entstehen ungleiche Situationsgruppen bzw. horizontale Disparitäten von Lebensbereichen (Bergmann et al. 1969; Offe 1969). Die darüber manifestierte vertikal-hierarchische Ungleichheit ermöglicht nur die ungleiche Befriedigung der Lebensbedürfnisse. Gleichzeitig wird damit soziale Ungleichheit (verfahrensmäßig) legitimiert (Lepsius 2008; Luhmann 1969). Dahinter stehen Prozesse der Legitimierung, ein Mechanismus der strukturellen Klassenformierung und subjektiven Klassenorientierung.

Die Verfügung von ökonomischen Ressourcen geht mit Macht einher und AkteurInnen sowie Gruppierungen versuchen, diese effizient einzusetzen, beispielsweise um dadurch Einfluss auf die Politik zu nehmen, um so ihre politischen Ziele durchzusetzen und ihre Interessen zu fördern (z. B. in der Familien-, Bildungs-, Sozial- und Steuerpolitik). Der politisch-institutionelle Rahmen bestimmt die Lebenschancen und Lebenslagen von Individuen, wobei Kooperation, Zusammenschluss und Strategien der sozialen Schließung zentrale Mechanismen dafür sind.

3.2.4 Kulturelle Normen und Leitprinzipien

Wenn man so will, kann man die diskutierten Ansätze unter einem sehr weit gefassten Kulturbegriff subsumieren, der alles von Menschenhand Geschaffene als Kultur beinhaltet. Wirtschaftssystem, politisches System und soziales System fallen freilich darunter. Bei sozio-kulturellen Theorien im engeren Sinne fungieren gesellschaftliche Normen und Werte bzw. dominante Ideologien als handlungsleitendes makrosoziales Ordnungskriterium. In diesem Sinne steht die Kultur als Ordnungsrahmen über dem bisher Gesagten.

Entscheidend hinsichtlich sozialer Ungleichheit sind gesellschaftlich geteilte Wertvorstellungen und Ideologien sozialer Gleichheit und Ungleichheit. Max Haller geht von der These aus, dass die Entwicklung gesellschaftlicher Wertvorstellungen (z. B. Gleichheitsvorstellungen) die Beziehung zu anderen gesellschaftlichen Grundwerten (z. B. Leistung, Freiheit) beeinflusst und selber politische, wirtschaftliche sowie soziale Prozesse (mit-)prägt (Haller 2008). Schon bei Karl Marx war es der gesellschaftliche Überbau, bei Ralf Dahrendorf handelte es sich dabei um die Wertvorstellungen der Herrschenden. Insgesamt geht es um die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse, also des durchgesetzten Norm- und Wertesystems, was aus Überlegungen der Herrschaftssoziologie dem institutionalisierten Klassenkonflikt entspricht (Dahrendorf 1966 [1961]). M. Rainer Lepsius geht daher beispielsweise neben der Macht und dem Staat auch von der Kultur mit ihren gesellschaftlichen Werten und Normen als übergeordnetes Strukturprinzip aus (Lepsius 2008). Hinsichtlich Ungleichheit sind sie der historisch-konkrete Ausdruck der kulturell vorherrschenden Vorstellung über das Niveau der Lebenshaltung und stellen Kriterien einer Normal- und Moralgesellschaft dar. Als demokratische Basisnorm fungiert das Gleichheitspostulat von Gleichverteilung und Gleichbehandlung (Kreckel 1985; Lepsius 2008).

Pierre Bourdieus Theorie vermag die Klassenstruktur und die alltägliche Lebensführung mit Habitusformen zu verbinden. Neben ökonomischem unterscheidet er soziales und kulturelles Kapital (Bildung, Wissen, Benehmen, Bücher, Bildungstitel), die die gesellschaftliche Stellung und die Klassenordnung im sozialen Raum ausmachen. Vermittelndes Element zwischen Struktur und Praxis der Lebensführung bzw. -stile ist der normativ wirkende klassenspezifische Habitus, ein Ausdruck der historisch-sozialen Struktur der Gesellschaft (Bourdieu 1997 [1984]). Während bei Pierre Bourdieu die Reproduktion der gesellschaftlichen Strukturen bzw. Ungleichheit im Vordergrund steht, ist es der kulturelle Wandel in anderen Ansätzen. Spezifisch drückt sich dieser nach Ronald Inglehart in einem Wertewandel aufgrund der Gesellschaftsstruktur aus bzw. in der Art, wie sie es schafft, die individuellen Bedürfnisse zu befriedigen (Inglehart 1977). Waren es vor dem Zweiten Weltkrieg überwiegend materielle (physiologische) Werte, so sind post-materielle Werte aufgrund der technologischen Innovationen, der anhaltenden wirtschaftlichen Stabilität und des Wachstums, der zunehmenden Sicherheit bei den nachfolgenden Generationen in den Vordergrund getreten und strukturieren die Vorstellungen vom Wünschenswerten bzw. leiten Handlungsziele und das Verhalten an.

Auch die Individualisierungsthese geht von diesem Wandel aus, wenn auch in viel radikalerer Form und mit unsicherem Ausgang. Risiko ist überhaupt die Formel von Ulrich Beck, nach dessen These strukturierende und handlungsleitende „(Makro-/Meso-)Sicherheiten“ im Verschwinden sind, ohne jedoch die sozialen Ungleichheiten verschwinden zu lassen. Vielmehr geht der gesellschaftliche Wandel mit individueller Freiheit und Entzauberung einher, die eine neue gesellschaftliche

Reintegration erfordern und mit spezifischen Formen diversifizierender Formationen, pluralisierten Lebensstilen, individualisierten Biografien und zerfaserten Mentalitäten einher geht. Die gänzliche Auflösung von Klassen und Schichten im herkömmlichen Sinn wird postuliert (Beck 1986).

3.2.5 Zusammenfassung

Zusammenfassend kann man soziologiehistorisch sagen, dass, ausgehend von der ökonomisch dominierten Klassendiskussion über den Ursprung sozialer Ungleichheit, die Theoriendiskussion bald an Facettenreichtum gewonnen hat. So wurden der Klassenbegriff erweitert und ein breiterer Klassenbegriff und multidimensionale Klassenkonzepte formuliert. Neuere Sozialstrukturtheorien berücksichtigen weitere Ursachen für soziale Ungleichheit und suchen nach Faktoren in der objektiven Sozialstruktur, im (politischen) Institutionen- oder kulturellen Normen- und Wertesystem. Stärker betont wird der gesellschaftliche Wandel und der Einfluss von gesellschaftlichen Problemlagen bzw. historischen Erfahrungen aufgrund von Konflikten, Krisen und Umbrüchen. Es herrscht die Einsicht vor, dass Ungleichheit nur unter Berücksichtigung der institutionellen (Wirtschafts-, Herrschafts-)Strukturen und der dahinterstehenden Wertesysteme sowie Problemlagen analysierbar ist.

Gemeinsam können der Prozess und der Mechanismus mit dem soziologischen Begriff der gesellschaftlichen Kultur beschrieben werden. Die Kultur einer Gesellschaft beinhaltet alle sozial relevanten Lebensverhältnisse. Sie ist Ausdruck der von Menschen gemachten und etablierten sozialen Institutionen, die das komplexe Zusammenleben unter den Menschen regeln. Insofern sind es soziale, wirtschaftliche, politische und normative Verteilungs- und Ordnungssysteme – in einem weiteren Sinne –, die gesellschaftliche Wissensbestände, Überzeugungen, Vorstellungen des Wünschenswerten, Leitgedanken etc. beinhalten. Sie repräsentieren die historisch-konkrete legitime Ordnung einer Vergesellschaftung, weil sie von den Mitgliedern einer Gesellschaft akzeptiert, angenommen und anerkannt ist. Sie fußt auf relativer Dauer und faktischer Regelmäßigkeit, da sie aus gültigen und anerkannten Werten und Normen begründet wird. Die Norm signalisiert dem Akteur bzw. der Akteurin, was in einer gegebenen Situation geboten und verboten ist. Normen haben Geltung, weil sie eine Sollensanforderung und verbindliche Richtschnur für die Verhaltensweisen in einem gegebenen sozialen Kontext oder in einer sozialen Situation sind. Nach Max Webers Herrschaftssoziologie besteht die Wirksamkeit einer legitimen (Herrschafts-)Ordnung dann, wenn sich Personen und Gruppen an der Vorstellung ihres Bestehens orientieren, d. h. geltend anerkennen und akzeptieren. „*Die Anerkennung der Legitimität einer bestimmten Ordnung ist in der Handlungsorientierung der wichtigste Faktor im Prozeß der Vergesellschaftung*“ (Kiss 1973, Bd. 2: 127), d. h. an der „*Vorstellung vom Bestehen einer legitimen Ordnung orientiert (...). Die Chance, daß es tatsächlich geschieht, soll ‚Geltung‘ der betreffenden Ordnung heißen*“ (Weber 1980 [1922]: 16). Dennoch bleibt sie, unter bestimmten handlungstheoretisch begründbaren Bedingungen, veränderbar und wandelbar.

Moderne demokratische Gesellschaften sind Ungleichheitsgesellschaften unterschiedlichen Ausmaßes und mit unterschiedlichen institutionellen Strukturen, die sich durch ihre Maßnahmen legitimieren müssen. Legitimation ist ein durch Reziprozität gekennzeichneter „*Vorgang, durch den eine Handlung von den Beherrschten als rechtmäßig Anerkennung findet*“ (Fuchs et al. 1978), weil er den reziproken Vorgang der Anerkennung der Adressaten (Beherrschten) benötigt. Prozessergebnis

ist der Legitimitätsgewinn bzw. die Erhaltung der Legitimität.²⁴ Herrschende Gruppen müssen daher den Nachweis führen, dass die Herrschaftsbedingungen rechtmäßig sind, d. h. sie haben einen Legitimitäts- bzw. Autoritätsanspruch an die Beherrschten. Umgekehrt ist dieser Anspruch bei den Beherrschten an eine subjektive Legitimitätserwartung bzw. an ein subjektives Legitimitätseinverständnis geknüpft. Legitimitätsgrundlage ist der Glaube bei der charismatischen Herrschaft, die Geltung bei der traditionellen Herrschaft und die sachliche Übereinstimmung bei der rationalen Herrschaft (Weber 1980 [1922]). Das Legitimitätsrisiko und eine Herausforderung für die ganze Ordnung bzw. die Herrschaftsstrukturen besteht dann, wenn die Überzeugung in der Bevölkerung nicht mehr gegeben ist, d. h. wenn die Gesellschaftsmitglieder nicht mehr oder nicht mehr vorbehaltlos der legitimen Herrschaftsordnung Geltung zuschreiben bzw. diese akzeptieren. Gesellschaftliche Ordnung und ihre Bildung ist somit unter legitimatorischen Gesichtspunkten und ihrer Akzeptabilität zu untersuchen.

Aufgrund der theoretisch skizzierten bzw. faktisch unterschiedlichen Verteilungswirkungen ist daher nicht zu erwarten, dass alle sozialstrukturellen Gruppen zu den gleichen Urteilen gegenüber der sozialen Ungleichheit kommen. Dahinter steht ein vielschichtiger und wechselseitiger Prozess mit Filtern und Verstärkern. Soziologisch interessant ist daher, wie die historisch-konkrete soziale Ungleichheitsordnung von welchen Gruppen unter welchen kontextuellen Bedingungen – also unter welchen Verteilungsrelevanten gesellschaftlichen Strukturen – in welcher Form und in welcher Intensität (de-)legitimiert und akzeptiert (abgelehnt) wird.

Kultur hat in ihrer Konsequenz für das Denken und Handeln einen doppelten Charakter: sie wirkt einerseits aufgrund ihres Zwangscharakters beschränkend und vorentscheidend. Andererseits enthebt sie jeden Einzelnen aufgrund ihres Entlastungscharakters davon, aus der Fülle von Denk- und Handlungsalternativen immer wieder neu wählen zu müssen. Die theoretische Diskussion hat in vielfältiger Weise aufgezeigt, dass die kulturelle Verfassung einer Gesellschaft als Filter bzw. Verstärker für das öffentliche Bewusstsein fungiert – und zwar aufgrund des Werte- und Normsystems (z. B. Gleichheitsvorstellungen, Präferenzen), der institutionellen Mächte und Kräfte (sowie der Institutionalisierung des Klassenkonflikts), der Sozialstruktur (z. B. privilegierte oder benachteiligte Lebenschancen) bzw. der Gleichheitsvorstellungen bei unterschiedlichen Gruppen. Es wurde von der funktionalistischen Ungleichheitstheorie der Konsenscharakter der Kultur betont, wonach der Beliebigkeit normativ Einhalt geboten wird und Stabilität im sozialen Zusammenleben gewährleistet wird (vgl. Haller 1989). Daher ist Ordnung aus dieser Perspektive stets an Legitimation und Akzeptanz gebunden.

Schlussfolgernd kann gesagt werden, dass soziale Ungleichheiten in modernen Gesellschaften über makrosoziale Prozesse und Mechanismen bestimmt werden. Heuristisch können die relevanten gesellschaftlichen Ordnungssysteme bzw. Strukturierungsprinzipien über die generalisierten Normen und Leitideen (kulturelle Ordnung), die soziale Ordnung (Ehre, Ansehen, Prestige), die Wirtschaftsordnung (ökonomische Prozesse) und die politisch-institutionelle Ordnung (Macht- und Herrschaftsstrukturen) beschrieben werden (siehe nachfolgende Tabelle und Abbildung).

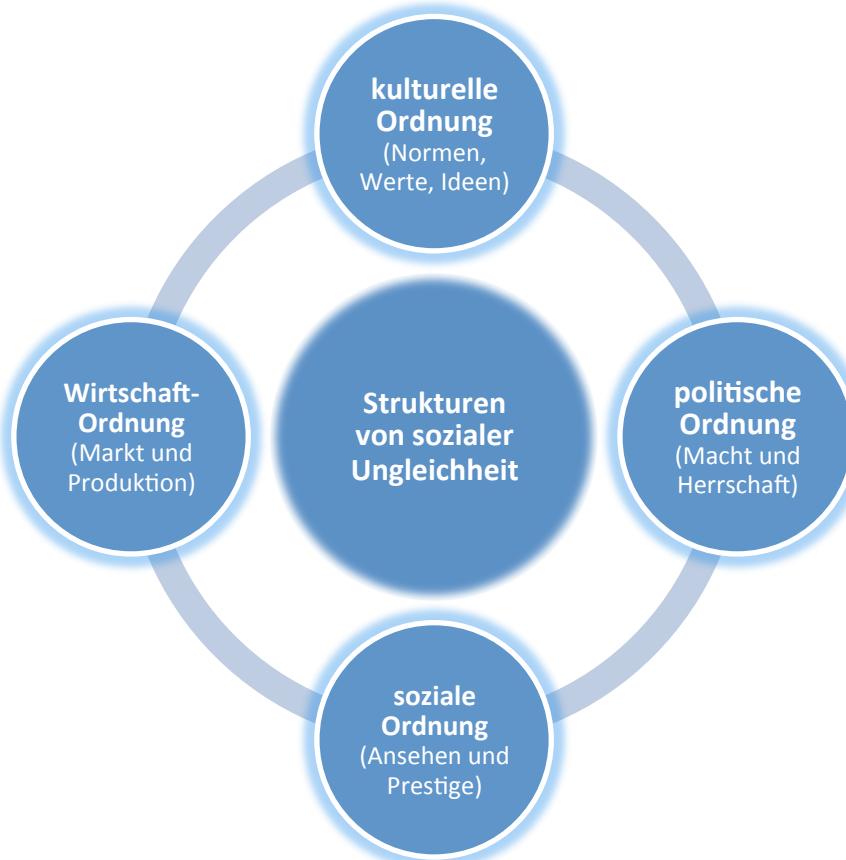
²⁴ Anm.: Wobei hier auf die Unterscheidung zwischen vertikaler und horizontaler Legitimierung hingewiesen werden muss. Nach Heinrich Popitz (1986) bezeichnet horizontale Legitimierung die gegenseitige Anerkennung unter Privilegierten um sich so gegenüber den weniger Privilegierten (bzw. Unterprivilegierten) abzusichern. Vertikale Legitimierung hingegen ist die rechtfertigende Absicherung des Verhältnisses zwischen Privilegierten und Nichtprivilegierten, die auf der horizontalen Voraussetzung basiert.

Tabelle 1: Aspekte gesellschaftlicher Ordnungssysteme

Ebenen	Kulturelle Ordnung	Herrschafts- Ordnung	Wirtschafts- Ordnung	Soziale Ordnung
Makro	Gesellschaftliche Leitvorstellungen, kulturelle Ziele	Staat, politisches System, Konkurrenzdemokratie	Marktwirtschaft, Produktion von Gütern/Dienstl.	Soziale Schichten, Prestigeverteilung
Meso	Normen und Werte	Partei, Regierung, politische Bewegungen	Unternehmen, Arbeitsmarkt, Interessensverbände	Soziale Beziehungen, Differenzierung, soz. Bewegungen
Mikro	(Werte-) Präferenzen	Macht und Interessen	Marktlage, objektive und subjektive Klasse	Ständische Lage und Bewusstsein

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Abbildung 3: Ordnungsbildende Aspekte für die Kristallisation von Sozialstrukturen



Quelle: Inspiriert durch Max Haller (2008: 165).

Aus der Sicht des Individuums bilden diese Ordnungssysteme einen Orientierungsrahmen bzw. den legitimatorischen Akzeptanzrahmen auf makro- und meso-sozialer Kontextebene. Auf individueller (mikrosozialer) Ebene strukturieren sich die Ungleichheiten auf der hierarchisch-vertikalen Dimension (Verteilung von begehrten Gütern/Ressourcen) als auch auf der horizontal-funktionalen Dimension (Disparitäten von Lebensbereichen). Welche Konzepte und Modelle zur Beschreibung der sozialen Struktur von Ungleichheit verwendet werden bzw. wurden, wird Thema des nächsten Kapitels 3.3 sein. Die objektive soziale Lage ist für die individuelle Bedürfnisbefriedigung und für die Lebenschancen von Menschen bzw. ganzen Gruppen von entscheidender Bedeutung. Neben den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Ordnungen) bilden die eigene sozialstrukturelle Lage und das in seiner Gesamtheit wahrgenommene sozialstrukturelle Lagebild einer Gesellschaft einen weiteren individuellen Orientierungsrahmen bzw. den relevanten Akzeptanzkontext auf mikrosozialer Ebene.

Akzeptanz wird letztendlich subjektseitig bestimmt, in Abhängigkeit vom Objekt soziale Ungleichheit und den relevanten Akzeptanzkontexten (Ungleichheitsordnung und Lebensbedingung). Dies ist keine rein strukturtheoretische, sondern auch eine handlungstheoretische Frage. Worauf die Wahrscheinlichkeit von Akzeptanz oder Ablehnung von sozialer Ungleichheit beruht, unter welchen Bedingungen und von welchen Gruppen, ist Thema des übernächsten Kapitels.

3.3 Akzeptanzkontext II: Strukturen von sozialer Ungleichheit

Ziel des Kapitels ist die Beantwortung der Frage, wie in modernen und komplexer gewordenen Gesellschaften soziale Ungleichheit am besten abgebildet werden kann. Die zentralen Traditionen in der Soziologie haben dafür unterschiedliche theoretische Ansatzpunkte und Erklärungen geliefert. Daher ist es zunächst notwendig, auf die vorhandenen Konzepte und Modelle zur Beschreibung von sozialer Ungleichheit nochmals einzugehen, sie vorzustellen und zu definieren. Schwerpunktmaßig sind sie nun aber auch nach konzeptuellen, methodischen und empirischen Aspekten zu bewerten, also wie geeignet sie für die konkrete Beschreibung der Struktur von sozialer Ungleichheit (Lagebild) sind, beispielsweise mittels vertikaler und horizontaler Merkmale und Dimensionen. Vorgegangen wird dabei folgendermaßen: Zunächst werden in Form eines kurzen historischen Abrisses die dominanten Determinanten und Dimensionen von sozialer Ungleichheit in Gesellschaften dargestellt. Zur Beschreibung von Strukturen sozialer Ungleichheit folgt ein übersichtsmäßiger Vergleich von zentralen Konzepten wie Klassen, Schichten und Lebenslagen.

Als Ergebnis der Diskussion um gängige Klassen- und Schichtkonzepte wird argumentiert, dass der Lebenslagenansatz sich für die Ungleichheitsanalyse gegenwärtiger moderner und fortgeschritten Gesellschaften besonders eignet und die Vorteile gegenüber den Nachteilen überwiegen, ohne Aspekte von z. B. gängigen Klassenkonzepten vollständig vernachlässigen zu müssen. Dafür ist es notwendig, die hauptsächlichen Entwicklungslinien bei der Entstehung des Lebenslagenkonzeptes bis in die 1990er Jahre eingehend nachzuzeichnen. Nach dieser umfangreichen Darstellung des Ansatzes müssen die charakteristischen Dimensionen des Ansatzes auf der konzeptionellen und inhaltlichen Ebene herausgearbeitet werden. Abschließend wird argumentiert, warum sich der Ansatz für die vorliegende Fragestellung, nämlich die Frage der (Nicht-)Akzeptanz von sozialer Ungleichheit, besonders eignet.

3.3.1 Soziale Ungleichheit im kurzen historischen Abriss

Nach allgemeinen Überlegungen sind Konzepte der sozialen Struktur einer Gesellschaft nie losgelöst von deren historischer Entwicklung. Allgemein kann gesagt werden, dass durch die Kombination von vertikal-hierarchischen Dimensionen, Statusverteilungen, horizontal-funktionalen Determinanten (Disparitäten von Lebensbereichen) sozialer Ungleichheit eine spezifische Form einer bestimmten historisch-konkreten Sozialstruktur einer bzw. mehrerer Gesellschaft(en) analysiert werden kann.

Aus wissenschaftssoziologischer Sicht korrespondieren die Konzepte in gewissem Sinne mit dieser Entwicklung. Max Haller beispielsweise zeigt, dass Theorien sozialer Ungleichheit aus dieser Blickrichtung betrachtet werden können und findet länderspezifische Traditionen von Klassen- und Schichtungstheorien bzw. kritische Ansätze beim Vergleich zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika (Haller 2008). Stefan Hradil betont, dass Gesellschaften in einer groben historischen Abfolge von bestimmten Gefügen sozialer Ungleichheit beschrieben werden können. Die Entwicklung kann grob nachgezeichnet werden als eine von Ständen über Klassen und Schichten hin zu komplexen Soziallagen, wie beispielsweise Lebenslagen, Milieus und Lebensstilen. Sie haben soziologische Konzepte inspiriert und haben ihren Niederschlag in Modellen zur empirischen Beschreibung der Sozialstruktur gefunden (Hradil 2001: 36ff.):

So sind Stände in vorindustriellen Gesellschaften anzutreffen, in denen die gesellschaftliche Stellung fast ausschließlich von der familiären Herkunft bestimmt wurde. Die Geburt legte fest, ob eine Person einem der drei Stände Adel, Bürgertum oder Bauerntum angehörte. Selbigem gehörte eine Person in der Regel bis zum Tod an. Soziale Mobilität war also kaum möglich und die soziale Abgrenzung zum anderen Stand war überwiegend geregelt. Klassen hingegen sind in (früh-)industriellen Gesellschaften anzufinden, in denen der familiäre Hintergrund unbedeutender wurde und der Besitz (z. B. an Produktionsmitteln) in zunehmendem Maß über die Lebensbedingungen der Menschen entschied. Besitz bzw. Nicht-Besitz wurde zum dominanten Statusmerkmal, die ganzen Gruppierungen sozialer Ungleichheit entstehen ließen. Die Klasse spiegelt die Stellung innerhalb des Wirtschaftsprozesses, die damit verbundene Macht am Arbeitsmarkt und die gesamten Lebensbedingungen dar. Darüber hinaus grenzt sich die Klassenstellung kategorial gegenüber anderen Gruppierungen ab, weil ein Individuum im Vergleich zum anderen entweder unter- oder überlegen, besser oder schlechter gestellt ist. Nach der marxistischen Tradition definiert eine Klasse gleiche ökonomische Lage, wie auch eine gemeinsame Bewusstseins-, klassengegensätzliche Interessenlage, die in einer politischen Konfliktstellung zum Ausdruck kommt.

Kennzeichnend für fortschreitende bzw. hochentwickelte Industrie- und Arbeitsgesellschaften ist die massenhafte Zunahme besitzloser und unselbständig erwerbstätiger Personen. Nicht mehr der Besitz, sondern die berufliche Stellung wurde zum dominanten sozialstrukturellen Kriterium bei dem neben Einkommen oder Vermögen auch das (berufliche) Ansehen (Prestige), der Bildungsabschluss, die fachliche Qualifikation bzw. die Arbeitsbedingungen zunehmend entscheidend wurden. In einer Schicht bzw. einer geschichteten Gesellschaft werden somit Einkommens-, Berufs- und Bildungsschichten unterschieden (soziale Schichten). Im Gegensatz zu Klassengesellschaften ist soziale Mobilität bei Schichtgesellschaften (leichter) möglich, weil die Unterschiede fließend bzw. graduell sind.

In post-industriellen Gesellschaften hingegen arbeiten die Massen im Dienstleistungs- und nicht mehr im Industriesektor (sog. Tertiarisierung). Zu den ökonomischen Dimensionen sozialer

Ungleichheit wie beispielsweise Vermögen, Einkommen und Macht sind weitere Dimensionen hinzugekommen. Durch den gestiegenen Wohlstand hat sich das Arbeits- und Freizeitvolumen geändert. Für Risiken stellt der ausgebauten Sozialstaat Maßnahmen und Leistungen zur Verfügung und schafft so neue Statuslagen (z. B. Versorgungsklassen). Vor dem gesellschaftlichen Hintergrund gewandelter Wert- und Zielvorstellungen haben sich geänderte Lebens- und Konsumgewohnheiten eingestellt. Insgesamt ist soziale Ungleichheit komplexer geworden, da (weitere) sozio-kulturelle Faktoren zunehmend in den Vordergrund treten und zu relevanten Faktoren vorteilhafter bzw. unvorteilhafter Lebensbedingungen werden. Diese Situation ist beispielsweise mit unterschiedlichen Lagebegriffen bzw. -konzepten erfasst worden. In der Diskussion wird von der sozialen Lage bestimmter Bevölkerungsgruppen (z. B. Studierende, Arbeitslose, PensionistInnen) bzw. von verschiedenen Lebenslagen gesprochen, je nach Kombination bestimmter Vor- und Nachteile in unterschiedlichen Dimensionen sozialer Ungleichheit. Weiters werden soziale Milieus und Lebensstile unterschieden. Sie stellen Gruppierungen mit gemeinsamen Werthaltungen und Mentalitäten bzw. Lebensstilgruppen mit ähnlichen Interaktions- und Verhaltensweisen dar (Hradil 1987).

In den folgenden Kapiteln werden die wichtigsten Konzepte zur Erklärung und Beschreibung von Gruppierungen im objektiven Ungleichheitsgefüge von Gesellschaften vorgestellt, die in der theoretischen Diskussion von sozialstrukturellen Fragen und jener von sozialer Ungleichheit prägend waren. Es handelt sich dabei um Klassen- und Schicht- sowie um Lebenslagenkonzepte²⁵. Da der Fokus im Moment auf der Suche nach geeigneten Konzepten zur Analyse der Strukturen von sozialer Ungleichheit als objektiver Akzeptanzkontext auf individueller Ebene liegt, wird bezüglich sozialer Milieus und Lebensstile auf das nächste Kapitel über das Akzeptanzsubjekt verwiesen, da dort die primäre konzeptionelle Ausrichtung auf das individuelle Denken und Handeln gelenkt wird.

Bei der folgenden Darstellung geht es jedoch weniger um die Befunde der jeweiligen Autorinnen und Autoren, sondern mehr um das theoretische und konzeptionelle Grundgerüst, d. h. Ziele, Annahmen, Vorteile, Mängel. Die Diskussion der Konzepte dient vor allem der Darstellung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie schwerpunktmäßig der Frage, welche Konzepte sich für die Beantwortung von subjektiven Akzeptanzfragen sozialer Ungleichheit im besonderen Maße eignen. Daher wird neben den objektiven Lebensbedingungen und -chancen wieder besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, wie theoretisch fruchtbar sie sich für die Beschreibung bzw. Erklärung von subjektiven Denk- und Handlungsweisen erweisen. In der Literatur besteht die Einsicht, dass sich das sozialstrukturelle Ungleichheitsgefüge – freilich in starker Abhängigkeit von der historisch-konkreten gesellschaftlichen Situation – je nach theoretischen Vorannahmen unterschiedlich darstellt: Zum einen zielt das Kapitel darauf ab, (un)gleiche objektive (d. h. erfahrbare) Lebensbedingungen aufgrund der Ressourcenlage von Gruppierungen zu beschreiben bzw. zu erklären. Zum anderen zielt es darauf ab, Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Denken und Handeln zu finden, wie sich Menschen im objektiven Ungleichheitsgefüge subjektiv verorten und welche (wenn überhaupt) Identitäten und Interessen sie herausbilden, beispielsweise in Form von Werthaltungen, Erziehungsstilen, Einstellungen, Konsumverhalten etc. Damit ist die Frage der strukturtypischen Eigenschaften von sozialen Ordnungen verbunden. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob offene oder geschlossene Gesellschaften integrative oder konfliktreiche Sozialstrukturen begründen.

²⁵ Als gute Einführungen eignen sich die Werke von Nicole Burzan (2011) und Stefan Hradil (2001).

3.3.2 Klassenkonzepte

Nach einer allgemeinen Definition können Klassen als „(...) jene Gruppierungen innerhalb von Gefügen sozialer Ungleichheit genannt [werden], die aufgrund ihrer Stellung innerhalb des Wirtschaftsprozesses anderen Gruppierungen über- oder unterlegen sind“ (Hradil 2001: 38). Klassen sind demnach Gruppen mit ungleichen materiellen Lebensbedingungen, z. B. von (Nicht-)Besitz und Machtstellungen (etwa am Arbeitsmarkt), aufgrund der Stellung im Produktionsprozess.

Handlungstheoretisch lässt sich außerdem der Aspekt klassenspezifischer Bewusstseins- und konträrer Interessenformen ausfindig machen: Klasse im objektiven Sinne dient bei Karl Marx zur Beschreibung der unterschiedlichen Lebensbedingungen und zur Bestimmung bestimmter Lebenschancen (Klasse an sich). Klasse ist aber auch deterministisch für die Entstehung von Klasseninteressen und für die Herausbildung eines Klassenbewusstseins (Klasse für sich) verantwortlich. Es geht Karl Marx um die Herausbildung von Klassenlagen, die sich bei den Machtlosen beispielsweise in Form von schlechten Arbeitsbedingungen, in der Ausbeutungs-, der Verelendungs- und Armutssituation manifestiert. Die Ursachen dafür können vielfältig sein, jedenfalls besteht die ungleiche Situation aufgrund ökonomischer Faktoren und politischer Herrschaftsinteressen. Aufgrund der objektiven Klassenlage bilden sich (bei deprivierten Klassen) beim Vorliegen eines „richtigen“ Bewusstseins (notwendigerweise) konträre Interessen aus. Max Weber sieht die Klassenlage ebenfalls in der Wirtschaftsordnung bzw. der Produktion und Verteilung von ökonomischen Gütern begründet. Nach seiner Auffassung lassen sich je nach Klassenlage klassenspezifische Lebenschancen ableiten, wobei sich erstere aufgrund von ökonomischem Güterbesitz und Arbeitsmarktlage (Marktlage und Erwerbsinteressen) ergibt. Bei Max Weber ist dieser Prozess der Interessenformierung contingent und nur in Form der sozialen Klasse plausibel, d. h. von Klassen- und ständischer Lage gemeinsam.

Klassen sind daher allgemein durch gleiche Lebensbedingungen charakterisierbar. Der Klassenbegriff ist außerdem relational und daher sind Klassen strikt von anderen Klassen abgrenzbar (Klasse als Kategorie). Das Verhältnis von Klassen ist zusätzlich durch Konfliktreichtum und Konkurrenz gekennzeichnet (konflikttheoretische Annahme). Bei Klassenkonzepten ist schließlich die objektive Situation zumeist an eine subjektive Interpretation, ein gemeinsames Bewusstsein geknüpft, woraus sich solidarische Interessen herausbilden und woran (politisch) orientiertes Handeln anknüpft. Klassen sind daher auch potenziell kollektive Akteure.

Aufgrund der geäußerten Kritik am marxistischen (dichotomen) Klassenbegriff und wegen des Problems der empirischen (Aus-)Differenziertheit der gesellschaftlichen Verhältnisse, z. B. komplexere Arbeitspositionen (wegen der Ent- bzw. Restrukturierung der Klassengesellschaft) und vielfältigere Lebensbedingungen, wurden später neuere Konzepte mit mehr als zwei Klassen entwickelt. Zur zentralen Frage wurde einerseits, welchen Charakter die „neue“ Mittelklasse hat und andererseits, wie die Kluft zwischen abstrakter und konkreter Klassenanalyse (oder: zwischen dem Verhältnis der Produktionsweise und der Klassenbildung) überbrückt werden kann. Weiterhin wurde angenommen, dass Besitz bzw. Nicht-Besitz der entscheidende Faktor für die Klassenbildung ist, der den Klassengegensatz und die antagonistischen Klasseninteressen begründet. In der Besitzsituation und an den Herrschaftsverhältnissen sind die Ursachen vertikaler sozialer Ungleichheit abzulesen.

Neben der Klassendiffötomie Arbeiterklasse und Kapitalisten wurde, in der marxistischen Tradition stehend, beispielsweise eine neu hinzukommende Mittelklasse definiert. Zu ihr wurden

KleinunternehmerInnen und Lohnabhängige sowie die selbständige und lohnabhängige Intelligenz gezählt. Andere Ansätze gingen konkreter auf die Arbeitsinhalte und -beziehungen, die Einkommenshöhe, die Lebensbedingungen und -weisen bzw. auf das Verhalten ein, ohne jedoch das prinzipielle Dilemma zwischen marxistischer Theorie und Lebensnähe überwinden zu können (vgl. Institut für Marxistische Studien und Forschungen 1973; Projekt Klassenanalyse 1973, 1974).

Ein gutes weiteres Beispiel für eine Neukonzeptualisierung mit mehr als zwei oder drei Klassen ist das Klassenmodell von Erik Olin Wright. Er kommt zu einem sehr differenzierten und flexibleren Klassenmodell, weil es insgesamt zwölf verschiedene Klassen zulässt und der beruflichen Ausdifferenzierung am Arbeitsmarkt (d. h. Erwerbstätigen) Rechnung trägt. Das Modell unterscheidet einerseits BesitzerInnen (KapitalistInnen) und NichtbesitzerInnen an Produktionsmitteln (sog. LohnarbeiterInnen). Es nimmt auf der anderen Seite eine Feingliederung der ArbeitnehmerInnen nach dem Grad der Verfügbarkeit von Organisations- und Qualifikationsressourcen (Macht- und Anweisungsbefugnis) vor. Drei Besitzklassen werden definiert: das Bürgertum (*bourgeoisie*), kleine ArbeitgeberInnen (*small employer*) und KleinbürgerInnen (*petty bourgeoisie*). Zusätzlich werden neun Klassen von NichtbesitzerInnen benannt, die vom fachlich qualifizierten Manager (*expert manager*) bis zum „Proletarier“ (*proletarian*) reichen (Wright 1985b: 53).

Ganz in der weberschen Tradition unterscheidet M. Rainer Lepsius die Klassenlage von Menschen in Besitz- und Erwerbsklassen. Er erweitert das Konzept jedoch um die sog. Versorgungsklasse, eine Gruppierung, die aufgrund des Wohlfahrtsstaates bzw. seiner Maßnahmen und Leistungen neu entstanden ist und von den Sozialleistungen abhängig ist (z. B. Studierende, Arbeitslose). Die Vermutung lautet, dass die Gleichartigkeit der objektiven Klassenlage, die dafür typische Lebenserfahrung und Interessenlage sich nach innen homogenisieren und nach außen differenzieren. Das führt zur Ausbildung einer sozialen Klasse, die zu spezifischen Mobilitätschancen, an Wertorientierungen, Einstellungen und Meinungen bzw. an der Interessenformierung (z. B. im politischen Verhalten) ablesbar ist (Lepsius 1990 [1979]).

Ein ebenfalls sehr differenziertes Klassenschema legten Robert Erikson, John H. Goldthorpe und Lucienne Portocarero (1979) vor, das heute wohl zu den international am häufigsten eingesetzten Modellen zählt: Für das EGP-Klassenschema gelten das Beschäftigungsverhältnis und die Arbeitssituation als Gliederungskriterien²⁶. Die Klasseneinteilung erfolgt in sieben kategoriale Klassen (I-VII), empirisch nach erwerbsstatistischen Angaben, wobei weniger die Arbeitsinhalte entscheidend sind, sondern die relative Autonomie (bzw. wie stark Arbeit begrenzt wird durch Kontrolle) (vgl. Brauns et al. 2000): (obere und untere) Dienstklasse (I-II), nicht-manuelle Berufe mit Routinetätigkeiten (III), Kleinbürgertum/ LandwirtInnen (IV), FacharbeiterInnen (V-VI), an-/ungelernte ArbeiterInnen und LandwirtInnen (VII) (Erikson/ Goldthorpe 1992: 38f.).

Anthony Giddens entwickelt auf Basis der marxistischen Klassentheorie ein nicht-deterministisches und dynamisches Konzept der Klassenstrukturierung. Er leitet ein sowohl analytisches als auch konkretes Klassenmodell jenseits des dichotomen Klassenmodells ab, das das Verhältnis von ökonomischen und sozialen Klassen repräsentieren soll, d. h. er verbindet den gesellschaftlichen Formierungsprozess von Klassen mit der Entstehung eines Klassenbewusstseins. Laut Anthony

²⁶ Charakteristisch für heute abhängig Beschäftigte ist entweder ein klassisches Lohnarbeiterbeschäftigung oder ein Dienstleistungsverhältnis (Dienstklasse). Letzteres repräsentiert die langfristige, unspezifische Variante auf Basis von Vertrauen, Loyalität, Privilegierung und Karrieremöglichkeiten.

Giddens hängen Klassenlagen vor allem von Marktlagen ab, da der Markt ein Austauschsystem mit unterschiedlichen Machtstrukturen asymmetrischer Begünstigung von Gruppen aufgrund differentieller Verteilung von Ressourcen ist. Daneben spielt die Marktkapazität oder -fähigkeit (*market capacity*) – auch bei Eigentumslosigkeit – eine entscheidende Rolle, da Individuen ihre Attribute in die Verhandlungen einbringen können (Giddens 1997 [1988]). In kapitalistischen Gesellschaften unterscheidet Anthony Giddens drei Klassen, nämlich Ober-, Mittel- und Unterklassen. Sie sind das Ergebnis der Verbindung zwischen Markt und Klasse. Ein Parameter mittelbarer Klassenstrukturierung ist offene oder geschlossene Mobilität, wobei soziale Mobilität eine Randbedingung und keine Determinante der Klassenverfestigung ist. Bei geschlossenen Mobilitätschancen hat die Klassenstruktur relativ dauerhaften Bestand. Die Oberklasse besitzt das Eigentum, die Mittelklasse verfügt über Bildung und Qualifikationen und die Unterkasse bloß über manuelle Arbeitskraft. Die Idee der mittelbaren Strukturierung von Klassenverhältnissen beruht auf der Annahme, dass Marktlagen je nach den verfügbaren Marktkapazitäten (Kapitalbesitz, Berufsqualifikation, manuelle Arbeitskraft) spezifische Lebenschancen ergeben. Als regulative Faktoren der Klassenbildung sind für Anthony Giddens die Form der Arbeitsteilung (die erkennbaren Grenzen zwischen manueller und nicht-manaueller Tätigkeit), die Herrschaftsverhältnisse (für innerbetriebliche Abgrenzungen) und der Einfluss von „distributiven Gruppierungen“ entscheidend. In Kombination von mittelbarer und unmittelbarer Klassenstrukturierung (Dualität von Klassenstrukturierung) ergibt sich die dreiteilige Klassenstruktur kapitalistischer Gesellschaften. Sie ist Ergebnis strukturierter Phänomene asymmetrischer (Re-)Produktion von Lebenschancen. Aber nur, wenn Faktoren der unmittelbaren Klassenstrukturierung sichtbar sind und sich gegenseitig überlagern, wird die Klassengesellschaft zur Realität und verstärkt sich das Klassenbewusstsein (Giddens 1979).

Pierre Bourdieus sozio-kulturelles Konzept bzw. Habitustheorie geht ebenfalls von Klassenstrukturen aus, wobei Unterschiede der Lebensgestaltung sich in unterschiedlichen Klassenkulturen ausdrücken. Ausgangspunkt ist die ungleiche Verteilung dreier Ressourcen unter den Menschen, nämlich ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitals. Die Kapitalausstattung bestimmt im Wesentlichen die Klassenordnung einer Gesellschaft. Pierre Bourdieu unterscheidet ebenfalls eine dreiteilige vertikale Klassenstruktur, die gebildet wird aus der Arbeiterklasse, dem Kleinbürgertum und der Bourgeoisie. Zusätzliche Unterscheidung auf horizontaler Ebene wird mit Hilfe von Klassenfraktionen vorgenommen. Sie geben Auskunft über die gegenwärtige Zusammensetzung und zukünftige Einsetzbarkeit des eigenen Kapitalbesitzes. Innerhalb der Bourgeoisie unterscheidet Pierre Bourdieu zwischen Besitz- (UnternehmerInnen) und Bildungsbürgertum (HochschullehrerInnen, KunstproduzentInnen), innerhalb des Kleinbürgertums zwischen absteigendem Kleinbürgertum (HandwerkerInnen, KleinunternehmerInnen), exekutivem Kleinbürgertum (Büroangestellte, TechnikerInnen, MeisterInnen) und neuem Kleinbürgertum (Werbefachleute, JournalistInnen, LehrerInnen) und innerhalb der Arbeiterklasse zwischen VorarbeiterInnen, FacharbeiterInnen, angelernten ArbeiterInnen und HilfsarbeiterInnen. Denk-, Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster werden über milieu- bzw. klassenspezifische Habitusformen strukturiert, die zwar sozialisatorisch vermittelt, aber individuell überwiegend unbewusst bleiben. Konkrete Ausdrucksformen sind im Alltagshandeln und in den kulturellen Vorlieben, dem Lebensstil der Klassen bzw. Klassenfraktionen abzulesen (Bourdieu 1983, 1997 [1984]).

Als Klassenkonzept im weiteren Sinne ist auch noch das von Reinhard Kreckel entwickelte Zentrum-Peripherie-Modell anzuführen, bei dem die einseitige Konzentration auf vertikale Ungleichheit vermieden wird. In enger Beziehung mit der vorherrschenden Machtkonzentration bzw. (primären und sekundären) Machtasymmetrie unterscheidet er neun ungleich mächtige, unterschiedlich konfliktträchtige arbeitsmarktstrategische Lagen. Je nach zentrumsnaher oder peripherer sozialer Lage ergeben sich für die AkteurInnen Potenzial für Organisations- und Konfliktfähigkeit, unterschiedliche Voraussetzungen für soziale Schließung und die Herausbildung von Arbeitsmarktsegmenten: rechtlose Arbeitskräfte (z. B. illegale Einwanderer, Schwarzarbeiter), marginalisierte Gruppen, un- oder dequalifizierte „Normalarbeitskräfte“, angelernte Spezialarbeiter und einfache Angestellte, bedrohte Fachqualifikationen, marktgängige Fachqualifikationen, aufgewertete Fachqualifikationen, akademische Fachqualifikationen, abhängige Erwerbspositionen mit Leistungs- und Managementfunktionen (Kreckel 2004 [1992]: 202ff.).

3.3.3 Schichtkonzepte

Schichtkonzeptionen gehen im Grunde auf Max Webers Begriff der ständischen Lage zurück, die durch „(...) eine spezifische, positive oder negative, soziale Einschätzung der ‚Ehre‘ bedingt ist, die sich an irgendeine gemeinsame Eigenschaft vieler knüpft“ (Weber 1980 [1922]: 534). Zugehörigkeit zu Standesehren erlangen nur jene Personen, die auf Dauer einen Lebensstil pflegen (können) bzw. einen spezifischen sozialen Verkehrskreis bilden. Stände sind außerhalb der ökonomischen Sphäre angesiedelt. Sie sind subjektive Sozialstrukturkategorie des Denkens und Handelns und bestehen nicht bloß aufgrund äußerlicher Faktoren, sondern in Beziehung zu anderen konstituiert, d. h. sie haben einen relationalen Charakter. Nach innen definieren sie Gemeinsamkeiten, nach außen Unterschiede.

Im Laufe der Industrialisierung wurde in den Arbeitsgesellschaften das Ansehen zur dominanten Statusdeterminante. In der schichtungstheoretischen Diskussion wurde argumentiert, dass eine bestimmte Klassenlage nicht länger vom materiellen Besitz ableitbar sei, sondern das berufliche Prestige entscheidend sei. So wurden soziale Ungleichheiten in der beruflichen Qualifikation, im Erwerbseinkommen und in den Arbeitsbedingungen in das Zentrum schichtungssoziologischer Untersuchungen gerückt. Als Schichten werden daher üblicherweise „Gruppierungen von Menschen mit ähnlich hohem Status innerhalb einer oder mehrerer berufsnaher Ungleichheitsdimensionen (...) bezeichnet“ (Hradil 2001: 40).

Charakteristisch für die Sozialstruktur einer Gesellschaft ist, dass die Schichten vertikal übereinander angeordnete Gruppierungen sind, d. h. eine Rangordnung sozialer Schichten ergeben. Spezifisch ist auch die Ausrichtung auf die Beschreibung und nicht die Erklärung ungleicher Lebensbedingungen. Schichtkonzepte benötigen eine erklärende Hilfsthéorie, die zumeist in der funktionalistischen Schichtungstheorie gefunden wurde. Sie fußen auf der Annahme, dass soziale Ungleichheiten unter den Menschen aufgrund der unterschiedlichen Belohnung für ungleiche Leistung erfolgen und so ungleiche Verteilung von Gütern, Ressourcen und Lebenschancen rechtfertigen²⁷. Für die Beschreibung und Bestimmung der Schichtstruktur einer Gesellschaft bedarf es daher der Annahme

²⁷ Zu einer Kritik der funktionalistischen Schichtungstheorie siehe Renate Mayntz (2009 [1961]).

von relevanten Ungleichheitsdimensionen und der Festlegung von Abgrenzungskriterien, wonach eine Einteilung in Über oder Unter, Besser oder Schlechter erfolgen kann.

Die Grundannahmen schichtungssoziologischer Konzepte lauten daher, dass (1) Erscheinungen sozialer Ungleichheit sich durch ein (eindimensionales) Gradationsschema fassen lassen, (2) Gesellschaftsmitglieder unter Verwendung individuell zurechenbarer Kategorien sozialer Ungleichheit eingestuft werden können, und dass es (3) auf alle Mitglieder umgelegt werden können bzw. (4) für alle existenzprägende Wirkung habe (Hradil 1983). Da die Abgrenzung unterschiedlich erfolgen kann, einerseits aufgrund objektiver Tatbestände oder subjektiver Zustände (z. B. Denken, Handeln), oder andererseits aufgrund realer Grenzen oder nominaler Kriterien, können folgende Schichtbegriffe unterschieden werden (vgl. Hradil 2001): der klassennahe Schichtbegriff, Prestigeschichten und Berufsschichten.

Der klassennahe Schichtbegriff fasst Schichten als Gruppierungen gleicher Wirtschaftsinteressen auf, wobei sich gleiche Denkweisen in Form von Schichtmentalitäten herausbilden und spezifische (u. a. politische) Interessen entwickeln können. Angelegt ist diese Überlegung schon bei Max Weber. Theodor Geiger, Ralf Dahrendorf und später hat Rainer Geißler sie in spezifischer Weise aus- bzw. fortgeführt: In Theodor Geigers Schichtkonzeption werden beispielsweise wichtige Elemente sowohl von Klassen als auch Schichten vereint. Kennzeichnend für den Ansatz ist, dass er von der rigiden vertikalen Gesellschaftsvorstellung ab- und von realen sozialen Gruppen ausging. Schichten werden bei Theodor Geiger in der Kombination aus der beruflichen und sozialen Stellung und nicht in deterministischer sondern probabilistischen Gemeinsamkeit von (Schicht-)Mentalitäten gesehen (Geiger 1967 [1932]: 73ff.). Zuerst berücksichtigte Theodor Geiger im Schichtmodell eine Klassen-Rohgliederung und unterschied zwischen kapitalistischer, mittlerer und proletarischer Lage mit sehr heterogenen Schichtmentalitäten (vgl. Geiger 1967 [1932]: 24). Später gelangte er zu einer fünfteiligen „Tiefengliederung“ unter Zuhilfenahme von Berufs- und Einkommensdifferenzierungen: KapitalistInnen, mittlere und kleine UnternehmerInnen, TagewerkerInnen für eigene Rechnung, Lohn- und GehaltsbezieherInnen höherer Qualifikationen, Lohn- und GehaltsbezieherInnen milderer Qualifikation. Auf Basis dieses Verständnisses deutete Theodor Geiger unterschiedliche Charakteristika der Schichten an, die sich beispielsweise im spezifischen Lebensduktus (z. B. Religiosität) oder im „Verteidigungszustand“ der wirtschaftlichen Bedrängnis und des Prestigeverlustes äußert (Geiger 1967 [1932]: 85ff.). Außerdem sieht er in der subjektiven Komponente eine Handlungsintention, weil sie eine „*bewegende Kraft in der Entwicklung des Wirtschaftslebens*“ (Geiger 1967 [1932]: 4) darstellt.

Ralf Dahrendorf übersetzte das Konzept von Theodor Geiger auf die Bundesrepublik Deutschland der 1960er Jahre. In seinem Haus-Modell unterscheidet er insgesamt sieben Schichten, wobei jede konstitutiv durch die Stellung im Beruf, durch die soziale Lage und typische Mentalitäten gebildet werden. Charakteristisch ist überdies, dass die Schichten sowohl über- und untereinander angeordnet sind, aber auch teilweise nebeneinander stehen. Die Schichten bezeichnet er als Elite, Dienstklasse, alter Mittelstand, Arbeiterelite, Arbeiterschicht, falscher Mittelstand und Unterschicht (Dahrendorf 1965: 105). Später differenziert Rainer Geißler das Modell noch einmal weiter und kommt zu einer geänderten Schichtstruktur mit einer breiteren Dienstleistungsschicht, ausdifferenzierten Arbeiterschicht und einer Verkleinerung des alten Mittelstandes (Selbständige). Außerdem berücksichtigt Rainer Geißler die geänderten Bedingungen und versucht AusländerInnen,

von Armut betroffene Bevölkerungsgruppen, nicht integrierte, sozio-ökonomisch deprivierte und sozio-kulturell andersartige Gruppen zur berücksichtigen (Geißler 1996: 86).

Als Prestigeschichten hingegen werden Gruppierungen bezeichnet, deren Angehörige sich untereinander gleichrangig behandeln und sich anderen Schichten gegenüber als höher- oder tieferstehend verhalten. Die Annahme dahinter ist, dass es aufgrund der sozialen Beziehungen zu einer Ungleichheit des Prestiges zwischen Gesellschaftsmitgliedern kommt. Aufgrund von vertikal übereinanderliegenden Schichten kommt es zusätzlich zu prestigeorientierten Denk- und Verhaltensweisen, die sich beispielsweise realiter in Form von unterschiedlichen Heirats-, Bekanntheits- bzw. Verkehrskreisen im Alltagsleben ausdrücken. William Lloyd Warner bzw. Karl Martin Bolte sind typische Vertreter dieses Schichtbegriffs: Das Prestigekonzept von William Lloyd Warner geht davon aus, dass Schichten reale, hierarchisch angeordnete Einheiten sind, die sich hinsichtlich der subjektiven Bewertung und Einstufung mit allen Gesellschaftsmitgliedern decken. Die Einschätzungen sind deshalb relativ deckungsgleich, weil sie auf einem allgemeinen geteilten Wertkonsenses in der Bevölkerung beruhen. Eng mit der Schichtzugehörigkeit verbunden sind daher spezifische soziale Rechte, Pflichten, Vor- und Nachteile, aber auch Verkehrskreise und Mobilitätschancen. Damit ist die Annahme verknüpft, dass das Prestige jederzeit und überall gültiges soziales Merkmal und in jeder Interaktion gültig ist. Zur Beschreibung von Schichtstrukturen ist es jedoch notwendig, nominale Schichtgrenzen einzuführen. So kam William Lloyd Warner zu drei vertikal übereinander angeordneten Schichten von Unter-, Mittel- und Oberschicht (Warner 1942-1959). Karl Martin Bolte hingegen entwickelte das durch die Zwiebel form- und namensgebende Modell des Prestige-Statusaufbaus. Es steht für einen Schichtbegriff, der nur real vorhandene Unterschiede zwischen Statusgruppen als Schichtgrenzen anerkennt. Sind diese jedoch in der Realität nicht klar vorhanden, dann kommt man zu einer Ungleichheitsstruktur ohne soziale Schichten, d. h. ohne künstliche Schichtgrenzen mit der Folge von vielfältigen Überlappungen. Die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder liegt in breiten Mittellagen des Prestigeaufbaus und jeweils 15 % schließen darunter oder darüber an. Statusabgrenzungen sind in der Mitte aufgrund des fließenden Übergangs vom Höher zum Tiefer nicht eindeutig möglich und dieser Bereich gleicht eher einem Sammelbecken des Nebeneinander. Schichtgrenzen sind am ehesten noch ganz oben oder vor allem ganz unten bei den Extremen möglich (Bolte/ Hradil 1988: 218f.).

Die Konzeption von Schichtung aufgrund des Berufsprestiges ist hingegen nicht mit subjektiven Denk- und Handlungsweisen, sondern mit objektiven Kriterien verbunden. Danach ist Schicht definiert als eine Gruppierung von Personen, die Berufe mit ähnlich großem Ansehen ausüben (daher: Berufsprestige). Da per Definition keine Schichtspezifität des Handelns postuliert wird, sind die Grenzen zwischen den Schichten fließend und die Einteilung in bzw. die Größe von beispielsweise Ober-, Mittel- oder Unterschicht erfolgt anhand willkürlicher Grenzwerte und Trennlinien. Ein Vertreter dieses Schichtkonzepts ist beispielsweise das von Erwin K. Scheuch und H. Daheim (1961). Am häufigsten wird seit den 1960er Jahren ein mehrdimensionales Schichtkonzept verwendet. Neben dem (Berufs-)Prestige werden auch Merkmale wie das Wissen (Bildung), ökonomische Ausstattung (Einkommens-, Vermögenssituation) und die Macht situation für die Schichtbildung herangezogen. Sie sind Dimensionen bzw. begehrte und zugleich knappe Ressourcen im vertikalen Ungleichheitsgefüge moderner Gesellschaften.²⁸ Diese Mehrdimensionalität ist zwar logisch

²⁸ Synonym für meritokratische Gesellschaften, deren Grundprinzip individuelle Leistung auf Basis einer Chancengleichheit ist, bzw. Schichtung nicht länger nach zugeschriebenen Merkmalen (z. B. sozialer Herkunft,

unabhängig und analytisch getrennt voneinander konzipiert, aber damit werden zumeist nominal abgrenzbare bzw. daraus werden eindimensionale Schichten abgeleitet (sog. Gradationsschema, Schichtgradient, z. B. der Gesundheit). Die zentrale Annahme dahinter ist Statuskonsistenz, die zunehmend (theoretisch wie empirisch) in Frage gestellt wurde, da die eingehenden Dimensionen zwar zumeist empirisch (positiv) korrelieren, aber eine theoretisch zweifelhafte Annahme bleiben.

3.3.4 Zwischenfazit: Klassen und Schichten in kritischer Diskussion

Nach der Darstellung der älteren und gängigen Konzepte zur Sozialstrukturanalyse der Gefüge sozialer Ungleichheit ist es an der Zeit für ein weiteres Zwischenfazit. In der nachfolgenden Diskussion von Klassen-, Schicht- und Lebenslagenkonzepten sollen daher die konzeptionellen Annahmen sowie deren Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen werden. Bewertungskriterien sind die allgemeinen ungleichheitsbezogenen bzw. die Akzeptanzspezifischen Fragen: Welcher Ansatz ist für die Analyse sozialer Ungleichheit aus heutiger Sicht besonders geeignet, z. B. aufgrund der Theoriediskussion bzw. aus Sicht der heutigen Gesellschaftsstruktur? Welcher Ansatz ist besonders geeignet, gleichzeitig das Ergebnis (den Output) von makrosozialen (Verteilungs-)Prozessen und Mechanismen und die individuell-objektiven Lebensbedingungen sowie -chancen (als Input) für die Analyse der subjektiven Bewertung von sozialer Ungleichheit abzubilden? Welches Konzept ist imstande, die objektiven Akzeptanzkontexte realitätsnah abzubilden und welches vermag es, subjektive Akzeptanzurteile konzeptionell zu verorten? Bei der nachfolgenden Zusammenfassung der Diskussion der Konzepte muss bedacht werden, dass die Ursachen für soziale Ungleichheit gesellschaftlich bedingt sind. Sie sind wandelbar, weder historisch noch kulturell invariant und waren jeweils durch andere dominierende Dimensionen und Determinanten sozialer Ungleichheit bedingt. Neben dieser Betrachtungsweise können die Konzepte jedoch noch an anderen Aspekten bewertet werden.

Klassenkonzepte haben den Anspruch, soziale Ungleichheit zu erklären bzw. die Struktur von sozialer Ungleichheit zu beschreiben. Dabei stellen sie die ökonomischen Ursachen, wie beispielsweise die Wirtschaftsordnung, die gesellschaftliche Organisation der Produktion, die Stellung zu den Produktionsmitteln, die Erwerbs- und Qualifikationsstruktur, in den Vordergrund und analysieren hauptsächlich deren Folgen auf den vertikal-hierarchischen Dimensionen sozialer Ungleichheit. Die Klassenlage ist sogleich objektive Grundlage ungleicher qualitativer Lebenschancen. Meistens gibt es auf Mikroebene auch eine theoretische Vorannahme, dass vorrangig die objektive Klassenlage das subjektive Denken und Handeln prägt. Die gemeinsame Lage lässt ein Bewusstsein über die Interessen entstehen. Klassen sind also potenziell kollektive AkteurInnen, weil hinter Klassenbildung eine Konflikttheoretische Annahme steht. Klassen sind kategoriale Einheiten, lassen sich voneinander abgrenzen und sind Produkt der antagonistischen Verhältnisse. Klasse beinhaltet somit einen Beziehungsaspekt, ist ein relationaler Begriff, der durch Ausbeutung gekennzeichnet ist und eine vertikale Ungleichheitsordnung von sozialen Gruppierungen bestimmt. Spätere Klassenkonzepte sind verstärkt durch die Berücksichtigung individueller Merkmale gekennzeichnet (z. B. des Berufs), ganz ähnlich wie bei Schichtansätzen.

Geschlecht) stattfindet, hat Reinhard Kreckel mit der Durchsetzung der „meritokratischen Triade“ beschrieben, bei der erworbene Merkmale wie Bildung, Beruf und Einkommen (sozialer Status) als Indikatoren Verwendung fanden (Kreckel 2004 [1992]).

Zu Beginn hatten Schichtkonzeptionen ihre theoretische Basis in den sozialen Beziehungen, Kontakten und Netzwerken. Sie wandelten sich jedoch und so bezogen sich spätere Schichtkonzepte immer öfter auf ökonomische bzw. berufsnahe Merkmale als wichtigste Dimensionen sozialer Ungleichheit. Schichtbegriffe beziehen sich auf individuelle Merkmale und Ausstattung von Menschen (z. B. Wissen, Einkommen, Prestige) als hauptsächlichen Ausdruck einer vertikalen Stellung im Ungleichheitsgefüge. Sie berücksichtigen also abgestufte Gradationskriterien mit dem Anspruch, existenzbegründend und dauerhaft für alle Lebensbereiche gültig zu sein und alle Gesellschaftsmitglieder einzubeziehen. Durch die Objektivierung des Schichtbegriffs gingen nach und nach sowohl die subjektiven, die sozialen aber auch die relationalen Erscheinungen verloren. Die Annahme von Statuskonsistenz wurde unhinterfragte Grundannahme. Sich kreuzende bzw. quer verlaufende Schichtungsprozesse bleiben so unberücksichtigt und werden ausgeblendet, obwohl Teilespekte in spezifischer Weise zusammenwirken, sich gegenseitig verstärken oder abschwächen können. All diese Annahmen beruhen jedoch auf keinen oder nur zweifelhaften theoretischen Vorannahmen. Schichtkonzepte sind daher eher beschreibend angelegt und betonen die Legitimität bzw. die Integrationsfunktion von sozialer Ungleichheit. Im Gegensatz zu Klassen sind Schichten nicht direkt abgrenzbar, sondern haben fließende Grenzen, unterscheiden sich graduell und in quantitativer Art. Meistens bestehen Schichten bloß aus individuellen AkteurInnen mit mehr oder weniger ähnlichen Lebensbedingungen, ohne handlungstheoretischer oder -logischer Implikation.

In den heutigen fortgeschrittenen Gesellschaften spielen die ökonomischen Verhältnisse bei der Entstehung von sozialer Ungleichheit nach wie vor eine entscheidende Rolle. Seit Mitte der 1980er Jahre wurde die einseitige Betrachtung ökonomischer Aspekte bei der Sozialstrukturanalyse aufgrund theoretischer, empirischer aber auch praktischer Gesichtspunkte zunehmend kritisiert. Dadurch wurden die wohlfahrtsstaatlichen und sozio-kulturellen Bestimmungsfaktoren von sozialer Ungleichheit über Gebühr vernachlässigt. Da die Ungleichheiten nicht mehr alleine über den Arbeitsmarkt vermittelt werden, können herkömmliche Klassen- und Schichtkonzepte die heutige sehr ausdifferenzierte Sozial- und Ungleichheitsstruktur nur noch bedingt abbilden, da sie nicht (mehr) den gesamten Erscheinungsbereich von sozialer Ungleichheit einschließen (Hradil 1987; Kreckel 1985).

Neben der ökonomischen Verteilung von Gütern und Ressourcen sind heutzutage sozialstaatliche Um- und politische Verteilungsprozesse ebenfalls zu berücksichtigen (z. B. bei der Bereitstellung und bei der Zugänglichkeit zu öffentlichen Gütern). Das spricht auch den Kritikpunkt an, dass herkömmliche Konzepte bloß die Situation der vormals definierten „Normalbevölkerung“ repräsentieren (d. h. die der erwerbstätigen Bevölkerung) und daher nicht mehr zeitgemäß sind. Ein großer Teil der Bevölkerung würde dann unberücksichtigt bleiben, obwohl gerade die soziale Situation von Kindern und Jugendlichen, erwerbslosen Personen (im Haushalt tätige, Arbeitslose, in Ausbildung befindliche Personen, Kranke) oder PensionistInnen von zunehmendem Interesse ist. Neben Fragen des Wohlstandes, der Qualifikation und dergleichen schließen sich weitere ungleichheitsrelevante Fragen an, wie jene nach der (sozialen) Eingebundenheit, Sicherheit, Freizeitstruktur, Wohnbedingungen, Teilhabemöglichkeiten, Umweltsituation etc. All diese Aspekte wirken heute beständig auf den Menschen ein und definieren seine Lebensbedingungen.

Der ausschließliche Fokus auf vertikal-hierarchische Ungleichheiten bedeutet außerdem keineswegs, dass die horizontalen Disparitäten obsolet geworden sind. Bei den Klassen- und Schichtkonzepten musste dieser Kritikpunkt eingestanden werden, da die horizontale Binnendifferenzierung von

Gruppierungen (z. B. der Mittelschicht) beträchtlich und durch außerordentliche interne Heterogenität gekennzeichnet ist. Teilweise wurde das Nebeneinander von Gruppierungen zwar in den neueren Klassen- und Schichtansätzen zu berücksichtigen versucht, ungleiche Lebensbereiche bzw. Statuslagen sind hingegen weiterhin relevant, beispielsweise zwischen den Geschlechtern, nach dem Alter, nach dem familiären oder kulturell-ethnischen Hintergrund, den regionalen Strukturen. Mehr noch: Statusinkonsistenzen nehmen aufgrund neu hinzukommender Dimensionen und komplexerer Kombinationen zu. Die heutige Sozialstruktur von Gesellschaften deutet vielmehr darauf hin, dass es eine ausgesprochene Vielfalt von Differenzierungslinien für soziale Ungleichheit gibt.

Die These lautet, dass in modernen Gesellschaften die materiellen Werte und Interessen aufgrund des allgemein gestiegenen Wohlstands in den Hintergrund getreten sind. Hingegen treten neue, nicht-materielle Formen von Ungleichheit in den Vordergrund (vgl. Beck und Inglehart). Es gibt keine einzelne, dominante oder grundlegende Ressource bzw. keine derartigen Mechanismen, die für die Ungleichheitsstruktur heutiger Gesellschaften charakteristisch sind (Haller 2008). Wenn ein dominantes und sichtbares Kriterium sozialer Ungleichheit fehlt, ist es schwerer geworden, Individuen in Großgruppen einzuführen (Bolte 1990: 40f.). Herkömmliche Klassen- und Schichtkonzepte sind zu statisch, weil die Sozialstruktur in Bewegung ist, damit in zunehmendem Maß unzureichend erfassbar bleibt und der Erklärungswert nicht ausreicht (Geißler 1994: 12ff.). Individualisierungsprozesse in, Diversifizierung und Pluralisierung von Gesellschaften betonen einerseits die Vielgestaltigkeit von Verteilungsprozessen und Kombinatorik von Lebensbedingungen sowie -chancen, und andererseits das Verschwimmen von Prozessen der Bewusstseinsbildung als Verhaltensgrundlage (z. B. hinsichtlich Sozialisationsstile, Sprachstile, Einstellungsunterschiede, Partizipationsformen, Wahlverhalten, Gesellschaftsbilder, Lebenspläne, Denkweisen, Lebensstile, soziale Bewegungen und Konfliktlinien). Pluralisierung meint, dass es trotz ähnlicher Lebensbedingungen zu einer Zunahme von Gruppierungen gekommen ist, die mit sehr unterschiedlichen Lebensstilen assoziiert, die oft mit typischen sozialen Bekenntnismilieus verbunden sind (Burzan 2011; Hradil 1992).

In der Literatur wurde all dies als „neue“ Ungleichheiten bezeichnet. Neu an ihnen ist, dass sie als gesellschaftliche und politische Probleme wirksam und bewusst geworden sind. Sie wurden zum öffentlichen Interesse, traten durch die Medien- und Kommunikationsgesellschaft ins Bewusstsein und wurden aufgrund der Konkurrenzdemokratien zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen und politischer Auseinandersetzungen. Diese neuen Formen von sozialer Ungleichheit gewinnen an Bedeutung, auch für konzeptionelle Überlegungen, weil sie nicht problemlos in vertikal-hierarchische Denkmodelle eingefügt werden können (Kreckel 1985).

Durch die Individualisierung, Liberalisierung und Demokratisierung ist die Verbindlichkeit der Normen geschrumpft, die Wahlmöglichkeiten und Handlungsfähigkeit bei der Lebensgestaltung sind hingegen gestiegen (d. h. relative Autonomie subjektiver Interpretation und Zielsetzung). Wesentlich komplexere und kompliziertere Sozialstrukturkonzepte sind gefordert (nicht einfache, eindimensionale, vertikale Gliederung). Es bedarf nicht nur der Abbildung einer Rangfolge in der Ungleichheitsstruktur, sondern auch der expliziten Erweiterung relevanter Dimensionen auf horizontaler Ebene. Gruppen können so besser ausdifferenziert werden. Bleiben diese unberücksichtigt, haben sie auch keine wirkliche Entsprechung in der Erfahrungswelt oder im Bewusstsein der Individuen. Stefan Hradil schlussfolgert, dass es einer Konzeption bedarf, die dieser

Problemlage Rechnung trägt. Mit den alten Kriterien kann die soziale Struktur von Ungleichheit kaum befriedigend beschrieben werden. „Dazu spielen außerökonomische Ursachen, außerberufliche Determinanten, ‚neue‘ Dimensionen, komplexe Soziallagen und nichtdeterminierte Milieu- und Lebensstilbindungen eine zu wichtige Rolle“ (Hradil 1992: 162).

3.3.5 Der Lebenslagenansatz

Im Anschluss an die geäußerte Kritik und oben zusammenfassende Diskussion wurden Lagekonzepte, Milieu- und Lebensstilkonzepte entwickelt. Der Lebenslagenansatz ist ein theoretisch fundiertes Konzept für die Analyse differenzierter Unterscheidung sozialer Lagen gesellschaftlicher Gruppierungen. Sie rücken gänzlich davon ab, die soziale Struktur von sozialer Ungleichheit bloß auf die vertikal-hierarchische Ungleichheitsachse zu reduzieren. Sie betonen das Nebeneinander von Vor- und Nachteilen und konzentrieren sich auf vorteilhafte bzw. nachteilige Lebensbedingungen. Außerdem verbinden sie Struktur und Individuum miteinander durch die konsequente Berücksichtigung von Makro-, Meso- und Mikroebenen. Der Lebenslagenansatz versucht, durch die stärkere Verschränkung theoretischer und empirischer Erwägungen die hauptsächlichen Mängel herkömmlicher Konzepte zu vermeiden.

Vielleicht der Hauptkritikpunkt der alten Modelle war, dass Klassen- und Schichtkonzepte überhaupt bzw. fast nur die erwerbstätige Bevölkerung über berufsnahe Merkmale in die Analyse einbeziehen. Charakteristischer Bestandteil fortgeschritten Gesellschaften ist hingegen Massenarbeitslosigkeit, Arbeits- und Erwerbslosigkeit (z. B. im Haushalt tätige Personen), Erwerbsunfähigkeit (z. B. krankheitsbedingt) oder nicht- bzw. nur zeitweise erwerbstätige Personen (z. B. PensionistInnen, StudentInnen). Deren Nicht-Berücksichtigung wäre ein fataler Fehler oder fahrlässiger Mangel, zumindest dann, wenn man an Sozialstrukturanalyse bzw. der Analyse sozialer Ungleichheit für die gesamte Bevölkerung interessiert ist. Überhaupt hat sich die gesamte ökonomische und Erwerbsstruktur ausdifferenziert. Beispielhaft dafür stehen ökonomische Wachstumsprobleme, zunehmende Segmentierung des Arbeitsmarktes, steigende bzw. anhaltende Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsbedingungen, Tertiarisierung.

Es ist aber noch zu weiteren historisch bedingten Differenzierungstendenzen gekommen, die die Berücksichtigung weiterer Dimensionen sozialer Ungleichheit notwendig macht. Aus diesem Blickwinkel scheint es erforderlich, im Zuge des gestiegenen Wohlstandes und Lebensstandards ganz andere Dimensionen, fernab von Erwerbstätigkeit, als zentrale Dimensionen sozialer Ungleichheit zu berücksichtigen (Offe 1969). Neben der ökonomischen hat eine sozialpolitische Entwicklung stattgefunden. Waren die 1970er Jahre noch durch einen wohlfahrtstaatlichen Ausbau gekennzeichnet, stellten sich teilweise Durchsetzungs- und Realisierungsschwierigkeiten von Reformen sowie sozialpolitischer Rückbau ein (Tálos 2005). Dennoch greift der Sozialstaat (weiterhin) durch seine Maßnahmen und Leistungen (z. B. über die sekundäre Einkommensverteilung) in die Lebensbedingungen und -chancen von Menschen ein (z. B. von Auszubildenden, Armen, Kranken), die dementsprechend berücksichtigt werden müssten, wie z. B. spezifische Versorgungsklassen (vgl. Lepsius 1990 [1979]). Aufgrund der spezifischen Kombinationen kommt es zur Entstehung neuer Problemlagen für spezifische Gruppierungen (Hradil 1987). Klassen- und Schichtkonzepte können diese Differenzierungen kaum mehr in den Griff bekommen bzw. repräsentieren die gegenwärtige

Lebenssituation der Menschen in hochentwickelten Gesellschaften nicht mehr adäquat. Zusätzlich weisen die sozio-kulturellen Tendenzen dahin, dass es zu einer grundlegenden Veränderung der Vorstellungen gekommen ist, abzulesen beispielsweise an den immateriellen Präferenzen und Zielen, die sich in unterschiedlichen Formen wie gestiegenem Freizeit- und Gesundheitsbedürfnis, gestiegenem Freiheits- aber auch (sozialem) Sicherheitsbedürfnis, erhöhtem (politischen) Gestaltungs- und Partizipationswunsch, erhöhtem Wunsch nach Wohlbefinden, Zufriedenheit und Glück (Lebensqualität) zeigen. Insgesamt deutet dieser Trend auf die zunehmende Wichtigkeit von sozio-kulturellen Faktoren hin, die vorteilhafte und unvorteilhafte Lebensbedingungen bestimmen (Hradil 1987; Inglehart 1989; Klages 1984).

Nicht zuletzt deshalb haben sich verschiedene Lagebegriffe bzw. -konzepte etabliert, die die komplexere Sozialsituation besser zu erfassen versuchen. Anzumerken ist, dass die Betrachtung von umfassenden Soziallagen keineswegs neu ist und schon bei Friedrich Engels (1972 [1845]) und Max Weber (1892) auftaucht²⁹. Neuere Konzeptualisierungen gehen jedoch hauptsächlich auf Otto Neurath (1925, 1931) und Gerhard Weisser (1957b, 1966) zurück, deren wichtigste (Weiter-)Entwicklung bis in die 1990 Jahre im nächsten Kapitel nachgezeichnet wird.

Für einen allgemeinen Überblick kann vorweggenommen werden, dass grundsätzlich die Begriffe „soziale Lage“ und „Lebenslage“ unterschieden werden: Als Ansatz der ‚sozialen Lage‘ „(...) bezeichnet man die Situation einer Bevölkerungsgruppe, deren Lebensbedingungen maßgeblich durch eine bestimmte soziale Position (Determinante) geprägt und ähnlich gestaltet werden“ (Hradil 2001: 43). Anders formuliert lautet die Annahme, dass eine bestimmte (bzw. mehrere) Determinante(n) sozialer Ungleichheit die Lebenssituation von Gruppierungen maßgeblich prägt. Ausdrückliches Ziel ist es beispielsweise, auch jene Gruppen zu berücksichtigen, die nicht (mehr) im Erwerbsprozess stehen. Konsequenterweise wird die soziale Lage bestimmter Statusgruppen, wie z. B. von Studierenden, Arbeitslosen, PensionistInnen oder bestimmten Erwerbstätigengruppen, beschrieben. Insgesamt kommt so ein Gesamtbild der Sozialstruktur zustande (siehe z. B. Bulmahn 1996: 25ff.; Habich/ Noll 2008). Lebenslagen hingegen beschreiben „(...) die Gesamtheit ungleicher Lebensbedingungen eines Menschen, die durch das Zusammenwirken von Vor- und Nachteilen in unterschiedlichen Dimensionen sozialer Ungleichheit zustande kommen“ (Hradil 2001: 44). Lebenslage ist die Summe aller unmittelbar erfahrbaren Lebensbedingungen eines Menschen oder von Gruppierungen. Je nachdem, welche Dimensionen in die Analyse einbezogen werden, können je nach Ausprägung unterschiedliche Typen von Lebenslagen unterschieden und Gruppen mit ähnlichen Konstellationen von Lebensbedingungen gefunden werden (Lebenslagetypen oder -profile). Darüber hinaus können sie nach sozialstatistischen Kategorien bzw. horizontalen Determinanten sozialer Ungleichheit beschrieben werden, beispielsweise nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Erwerbsstatus, Region, Ethnizität. Unterschiedliche Lebenslagen können empirisch nach ähnlichen Bestimmungsmerkmalen bzw. Lebensbedingungen beschrieben werden (vgl. Berger-Schmitt 1997; Schwenk 1999a, 1999b).

Ob soziale Lage oder Lebenslage, der Lebenslagenansatz bildet die Grundlage für eine differenziertere und feingliedrigere Analyse ungleicher Lebensbedingungen und -chancen. Bei den VertreterInnen besteht die Überzeugung, dass sich der Lebenslagenansatz besser für die Analyse der Struktur sozialer Ungleichheiten in modernen und fortgeschrittenen Gesellschaften eignet, vor allem

²⁹ Oder durchaus auch bei George Orwell: Der Weg nach Wigan Pier (1982).

wegen der Mischung aus ökonomischen, sozialstaatlichen und soziokulturellen Dimensionen sozialer Ungleichheit. Durch einen umfangreichen Katalog von Aspekten sozialer Ungleichheit können besser post-materielle, plurale und stark diversifizierte Gesellschaften untersucht werden. Weiters erweisen sie sich als flexibler, weil sie auf bestimmte Fragestellungen und spezielle Statusgruppen angewendet werden können, sowie als zeitlich varianter bzw. anpassungsfähiger, weil sie den gesellschaftlichen Wandel prinzipiell zu berücksichtigen vermögen. Damit kann ein realistischeres Bild der Gesellschaft nachgezeichnet werden, weil die gegenseitigen Abhängigkeiten der Dimensionen aufgezeigt und heterogene soziale Differenzierungen abgebildet werden.

Damit ist ein weiteres Charakteristikum angesprochen, nämlich, dass in Lagekonzepten (aber nicht notwendigerweise) von den objektiven Lebensbedingungen auf subjektive Lebensweisen geschlossen wird. Roland Habich und Heinz-Herbert Noll argumentieren beispielsweise, dass gerade objektive soziale Lagen als individueller Handlungskontext von Bedeutung sind, weil sie ungleiche Chancen der Lebensgestaltung bieten (Habich/ Noll 2001) und damit relevant für subjektives Denken und Handeln sind³⁰. Lebenslagenmodelle versuchen, durch die Berücksichtigung eines breiten Spektrums ungleicher Lebensbedingungen und -chancen zu realitätsnahen Ergebnissen zu kommen. Kritisiert hingegen wurde der beschreibende (und nicht erklärende) Faktor und die fehlende theoretische Fundierung von Konzepten der sozialen Lage. Zusätzlich wurden die mangelhafte Operationalisierung des Konzepts und die uneinheitliche statistisch-empirische Modellierung angekreidet (Clemens 1994; Schwenk 1999a). Für eine fundierte Einzelbewertung sollten jedoch die hauptsächlichen Entwicklungslinien des Konzepts nachgezeichnet werden.

3.3.6 Die Entwicklung des Lebenslagenansatzes

Das Konzept der Lebenslage wurde in mehreren Etappen erarbeitet, konkretisiert und erweitert. Bei der nachfolgenden Darstellung wird der Fokus hauptsächlich auf jenen Autoren bzw. Autorinnen liegen, die konzeptionell zur wissenschaftlichen Diskussion (bis in die 1990er Jahre) beigetragen haben bzw. auf jenen Beiträgen, bei denen hinsichtlich Operationalisierung und methodischer Umsetzung Nennenswertes erfolgt ist.

3.3.6.1 Die Grundlegung bei Otto Neurath

Das Lebenslagenkonzept hat seinen Ausgangspunkt bei Otto Neurath. Schon in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat er die Basis für das Konzept gelegt (1925, 1931, 1937). Zuerst war es, anders als heute, im Zusammenhang mit Grundlagen für die Planungspolitik als „Sozialisierung der Wirtschaft“ konzipiert worden (Neurath 1925: 42). Ein wichtiger und prinzipieller Charakter seines Lebenslagenentwurfs muss zu Beginn gleich hervorgehoben werden: Otto Neurath denkt das Konzept nie individualistisch. Lebenslagen werden immer als gesellschaftliches, vor allem gesellschaftspolitisches Handeln, das auf die unterschiedlichen Lebenslagen von allen Menschen bzw. der gesamten Bevölkerung gerichtet ist, betrachtet.

³⁰ Empirisch müssen beide Komponenten getrennt ermittelt und eigenständig analysiert werden, beispielsweise wie bestimmte vor- bzw. nachteilige Lebenslagen mit subjektiven Akzeptanzurteilen zusammenhängen. Für die Erforschung der subjektiven Denk- und Verhaltensmuster bieten sich außerdem Milieu- und Lebensstilkonzepte an. Auf letztere wird bei der Diskussion um das Akzeptanzsubjekt zurückzukommen sein.

Im Zentrum seiner Ausgangsbetrachtung steht die „Lebensordnung“ (alternativ: Wirtschaftsordnung), die im Sinne der jeweils gegebenen historischen Verhältnisse zu verstehen ist. Die Ordnung verleiht den Lebensbedingungen von Menschen eine Struktur. Die Lebenslagen werden darin, quasi als „Lebensboden“ gesellschaftlicher Bedingtheit, konzeptionell angelegt. Lebenslagen werden daher von der ihnen unterliegenden Gesellschaftsordnung bedingt. Der Mensch ist jedoch subjektiver Bezugspunkt und „(...) die Lebenslage bestimmt sich demnach als die reale Situation von Menschen unter makro- und mikrotheoretischer Betrachtung“ (Amann 1983: 132), wobei es sich dabei nicht nur um ökonomische Bedingungen (z. B. Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Umverteilung der Einkommen und Allokation von ökonomischen Mitteln), sondern auch um die institutionellen Bedingungen handelt. Letztere sind „*Allokations-, Steuerungs- und Kontrollagenten der Gesellschaft und des Staates einerseits, und der einzelnen Person andererseits*“ (Amann 1983: 136), also vermittelnde und formierende Elemente der individuellen Lebenssituation.

Die Lebenslage definiert Otto Neurath als „(...) der Inbegriff all der Umstände, die verhältnismäßig unmittelbar die Verhaltensweise eines Menschen, seinen Schmerz, seine Freude bedingen. Wohnung, Nahrung, Kleidung, Gesundheitspflege, Bücher, Theater, freundliche menschliche Umgebung, all das gehört zu Lebenslage, auch die Menge der Malariakeime, die bedrohlich wirken“ (Neurath 1931: 125, zit. nach Andretta 1991: 43). Denn: „Die gesamte ‚Lebensstimmung‘ einer Person hängt von der Gesamtheit der Lebenslagenteile ab, von der Morbidität ebenso wie von der Wohnung“ (Neurath 1937: 150). Es sind sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Umstände, die wichtige Bestimmungsgründe für die Lebenslage sind. Es geht Otto Neurath um umfangreiche quantitative und qualitative Merkmale, einen Katalog an Ausstattungsmerkmalen von Lebensgütern und Lebenschancen, aber genauso um Lebensbarrieren, die für die Lebenslage verantwortlich zeichnen. Der Lebenslagenbegriff beinhaltet daher sowohl förderliche (positive) als auch hinderliche (negative) Bedingungen. Zusätzlich sind diese faktischen Umstände zentral für das Handeln und für die Emotionen eines jeden Menschen (z. B. Schmerz und Freude).

Otto Neurath konzipiert die Lebenslage viel- bzw. mehrdimensional aufgrund ihrer vielfältigen Bestimmungsgründe, die in ihrer Gesamtheit zu verstehen sind. Nur diese umfassend bestimmten und gemeinsam „wirkenden“ Gründe ermöglichen es, die Gesamtheit der Lebenslage zu erfassen und eine Bewertung dieser vorzunehmen (z. B. nach kompensierenden und verstärkenden Strukturen) und erhalten subjektive Wichtigkeit. Otto Neurath ist an einer qualitativen bzw. subjektiven Kategorie interessiert, die sich in Form von individuellem Handeln und Verhalten wie auch in ihren emotionalen Wirkungen manifestiert. Dabei wird der doppelte Charakter in Form der „Verfügbarkeit“ und der „Verwendung“ von Bestimmungsgründen in der Lebenslage deutlich. Otto Neurath gelingt es somit, die Lebenslage mit den gesellschaftlichen Voraussetzungen zu koppeln. Das Subjekt ist damit nicht individuell-atomistisch gefasst, sondern die „Lebensordnung“ ist die auslösende Bedingung für die eigene Lebenslage.

Die genannten theoretischen und methodologischen Annahmen lassen jedoch konzeptionelle Schwierigkeiten auftreten. Durch die vielfältig bedingten „Lebensstimmungen“ entsteht die Problematik, dass diese schlecht untereinander vergleichbar sind, weder von Person zu Person, noch von Gruppierung zu Gruppierung. Außerdem wird es auf gesellschaftlicher Ebene schwierig, die notwendigen Maßnahmen abzuleiten, weil auch vergleichbare bzw. gleiche Lebenslagen unterschiedliche Lebensstimmungen entstehen lassen können. Nach Otto Neuraths Auffassung lassen sich zwar „Lebensstimmungen“ von Individuen oder Gruppierungen bloß indirekt erschließen,

trotzdem lässt es das Individuum ziellos erscheinen und so wurden die individuellen Handlungsziele und -interessen in der späteren Diskussion verstärkt aufgegriffen. Jedenfalls entstehen nach Otto Neuraths Auffassung sogenannte „Lebensstimmungsreliefs“, wenn man die Stimmungen in aggregierter Form vergleicht. Werden außerdem Lebenslagen nach definierten Dimensionen erfasst, entstehen sogenannte „Lebenslagenkataster“.

Otto Neuraths Ziel ist es, Wissenschaft und Politik dadurch zu verbinden, dass er die Lebenslage vor allem zur „*Verbesserung der Gesamtheit aller Lebenslagen einer Gesellschaft*“ (Andretta 1991: 47; Neurath 1925: 46) konzipiert. Das vorhandene empirische Material muss eine Lebenslagenanalyse auf verschiedenen Aggregatebenen erlauben und interregionale und gruppenspezifische Vergleiche zulassen. In diesem Zusammenhang fordert Otto Neurath die Schaffung einer adäquaten Datengrundlage für die Planungspolitik. Umfangreiche Datenbestände sind dazu notwendig, um Stimmungsreliefs und Lebenslagenkataster durch differenzierte und kontinuierliche Datenerhebung zu erstellen.

3.3.6.2 Die Weiterentwicklung bei Gerhard Weisser

Gerhard Weisser hat sich eingehend mit dem Lebenslagenkonzept von Otto Neurath beschäftigt. Auch er ist an der Gestaltung der Gesellschaft interessiert (vgl. Andretta 1991; Nahnsen 1992), wendet sich jedoch von Otto Neuraths Ideen der zentralistischen Wirtschaftslenkung und -planung ab. Sein Ansatz ist vielmehr der der reformierenden Sozialpolitik, deren Aufgabe es ist, „(...) *Lebenslagen von sozial Schwachen und Gefährdeten zu verbessern* [...] *deren Lebenslage von der in der Öffentlichkeit vorherrschenden Meinung als nicht zumutbar angesehen wird*“ (Weisser 1957a: 3), was überhaupt Gerhard Weissers Zieldefinition von Sozialpolitik nachkommt.³¹

Der Ausgangspunkt bildet bei Gerhard Weisser – im krassen Gegensatz zum Ausgangspunkt bei Otto Neurath – das Individuum. Das Ziel seiner sozialpolitischen Vorstellung ist die Verbesserung von prekären Lebenslagen durch einen Mix an sozialpolitischen Maßnahmen. Der Ansatz Gerhard Weissers gründet auf der Überzeugung, dass für die Politik wissenschaftliche Beratung erfolgen müsse. Die Sozialpolitik als Verteilungspolitik ist nach dieser Auffassung für eine differenzierte Erfassung der individuellen und gruppenbezogenen Lebenslagen verantwortlich, und zwar primär für die Allokation von gesellschaftlichen Ressourcen über sozialpolitische Maßnahmen. Seine verteilungspolitischen Grundsätze präferieren daher die wünschenswerte Gestaltung von Lebenslagen. Jedoch betont er: „*Die Verteilungspolitik darf sich (...) nicht nur auf die Bewertung und gegebenenfalls Regelung der Einkommens- und Vermögensverteilung beschränken*“. Eine solche Politik hat sich vielmehr „(...) um die Verteilung von Lebenslagen schlechthin zu bemühen“ (Weisser 1978: 361).

Was ist nun unter Lebenslagen zu verstehen? Im Laufe der Zeit hat Gerhard Weisser mehrere Definitionen vorgelegt. Auffällig ist, dass der Begriff der „Grundanliegen“ bzw. der von „wichtigen Interessen“ in jedem Definitionsversuch zentraler Bestandteil ist. Gerhard Weisser definiert die Lebenslage beispielsweise als den „*Spielraum, den die äußeren Umstände dem Menschen für die Erfüllung der Grundanliegen bieten, die ihn bei der Gestaltung seines Lebens leiten oder bei möglichst freier und tiefer Selbstbesinnung zu konsequentem Handeln hinreichender Willensstärke leiten*“

³¹ Dabei kann es sich um ein Unterschreiten eines normativ festgelegten Mindestniveaus handeln, wie beispielsweise der Armutsgrenze, Sozialhilfe (z. B. Lepsius 2008). Mehr zur Thematik sozial Schwacher und Gefährdeter im Unterkapitel über Gerhard Naegele.

würden“ (Weisser 1978: 275). Die Lebenslage ist nach dieser Definition als eine Handlungsressource zur Erfüllung der menschlichen „Grundanliegen“ gedacht, und zwar als „unmittelbare Interessen“ des Menschen, die als ein leitendes Kriterium für die Lebensgestaltung fungieren. Die „Grundanliegen“ sind nicht bloß als Grundbedürfnisse zu verstehen, sondern als „unmittelbare Interessen“ zur Verwirklichung des „Lebensleitbildes“ (vgl. Andretta 1991: 51). Die individuellen Interessen von Menschen sind viel mehr als bloß die Erlangung materieller Ressourcen, wie beispielsweise Geld oder Vermögen. Gerhard Weisser erklärt dies kritisch: „Überall, wo Forschung sich nur für Einkommen, im besonderen Lohn und Vermögen interessiert, zeigt sich bald ein Mangel an Fruchtbarkeit ihrer Ergebnisse“ (Weisser 1957a: 6, zit. nach Amann 1983: 140f.). Die Lebenslage erhält mit den Begriffen Grundanliegen bzw. Interessen – und zwar aufgrund der sozialphilosophischen und anthropologischen Orientierung von Gerhard Weisser (1966) – eine klare handlungstheoretische Ausrichtung. Der subjektive „Wert der Lebenslage“ bemisst sich nach dem Ausmaß, wie die Grundanliegen erfüllt werden können. Dieser individuelle Spielraum bestimmt nicht nur die objektive Lebenslage, sondern fungiert gleichzeitig als die äußere Begrenzung der Handlungsoptionen.

Gerhard Weisser ist jedoch nicht weiter an der Nutzung, sondern bloß am objektiv vorhandenen Spielraum interessiert. Dieser entsteht durch interindividuelle Interaktion, was wiederum die Lebenslage als einen sozialen Prozess mit Interdependenz erscheinen lässt. Sich ändernde gesellschaftspolitische Einflussnahmen wirken sich demnach auf die gesellschaftlichen Positionen und damit auch auf die Lebenslagen der Individuen aus. Nach Gerhard Weissers Auffassung ist Ordnung nichts anderes als ein Geflecht aus Lebenslagen, in der jede und jeder individuelle Grundanliegen befriedigen oder nicht befriedigen kann. Ist dies nur eingeschränkt möglich, dann liegt soziale Schwäche, ist die Bedürfnisbefriedigung unmöglich, liegt soziale Gefährdung vor.

Gerhard Weissers Leistung ist jedoch auch in der Auflistung empirischer Interessenformierung zu sehen. Die individuelle Handlungsperspektive ist an der Partizipation des Menschen am „Wirtschaften“ ausgerichtet: einerseits bezieht sie sich auf „Ergebnisse“ des Wirtschaftens für die individuelle Bedarfsdeckung, wie beispielsweise das Interesse an Ausstattung, Einkommen und Vermögen, Vorsorge. Andererseits ist sie auf den Vollzug des Wirtschaftens gerichtet, wie beispielsweise das Interesse an der Freiheit der Berufswahl, Teilnahme am Wirtschaftsleben, Arbeitsfreude, Freizügigkeit, berufsbedingtes gesellschaftliches Ansehen (vgl. Weisser 1966: 21, zit. nach Amann 1983: 145f.).

Kritisch reflektiert wurde das Konzept, da schon mit dem Begriff der „Grundanliegen“ beträchtliche Schwierigkeiten verbunden sind: Einmal fasst Gerhard Weisser die Grundanliegen als Interessensleitbilder zur Lebensgestaltung auf, und gleichzeitig handelt es sich dabei auch um Interessen, die die Leitbilder bestimmen (vgl. Weisser 1957b: 6f., zit. nach Amann 1983). Zweitens werden unter Grundanliegen tatsächlich vorgefundene Interessen verstanden. Aber Gerhard Weisser subsumiert darunter ebenfalls fiktive Interessenprofile, also jene Interessen, die bei „unbehinderter“ Selbstbesinnung existieren würden (vgl. obige Definition der Lebenslage). Die zuerst subjektivistisch gefassten Grundanliegen könnten damit prinzipiell ebenfalls fremdbestimmte Interessen sein. Konzeptionelle Probleme kommen bei Gerhard Weisser auch dadurch zustande, dass er nicht an der tatsächlichen Verwertung von Handlungsoptionen interessiert ist, sondern bloß an der Erfassung der objektiven und damit vorhandenen Möglichkeiten. Einflüsse auf die Individuen in Form der „Internalisierung gesellschaftlicher Normen“ (Andretta 1991: 50) bleiben bei Gerhard Weisser unberücksichtigt. Gerhard Weisser geht an dieser Stelle vielmehr – überwiegend implizit als explizit –

von der prinzipiellen Unabhängigkeit des Individuums von gesellschaftlich-normativen Kräften aus. Die Annahme, dass Interessen unabhängig generiert werden und stets im Bewusstsein vorliegen, stellt wohl die größte konzeptionelle Problematik dar. Eine weitere zentrale Schwäche seines Konzepts der Lebenslage ist jedoch eine praktische, nämlich die Grenzen der empirischen Umsetzung. Die seiner Konzeption innewohnenden methodologischen und operationalen Mängel aufzuheben, war ein Ansinnen von Ingeborg Nahnsen.

3.3.6.3 *Die Operationalisierung bei Ingeborg Nahnsen*

Ingeborg Nahnsens Beitrag zum Konzept der Lebenslagen ist zumindest in zweierlei Hinsicht fruchtbar für die wissenschaftliche Diskussion geworden: Einerseits hat sie das Konzept dahingehend weiterentwickelt, dass sie die theoretische Spezifizierung weitergetrieben hat. Andererseits war sie auch an der praktischen Umsetzung interessiert und hat viel zur Operationalisierung des theoretischen Konzepts beigetragen. Ingeborg Nahnsen vertritt eine Auffassung, die gut am folgenden Zitat abzulesen ist: „*In der Tat bin ich der Ansicht, daß es bei Aufrechterhaltung seiner [Anm.: Weissers] Implikationen möglich ist, das Konzept von den genannten Schwächen zu befreien*“ (Nahnsen 1992: 104). Sie ist aber der Meinung, dass man Gerhard Weissers sozialwissenschaftliche und gesellschaftspolitische Implikationen beibehalten muss. Sie bietet eine konzeptionelle Überarbeitung an, indem sie Bedingungen dafür benennt und den Lebenslagenansatz entlang von sechs Postulaten diskutiert: Das Betroffenheits-, Vollständigkeits-, Sozialitäts-, Bewertbarkeits-, Vergleichbarkeits- sowie Operationalitätspostulat.

Gerhard Weisser geht es um die durch Sozialpolitik verbesserte Erfüllung der Grundanliegen bzw. Interessen, wobei die Gesellschaftsmitglieder in jeder Ordnung eine gewisse Chance auf Selbstbestimmung haben³². Ingeborg Nahnsen meint jedoch, dass es eine mögliche Diskrepanz zwischen den „*tatsächlich geäußerten Interessen und möglichen echten Grundanliegen*“ bei den Menschen gibt (Betroffenheitspostulat). „*Es sind Umstände denkbar, die nicht nur die Erfüllung von Grundanliegen verhindern, sondern auch ihre Aktualisierung, ihre Entfaltung im Bewusstsein beeinträchtigen oder gar unmöglich machen*“ (Nahnsen 1992: 105f.). Ihr Vorschlag einer erweiterten Definition der Lebenslage berücksichtigt nicht nur den Spielraum, sondern den sozialstrukturell bedingten Spielraum für die Entfaltung von Grundanliegen: Lebenslage ist der „*Spielraum, den die gesellschaftlichen Umstände dem einzelnen zur Entfaltung und Befriedigung seiner wichtigen Bedürfnisse bieten*“ (Nahnsen 1975: 148).³³ Erst wenn die Grundanliegen mit den äußeren Bedingungen und Umständen konfrontiert werden, ergibt sich laut Ingeborg Nahnsen die tatsächliche Lebenslage. Gleichzeitig lieferte Gerhard Weisser mit seinen Arbeiten eine Systematik wichtiger Interessen und differenzierte dabei zwischen materiellen und immateriellen Interessen³⁴. Aus der Gesamtheit aller Interessen ergibt sich die Lebenslage, dann aber als Einheit (Vollständigkeitspostulat). Die Interessen sind also ein „*Ensemble, aus dem nicht Einzelnes*

³² Daher spricht Gerhard Weisser auch oft von der Lebenslage als Lebensgesamtchance.

³³ Laut Ingeborg Nahnsen liegt hierin auch die Schwierigkeit der Operationalisierung von Gerhard Weissers Ansatz begründet: Erstens müssen die hauptsächlichen Grundanliegen des Menschen bekannt sein, die jedoch nur schwer zu erfassen sind, da sie dem sozialhistorischen Wandel unterliegen und außerdem sozialstrukturell mitbestimmt sind. Zweitens hält das Konzept von Gerhard Weisser einer empirischen Prüfung auch deshalb nicht stand, weil es schwierig ist, die menschlichen Interessen „*bei möglichst unbehinderter und gründlicher Selbstbesinnung*“ (Ebd.) zu erheben.

³⁴ Anm.: Wobei die Interessen eine inhaltliche Nähe zu einer hierarchischen Vorstellung von Bedürfnissen haben (Maslow 1943, 1970).

herausgebrochen werden kann, ohne die Lebenslage im Ganzen zu verändern“ (Nahnsen 1992: 108). Laut Ingeborg Nahnsen ist es zudem problematisch, Interessen als ahistorisch zu betrachten, weil die „*Struktur der wichtigen Interessen sozialhistorisch nicht invariant ist*“ (Nahnsen 1992: 107).

Gerhard Weisser ging weiters davon aus, dass die „äußereren Umstände“ die Bestimmungsgründe des Spielraums sind, die die Lebenslage definieren. Ingeborg Nahnsen kritisiert diesen reinen Top-down-Ansatz als nicht haltbare Annahme, denn „*wesentliche Aspekte unseres ‚Inneren‘ sind Ergebnisse unseres Sozialisationsprozesses und keineswegs höchst individuelle, personale Verhaltensmuster*“ (Nahnsen 1992: 109). Daher komme es durch die makrosozialen Gegebenheiten zu einem Austausch mit dem Individuum und die Interessen werden erst darüber bestimmt. Die gesellschaftlichen Makrostrukturen wären vielmehr als eine „*Prägungsinstanz*“ von Interessen aufzufassen, beispielsweise durch Sozialisation vermittelte Präferenzen, Werte und Normen (Sozialitätspostulat). Die gesellschaftlich-äußereren Umstände beinhalten somit sowohl Elemente der Sozialstruktur als auch alle menschlichen Verhaltensmuster, „*die als internalisierte Sozialnormen anzusehen sind*“. Ingeborg Nahnsen schlägt wieder eine Erweiterung der Definition vor, die auch den sozialen Wandel zulässt, nämlich dass die „*gesellschaftlichen Umstände solche sind, die der einzelne auf sich allein gestellt nicht ändern kann*“ (Nahnsen 1992: 109f.).

Gerhard Weisser verwendet den Spielraumbegriff als eine objektiv gegebene „Möglichkeit“. Für die Lebenslage ist nicht entscheidend, ob die Individuen die Chance, die der Spielraum bietet, auch ergreifen (können). Aufgrund sozialpolitischer Überlegungen stimmt Ingeborg Nahnsen diesem Bewertbarkeits- und Vergleichbarkeitspostulat von Gerhard Weisser zu.³⁵ Aus Ingeborg Nahnsens Sicht kommt die Berücksichtigung des Denkens und Handelns bei der Lebenslagenbeurteilung einer Überbewertung der Präferenz- und Wertestruktur gleich. Außerdem scheint es ihr zur Verbesserung der Lebenslage von sozial Schwachen und Gefährdeten operational schwierig, den Wert der Lebenslage aufgrund des Grades der Interessenerfüllung zu bemessen. Ingeborg Nahnsen liest ihn daher als Grenzwert bzw. Grenzsituation, bei dem/der sozialpolitisches Handeln erforderlich wird, und schlägt im Gegenzug den Begriff des „*Grenzniveaus der Lebenslage*“ vor. Insofern ist der „*Spielraum auch für die Chance maßgeblich (...), erfolgreich die Perspektiven der Lebensgestaltung ändern zu können*“ (Nahnsen 1992: 114). Das „*Grenzniveau der Lebenslage*“ ist dann erreicht, wenn beim Versuch der Lebenslagenänderung durch den Einsatz materieller und immaterieller Ressourcen (z. B. Geld, Qualifikation, Haltungen) ein „*überdurchschnittliches Verschlechterungsrisiko*“ für die Ausgangslebenslage verbunden wäre.

Hinsichtlich des Operationalitätspostulats meint Ingeborg Nahnsen, dass „*zur empirischen und praktischen Einlösung des Weisser'schen Konzepts (...) irgendeine konkrete Kenntnis der einzelnen Individuen nicht erforderlich ist*“ (Nahnsen 1992: 116). Gerhard Weisser sei nicht interessiert an Einzelschicksalen, wohl aber weiß er, dass nur Individuen Träger von Interessen und Grundanliegen sein können. Deshalb weist er auch darauf hin, dass Schichten und Klassen gleichförmige Lebenslagen größerer Mengen von Individuen sind. Was sind aber die Bedingungen, in denen sich individuelle Interessen entfalten, ins Bewusstsein treten und erfüllt werden können? Ingeborg Nahnsen Antwort lautet, dass die Struktur der Bedingungen die Erfüllung von Interessen ermöglichen muss. Ihre diesbezügliche Hypothese lautet, dass „*die Entfaltung und Erfüllung wichtiger Interessen*

³⁵ Anderen AutorInnen ist diese konzeptionelle Unterscheidung jedoch wichtig, da es einen Unterschied macht, ob die Betroffenen den Spielraum der Lebenslage nützen oder nicht nützen können (vgl. Amann).

(Grundanliegen) umso wahrscheinlicher ist, je mehr reale Alternativen der Lebensgestaltung dem Einzelnen bekannt und zugänglich sind“ (Nahnsen 1992: 117). Das wiederum hängt laut Ingeborg Nahnsen von der materiellen Versorgung mit Gütern, sozialen Kontakten und Kooperationen, formeller und informeller (Aus-)Bildung und Denk- bzw. Entscheidungsmöglichkeiten, Regenerationsmöglichkeiten (Muße) ab bzw. von dem eigenem Ausmaß, selbst Einfluss auf relevante gesellschaftliche Prozesse auszuüben. Ingeborg Nahnsen nennt diese „*Einzelspielräume*“, welche heuristisch generiert sind und für analytische Zwecke dienen. Diese sollten zur Entschärfung der Operationalisierbarkeitsproblematik beitragen.

Die „*Einzelspielräume*“ (Nahnsen 1992: 118f.) definieren die Bedingungen, je nach Ausmaß

- der materiellen Versorgung, der Verfügbarkeit materieller Güter in ihrer Gesamtheit bzw. auf die Lebenszeit bezogen (*Versorgungs- und Einkommensspielraum*),
- an (dauerhaften) sozialen Kontakten und Kooperationen mit anderen (*Kontakt- und Kooperationsspielraum*)
- der Entwicklung intrapersonaler Denk- und Entscheidungsmöglichkeiten (*Lern- und Erfahrungsspielraum*),
- an nutzbaren Regenerationsmöglichkeiten und Muße als Basis der Interessengenerierung (*Regenerations- und Mußspielraum*) sowie
- des eigenen Einflusses auf relevante gesellschaftliche Prozesse (*Dispositionsspielraum*).

Ingeborg Nahnsens Lebenslagenentwurf geht aufgrund folgender Vorteile weiter als jene zuvor: Einerseits ermöglicht sie den Spielräumen einen „Spielraum“, weil sie nach ihrer Größe variieren können. Andererseits konzeptualisiert sie die Spielräume in der Art, dass sie ihnen eine Struktur verleiht: eine gesellschaftlich bedingte Strukturierung der lebenslagenbestimmenden Spielräume. Das entspricht einer wechselseitigen Interdependenz zwischen gesellschaftlicher Struktur und individuellen Handlungsfähigkeiten. Sie beinhalten verbindende Elemente von einer struktur- und handlungstheoretischen Ausrichtung, die die individuelle Ausschöpfung des Spielraums und gleichzeitig die Wichtigkeit der prinzipiellen Zweigerichtetheit der Interessenserfüllung betont, da Interessen erfüllt werden aber auch unerfüllt bleiben können. Es veranlasst, „*der Frage nach den Bedingungen nachzugehen, unter denen sich nach begründeten Hypothesen wichtige Interessen sowohl entfalten als auch realisieren lassen*“ (Nahnsen 1980: 9, zit. nach Andretta 1991: 91).

Darüber hinaus bietet diese Konzeption auch die Möglichkeit einer empirischen Umsetzung. Durch die Dimensionierung der Lebenslage wird die Basis für ihre Bewertung gelegt. Die Struktur der Spielräume ermöglicht darüber hinaus die Vergleichbarkeit von verschiedenen Lebenslagen. Für die Operationalisierung bzw. Operationalisierbarkeit entwickelt Ingeborg Nahnsen eine empirische Dimensionierung von „(Einzel-)Spielräumen“, einen Katalog an Bedingungen, die auf die Entfaltung bzw. Realisierung von Interessen Einfluss nehmen. Wichtig für die Gesamtlebenslage ist jedoch die Kombination aller Einzelspielräume. Damit wird der Interdependenzaspekt zwischen und innerhalb der Bedingungskomplexe betont. Zuerst theoretisch begründet und dann analytisch in Einzelaspekte bzw. -spielräume zerlegt, macht das den Weg für die empirische Umsetzung des Lagenkonzepts frei. Damit sind Ingeborg Nahnsens Überlegungen nicht bloß als ein konzeptioneller, sondern vorwiegend anwendungs- und umsetzungsorientierter Beitrag zu werten.

3.3.6.4 Die Uminterpretation bei Gerhard Naegele

Ähnlich wie Gerhard Weisser vertritt Gerhard Naegele einen sozialpolitikwissenschaftlichen Ansatz sozialer Ungleichheit mit speziellem Fokus auf die soziale Gerontologie. Er argumentiert kritisch, dass es wegen des wirtschaftspolitischen Primats und wegen der Fokussierung auf das Erwerbsleben zu einer sträflichen Vernachlässigung jener Gruppierungen gekommen ist, die außerhalb der Erwerbsphäre anzutreffen sind, wie etwa jene der älteren Menschen. Diese Schwerpunktsetzung habe auch ihren praktischen Niederschlag im sozialen Sicherungssystem gehabt, das lange Zeit durch die Abdeckung von „Normalrisiken“ gekennzeichnet war. Nicht zuletzt hatte es auch Folgen für die Sozialwissenschaften, da es zu einer verzögerten Erkennung von Gruppierungen gekommen ist, ihrer sozialen Probleme und Lebenssituationen (Naegele 1978).

Gerhard Naegeles Ausgangspunkt ist wie bei Gerhard Weisser der Begriff der Lebenslage bzw. das Kriterium der sozialen Gefährdung. Nach dieser Auffassung stellt der sozial schwache Bevölkerungsteil die allgemeine Zielgruppe von Sozialpolitik dar und ermöglicht, die Gefährdungspotenziale von Gruppen zu erkennen (im Besonderen die der Sozialgerontologie, vgl. Blume 1968). Gerhard Naegele stimmt zunächst mit der Auffassung überein, dass die Lebenslage materielle und immaterielle Interessen und die Lebensverhältnisse des Menschen in ihrer Gesamtheit erfasst. Er stimmt jedoch auch der Kritik zu, nachdem Gerhard Weisser eine zu subjektivistische Auffassung von Grundanliegen und Interessen vertreten habe, vor allem, weil kein diesbezüglicher Katalog existiere. Die Bedürfnisse wären subjektiv auch schwierig zu artikulieren, beispielsweise weil sie auf einer fehlerhaften Wahrnehmung beruhen bzw. normativ vorstrukturiert sind, daher nur undeutlich bewusst und auch objektiv schlecht fassbar seien. Gerhard Naegele beschreitet daher einen anderen Weg und fasst „wichtige Anliegen“ als die typischen Reaktionen von (älteren) Menschen auf typische Probleme, die die Lebenslage beeinträchtigen und Schwierigkeiten der Lebensgestaltung bedingen, auf. Er deutet die individuellen Interessen als Reaktionsweisen aufgrund der objektiv gegebenen Bedingungen der Lebensverhältnisse von Personengruppen um: „*Verstehen wir die Anliegen und Interessen älterer Menschen als Reaktionen auf objektive Bedingungen der Lebensverhältnisse von Personengruppen, so wird hiermit ein deutlicher Gegensatz zur Grundanliegen-Bestimmung bei Gerhard Weisser offenkundig*“ (Naegele 1978: 26).

Die damit verbundene bzw. sich aufdrängende Frage lautet, wodurch die objektiven Bedingungen für die Lebensverhältnisse vermittelt werden. Die Antwort ist nicht wie bei Gerhard Weisser in einer individuell-subjektiven Problembestimmung (Anm.: „*bei unbehinderter und gründlicher Selbstbestimmung*“) zu sehen, da Gerhard Naegele mit einem materialistischen Ansatz antwortet: die faktischen Lebensumstände sind durch objektive Schwierigkeiten und Konfliktsituationen gekennzeichnet, beispielsweise ist jene älterer Menschen durch altersspezifische Einschränkungen physiologischer Art, Funktionsverlust, Abhängigkeit von Dritten, reduzierte Einkünfte etc. charakterisierbar. In der selbstreflexiven Auseinandersetzung damit führen die objektiven Schwierigkeiten in der Folge dazu, dass Menschen das Bedürfnis nach Verbesserung verspüren und eine Artikulation hervorrufen, z. B. in Form einer Kritik der Situation (Anm.: Delegitimation bzw. Nicht-Akzeptanz). Aus dieser Sicht sind individuelle Anliegen und Interessen ein Feedback auf die objektiv von außen gegebenen Bedingungen.

Diese materialistisch-objektivistische Auffassung – Gerhard Naegele spricht von „*objektiv gegebenen Grundanliegen*“ – hilft bei der (sozialpolitikwissenschaftlichen) Analyse von Lebenslagen. Folgt man Gerhard Weissers Auffassung, so hilft die vorherrschende Meinung bzw. gesellschaftliche

Öffentlichkeit³⁶ bei der Definition gefährdeter oder sozial schwacher Personengruppen (d. h. als AdressatInnen für sozialpolitisches Handeln): Gefährdet sind jene Gesellschaftsmitglieder, „(...) *deren Lebenslage durch bereits eingetretene oder voraussehbare Ereignisse bedroht ist, unter das nach vorherrschender Meinung noch zumutbare Niveau abzusinken*“ und sozial Schwache sind jene, „*deren Lebenslage von der in der Öffentlichkeit vorherrschenden Meinung als nicht mehr zumutbar angesehen wird*“ (Weisser 1966: 8). Gerhard Naegele wendet gegen diese Sichtweise lediglich ein, dass es nicht ausreiche, soziale Gefährdung und Schwäche allein über die Öffentlichkeit zu bestimmen, da reale Probleme von spezifischen Zielgruppen nicht öffentlich diskutiert werden. Alle Menschen können Problemen und Risiken ausgesetzt sein, z. B. krank zu werden. Jedoch sind die Risiken nicht zufällig über alle Personengruppen verteilt, sondern sind im hohen Maße durch soziale Mechanismen und Strukturmerkmale bedingt oder können sich nach historischen Bedingungen und im Lebens(ver)lauf verändern. Aufgrund des sozio-ökonomischen Status verfügen benachteiligte Bevölkerungsgruppen beispielsweise über geringere Bewältigungs- und Verarbeitungspotenziale, die jedoch für die Lebens- und Teilhabechancen entscheidend sind (Bäcker et al. 2008: 45). „*Dabei wird (...) deutlich, daß das Problem der sozialen Schwäche und somit der Existenz von sozialer Ungleichheit (...) aus dem gesellschaftlichen Bedingungsgefüge sozialer Ungleichheiten während der gesamten Lebensphasen eines (...) Menschen erklärt werden kann*“ (Naegele 1978: 39). Die Aufgabenstellung lautet, Lebenslagenanalyse³⁷ zu betreiben bzw. die Selektivität sozialer Schwäche und sozialer Ungleichheit zu berücksichtigen. Die Auswahl der Merkmale sozialer Gefährdung und Schwäche müssen zudem einem (sozialpolitischen) Instrumentarium zugänglich sein, müssen Bedeutung bzw. Validität für die Lebenslage einer Zielgruppe besitzen. Da sich soziale Schwäche und Gefährdung gesellschaftlich selektiv konkretisieren und durch soziale Ungleichheit auszeichnen, erweist sich das Lebenslagenkonzept im besonderen Maß geeignet, sie zu beschreiben.

Das bedeutet zusammengefasst, dass die soziale Problematik einer Zielgruppe in ihren materiellen und immateriellen Ausprägungen auf objektive Bedingungen ihrer Lebenssituation zurückgeführt werden kann³⁸, die sozialen Probleme als sinnlich erfahrbare und theoretisch abgeleitete Erscheinungsformen gesellschaftlicher Ungleichheit begriffen werden können. Es bedeutet aber auch, dass die Bedingungen, die zur manifesten sozialen Ungleichheit geführt haben, berücksichtigt werden müssen und man nach den Bedingungsgefügen solcher Faktoren fragen muss (Anm.: auch die in früheren Lebensphasen von Menschen). Auf dieser Grundlage arbeitet Gerhard Naegele in einer späteren Publikation – wiederum bezogen auf Alter(n)sfragen – Fragestellungen für die Analyse und Ebenen sozialpolitikwissenschaftlicher Betrachtung zu Lebenslagen aus. Zur Analyse sozialer Risiken, Bedrohungen und Gefährdungen von Lebenslagen bzw. ihrer Verbesserung muss der Blick auf folgende Merkmale gerichtet und müssen vier Analyseebenen unterschieden werden (Naegele 1991: 163):

- Die Bestimmung sozialer Gefährdungen und Risiken, die im Alter bzw. durch Altern (häufiger) auftreten,

³⁶ Anm.: Ganz ähnlich geht Stefan Hradil vor.

³⁷ Auf Alters-Sozialpolitik gemünzt definiert Gerhard Naegele: „*Unter Alterssozialpolitik verstehen wir den Inbegriff derjenigen Maßnahmen, die bestimmt sind, an der Beseitigung und/oder Reduzierung von sozialer Ungleichheit im Alter, verstanden als selektives Umschlagen von strukturell gegebener sozialer Gefährdung in soziale Schwäche, zu arbeiten*“ (Naegele 1978: 45).

³⁸ Anm.: Die jedoch nicht wie bei Gerhard Weisser auf eine subjektivistische Sichtweise reduziert werden sollte.

- die Ermittlung von Personengruppen mit besonders von Risiken und Gefährdungen bedrohten oder betroffenen Lebenslagen,
- die Analyse der gesellschaftlich-strukturellen Ursachen solcher alterstypischen Gefährdungen und Risiken sowie
- die Ableitung von problem- und ursachenadäquaten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslagen von Menschen, die von sozialen Gefährdungen und Risiken betroffen bzw. hinsichtlich spezifischer Dimensionen bedroht sind.

Zur Operationalisierung schlägt Gerhard Naegele zumindest die Unterscheidung von mehreren Hauptebenen mit verschiedenen Unterebenen vor und betont explizit, dass sie nicht isoliert nebeneinander stehen, sondern sich wechselseitig bedingen bzw. aufeinander bezogen werden müssen (Naegele 1991: 163): Die materiell-objektive Ebene (quantitativ und qualitativ), die immaterielle Ebene (v. a. der Gesundheitszustand aufgrund der herausragenden Bedeutung für die Lebenslage der älteren Menschen), die subjektive Ebene (z. B. Befindlichkeiten, Einstellungen, Erwartungen, Bedürfnisse, Anliegen und Interessen, eingeschlossen Selbstbild) sowie die Ebene der sogenannten „*gesellschaftlichen Gegebenheiten*“ (vgl. Amann) mit unterschiedlichen Subebenen, wie beispielsweise die sozialen Ungleichheitsstrukturen, gesellschaftlichen Wertvorstellungen, die Machtstrukturen oder die Politikstrategien. Denn: „*Aus sozialpolitischer Sicht gelten Lebenslagen immer dann als prekär, d. h. gefährdet, wenn innerhalb einzelner und/oder mehrerer der (...) Dimensionen bestimmte Interessen (‘Grundanliegen’) der Menschen nicht erfüllt sind oder die dafür jeweils erforderlichen Gestaltungs- und Veränderungspotenziale nicht oder nur unzureichend vorhanden sind*“ (Bäcker et al. 2008: 46).

Zu den wichtigsten Dimensionen von Lebenslagen zählen die Bereiche Erwerbstätigkeit, Einkommen, Bildung, Gesundheit und Wohnen. Zur besseren analytischen und inhaltlichen Abgrenzung wurden folgende sechs Dimensionen bzw. Handlungsspielräume unterschieden (Ebd.):

- ökonomische Lage (Einkommens- und Vermögenssituation),
- Versorgung mit sozialkulturellen Gütern und Diensten (v. a. im Wohnbereich, im Bildungs- und Gesundheitswesen, im sozial-pflegerischen Bereich),
- persönliche Kontakte, Kooperationsbezüge, soziale Aktivitäten (außerberuflich),
- Lern- und Erfahrungsspielraum (v. a. Möglichkeit zur Entfaltung von Interessen, Beeinflussung durch Sozialisation, schulische/berufliche Bildung, Arbeitserfahrungen und jene durch soziale/räumliche Mobilität, Wohn-/Umweltbedingungen),
- Disposition- und Partizipationsspielraum (v. a. das Ausmaß sozialer Teilhabe, Mitbestimmung und Mitgestaltung),
- Gesundheitszustand sowie Muße- und Regenerationsmöglichkeiten.

Je nach Personengruppe kann einzelnen Dimensionen der Lebenslage bzw. durch wechselseitiges Zusammenwirken unterschiedlicher Dimensionen unterschiedliches Gewicht zukommen.

3.3.6.5 Die Verallgemeinerung bei Stefan Hradil

Stefan Hradil verallgemeinert den Lebenslagenansatz ungleichheitssoziologisch in mehrreli Hinsicht. Ausgangspunkt ist die Wahrnehmung der vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungen und die Tatsache, dass durch das Aufkommen „neuer“ Formen sozialer Ungleichheiten (z. B. zwischen den Geschlechtern, Alterskategorien, Arbeits- und Freizeitbedingungen, Gesundheit), die traditionellen

Klassen- und Schichtkonzepte immer inadäquater zur Analyse von sozialer Ungleichheit geworden sind. Herkömmliche Konzepte unterliegen einer zu deterministischen Auffassung von individuellem Denken und Handeln; Etwa aufgrund zunehmender Statusinkonsistenzen sind die „alten“ Ansätze immer weniger brauchbar (Hradil 1987: 29ff.; 1990: 130ff.). Seine Grundforderung lautet daher, dass neuere Ansätze möglichst alle Ursachenkomplexe gesellschaftlicher Veränderung, aber auch die horizontalen Disparitäten von Lebensbereichen entsprechend berücksichtigen müssen. Darunter fallen beispielsweise Geschlecht, Region, Familienverhältnisse, Alter, Geburtskohorte oder auch Nationalität (Hradil 1987: 47ff.).

Er begründet diese Forderung damit, dass einerseits der Staat vermehrt Einfluss auf die gesellschaftlichen Entwicklungen und die individuellen Lebensbedingungen nimmt. Vor allem ist eine staatliche Einflussnahme auf wohlfahrtsstaatlicher, reglementierender und symbolischer Seite zu verzeichnen. Auf der anderen Seite ist die heutige Gesellschaft durch soziale Bewegungen, Verbände und Organisationen gekennzeichnet. Individuen sind außerdem viel gestaltungsfreier als früher. All diese Aspekte stellen gesellschaftlich relevante Einflussbereiche dar, die sich auf die Lebensumstände und die soziale Ungleichheit ständig auswirken. Auf Basis dieser Überlegungen entwickelt Stefan Hradil ein sozialstrukturelles Lebenslagenkonzept, das die neuen Entwicklungen, Strukturen und Formen sozialer Ungleichheit berücksichtigt. Er leitet ein differenziertes Theoriengerüst der Lebenslage ab, das die Schwächen der traditionellen Konzepte sozialer Ungleichheit beheben soll. Dabei beruht seine Auswahl lebenslagenrelevanter Dimensionen auf drei Vorgehensweisen: einem theoretisch angeleiteten, einem systematischen und einem empirisch informierten Vorgehen (vgl. Hradil 1987: 140).

Stefan Hradil geht von der Wichtigkeit der individuellen Lebensziele aus und nimmt diese als Kriterien sozialer Ungleichheit. Entgegen der Weisserschen Annahme, dass diese Lebensziele ein „unabhängiger“ Willensprozess von Menschen seien, erachtet Stefan Hradil nur diejenigen Lebensziele für die Dimensionen sozialer Ungleichheit als relevant, die „(...) *sich im Prozess der politischen Willensbildung relativ durchgesetzt haben und in Form von ‚offiziellen‘ und ‚quasi-offiziellen‘ Verlautbarungen greifbar sind*“ (Hradil 1987: 143). Es handelt sich dabei um jene Zielsetzungen institutionalisierter „Willensbildungsorgane“ (z. B. Parteien, Verbände, Massenmedien), die sich in der öffentlichen Diskussion niedergeschlagen haben, sprich jene Ziele, die die relative Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert bzw. denen sie zugestimmt hat, und die so als gesellschaftstypische Kriterien des „guten Lebens“³⁹ fungieren können. Daneben ist die Fähigkeit zur Erreichung von Handlungszielen wichtiges handlungstheoretisches Element seiner Konzeption. Die individuelle Handlungsfähigkeit ist jedoch durch die gegebenen Handlungsmöglichkeiten, also durch die Dimensionen ungleicher Lebensbedingungen, begrenzt. In der Formulierung von Stefan Hradil sind „*die ungleichen gesellschaftlichen Voraussetzungen lebenszielrelevanten Handelns*“ bessere bzw. schlechtere Handlungsmöglichkeiten und infolgedessen bessere und schlechtere Chancen zur Erreichung der Lebensziele. Daher kommt Stefan Hradil zu folgender Definition von sozialer Ungleichheit: „*Unter sozialer Ungleichheit sind gesellschaftlich hervorgebrachte und relativ*

³⁹ Das Kriterium des „guten Lebens“ kann nach Stefan Hradils Überzeugung als normativer Bezugspunkt fungieren, weil es allgemein akzeptierte Zielsetzungen (wie z. B. von Gesundheit, Wohlstand) repräsentiert, die bei Erfüllung ein Leben „gut“ erscheinen lassen. Für Stefan Hradil gibt es mehrere Möglichkeiten, die Kriterien zu erheben: „subjektiv“ durch Befragung der Menschen selbst, „objektiv“ von Theorien abgeleiteten Lebensziele oder die Ableitung aus der öffentlichen Diskussion. Die ersten beiden Wege erachtet Stefan Hradil als „zu gefährlich“ und wählt die dritte Option (Hradil 1990: 137).

dauerhafte Handlungsbedingungen zu verstehen, die bestimmten Gesellschaftsmitgliedern die Befriedigung allgemein akzeptierter Lebensziele besser als anderen erlauben“ (Hradil 1987: 144).

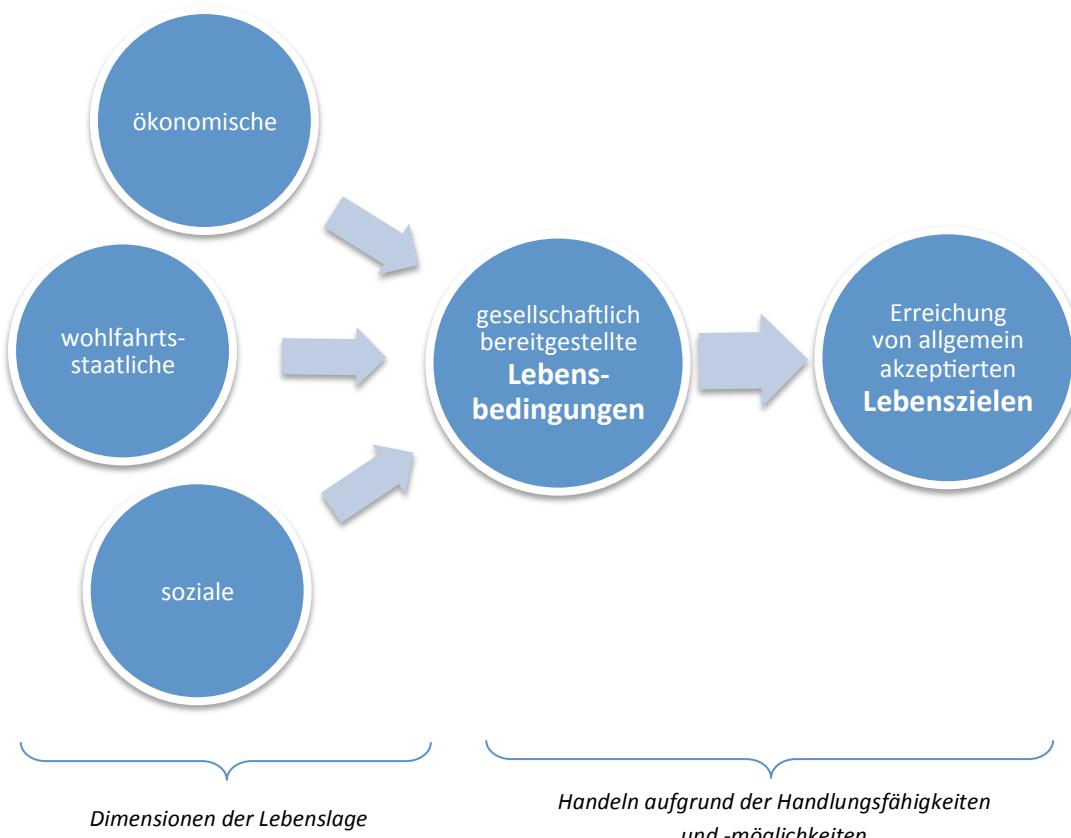
Die Forderung des systematischen und empirisch informierten Vorgehens löst Stefan Hradil damit ein, dass er für die Auswahl der lebenslagenrelevanten Dimensionen – operationalisiert durch allgemein anerkannte Lebensziele – die historischen Etappen in der gesellschaftlichen Entwicklung⁴⁰ als Bestimmungskriterium verwendet. Für die Zeit ab Ende des Zweiten Weltkrieges lokalisiert er in Deutschland drei zeitlich „abgrenzbare“ Phasen, die für die Herausbildung allgemein anerkannter Lebensziele eine Rolle gespielt haben (Hradil 1987: 147): Erstens die ökonomische Lebensziele der späten Nachkriegszeit des vorigen Jahrhunderts (z. B. Einkommen, Bildung, Prestige, Macht). Zweitens wohlfahrtsstaatliche Ziele durch ein verschärftes Bedürfnis nach sozialer Sicherheit wegen der wirtschaftlichen Probleme seit den 1970er Jahren (z. B. Entlastung in der Arbeitswelt, Gesundheit, Partizipation). Drittens sozio-kulturelle Lebensziele – i. d. S. individuelle, post-materielle und soziale – seit den 1980er Jahren (z. B. Integration, Emanzipation, Selbstverwirklichung). Auf Ebene der AkteurInnen können diese allgemein anerkannten Lebensziele als individueller „Zielzustand“ angesehen werden, also als Bedürfnisse, die über das soziale Handeln der Individuen erreicht werden können. Diese Bedürfnisse korrespondieren mit den Dimensionen sozialer Ungleichheit, welche die gesellschaftlich bereitgestellten Bedingungen definieren, die individuelles Handeln zur Zielerreichung erst möglich machen oder erschweren. Sie sind zugleich Dimensionen der Lebenslage und ermöglichen es, ungleiche Lebensbedingungen zu unterscheiden. Die nachfolgende Abbildung visualisiert das handlungstheoretische Grundgerüst, und die Tabelle die Bedürfnisse sowie die Dimensionen sozialer Ungleichheit und ungleicher Lebensbedingungen.

Aufschlussreich ist das gemeinsame Zusammenspiel dieser ungleichheitsrelevanten Dimensionen. Erst durch Kombination kommt man zu den spezifischen Handlungskontexten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, da die drei Hauptdimensionen – ökonomische, wohlfahrtsstaatliche und soziale – für jede Lebenslage unterschiedliches Gewicht haben (Hradil 1987: 149ff.). Als soziale Lagen bezeichnet Stefan Hradil schließlich „(...) typische Kontexte von Handlungsbedingungen, die vergleichsweise gute oder schlechte Chancen zur Befriedigung allgemein anerkannter Bedürfnisse gewähren“ (Hradil 1987: 153), die man aus einer kombinatorischen Logik erhält. Das impliziert, dass jeder individuellen Ausprägung und Kombination mit anderen Lagedimensionen nachgegangen werden muss (siehe Tabelle 2).⁴¹ „Diese typischen Konstellationen (un)vorteilhafter Lebensbedingungen lassen sich als ‚Soziale Lagen‘ (...) bezeichnen, während mit ‚Lebenslagen‘ die jeweils individuellen Kombinationen ungleicher Lebensbedingungen gemeint sind“ (Hradil 1990: 139).

⁴⁰ Stefan Hradil argumentiert, dass es zu einer Ausweitung „gesellschaftlich akzeptierter Lebensziele“ gekommen ist. Zuerst waren es ökonomisch geprägte, dann auch wohlfahrtsstaatlich bestimmte, und nun sind es auch soziokulturell beeinflusste Lebensziele. Er bezieht sich vor allem auf die Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1940 und 1980 (Ebd.).

⁴¹ Stefan Hradil merkt selbst an, dass dieses Vorgehen zu einer sehr hohen und schwer überschaubaren Anzahl von Lebenslagen führt. Gleichzeitig schlägt er vor, inhaltlich ähnliche und relativ oft vorkommende Kombinationen unter der Zuhilfenahme von entsprechenden statistischen Verfahren zu bündeln (Hradil 1990), z. B. durch Faktoren-, Cluster- bzw. (latente) Klassenanalyse.

Abbildung 4: Dimensionen der Lebenslage zur Erreichung allgemein akzeptierter Lebensziele



Quelle: Eigene Darstellung nach Stefan Hradil (1987).

Tabelle 2: Dimensionen sozialer Ungleichheit

Bedürfnisse		Dimensionen ungleicher Lebensbedingungen
Wohlstand Erfolg Macht	ökonomische	Geld formale Bildung Berufsprestige formale Machtstellung
Sicherheit Entlastung Gesundheit Partizipation	wohlfahrtsstaatliche	Arbeitslosigkeits- und Armutsrisken soziale Absicherung Arbeitsbedingungen, Freizeitbedingungen Wohn(umwelt)bedingungen demokratische Institutionen
Integration Selbstverwirklichung Emanzipation	soziale	Soziale Beziehungen soziale Rollen Diskriminierungen/Privilegien

Quelle: Stefan Hradil (1987: 147).

3.3.6.6 Die Dynamisierung bei Anton Amann

Schon vor der Phase, in der Lebenslagenansätze erstmals vermehrt empirisch umgesetzt wurden, lieferte Anton Amann neue konzeptionelle Elemente und theoretische Grundlinien für den Lebenslagenansatz (Amann 1983, 2000). Sein Ansatz ist unter den hier referierten der einzige, in dem eine Koppelung der Meso- und Mikroebene systematisch grundgelegt wurde: Im Konzept der „erlernten Dispositionsspielräume“.

Als Ausgangspunkt seiner Überlegungen wählt er vor allem Otto Neuraths und Gerhard Weissers Vorarbeiten und kommt zu folgender umfassenden Definition von Lebenslage: „*Lebenslagen sind die je historisch konkreten Konstellationen von äußeren Lebensbedingungen, die Menschen im Ablauf ihres Lebens vorfinden, sowie die mit den äußeren Bedingungen in wechselseitiger Abhängigkeit sich entwickelnden kognitiven und emotionalen Deutungs- und Verarbeitungsmuster, die diese Menschen hervorbringen. Lebenslage ist ein dynamischer Begriff, der die historischen, sozialen und kulturellen Wandel erzeugende Entwicklung dieser äußeren Bedingungen einerseits umfaßt und andererseits die spezifischen Interaktionsformen zwischen dem sozialen Handeln der Menschen und diesen äußeren Bedingungen*“ (Amann 1983: 147).

Aus dieser Definition wird die Zielrichtung klar, dass es Anton Amann vor allem um einen dynamischen Begriff der Lebenslage geht. Dynamisch ist der Begriff schon deshalb, weil er die objektiven Bedingungen mit der subjektiven Verarbeitung verbindet. Gleichzeitig verknüpft er diese mit dem gesellschaftlichen Wandel und der biografischen Entwicklungskomponente. Die Lebenslage definiert sich also aus dem komplexen Zusammenspiel von wandelbaren äußeren Bedingungen und deren im biografischen Verlauf sich ändernden individuell-subjektiven Deutungs- bzw. Verarbeitungsmuster. Die Begründung ist, dass sich Lebenslagen ständig aufgrund struktureller oder individueller Wandlungen ändern: „*Das dynamische Moment (...) ist dort zu suchen, wo aus der wechselseitigen Beeinflussung struktureller äußerer Bedingungen und personaler Faktoren in der Lebenslage das Charakteristikum der Defizitsituation oder Defizitlage auftaucht, die aus eigener Kraft nicht überwunden werden kann. Als Folge tritt Abhängigkeit von der Hilfe Dritter auf*“ (Amann 1983: 156). Anton Amann begründet damit gleichzeitig seinen sozialpolitischen bzw. sozialarbeiterischen Standpunkt und argumentiert ähnlich wie Gerhard Weisser: „*Die Situationen, in die staatliche Intervention (...) oder Privatinitiative (...) eingreifen, sind immer Lebenslagen*“ (Amann 1983: 156).

Die äußeren Bedingungen sind dabei die entstandenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse, die durch die Produktionsweise, die Arbeits(markt)situation, die Berufsdifferenzierung oder durch institutionelle Verankerungen sowie Verflechtungen sozialer und politischer Macht und Herrschaft (auch die Verteilung von Privilegien) gegeben sind und die jedes Individuum, von Geburt an, vorfindet. Über die jeweils spezifischen Ausformungen äußerer Bedingungen gilt, dass „*(...) diese Lebenslagen als Systeme gesellschaftlich produzierter Ungleichheit formierende Kraft für die Entwicklung einzelner und Gruppen haben*“ (Amann 1983: 147).

Lebenslagen sind aber gerade auch deshalb dynamisch, weil sie den Beginn und die Entwicklung entlang zweier theoretisch relevanter Zeit- und Prozessebenen entfalten können, einerseits im historischen, andererseits im individuell-biografischen Ablauf. Konsequenterweise bedeutet das auf der einen Seite, dass jede Kohorte auf unterschiedliche Ungleichheiten trifft, beispielsweise die Verteilung des Einkommens, der sozialen und politischen Freiheiten aber auch tatsächlicher Zugangs- und Verfügungschenzen. Andererseits sind damit ebenfalls die individuellen Spielräume innerhalb

dieser historisch vorfindbaren äußereren Bedingungen bestimmt. Anton Amann formuliert exakter: „Lebenslage heißt aber auch Spielraum, den der einzelne innerhalb dieser Verhältnisse (...) zur Gestaltung seiner Existenz vorfindet und tatsächlich verwertet“ (Amann 1983: 148).^{42,43}

Zu betonen ist außerdem, dass sich die Lebenslagen in ihrer Gesamtheit auf die Lebenssituation von Individuen und Gruppen auswirken. Ihre Wahrnehmung oder Interpretation erfolgt jedoch nicht in ihrer Totalität. Lebenslagendimensionen ermöglichen aber die Analyse von Einzelaspekten der Lebenslage und sind „(...) inhaltlich umschreibbare Bereiche der sozialen Realität, die als Objektbereiche der Sozialforschung abgrenzbar sind und so Gegenstand von Objekttheorien sind“ (Amann 1983: 152). Exemplarisch nennt Anton Amann folgende Dimensionen der Lebenslage: Vermögens- und Einkommensverteilung, Bildungssystem (Entwicklung und Dynamik), Familie (und andere Primärstrukturen), Berufs- und Arbeitswelt, medizinische und soziale Versorgung, Wohnung und Ernährung (Ebd.). In einer zweiten hierfür zentralen Publikation wird das Konzept weiter konkretisiert, indem er vier fundamentale Referenzkategorien in seine Lebenslagenkonzeption einführt. Diese Kategorien sind „alternative“ Dimensionen, von denen sich „alle wesentlichen Begriffe und Dimensionen ableiten lassen müssen, mit deren Hilfe eine empirische Beschreibung gesellschaftlicher Verhältnisse möglich ist“ (Amann 2000: 59).

Diese Dimensionen sind

- die Arbeit bzw. das Einkommen als Differenzkategorie zu Kapital und als fundamentale Gestaltungsbedingung individueller und kollektiver Lagen,
- das Alter als soziale Dimension der Gesellschaftsstruktur und als normative sowie symbolische Dimension, d. h. als gesellschaftliche Kategorie und nicht als individuelles Lebensalter,
- das Geschlecht nicht als biologische Unterschiede sondern soziale, als auf gesellschaftliche Ursprünge rückführbare ungleiche Verhältnisse und
- der Staat bzw. das Recht als realisiertes System des Wohlfahrtsstaates in gesetzter und nicht bloß in einer normativen Art und Weise, und als Quelle bzw. Adressat allgemeiner und spezieller Wertungen und Normierungen, die alle Lebenslagendimensionen und -variablen betreffen.

Die Kategorien⁴⁴ konstituieren, je nach Ausprägung innerhalb der Dimensionen, „Lagemöglichkeiten“ (Amann 2000: 63; in Anlehnung an den Ordnungsbegriff bei Weber). Die konkrete Ausgestaltung ergibt sich jedoch erst in der gegenseitigen Verknüpfung, durch die Verschränkungen mit der jeweilig historisch faktischen Situation. Der Kerngedanke dieser theoretischen Erweiterung ist, dass die

⁴² Darüber hinaus legt Anton Amann Wert auf die Betonung, dass Lebenslage nicht nur eine ungleich verteilte Startchance meint, sondern dass sich durch den lebenszeitlichen oder generationalen Wandel bedingte, soziale Kumulationen (d. h. positive, negative oder auch gegenseitig neutralisierende) ergeben (können): kumulative soziale Benachteiligung (bzw. Bevorzugung) bedeutet, dass sich negativ (bzw. positiv) wirkende Einzelbedingungen aneinander reihen können (vgl. Amann 1983: 150).

⁴³ Anton Amann streicht einen anderen dynamischen Aspekt hervor, denn die Lebenslagen weisen zwei unterschiedlich polarisierende, qualitativ unterschiedliche Ereignisse auf: Menschen reagieren auf ihre faktisch gegebene Lebenslage entweder in vorhersehbaren und erwartbaren Ereignissen (in der Regel mit institutionalisierten Handlungsformen oder Routinen), oder es geschehen unerwartete Ereignisse, dann nämlich, wenn auf die Lebenslage mit ad hoc Lösungen (i. d. S. unvorhersehbar) geantwortet wird (Ebd.).

⁴⁴ Anton Amann erklärt, dass die Kategorien deshalb auf die äußeren Bedingungen ausgerichtet sind, weil in den älteren Konzepten fast ausschließlich klassische Strukturvorstellungen der Lebenslagenbeschreibungen vorherrschen, in denen bloß ein stationärer Gedanke des Zustandes innewohne, was „das geheime Ideal aller mechanistischen Wissenschaftsauffassung“ (Amann 2000: 64) darstellt.

konkret vorfindbare Lebenslage nur im Wechselspiel und in den Transformationen zwischen „Verhalten“ und „Verhältnissen“ entstehen kann⁴⁵ (vgl. Amann 2000: 57). Das Wechselspiel zwischen den Kategorien Arbeit, Geschlecht, Recht und Alter existiert, jedoch „die theoretischen Erklärungen sind dahinter, in den Transformationen jener Kategorien zu suchen, über die die relationale Lage und Stellung zu anderen Gruppen bestimmt werden“ (Amann 2000: 63). Die genannten vier Kategorien sind damit primär Lageoptionen, die sich erst in ihrer gegenseitigen Verschränkung gestalten und sich zu (äußereren) „Verhältnissen“ konkret ausbilden.

Neben den äußeren Bedingungen müssen noch zusätzlich die Handlungsbezüge/-kontexte von Individuen, die sowohl psychische, physische, kognitive wie auch emotionale Dimensionen einbeziehen, als handlungstheoretische Voraussetzung betrachtet werden. Aus diesen Gründen müssen auch die Handlungsinterpretationen – also die Bewertungen der Um- bzw. Mitwelt, die Zufriedenheit mit dieser bzw. der eigenen Situation – erfasst werden und systematisch mit den objektiven Lagebedingungen verbunden werden. Jedoch sind Einstellungen zur sozialen Ungleichheit, dem Sozial- und Wohlfahrtsstaat, Meinungen und Bewertungen darüber (auch soziale Beziehungen betreffend) streng soziologisch nicht sehr wertvoll, solange sie nicht „systematisch mit objektiven Lagebindungen verbunden werden“ (Amann 2000: 66). Für den Erkenntnisgewinn spielen daher multivariate Zusammenhänge in Lebenslagenanalysen eine wesentliche Rolle.

Durch die Knappheit der vorhandenen Mittel zur Lebensgestaltung sind Kooperationen mit andern erforderlich. Laut Anton Amann gibt es vor allem drei Bereiche die Menschen beim Handeln beeinflussen, steuern und sogar kontrollieren können und zwar die Berufs- und Arbeitswelt, die Ehe/Partnerschaft und Familie und der Bereich der relativ „freien“ sozialen Beziehungen. Aufgrund der Knappheitsannahme ist zwischen den Bereichen eine „Balance-Arbeit“ zu leisten, weil Bedürfnisse damit unter den restriktiven Bedingungen befriedigt werden müssen, aber auch Verpflichtungen aus den jeweiligen Bereichen erwachsen können. Es müssen Möglichkeiten der Disposition innerhalb und zwischen den Bereichen erörtert werden bzw. gewählt, aber auch verzichtet werden. Zusätzlich sind die Anforderungen, Erwartungen und Dispositionen je Bereich jeweils spezifisch strukturiert und nach Prioritäten geordnet. Individuelle Entscheidungen stehen immer im Rahmen von gesellschaftlich vorgegebenen Prioritäten und Opportunitäten (Opportunitätsstrukturen) bzw. sind erlerntes Muster erfolgreichen Handelns sowie an Handlungsgewohnheiten gebunden. „Die Wahrnehmungs- und Handlungsweisen der Individuen sind untrennbar mit jenen Prioritäten und Spielräumen verbunden, die in den drei Bereichen institutionalisiert sind“ (Amann 2000: 70). Opportunitätsstrukturen eröffnen demnach Möglichkeiten auf individueller Ebene, sie sind daher Dispositionsspielräume, „(...) die zwischen den einzelnen institutionalisierten Bereichen etablierten Muster abgesicherter Selbständigkeit ihrer sachlichen, zeitlichen und normativen Prioritäten, sie haben den Zwangscharakter ‚sozialer Tatsachen‘ gegenüber dem Individuum“ (Amann 2000: 70f.).

Anton Amann betont an dieser Stelle, im Gegensatz zu Gerhard Weisser und Ingeborg Nahsen, die klare Andersgestaltigkeit des Begriffs des „Spielraumes“. Anders formuliert bedeutet das, dass

⁴⁵ Anton Amann erwähnt diesbezüglich, mit dem Hinweis auf die Arbeiten von Anthony Giddens, Pierre Bourdieu, Peter M. Blau, James S. Coleman, den aktuellen soziologischen Wissenstand über Struktur und Handeln, Individuum und Institution, nach dem diese nicht mehr als getrennte, sondern als oppositionelle Entitäten aufgefasst werden. Grundgedanke dabei ist, dass es zu einem Prozess permanenter Transformation sozialstruktureller, kultureller und individuell-praktischer Dimensionen kommt (vgl. Amann 2000: 63).

Menschen auf der einen Seite mit einer relativ stabilen Struktur ungleich verteilter Prioritäten konfrontiert sind und einem Zwang externer Prioritätssetzung unterliegen. Auf der anderen Seite finden Individuen eine Struktur lebenslänglich genützter und erlernter subjektiver Dispositionsspielräume vor, die ein Ausmaß innerer Autonomie definieren und individuelle Bedürfnis- und Wunscherfüllung erlauben. In letzter Konsequenz bedeutet das, dass sich die Dispositionsspielräume aus der Verknüpfung von externen Bedingungen und innerer Autonomie ergeben, wodurch zwischen äußerem Zwang und innerer Erfüllung abgewogen wird. „*So ist alle Erfahrung, so subjektiv geworden sie auch scheinen mag, Erfahrung von Individuen nur insoweit, als sie eine über die objektiven Verhältnisse vermittelte ist. Erfahrungen (Erlebnisse) sind Angelpunkte menschlicher Individualität und Sozialität zugleich. Sie sind Niederschläge vergangener und vergehender Interaktionen ebenso, wie sie Entwürfe künftiger sind*“ (Amann 2000: 71).

Für die empirische Umsetzung des Konzepts nennt Anton Amann die dafür notwendigen Umsetzungsschritte. Eine empirische Abbildung von Lebenslagen erfordere für alle Dimensionen, die sich aus Arbeit, Alter, Geschlecht und Staat/Recht ergeben, entsprechende Hypothesenbildung, Operationalisierung und Variablendefinition (vgl. Amann 2000: 72). Sein methodischer Vorschlag – oder vielmehr – die Voraussetzung zur Analyse von Lebenslagen ist ein Zwei-Stufen-Modell der Vermittlung der Makro- und Individualebene. Für einen lohnenden Vergleich von Lebenslagen seien zumindest drei Operationalisierungsschritte vonnöten: Als erster Schritt wären Typologien äußerer Bedingungen von Lebenslagen notwendig, die in einer konzeptionellen Vorarbeit anhand inhaltlich abgrenzbarer Lebenslagendimensionen vorgenommen werden müssen. Als zweiter Schritt müssten jene Aggregatdaten ins Spiel kommen, die als objektive Seite, also als die äußeren faktischen Bedingungen der Lebensverhältnisse, fungieren könnten. Den dritten Schritt stellt die Beschreibung von Einstellungen und Zufriedenheiten dar (z. B. von institutionellen Bedingungen), die die Interpretationen und Verarbeitungen der äußeren Bedingungen von Menschen untersuchen. „*Derart durch Ergebnisse unterschiedlicher Ebenen entstandene Beschreibung von Lebenslagengesamtheiten können dann auch als Lebenslagentypen behandelt werden; und nur in dieser Weise können Lebenslagenvergleiche angestellt werden*“ (Amann 1983: 156).

3.3.7 Zusammenfassung: Analytische Bestandteile des Lebenslagenansatzes

Wie dargelegt, kann der Lebenslagenansatz bereits auf eine Tradition und Entwicklungsgeschichte zurückblicken. Die neueren Konzeptionen gehen auf die theoretischen und methodologischen Begriffsbestimmungen bei Otto Neurath zurück. Eine massive Weiterentwicklung und stärkere Fundierung des Ansatzes im Bereich der Sozialpolitik wurde durch Gerhard Weisser vorgenommen. Erst danach wurde er umfassender für die Sozialwissenschaften diskutiert und fruchtbar gemacht für die Sozialstrukturanalyse bzw. als Konzept zur Analyse von sozialer Ungleichheit (z. B. bei Stefan Hradil, Gerhard Naegele, Anton Amann).

Bei der zusammenfassenden Analyse der vorliegenden Ansätze gelangt Gertrud Backes zur Auffassung, dass „Lebenslagen“ ein multiprofessionelles und multidisziplinäres, ein theoretisch wie auch empirisch fundiertes und handlungstheoretisches Konzept zur systematischen Deskription und Begründung von (sozial ungleichen) Lebenslagen, zur Entwicklung und Veränderung und zur sozialstaatlichen Planung und Steuerung sind. Es ist ein Konzept zur Bestimmung von Lebensbedingungen, zur Analyse von sozialer Ungleichheit und für Sozialstrukturanalysen (Backes

1997: 707f.). Das Lebenslagenkonzept beschreibt – ganz allgemein gesprochen – die materiellen und immateriellen Lebensbedingungen einzelner Menschen. Das Konzept wird vor allem bestimmt durch die Beziehung von gesellschaftlichen „Verhältnissen“ und individuellem „Verhalten“ als Ergebnis eines Entwicklungsprozesses auf gesellschaftlicher und individueller Ebene. Lebenslagen sind der Ausgangspunkt menschlichen Handelns, aber gleichzeitig auch das Produkt des Handelns von Individuen selbst, die sich aus den jeweilig konkret gegebenen ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Lebensbedingungen von Menschen im Ablauf ihres Lebens ergeben. Lebenslagen sind somit zugleich historisch gewachsene Struktur, entsprechend den gesellschaftlichen Versorgungs- und Entwicklungsniveaus. Lebenslage ist aber auch der Handlungsspielraum eines Menschen, um sich selber zu entfalten und seinen eigenen Interessen nachzugehen bzw. diese zu befriedigen. Lebenslage definiert den Lebens- und Existenzraum mit individuellen Fähigkeiten, Bedürfnissen und Lebenserfahrungen. Er aktualisiert sich durch Erleben, Entscheiden und Handeln, d. h. das Konzept sieht von seinen Anfängen an die subjektive Komponente vor. Er ist insofern dynamisch, als sich die Deutungs- und Verarbeitungsmuster im Wechselspiel mit den äußeren Lebensbedingungen im Lebensverlauf entwickeln. Lebenslage ist nicht ohne die Berücksichtigung des subjektiven Erlebens der Betroffenen verstehbar. Insgesamt wird die Lebenslage „(...) zu einem Geflecht aus objektiven und subjektiven, materiellen und immateriellen Faktoren, das durch lebenslang entsprechend differenzierte Einflussfaktoren geprägt ist“ (Backes/ Clemens 2008: 172).

Der Lebenslagenansatz kann aber auch anhand eines analytischen Rasters soziologischer Basiselemente beschrieben werden. Der Ansatz ist ein Mehrebenenkonzept, das Lebenslagen in ihrer Multidimensionalität nach Kriterien objektiv-äußerer Lebensbedingungen und ihrer subjektiv-innen Verarbeitung in ihrer wechselseitigen Raum-Zeit-Strukturierung beschreibt. Diese konzeptionellen Bestandteile des Lebenslagenansatzes werden in den nächsten Abschnitten getrennt zusammengefasst.

3.3.7.1 Mehrebenenmodell von Lebenslagen

Das Konzept der Lebenslagen folgt einem Mehrebenenansatz, der von allen vorgestellten AutorInnen mehr oder weniger stark vertreten wird. Da der Ansatz zu theoretischen Aussagen über soziale Ursachen und Mechanismen ungleicher Lebens- und Handlungsbedingungen kommt, ist er an Strukturtheorien und Handlungstheorien sozialer Ungleichheit gleichermaßen anschlussfähig. Die begriffliche Basislegung dafür folgte bei Otto Neurath, der zwischen der Lebensordnung, dem Lebensboden, den Lebenslagen und ihren Lebensstimmungen unterschied. Die Terminologie klingt aus heutiger Sicht fremdartig, aber damit ist nichts anderes als die gesellschaftliche Ordnung bzw. gesellschaftlichen Verhältnisse mit ihren spezifischen Verteilungsprinzipien, Beziehungsformen und sozialen Interdependenzen gemeint. In den Worten von Gerhard Weisser und Ingeborg Nahnsen entscheiden die gesellschaftlichen Umstände in ihrer Totalität den individuellen Handlungsspielraum.⁴⁶

In der Lebenslagendiskussion weist bereits Ingeborg Nahnsen darauf hin, dass dieser Prozess nicht ahistorisch ist und Lebenslagen nur im wechselseitigen Austausch mit den meso- und makrosozialen Gegebenheiten und den gesamtgesellschaftlichen Umständen zu verstehen ist (sog. Prägungsinstanzen). Es handelt sich dabei also um eine gegenseitige Interdependenz von

⁴⁶ Anm.: Aus sozialpolitischer Perspektive können soziale Schwächen in den Lebenslagen lokalisiert und mit entsprechenden Maßnahmen und Interventionen Gefährdungen vermieden werden.

gesellschaftlicher (Sozial-)Struktur und individuellem Verhalten. Der Lebenslagenansatz verbindet so Struktur- und Handlungsebene miteinander. Lebenslagen sind an gesellschaftliche Voraussetzungen geknüpft und für die Lebenslagen der Individuen strukturgebend. Von „unten“ aus der Perspektive der AkteurInnen betrachtet, sind Lebenslagen Ausdruck des sozialen Bedingungsgefüges der sozialen Strukturen (Naegele). In vergesellschafteter Form ergibt die „Summe“ der Lebenslagen und -stimmungen ein aggregiertes Bild (z. B. von Katastern und Reliefs, vgl. Neurath), die ein spezifisches Geflecht aus Lebenslagen abbildet (Weisser).

Analytisch betrachtet können die Ursachen von sozialer Ungleichheit nach mehreren (sub)strukturellen Gegebenheiten unterschieden werden. Für die Unterscheidung, welche gesellschaftlichen Faktoren für ungleiche Lebenslagen einflussreich sind, bezieht sich Stefan Hradil auf die historische Entwicklung und kommt so zu ökonomischen, wohlfahrtsstaatlichen und sozialen Strukturdimensionen. Gerhard Naegele nennt die kulturellen Normen und Wertvorstellungen, Macht- und Politikstrategien, Wirtschafts- und Ungleichheitsstrukturen; Anton Amann die spezifische Vermögens- und Einkommensverteilung, die Familie und Primärstrukturen, das Bildungssystem, die medizinische und soziale Versorgung bzw. die Berufs- und Arbeitswelt. Strukturtheoretisch stellen sie in ihrer faktischen Gesamtheit die unmittelbaren äußeren Bedingungen historischer Konstellation dar, die gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen gesellschaftlich produzierter sozialer Ungleichheit. Sie sind formgebend für die konkreten Strukturen von sozialer Ungleichheit, die sich zu unterschiedlichen Lebenslagen von Individuen und Gruppierungen herauskristallisieren. Sie sind Ausdruck der jeweils institutionellen Charakteristik der gesellschaftlichen Ordnung, die notwendige, knappe und begehrte Ressourcen verteilt bzw. soziale Positionen damit (ungleich) ausstattet. Sie sind verantwortlich dafür, dass jeweils vorteilhafte oder unvorteilhafte Lebenslagen mit unterschiedlichen Lebensbedingungen und -chancen entstehen und (weiter) bestehen. Lebenslagen bekommen damit Gesellschaftsbezug und beinhalten soziale, institutionelle und interaktionelle Ebenen.

Anders betrachtet, können so die Makro- (gesellschaftliche Ordnung), Meso- und Mikroebene (Individuen, AkteurInnen) voneinander abgegrenzt werden, deren typisches Merkmal es ist, vertikal gegliedert zu sein. Soziale Einheiten niedrigerer Ebene sind Teil der jeweils höheren Ebene. So sind beispielsweise Individuen in Familien, Familien in Regionen und Regionen in Staaten geschachtelt. Da Lebenslagen hierarchisch strukturiert werden, sind sie in diesen vertikalen Erklärungskontext eingebunden. Gesellschaftsmitglieder sind in ihrer Existenz, ihrem Denken und Handeln in den jeweils strukturell gegebenen Verhältnissen, deren Teil sie sind, betroffen. Die Verhältnisse bieten Opportunitäten für die gesamten Lebensbedingungen und -chancen und legen ihnen gleichzeitig Restriktionen auf (Amann). Den Verhältnissen können sie nicht entrinnen und können sie nicht ohne weiteres einseitig verändern.

3.3.7.2 Multidimensionalität von Lebenslagen

Was ist unter der Lebenslage zu verstehen und wie stellen sich Lebenslagen dar? Sozialstrukturell sind Lebenslagen die zur Struktur geronnene Form der Vermittlung von Gesellschaft und Individuum (Backes 1997). „*Die allgemeine Struktur äußerer Lebenslagebedingungen, die Opportunitätsstruktur in einzelnen Lebenslagenbereichen und schließlich die Dispositionsspielräume lassen sich an Gruppen in jeweils ähnlicher Lebenslage empirisch rekonstruieren*“ (Amann 2000: 72). Aufgrund der vielfältigen und differentiellen gesellschaftlichen Strukturierung von Lebensbedingungen und -chancen (z. B. Verteilung von ungleichheitsrelevanten Gütern, Diensten, Ressourcen) ist bloß ein

mehrdimensionales Abbild der sozialen Realität zielführend. Trotz konzeptioneller Vielfalt werden daher Lebenslagen in ihren Ansätzen immer multidimensional, beispielsweise in Form von Katalogen, Dimensionen mit Subdimensionen und Variablen beschrieben (siehe unten).

Schon Otto Neurath sprach von quantitativen und qualitativen Lebenslagenanteilen („*Wohnung, Nahrung, Kleidung, Gesundheitspflege, Bücher, Theater, freundliche menschliche Umgebung*“), die für die Gesamtlebenslage kompensierend oder verstärkend aufeinander wirken. Die Lebenslage eines Menschen oder von Gruppen beinhaltet weit mehr als bloß materielle, auch immateriell-symbolische Merkmale, nur in ihrer Gesamtheit ist die Lebenslage für eine ganzheitliche Betrachtung zugänglich. Zu einer holistischen Darstellung zählt eine differenzielle Beschreibung nach vertikalen und horizontalen Gesichtspunkten sozialer Ungleichheit (Hradil). Erst in ihrer Verfasstheit stellt die Lebenslage einen umfassenden individuell-objektiven Spielraum dar. Die Lebenslage stellt den Möglichkeitsspielraum dar, eine Ressource der Interessenformierung, einerseits zum Handlungsvollzug und andererseits zur individuellen Bedarfsdeckung (Weisser). Lebenslagen bieten Alternativen der Lebensgestaltung, jedoch in starker Abhängigkeit von der Dimensionierung und Kombination der Einzelspielräume (Nahnsen) bzw. als Entscheidung einer Balance-Arbeit zwischen verschiedenen Zielbereichen (Amann). In ihrer Gesamtheit können Dimensionen der Lebenslage überhaupt als objektiver Gradmesser von sozialer Schwäche und Gefährdung angesehen werden (Naegele).

Konkret wurden die Lebenslagenansätze sehr unterschiedlich operationalisiert (siehe Tabelle 3): Gerhard Weisser legte in seinem subjektivistischen Ansatz mehrere Interessenkomplexe in Form eines Katalogs von Vollzugsmerkmalen (z. B. Ausstattung, Einkommen, Vermögen, Vorsorge) und Bedarfsdeckungsmerkmalen (z. B. Freiheiten, Teilnahme, Freude, Ansehen) vor (Weisser 1966: 21ff.). Ingeborg Nahnsen generierte heuristisch gewonnene Einzelspielräume und ebnete den Weg zur Operationalisierbarkeit des Lebenslagenansatzes, indem sie sechs unterschiedliche Dimensionen differenzierte (Nahnsen 1992: 118ff.). In Anlehnung sind Gerhard Naegeles Dimensionen bzw. Handlungsspielräume zu lesen, wobei gemäß dem sozialpolitischen bzw. -gerontologischen Anspruch die Versorgung mit Gütern und Diensten sowie der Gesundheitszustand explizite Berücksichtigung finden (Bäcker et al. 2008: 46). Stefan Hradil hingegen schlägt eine grobe Dreiteilung von ökonomischen (Geld, Bildung, Prestige, Macht), wohlfahrtsstaatlichen (Absicherung, Arbeits-, Freizeit- und Wohnbedingungen, demokratische Institutionen) und sozialen Dimensionen (soziale Beziehungen und Rollen) vor, die jedoch eine Klammer über mehrere Subdimensionen macht und eine Fülle von Teilespekten subsumiert (Hradil 1987: 147). Anton Amann unterscheidet zunächst inhaltlich und empirisch beschreibbare Gesellschaftsbereiche bei der Dimensionierung, nämlich Einkommen- und Vermögensverteilung, Familie- und Primärstrukturen, medizinische und soziale Versorgung, Bildungssystem, Berufs- und Arbeitswelt sowie Wohnen und Ernährung (Amann 1983: 152). Später führt er fundamentale Referenzkategorien an, von denen Dimensionen der Lebenslage zur empirischen Beschreibung abgeleitet werden können: die Arbeit (Einkommen), das Alter (als soziale, normative, symbolische Dimension bzw. Kategorie der Gesellschaftsstruktur), das Geschlecht (im Sinne von Gender), den (Wohlfahrts-)Staat bzw. das Recht (Amann 2000: 59).

Auch wenn die Dimensionen der AutorInnen sich nicht vollständig zueinander ordnen lassen, lässt sich doch (abgesehen von Weisser) eine konzeptionelle Logik und gewisse Übereinstimmung erkennen. So wird von den AutorInnen jeweils eine ökonomische Dimension (Arbeit, Einkommen und Vermögen) vorgesehen. Übereinstimmung liegt ebenfalls in der wohlfahrtsstaatlichen Versorgung

mit (medizinischen und sozialen) Gütern und Diensten vor, wobei starke Überlappung mit den Dimensionen „Muße, Regeneration, Gesundheit“ vorherrscht. Auf sozialer Dimension wird die Lebenslage durch Kooperations-, Kontakt- bzw. Aktivitätsstruktur (Primärstrukturen) ergänzt. Weiters wird um Lernen, Bildung, Wissen und Erfahrung sowie um den Partizipations- und Dispositionsspielraum erweitert, was teilweise in der Dimension Berufs- und Arbeitswelt bei Anton Amann bzw. in allen drei Dimensionen bei Stefan Hradil angelegt scheint. Anton Amann legt überdies explizit Wert auf Alter und Geschlecht als die fundamentalen horizontal-funktionalen Dimensionen sozialer Ungleichheit.

Tabelle 3: Dimensionierung der Lebenslage unterschiedlicher Ansätze

Nahnsen (1992)	Naegele (2008)	Hradil (1987)	Amann (2000)
Versorgungs- und Einkommensspielraum	Ökonomische Lage	Ökonomische Dimension	Arbeit bzw. Einkommen als fundamentale Gestaltungsbedingungen
	Versorgung mit Gütern und Diensten	Wohlfahrtsstaatliche Dimension	Alter als soziale Dimension der Gesellschaftsstruktur bzw. normative, symbolische Dimension
Kontakt- und Kooperationsspielraum	Persönliche Kontakte, Kooperationen und soziale Aktivitäten	Soziale Dimension	Geschlecht, im Sinne von Gender als soziale Kategorie ungleicher Verhältnisse
Dispositionsspielraum	Dispositions- und Partizipationsspielraum		Staat und Recht als realisiertes System des Wohlfahrstaates
Lern- und Erfahrungsspielraum	Lern- und Erfahrungsspielraum		
Regenerations- und Mußspielraum	Regeneration, Muße und Gesundheit		

Quelle: Erweiterte Darstellung in Anlehnung an Matthias Geiser (1996: 24).

3.3.7.3 Das Objektive und Subjektive der Lebenslage

Wie oben bereits mehrfach angeklungen, hier jedoch besonders hervorgehoben, ist zentrales Charakteristikum die handlungstheoretische Perspektive des Lebenslagenansatzes. Er geht vom dialektischen Verhältnis von äußeren Bedingungen und inneren Zuständen aus. Neben den materiell-objektiven und immateriellen wird weiters die subjektive Dimension der Lebenslage hineinreklamiert. Schon Theodor Geiger hat mit dem Begriff der Schichtmentalität darauf hingewiesen, dass soziale Ungleichheit sowohl unter Aspekten der objektiven Ressourcenverteilung als auch unter dem Aspekt der subjektiven Bewertung der Betroffenheit analysiert werden muss (Geiger 1967 [1932]). Unter handlungstheoretischen Gesichtspunkten sind die objektiven Verhältnisse und individuellen Lebensbedingungen auf die Formen des subjektiven sozialen Handelns zu beziehen (Clemens 1994). Aus der Sicht der Handelnden existiert ein – mehr oder weniger konkreter, auf jeden Fall aber gesellschaftlich-kulturell vermittelter – Zielzustand allgemein

anerkannter Lebensziele zur Befriedigung der Bedürfnisse (Grundanliegen). Ermöglicht bzw. nicht ermöglicht wird die Zielerreichung durch die gesellschaftlich bereitgestellten Bedingungen, die die individuellen Handlungsfähigkeiten und -möglichkeiten darstellen und Alternativen eröffnen oder aber ausschließen.

Grundlegung dieses für Lebenslagen charakteristischen Gedankens findet man wieder bei Otto Neurath, der Merkmale der Lebenslage auf subjektiv-emotionale Kategorien (Freude und Schmerz) und Handeln bezieht. Das differenziert zwar einerseits den Aspekt der objektiven Verfügbarkeit von dem subjektiven Aspekt der Verwendung, vergisst jedoch auf der anderen Seite, die Bedingungen dafür anzuführen. Handlungslogisch zwischen den äußeren Umständen der Lebenslage und der Bedürfnisbefriedigung (Grundanliegen) sieht Gerhard Weisser „*die unbehinderte Selbstbestimmung*“ als subjektives Kriterium vor. Soziologische Ergänzung erfährt dies bei Ingeborg Nahnsen später durch den Gedanken einer sozial strukturierten Interessenformierung (z. B. über Institutionen) über internalisierte Sozialnormen (z. B. durch Sozialisation). Präferenzen und Interessen werden so gesehen maßgeblich von den normativ-kulturellen Umständen (mit-)geprägt. Die dahinter stehenden Bedürfnisse sind individueller Zielzustand, die in Form der Lebenslage, als Resultat gesellschaftlich bereitgestellter Bedingungen bzw. Ressourcen, Handlungsfähigkeit begründen und Handeln ermöglichen (Hradil).

Der Spielraum ermöglicht die „Lebensgesamtchance“ (Weisser), die individuelle Gestaltung der Existenz, eröffnet Alternativen der Lebensgestaltung und das Potenzial zur Verbesserung der Lebenslage. Die Erreichung der Handlungsziele bietet also einerseits Möglichkeiten (Opportunitäten, Chancen, förderliche Bedingungen), ihnen sind jedoch auch lagespezifische Grenzen (Restriktionen, Barrieren, hinderliche Bedingungen) auferlegt (Clemens 1994: 145). Im letzteren Fall sind damit Schwierigkeiten und Probleme der freien Lebensgestaltung verbunden und bieten wenig Alternativen und eingeschränkte Veränderungspotenziale (Naegele). Möglicherweise stellen sie eine Defizitsituation mit Unsicherheiten im Dasein und hinsichtlich der Zukunft dar. Aus dieser Perspektive kann die Interessenartikulation für die Ableitung wichtiger Anliegen aufschlussreich sein (Naegele) bzw. zu einer Interessenformulierung auf politischer Ebene beitragen (Weisser).

Die Entstehung von Interessen ist also an nicht invariante Bedingungen geknüpft, Interessen sind voraussetzungsreich. Interessen sind aber auch das Resultat der selbstreflexiven Auseinandersetzung der sinnlich wahrnehmbaren äußeren Bedingungen und faktischen vorgefundenen Möglichkeiten im (normativen) Handlungsrahmen sozial vorstrukturierter Lebensziele. Sie sind als die äußere Bedingung und die innere Verarbeitung, als die relevanten Handlungskontexte und -bezüge zu beachten. Sie fungieren als handlungstheoretische Voraussetzung und die Lebenslage wird so zum „subjektiven Lebensraum“ (Amann).

Je nach gesellschaftlicher Organisation und ihren kulturellen Zielen stellen Lebenslagen die objektiven Mittel zur Befriedigung individueller Bedürfnisse zur Verfügung. Probleme bei der Erreichung gesellschaftlich geteilter Lebensziele ermöglichen die Bewertung der kulturellen Praktiken, die, unter anzugebenden Bedingungen und bei zu definierenden Gruppierungen (Lebenslagen), zu sozialen Spannungen und (Verteilungs-)Konflikten führen können. Beispielsweise zur Legitimierung der ungleichen sozialen Bedingungen in Form von subjektiver Akzeptanzurteilen (Befürwortung) oder ihrer Delegitimierung durch Äußerung von (z. B. egalitärer) Kritik. Es handelt sich dabei um eine handlungstheoretische und systematische Beschreibung und Begründung von

sozial ungleichen Lebenslagen mit starker Betonung interpretierender und handelnder Subjekte (Backes 1997).⁴⁷

3.3.7.4 Raum-Zeit-Strukturierung der Lebenslage

Die kontextuellen Bedingungen für die Lebenslage wurden bereits in den anderen Kapiteln ausführlich behandelt. Was noch nicht genügend betrachtet wurde ist, wie im Lebenslagenansatz sozialer Wandel konzeptuell verankert wird. Das ist notwendig, da Bewegung und Veränderung charakteristisches Merkmal der Sozialstruktur moderner Gesellschaften ist und daher besonderer Berücksichtigung bedarf. Der theoretische Grundgedanke ist damit begründet, dass Lebenslagen in einen sozio-historischen Gesamtzusammenhang eingebettet sind, nämlich in eine in ihrer Verfasstheit bzw. Ausformung räumlich-konkrete sozio-kulturelle, -ökonomische, -politische etc. Ordnung, wie etwa in einen modernen Nationalstaat. Darüber hinaus wurden spezifische Formen zeitlicher Strukturierung konzeptuell berücksichtigt, die im engen Nahverhältnis mit der räumlichen Strukturierung zu sehen sind.

Dabei können zwei unterschiedliche Zeitdimensionen bzw. Zeit-Raum-Prozessebenen unterschieden werden (Amann 1983): Lebenslagen sind nur im dynamischen Wechselspiel zwischen Struktur und Individuum zu verstehen. Auf gesellschaftlicher Strukturebene der Ordnungen nehmen die objektiv-äußersten Bedingungen einer historisch-konkreten Konstellation Einfluss auf die Lebenslage von Menschen. Auf individueller Ebene manifestieren sich diese beispielsweise in Form von Handlungsspielräumen, die nur im Zusammenhang mit einer inneren Verarbeitung zu verstehen sind. Das bedeutet einerseits, dass Struktur und Handeln wechselseitig aufeinander bezogen sind. Andererseits ist auf der individuellen Zeitachse die (Lebens-)Biografie des Akteurs/der Akteurin zu berücksichtigen bzw. ein soziogenetischer Entwicklungsprozess zu beachten. Die Lebenslage bietet von Geburt an (Start-)Chancen und über den gesamten Lebensverlauf spezifische Möglichkeiten bzw. Barrieren für die Lebensgestaltung. Der Mensch birgt Lern- und Entwicklungspotenzial für zukünftige Handlungen, bei dem sich typische Denk- und Verarbeitungsmuster herausbilden, weswegen man von einer gewissen individuellen bzw. gruppenspezifischen Pfadabhängigkeit von Lebenslagen sprechen kann. Vor- bzw. nachteilige Lebensbedingungen können über den gesamten Lebenslauf kumulieren, sich gegenseitig positiv, negativ oder neutralisierend beeinflussen. So gesehen sind Lebenslagen Resultat im biografischen Verlauf gemachter, d. h. vergangener Erfahrungen und ehemals bzw. gegenwärtig vorhandener Handlungsressourcen.

Konkret ergeben sich Lebenslagen erst nach dieser gegenseitigen Verknüpfung in Wechselspiel und Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse und individuellen Denkens und Verhaltens. Diese Prozesse sind für sozialen Wandel und Mobilität verantwortlich. Sie sind als Ergebnis eines komplexen und zeitdynamischen Top-Down-Bottom-Up-Prozesses zu verstehen.

3.3.8 Tauglichkeit des Lebenslagenansatzes

In der soziologischen Auseinandersetzung sind herkömmliche Klassen- und Schichtansätze zunehmender Kritik ausgesetzt worden, da sie nicht mehr zeitgemäß sind. Der Lebenslagenansatz ist mit dem Anspruch angetreten, die hauptsächlichen Mängel und Schwachstellen zu vermeiden.

⁴⁷ Die ausführliche soziologische und handlungstheoretische Begründung erfolgt im Kapitel Akzeptanzsubjekt.

Aus heutiger Sicht erfüllt das Lebenslagenkonzept alle konzeptuell notwendigen Elemente und beinhaltet alle relevanten Ebenen für eine adäquate soziologische Analyse von sozialer Ungleichheit: Erstens ist der Gesellschaftsbezug analytisch in mehrere soziale Ordnungen gegliedert, in kulturelle, soziale, ökonomische und politische. Durch die strukturtheoretischen Annahmen vermag der Ansatz die Sozialstruktur (Verhältnisse) mit dem Individuum (Verhalten) auf mehreren sozialen Ebenen miteinander zu verbinden. Zweitens paart der Lebenslagenansatz die objektiv-äußersten Bedingungen handlungstheoretisch mit der subjektiven Perspektive in Form von spezifischen Denk- und Handlungsmustern. Ein rational handelndes Individuum ist dabei Ausgangspunkt der Überlegungen, das jedoch nicht losgelöst von institutionalisierten und internalisierten Sozialnormen handeln kann. Konsequenterweise wird – drittens – die Lebenslage in ihrer Erscheinung von sozialer Ungleichheit mehrdimensional erfasst und ermöglicht es, alte und neue, vertikale und horizontale, materielle und symbolische, objektive und subjektive Dimensionen zu berücksichtigen. Viertens handelt es sich bei Lebenslagen um dynamische soziale Gebilde, die sowohl aus der historisch-gesellschaftlichen wie auch individuell-biografischen Perspektive betrachtet und analysiert werden können. Einmal sind Lebenslagen Ausgangspunkt und andererseits Ergebnis des Handelns.

Aus diesen Charakteristiken heraus bietet sich das Lebenslagenkonzept für eine zeitgemäße Sozialstrukturanalyse bzw. Analyse sozialer Ungleichheit fortgeschrittener Gesellschaften an. Es vermag, zugleich den Ursachen sozialer Ungleichheit nachzuspüren, wie auch die konkreten Lebenslagen in ihrer Gestalt in Form typischer Kombinationen von Lebenslagendimensionen zu beschreiben. Auf Basis der objektiv-äußersten Lebensbedingungen lassen sich Aussagen über subjektive Wahrnehmungs-, Interpretations- Bewertungsprozesse als auch Interessenformierung bzw. Verhaltensmuster ableiten. Je nach Erkenntnisinteresse ist die Lebenslage aus Strukturperspektive Explanandum und aus Handlungsperspektive Explanans. Mit diesem konzeptionell-methodologischen Rüstzeug ist das Lebenslagenkonzept in der Lage, alle potenziellen Dimensionen sozialer Ungleichheit abzubilden – auch jene, die im jeweiligen gesellschaftlichen Ordnungskontext wichtig sind. Es ermöglicht auch, das Zusammenspiel einzelner Elemente oder Dimensionen der Lebenslage zu analysieren⁴⁸ und ihre spezifischen Auswirkungen auf den theoretisch gegebenen Handlungsspielraum wie auch auf das konkrete Handeln zu untersuchen. Das Konzept der Lebenslage ist dynamisch, weil es die Analyse sozialen Wandels ermöglicht. Es schafft Freiraum für eine situative Analyse wie auch für die Analyse historisch wandelbarer gesellschaftlicher Strukturen und die Berücksichtigung individuell-biografischer Veränderungen im Lebenslauf. Dies wird nur möglich, weil das Konzept (a) aufgrund makrostruktureller Vermittlung auf Aggregatebene (b) zu Aussagen über „objektive“ Lebenslagen und (c) ihrer „subjektiven“ Verarbeitung kommt. Letztere ist lebensgeschichtlich erworben (d. h. soziogenetische Komponente) und im komplexen Zusammenspiel des historisch-gesellschaftlichen Wandels gefasst (d. h. variabel zu der jeweiligen zeitlich-sozialen Konstellation). Das alles beschreibt die komplexe Dynamik der Lebenslage.

Dem Lebenslagenansatz haftet zu Unrecht der Makel der Theorienlosigkeit an. Freilich muss das Konzept um soziologische Ungleichheitstheorie ergänzt werden. Es kann daher auch als theoretisches Leitkonzept für empirische Untersuchungen dienen (Backes 1997). Vor allem im Bereich der Sozialstrukturanalyse hat es bereits fruchtbare Ansätze gegeben (vgl. Schwenk; Berger-Schmitt; Habich/Zapf etc.). Der Lebenslagenansatz passt sich auch exzellent in das von Doris Lucke vorgelegte allgemeine Akzeptanzkonzept ein. Akzeptanz verlangt die konzeptuelle Berücksichtigung der

⁴⁸ Anm.: Jedoch ohne eine additive Logik der Schichtkonzepte und Statuskonsistenzvermutung anzunehmen.

Akzeptanzkontexte, des Akzeptanzobjekts und des Akzeptanzsubjekts. Die objektiv-äußere Lebenslage als sozialstrukturelles Abbild von sozialer Ungleichheit dient als Akzeptanzobjekt. Als Akzeptanzkontakte bzw. Handlungskontexte sind die historisch-konkreten gesellschaftlichen Bedingungen auf der einen, und die objektive Lebenslage auf der anderen Seite zu verstehen. Der Lebenslagenansatz fungiert im Akzeptanzkonzept als theoretische Schaltstelle, weil er Akzeptanzobjekt, -kontext und -subjekt miteinander verknüpft und im Sinne der sozialen Ungleichheitsthematik fundiert. Das Lebenslagenkonzept vermag auf Basis strukturtheoretischer Annahmen, die gesellschaftlichen Bedingungen und die objektive Lebenslage als relevante Akzeptanzkontakte bzw. als handlungstheoretische Voraussetzungen mit subjektiven Denk- und Verarbeitungsprozessen, also mit dem Akzeptanzsubjekt, zu verbinden.

Dennoch sind aufgrund der konzeptionellen Uneinheitlichkeit des Lebenslagenansatzes Probleme und Defizite bei der empirischen Umsetzung zu erwarten: Einerseits wären viele Einzeldimensionen der Lebenslage zu berücksichtigen, die empirisch kaum in ihrer Fülle eingelöst werden können und in sehr unübersichtlichen Anzahl von Lebenslagetypen münden können. Es wurden andererseits Probleme bei der Datenbeschaffung konstatiert, da sowohl Makro- bzw. Meso- als auch Mikrodaten und zusätzlich objektive wie subjektive Informationen zu berücksichtigen sind. Darüber hinaus wurden zur Abbildung von Lebenslagen uneinheitliche empirisch-statistische Modellierungen angewendet, die weit hinter den konzeptionellen Annahmen zurück blieben (Clemens 1994). Mittlerweile haben sich jedoch in allen Kritikpunkten massive Weiterentwicklungen ergeben, was eine Neubewertung aus heutiger Sicht erforderlich macht. Diese wird im Methodenteil dieser Arbeit zu erfolgen haben.

3.4 Akzeptanzsubjekt: Deutung von sozialer Ungleichheit und Handlungsoptionen

Neben dem Akzeptanzobjekt und den Akzeptanzkontexten von sozialer Ungleichheit geht es in diesem Kapitel um das Akzeptanzsubjekt. Daher werden an dieser Stelle individualistische und handlungstheoretische Überlegungen angestellt. Und das in zweierlei Hinsicht: Einerseits wird in handlungstheoretische Grundlagen eingeführt und es werden verschiedene Modelle diskutiert. Auf der anderen Seite werden handlungstheoretische Aspekte in Theorien von sozialer Ungleichheit herausgearbeitet. Dabei wiederum werden drei Fragen zu erörtern sein: Wie laufen individuelle Wahrnehmungs- und Deutungsprozesse im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit ab? Welche Optionen hinsichtlich des sozialen Handelns stehen zur Verfügung? Welche kollektiven Wirkungen lassen sich davon ableiten?

3.4.1 Handlungstheoretische Grundlagen

Im vergangenen Kapitel über Akzeptanzkontakte von sozialer Ungleichheit wurden bereits mehrmals handlungstheoretische Aspekte angesprochen und diskutiert. Eine fokussierte Diskussion darüber ist jedoch noch ausständig und soll an dieser Stelle ausführlich nachgeholt werden.

Ganz generell kann man festhalten, dass Handlungstheorien aus der Perspektive einer allgemeinen Soziologie individualistische Erklärungsansätze des sozialen Handelns sind. Hinter jeder

handlungstheoretischen Annahme steht allgemein, dass soziales Handeln nicht zufällig stattfindet (d. h. intentional ist), sondern hauptsächlich im Rahmen der sozialen Verhältnisse und der sozialen Ordnung, in denen die Menschen leben, beeinflusst wird. Daran ist einerseits die Vorstellung geknüpft, dass die vorgefundenen Strukturen selbst gemacht sind, aber gleichzeitig nach vergangenen kulturellen Ziel- und Wertvorstellungen geformt wurden. Insofern sind sie auch prägend für künftige Generationen, aber natürlich auch in bestimmter Weise veränderbar und entwickelbar (Hennen/ Springer 1996; Kunz 2009).

Abgesehen von Verhalten, das rein an der Objektwelt orientiert ist, findet soziales Handeln in konkreten Begegnungen innerhalb von Handlungssituationen statt. Handeln kann einmal zielorientiert sein, d. h. intentional, weil damit beispielsweise die individuelle Absicht verbunden ist, bestimmte Bedürfnisse zu befriedigen. Neben der Auswahl von Bedürfnissen sind Menschen in aller Regel auf andere Menschen angewiesen und müssen ihr Handeln an anderen, d. h. sozial, orientieren. Dieses soziale Handeln wird nicht nur an den damit in Zusammenhang stehenden Handlungsmöglichkeiten, sondern auch an den Erwartungen anderer orientiert. Soziales Handeln ist daher zusätzlich an die normativen Vorgaben gebunden. Soziales Handeln findet also in konkreten Beziehungen innerhalb einer gemeinsam akzeptierten Situationsdefinition statt. Die Situation bestimmt die Möglichkeiten und Beziehungsform, in der gehandelt werden kann und in die Intentionen hereingetragen werden können. Abweichende Situationsdefinition und neue Intentionen bergen daher die Chance für Wandel und verleihen der Beziehung mitunter eine neue Qualität (Meulemann 2001).

Hinter all diesen prinzipiellen Annahmen verbergen sich biologische und anthropologische Erkenntnisse. Die soziale Bedingtheit betont zum einen den Sachverhalt, dass soziales Handeln nicht biologisch oder genetisch festgelegt ist, d. h. dass es sich keineswegs um eine reine Instinktsteuerung des Menschen handelt. Ohne physiologische und genetische Grundlagen leugnen zu wollen, besitzen Menschen eine ganz bestimmte Fähigkeit zur Reflexion, eine Fähigkeit zum Lernen, zur Wahrnehmung, zu symbolischer Vermittlung und zur Interpretation. Neben den physiologischen Besonderheiten zeichnet sich der Mensch durch seine besonderen intellektuellen und kulturellen Fähigkeiten aus. Zum einen ist der Mensch lernfähig, indem er Erfahrungen abspeichern und wieder abrufen kann. Nur so können Wissensbestände und Erwartungen erworben bzw. verschiedene kulturelle Vorlieben bewertet werden, wie beispielsweise Gewohnheiten und Lebensstile. Der menschliche Organismus ist darüber hinaus in der Lage, die Umweltreize selbstreferenziell zu bewerten und zu vergleichen, beispielsweise mit Standards oder mit bereits gemachten Erfahrungen und Bewertungen. In dieser Selbstreflexion ist die Entwicklung eines (Selbst-)Bewusstseins darüber möglich, wie auch die Fähigkeit zur gedanklichen Antizipation von Folgen des eigenen wie auch fremden Handelns. Der Mensch ist somit zur Symbolisierung abstrakter Denkinhalte fähig, beispielsweise über Wünsche, Erwartungen und Absichten, die über die Kommunikation vermittelt werden und die Wahrnehmung strukturieren. Soziologisch betrachtet sind die sozialen Beziehungen von kommunizierenden und interagierenden AkteurInnen eingebettet in ein gemeinsam strukturiertes System von Bedeutungen und Symbolisierungen. Jede objektive Situation ist sowohl subjektiv als auch sozial konstruierte Vermittlung symbolischer Kommunikation. Aufgrund der ausgeprägten intellektuellen Fähigkeiten ist Kulturfähigkeit deshalb möglich, weil der Mensch in der Lage ist, die gefundenen Techniken, das vorhandene Wissen, die etablierten Regeln zu tradieren. „Unter Kultur versteht man – allgemein – die erlernten, sozial angeeigneten, über Lernen,

Nachahmung oder Unterweisung tradierten, strukturierten und regelmäßigen, kollektiv verbreiteten Gewohnheiten, Lebensweisen, Regeln, Symbolisierungen, Wert- und Wissensbestände von Individuen einer Population, einschließlich der Arten des Denkens, Empfindens und Handelns“ (Esser 1999a: 159).

Unter Aspekten der Anthropologie ist Kultur und Gesellschaft als das Ergebnis stets eingeschränkter und limitierter materieller Reproduktion zur Erfüllung grundlegender (physiologischer) Bedürfnisse zu verstehen (vgl. Marx). Der Mensch verfügt über eine Möglichkeit der kulturellen Weiterentwicklung der materiellen (Re-)Produktion, etwa für das materielle Überleben. Weil er aber ein „Mängelwesen“ ist, ist der Mensch darauf angewiesen, über das Handeln typische Formen sozialer Beziehungen zu etablieren und auf Dauer zu stellen. Die soziale Koordination des Handelns übernehmen Institutionen mittels Regeln und sozialer Normen. Die dazu nötigen individuellen Eigenschaften sind die Fähigkeit zur Aufnahme bzw. zum Erhalt von sozialen Beziehungen (Soziabilität) und die Angewiesenheit auf soziale Steuerung und Stabilität des Verhaltens (Sozialität) (Esser 1999a). Die Funktion von Institutionen liegt einerseits in der Beschränkung, aus der Überfülle von Handlungsalternativen selektieren zu müssen, und andererseits soziales Handeln erwartbar (Gehlen 1986 [1940]; Plessner 1965 [1928]). Handeln ist somit an die sozialen Zusammenhänge und Interaktionen gebunden und wird über Zeichen bzw. Symbolsysteme koordiniert (Mead 1973 [1934]). Dabei markieren Wissen und Sprache die zentralen Mechanismen der Markierung, Ordnung, Objektivierung menschlicher Handlungszusammenhänge und gesellschaftlicher Konstruktion (Berger/ Luckmann 1996 [1966]; Schütz 1971).

Soziologische Handlungstheorien stellen daher einen Versuch der Erklärung sozial handelnder Subjekte dar, indem sie hypothetische Aussagen allgemeiner Handlungsursachen und Handlungs(aus)wirkungen bzw. -folgen machen. Neben dieser allgemeinen Zielsetzung bedienen sich Handlungstheorien unterschiedlicher Erklärungsebenen jenseits des Individuums (z. B. normgeleitetes Handeln). Grob können Handlungstheorien danach unterschieden werden, wie stark sie bei der Erklärung des sozialen Handelns auf die Beweggründe des Handelns, z. B. zielgerichtete Energien, dahinterliegende Gründe, Bedürfnisse, Motivationen, oder auf die Absichten und Ziele des Handelns (Intentionen) fokussieren. Hinter dieser prinzipiellen Unterscheidung stehen zwei unterschiedliche theoretische Handlungsmodelle, einerseits das Modell des *Homo sociologicus* und andererseits das Modell des *Homo oeconomicus*, deren Grundfesten nachfolgend dargelegt werden. Weil soziales Handeln ohne Motive ziellos und Handeln ohne Ziele grundlos bleiben müsste, gehören letzten Endes beide Ansätze miteinander vereint, indem z. B. soziales Handeln als die Umsetzung der Motivation in Intention aufgefasst wird. Aus diesem Grund wird noch in ein drittes Handlungsmodell eingeführt, das einen Ausweg zu versprechen vermag.

3.4.2 Grundlegende Handlungsmodelle

3.4.2.1 *Homo Sociologicus*

Das Modell des *Homo sociologicus* beschreibt die Handlungswahl im Rahmen vorgegebener institutioneller Gegebenheiten, d. h. akzeptierter sozialer Normen, Werte, Regeln und Rollen. Sie sind Handlungsrichtschnur, da sie mit Gratifikationen und Sanktionen ausgestattet sind, einerseits entweder mit einem guten oder schlechten Gewissen, bzw. andererseits durch Belohnungen.

In der Fassung von Talcott Parsons (1951) (bzw. Ralf Dahrendorf 1977 [1958]) werden diese Normen und Werte über die Sozialisation internalisiert, Menschen erwerben somit einsozialisierte Handlungsmotive. Alle sozialisierten Subjekte teilen sich diesen gemeinsamen Bestand an Normen und Werten. Beim Handeln orientiert sich das Individuum an der gegebenen Umwelt, die zuerst wahrgenommen bzw. besetzt und danach bewertet werden muss: Der Orientierungsprozess besteht daher aus einer Wahrnehmungsebene (kognitive Ebene), die auf den Erfahrungen und dem Erlernten aufbaut. Hinzu kommt die affektive Ebene, bei der die wahrgenommenen Objekte (z. B. Personen oder Handlungen) gefühlsmäßig, d. h. emotional besetzt werden. Gesteuert wird dies durch die (Lern-)Erfahrungen durch Gratifikation und Sanktion (Deprivation). Auf dieser kognitiv-affektiven Ebene ist soziales Handeln die von Erfahrung gestützte und von Wünschen „getriebene“ Erwartung. Letztendlich erfolgt die Handlungswahl jedoch nach Maßstab einer Bewertung auf der evaluativen Ebene. Dabei werden die kognitiv-affektiv entstandenen Erwartungen anhand von Normen und Werten bewertet (im Sinne des wünschbaren, vgl. Kluckhohn 1951: 395), weil sie erlernt, anerkannt, gültig (d. h. legitim) und daher verbindlich sind. Als der gesellschaftliche Anteil in uns steuert die Norm unser Handeln nach unseren Vorstellungen des Wünschbaren, weil wir uns selbst belohnen wollen. Konformität im Handeln bzw. konformes Handeln ist die Folge (Parsons/ Shils 1951).

Damit das möglich wird, bedürfen Menschen des generalisierten und differentiellen Lernens im Rahmen von Sozialstrukturen. Die individuelle Grundlegung erfolgt in der primären Sozialisation der Familienstrukturen, bei der die normativen Erwartungen gelernt werden, die Abstraktion von Geboten und Verboten ermöglicht, und die Internalisierung von Generalisierungen und die Ausbildung eines Gewissens impliziert. Das sorgt für die Komplementarität der Erwartungen aller Individuen und gibt gegenseitige Erwartbarkeit, soziale Stabilität und Konstanz (Parsons/ Bales 1955). Falls die inneren Instanzen jedoch – wider Erwarten – „versagen“, kommt der sozialen Kontrolle als äußere Instanz eine besondere Rolle zu und sie sorgt dennoch für Normkonformität. „*Von der möglichen Abweichung müssen äußere Drohungen abschrecken, wo innere Sanktion nicht wirkt. Nach einer Abweichung muss eine Instanz die Welt wieder zurecht rücken, indem sie strafft und resozialisiert, also die entmachtete innere Strafinstanz wieder inthronisiert*“ (Meulemann 2001: 62).

Das Handeln wird erst in der Handlungswahl bzw. in der Entscheidung für eine Handlungsalternative möglich, bei der eine Reihe individueller Handlungsprobleme gelöst werden müssen. Dazu stehen Individuen laut Talcott Parsons und Edward A. Shils fünf dichotome Orientierungsalternativen (sog. *pattern variables*) zur Verfügung⁴⁹: Das Handlungsproblem kann sich aufgrund der kognitiv-affektiven Ebene als affektiv (d. h. bloß auf sich selbst) oder als affektneutral darstellen. Erst beim Vorliegen von Affektneutralität wird das Handlungsproblem auf Basis von Werten gelöst (d. h. als evaluative Grundlage) und zwar hinsichtlich der Person bzw. des Subjektes, entweder kollektivistisch (gemeinschaftlich) oder individualistisch (selbstbezogen); partikularistisch (persönlich) oder universalistisch (allgemein/übergeordnet)⁵⁰; der Umwelt bzw. dem Objekt qualitativ oder leistungsbezogen (entweder passiv-zugeschriebene Beschaffenheit oder aktiv-erworbenes Verhalten); diffus oder spezifisch (je nach Funktion) (Parsons/ Shils 1951: 76ff.).

⁴⁹ Anm.: Die Dichotomien markieren gleichzeitig den Unterschied zwischen traditionalen und modernen Gesellschaften.

⁵⁰ Partikularistische Werte sind beispielsweise die Liebe und Fürsorge, universalistische Werte hingegen können beispielsweise Werte wie die Gleichheit oder Gerechtigkeit darstellen.

Der gesamte Handlungsansatz folgt der Idee eines „*übersozialisierten Menschenbildes*“ (Wrong 1961), bei dem der individuelle Antrieb sozial überformt ist und das soziale Handeln ausschließlich über „Schubfaktoren“ erklärt wird (Meulemann 2001: 52). Dem Handeln wird nach diesem Ansatz zwar eine Richtung gegeben, aber Handeln ist nur insofern zielorientiert (intentional), weil das Individuum von jenen Erwartungen an die Umwelt und Aussicht auf Gratifikation angetrieben wird. Die Entscheidung über die Handlung (oder die Handlungsalternativen) obliegt letzten Endes aber den normativen Bewertungen. Das Handeln wird bloß motivational nach dem Bedürfnis sozialer Anerkennung über sozialisierte Werte gesteuert. Ganz in der Tradition von Émile Durkheim (1961 [1895]) handeln die AkteurInnen als AgentInnen der Gesellschaft nach der Richtschnur der normativen Gesellschaftsstruktur. Ralf Dahrendorf drückte es folgendermaßen aus: „*Zu jeder Stellung, die ein Mensch einnimmt, gehören gewisse Verhaltensweisen, die man von dem Träger dieser Position erwartet; zu allem, was er ist, gehören Dinge, die er tut und hat; zu jeder sozialen Position gehört eine soziale Rolle*“ (Dahrendorf 1977 [1958]: 32). Die dahintersteckende zentrale These beschwört die Existenz und umfassende Wirkung der strukturellen Erwartungen der Gesellschaft, nach der die Individuen im Persönlichkeitssystem die Erwartungen als Motive, je nach Verfassung und Vorgabe des Sozialsystems, verinnerlicht haben, beispielsweise über soziale Rollen als Bündel normativer Verhaltenserwartungen. Die Erwartungen stehen den einzelnen nicht beliebig zur Disposition, sondern haben verbindlichen Charakter, wobei graduell zwischen Muss-, Kann- und Soll-Erwartungen unterschieden werden kann. „*Wer seine Rolle nicht spielt, wird bestraft; wer sie spielt, wird belohnt, zumindest aber nicht bestraft*“ (Ebd.: 36). Bei Deckungsgleichheit von Persönlichkeits- und Sozialsystem ist Konformität garantiert und wird gegebenenfalls von Instanzen der sozialen Kontrolle im Sinne der Konformität erzwungen. Handeln ist bei richtiger Sozialisation, d. h. in einem bestimmten sozialen Kontext (z. B. Alter, Geschlecht, soziale Lage), erworbene Einstellung oder Disposition, und soziale Kontrolle die (automatische) Ausübung der Normkonformität bzw. als Folge einer normativen Gegebenheit (vgl. Esser 1999a; Meulemann 2001). „*Der Mensch verhält sich rollengemäß*“ (Dahrendorf 1957: 100).

Dieser Ansatz macht die Erklärung von Ausnahmen, Anomalien und Konflikt schwierig (non-konformes Verhalten). Die Kritik seitens des symbolischen Interaktionismus (Blumer 2007 [1969]; Goffman 1977; Mead 1973 [1934]), der Ethnomethodologie (Garfinkel 1967) und des Pragmatismus (Dewey 2003 [1925]) lautete, dass Handeln vielmehr eine Frage der symbolischen Interpretation und interaktiven Definition der subjektiven Bedeutung der Situation von Subjekten ist. Sie reflektieren und verständigen sich darüber weniger passiv (z. B. bloß über Normen) sondern vielmehr aktiv im Sinne eines kompetenten, hellwachen, zielgerichtet handelnden Akteurs bzw. einer ebensolchen Akteurin. Das interpretative Paradigma betont den subjektiven Deutungsprozess von kollektiven Sinngebungen, Werten und Normen, Strukturen und Institutionen. In der Situationsdefinition wird am Hintergrundwissen orientiert und die Situation bildet den kognitiven Rahmen zur Benennung und Einteilung der Vorkommnisse. Das Handeln wird ergänzt durch interaktive und kreative Prozesse der symbolischen Kommunikation, in der die Bedeutung, die Ansprüche, der subjektive Sinn der Handelnden wechselseitig vermittelt und interpretiert werden. Der subjektive Sinn ist somit stets sozial vermittelter Sinn, ein Produkt der Interaktion. Nach dem interpretativen Ansatz wird daher auch schöpferische Kraft von Bewusstseinsprozessen gefordert, was die Existenz von Normen und Werten keineswegs zu negieren bedeutet. Menschen sind verständig und handeln nach den Maximen der subjektiven und praktischen Vernunft zur Lösung von Alltagsproblemen im Rahmen der Regeln und Situation intelligent und sinnhaft. Handeln ist aus diesem Blickwinkel interpretativ-

verständigungsorientiert, Handeln ist somit contingent und es lassen sich keine kausalen Aussagen über die Handlungswahl treffen.

3.4.2.2 *Homo Oeconomicus*

Das zweite zentrale handlungstheoretische Modell ist das des Homo oeconomicus: Es basiert auf anderen Annahmen, nämlich jenen des methodologischen Individualismus⁵¹: Durch die bewusste Abkehr von makrosoziologischen Ansätzen wird einerseits angenommen, dass sich alles Soziale auf das Individuum zurückführen lässt und sich aus individuellen Motiven, Bedürfnissen, Interessen und Handlung(sabsicht)en ergibt und daher rekonstruierbar ist. Andererseits ist die Annahme zentral, dass Handlungsalternativen rational unter Kosten-Nutzen-Aspekten bewertet und gegeneinander abgewogen werden. Es handelt sich dabei um die These der Nutzenmaximierung, bei der jede Handlung mit einer (zukünftigen) Erwartung verbunden ist und jede Handlungsentcheidung danach bewertet wird (z. B. nach den Folgen), ob sich der Einsatz oder die Handlungswahl tatsächlich lohnt.

Diese Theorie des Handelns entspricht einem utilitaristischen Ansatz (Boudon/ Bauriccaud 1992: 627ff.), der auch unter dem Namen der Theorie der rationalen Wahl (Rational Choice) bzw. als Wert-Erwartungs-Theorie diskutiert wird. Namensgebend deshalb, weil sie aus theoretischen Überlegungen einen Prozess des Abwägens der Auftretenswahrscheinlichkeit der Erwartungen (Erwartung über Folgen und Konsequenzen) sowie der Bewertungen (Evaluation, Wert, bewerteter Nutzen) beschreibt, nach dem jede zur Verfügung stehende Handlungsalternative verrechnet und danach gereiht wird (Wert multipliziert mit Erwartung). Die Entscheidung wird zugunsten der Handlungsalternative getroffen, deren Wert-Erwartungs-Gewichtung maximal ausfällt und den höchsten (erwarteten) Nutzen verspricht. Durch die Anwendung dieser einfachen Selektionsregel wird jene Alternative zur latenten Handlungsabsicht (Intention), die als zentrales und ursächliches Moment des (danach zu setzenden) tatsächlichen, d. h. manifesten Handelns fungiert. Diese allgemeine Handlungsregel definiert das Ziel des Handelns, das unter den gegebenen Möglichkeiten die höchste Effizienz im Vergleich von zur Verfügung stehenden Mitteln zum Erfüllen eines Zwecks verspricht.

Dahinter verbergen sich eine Reihe von unausgesprochenen Prämissen: Die Maximierung des individuellen Nutzens erfolgt nicht nur aufgrund der Fähigkeit zur rationalen Entscheidung, sondern auf der Grundlage „vollkommener“ Information und Voraussicht, z. B. in jeglicher sozialen Beziehung oder Situation, sowie über stabile und geordnete Präferenzen. Freilich nur im Rahmen der gegebenen Handlungsmöglichkeiten und -restriktionen, z. B. aufgrund materieller Ressourcen oder sozialer Normen, weil auch eine Sanktionsandrohung den antizipierten Nutzen schmälern kann. Das bedeutet, Handeln orientiert sich an den knapp zur Verfügung stehenden Mitteln (Esser 1999a). Kritisiert wurde vor allem die Annahme perfekter Informationsbasis und Fähigkeit ihrer umfassenden Verarbeitung. Insofern besteht die nicht sehr realistische Annahme von sicheren Erwartungen. Weiterer Kritikpunkt ist die Fähigkeit zur Nutzenschätzung und rationalen Nutzenabwägung (zwischen Logik und „Psychologie“ menschlicher Nutzensuche, z. B. Vergleichsprozesse relativer Deprivation). Realistischer hingegen wäre die Annahme einer begrenzten Rationalität (sog. *bounded rationality*, vgl. auch Giddens). Außerdem wird die Stabilität von Präferenzen und Bewertungen unterstellt (z. B. im biografischen Verlauf) und dass letztere unabhängig von institutionellen,

⁵¹ Er stellt zugleich individualistische Perspektive und methodisches Prinzip dar, mit der Basis theoretischer Konzepte und empirischer Verfahren (Büsches 1989; Treibel 2006).

normativen Rahmenbedingungen und sozialen Besonderheiten eingehen. Es ist auch keine individuelle Entwicklung, kein Lernprozess bzw. Wandel vorgesehen (Esser 1999a; Meulemann 2001).

Diese Kritikpunkte wurden von verschiedenen Vertretern ernst genommen und in die Annahmen einzuarbeiten versucht: Beispielsweise hat die Rational Choice Theorie zur Erklärung kollektiven Handelns und zur Erklärung der Realisierung von Gruppeninteressen beigetragen. Mancur Olson ging von der These aus, dass große Gruppen bei der Durchsetzung allgemeiner Interessen und bei der Beschaffung öffentlicher Kollektivgüter benachteiligt sind, vor allem deshalb, weil die Bildung von Verteilungskoalitionen in Großgruppen schwierig ist. Daher kommt es zu einer selektiven Entstehung und Durchsetzung von Interessen, und Wandel findet nur zögerlich statt (Olson 1968). Dieser Effekt besteht einerseits wegen des Problems der Nicht-Ausschließbarkeit, da entweder alle oder keine Mitglieder der Gruppe (Anm.: auch Nicht-Mitglieder) mit dem Kollektivgut versorgt werden (z. B. bei Kollektivlöhnen). Da die Entscheidungsfindung, beispielsweise in Parteien(-systemen) (z. B. bei Koalitionsregierungen) und Verbänden (z. B. Gewerkschaften), zumeist über demokratische Prozesse erfolgt (z. B. auf Basis eines Wahlentscheids), ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass von der Entscheidung alle gleichermaßen profitieren. Viel eher wird auf einen Konsens geeinigt („Minimalkonsens“, der kleinste gemeinsame Nenner), bei dem nur die Minderheit „Kosten“ zu tragen hat. In der Folge kann es zu einer suboptimalen Versorgung mit dem Kollektivgut kommen. Es komme außerdem auch zu einem weiteren folgenreichen Nachteil: dem Trittbrett- bzw. Schwarzfahren. Da in großen Gruppen die Einzelinteressen kein wirkliches Gewicht haben, also nicht durchsetzbar und bloß mit individuellen Kosten verbunden sind, passiert es, dass Individuen ihr mühseliges und kostenreiches Engagement zur Interessendurchsetzung nicht zeigen. Da Menschen bequem sind, hoffen sie stattdessen darauf, dass andere diese Kosten tragen und man selber nur den Nutzen daraus zieht. Aus dieser Perspektive sind es nie bloß Normen, sondern die äußeren Bedingungen, die einen Anreiz für eine Entscheidung bieten. Wegen des Passivitätsverhaltens würde es bloß dann zur Herstellung eines Kollektivguts kommen, wenn soziale Mechanismen Abhilfe schaffen, beispielsweise über selektive Anreize, Druck oder Zwang. Kleine Gruppen sind aus der Perspektive der rationalen Wahl durchsetzungsfähiger, vor allem weil sie leichter Einigkeit über die Interessen erzielen und Übereinstimmung von Kosten und Nutzen erreichen. Kleine und privilegierte Gruppen tragen zwar die gesamten Kosten, sind aber elitärer und leichter organisierbar. In der Folge haben Partikularinteressen eher die Chance ihrer Durchsetzung und soziale Ungleichheit geht in Richtung der ohnehin schon Privilegierten. Die makrosoziale Hypothese lautet, dass in der langfristigen Perspektive ältere Demokratien und Politiksysteme größere Einkommensungleichheit, höhere Arbeitslosigkeit und langsamer wachsende Wirtschaften aufweisen (werden) als andere Gesellschaften. Um das zu verhindern, dürften beispielsweise Sonderinteressengruppen nicht in der Lage sein, ihre eigenen Interessen durchzusetzen bzw. für eine Umverteilung zu den eigenen Gunsten zu sorgen (Olson 1985).

Die individualistische Perspektive des Homo oeconomicus wurde auch mit anderen Makrophänomenen zu ergänzen versucht. Aufbauend auf dem Behaviorismus und der Lerntheorie entwirft beispielsweise Karl Dieter Opp eine Theorie des Handelns im Sinne von positiver und negativer Verstärkung. Auf Basis von Reiz- bzw. Stimulus-Situationen werde diesem Erklärungsansatz nach aus verschiedenen Alternativen (nach Abwägung von Vor- und Nachteilen) die günstigste und erwünschteste gewählt. Es kommt allerdings zur individuellen Deprivation, d. h. zu Mangel- oder Verlustzuständen, wenn etwas Gewünschtes entzogen wird, entweder in Form von privaten

Ressourcen oder auch von öffentlichen, d. h. kollektiven Gütern (z. B. sozialer Frieden und Gerechtigkeit). Es kann weiters zu Krisensituationen kommen, wenn etwas Unerwünschtes eintritt bzw. es zu einer nicht hinreichenden Herstellung eines Kollektivgutes kommt (Opp 1978: 8). Mögliche Reaktionen darauf sind Protest oder Apathie, letztere ist die zunächst naheliegende Handlung. Aufgrund der Problematik der Kollektivgüterproduktion bzw. des Trittbrettfahrens findet man sich der Tendenz nach mit dieser Krise zunächst einfach ab (vgl. Olson 1968). Bei steigender Deprivation kann sich dieses apathische Verhalten jedoch zu individuellem (isoliertem) oder kollektivem Protest entwickeln, mit dem Ziel, die Krise durch Auflösung der Mangelsituation zu beenden. „*Wenn Personen bestimmte Handlungen ausführen, dann nennen wir diese Handlungen nur dann Protesthandlungen (oder Protest), wenn die Personen deutlich machen, daß die Handlungen andere dazu bringen sollen, die nach ihrer Meinung die Deprivation bedingenden Sachverhalte ganz oder teilweise zu eliminieren*“ (Opp 1978: 24).

Auch James S. Coleman versuchte, kollektive Gegebenheiten stärker zur berücksichtigen. Im Sinne des methodologischen Individualismus handelt es sich bei ihm ebenfalls um eine/n zielgerichtete/n und rational handelnde/n Akteur/-in, er betont jedoch gleichzeitig die soziale Eingebundenheit von und den sozialen Austausch unter Menschen. Neben den individuellen Handlungsressourcen müssen ebenfalls das soziale System, die Beziehungs- und ihre Belohnungsstrukturen für die Handlungserklärung berücksichtigt werden. Nach Coleman geht es nicht bloß um den Austausch von Gütern, sondern vielmehr um die Berücksichtigung von sich überkreuzenden Handlungssystemen sowie von Handlungs- und Kontrollrechten, beispielsweise in Form von Herrschafts- und Vertrauensbeziehungen. Damit wird die Möglichkeit der individuellen Autonomie und Nutzenmaximierung relativiert. Vom Homo oeconomicus in seiner Reform wird abgegangen, vor allem aufgrund des folgenden sozialen Umstands: „*Akteure kontrollieren die Aktivitäten, die ihre Interessen befriedigen können, nicht völlig, sondern müssen erleben, daß einige dieser Aktivitäten teilweise oder vollständig von anderen Akteuren kontrolliert werden*“ (Coleman 1991: 35). Coleman kommt in seiner Sozialtheorie zur Einsicht, dass wegen der vielfältigen Beziehungsstrukturen der Wechsel von der individualistischen zur kollektivistischen Auffassung mit kollektiven AkteurInnen erforderlich sei.

3.4.2.3 Handlungstheoretische Verbindung von Mikro- und Makroebene

Die Kritiken und Erweiterungsversuche weisen darauf hin, dass eine gute soziologische Handlungstheorie nicht auf der Mikroebene stehenbleiben darf, sondern den sozialen Rahmen, in dem soziales Handeln abläuft, berücksichtigen muss. Es bedarf neben der Mikroebene des Handelns einer Spezifizierung der sozialen Tatbestände auf meso- bzw. makrosozialer Ebene, an denen sich Individuen in ihren Handlungen orientieren, beispielweise wie die gesellschaftliche Ordnung bzw. die Sozialstruktur als sozialer Tatbestand die individuellen Entscheidungen beeinflussen.

Wie schon bei Durkheim grundgelegt, ist die Aufgabe der Soziologie, die sozialen Tatbestände und ihre Bedeutung für die AkteurInnen zu rekonstruieren. Auch dieser Aspekt ist Erkenntnisabsicht in Max Webers Handlungsoziologie, nämlich das soziale Handeln deutend zu verstehen und in seinen Wirkungen ursächlich zu erklären. Individuelles soziales Handeln ist bei Max Weber ebenfalls zielgerichtet, das sich sinnhaft auf das Verhalten anderer bezieht und sich daran in seinem Ablauf orientiert (Weber 1980 [1922]). Zentrales Element ist der „subjektive Sinn“, der mehrere Elemente beinhaltet: Der subjektive Sinn ist die planende Absicht, die jemand in einer Situation verfolgt und der die wahrgenommene und antizipatorisch vermuteten Erwartungen gegenüber anderen

InteraktionspartnerInnen⁵², d. h. situationsverbindliche sowie alltagstheoretische Auffassungen und Orientierungen, berücksichtigt (Amann 1991). Der subjektive Sinn führt zum Handeln, soziales Handeln ist also intentional-absichtsvolles Handeln, das gleichzeitig immer auf andere gerichtet ist. In Abhängigkeit der Reaktionen bzw. Reaktionsmöglichkeiten anderer, ist die Intention des Handelns auf die Verwirklichung eines Zwecks oder Ziels gerichtet, also das Anstreben eines „Erfolgs“, noch bevor die tatsächliche Handlung gesetzt wird.⁵³

Die Bestimmungsgründe (Motive, Absichten) des sozialen Handelns (d. h. der vermeinte Sinn) können jedoch sehr unterschiedlich sein. Max Weber unterscheidet zwischen zweck- und wertrationalem, traditionalem und affektuellem Handeln, die jeweils als begrifflich reine Typen zu verstehen sind und empirisch nie in ihrer Reinform vorkommen: Affektuelles Handeln wird durch Emotionen sowie Gefühlslage ausgelöst und liegt jenseits bewusster oder sinnhafter Beeinflussung oder Orientierung. Das Element sinnhafter Orientierung im Handeln fehlt auch dem traditionalen Handlungstypus, bei dem das Handeln kraft Tradition, entweder durch eingelebte Gewohnheit oder bewusstes Festhalten einer bestimmten Regel, getragen ist. Nach dem zweckrationalen Typus ist der mit dem Handeln verbundene Sinn mit einer rationalen Abwägung des Zwecks, der Ziele und Mittel, aber auch der Folgen verbunden (inkl. eventueller Nebenfolgen des Handelns). Beim zweckrationalen Handeln bedeutet Rationalität die Abwägung der Mittel unter Betrachtung der (Neben-)Folgen eines gegebenen Zwecks. Es ist eine Handlungsorientierung unter Mittel- und Kostenabwägungen, insofern Orientierung an den „objektiv“ besten Mitteln bzw. am eigenen Nutzen. Die Wahl der Mittel wird ohne Berücksichtigung von persönlichen Werten getroffen. Handeln nach dem wertrationalen Typus hingegen orientiert sich am bewussten Glauben, am (Eigen-)Wert einer Handlung im Dienst der inneren Überzeugung. Liegt die motivierende Kraft der Handlung in der persönlichen Einstellung und im subjektiven Eigenwert, liegt wertrationales Handeln vor. Es folgt jedoch insofern rationalen Mittelabwägungen, als es sich entweder nach einem „ethischen, ästhetischen oder religiösen“ Gesichtspunkt oder nach dem „bewussten Glauben“ (Weber 1980 [1922]: 12) orientiert.

Nach rein rationalen „Beweggründen“ liegt als soziologisches Erklärungsprinzip des Handelns ein Primat von Rationalität vor, d. h. eine Vorstellung einer Hierarchie von Zwecken und Mitteln. In der Praxis erfolgt Handeln neben zweckrationalen hauptsächlich auch nach wertrationalen Überlegungen, beide sind primäre Elemente der Handlungsorientierung von AkteurInnen. Beide Gesichtspunkte kommen zusammen und fungieren als Handlungsebenen mit einer Auswirkung auf Entscheidungen: Bei zweckrationalen Abwägungen können Wertepräferenzen, normative Vorstellungen und Regeln der institutionalisierten Ordnung (Konformität, Zwang, Kontrolle, selektiver Anreiz als soziale Mechanismen) zu einer Verschiebung der Präferenzen beitragen. Bei wertrationalen Überlegungen kann es zu einer Umgewichtung nach Kosten-Nutzen-Elementen kommen. Zweck- und wertrationale Überlegungen sind zwei unterschiedliche, sich möglicherweise gegenseitig ergänzende Perspektiven auf das Handeln, was für eine Kombination der klassischen Handlungstheorien von Talcott Parsons und Max Weber spricht: Soziale Tatbestände sind aus dieser Überlegung her keine ausschließlich hoheitlichen Normen, die die Erwartungen vollkommen lenken

⁵² Auch Georg Simmel hat darauf hingewiesen, dass das Individuum nicht immer in direkter Wechselbeziehung mit den anderen InteraktionspartnerInnen stehen muss, sondern „als Nachhallen vergangener oder Antizipation künftiger Beziehungen“ (Simmel 1908: 77) verstanden werden kann (Treibel 2006).

⁵³ Anm.: Methodologisch geht es Max Weber darum, den Handlungssinn, der verstanden werden muss, in nomologische Hypothesen zu transformieren, die dann empirisch zu prüfen sind. Die Erklärung des Handlungsablaufs ist nur auf dieser Ebene möglich.

oder innerlich das Gewissen steuern. Vielmehr sind sie prinzipiell antizipierbare bzw. tatsächlich antizipierte alternative Reaktionen der anderen, wonach AkteurInnen ihr Handeln ausrichten (Hennen/ Springer 1996; Meulemann 2001).

Gesellschaft ist die Summe sozialer Tatbestände mit Relevanz für das Handeln: Erstens liegen sie für die Handelnden als objektiv-äußere Bedingung in Form einer Struktur von institutionalisierten Normen (Moral, Werte, Scham) bzw. einer spezifischen Ordnung vor. Etwa aus dem Wunsch nach Konformität oder Akzeptanz orientieren sich Individuen an ihnen. Somit bestimmen institutionalisierte Normen mit, was getan werden muss. Sie treiben das Handeln an. Zweitens sind die Tatbestände für das Handeln in Form einer äußeren Strukturierung von Gelegenheiten (z. B. Mittel und Ressourcen) bzw. Externalitäten⁵⁴ (vor-)gegeben, die für die Bedürfnisbefriedigung und Interessenverfolgung relevant sind. Zur Zielerreichung werden auch die vorhandenen Mittel (Ressourcen) und die erwarteten Folgen und Nebenfolgen auf Basis von Nutzenüberlegungen abgeschätzt und bewertet. Bei der Handlungswahl gehen neben dem Eigenwert auch andere Wertepräferenzen, die Vorstellungen des Wünschbaren, die sozialisatorische „Prägung“, aber auch frühere Handlungserfahrungen oder routinemäßige Gewohnheiten ein. In ihrer Gesamtheit definieren sie erst die erstrebenswerten Ziele und Interessen und geben der Handlung die notwendige (Aus-)Richtung („Man muss zuerst einmal wissen, was man will.“).

Handlungstheoretischer Dreh- und Angelpunkt ist der subjektive Sinn bzw. die interpretative Dimension. Anders formuliert: Die innere Deutung der Wahrnehmung und Besetzung der äußeren Bedingungen und der subjektiven Verarbeitung und Bewertung der gegebenen Handlungssituation und deren antizipierender Berücksichtigung auf mögliche Handlungsoptionen und wahrscheinliche Handlungsergebnisse zur Interessenverfolgung bzw. -realisierung. In ihrer Wirkung aggregieren die kollektiven Handlungen zu komplementären Erwartungen und interdependenten Handlungen.

3.4.2.4 Das RREEMM-Modell der erklärenden Soziologie

Den beiden oben dargestellten handlungstheoretischen Modellen gemeinsam ist die Analyse des individuellen Handelns, einerseits als normgerechtes, rollenmäßiges Handeln ohne Alternativen und andererseits als rational-nutzenmaximierendes Wahlhandeln. Beide Ansätze wurden wegen ihrer einseitigen Annahmen als relativ ungeeignet für eine befriedigende soziologische Erklärung des sozialen Handelns kritisiert. Diese Kritikpunkte markieren den handlungstheoretischen Übergang zum Modell erklärender Soziologie, die – aufbauend auf die Überlegungen von Siegwart Lindenberg (1985) – im deutschsprachigen Raum durch Hartmut Esser (1999a) eine Verbreitung fand.

Da in der Soziologie das Grundinteresse an der Analyse von Kollektivphänomenen vorliegt, müssen sie mit der individuellen Ebene systematisch mittels handlungstheoretischer Überlegungen in Verbindung gebracht werden. Siegwart Lindenberg und Hartmut Esser versuchen daher, den rationalen Ansatz wie auch jenen der sozialen Einbettung gleichzeitig in einem integrativen Handlungsmodell zu betonen. Ausgangspunkt ist das sozial-anthropologische Postulat, nach dem der/die menschliche Akteur/in mehrere typische Eigenschaften aufweist: Grundbedürfnisse des Menschen sind die soziale Wertschätzung und physisches Wohlbefinden (bzw. -ergehen). Dafür wissen Menschen ihre Ressourcen zu nutzen. Sie agieren daher ressourcenorientiert, sind dabei jedoch gleichzeitig in ihren Möglichkeiten eingeschränkt. Geleitet werden Menschen von ihren

⁵⁴ Im Sinne „positiv oder negativ bewerteter Konsequenz sozialer Interdependenzen“ (Opp 1983: 69).

Erwartungen in Bezug auf die Zukunft und bewerten dabei ihre Umwelt und sich selbst. Außerdem haben Menschen ein Interesse an einer maximalen Verwirklichung ihrer Ziele. Auf den Nenner gebracht: Menschen sind *resourceful, restricted, expecting, evaluating, maximizing men*, in seiner Abkürzung namensgebend für das RREEMM-Modell. Damit wird das Bild eines findigen, kreativen, reflektierten und überlegten Menschen entworfen. Laut den VertreterInnen des Modells tragen diese fünf Eigenschaften und grundlegenden Verhaltensweisen des Menschen das Potenzial zur Erklärung von individuellen Handlungen und dahinterliegenden Prozessen in sich.

Das Grundmodell dient der soziologischen Erklärung und weist vier Bestandteile auf: die Situation, den/die Akteur/in, das Handeln und seine Wirkungen. Die Bestandteile werden durch drei Prozesslogiken miteinander systematisch verbunden: Handlungssituation und AkteurIn über die Logik der Situation, AkteurIn und Handeln über die Logik der Selektion sowie Handeln und seine Wirkungen über die Logik der Aggregation. Das dahinterliegende Verfahren ist ganz in der Weberschen Tradition des verstehenden Erklärens zu sehen, nämlich: (1) Das deutende Verstehen des Handelns bzw. des damit verbundenen subjektiven Sinns, d. h. die situationsspezifische Rekonstruktion des subjektiven Sinns der Motive, des Wissens, der Gründe, die mit dem Handeln verbunden sind. (2) Auf Grundlage dieses Verständnisses, die ursächliche Erklärung des subjektiv sinnhaften Handelns unter Abgabe einer Entscheidung über Handlungsalternativen, d. h. der Angabe einer handlungstheoretisch begründete Selektionsregel, und (3) die Erklärung der kollektiven Wirkungen und externen Effekte des individuellen Handelns.

Hartmut Esser (1999: 246ff.) beschreibt den sozialen Prozess der Logiken über ihre theoretischen Voraussetzungen, Variablen und Modellierungsbestandteile: Aus handlungstheoretischer Sicht wird im ersten Schritt die soziale Situation über die Logik der Situation mit der Akteurin bzw. dem Akteur miteinander verknüpft (sog. Makro-Mikro-Verbindung). In der Situationsdefinition spielen die durch die Situation gegebenen (Kontext-)Bedingungen wie auch die Handlungsalternativen eine Rolle. Vorhandene natürliche oder soziale Opportunitäten bzw. Restriktionen sind rahmengebend für die zur Verfügung stehenden Handlungsalternativen. Mit entsprechender (immer zu leistender) theoretischer Untermauerung können Opportunitäten und Restriktionen über den Einfluss der sozialen Umgebung auf die AkteurInnen aufklären. Letztere fungiert in der Situationsdefinition als Orientierungsrahmen subjektiver Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen aus Sicht der AkteurInnen bzw. repräsentiert die institutionell vermittelten, grundlegenden Ziele der Menschen. Der Zusammenhang wird über Brückenhypothesen beschrieben, bei denen die Variablen der Situation mit den Eigenschaften des Akteurs bzw. der Akteurin modelliert bzw. systematisch in Verbindung gebracht werden, d. h. mit den subjektiven Erwartungen und Bewertungen der Situation (Esser 1996, 1999b), wie beispielsweise der Akzeptanz oder Ablehnung von sozialer Ungleichheit.

Hartmut Esser stellt der Logik der Situation ein weiteres Schlüsselkonzept beiseite: Das Konzept des Framing. Das Framingkonzept detailliert, was AkteurInnen in der Logik der „kulturellen“ Situationsdefinition routinemäßig tun, welchen Denkprozess sie typischerweise durchlaufen⁵⁵. Im Sinne des interpretativen Paradigmas (vgl. Schütz) geben AkteurInnen der Situation einen Rahmen (*frame*) und ein Handlungs-Programm (*script*). Unter Framing ist ein modellhafter Prozess der

⁵⁵ Der Prozess des Framing durchläuft folgende sieben Einzelschritte: 1. „objektive“ Situation, 2. Beobachtung (Kognition), 3. Frame-Modell => Frame-Modus, 4. Skript-Modell => Skript-Modus, 5. Orientierung, 6. Einstellung, 7. Handlung (vgl. Schaubild bei Esser 2001: 268).

Auswahl eines Bezugsrahmens zu verstehen, bei dem auf die eigenen Erfahrungen und Erwartungen zurückgegriffen wird. „*Ein Frame enthält (...) in typisierter Form die spezielle inhaltliche Definition der Situation, insbesondere das Oberziel, um das es in der betreffenden Situation geht. (...) Ein Skript (...) ist das Programm des Handelns innerhalb eines bestimmten Frames. Das Programm enthält die auf die Situation bezogenen typischen Erwartungen und Alltagstheorien über die typische Wirksamkeit typischer Mittel*“ (Esser 2001: 263).

Somit ist das Framing ein Wahrnehmungs- und Denkprozess, in dem AkteurInnen die „objektive“ Situation beobachten und wahrnehmen. Diese kognitiven Informationen werden einem inhaltlichen und gedanklichen Modell (Frame) zugewiesen und anschließend wird nach dem Skript gehandelt, entweder spontan-automatisch oder reflexiv-kalkulierend. Frame und Skript werden dem Individuum normalerweise nicht bewusst und treten erst bei Zweifel über die Situationsdefinition wieder ins Bewusstsein. Der/die Akteur/in vollzieht gedanklich das Framing, bei dem für eine spezifische Situation ein kultureller Bezugsrahmen gewählt wird. Die Rahmenwahl ist nicht völlig frei, der Spielraum hängt vom Kontext seiner Bezugsgruppen und seiner Gesellschaft ab. AkteurInnen stellen sich dann folgende Orientierungsfragen: Um welche Situation handelt es sich (Rahmung) und durch welche Mittel erreiche ich meine Ziele (Rezeptwahl)? „*Das Framing bedeutet damit die Selektion einer auf die spezielle Situation bezogenen Präferenz*“ (Esser 2001: 263). Die Rahmen- und Rezeptwahl ist von der institutionellen Verfassung und den darüber vermittelten individuellen Interessen und Bedürfnisse abhängig, die eine Einstellung gegenüber Handlungsalternativen ausprägt (z. B. latente Akzeptanzbereitschaft oder Ablehnung). Das Handeln läuft dann innerhalb eines Skripts ab und ist insofern ein „gerahmtes“ Handlungsprogramm (Treibel 2006).

Der zweite Schritt im Erklärungsmodell ist die Logik der Selektion. Sie verbindet die subjektiven Erwartungen und Bewertungen der AkteurInnen mit dem sozialen Handeln (sog. Mikro-Mikro-Verbindung). Soziales Handeln wird dabei als Entscheidung über Handlungsalternativen aufgefasst, die von den AkteurInnen in entsprechender Weise zu selektieren sind bzw. von welchen eine adäquate auszuwählen ist. Der Zusammenhang zwischen der subjektiven Seite und der Handlungswahl muss über eine kausalartig formulierte Handlungstheorie begründet werden, unter Angabe entsprechender Selektionsregeln bzw. Kausalthypothesen. Außerdem muss sie in ihren Randbedingungen mit den Brückenhypothesen verbunden werden. Die handlungstheoretische Erklärung muss die subjektiven Erwartungen und Bewertungen im Ursachenteil anführen und eine allgemeine und einfache kausale Regel bei der Wahl von Alternativen angeben, z. B. die Maximierung von Erwartungen und Bewertungen der mit der Situation gegebenen Alternativen⁵⁶ (Esser 1999b).

Im dritten und letzten Schritt wird das Handeln der AkteurInnen mit den dadurch erzeugten kollektiven Folgen in Verbindung gebracht (sog. Mikro-Makro-Verbindung). Für die Logik der Aggregation können vom Modell her keinerlei Details abgeleitet werden, jedenfalls sind aber die relevanten Variablen anzugeben, die die zu erklärenden kollektiven Zustände repräsentieren. Zur Erklärung von kollektiven Phänomenen bedarf es entweder formaler Transformationen bzw.

⁵⁶ Beispielsweise mit der Annahme begrenzter Rationalität (*bounded rationality*): Herbert A. Simon (1955, 1978, 1993) geht von der sog. „*Satisficing-Regel*“ aus, wonach es AkteurInnen nicht um Auswahl der „objektiv“ besten, sondern um die befriedigendste Handlungsalternative geht. Dies entspricht expliziter Subjektivierung innerhalb der Annahme eines rational-nutzenmaximierend handelnden Akteurs bzw. Akteurin. Die Wahl der Alternative, die in der Situation subjektiv gut genug ist beugt kognitiver Überforderung vor und stellt eine effiziente Entlastung von aufwendigen Such- und Entscheidungsprozessen dar (vgl. Kunz 2009).

Transformationsregeln über mathematische Modelle (z. B. bei Streikraten), der zweckmäßigen Festlegung von (partiellen) Definitionen des kollektiven Phänomens (z. B. Grad der kollektiven Ablehnung), oder der Annahme institutioneller Verfahrensweisen und Regeln (z. B. die Herausbildung einer politischen Interessensorganisation).

Zusammengefasst folgt soziales Handeln stets einer subjektiven Definition auf Basis von Situationselementen. Dabei spielen normativ-institutionelle Elemente (z. B. Gerechtigkeitsnormen) ebenfalls eine Rolle wie zur Verfügung stehende Mittel (z. B. die der Lebenslage) und Ziele der AkteurInnen (z. B. Interessen und Bedürfnisse). Zusammen stellen sie die Rahmenbedingungen, einen Bezugsrahmen einer kulturellen bzw. gesellschaftlichen Ordnung dar, unter denen Handeln erfolgt. Das Framing-Modell legt die grundlegenden Prozesse und Zusammenhänge dar, wie in der Situation orientiert und gehandelt wird. Es beachtet soziologische Vorarbeiten (u. a. Weber, Parsons, Mead, Schütz, Garfinkel) und berücksichtigt kognitionspsychologische und einstellungstheoretische Erkenntnisse (Sinnreize, Gedächtnis etc.) gleichermaßen. Auf den Punkt gebracht handelt es sich dabei um einen Vorgang, bei dem „objektiv“ vorhandene Objekte und Eigenschaften in einer Situation beobachtet und interpretiert werden. In diesem Prozess aus Wahrnehmung und Bewertung wird ein mentales Muster zur Situation (spontan-automatisch) aktiviert bzw. (reflexiv-kalkulierend) konstruiert. Grundlage der Orientierung ist, wie bereits erwähnt, ein kulturelles System mit einer je typischen Einstellung auf die Situation (als Summe von Wahrnehmungen und Bewertungen), das ein Skript des Handelns „auslöst“ und über eine entsprechende Intention zum Handeln führt. Welches Rahmen-Modell und welcher Modus der Orientierung angewendet wird, hängt von der Passung (*match*) der in der Situation beobachteten Objekte, der kulturellen Oberziele (z. B. Interessen) und der im Gedächtnis für das Modell vorhandenen Erwartungen und erwarteten Symbole sowie der damit verbundenen Bewertung möglicher Handlungsergebnisse ab. Nur bei einer schlechten Anpassung, bei einem sog. Mis-Match, kommt es zu einer Informationssuche und möglicherweise zu einer Änderung (*reframing*). „Das Framing bedeutet damit die Selektion einer auf die spezielle Situation bezogenen Präferenz. (...) Es folgt den darüber bestimmten primären Zwischengütern. Je nachdem also: den grundlegenden Interessen der Akteure, den jeweils geltenden funktionalen Imperativen einer gesellschaftlichen Sphäre, den kulturellen Fokalobjekten oder den normativen Vorgaben, um die es in einem Kollektiv geht“ (Esser 2001: 263). Die Handlung selbst folgt einem Programm (Skript) und enthält sehr ähnlich dem Frame die auf eine Situation bezogenen typischen Erwartungen und Alltagstheorien über die ebenfalls sozial vorstrukturierten typisch wirksamen Mittel. Handlungsskripte folgen daher materiellen, institutionellen und kulturellen Festlegungen.

3.4.3 Handlungstheorie in Gesellschafts- und Ungleichheitstheorien

In einem nächsten Schritt vor der Ableitung eines Akzeptanzkonzepts von sozialer Ungleichheit sollen nun die handlungstheoretischen Überlegungen im Lichte älterer und neuerer Theorien von sozialer Ungleichheit diskutiert werden. Wie dargelegt, steckt in den theoretischen Modellen die zentrale Idee der Strukturierung, also einmal die Annahme von Struktur hinter dem subjektiven Denken und individuellen Handeln. Auf den handlungstheoretischen Nenner gebracht, handelt es sich dabei erstes um einen subjektiven Prozess der Definition der Handlungssituation, und es handelt zweitens von der Grundlage für das individuelle soziale Handeln, das in der kollektiven Summe zu einem (neuen) Zustand aggregiert.

Die Ausgangsthese lautet nun, dass sich diese handlungstheoretischen Überlegungen auch auf Basis ausgewählter Theorien sozialer Ungleichheit finden und begründen lassen. Bei ihnen findet man – so die leitende Annahme – die zentralen theoretischen Begründungen für Mechanismen der Entstehung und des Erhalts von sozialer Ungleichheit. Beispielsweise wie die gesellschaftlich definierten und begehrten Ressourcen über die gesellschaftlichen Institutionen auf die Gesellschaftsmitglieder (Positionen, Ressourcen, Personen) verteilt werden. Das Ergebnis zeigt sich in einem spezifischen Lagerungsbild bzw. in einer objektiven Sozialstruktur (z. B. Klassen, Schichten, Lebenslagen), beispielsweise weil die Ressourcen nicht gleich auf alle Mitglieder und Gruppen verteilt wurden.

Die sich derart ergebende individuelle Stellung in der Ungleichheitsstruktur definiert einerseits die objektiven Lebensbedingungen. Die gesellschaftliche Situation und die objektive Lage stellen auf der anderen Seite gemeinsam die relevanten Handlungskontexte für das Denken und Handeln dar. Im Prozess der subjektiven Verarbeitung und Interpretation der Situation (Denken) ist die handlungstheoretische Ausgangsbasis bzw. Ursache für das konkrete individuelle Handeln zu sehen. Die einfache ungleichheitstheoretische Argumentationslinie lautet daher einerseits, dass sich in der (reflexiven) Verarbeitung der objektiv gegebenen Lebensbedingungen ein subjektives Bewusstsein über die gesellschaftliche Stellung ausbildet. Durch eine gleiche oder ähnliche gesellschaftliche (objektive) Lage wird andererseits eine typische Art des Interesses gebildet. Die implizite Annahme dahinter lautet, dass die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Sozialkategorie (z. B. Klasse) für die subjektive Definition der Situation bzw. für die Ausbildung einer Handlungsorientierung Bedeutung hat. Letztere ist vor allem die mit der Situation verbundene Kontrolle über materielle und immaterielle Ressourcen und mit den institutionellen Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung bzw. Interessenverfolgung verbunden. Durch die objektive Stellung und subjektive Zugehörigkeit sind Individuen und Gruppen unterschiedlich in der Lage, ihren Wunsch nach sozialer Anerkennung zu erfüllen und ihre Lebensziele zu erreichen⁵⁷, beispielsweise das des gesamten Wohlergehens, weil sie sich auf die gegebenen Möglichkeiten und Restriktionen einzurichten haben (vgl. Bolte et al. 1974: 117ff.).

In den vergangenen Kapiteln wurde schon theoretisch dargelegt, wie die begehrten Ressourcen über welche gesellschaftlichen Ordnungsaspekte unter welchen (Verteilungs-)Mechanismen zu welchen Sozialstrukturen und Folgen von sozialer Ungleichheit führen. In diesem Kapitel wird wieder von ausgewählten Theorien sozialer Ungleichheit zu sprechen sein, nun jedoch unter speziell handlungstheoretischen Gesichtspunkten. Ganz nach der Logik der Situation und der Selektion einer Handlung soll es daher um die ungleichheitstheoretischen Aspekte der subjektiven Denk- und Verarbeitungsmuster (Wahrnehmung, Deutung/Interpretation, Orientierung) einerseits und die Zusammenhänge mit der ungleichheitstheoretisch begründbaren Handlungswahl andererseits gehen.

In der Sichtweise spiegelt sich sowohl die Idee einer strukturellen Vorgabe für das Denken und Handeln, aber auch eine von Konsequenzen, d. h. einer Strukturierung der Situation, des Handelns und deren Folgen (Esser 1999b). Wenn man so will, dann haben Theorien sozialer Ungleichheit sich mit je unterschiedlicher Schwerpunktsetzung diesen Aspekten von gesellschaftlicher Strukturierung des Denkens und Handelns gewidmet: In der deterministischen Variante bei Karl Marx bilden (allein)

⁵⁷ Handlungstheoretisches Argument ist, das Menschen – egal in welcher Situation oder in welcher Lage – über ihre Mittel sinnhaft und vernünftig reagieren. Es besteht vielleicht eine Ungleichheit der Kontrolle über die Ressourcen zwischen den Gruppen, aber es herrscht Gleichheit an Interessen. Erstere können strukturelle Spaltungen in der Gesellschaft bedingen (Esser 1999b).

die ökonomischen Verhältnisse die materielle Grundlage für die Herausbildung einer gemeinsamen Situation: die Klasse im objektiven Sinn. Karl Marx unterscheidet zumindest zwei ökonomisch definierte Klassen voneinander, die privilegierte und benachteiligte Lebensbedingungen sowie -chancen bewirken, antagonistisch (d. h. relational) aufeinander bezogen und durch eine geschlossene Grenzziehung charakterisiert sind (Anm.: daher aber auch ihre innere Gemeinsamkeit). In aller Konsequenz bildet sich „*auf den verschiedenen Formen des Eigentums, auf den sozialen Existenzbedingungen (...) ein ganzer Überbau verschiedener und eigentümlich gestalteter Empfindungen, Illusionen, Denkweisen und Lebensanschauungen*“ (Marx 1973: 139). Die Gemeinsamkeit im Haben (oder Nicht-Haben) fördert die Erkenntnis der durch diesen Überbau strukturierten eigenen objektiven Klassenlage und die Herausbildung eines subjektiven und richtigen Bewusst-Seins über die wahren Ungleichheitsverhältnisse. Das darin angelegte akteurszentrierte Konzept besagt, dass die Klasse dann zu einer subjektiven Klasse „für sich“ wird (d. h. zu der zum Akteur/der Akteurin gewordene Klasse), wenn sich auf Basis gleicher Erfahrungen eine Orientierung ausbildet bzw. zu einem gemeinsamen Bewusstsein und im Handeln in einer politischen Organisation zum bewussten Klassenkampf führt. Dann werden sie „*Akteure im gesellschaftlichen Kräftespiel*“ (Kreckel 1990: 55) und sind nicht weiter bloß statistische Kategorie. Laut Karl Marx würde dieser Bewusstwerdungsprozess der Klassen (automatisch) gefördert durch die zunehmende Verelendung des Proletariats, die räumliche Konzentration der ArbeiterInnen in Großstädten (Anm.: da die Stadt-(Land-)Konzentration die Kommunikationsmöglichkeit beispielsweise zur politischen Agitation begünstige), die Ausbreitung des Solidaritätsgefühls unter den ArbeiterInnen und die zunehmende Unzufriedenheit über die anhaltende Chancenlosigkeit, den ökonomischen, politischen und sozialen Gegebenheiten zu entfliehen⁵⁸ (vgl. Bolte et al. 1974: 19).

Wie sich aus der objektiven Situation eine subjektive Orientierung ableitet, ist auch bei Theodor Geiger angelegt, der genaue Mechanismus und die Folgen müssen jedoch auch recht ungewiss bleiben. Sein Modell markiert einen wichtigen Übergang zu schichtungstheoretischen Überlegungen insofern, als er neben materiellen (Lebensstandard) auch immaterielle (Privilegien, Ansehen) als die objektiv-äußerlen Merkmale der sozialen Lage sowie die Lebenschancen einer Personengruppe definierte. Nach seiner Überzeugung ist mit der sozialen Lage gleichzeitig auch eine lagetypische subjektiv-innere Haltung verbunden. Die Verbindung von Lage und Schichtmentalität ist für ihn eine bedingende Kraft bei der Ausbildung einer Handlungsintention, zwar nicht deterministisch, aber auch nicht näher bestimmt. In Andeutungen weist Theodor Geiger auf einen spezifischen Lebensduktus.

Neben der ökonomischen Strukturierung der objektiven Ungleichheitssituation ist diesen Ansätzen gemein, dass sie nicht vergessen zu betonen, dass ökonomische Strukturen gesellschaftlich entstanden und daher historisch wandelbar sind (z. B. Dialektik des historischen Materialismus) und je nach gesellschaftshistorischer Verfassung in jeweils unterschiedlich dominanten Merkmalen resultieren können. Bei den klassischen ökonomischen Ansätzen ist der Strukturierungsgedanke noch sehr starr, ungenau und unflexibel. Eine verbesserte Idee der Strukturierung findet sich bei neueren Vertretern, wie beispielsweise bei Anthony Giddens. Bei Anthony Giddens wird es zum dynamischen und beweglichen Konzept, das strukturtheoretische und handlungstheoretische Aspekte systematisch aufeinander bezieht. Demzufolge sind die formalen Bedingungen der gesellschaftlichen Strukturierung eine Folge von mittelbaren (Markt- und Mobilitätschancen) und unmittelbaren

⁵⁸ Karl Marx war weiters der (utopischen) Ansicht, dass dieses Ungleichverhältnis nur durch Revolution aufgehoben werden kann und in einer egalitären Gesellschaft (dem Kommunismus) enden wird.

(regulativen) Faktoren (Arbeitsteilung, Herrschaft, Konsummuster). Klassen sind strukturierte Phänomene des Zusammenwirkens dieser beiden Faktoren. Im konkreten Denken und Handeln äußern sie sich in klassenspezifischen Verhaltens- und Erwartungsmustern, gemeinsamen Wahrnehmung, Einstellungen und Überzeugungen sowie „*asymmetrischer Produktion von Lebenschancen*“, definiert als die „*Chancen eines Individuums, an den gesellschaftlich produzierten, ökonomischen und kulturellen ‚Gütern‘ in irgendeiner gegebenen Gesellschaft teilzuhaben*“ (Giddens 1979: 159).

Anthony Giddens nähert Struktur der Handlung bzw. dem Subjekt an, indem er von einer Dualität der Struktur ausgeht. Die gesellschaftlichen Bedingungen (Strukturen) strukturieren subjektseitig nicht nur das Handeln, sondern das Handeln ist gleichzeitig strukturgebend. Beides produziert und reproduziert das soziale Leben. Das Handeln ist über Raum und Zeit zwar niemals völlig frei, es unterliegt Zwängen und Restriktionen (Regeln), aber eröffnet immer auch Möglichkeiten und Opportunitäten (Ressourcen) (Giddens 1984). Das dahinterliegende Handlungskonzept geht von einem/r kompetenten, bewussten und reflexiven Akteur/in aus, der/die in die zeitlich geordnete und räumlich lokalisierte Sozialwelt eingebunden ist, mit der Fähigkeit, aktiv und folgenreich ins soziale Geschehen einzutreten. „*Handeln wird daher nicht als diskrete Handlung oder als intentionale Entscheidung gefaßt, sondern als Tun, nicht als kreativer Akt, sondern als rekursive Praktik eingebunden in das unablässige Geschehen der Sozialwelt*“ (Müller 1997: 170). Für den Akteur bzw. die Akteurin sind zwei Aspekte entscheidend: Einerseits die Handlungs-Fähigkeit (*capability*) und andererseits die Bewusstheit (*knowledgeability*). Weiteres ist der Wissens- und Erfahrungsvorrat (Handlungswissen). Handelnde können zwar auf beträchtlichen Reflexions- und Erfahrungsvorrat zurückgreifen, sie sind im Handlungswissen jedoch wegen unbewusster Motive, unintendierter Folgen und Bedingungen immer begrenzt (*bounded knowledgeability*). Handelnde werden daher nach Bewusstseinsstufen unterschieden, nämlich ob eine reflexive Handlungssteuerung, eine Handlungsrationalisierung oder -motivation vorliegt.

Jede Interaktion und Handeln besteht aus den Komponenten Kommunikation, Macht und Sanktion. Nicht nur Interaktion und Handeln, sondern auch die Prozesse der Strukturierung lassen sich damit analysieren, weil sie über die Art der Ausführung (Modalität) zur strukturellen Eigenschaft werden: In der Kommunikation werden über interpretative Deutungsschemata der Situations-Sinn und die Bedeutungszusammenhänge (Signifikation) kognitiv erfasst und rekonstruiert. Die Macht wird über die Durchsetzung von Machtmitteln bzw. Ressourcen (Fazilität) in Herrschaft etabliert. Sanktionen werden über Normen begründet und über Legitimation abgesichert.⁵⁹ Gesellschaften sind daher durch die Strukturprinzipien (Institutionengefüge) in Raum und Zeit, durch Territorium (Gebiet, Lokalität), Legitimität (Geltungsanspruch) und gemeinsame Gefühle der Identität charakterisierbar.

Da über das Handeln prinzipiell auch inkompatible Strukturarrangements institutionalisiert werden können, kann es bei Widerspruch und Unvereinbarkeit zu sozialen Konflikten kommen. Diese sind jedoch contingent, abhängig vom Zusammentreffen mittelbarer und unmittelbarer Faktoren der

⁵⁹ Nach Anthony Giddens können soziale Systeme über die strukturellen Eigenschaften Signifikation (S, Bedeutung), Domination (D, Herrschaft) und Legitimation (L, Geltung) charakterisiert werden. Herrschaftsstrukturen sind durch allokativ (materielle und arbeitsteilige) und autoritative Ressourcen (Kontrolle und Organisation von Gesellschaft) gekennzeichnet. Soziale Ordnung im Sinne eines Institutionengefuges sind Kombinationen dominanter Struktureigenschaften, wie z. B. symbolische Ordnung (S-D-L), politische Institutionen (D_{autorit.}-S-L), ökonomische Institutionen (D_{allokativ}-S-L), Rechtsinstitutionen (L-D-S).

Klassenstrukturierung.⁶⁰ Soziale Konflikte verweisen auf die Auseinandersetzung und Kämpfe von AkteurInnen und Gruppierungen, beziehungsweise auf Elemente für individuelle Sozialintegration und kollektive Systemintegration (Gruppenintegration). „Wenn Klassen soziale Realität werden, muß sich das in der Bildung gemeinsamer Verhaltens- und Einstellungsmuster manifestieren“ (Giddens 1979: 134), wobei Anthony Giddens dabei zwischen Klassenbewusstheit und Klassenbewusstsein unterscheidet: Klassenbewusstheit (*class awareness*) liegt bei gemeinsamen Einstellungen und Überzeugungen einer Gruppe vor, ohne das Wissen über die Klassenbedingtheit (z. B. in einer intransparenten Situation) bzw. ohne die Werte/Einstellungen anderer Klassen/Gruppen zu kennen (Anm.: sie bestehen ohne soziale Vergleichsprozesse, wie z. B. relativer Deprivation). Für das Klassenbewusstsein (*class consciousness*) hingegen kennzeichnend ist die Verbindung von Systemwiderspruch und sozialem Konflikt: Ein Bewusstsein über die objektive Lage baut auf gemeinsame Werte und Einstellungen (Zufriedenheiten), ein Wissen über die Bedingtheit (Gründe und Ursachen) und eine Kenntnis von Klassenidealen auf (Ziele). Das Bewusstsein wächst zudem graduell, je nach Neigung zum sozialen Konflikt, in drei Stufen an: Auf unterster Stufe liegen bloß Vorstellungen von Gruppendifferenzierungen und rudimentärer Gruppenidentität vor. Auf mittlerer Stufe kommt zur ausgeprägten Identität die Bereitschaft zur Austragung von Interessenkonflikten hinzu. Auf oberster Stufe liegt ein revolutionäres Klassenbewusstsein vor (z. B. wenn die sozioökonomische Ordnung als illegitim empfunden wird), wenn Alternativen zur gegenwärtigen Ordnung wahrgenommen werden und die Möglichkeit einer umfassenden gesellschaftlichen Reorganisation besteht.

Unmittelbare Faktoren der Strukturierung sind für die Wahrnehmung einer Klassengesellschaft entscheidend; wenn die mittelbaren sich überlagern, verstärken sie, wenn sich die mittelbaren durchkreuzen, schwächen sie den Eindruck einer Klassengesellschaft (vgl. Ähnlichkeiten zu Blau). Für die Ausbildung des Klassenbewusstseins ist daher der gesellschaftliche Entwicklungstand und die institutionelle Verfasstheit zu berücksichtigen, beispielsweise wie der Klassenkonflikt institutionalisiert ist. Wegen des Zusammenspiels der Strukturierungsfaktoren sollte gleichzeitig den objektiven (Ungleichheits-)Bedingungen (z. B. der gesellschaftlichen Verfasstheit und der Lebenslage), der subjektiven Deutung (Akzeptanz) und Verarbeitung, aber auch der individuellen Lebensführung (Lebensstil) nachgegangen werden.

Gemeinsam ist vielen Ansätzen ebenfalls, dass sie in der objektiven Lage mehr oder weniger gute Lebensbedingungen und -chancen zur Erfüllung von Wünschen und Bedürfnissen begründet sehen. In der Kenntnis darüber bilden die Betroffenen ein subjektives Klassenbewusstsein (Marx, Giddens) oder eine Schichtmentalität (Geiger) aus. Darüber hinaus kann es zu einer gruppenspezifischen Herausbildung gemeinsamer Interessen, d. h. Handlungsstrukturierung, kommen, beispielsweise zu Strategien zum Erhalt oder zur Abschaffung der Lebensumstände.

Der Ausgangspunkt ist dem zwar ähnlich, aber im Ergebnis unterscheiden sich die Überlegungen bei Max Weber fundamental. Er betonte in seiner gewohnt handlungstheoretischen Manier, dass neben der durch äußere Lebensstellung der Klassenlage – aufgrund der Position in der Wirtschaftsordnung – bedingten Lebenschancen (bzw. dem inneren Lebensschicksal) die soziale und politische

⁶⁰ Starkes Klassenbewusstsein bildet sich in ethnisch und kulturell heterogenen Gesellschaften, wenn ökonomische Klassenbildung mit ethnischen, religiösen und anderen kulturellen Faktoren zusammenfällt und mit dementsprechenden Lebenschancen und -stilen korrespondiert (vgl. ähnliche Überlegungen bei Blau).

Ordnungsbildung beim Handeln berücksichtigt werden muss. Im Handeln äußern sich die sozialen Beziehungen und die damit verbundene soziale Privilegierung, Schätzung und Ehre (Ansehen und Prestige) in einer spezifischen Art der Lebensführung bzw. des Lebensstils. Darüber hinaus begünstigen eine objektiv ähnliche Klassen- und ständische Lage die Bildung einer sozialen Klasse, die durch die Wahrscheinlichkeit spezifischer Interessensbildung und -formierung charakterisiert ist (Anm.: jedoch nicht wie bei Karl Marx zwangsläufig ein Klassenbewusstsein mit sich bringt). Insofern steckt im „parteimäßigen Handeln“ das Handlungsziel, der subjektive Sinn der Durchsetzung von Interessen, was in vergesellschafteter Form die Macht- und Herrschaftsbildung auf handlungstheoretische Beine stellt. Neben den materiellen Bedingungen haben also auch noch andere institutionelle Regelungen mit dem Handeln zu tun. Schon im normativen Paradigma Durkheims zählte der Tatbestand sozialer Normen (*faits sociaux*) zu einer Grundkategorie der Handlungsmotivation. Talcott Parsons fragt daher nicht nach den materiellen Determinanten (Marx) oder nach den subjektiven Sinngebungen (Weber), sondern nach den Motiven und Prozessen der konformen, integrierenden und stabilisierenden Handlungsorientierung in normativ vorstrukturierten Situationen (vgl. *pattern variables*). In der Variante der funktionalistischen Schichtungstheorie sind die sozialen Ungleichheiten sogar unbedingte Notwendigkeit und Erfordernis für das gesellschaftliche Funktionieren. Die gesellschaftlichen Normen und Werte sorgen über moralische Wertungsprozesse für eine differentielle soziale Rangordnung (Anm.: Durch die ungleiche Bewertung der PositionsgeberInnen und Belohnung durch begehrte Güter). Damit ist die Zielsetzung verbunden, die gesellschaftlich erforderlichen Positionen zu besetzen. Die Schichtung der Gesellschaft ist das Ergebnis (Davis/ Moore 1945).

In der konflikttheoretischen Perspektive von Ralf Dahrendorf werden die gesellschaftlichen Verhältnisse ebenfalls durch ein System der geltenden Werte und Normen dominiert. Die Interpretation läuft jedoch nicht auf Integration oder Konformität im Handeln hinaus, sondern auf die Begründung von sozialem Konflikt. Die Normen und Werte sind nicht Funktionserfordernis, sondern vielmehr als ein Ergebnis der Interessenformierung anzusehen, in der die privilegierten Gruppen ihre sozialen Normen durchgesetzt haben. Die herrschenden Wertvorstellungen, institutionalisiert in der geltenden (Herrschafts-)Ordnung haben die „Macht“, die Verteilung begehrter und knapper Ressourcen über ihre Normen zu regeln, was die Ungleichheit des Ranges und der Positionen begründet. Laut Ralf Dahrendorf beginnt Ungleichheit erst dort, wo aus sozialer Ungleichartigkeit über einen Bewertungsprozess soziale Ungleichwertigkeit entsteht (Dahrendorf 1966 [1961]). Erst der Bewertungsprozess macht aus objektiven Unterschieden soziale Unterscheidungen, hierarchisch besser oder schlechter, höher oder tiefer. Kurz: soziale Ungleichheit. Die gesellschaftlichen Verhältnisse und Strukturen bestimmen nicht nur objektiv Macht- und Herrschaft, sondern äußern sich auch subjektiv im sozialen Handeln und in den Interaktionen der Menschen. Anders ausgedrückt: Macht und Herrschaft sind ökonomisch konstituiert und über materielle Mittel abgestütztes Verhältnis (Israel 1977). Ungleichheit bemisst sich aber erst im individuellen und kollektiven Handeln nach der Übereinstimmung damit, und das sehr folgenreich: „Wer den herrschenden Normen nicht genügt, darf sich also nicht wundern, wenn er weniger von den begehrten Gütern einer Gesellschaft erhält als andere“ (Hradil 2001: 72). M. Rainer Lepsius betont in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass gesellschaftliche Normen, Macht und Herrschaft für die Entstehung von Ungleichheit erst im Zusammenhang mit bestimmten Prozessen der Positionsbesetzung und deren Rechtfertigung bedeutsam werde. Die Möglichkeiten der Herrschaftssicherung bestehen in den Funktionsweisen staatlicher Organisation (politische Macht),

Besitz an Zwangsmitteln bzw. Kontrolle über Kommunikationsmittel und Medien (ideologische Macht) (Lepsius 1961: 54ff.).

Hinter all den Überlegungen steckt die Prämisse, dass das Denken und Handeln durch eine personen- wie auch situationsübergreifende normative Verfassung geprägt ist und für den Menschen umfassende Bedeutung hat, beispielsweise über gemeinsame Werte, zugewiesene Rollen und etablierte Regeln. Handlungstheoretisch signalisiert die Norm dem Akteur bzw. der Akteurin, was in einer gegebenen Situation geboten und verboten ist, also verbindliche Richtschnur für das Verhalten in einem gegebenen sozialen Kontext oder in einer sozialen Situation. Normen haben neben Normadressaten (Personen oder Gruppen) eine/n Normgeber/in (z. B. an Instanzen gebunden) und haben als Erzwingungsmittel die negative Sanktion oder positive Gratifikation mit dem Aspekt der äußeren oder inneren Kontrolle (Gewissen).⁶¹ Entscheidend ist jedoch, dass Normen und Regeln erst durch das Handeln aktualisiert werden, durch die Aneignung ihre Geltung bekommen und für menschliches Handeln maßgeblich sind.⁶² Ein normatives System ist dann effektiv oder wirksam, wenn sich die Personen oder Gruppen an der Vorstellung ihres Bestehens orientieren, d. h. geltend anerkennen. Max Weber spricht in diesem Zusammenhang von einer (Legitimations-)Vorstellung bzw. einem Glauben an eine Ordnung (Legitimitätsglauben⁶³). Eine Ordnung wird zur legitimen Ordnung, wenn die Normen im Denken und Handeln aktiv befolgt werden, Normbruch vermieden wird bzw. zu verbergen versucht wird, um z. B. einer Sanktion zu entgehen⁶⁴ (Amann 1991).

Jede soziale Ordnung hat somit handlungstheoretisch eine Chance, bei ihren AdressatInnen auf Zustimmung zu treffen. Das soziale Handeln ist an der Vorstellung vom Bestehen einer legitimen Ordnung orientiert und stellt ein Motiv für die Bereitschaft dar, der Ordnung (als konkremem Ausdruck von Herrschafts- und Machtverhältnissen) zu folgen bzw. ihr eine legitime Geltung zuzuschreiben. Aus herrschaftssoziologischen Überlegungen muss bei den Beherrschten eine Auffassung über die Bedingungen anerkannt sein, die die Herrschaftsordnung als rechtmäßige und anerkennungsfähige erscheinen lässt. Max Weber definiert: „*Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden; Disziplin soll heißen die Chance, kraft eingeübter Einstellung für einen Befehl prompten, automatischen und schematischen Gehorsam bei einer angebbaren Vielheit von Menschen zu finden*“ (Weber 1980 [1922]: 28). Anders gesagt bedeutet das, dass der Glaube an die Geltung der Ordnung allein für eine Herrschaft noch nicht ausreicht, da eine existierende Ordnung mit Anspruch auf Geltung immer auch an Gehorsam und Disziplin jener gebunden ist, an die sie gerichtet ist. Herrschaft aktualisiert sich immer erst durch das soziale Handeln und ist über soziale Beziehung etabliertes Verhältnis.

Wie entsteht eine soziale Ordnung und wie wird sie zu einem institutionalisierten und durch Regeln und Sanktionen gestützten und über materielle Mittel abgestützten Verhältnis? Eine Ordnung ist durch einen Prozess der Legitimierung gegangen, einen durch Reziprozität gekennzeichneten

⁶¹ Die „härtesten“ Normen sind formale Gesetze, sonst wird das Verhalten über andere Ordnungssysteme (z. B. Sitte, Moral, Konvention) gesteuert.

⁶² Meistens sind sie schon deshalb maßgeblich, weil sie auf eine entsprechende Weise zustande gekommen sind und Bestanteil der (herrschenden) sozialen Ordnung sind.

⁶³ Wobei die Vorstellung oder der Glaube an eine legitime Ordnung kraft Gesetz (Recht), Sitte(nnormen) und überkommene Meinungen (Brauch, Traditionen) begründet werden kann, d. h. kraft positiver Satzung, kraft affektuellen oder wertrationalen Glaubens oder kraft Tradition bestehen kann.

⁶⁴ Heinrich Popitz (1986) unterscheidet daher zwischen der kognitiven Vorstellung und der faktischen Geltung einer Norm (z. B. Häufigkeit des Normbruchs).

„Vorgang, durch den eine Handlung von den Beherrschten als rechtmäßig Anerkennung findet“ (Fuchs et al. 1978: 451) bzw. die Rechtmäßigkeit oder Anerkennungswürdigkeit einer sozialen Ordnung genießt. Eine Ordnung erlangt über das soziale Handeln ihre Legitimation, also den „*Nachweis der Herrschenden, daß die Bedingungen rechtmäßiger Herrschaft erfüllt sind*“ (Fuchs et al. 1978: 451). Die Herrschenden erheben gegenüber den Beherrschten einen Legitimitäts- bzw. Autoritätsanspruch, die Ordnung anzuerkennen. Bei den Beherrschten korrespondiert das mit einem Legitimitätseinverständnis und einer Legitimitätserwartung (Lucke 1995: 57) und Legitimität ist „(...)
die konsensgestützte Rechtmäßigkeit einer Handlung aufgrund einer bestimmten politischen Ordnung oder politischen Gruppierung, der von den Regierten/Beherrschten politische Rechtmäßigkeit zuerkannt wird“ (Lucke 1995: 55).

Normative bzw. systemseitige Grundlage der Ordnung ist die Legitimation aufgrund des Glaubens bei der charismatischen Herrschaft, der Geltung bei der traditionellen Herrschaft bzw. der sachlichen Übereinstimmung bei der rationalen/legalen Herrschaft (vgl. Weber). Sie besteht durch Bezugnahme auf die eigene Einstellung bzw. Handlung (kraft Tradition), auf übergeordnete Ziele und Wertvorstellungen (kraft Institution) oder auf Einhaltung vorab festgelegter (kraft formaler) Verfahrensregeln bzw. „Legitimation durch Verfahren“ (Lucke 2006; Luhmann 1969). Zusätzlich kann zwischen horizontaler und vertikaler Legitimation unterschieden werden (Popitz 1986).

Neben diesen normativ-systemseitigen Aspekten orientiert sich die Legitimität einer Ordnung jedoch auch an den individuellen Handlungen und konkreten Beziehungen und wird daher auch subjektseitig durch ihre Anerkennung bzw. Akzeptanz (auf der Seite der Beherrschten) bestimmt. Akzeptanz als empirischer Begriff – im Gegensatz zur Legitimation, die ein normativer Begriff ist – ist auf die positive und subjektive Bewertung, Übereinstimmung, Anerkennung und auf das rechtmäßig Gehaltenwerden der sozialen Ordnung angewiesen (z. B. von politischen Entscheidungen und ökonomischen Regelungen). Die subjektive Akzeptanz in (mehrheits)demokratisch verfassten Gesellschaften ist sogar zur Voraussetzung von Legitimität geworden und nicht mehr eine durch Legitimation erzwungene Folge. Subjektive Akzeptanz ist somit die notwendige Ergänzung der Legitimation. „*Faktische Gültigkeit und normative Verbindlichkeit (...) erlangt [die Legitimation] erst qua Akzeptanz*“ (Lucke 2006: 15). In Folge dessen ist Legitimation ohne Akzeptanz ausgeschlossen und ein Legitimationsprozess ohne die ihm entgegengebrachte Akzeptanz unvollständig (Ebd.).

Handlungstheoretisch ist die subjektive Akzeptanz ebenfalls als Vorgang bzw. als sichtbare Handlung auf prozessualer Ebene angesiedelt (Lucke 1995). Eine legitime (Herrschafts-)Ordnung erlangt somit erst über den Vorgang/Prozess der normativen Legitimation und der subjektiven Akzeptanz gesellschaftliche Legitimität. Trifft beides zusammen, ist mit Legitimitätserhalt bzw. -gewinn zu rechnen. Dann und nur dann hat die gesellschaftliche Ordnung ein Legitimitätseinverständnis und genießt den legitimen Glauben an die Legitimität der Geltung. Zusätzlich wird ihr aber auch eine Legitimitätserwartung entgegengebracht. Herrschaft in modernen demokratischen Gesellschaften legitimiert sich zwar weiterhin über die Performanz der gesamten Ordnung, es kommt jedoch zum Legitimitätsrisiko dann, wenn nach der subjektiven Überzeugung seiner Bevölkerung in die gesellschaftliche (Herrschafts-)Ordnung (mehrheitlich) nicht mehr eingewilligt wird. „*Akzeptanz muß intersubjektiv hergestellt werden und auf Seiten akzeptierender Subjekte und Akteure, die potentielle Akzeptanzobjekte prinzipiell auch nicht akzeptieren können, immer wieder aufs Neue beschafft werden*“ (Lucke 1996b: 243). Akzeptanz begrenzt die Legitimation und ist gleichzeitig Voraussetzung mit subjektiver Wirkungschance (vgl. den Gedanken der Dualität von Struktur bei Giddens).

Ungleichheitssoziologisch stellt sich dann systemseitig die Frage, wie gesellschaftlich knappe Ressourcen und Güter in modernen Demokratien durch Subsysteme und Institutionen verteilt werden. Auf Subjektseite stellt sich die Frage, ob das Verteilungsergebnis und dahinterliegende relevante Entscheidungen, Handlungen und Maßnahmen akzeptiert oder angezweifelt werden. Diesbezüglich stellt Doris Lucke eine These des Strukturwandels auf, nämlich, dass die Annahme oder sogar Unterstellung der subjektiven Akzeptanz zunehmend riskant wird, und zwar dann, wenn die Ungleichheiten zunehmen und sie für Individuen und Gruppen in immer mehr Lebensbereichen problematisch werden. Eine Akzeptanzkrise ist zunehmend wahrscheinlich und mögliche Folge davon⁶⁵ (Lucke 1996b, 2006). Im Falle einer Akzeptanzkrise kommt es zur Herausforderung für die Herrschaft und die Stabilität der gesellschaftlichen Ordnung überhaupt. Indikatoren dafür sind beispielsweise am Auftreten neuer Formen zivilen Ungehorsams, an unkonventioneller politischer Partizipation, an niedriger Wahlbeteiligung, an Partei-, Gewerkschafts- sowie Kirchenaustritten, aber auch am Entstehen neuer sozialer Bewegungen festzumachen (Lucke 1996).

Aus den bisherigen Überlegungen geht hervor, dass der Akzeptanz- und Legitimierungsprozess handlungstheoretisch unterschiedlich konzeptualisiert wurde, also beispielsweise aufgrund der Objektivierung durch gesellschaftliche Strukturen (vgl. Marx, Giddens) oder durch die Institutionalisierung durch Macht- und Herrschaftsbildung (vgl. Weber, Parsons, Dahrendorf). Der subjektive Aspekt des Denkens wird dabei über Wahrnehmungs- und Bewertungsprozesse strukturiert, entweder durch kollektive Repräsentationen bzw. die institutionelle Verfassung bestimmter Normen, Rollen, Werte und Präferenzen (vgl. Durkheim, Parsons, Inglehart) oder durch klassen- oder schichtbezogene Bewusstseinsstufen oder Mentalitäten (vgl. Marx, Geiger, Giddens).

Ein weiterer Aspekt ist in der habitualisierten Praxis zu sehen, die durch Pierre Bourdieu mit dem Konzept des Habitus in die theoretische Diskussion eingebracht wurde. Das Habituskonzept verknüpft ebenfalls Struktur und Handeln (die Praxis) miteinander bzw. es strukturiert die sozialen Beziehungen, Handlungsweisen, den Lebensstil und die Lebensführung. Handlungstheoretisch ist der Habitus das relationale Verhältnis zwischen objektiven Strukturen (Situation und Lage als objektiver Handlungskontext) und subjektiv-strukturierten Dispositionen (dem Sein, subjektivem Denken und Handeln) der AkteurInnen. Der Habitus ist nichts anderes als ein Vermittlungselement in der Gestalt eines – größtenteils unbewusst ablaufenden – kulturellen Denk-, Wahrnehmungs- und Bewertungsschemas. Einerseits ist er die Gesamtheit der intergenerational vermittelten, sozialisatorisch eingeprägten und biografisch eingetüpfelten Lebenserfahrung klassenspezifischer Dispositionen (generatives Prinzip). Andererseits trägt er zur Aufrechterhaltung der ursprünglichen Konstellation bei, weil das Handeln gemäß den sozial strukturierten Dispositionen folgt (reproduktives Prinzip). Der Habitus ist strukturierende Praxis, weil er als Denkmuster an objektiven Positionen „anhängt/anhaftet“ und ihn AkteurInnen als strukturierte Praxis in Handlungen übersetzen. Der Habitus ist die Lösung des „*Paradoxons vom objektiven Sinn ohne subjektive Absicht*“ (Bourdieu 1981: 170).

⁶⁵ Anm.: Laut Lucke ist aber nicht zu erwarten, dass alle Gruppen zu den gleichen Akzeptanzurteilen kommen, weil Akzeptanz ein vielschichtiger Prozess ist. Soziologisch interessant ist, wie die sozialen Ungleichheiten von der Bevölkerung – beispielsweise charakterisierbar als Gruppen objektiver Lebensbedingungen und -chancen (z. B. mit unterschiedlicher Ressourcenausstattung, Handlungsspielräumen) – und unter welchen kontextuellen Bedingungen (z. B. nach verteilungsungleichheitsrelevanten Strukturen) entweder auf Akzeptanz oder auf Ablehnung stoßen.

Laut Pierre Bourdieu darf es bei der Analyse der gesellschaftlichen Ordnung nicht nur um die oberflächlichen Erscheinungsformen (oberflächliche Klassenstruktur) gehen, sondern sie muss in dahinter liegende alltägliche Wahrnehmungs- und Verarbeitungsprozesse (Tiefenstruktur) vordringen. Das Kollektivbewusstsein ist über verbindliche Klassifikationsschemata geregelt (Struktur von Wahrnehmungsweisen). Bei der alltäglichen (normalen) Wahrnehmung werden alle sozialen Konventionen und Institutionen wahrnehmungsschematisch als selbstevidenter und unhinterfragter Bestandteil wahrgenommen und beurteilt (vgl. „Doxa“ als ein Begriff für die naturwüchsige Lebenswelt). Prinzipiell legen die Menschen dann habitualisierte Reaktionsweisen an den Tag (automatisch-reflexive Reaktion, vgl. auch Esser 1999). Wenn die eigene Lebenswelt nicht zum Kontext passt, dann kommt es laut Pierre Bourdieu zu verschiedenen Arten fehlerhafter Repräsentationen bzw. Fehlwahrnehmungen (vgl. Re-Framing), im Falle der „Paradoxie“ zu Widersprüchen zwischen individuellen Erwartungen und den Folgen kollektiver Ereignisse und Prozesse bzw. im Falle der „Allodoxia“ zu „*systematischen Täuschungen des gesunden Menschenverstandes*“ (Müller 1997: 303).

Dabei läuft der gesamte Wahrnehmungsprozess und die Erkenntnisweise operativ (Modalität) nach kognitiven, evaluativen und expressiven Aspekten ab (Bourdieu 1997 [1984]): In der (normalen) (1) habitualisierten (doxischen) Form wird die Situation kognitiv für wahr und „natürlich“ gehalten und wird urteilmäßig (evaluativer) unreflektiert anerkannt, beispielsweise einfach aufgrund der praktischen Einübung. Sie wird (naturwüchsig) für richtig erachtet (z. B. weil vorhanden; vgl. Webers Einverständnishandeln) und es wird ein Urteil des Systemvertrauens abgegeben (vgl. Luhmann), prinzipiell auch ohne die Kenntnis der kognitiven Umstände. In seiner habituell-expressiven Ausdrucksform entspricht das einer diffusen (Massen-)Loyalität und fraglosen Akzeptanz gegenüber der herrschenden Sozialordnung. (2) In der orthodoxen Ausdrucksform herrscht die Dominanz der vorherrschenden Kultur bzw. vollständiger sozialer Rechtfertigung vor (sog. Soziodizee): Auf Basis solider Begründungen und systematischer Erkenntnis beruht sie auf der legitimen Geltung und subjektiven Anerkennung der Ordnung. Evaluativ entspricht das einer moralischen Anerkennung aufgrund eines be- und gelehrteten Urteils (vgl. Webers Verständnishandeln) bzw. einem normativen Einverständnis und einer öffentlich gezollten Legitimation bzw. Akzeptanzhandeln in seiner expressiven Form. (3) Die heterodoxe Form ist die bewusst gewählte Gegen- oder Subkultur⁶⁶: Die Situation wird dabei kritisch wahrgenommen, aber dann auch kritisch angegriffen, wenn die offizielle Norm auf abweichende Realität trifft. Es wird somit ein distanziertes Urteil gegenüber der Situation gebildet, normative Kritik geübt und das Ziel einer (noch) nicht realisierten, aber „wahren“ Legitimität formuliert bzw. tatkräftig (d. h. im Handeln) umgesetzt (vgl. auch Müller 1997).

Nach Pierre Bourdieus Überzeugung variiert die Fähigkeit zu verschiedenen Wahrnehmungen und Bewertungen systematisch nach Stellung innerhalb der Sozialstruktur und nach der Klassenzugehörigkeit (bzw. der Kapitalausstattung). So setzt das heterodoxe Urteilsvermögen die Kenntnis doxischer Vorurteile und orthodoxer Konventionen voraus, was beispielsweise vom Bildungsniveau und Elternhaus abhängt. Anders gesagt ist damit die These verbunden, dass Erkenntnisfähigkeiten und Wahrnehmungsweisen differentiell nach objektiver Lage und soziokulturellem Milieu verteilt sind. Ihren Ausdruck finden sie im sozialen Handeln über Geschmack oder Lebensstil.

⁶⁶ Aus der Sicht der Herrschenden entspricht das der häretischen, d. h. irrgelenkten Variante (Häresie := Irrlehre oder Irrglaube).

Die legitimatorischen Umstände von sozialer Ungleichheit sind – um noch einmal auf diese Aspekte zurück zu kommen – vor allem in politischen Theorien zum Zentralthema erhoben worden. Der moderne demokratische Staat gründet seine Legitimation auf der Teilhabe am Willensbildungsprozess. Zu den hauptsächlichen Steuerungsaufgaben des spätkapitalistischen Staates zählt daher – neben der wirtschaftlichen auch die politische Stabilität – die Wahrung bzw. Sicherung der Massenloyalität der BürgerInnen. Die Loyalität ist gegeben, wenn eine gewisse Konfliktschwelle zwischen den Interessengruppen dauerhaft nicht überschritten wird. Im staatlichen Konfliktmanagement zur Vermeidung von krisenhaften Phänomenen geht es daher vorrangig um die Lösung der dringendsten Probleme, deren Behandlung sich nach der Organisations- und Konfliktfähigkeit von gesellschaftlichen Gruppen und deren Bedürfnissen richtet (Offe 1969). Dies führt in der Folge zu horizontalen Disparitäten von Lebensbereichen und zum Verschwimmen von Konfliktlinien zwischen den Interessengruppen, weil „*disjunkte Lebenslagen (...) als Organisationsbasis gesamtgesellschaftlich relevanter Konflikte untauglich [werden], weil die Konfliktgrenze nicht mehr zwischen Klassen, sondern zwischen den Lebensbereichen identischer Individuen verläuft*“ (Offe 1969: 186). Bei nicht organisierten und konfliktfähigen Gruppen können sich die Ungleichheiten sogar verstärken: „*Im unteren Bereich der Einkommensskala kumulieren sich gleichsam die Effekte distributiver Benachteiligung und horizontaler Disparität*“ (Offe 1969: 185). Insgesamt bleiben jene Lebensbereiche, sozialen Gruppen und Lebensbedürfnisse auf der Strecke, die keine systemrelevanten (Akzeptanz-)Krisen provozieren können. Sie bilden die Gruppe der „Exkludierten und Ausgeschlossenen“ (Bude 2008; Bude/ Lantermann 2006).

Das verweist wiederum auf die handlungstheoretischen Aspekte bei der Interessenformierung in modernen Gesellschaften, was uns wieder auf die Strukturierungsbedingungen zurück bringt. Ungleichheitssoziologisch kann dabei zwischen der Strukturierung der objektiven Lebenslage, der subjektiven Interessenlage und der Prozesse der Interessenvermittlung unterschieden werden: Zwar sind die gesellschaftlich verteilten objektiven Lebenslagen zunächst nur durch ihre Gleichartigkeit gekennzeichnet, aber sie können unter bestimmten Bedingungen zu ähnlichen subjektiven Orientierungen (Werten und Erwartungen) kommen. Die objektive Lage bestimmt das Ausmaß der vorhandenen Handlungsressourcen und institutionell bestimmten Möglichkeiten zur Erreichung zuvor geeinigter, d. h. kulturell geformter Lebensziele. Ähnliche subjektive Wahrnehmungen und Bewertungen ermöglichen einen relevanten Bezugsrahmen für Verhalten und Veränderung (Kreckel 2004 [1992]). Ähnliche Deutungsmuster, Ressourcen- und Interessenlagen verweisen aber auch auf die Chance der Herausbildung einer sozialen Klasse, einer sozialen Kategorie mit Potenzial zur solidarischen Interessenformation. Welche Interessen zu welchem Zweck organisiert werden können (z. B. die Maximierung des Anteils am Sozialprodukt), hängt hauptsächlich von der Konfliktfähigkeit aufgrund vorherrschender Verteilungs- und Kompetenzkonflikte ab, aber auch davon, welche Machtarenen und Institutionen zur Konfliktregelung, d. h. Institutionalisierung des Klassenkonflikts (z. B. Gewerkschaften, Bürgerrechte, Leitwerte), sich etabliert haben und zur Verfügung stehen (Lepsius 1990 [1979]). Die neo-korporatistische Annahme lautet, dass die verbandsmäßige Durchdringung und Verflechtung von Interessen, z. B. indem konfliktreiche Interessenverbände eine beratende oder mitwirkende Funktionen zugestanden wird, zu einem Ausgleich von Legitimationsdefiziten führt und zu einer Akzeptanzsicherung staatlicher Maßnahmen beiträgt (Heinze 1986). Die Lösung von Verteilungskonflikten wird daher hauptsächlich in den etablierten Machtarenen durch Paktierung der relevanten Verbände (Tarifverbände) und Parteien (Regierung, Sozialpolitik) angestrebt. Soziale Kohärenz – definiert als innerer sozialer Zusammenhang bzw.

Zusammengehörigkeit – wird aber erst dann hergestellt, wenn die vereinbarten Ungleichheiten bei der Bevölkerung als legitim anerkannt werden.

Eine wichtige Rolle für Einstellungen und Verhalten spielen Bezugsgruppen, die verschiedene Funktionen haben können. Die Bezugsgruppentheorie von Robert K. Merton unterscheidet eine normative Funktion, bei der individuelle Standards definiert werden, und eine komparative Funktion, bei der sich das Individuum im relativen Vergleich zu anderen bewertet (Merton 1968 [1957]: 337). Die vorhandenen Norm- und Wertmuster bilden den Bezugsrahmen (*frame of reference*), an dem der Vergleich mit eigenen Werten, Normen, Erfahrungen etc. vorgenommen wird und es wird zusätzlich zwischen positiven und negativen Bezugsgruppen unterschieden. Der erste Typus repräsentiert Normen und Werthaltungen die Individuen aneignen wollen, bei zweiterem Typus werden sie nicht akzeptiert oder zurückgewiesen (Newcomb 1950), wobei nicht ganze Individuen, sondern Elemente sozialer Gebilde (z. B. soziale Gruppen oder Aggregate) dafür relevant sind.

Hinsichtlich der sozialen Ungleichheit hat Walter G. Runciman der Frage nachgespürt, unter welchen objektiven Bedingungen ein subjektives Gefühl der Benachteiligung bzw. Ungerechtigkeit entsteht bzw. wann gegen die herrschende Ordnung aufgelehnt wird. Mit Hilfe der Bezugsgruppentheorie führt er dafür die konzeptuelle Idee der relativen Benachteiligung (*relative deprivation*) oder relativen Besserstellung (*relative gratification*) ein, wonach Individuen ihre individuelle Lage nicht als „absolut“ schlechter (bzw. besser) als andere erfährt, sondern immer „relativ“, also Folge eines Vergleichs bzw. von Vergleichsprozessen (Runciman 1980 [1966]). Das subjektive Gefühl der relativen Deprivation entsteht dann, wenn man eine wertvolle und notwendige Ressource nicht hat oder eine Position nicht einnimmt (z. B. einen sozialen Status), d. h. wenn man diese haben will und es auch prinzipiell möglich ist, aber über die Ressource oder Position nur andere Gruppen, mit denen man sich vergleicht, verfügen. M. Rainer Lepsius (2008) spricht diesbezüglich auch von relativer Akzeptanz von sozialer Ungleichheit, weil die existierenden Ungleichheiten zwar prinzipiell individuell erfahrbar, aber nur über Prozesse der relativen Deprivation im Vergleich zu anderen Gruppen wahrgenommen und interpretiert werden können. Die Wahrnehmung und Auffassung von Unterschieden ist also eine evaluierende Operation, die die eigene Situation grundsätzlich als relativ zu anderen Gruppen darstellt. Vergleichsprozesse sind stets nur im Rahmen verfügbarer Kategorien bzw. vorhandener Gruppen möglich. Verglichen wird daher anhand öffentlich diskutierter, d. h. zugänglicher und sozial strukturierter Kategorien, wie z. B. nach dem Bildungsgrad oder zwischen Berufsgruppen. M. Rainer Lepsius weist außerdem darauf hin, dass die Vergleichskriterien in fortschreitenden Gesellschaften zunehmend vielfältiger und unübersichtlicher geworden sind, z. B. wegen Regionalisierung und Globalisierung, öffentlicher Platzierung von Interessen (Lepsius 2008: 15f.).

Die Diskussion betont, dass unterschiedliche Filter des subjektiven und öffentlichen Bewusstseins existieren, d. h. inwiefern die Ungleichheiten wahrgenommen oder nicht wahrgenommen werden, und insofern zur Basis von Legitimitätsüberlegungen werden können. Aus dem Blickwinkel der Gesellschafts- und Ungleichheitstheorie ist das subjektive bzw. kollektive Bewusstsein, so wie die subjektive Orientierung (der subjektive Sinn) in der allgemeinen Handlungstheorie, zentraler Dreh- und Angelpunkt für das soziale Handeln. Ungleichheitssoziologisch handelt es sich dabei um einen sozial bzw. raum-zeitlich strukturierten, jedoch subjektiven Prozess der gesamten sozialkulturellen bzw. gesellschaftlichen (Ungleichheits-)Ordnung, der als Deutungs- und Handlungsfilter aufgefasst werden kann. Die objektive Lage entfaltet ihre Chancen und Restriktionen erst nach der subjektiven Orientierung in der konkreten Ungleichheitssituation und der gleichzeitigen Bewertung relevanter

Vergleichsgruppen und möglicher Handlungsoptionen. Ihren Ausdruck findet sie in unterschiedlich ausgeformten, stets voraussetzungsreichen bzw. sozial strukturierten Handlungspraktiken, z. B. in Form eines bestimmten Lebensstils. Ihre kollektive Wirkung entfaltet sie erst über unterschiedliche Bewusstheits- bzw. Bewusstseinsformen, die im graduellen Ansteigen Interessen begründen bzw. gemeinsame Interessensformierung bedingen (können), in ihrer expressiven Ausformung beispielsweise zu sozialem Konflikt und Protest führen können.

3.4.4 Zwischenbemerkung: Milieu- und Lebensstildiskussion

An dieser Stelle soll noch kurz die Möglichkeit wahrgenommen werden, auf eine über die Sozialstruktur eng assoziierte Diskussion hinzuweisen, bei der die Unterscheidung von Denken und Handeln ebenfalls eine wichtige Kategorie bildet, nämlich soziale Milieus und Lebensstile. Milieubegriffe beziehen sich neben dem sozialen Umfeld und den objektiven Rahmenbedingungen, die Menschen vorfinden, insbesondere auf typische Wahrnehmungen und Werthaltungen. Lebensstilbegriffe stehen hingegen tendenziell eher den menschlichen Verhalten näher.

Milieus fassen „*Gruppen Gleichgesinnter zusammen, die gemeinsame Werthaltungen und Mentalitäten aufweisen und auch die Art gemeinsam haben, ihre Beziehungen zu Mitmenschen einzurichten und ihre Umwelt in ähnlicher Weise zu sehen und zu gestalten*“ (Hradil 2001: 45). Grob gesprochen sind soziale Milieus der Ausdruck für eine gruppenspezifische Werthaltung, wie sie beispielsweise auf der Ebene von Stadtvierteln, Gemeinden oder Regionen entstehen können. In der soziologischen Diskussion wurde zwar argumentiert, dass post-moderne Gesellschaften durch hohe Pluralität gekennzeichnet sind, aber nicht völlig losgelöst von jeglicher Individualität und Freiheit der Lebensgestaltung (vgl. z. B. Beck 1986). Milieus sorgen häufig auf institutioneller Mesoebene für einen inneren Zusammenhalt, weil die Mitglieder eines Milieus die Welt in ähnlicher Weise wahrnehmen, bewerten und interpretieren. Nach innen sind Milieus homogen, ein „Wir-Gefühl“ entsteht häufig unter den Mitgliedern und gleichzeitig grenzen sie sich so von anderen Gruppierungen ab (vgl. Schulze 1992: 749). Angenommen wird häufig, dass sich die Milieuzugehörigkeit zwar verändern kann, z. B. durch andere soziale Erfahrungen und Einbettung, Umbrüche der privaten oder beruflichen Situation, biografisch bedingte Einstellungs- und Präferenzänderungen, aber wegen prägender Sozialisation und stabiler Lebensumstände nur allmählicher Wandel möglich ist (Müller 1997).

Insgesamt kann man bei sozialen Milieus von Gemeinsamkeiten von Werten sprechen, die im Denken und Handeln der Menschen anzutreffen sind. Dafür berücksichtigen Milieukonzepte häufig das Umfeld als soziale Tatbestände, die zur Darstellung der Sozialstruktur verwendet werden. Insofern beinhalten sie Abgrenzungskriterien zu gängigen Klassen-, Schicht- und Lagenkonzeptionen, weil letztere auch die äußeren Lebensbedingungen berücksichtigen, aber sich weniger auf innere Haltungen und Mentalitäten konzentrieren. Die Diskussion betont jedenfalls, dass eine gewinnbringende Konzeption sowohl die Berücksichtigung von objektiven Bedingungen als auch von subjektiven Prozessen erfordert (Hradil 2001).

Empirische Analysen jüngeren Datums betonen, dass milieuspezifische Werthaltungen in einem Zusammenhang mit den objektiven Lebensbedingungen stehen und mehr oder weniger typische Ober-, Mittel- bzw. Unterschicht-Milieus gefunden wurden. Bekannt geworden ist die vom Sinus

Institut aufgestellte Milieutypologie, die auf vertikaler Ebene soziale Schichten/Lagen und auf horizontaler Ebene Grundorientierungen (z. B. Tradition, Modernisierung oder Neuorientierung) unterscheiden. Dadurch kommt es zu folgenden, teilweise nebeneinander bzw. quer zu den Schichten liegenden Milieus: Konservativ-etabliertes Milieu, liberal-intellektuelles, sozialökologisches, expeditives, adaptiv-pragmatisches, bürgerliches, traditionelles, prekäres, hedonistisches Milieu sowie das Milieu der Performer (Sinus Institut 2010). Ähnlich wie Pierre Bourdieu bezeichnen Michael Vester und KollegInnen Milieus als Gruppierungen mit ähnlichem Habitus und Alltagskultur (Vester et al. 2001: 24). Das Milieugefüge wird von letzteren nach vertikalen Dimensionen sozialer Ungleichheit (Herrschaftsachse) und horizontal nach unterschiedlichen Wertorientierungen gegliedert (Differenzierungsachse). Die AutorInnen versuchen, auf dieser Grundlage Veränderungen der letzten Jahrzehnte nachzuzeichnen, einerseits hinsichtlich der Größe der Milieus und anderseits hinsichtlich ihrer Trennungslinien (2001: 24ff.).

Scharfe soziale und symbolische Grenzziehungen bzw. Zugehörigkeitsgefühle der Milieus sind bei den exemplarisch dargestellten Ansätzen nicht vorhanden, Milieus sind eher durch fließende Übergänge charakterisierbar. Auf diese Weise wird die These vom plural-differenzierten Charakter der Sozialstruktur heutiger Gesellschaft gestützt bzw. der These von soziokulturellen Prozessen, wie z. B. dem Wertewandel. Die objektiven Lebensbedingungen scheinen zunehmend von den inneren Haltungen und Mentalitäten entkoppelt zu werden (vgl. auch Schulze 1990; Schulze 1992).

Der Ursprung von Lebensstil ist bei Max Weber in einer spezifischen Form der Lebensführung zu sehen, nämlich als Charakteristikum des sozialen Standes mit einer jeweils typischen Form des Konsums und gemeinsamer Werte (Weber 1980 [1922]: 719). Lebensstile beschreiben daher die tatsächliche Alltagspraxis von Individuen und können allgemein als der „*regelmäßig wiederkehrende Gesamtzusammenhang der Verhaltensweisen, Interaktionen, Meinungen, Wissensbestände und bewertenden Einstellungen eines Menschen*“ (Hradil 2001: 46) definiert werden. Auf der Basis lassen sich Lebensstilgruppierungen mit ähnlichen Verhaltensweisen und Sinnvorstellungen ableiten (Klocke 1994: 152; Müller 1997: 377; Spellerberg 1995: 231).

Schon die Ausführungen von Georg Simmel machen deutlich, dass der Lebensstil über die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe versichert und gleichzeitig als Identitätsstifter fungiert (Simmel 1977 [1900]). Heute ist der Lebensstil zu einem individuellen Markenzeichen und zu einem Ausdruck eines gelungenen Lebens avanciert. Die Möglichkeit, seinem eigenen Leben einen individuellen Stil zu geben und es individuell zu gestalten, ist zu einem wichtigen Wert geworden. Das deckt sich mit der Fachdiskussion insofern, als es auf die Pluralisierung von Lebensstilen, vor allem aufgrund der Wohlstandsentwicklung, hinweist bzw. auf die Möglichkeit, die persönliche Lebensweise zunehmend freier zu gestalten (Beck 1986), eine Form der Inszenierung mit der Aussicht auf soziale Anerkennung (vgl. Veblen 1997 [1899]). Gleichzeitig ist der Lebensstil distinktive Abgrenzung zu anderen Gruppen (vgl. Bourdieu 1997 [1984]) und fördert soziale und persönliche Identität (vgl. Lüdtke 2000: 118).

Nach Annette Spellerberg und Nicole Schneider sind Lebensstile die „*individuelle Organisation und expressive Gestaltung des Alltags*“ (1995: 230) wobei sie konzeptionell interaktive, expressive und evaluative Dimensionen des Lebensstils unterscheiden. Lebensstilgruppen werden dabei aufgrund des Freizeitverhaltens, des Musikgeschmacks, der Lesegewohnheiten, der Fernsehhinteressen, der Kleidungswahl, der Lebensziele und der Alltagswahrnehmungen gebildet. Auf Basis dieses

Merkmalsraums konnten die AutorInnen neun unterschiedliche Lebensstile entdecken und nach außerhäuslich/öffentlicht bzw. nach kulturellen Vorlieben differenzieren: Hochkulturell Interessierte/sozial Engagierte, arbeits- und Erlebnisorientierte/vielseitig Aktive, expressiv Vielseitige, sachlich-pragmatisch Qualitätsbewusste, hedonistische Freizeitorientierte, Häusliche mit Interesse für leichte Unterhaltung und Mode, Einfach lebende/arbeitsorientierte Häusliche, Sicherheitsorientierte/sozial Eingebundene mit Vorlieben für volkstümliche Kultur und Mode, traditionelle/zurückgezogen Lebende (Schneider/ Spellerberg 1999: 101ff.).

Die Gestaltung des Lebensstils ist aber stets restriktiv und die Gestaltungsmöglichkeiten sind nicht völlig frei wählbar, da sie vor allem vor dem Hintergrund eines individuellen und kulturellen Handlungsspielraums zu sehen sind. Daher sind Lebensstile nach Werner Georg „*relativ stabile, ganzheitliche und routinisierte Muster der Organisation von expressiv-ästhetischen Wahlprozessen*“ (Georg 1998: 92) und er berücksichtigt folgende Lebensstildimensionen: die Freizeitaktivitäten, den Musikgeschmack, die Wohnungseinrichtung, die Kleidung, den Kulturkonsum, Lesegewohnheiten, Mitgliedschaften und das Interaktionsverhalten. Einflussfaktoren eines Lebensstils sind die soziale Lage, d. h. vertikale Dimensionen sozialer Ungleichheit und horizontal differenzierte Lebensbedingungen, sowie die identitätsstiftende bzw. distinktive mentale Ebene (Wertorientierungen, Einstellungen, Lebensziele). Lebensstile sollten mit diesen Kriterien und Ebenen systematisch in Verbindung gebracht werden, da sie von der objektiven Ressourcenlage, den Handlungsabsichten und -zielen abhängig sind (Georg 1996, 1998; Spellerberg 1996, 1997).

Der Vorteil von Lebensstilkonzepten ist, dass sie nicht einseitig auf objektive Merkmale fixieren, sondern explizit Faktoren des individuellen Denkens und Handelns berücksichtigen. Es wird nicht unhinterfragt auf das Verhalten geschlossen, sondern es ist expliziter Bestandteil der Annahmen bzw. Überlegungen. Den zugenommenen Wahlfreiheiten des modernen Lebens wird so Rechnung getragen. Lebensstilansätze beanspruchen damit höhere Lebens- bzw. Realitätsnähe. Es wird jedoch nicht von einem konflikthaften Antagonismus ausgegangen, da Lebensstilgruppierungen horizontal nebeneinander stehen (Burzan 2011). Die Gemeinsamkeit von Milieu- und Lebensstilkonzepten ist, dass sie als Alternativen zu Klassen-, Schicht- und Lebenslagenansätzen fungieren können. Obwohl eine Abgrenzung schwierig ist und sie durch starke Überlappung gekennzeichnet sind, tendieren Milieuansätze eher dazu, tiefesitzende Wahrnehmungen, Einstellungen und Werthaltungen von Gruppen in den Fokus zu nehmen. Lebensstilansätze hingegen stehen dem Handeln und Verhalten von Individuen näher. Prinzipiell sind die Milieus und Lebensstile aber durch eine Strukturabstinenz gekennzeichnet. Diesen Makel versuchte insbesondere Pierre Bourdieu zu vermeiden, indem er den klassenspezifischen Habitus mit milieuspezifischen Distinktionen im Lebensstil unterschied (Bourdieu 1997 [1984]). Obwohl neuere Milieu- und Lebensstilansätze eine augenscheinliche Nähe zur theoretischen Diskussion über Individualisierung, Pluralisierung und Post-Modernität aufweisen, wurde ihre fehlende Theorieverankerung kritisiert. So wird beispielsweise selten ein theoretischer Zusammenhang zwischen objektiven Lebensbedingungen, Wahrnehmungen und Verhaltensweisen unterstellt und oftmals bloß auf empirische Zusammenhänge überprüft (Burzan 2011).

3.4.5 Handlungstheoretische Schlussfolgerungen

Ziel dieses Kapitels war, dem allgemeinen Akzeptanzkonzept eine handlungstheoretische Fundierung hinsichtlich sozialer Ungleichheit zu geben. Ausgangspunkt waren allgemeine handlungstheoretische Überlegungen bzw. die Darstellung typischer handlungstheoretischer Vorstellungen. Die unterschiedlichen Modellannahmen stecken in gewissem Sinne die handlungstheoretischen Extreme ab, einerseits ein Bild vom übersozialisierten, durch Normen motivierten und normkonformen Rollenhandeln (*Homo sociologicus*) und andererseits ein Bild vom individualisierten und allein am Nutzen orientierten egoistischen Einzelhandeln (*Homo oeconomicus*).

Im Lichte der Betrachtungen zeigte sich, dass sich ähnliche Modellannahmen in handlungstheoretisch fundierten Theorien sozialer Ungleichheit finden lassen. Neuere Theorien sozialer Ungleichheit versuchen, diese extremen und einseitigen Betrachtungen zu vermeiden bzw. die Kritik zu reduzieren, indem sie beispielsweise Struktur und Handeln neu denken und innovativer miteinander verknüpfen. Handlungstheoretisch unterliegen neuere Ansätze einem Modell, das die Struktur mit einem subjektiven Wahrnehmungs- und Deutungsprozess mit dem Individuum verbindet. Die Gesellschaft wird als sozialer Tatbestand bzw. als sozialer Orientierungsrahmen aufgefasst mit allen seinen gesellschaftlichen Charakteristiken der kulturellen, sozialen, ökonomischen und politischen Ordnungsbildung. Sie sind für die sozialen Mechanismen verantwortlich, durch die die kulturell definierten, knappen und daher wertvollen Güter auf die Gesellschaftsmitglieder verteilt werden und die Lebensbedingungen charakterisieren. Neben der objektiven Strukturierung findet ebenfalls eine subjektive Strukturierung statt, bei der es zu einer Orientierung unter den gegebenen objektiven Lebensbedingungen kommt. Sie erweist sich als handlungstheoretischer Dreh- und Angelpunkt, weil damit die Ausprägung von subjektiven Erwartungen, die Bewertung von Möglichkeiten, die Bildung von Motiven und Möglichkeiten – jeweils in Anbetracht der möglichen Reaktionsweisen anderer – verbunden ist. Erst durch die Erfassung dieses subjektiven Sinns kann das Handeln rekonstruiert werden, das stets Ergebnis unterschiedlicher „Abwägung“ – einmal aktiver, einmal passiver – wertrationaler, zweckrationaler, affektueller oder traditionaler Aspekte ist.

Nach einem allgemeinen Handlungsmodell kann man sich die subjektive Orientierung bzw. die Einstellung gegenüber verschiedenen Handlungsorientierungen als Prozess des Framings bzw. als subjektiv ablaufenden Wahrnehmungs- und Deutungsprozess vorstellen. Ungleichheitstheoretisch wurde dieses gedankliche Modell unterschiedlich konzeptualisiert: in der politischen Theorie sozialer Ungleichheit über Prozesse der Legitimation und Akzeptanz von (Herrschafts-)Ordnung, in der materialistisch-klassentheoretischen Diskussion über Bewusstwerdungsprozesse aufgrund Strukturierung und Objektivierung von objektiven Lebensbedingungen, bzw. in der kulturoziologischen Tradition über mehr oder weniger geteilte Ideen, Werte, Normen (wie z. B. im Habituskonzept dargelegt wurde). Insgesamt weist das Erörterte darauf hin, dass die ungleichen sozialen Situationen gesellschaftlicher Gruppen spezifische kulturelle Deutungsmuster hervor bringen, entweder um die eigene Situation mit Sinn und Bedeutung auszustatten oder um die Differenzen zu anderen sozialen Gruppen zu rechtfertigen. Soziale Ungleichheit kann daher als die Folge einer „spezifischen situationsbezogenen Deutung sozialer Ungleichheit“ (Lepsius 1990: 109) aufgefasst werden. Zu beachten ist jedoch, dass die Identifikation der eigenen Lage und deren Legitimation immer eingebettet im Rahmen der gesellschaftlichen Standards erfolgt, wie beispielsweise einer demokratischen Basisnorm der Gleichverteilung und Gleichbehandlung. Die Akzeptanz sozialer Ungleichheit „(...) orientiert sich an den institutionalisierten und kulturell

legitimierten Rationalitätskriterien sozialer Ungleichheit. Dieser Orientierungsrahmen (...) bleibt aber immer prekär und umstritten. (...) Für die relative Akzeptanz genügt die Wahrnehmung des Grades der möglichen Partizipation an den kulturell herrschenden Vorstellungen über das Niveau der Lebenshaltung“ (Lepsius 2008: 18).

Die Diskussion betont den Voraussetzungsreichtum, weist auf die Komplexität ausdifferenzierter Institutionensysteme moderner Gesellschaften und auf Prozesse der Strukturierung hin. Damit ist der Bedarf verbunden, die gesellschaftliche Vielgestaltigkeit kultureller, sozialer, ökonomischer und politischer Sphären stärker in der Analyse des subjektiven Denkens und Handelns von Individuen und Gruppen zu berücksichtigen und den strukturierenden Aspekten von Akzeptanzprozessen sozialer Ungleichheit als ein Gradmesser gesellschaftlicher Legitimität nachzuspüren, also wie und unter welchen Bedingungen die Ungleichheiten wahrgenommen oder interpretiert werden. Da das Denken und das Handeln vom sozialen Kontext abhängen, in dem Menschen leben, bzw. die gesellschaftliche Ordnung als Orientierungsrahmen dient, muss stärker die faktisch-gegebene Ungleichheitsstruktur für die ablaufenden Prozesse der Wahrnehmung und Interaktion in den Fokus genommen werden.

Wie der soziale Tatbestand der Ungleichheit bzw. der Ungleichverteilung von begehrten Ressourcen und Positionen ins subjektive oder öffentliche Bewusstsein tritt, soll daher im Zentrum diesbezüglich motivierter Analysen sein. Nach Stanislaw Ossowski ist unter sozialem Bewusstsein folgendes zu verstehen: „*Begriffe, Vorstellungen, Überzeugungen und Wertungen, die mehr oder weniger den Menschen eines bestimmten Milieus gemeinsam sind und die im Bewußtsein des einzelnen durch die gegenseitige Suggestion, d. h. die Überzeugung verstärkt werden, daß sie auch von den Mitgliedern derselben Gruppe geteilt werden*“ (Ossowski 1972: 18). Ganz ähnlich geht beispielsweise Max Haller davon aus, dass die objektive Ungleichheitsstruktur erst dreifach gefiltert ins öffentliche Bewusstsein kommt: der kulturelle Filter des Werte- und Normensystems (z. B. die Gerechtigkeit), gesellschaftliche Institutionen und Kräfte (Macht und Herrschaft), die gesellschaftliche Ressourcen und Lebenschancen auf die Gesellschaftsmitglieder verteilen, sowie der Filter der Sozialstruktur bzw. die Vorstellungen von Gruppen. Da gesellschaftliche Probleme in systematischer Beziehung zu den objektiv gegebenen Strukturen sozialer Ungleichheit stehen, sind sie unter dem Aspekt der Legitimation zu untersuchen (Haller 1989; Haller et al. 1995).

Die zentrale Frage ist daher, inwiefern die Strukturen von sozialer Ungleichheit unter Orientierungsgesichtspunkten zu einer akzeptablen oder ablehnungsbedürftigen Legitimitätsbasis werden. Die Frage ist, wie sie bei welchen Gruppen entweder zur Legitimierung beitragen, die Kritik daran fördern oder sogar De-Legitimierung der gesellschaftlichen Ordnung und somit eine Akzeptanzkrise heraufzubeschwören vermögen.

4 Entwurf eines Konzepts der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit

Endpunkt und -ziel des Theorieteils dieser Arbeit ist der Entwurf eines Akzeptanzkonzepts von sozialer Ungleichheit. Dafür wurde zuerst das allgemeine Akzeptanzkonzept von Doris Lucke vorgestellt und anschließend mit theoretischen Aspekten aus der sozialen Ungleichheitsforschung ergänzt. Die Darstellung zentraler und relevanter Ungleichheitstheorien erfolgte bereits nach der wichtigsten Charakteristik, anhand der die Akzeptanz unterschieden werden kann, nämlich nach dem Objekt, Kontext und dem Subjekt von Akzeptanz.

Die für ein Akzeptanzkonzept von sozialer Ungleichheit zu lösende Problemstellung stellt sich – nachfolgend tabellarisch aufbereitet (siehe Tabelle 4) – folgendermaßen dar: Allgemeine Konzepte und Theorien von sozialer Ungleichheit auf der einen Seite sind mit dem allgemeinen Akzeptanzkonzept bzw. seinen Bestandteilen auf der anderen Seite systematisch in Verbindung zu bringen. Nach gesellschaftlichen Ebenen geordnet stellen Ungleichtheoriekonzepte und -theorien jeweils makro-/mesosoziale Determinanten oder theoretische Erklärungen dar, d. h. Ursachen und die hinter der (Un-)Gleichheit stehenden sozialen Prozesse und Mechanismen. Hinsichtlich der Akzeptanz spricht das vor allem ihren Objektbereich bzw. einen relevanten Erklärungskontext an. Auf allgemeiner Konzeptebene handelt Ungleichheit von vertikalen und horizontalen Dimensionen bzw. von der konkreten Verteilung von Merkmalen (Positionen, Ressourcen, Chancen), die jeweils weitere Kontexte für die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit definieren. Alles bisher Erwähnte stellt objektive Bedingungen für individuelle Folgen und Auswirkungen von sozialer Ungleichheit im Denken und Handeln auf der Mikroebene von Individuen dar. Akzeptanztheoretisch handelt es sich aus dem individuellen Blickwinkel um einen subjektiven Bezugspunkt von sozialer Ungleichheit, z. B. in Form von latenten Einstellungen (Akzeptanzbereitschaft) und manifestem (Akzeptanz-)Handeln. Entsprechende Bestandteile für das auszuarbeitende Akzeptanzkonzept von sozialer Ungleichheit auf Objekt- bzw. Kontextebene sind daher in der gesellschaftlichen Verfasstheit in Ausformung ihrer historisch-konkreten institutionellen Ordnung und sozialen Organisation bzw. Strukturen zu sehen.

Tabelle 4: Gesellschaftliche Ebenen, Konzepte sozialer Ungleichheit und Akzeptanz

Ebenen	Allgemeine Konzepte	Spezielle Theorien	Akzeptanz	Konzeptbestandteile
Makro	Determinanten (Ursachen)	Erklärung sozialer Prozesse und Mechanismen	Objekt	Gesellschaftliche Verfassung und soziale Ordnung
Meso	Vertikale und horizontale Dimensionen	Verteilung von Chancen und Merkmalen, inkl. Interdependenzen und Beziehungen	Kontext(e)	Institutionelle, organisationale und soziale Struktur bzw. Gefüge sozialer Ungleichheit in Form kollektiver Lebenslagen (Dimensionen und Profile)
Mikro	Folgen und Auswirkungen	Denken, Handeln und Kommunikation	Subjekt	Latente Akzeptanzbereitschaft und manifestes Handeln

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Die diesbezüglich notwendigerweise zu erwähnenden konzeptuellen Zusammenhänge, auch in Hinblick auf weitere Charakterisierungen der Akzeptanz, werden nun expliziert und Bezüge zu den einleitenden Kapiteln hergestellt, da nicht alle Zusammenhänge nun wieder ausgeführt werden können. Nach der Darstellung der konzeptuellen Logik der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit wird ein Definitionsversuch der Ungleichheitsakzeptanz geboten. Abschließend werden darauf aufbauend Forschungsfragen und -hypothesen für die empirische Überprüfung des Konzepts, formuliert. Sie bilden die Grundlage des zweiten bzw. empirischen Teils dieser Arbeit.

4.1 Definitionen und Konzeptcharakteristiken

In der von Doris Lucke präferierten Definition ist Akzeptanz „*die Chance, für bestimmte Meinungen, Maßnahmen, Vorschläge und Entscheidungen bei einer identifizierten Personengruppe ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung zu finden und unter angebbaren Bedingungen aussichtsreich auf deren Einverständnis rechnen zu können*“ (Lucke 1995: 104). Hinsichtlich des vorliegenden Themas der sozialen Ungleichheit ist nicht nur anzugeben, welche sozialen Ungleichheiten von welchen Personen bzw. Gruppen aus welchen Gründen subjektiv akzeptiert oder abgelehnt werden, sondern auch, unter welchen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (d. h. zu welcher Zeit, in welcher Gesellschaft). Dabei weist Akzeptanz zuallererst eine Objekt-, Kontext- und Subjektbezogenheit auf. Akzeptanz ist im Spannungsfeld zwischen diesen Ebenen, weil die existierenden sozialen Ungleichheiten als themenbezogener Bezugspunkt gleichzeitig für AkteurInnen unter spezifischen gesellschaftlichen Kontext- bzw. Handlungsbedingungen Relevanz haben.

Soziale Ungleichheit als Objekt sind jene Lebensbedingungen, die es Menschen besser oder schlechter erlauben (bzw. verwehren), die kulturell geteilten Lebensziele zu erreichen. Bei den Lebensbedingungen bzw. -chancen handelt es sich im Ergebnis um die konkrete Verteilung von jenen wertvollen (materiellen und immateriellen) Mitteln (z. B. Geld, Prestige, Macht), also den Vor- bzw. Nachteilen in den Ressourcen und Gütern, oder Zugang zu erstrebenswerten Positionen, die zur Zielerreichung (legitimerweise) eingesetzt werden können. Sie definieren die vertikale Dimension von sozialer Ungleichheit einer spezifischen Kontroll- und Interessenstruktur (d. h. die Kontrolle über bzw. Interesse an der Erlangung von knappen und daher begehrten Ressourcen). Auf ihrer horizontalen Dimension differenziert sie (z. B. nach dem Geschlecht, dem Alter, der Ethnizität) zwischen verschiedenen Lebensweisen und -stilen.

Die existierenden sozialen Ungleichheiten werden kontextseitig über soziale Mechanismen aus den Rahmenbedingungen einer Gesellschaft beeinflusst. Strukturell stellen Gesellschaften Möglichkeiten und Opportunitäten (nur) selektiv bereit bzw. schränken die Wahlmöglichkeiten über Restriktionen ein – und das relativ regelmäßig und dauerhaft –, weil sie ein Ergebnis eines sozial organisierten Prozesses im Rahmen einer etablierten und verbindlichen bzw. zeitlich stabilen Ordnung darstellen. Gesellschaft kann als Muster gesellschaftlicher Organisation der Produktion und Reproduktion aufgefasst werden, bestehend aus einer gesellschaftlichen Ordnung und Sozialstruktur: Unter ersterer kann man die grundlegende Verfasstheit mit ihren institutionellen Regelungen, Rollen, Normen von Verteilungen, Interdependenzen und Beziehungen verstehen. Gesellschaft beinhaltet in ihrer Tiefenstruktur alle formellen und informellen Regeln bzw. besteht aus ökonomischen, politischen und sozialen Sub-Systemen bzw. Ordnungssphären (soziale Differenzierung), die

wiederum einen kulturellen „Überbau“ aufweisen. Die Kultur ist zur Stabilitätssicherung und Steuerung der Gesellschaft essentiell. Die Kultur beinhaltet die übergreifende Sinnordnung (Legitimationen), allgemein bzw. kollektiv geteilte Werte (z. B. der Gleichheit und Gerechtigkeit), Weltanschauungen (z. B. Religion) und Wissensbestände. Alle genannten Ordnungen definieren Ziele, aber auch die begehrenswerten bzw. legitimen Mittel und Ressourcen für ihre Erreichung, an denen sich die Interessen der Menschen orientieren. Sie restringieren soziale Prozesse, weil sie die Möglichkeiten an Denk- und Handlungsalternativen einschränken, und sind gleichzeitig selektierend, weil sie Alternativen eröffnen. Die institutionelle Ordnung stellt darüber hinaus auf der Mesoebene eine intermediäre Instanz kollektiver AkteurInnen dar, weil sie eine korporative Struktur in Form von Parteien, Verbänden, Körperschaften und sozialen Bewegungen darstellt und gesellschaftlich mehr oder weniger relevante Gruppen organisiert. Kollektive AkteurInnen sind in den funktional differenzierten Sphären (v. a. im politischen und ökonomischen System, wie z. B. Gewerkschaften, Wohlfahrtsorganisationen, Religionsgemeinschaften) angesiedelt und bündeln Ressourcen zur Durchsetzung der spezifischen Interessen ihrer Mitglieder, beispielsweise von höherem Wohlstand oder sozialer Sicherheit.

Auf individueller (Mikro-)Ebene zeigen sich die sozialen Ungleichheiten konkret, d. h. in der spezifischen Verteilung bestimmter absoluter Merkmale (z. B. sozio-demografische, -ökonomische Merkmale), einer sozialen Beziehungs- (z. B. Partizipation) und Interdependenzstruktur (z. B. soziale Abhängigkeit und Spaltungen). Die Ungleichheiten kristallisieren eine Sozialstruktur heraus, die sich in mehr oder weniger klar abgrenzbaren Kollektiven von AkteurInnen manifestiert, z. B. in Form von Ständen, Klassen, Schichten oder Lebenslagen. In ihrer Gesamtheit stellen sie die sozial strukturierten Lebensbedingungen und (Handlungs-)Spielräume (bzw. Restriktionen), also relativ vorteilhafte bzw. nachteilige Lebenschancen zur Erreichung von Lebenszielen, dar.

Für moderne und fortgeschrittene Gesellschaften erweist sich der Lebenslagenansatz als zeitgemäßes Modell. Die Lebenslage als Ansatz lässt sich konzeptionell als dynamisches Entwicklungs- bzw. Prozessergebnis aller materiellen und immateriellen Lebensbedingungen, als Ergebnis des Zusammenspiels mehrerer Ebenen, von der gesellschaftlichen Verfassung über die institutionelle Ordnung bis zum individuelle Denken und Handeln auffassen. Lebenslagen sind raumzeitlicher Ausgangs- und Endpunkt des Handelns eines gesellschaftlichen Versorgungs- und Entwicklungsniveaus. Lebenslagen umreißen neben dem Handlungs- und Dispositionsspielraum auch die gesamten Lebens- bzw. Existenzbedingungen, inklusive der lebenslänglich erworbenen, biografisch veränderlichen und lebenszeitlich aktualisierten Fähigkeiten, Bedürfnisse und Erfahrungen. In ihrer Gesamtheit können Lebenslagen empirisch über verschiedene Dimensionen beschrieben werden, wie z. B. Ökonomie/Versorgung, Kontakte/Aktivitäten, Partizipation, Lernen/Erfahrung, Gesundheit/Regeneration, die jedoch erst in ihrer spezifischen Zusammensetzung und Wechselseitigkeit relevant werden.

Aus den Strukturen sozialer Ungleichheit können nicht nur Aussagen über den gesellschaftlichen Ist-Zustand (z. B. das Entwicklungsniveau) einer (Ungleichheits-)Gesellschaft abgeleitet werden, sondern auch solche über das soziale Handeln. Man muss sich die Gesellschaft als den breitest möglichen Kontext mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Dimensionen und Ebenen vorstellen, der das subjektive Denken und Handeln strukturiert. Sowohl die institutionelle Verfassung (mit ihren Ordnungen) als auch die sozialstrukturellen Lebenslagen bilden relevante objektive Kontexte für das

Denken und Handeln von Individuen. Die Soziologie ist gerade an den typischen Denk- und Verhaltensmustern von AkteurInnen und Gruppen unter spezifischen sozialen Beziehungen und institutionellen Bedingungen einer Gesellschaft interessiert, die diese Muster „strukturieren“.

Die gesamtgesellschaftliche Ordnung hat zunächst einmal etwas mit der Geltung und Legitimation von Normen und Rechten zu tun. Gesellschaft ist aus Systemsicht Ordnung mit Legitimität, jedoch an einen normativen Prozess der Legitimation und einen empirischen Prozess der subjektiven Akzeptanz gebunden. Gesellschaft beruht darauf, dass die Mitglieder den Sinn der gesellschaftlichen Verfassung, ihrer Mechanismen und Prozesse einsehen. Dafür muss als Handlungsgrundlage in den Ungleichheitsrelevanten und jeweils historisch-konkreten Rahmenbedingungen orientiert werden. Diese auf individueller Ebene ablaufende subjektive Orientierung gegenüber den sozialen Ungleichheiten kann handlungstheoretisch als Prozess der inneren Verarbeitung und aktiven Auseinandersetzung mit den Ungleichheitsverhältnissen und -bedingungen aufgefasst werden. In diesem Prozess werden zuerst die externen Ungleichheitsbedingungen beobachtet, die objektiven Verhältnisse auf der kognitiven Dimension wahrgenommen bzw. erfasst. Dabei spielen zuerst die sozialisierte Grunderwartung und interaktiv bzw. kommunikativ vermittelte Erwartungshaltung, die der institutionellen Ordnung entgegengebracht werden, eine wichtige Rolle. Sie stellen das subjektive Wissen und subjektive Hypothesen über ungleichheitsrelevante Gründe, Mechanismen und Folgen dar. Die Erwartung der Geltung stellt eine Passung der wahrgenommenen Objekte (hier: der sozialen Ungleichheit) in der konkreten Situation mit dem im Gedächtnis gespeicherten gedanklichen Modell dar (sog. Modell-Geltung, vgl. Esser). Gleichzeitig werden die Ungleichheitsbedingungen in einem normativ beeinflussten Bewertungsprozess (bzw. Vergleichsprozess) gegenüber ihrer Konsequenzen evaluiert (normativ-evaluative Dimension). Bei der Bewertung handelt es sich um eine gedankliche Orientierung in Form des assoziativen Erlebens, der inneren Empfindung und der affektiven Belegung der Konsequenzen (sog. Modell-Nutzen). Also beispielsweise gegenüber der antizipierten Möglichkeit bzw. Einschränkung (Probleme), die individuellen Bedürfnisse, biografischen Präferenzen und allgemein kulturell definierten Lebensziele zu erreichen bzw. die Zufriedenheit damit. Dies beinhaltet auch eine antriebsmäßige bzw. verhaltensmäßige Komponente (expressive Dimension). Wichtig zu betonen ist, dass die AkteurInnen nicht gezwungenermaßen mit den ungleichheitsrelevanten Kontextbedingungen vertraut sein und viel darüber wissen müssen, und zwar deshalb, weil sich die Möglichkeiten und Restriktionen im konkreten Leben früher oder später objektiv im Ergebnis auswirken (werden). Jedenfalls bilden die beiden Dimensionen der kognitiven Erwartungen und der evaluativen Bewertungen die Grundvoraussetzung für das Akzeptieren oder Ablehnen von sozialen Ungleichheitssituationen, aufgefasst als eine subjektive Orientierung gegenüber den wahrgenommenen und bewerteten Ungleichheitsbedingungen. Sie ist zunächst als eine eigene Bewusstheit bzw. ein Selbst-Bewusstsein über die äußere und eigene Lage aufzufassen. Je nach Ergebnis dieses Prozesses wird darunter eine innere Haltung oder Einstellung begriffen, die sich in Form einer latenten Akzeptanz- bzw. Ablehnungsbereitschaft gegenüber den sozialen Ungleichheiten ausdrückt bzw. einer legitimen oder illegitimen Vorstellungen des Status quo von sozialer Ungleichheit entspricht.

Die gesellschaftliche Ordnung bietet neben den kulturellen Zielen und Interessen auch eine Definition der institutionalisierten Mittel, wie die Bedürfnisse befriedigt und Ziele erreicht werden können. Sie bietet eine normative Grundlage konformen und abweichenden Verhaltens bzw. legitimer und nicht-legitimer Handlungen. Sie eröffnet „Chancen“, also Handlungsoptionen für das

soziale Handeln und fungiert gleichzeitig als äußerer Rahmen für individuelle Selektionen. Weil die institutionelle Ordnung nun schon einmal existiert bzw. weil sie schon durch den Vorgang der Legitimation und Akzeptanz gegangen ist, wird ihr ein Geltungsglaube entgegengebracht. Weil an die Geltung der kulturellen Ziele geglaubt wird, bilden die Mitglieder einer Gesellschaft eine Interessengemeinschaft. In dieser Situation liegt kein Grund vor, die geltende Ordnung anzuzweifeln. Die Akzeptanz der Ordnung beruht auf Wechselseitigkeit und Gleichwertigkeit (Reziprozität). Weil extern über die sozio-kulturelle Rahmung beeinflusst und normativ strukturiert, ist die subjektive Akzeptanz, auch bei einem gegebenen Ausmaß von sozialen Ungleichheiten, daher im Denken und Handeln prinzipiell erwartbar. Insofern ist sie affirmative Erwartung und positive Grundeinstellung bzw. Grundhaltung gegenüber der sozialen Ordnung (vgl. Lucke).

Das Einverständnis mit der Geltung schwindet jedoch dann und ihre Akzeptanz kann verweigert werden, wenn die (gemeinsam definierten) Lebensziele individuell nicht oder nur sehr eingeschränkt über die zur Verfügung stehenden Ressourcen erreicht werden können. Da die Mittel überwiegend über die politische (Herrschafts-)Ordnung (z. B. Staat, Regierung, Parteien, Verbände) institutionalisiert werden, können sie auch gegen Widerstand durchgesetzt werden. Das funktioniert jedoch nur, solange die Herrschaft auf einer legitimen Basis beruht, also auf Legitimation durch Akzeptanz. Nur so kann gesellschaftliche Legitimität und die soziale Stabilität hergestellt und aufrechterhalten werden. Es kann jedoch, im Falle von zu großen bzw. illegitim empfundenen sozialen Ungleichheiten, im Prozessergebnis in eine Akzeptanzkrise führen und sich sogar zu einer Legitimitätsillegalität entwickeln. Dann nämlich, wenn den AkteurInnen „mehrheitlich“ nicht mehr plausibel (bzw. plausibel zu machen) ist, warum die Gesellschaft in ihrer wahrgenommenen und bewerteten Gesamtverfasstheit besteht, richtig ist bzw. in ihrem Ergebnis gerecht ist. Wenn der legitimen Ordnung die nötige subjektive Akzeptanz vorenthalten wird oder sie sogar mehrheitlich abgelehnt wird, dann erfährt die gesellschaftliche Ordnung im Handeln von Personen und Gruppen keine Legitimität.

Akzeptanz ist daher sowohl gesellschaftlich erworben, d. h. kulturell und sozial vorstrukturiert, aber auch vermitteltes Orientierungswissen (kulturelles Deutungsschema) sowie Handlungsvoraussetzung. Aufgrund des Ergebnisses der spezifischen Verteilung einer Kontroll- und Interessenstruktur, z. B. der ungleichen Verteilung von knappen Mitteln auf Individuen und gesellschaftliche Gruppen, und des Prozesses der Legitimation und subjektiven Akzeptanz, z. B. der latenten Akzeptanz oder Ablehnung(-sbereitschaft), kann sich über Vergleichsprozesse ein soziales Bewusstsein über die eigene Lage bzw. ein Mentalitätsbild ähnlicher Lagen bilden. Soziale Lagen sind Gruppen von AkteurInnen mit spezifischen Interessenlagen, mit typischer Besetzung von Positionen und Verfügung über begehrte Ressourcen/Mittel aufgrund ungleicher Verteilung, Benachteiligung, Abhängigkeit etc. Sie sind wichtigste Quelle der Ausbildung von sozialen Spannungslinien und eines Konfliktbewusstseins (*cleavages*). Das gemeinsame Wert- und Handlungsziel der Akzeptanz oder Ablehnung besteht letzten Endes darin, den Einfluss auf oder die Kontrolle über die ökonomischen, politischen und sozialen Ressourcen einer Gesellschaft zu erhöhen bzw. überhaupt zu erhalten, was wiederum die Voraussetzung für die Definition der institutionalisierten Ziele und Mittel darstellt. Um diesem Ziel näher zu kommen, können unterschiedlich privilegierte Gruppen versuchen, ihre Interessen zu formieren, sich zu organisieren und über die institutionalisierten Konflikt- und Machtarenen ihre Positionen zu verbessern, ihre Ressourcenlage zu erhöhen und so besser die Lebensziele zu erreichen. In der Konsequenz kann das z. B. in einer Änderung der gesellschaftlichen

Rahmenbedingungen (bzw. Teile davon) in Form der Institutionalisierung der strukturellen Spannungen bzw. der Gründe des Konflikts bedeuten. Handlungstheoretische Grundvoraussetzung dafür sind jedoch eine spezifische Konstellation der objektiven Ungleichheitsordnung, ihre subjektive Wahrnehmung und latente Ablehnungsbereitschaft.

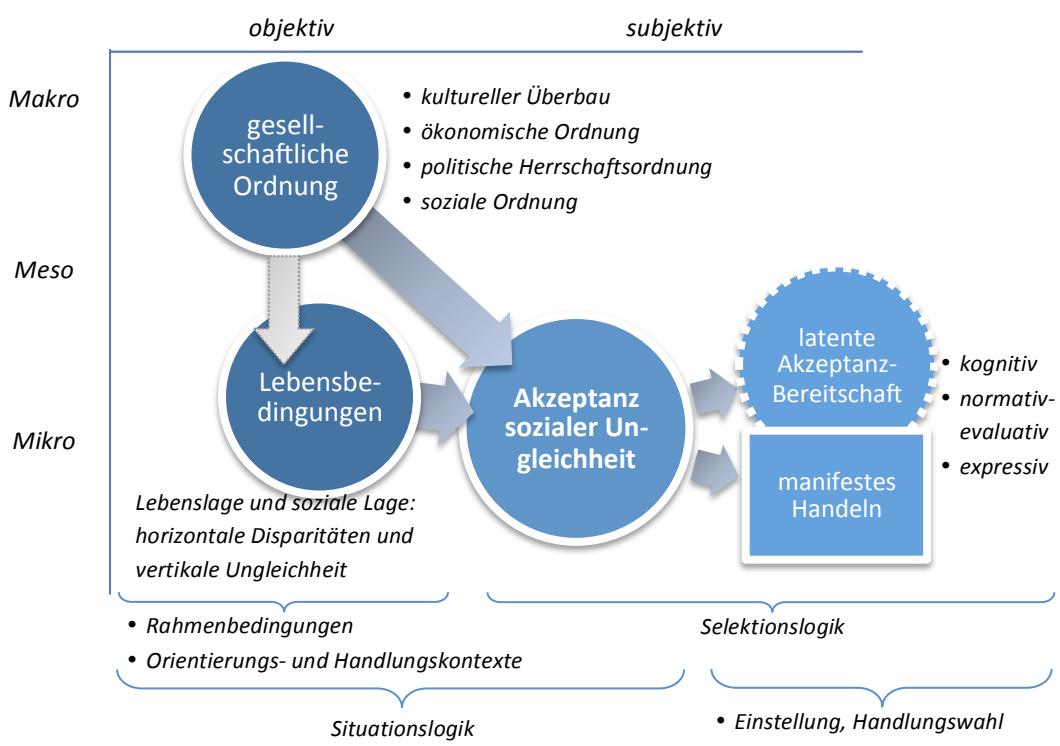
Konfliktlinien bleiben jedoch oft deswegen latent, weil legitimierende Werte Belohnungen ideeller Art auch für unterlegene Gruppen bringen und den Status quo stützen. Die Spannungen treten zudem auch deshalb nicht zutage, weil Masseninteressen oft nicht oder nur schwer organisierbar sind und alleinige Aktionen vermutlich aussichtslos bleiben werden. Interessenbedingte Konflikte und Spannungen können aber auch offen ausbrechen und in manifestes Ablehnungshandeln übersetzt werden, weil das vorherrschende Wertesystem erodiert und die sozialen Ungleichheiten so nicht mehr akzeptiert werden. Synonymes Anzeichen für Protest besteht beispielsweise in Form von verbandsmäßigem Austritt, Protestwahl, Demonstration, Streik. Aus Sicht der Herrschenden und Privilegierten hingegen geht es um die Wahrung der Geltung und die Sicherung der Massenloyalität (des Geltungsglaubens). In einer (drohenden) Akzeptanzkrise kann beispielsweise das übergreifende Wertesystem als Legitimationsgrundlage beschwört oder umdefiniert werden. Eine andere effektive Strategie stellt die Möglichkeit der sozialen Schließung dar, bei der die Besetzung von Positionen für bestimmte Gesellschaftsmitglieder erschwert oder überhaupt ausgeschlossen werden kann. Zudem verschwimmen die Konfliktlinien aufgrund der sich überkreuzenden Gruppeninteressen kollektiver AkteurInnen (z. B. Parteien, Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Einzelinitiativen von BürgerInnen), was die klare Wahrnehmung von Ungleichheiten trüben kann. In einer solchen Institutionalisierung von strukturell verankerten Interdependenzen ist ein strukturelles Gegengewicht gegen zunehmenden Konflikt bzw. ein integratives Element moderner Gesellschaften zu sehen. Periphere Lagen und konflikt schwache Interessen fallen dabei meistens gänzlich unter den Tisch, weil sie auch keine sonderliche Gefahr der inneren Stabilität darstellen. Nichtsdestotrotz ist ein sozialer Wandel erwartbar, wenn die inneren Spannungen trotzdem zunehmen, immer wieder oder sogar verstärkt wiederkehren. Die stabilitätssichernden und legitimierenden Werte verlieren dann, angesichts der ungleichen materiellen Bedingungen, zunehmend an Überzeugungskraft. Die sozialen Lösungen treten in Widerspruch, werden als nicht mehr verträglich bzw. akzeptabel wahrgenommen und die Ablehnungsbereitschaft steigt in Quantität und Qualität graduell an. Das ist vor allem dann wahrscheinlich, wenn sich Alternativen zum Status quo auftun.

Für das eben skizzierte Konzept der Akzeptanz lässt sich soziale Ungleichheit im Rahmen der gesellschaftlichen und institutionellen Ordnung als Handlungsspielraum (Kontrollstrukturen) über Lebenschancen (Ressourcen und Mittel) und lagenspezifische Interessenstrukturen in Form von Lebenslagen auffassen. Sie bilden gemeinsam den objektiven Kern der historisch-konkreten sozialen Ungleichheiten. Der subjektive Kern, der handlungstheoretische Dreh- und Angelpunkt, ist in der inneren Deutung und subjektiven Orientierung in der objektiv gegebenen Ungleichheitssituation zu sehen. Die Subjektivität der Ungleichheit lässt sich in unterschiedlichen Dimensionen und (Einstellungs-)Graden latenter Akzeptanz- oder Ablehnungsbereitschaft ausdrücken bzw. zeigt sich im manifesten Akzeptanz- oder Ablehnungshandeln. Latente Ablehnungsbereitschaft und manifestes Ablehnungshandeln kann dann zu einer Akzeptanzkrise führen, wenn der gesellschaftlichen Ordnung Legitimität von den BürgerInnen nur mit Aufschub gewährt wird oder gänzlich verweigert wird. Zu beachten ist jedoch, dass alle objektiven und subjektiven Strukturen in der Gesellschaft sich in

ständiger und wechselseitiger Beziehung zueinander befinden, sich gegenseitig bedingen und verändern ohne irgendeine prinzipielle Priorisierung (Kontingenz).

In der folgenden Abbildung 5 ist ein modellhafter Entwurf des Konzepts der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit grafisch dargestellt. Wie konzeptuell gefordert, unterscheidet es einerseits verschiedene gesellschaftliche Ebenen (Makro, Meso und Mikro) wie auch andererseits hinsichtlich der objektiven und subjektiven Dimension. Auf der Mikroebene ist die subjektive Akzeptanz von sozialer Ungleichheit verortet. Handlungstheoretisch weist die Akzeptanz eine kognitive, normativ-evaluative und expressive Dimension auf. Was die latente Akzeptanzbereitschaft, d. h. die Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit betrifft, stellt sie den handlungstheoretischen Ursachenteil dar. Expressiv verkörpert sich die Akzeptanz im Folgenteil in manifestem Handeln. Als subjektiver Deutungs- und Orientierungsrahmen führt die Abbildung 5 die objektiven Konzeptteile an. Auf Makroebene bzw. Mesoebene ist dabei die institutionelle Verfasstheit bzw. das gesellschaftliche Ordnungssystem mit seinen kulturellen, ökonomischen, politischen und sozialen Bereichen vermerkt, wobei seine korporativen AkteurInnen mitgedacht sind. Die objektiven Lebensbedingungen sind davon separiert und stellen im Ergebnis die horizontalen und vertikalen Ungleichheiten in Form einer spezifischen sozialen (Lebens-)Lage auf individueller Ebene dar.

Abbildung 5: Modellhafter Entwurf einer subjektiven Akzeptanz sozialer Ungleichheit



Quelle: Eigene Darstellung.

Da moderne und demokratische Gesellschaften Ungleichheitsgesellschaften unterschiedlichen Ausmaßes sind, stellt sich die Akzeptanz als Ordnungsproblem dar, das zu einer Akzeptanzkrise bzw. einer Legitimationskrise werden kann. Das Akzeptanzkonzept eignet sich für eine umfassende Gesellschaftsanalyse bzw. der Analyse von sozialer Ungleichheit. Soziologische Akzeptanzforschung ist darüber hinaus Ursachenforschung, weil sie untersucht, unter welchen Bedingungen soziale Ungleichheiten subjektiv akzeptiert oder abgelehnt werden und wie sie zur individuellen (Selbst-)Bewusstheit und ins öffentlich-soziale Bewusstsein kommen. Mit dem Akzeptanzkonzept sozialer Ungleichheit kann dem wechselseitig bestimmten sozialen Prozess der subjektiven Deutung nachgespürt werden, und zwar unter strukturierenden äußeren materiellen und immateriellen Bedingungen bzw. unter dem legitimatorischen Gesichtspunkt. Subjektive Akzeptanz ist ein deutender und orientierender Vorgang, grundlegend für das soziale Handeln unter Bedingungen von sozialer Ungleichheit. Unter gegebenen äußeren Bedingungen ist die Akzeptanz als Bewusstheits- bzw. Bewusstseinsstufe im Sinne des Gradationsschemas des sozialen Konflikts zu verstehen (vgl. Sozial- und Systemintegration). Es stellt sich also die Frage, wie Faktoren der Strukturierung unter welchen Bedingungen zu gemeinsamer Einstellung und Überzeugung führen können, eine individuelle Bewusstheit und ein soziales Bewusstsein über die eigene und gesellschaftliche Situation bedingen und zur Identitätsstiftung bzw. Konfliktbereitschaft beitragen.

4.2 Forschungsfragen und Hypothesen

Nach den konzeptuellen Überlegungen kann allgemein gefragt werden, wie die gesellschaftliche Ordnung mit der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der Ungleichheiten zusammenhängt, inwiefern diese subjektiv akzeptiert oder abgelehnt werden, zu einer individuellen Bewusstheit werden oder wann sie zu einem sozialen Bewusstsein werden, einem markanten Anzeichen für sozialen Wandel oder möglicherweise einer bevorstehenden Akzeptanz- bzw. Legitimationskrise.

Zur Beschreibung von Gesellschaften ist es daher zunächst nötig, die subjektive Akzeptanz von sozialer Ungleichheit zu analysieren, da sie sowohl Ergebnis der gesellschaftlichen Strukturierung und gleichzeitig die Handlungsvoraussetzung darstellt (sog. handlungstheoretischer Dreh- und Angelpunkt). Auf individueller Ebene von AkteurenInnen ist daher nach einer latenten Akzeptanz- bzw. Ablehnungsbereitschaft zu fragen. Akzeptanz ist aber ein wechselseitig bestimmtes, differenzielles und multivariabes Phänomen. Sie ist eine themenspezifische, situationsspezifische (d. h. raumzeitliche) aber auch gruppenspezifische soziale Erscheinung und dementsprechend variabel und wandelbar. Um zu soziologisch fruchtbaren und erkenntnisreichen Aussagen der Produktion bzw. Reproduktion sozialer (Ungleichheits-)Strukturen zu gelangen, müssen die Forschungsfragen neben akteurszentrierten Variablen auch jene der Handlungskontexte beinhalten und in entsprechenden Hypothesen überprüfbar gemacht werden. Zur Skizzierung der wichtigsten institutionellen Regelungen, Formen und Ergebnisse sollte der gesellschaftliche Ordnungskontext in einer typisierenden Vereinfachung – d. h. von typischen Strukturen, institutionellen Besonderheiten – über Daten aller Ebenen beschrieben werden (z. B. über subjektive Befragungsdaten und objektive Daten der amtlichen Statistik). Dabei wird gleichzeitig ersichtlich, dass durch die Einbeziehung des gesellschaftlichen Kontextes für die Beschreibung und Erklärung des Akzeptanzphänomens die Analyse auf einen internationalen bzw. interkulturellen Vergleich hinausläuft.

Um einigen der ausgeführten Zusammenhänge auf die Spur zu kommen, sind notwendigerweise folgende Forschungsfragen zu stellen:

1. Wie lässt sich die subjektive Akzeptanz sozialer Ungleichheit messtheoretisch und empirisch abbilden?
2. Was dient als gesellschaftlicher Orientierungsrahmen der subjektiven Akzeptanz sozialer Ungleichheit? In welchen Handlungskontexten und unter welchen Ungleichheitsbedingungen wird eher akzeptiert oder abgelehnt?
3. Welche gesellschaftlichen Gruppen in welchen Lebenslagen akzeptieren die ungleichen Bedingungen und welche sie ab?

Zu den jeweiligen Fragen lassen sich folgende Forschungshypothesen H1 bis H3 mit den jeweiligen Teilhypothesen ableiten:

Hypothese 1 (H1): Die subjektive Akzeptanz lässt sich auf Individualebene empirisch als latente Akzeptanz- oder Ablehnungsbereitschaft ausdrücken. Das Konzept der subjektiven Akzeptanz sozialer Ungleichheit ist ein latentes Konstrukt, das sich nicht direkt über einen Indikator, sondern lediglich über multiple Indikatoren messen lässt und über reflektive Indikatoren operationalisiert werden kann. Bei der Akzeptanzbereitschaft handelt es sich um eine subjektive Orientierung bzw. Einstellung, die eine kognitive, normativ-evaluative und expressive Dimension umfasst. Insofern lässt sich die Akzeptanz als ein latentes Messmodell (bzw. Faktorenmodell zweiter Ordnung) mit den drei genannten Dimensionen (bzw. Faktoren erster Ordnung) spezifizieren, letztere operationalisiert über mehrere manifeste Variablen. Die dazugehörigen Korrespondenzhypothesen (KH) für die latente Akzeptanzbereitschaft als Dimensionen des Faktorenmodells lauten:

- *Kognitive Dimension (KH1.1):* Je mehr Ungleichheiten und Gründe für ihr Bestehen wahrgenommen werden, desto höher ist das Akzeptanz- und Ablehnungswissen.
- *Normativ-evaluative Dimension (KH1.2):* Je schlechter die Ungleichheiten bewertet werden und je unzufriedener man sich dazu äußert, desto stärker neigen Individuen zu Ablehnung.
- *Konative Dimension (KH1.3):* Je stärker für Alternativen zur gegenwärtigen Ungleichheit oder für Maßnahmen ihrer Aufhebung eingetreten wird, desto mehr werden die sozialen Ungleichheiten abgelehnt.

Hypothese 2 (H2): Im Sinne einer strukturtheoretischen These beeinflusst die gesellschaftliche Ungleichheitsordnung die objektiven Lebenslagen und subjektiven Lebenschancen von Personen und Gruppen. Im Sinne einer handlungstheoretischen These lässt sich die subjektive Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit – als vorläufiges Prozessergebnis – als subjektiv-innere (einstellungsmäßige) Orientierung in ungleichheitsrelevanten Handlungskontexten auffassen, nämlich aufgrund der spezifischen institutionellen Verfasstheit und der sozialen Organisation in historisch-konkreten Gesellschaften. Dafür können getrennt nach zentralen Ordnungsdimensionen folgende Brückenhypothesen (BH) abgeleitet werden, die die subjektive Akzeptanz über kontextuelle Bedingungen erklären:

- *Kulturelle Ordnung (BH2.1):* Je stärker und homogener Gleichheits- und Gerechtigkeitswerte vertreten sind (z. B. in Form religiöser, ethnischer und ideengeschichtlicher Homogenität), desto niedriger ist die Akzeptanz sozialer Ungleichheit.

- *Soziale Ordnung (BH2.2)*: Je sozialstrukturell homogener und gerechter eine Gesellschaft (z. B. Verteilung von Chancen und Ressourcen wie Bildung, Arbeit, Einkommen), desto höher ist die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit.
- *Politische Ordnung (BH2.3)*: Je stärker ein egalitär-politisches Klima (z. B. sozialdemokratische Parteien), je mehr Interessen von ArbeitnehmerInnen organisiert sind (z. B. Gewerkschaftsstärke) bzw. je direkter das politische System ist (z. B. föderale Strukturen), desto höher ist die Akzeptanz sozialer Ungleichheit (Anm.: Insbesondere, weil dadurch die Konfliktlinien weniger klar hervortreten).
- *Ökonomische Ordnung (BH2.4)*: Je prosperierender die Wirtschaft und je mehr für die Verteilung des Wohlstands zur Verfügung steht (z. B. Wirtschaftsleistung, Wirtschaftswachstum, Inflation), desto höher ist die Akzeptanz sozialer Ungleichheit.

Hypothese 3 (H3): Die subjektive Akzeptanz- oder Ablehnungsbereitschaft von sozialer Ungleichheit lässt sich in Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung und den horizontalen bzw. vertikalen Ungleichheiten von Individuen im Vergleich mit anderen sozialen Gruppen ausdrücken. Dafür können folgende Einzelhypotesen formuliert werden:

- *Typologie von Lebenslagen (H3.1)*: Mit der Hilfe vertikal-hierarchischer Dimensionen bzw. ausgewählter Merkmale von sozialer Ungleichheit lassen sich mehr oder weniger privilegierte bzw. benachteiligte Typen von Lebenslagen charakterisieren und nach ihrer relativen Größe darstellen.
- *Determinanten von Lebenslagen (H3.2)*: Die unterschiedlichen Lebenslagen können anhand zentraler horizontal-funktionaler Grundparameter der sozialen Ungleichheit beschrieben werden, wie z. B. die sozialstatistischen Kategorien Geschlecht, Alter, ethnisch-nationale Zugehörigkeit und räumlich-regionale Differenzierung (Stadt vs. Land) Lebenslagen determinieren.
- *Akzeptanzbereitschaft (H3.3)*: Personen bzw. soziale Gruppierungen in objektiv und relativ vorteilhaften Kontext-/Handlungsbedingungen (gesellschaftliche Ordnung und individuelle Lebenslage), weisen einen höheren Grad subjektiver Akzeptanzbereitschaft auf. Hingegen haben Personen/Gruppen in objektiv und relativ deprivierten Bedingungen eine niedrigere Bereitschaft, die Ungleichheiten zu akzeptieren.

Die von Akzeptanzkonzept abgeleiteten Forschungsfragen und Forschungshypothesen werden im empirischen Teil eingehend überprüft. Dabei wird es zuerst jeweils eine starke Auseinandersetzung mit methodischen Fragen geben, also beispielsweise durch welche Daten, welche Variablen und über welche Methoden die Bestandteile der Hypothesen über welche empirischen Modellierungen einer Überprüfung zugeführt werden sollen. Nach der empirischen Umsetzung werden die Einzelergebnisse und Inhalte zusammenfassend diskutiert und Schlussfolgerungen abgeleitet, insbesondere hinsichtlich der konzeptuellen Annahmen und des Erkenntnisgewinns bezüglich der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit.

EMPIRISCHER TEIL

5 Aufbau des empirischen Teils

Im empirischen Teil dieser Dissertationsschrift werden zunächst methodische Fragen behandelt. Bezugnehmend auf inhaltlich-konzeptuelle Aspekte wird zuerst auf methodologische Fragen eingegangen (Kapitel 6.1). Zur Beantwortung der aufgestellten Forschungsfragen und -hypothesen erfordert das Studiendesign Untersuchungsmethoden auf zwei unterschiedlichen Ebenen, einerseits auf Individual- und andererseits auf Kontextebene (Kapitel 6.2). Auf individueller Ebene werden objektive und subjektive Daten von sich an der gesellschaftlichen Ordnung orientierenden sowie von handelnden AkteurInnen benötigt. Weil es im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich ist, Primärdaten zu erheben, wird dafür auf Sekundärdaten des International Social Survey Programs (ISSP) zurückgegriffen. Das Kapitel 6.2.1 führt in die Prinzipien des etablierten internationalen Umfrageprogramms ein und stellt das hier verwendete Befragungsmodul „Soziale Ungleichheit“ vor bzw. bewertet es nach methodischen Gesichtspunkten. Für die kontextuelle Ebene werden in Kapitel 6.2.2 zunächst inhaltlich-konzeptuelle Abgrenzungskriterien diskutiert, was zu einer Erörterung methodischer Aspekte der Kontextualisierung, datentechnischer Implikationen, Möglichkeiten und Einschränkungen bei der Regionalisierung führt (hier auf Basis der NUTS-Systematik). Das Kapitel 6.3 des Methodenteils gibt einen Überblick über die im Ergebnisteil umgesetzte Strategie bei der Datenanalyse bzw. der methodischen Vorgehensweise.

Das Kapitel 7 berichtet über die Ergebnisse der umfangreichen Datenanalyse. Zunächst wird das (Mess-)Konzept der latenten Akzeptanzbereitschaft konfirmatorisch über eine Reihe von Faktorenanalysen getestet (Kapitel 7.1). Die folgenden Ergebniskapitel behandeln die Frage, welche Aspekte der Ungleichheitsordnung (Kapitel 7.2) und welche Lebenslagen (Kapitel 7.3) für die subjektive Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit einflussreich sind. Die einzelnen Ergebniskapitel sind gleich aufgebaut und gehen auf den theoretischen Hintergrund und die Forschungsfragen ein, beschreiben die methodische Vorgehensweise und statistische Datenanalyse, berichten über die Ergebnisse und Inhalte der Analyse und fassen die jeweiligen Hauptergebnisse zusammen und stellen erste Schlussfolgerungen an.

Der letzte Teil dieser Arbeit wendet sich schließlich der umfassenden theoretischen Diskussion und dem inhaltlichen Fazit zu. Er beschäftigt sich insbesondere mit dem Akzeptanzkonzept und verwandten Themen (z. B. Konfliktbewusstheit bzw. -bewusstsein), wobei im Speziellen konzeptuelle wie auch methodische Mängel dieser Arbeit bzw. Implikationen für weitere Forschungsanstrengungen im Bereich der Akzeptanzforschung diskutiert werden.

6 Methoden

6.1 Inhaltliche und methodologische Aspekte des Forschungsdesigns

Die Überprüfung einer sozialwissenschaftlichen Theorie – d. h. einer auf das soziale Denken und Handeln generalisierbare Theorie im Rahmen der (post)positivistischen Tradition – erfordert eine adäquate Methodologie und die Ableitung empirisch testbarer Hypothesen, die verifizierbar oder falsifizierbar sind (Przeworski/ Teune 1970). Dafür ist aber insbesondere auch die Verwendung von validen und reliablen Methoden der quantitativen empirischen Sozialforschung erforderlich.

Anthony Giddens (1983) hat einmal – bei der Reflexion der Soziologie – für die Analyse gesellschaftlicher Strukturen vier soziologische „Gebote“ aufgestellt: Soziologische Theorien sollten es bei der empirischen Überprüfung vermeiden, Verallgemeinerungen auf der Grundlage einer einzigen oder nur sehr weniger Gesellschaften zu betreiben. Dabei sollte auch nicht von immanenten gesellschaftlichen Entwicklungen ausgegangen werden, da sozialer Wandel eher durch Kontingenz als durch eine „natürliche“ Entwicklungslogik geprägt sei. Darüber hinaus sollten Gesellschaften bzw. ihre sozialen Strukturen und Prozesse nicht als isolierte Einheiten betrachtet werden, sondern beispielsweise den internationalen Kontext berücksichtigen. Ebenso sollten gesellschaftliche Prognosen und Tendenzen nicht auf Basis zu kurzer Zeitspannen erfolgen (Giddens 1983: 15f.).

Einige der Aspekte sind aus inhaltlicher und methodologischer Sicht für die vorliegende Arbeit von zentraler Bedeutung. Zunächst ist einmal zu diskutieren, was unter dem Begriff der „Gesellschaft“ ganz allgemein zu verstehen ist. Beim Begriff von Gesellschaft handelt es sich um die Vorstellung von einer Vergesellschaftung als Ergebnis sozialer Prozesse. Aus diesem Blickwinkel kann man unter Gesellschaft ein soziales Gebilde verstehen, dass für das individuelle Denken und Handeln einen allgemeinen und verbindlichen institutionellen Rahmen mit zumindest einer normativen und einer Opportunitätsstruktur vorgibt (Esser 1999a). Man kann danach Gesellschaft als eine sozial verfasste Großgruppe von Menschen und ihre Untergruppen auffassen, die für gewöhnlich relativ dauerhaft auf einem festgelegten Territorium leben (Mauss 1975 [1934]). Als analytische Kriterien von Gesellschaften können weiters unterschiedliche Ebenen dienen. Beispielsweise kann nach Aggregatstufen zwischen Gemeinde, Bezirk, Region, Nationalstaat, Makroregion, Sprach- bzw. Kulturkreis und Weltgesellschaft unterschieden werden (Haller 2008). Darüber hinaus kann eine Gesellschaft dimensional nach ordnungssoziologischen Kriterien differenziert werden: nach kulturellen Grundwerten bzw. Leitprinzipien (z. B. Gerechtigkeitsnormen, religiöse Werte), nach sozio-politischen sowie sozio-ökonomischen Strukturen bzw. deren Institutionen, nach der sozialstrukturellen Dimension (z. B. Klassen, Schichten, Lebenslagen) und nach dem individuellen Bewusstsein bzw. Handeln (z. B. legitimierende Werte, Einstellungen, Verhalten) (Haller 2008). Insofern kann eine Gesellschaft – in einer Querschnittsbetrachtung – hinsichtlich ihrer historisch-konkreten Vergesellschaftungsformen aufgefasst werden, eine spezifische gesellschaftliche bzw. kontextuelle Situation, die als objektive Bedingung und individueller Orientierungs- und Handlungsrahmen aufzufassen ist, aber aufgrund ihres wechselseitigen Entstehens und prozesshaften Charakters ständigem sozialem Wandel unterlegen ist (Esser 1999a: 339).

Eine Gesellschaft kann daher Gegenstand einer soziologischen Beschreibung und Erklärung sein, und beispielweise hinsichtlich der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit analysiert werden. Im Rahmen

international bzw. interkulturell vergleichender Sozialstrukturanalysen werden dazu mehrere Gesellschaften verwendet, wobei dafür die Verwendung des Nationalstaates als Betrachtungseinheit üblich geworden ist. Die Frage ist jedoch, ob der Staat (noch) einen adäquaten Rahmen für die Analyse von sozialen Ungleichheiten darstellt. Neben einer gewissen Berechtigung für eine nationalstaatliche Betrachtung wurde dieser Ansatz inhaltlich und methodisch kritisiert. Berechtigt scheint die Perspektive des Nationalstaates als relevanter Kontext für die Analyse von sozialer Ungleichheit deshalb (z. B. hinsichtlich Akzeptanzfragen), weil der Nationalstaat einen festen und stabilen Rahmen für die gesellschaftliche Integration nach innen darstellt und gleichzeitig für eine Abgrenzung nach außen sorgt (Haller 1990), was zur sozialen Grenzbildung, Homogenisierung und Strukturierung beiträgt. Nationalstaaten haben beispielsweise ein Interesse an einem inneren sozialen Ausgleich (Mau/ Verwiebe 2009), einer sogenannten Entterritorialisierung (Münch 2001). Regionale Spaltungstendenzen, Interessen, Ideologien und Identitäten werden so in nicht-territorial definierte soziale Ungleichheiten transformiert (Heidenreich 2003: 34).

Diese Umstände haben auch zu einem nationalstaatlichen Gesellschaftsbegriff und der Vorstellung einer nationalen Sozialstruktur beigetragen (sog. Kongruenzthese⁶⁷). Darüber hinaus wurde argumentiert, dass die sozialen Beziehungen überwiegend innerstaatlich verlaufen (d. h. nicht grenzüberschreitend) und eine relativ feste Gruppe umfassen. Außerdem werden wertvolle Ressourcen über staatliche Institutionen organisiert und verteilt, die Ergebnis von nationalen Volkswirtschaften, Arbeitsmärkten, Institutionen und organisierten Interessen sind (Mau 2006; Mau/ Verwiebe 2009). Hinzu kommt eine gemeinsame Wert-, Kultur- und Ideengeschichte, da die Gesellschaften in Europa „(...) keine zufällige Anordnung benachbarter Staaten, sondern durch eine spezifische territoriale Ordnung, und ein Reservoir an kulturellen und ideengeschichtlichen Gemeinsamkeiten geprägt“ (Mau/ Verwiebe 2009: 25f.) sind. In der komparativen Forschung wurden daher ganze Länder als abgeschlossene Einheiten betrachtet und anhand verschiedener Dimensionen, beispielsweise nach kulturellen, ökonomischen, politischen, sozialen Aspekten, miteinander verglichen.

Historisch gesehen hat Europa stets – nicht zuletzt wegen seiner ökonomischen Unterschiede und Wohlstandsgefälle (z. B. zwischen Ost- und Westeuropa) – Zentrums-Peripherie-Strukturen⁶⁸ aufgewiesen. Spätestens aber mit der Etablierung der Europäischen Union als Makroregion und des europäischen Integrationsprozesses wurde vermehrt die Konvergenzthese der europäischen Staaten diskutiert. Damit war beispielsweise die Beobachtung verbunden, dass es zu einer Zunahme von grenzüberschreitenden Interaktionen (Verflechtungen), gegenseitigen Abhängigkeiten und Gemeinschaftsbildungen gekommen ist (Mau/ Verwiebe 2009; Vobruba 1999). Auch soziale Beziehungen (z. B. wegen der Arbeitsteilung) spielen sich vermehrt jenseits nationaler Grenzen ab (Münch/ Büttner 2006), Lebenschancen und Ungleichheiten werden zunehmend auch auf

⁶⁷ Die sogenannte Kongruenzthese besagt, dass die kulturelle, territoriale, politische, ökonomische wie auch soziale Integration von Nationalstaaten Hand in Hand gehen und daher von gesellschaftlichen bzw. von weitgehend nationalstaatlichen Grenzen ausgegangen werden kann (Mau 2006). Bekannt wurde dafür die Bezeichnung Container-Modell (Agnew/ Corbridge 1995: 85).

⁶⁸ Es ist darauf hinzuweisen, dass neben dem integrativen Ansatz (Rokkan 2000) noch weitere Konzepte von Zentrum und Peripherie entwickelt wurden, die die Strukturierung von Europa nach unterschiedlichen Gesichtspunkten beschreibt, z. B. der wirtschaftsgeografisch-funktionale Ansatz (Christaller 1950), der politik-ökonomische Ansatz (Wallerstein 1983) oder der kulturosoziologische Ansatz (Shils 1982). Eine übersichtliche Darstellung der Ansätze findet sich beispielsweise bei Haller und Höllinger (1995).

supranationaler Ebene, jenseits des Nationalstaates, mitgeprägt (Beck/ Grande 2004). Insgesamt kann eine „neue“ Aggregationsebene in Europa nicht mehr negiert werden, die die Nationalstaaten zwar nicht völlig abgelöst, aber eine neue Form der horizontalen und vertikalen Verflechtung hervorgebracht hat. Schlagwortartig bezeichnet wurde diese europäische Konstruktion z. B. als „*Herrschaftsverband eigener Prägung*“ (Lepsius 2000), als Prozess der „*Europäisierung sozialer Ungleichheiten*“ (Bach 2000) oder als „*Europäisierung von Sozialstrukturen*“ (Schäfers 1999, jeweils zitiert nach Mau/ Verwiebe 2009).

Europa kann daher als ein Mehrebenensystem aufgefasst werden, zu deren wichtigster Bezugsebene mittlerweile die Europäische Union als Makroregion⁶⁹ mit ihren nationalen Mitgliedsstaaten (Nationalstaaten) zu zählen ist. Erstaunlicherweise scheinen jedoch auch die Regionen auf subnationaler Ebene an Bedeutung gewonnen zu haben. Zwar haben die Ungleichheiten auf nationalstaatlicher Ebene zwischen den meisten europäischen Ländern entsprechend der Konvergenzthese abgenommen, gleichzeitig aber haben die Ungleichheiten innerhalb der Staaten zugenommen, was für eine innere Differenzierungsthese spricht. Analysen belegen, dass die Ungleichheiten zwischen den Ländern Europas am Anfang der 1980er Jahre die Hälfte aller Ungleichheiten ausmachte, im Zeitraum zwischen 1995 und 2003 haben diese bei den Staaten der EU-25 um 45 % abgenommen. Die andere Hälfte waren Ungleichheiten innerhalb der Länder, wobei sich die innerstaatliche Ungleichheitsentwicklung bis Mitte der 1990er Jahre zuspitzte (Duro 2001) bzw. die regionalen Ungleichheiten (Anm.: beim Gini-Koeffizient) sogar um 15 % zugenommen haben (Heidenreich/ Wunder 2007). Ein weiteres Zeichen zunehmender regionaler Polarisierung war der zeitliche Trend, dass sich die europäischen Regionen im Vergleich von Bruttosozialprodukt zu Wirtschaftswachstum überwiegend entweder als Gewinner oder als Verlierer herausstellten (Rodíguez-Pose/ Vilalta-Bufí 2005).⁷⁰ „Zieht man also die regionale Ebene mit in Betracht, dann zeigt sich, dass der allgemeine Trend der Konvergenz der Mitgliedsländer auf der regionalen Ebene gebrochen oder zumindest relativiert wird. Von einheitlichen Lebensbedingungen kann keine Rede sein, dafür aber von einer zunehmenden Annäherung zwischen den Ländern und einer Polarisierung im Inneren“ (Mau/ Verwiebe 2009: 268).

Die Gesellschaften innerhalb von Europa sind auf Länderebene durch ihre Wohlstandsgefälle und soziale Ungleichheiten geprägt, aber es „(...) treten neue, kleinräumige Zentrum-Peripherie-Differenzen und regionale Divergenzen“ (Mau/ Büttner 2008: 216) hervor und es kommt zu einer „Aufladung territorial-nationaler bzw. territorial-regionaler Ungleichheiten. (...) Die europäische Ungleichheitsstruktur zeichnet sich somit durch eine Verschachtelung mehrerer und unterschiedlich dimensionierter Bezugs- und Zurechnungsebenen aus“ (Mau 2006: 130). Das Wohlstandsgefälle zwischen den Regionen „(...) spricht gegen eine ‚Enträumlichung des Sozialen‘ und für eine nichtidentische, pfadabhängige Reproduktion sozio-territorial verankerter Ungleichheiten und Abhängigkeiten“ (Heidenreich 2003: 31).

⁶⁹ Als exemplarisches Beispiel begründen das Heidenreich und Wunder folgendermaßen: „*Europe is not any more the geographic designation for a sociologically meaningless region of the global society, but a relatively closed social field that is characterized by relatively homogeneous regulatory structures and political actors capable of making binding decisions*“ (Heidenreich/ Wunder 2007: 27).

⁷⁰ Insbesondere zeigen sich große Unterschiede zwischen Hauptstadtregionen, die Wachstumszentren sind und über eine überdurchschnittliche Wirtschaftsleistung verfügen (v. a. in tertiären Sektoren), und benachteiligten (Rand-)Regionen, wo überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, schwächere Wirtschaftskraft und niedrigere Humankapitalkonzentration zu beobachten sind. (Heidenreich 2003)

Diese Befunde weisen auf eine Relationierung der nationalen Ungleichheiten hin (Mau 2006) und der soziale Wandel in Europa zeigt – beispielsweise indiziert durch den zunehmenden Bedeutungsgewinn sozialer, ökonomischer und politischer Dynamiken (Vobruba 1999) –, dass der ausschließliche Fokus auf nationalstaatliche (makrosoziale) Strukturen und Prozesse bei der Analyse sozialer Ungleichheit unzufriedenstellend ist. Aufgrund dessen wurde die These der zunehmenden Verräumlichung und Regionalisierung von sozialer Ungleichheit formuliert, und zwar weil „(...) *die regionale Ebene als Strukturierungsfaktor bei der Bereitstellung von sozialen Lebenschancen mehr Gewicht erhält*“ (Mau/ Büttner 2008: 206). Der traditionelle Ansatz des „*methodologischen Nationalismus*“ (Beck 1997) in der Ungleichheitsforschung ist damit zunehmend in Frage zu stellen. Gefordert ist vielmehr eine Unterscheidung von Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Nationen (Firebaugh/ Boesling 2004), da sonst die Gefahr droht, dass die innerstaatliche Variabilität und deren Effekte, z. B. für Fragen der Akzeptanz, übersehen werden könnten (Breen/ Rottman 1998).

Die Kritik in Hinblick auf die Ungleichheitsforschung geht überhaupt so weit, dass von einer defizitären Erkenntnislage aufgrund des einseitigen Fokus auf den Nationalstaat ausgegangen werden kann, weil insbesondere die Meso-Ebene bzw. die intermediäre Komponente zwischen Makro- und Mikro-Ebene der Sozialstruktur von besonderen Wandlungsprozessen betroffen war (Levy 2002). Auf der Meso-Ebene zeigt sich die soziale Identität moderner und zunehmend komplexer werdender Gesellschaften (Scheuch 2003) und „(...) *the omnipresence of diffusion and the confirmation of regional and local identities*“ (Scheuch 2000: 71) bzw. „(...) *a national sample without considering the meso level ‘extracts’ an individual from his social environment*“ (Scheuch 2000: 69).

Die einseitige Konzeptualisierung des Nationalstaates als alleiniger Orientierungsrahmen und Handlungskontext wird den modernen gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen offensichtlich nicht (mehr) gerecht. Konsequenterweise bedarf es einer expliziten Beachtung der sozialen Beziehungen sowie Korporationen und Institutionen, d. h. der gesellschaftlich mediatisierenden Effekte, wobei sie sich am deutlichsten auf territorialer Ebene zeigen, also beispielweise in Gemeinden, Bezirken und Regionen (Scheuch 2003). Die Schlussfolgerung davon lautete, dass sozialräumliche Aspekte bzw. die Regionen stärker in den Betrachtungen berücksichtigt werden müssen (Mau/ Büttner 2008; Vobruba 1999), da sie einerseits Bezugsrahmen von Interaktionen und andererseits Strukturierungsprinzip moderner Gesellschaften darstellen und soziale Alltagspraktiken prägen (Bourdieu 1997 [1984]; Giddens 1997 [1988]). Sozial-räumliche Dimensionen von Ungleichheit, objektiv ungleiche Lebensbedingungen und -chancen und ihre Auswirkungen auf die individuellen Wahrnehmungen und das Handeln werden in der sozialwissenschaftlichen Forschung jedoch noch immer zu wenig systematisch beachtet (Hadler 2007; Mau/ Büttner 2008).

Für die hier behandelte Forschungsanstrengung stellt sich wie gesagt die inhaltliche Frage, welche Auswirkungen diese sozial-räumlichen Differenzierungen auf Akzeptanz von sozialer Ungleichheit bei Individuen haben. Für eine empirische Behandlung stellt sich zudem die methodologische Frage nach dem angemessenen Forschungsdesign und mit welchen Forschungsmethoden eine solche Fragestellung adäquat beantwortet werden kann. Im Sinne der (post-)positivistischen Forschungstradition (Creswell 2009) verfolgt die Arbeit das Ziel der Überprüfung des theoretischen Konzepts der Akzeptanz auf Basis empirisch überprüfbarer Forschungshypothesen. Da Individuen die sozialen Ungleichheiten in unterschiedlichem Ausmaß akzeptieren oder ablehnen, sind zunächst entsprechende Daten auf individueller Ebene zu sammeln. Die am häufigsten angewendete Erhebungstechnik in der empirischen Sozialforschung ist die Befragung, die sich – trotz einiger

methodischer Probleme – besonders dafür eignet, um individuelle Wahrnehmungen und Bewertungen sozialer Ungleichheiten in entsprechendem Umfang quantitativ zu erfassen. Für die Vergleichbarkeit eignet sich insbesondere die Erhebung mittels standardisierten Erhebungsinstruments (Fragebogen). Für die Generalisierbarkeit bedarf es eines adäquaten Abbildes der Grundgesamtheit, der über die Ziehung von Zufallsstichproben in genügend großem Umfang angenähert werden kann (Schnell et al. 2008).

Der wichtigste Strukturierungs-, Referenz- bzw. Orientierungsrahmen für die Akzeptanz sozialer Ungleichheit scheint zwar nach wie vor der Nationalstaat zu sein, weil über die makrosoziale Ebene relevante Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen, Normen von Solidarität, Erwartungen und Ansprüche formuliert werden und institutionalisiert sind. Aber aufgrund der Regionalisierung „*social inequality can be analysed, (...) less and less exclusively within the framework of nation-states*“ (Heidenreich/ Wunder 2007: 34), insbesondere weil die ungleichheitsrelevanten Dimensionen auf meso-sozialer (Regions-)Ebene einen zunehmend wichtiger werdenden Kontext für heterogene Lebensbedingungen und ihre Akzeptanz(bereitschaft) darstellen. Eine zunehmende Ablehnung der faktischen Ungleichheitsstruktur kann eine gesellschaftliche Herausforderung darstellen, weil die regionalen Ungleichheiten die gesellschaftliche Integration schwächen und zu einer Legitimationsproblematik beitragen bzw. zur Akzeptanzkrise führen können.

Aus diesen Gründen werden nicht nur Daten auf Individual- sondern auch gleichzeitig auf kollektiver Ebene benötigt. Um eine vergleichende/komparative Perspektive einnehmen und Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede in der Akzeptanzlandschaft herausarbeiten zu können, müssen neben den Individualdaten auch Daten über ungleichheitsrelevante Dimensionen einzelner Regionen von Nationalstaaten berücksichtigt werden (Levy 2002). Wie schon im theoretischen Teil dieser Arbeit eingehend begründet, ist bei der Charakterisierung von kollektiven Ungleichheitsstrukturen eine typisierende Beschreibung mit Hilfe zentraler Aspekte der gesellschaftlichen Ordnung möglich (Esser 1999a). Dabei ist zu beachten, dass die Eigenschaften solcher Variablen auf den verschiedenen Ebenen in bestimmten Beziehungen zueinander stehen (Lazarsfeld/ Menzel 1961). Die Datensammlung sollte über entsprechende Indikatoren nach dem Prinzip der direkten Messung erfolgen, wobei die Indikatoren mit absoluten bzw. globalen Eigenschaften vorzuziehen sind (Scheuch 1969) und dem Prinzip multipler Messungen (Indikatoren) folgen sollte (Sodeur/ Hoffmeyer-Zlotnik 2005).

Wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einbezogen werden, dann handelt es sich um eine interkulturell-vergleichende Analyse. Forschungspraktisch bedeutet das, dass zuerst auf individueller Ebene relevante Befragungsdaten erhoben werden müssen, beispielsweise mittels international durchgeföhrter sozialwissenschaftlicher Umfragen. Aber erst „*if systems differ, we must search for the system-level variables that create these differences*“ (Przeworski/ Teune 1970: 134). Sodann können die Individualdaten mit entsprechenden Informationen auf kollektiver Ebene ergänzt werden, z. B. durch sozial-ökologische, prozessproduzierte Daten der amtlichen Statistik oder aus den Individualdaten aggregierte Informationen. Jedenfalls sind ohne die explizite Berücksichtigung der Mehrebenenstruktur in der statistischen Analyse (z. B. durch Aggregation der Daten) Gefahren von unterschiedlichen Fehlschlüssen gegeben, die in der Literatur vor allem als ökologischer Fehlschluss (Robinson 1950) bzw. individualistischer (atomistischer) Fehlschluss (Scheuch 1969)

diskutiert wurde (z. B. Luke 2004).⁷¹ Eine saubere analytische Trennung zwischen Individual- und Kontextebene kann fehlerhafte Schlussfolgerungen vermeiden. Methodisch wird das über ein Forschungsdesign ermöglicht, bei dem mehrere Ebenen gleichzeitig in einer Kontext- bzw. Mehrebenenanalyse berücksichtigt werden (Lazarsfeld et al. 1944; Lazarsfeld/ Menzel 1961). Datentechnisch handelt es sich um eine sogenannte geschachtelte Datenstruktur, weil die befragten Individuen Teil einer größeren Struktur sind, z. B. von Regionen verschiedener Nationen. Mit Hilfe von solchen Mehrebenendesigns (*multi-level designs*) wird die Absicht verfolgt, strukturelle Unterschiede bzw. Kontexteffekte bestimmen zu können (Blau 1960; Hummell 1972; Scheuch 1969). Internationale Vergleiche zielen daher darauf ab, ein Phänomen (z. B. die Akzeptanzbereitschaft) mittels Hypothesen unter unterschiedlichen kontextuellen Bedingungen zu testen. Dabei stellt sich auch die methodische Frage, ob das Akzeptanzphänomen über Erhebungsinstrumente bzw. Variablen gemessen werden kann und vergleichbare Messungen liefert (Steenkamp/ Baumgartner 1998).

Wie in komparativen Studien nicht unüblich, werden hier die vorliegenden Hypothesen im Rahmen einer Sekundäranalyse getestet, wobei auf bereits vorhandene Datenbestände auf Individual- und Kontextebene zurückgegriffen wird. Damit entfällt der in diesem Rahmen kaum mögliche Datenerhebungsprozess, jedoch stellt sich das Problem, adäquate Daten zur Beantwortung der Forschungsfragen zu beschaffen. Das ist notwendig, weil aus den vorhandenen Datenbeständen die interessierenden Variablen und Indikatoren für die theoretischen Konstrukte aller Ebenen gefunden werden müssen und auf einem Auswahlverfahren basieren, das verallgemeinerbare Aussagen zulässt (Schnell et al. 2008). Die hier verwendeten Untersuchungsformen und -methoden müssen daher im folgenden Kapitel 6.2 ausführlich beschrieben werden.

6.2 Untersuchungsformen und Operationalisierung

6.2.1 Untersuchungsmethode auf Individualebene

6.2.1.1 *Das International Social Survey Programme*

Beim International Social Survey Programme (ISSP) handelt es sich um ein internationales Kooperationsprogramm, das jährlich gemeinsame Umfragen zu relevanten sozialwissenschaftlichen Themen durchführt. Gegründet wurde das ISSP im Jahr 1984 durch vier Institutionen, nämlich das National Opinion Research Center (NORC, USA), das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA, Deutschland), The National Centre for Social Science (SCPR, Großbritannien) und die Research School of Social Sciences (RSSS, Australien) (Mohler 1992; Uher 2000). Mit Stand 2014 hat es sich auf 48 Mitgliedsstaaten aus fünf Kontinenten ausgeweitet (ISSP 2012a).

⁷¹ Anm.: In einer herkömmlichen Analyse werden beispielsweise Aggregatdaten in Beziehung zueinander gesetzt, wobei häufig Zusammenhänge zwischen Variablen auf Aggregatebene (Makro) genauso interpretiert werden wie Zusammenhänge auf der Individualebene (Mikro). Das führt häufig zu falschen Schlussfolgerungen, weil die gefundenen Zusammenhänge zwar auf diese Ebene, aber nicht zwingenderweise auf die Zusammenhänge der anderen Ebenen zutreffen müssen. Der (fehlerhafte) Schluss von Aggregat- auf Individualdaten heißt ökologischer Fehlschluss. Der umgekehrte Fall wird als individualistischer (atomistischer) Fehlschluss bezeichnet.

Ziel des ISSP ist eine freiwillige, kontinuierliche und internationale Zusammenarbeit, die auf einigen Prinzipien beruht: Die Entwicklung gemeinsamer Befragungsmodule zu unterschiedlichen Themengebieten der Sozialwissenschaften, die Konzeption kurzer Messinstrumente – für entweder eine alleinstehende Erhebung oder als Ergänzung einer anderen Befragung – mit einer Dauer von etwa 15 Minuten unter Berücksichtigung eines gemeinsamen Kerns an Hintergrundvariablen, sowie die schnelle Verfügbarmachung der Daten für die sozialwissenschaftliche Gemeinschaft. Zur Erreichung dieses Ziels existiert keine zentrale Finanzierung, diese wird durch jede beteiligte Forschungsorganisation separat geleistet (ISSP 2012b; Smith 2009; Uher 2000).

Gemäß den Arbeitsprinzipien besteht die Organisationsstruktur aus den einzelnen Mitgliedsländern, einem Sekretariat, einem Archiv sowie speziellen Subgruppen für die spezielle Modulgestaltung und für methodologischen Fragen. Zur Untersuchung gesellschaftlich relevanter Verhältnisse und Prozesse verbindet das ISSP zwei Forschungsstrategien: einerseits die international vergleichende Forschung, die durch die standardmäßige Erhebung von Themengebieten in allen Teilnahmeländern erfolgt, andererseits der thematische Zeitvergleich, indem identische Befragungsmodule nach mehreren Jahren in einer Querschnittsbefragung repliziert werden. Ein Methodologiemremium (*methodological committee*) koordiniert die Arbeit von sieben Teilgruppen, die unterschiedliche Themen vergleichender Methodologie und funktional äquivalenter Messmethoden bearbeiten. Diesbezüglich herrscht die Einsicht, dass die Erreichung funktionaler Äquivalenz eine Herausforderung darstellt, die aber durch gute technische Standards und Prozesse angenähert (z. B. internationale Pretests, Zufallsauswahl) sowie über die Dokumentation der Methoden und Feldarbeit bewertet werden kann. Tom Smith begründet, dass „*(...) comparative survey research is a challenging endeavour, and achieving complete functional equivalence is more an ideal than an obtainable outcome. It is an ideal that the ISSP follows and towards which it has seen progress over the decades as methods have become more rigorous and as a better understanding of how to maximize comparability has developed both within the field of survey research in general and within the ISSP in particular*“ (Smith 2009: 8).

Zu den wichtigsten methodischen Fragen – und letztlich zur Sicherung der Datenqualität – gelten für alle Teilnahmeländer die gleichen methodischen Auflagen: Die Erhebungsmodule und Fragebögen werden über mehrere Jahre hinweg entwickelt und in mehreren Ländern einem Pretest unterzogen. Anschließend kann in der ISSP-Hauptversammlung für ein Befragungsmodul ein englischer Basisfragebogen (*source questionnaire*) verabschiedet werden. Jedes Mitgliedsland ist danach für die standardisierte Übersetzung des Erhebungsinstruments in die nationale Sprache verantwortlich (d. h. die Entwicklung länderspezifischer Feldfragebögen), wobei ein interaktiver Prozess mit Feedbackschleifen der in den Übersetzungsvorgang involvierten Personen angewendet wird (inkl. öffentlich zugänglicher Anmerkungen, die Probleme aufzeigen). Vergleichsweise sorgfältig fällt die länderübergreifende Vergleichbarkeit und umfangreiche Operationalisierung von sozio-demografischen Hintergrundvariablen aus, wie z. B. von Informationen über das Einkommen, den Bildungsabschluss, die politischen Parteien, das Religionsbekenntnis. Darüber hinaus lässt das Programm großen Spielraum für länderspezifische Variablen zu (z. B. politische Parteien). Da die Feldarbeit bzw. die unterschiedliche Durchführung der Datenerhebung Auswirkungen auf das Antwortverhalten haben kann (Anm.: beides Fragen der Fragequalität und der Vergleichbarkeit der Daten), werden die Befragungsmodule als Fragebögen entwickelt, die von den befragten Personen selbst ausgefüllt (*self-administration*) werden können. Die komplette Datenaufbereitung wird durch

eine zentrale Archivierung ermöglicht, die den Datenzugang gewährleistet (vgl. GESIS Leibnitz-Institut für Sozialwissenschaften). Dazu zählt auch eine umfangreiche Dokumentation jedes Umfragemoduls in Form eines Berichts (*study monitoring reports*). Daher können die Module hinsichtlich der Befragungszeit, der Stichprobenziehung, des Rücklaufs, der Gewichtung etc. beschrieben und methodisch beurteilt werden. Darüber hinaus kann mit Hilfe der sozio-demografischen Angaben mit den nationalen Volkszählungen und Zensusdaten verglichen werden (ISSP 2012a, 2012b; Smith 2009).

Bisher wurden elf unterschiedliche Module zum Erhebungsthema gemacht, wobei „Staat und Regierung“, „soziale Ungleichheit“ sowie „Familie und Geschlechterrollen“ bereits viermal erhoben wurden. „Arbeitsorientierungen“, „Religion“ und „Umwelt“ wurden dreimal, „soziale Netzwerke“ zweimal und „Bürger und Staat“, „Freizeit und Sport“ sowie „Gesundheit“ bisher einmal erhoben wurde (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Bisherige und geplante Module und Erhebungsjahre des ISSP

Erhebungsthema / Modul	Erhebungsjahre
Staat und Regierung	1985, 1990, 1996, 2006
Soziale Ungleichheit	1987, 1992, 1999, 2009
Familie und Geschlechterrollen	1988, 1994, 2002, 2012
Arbeitsorientierungen	1987, 1997, 2005
Religion	1991, 1998, 2008
Umwelt	1993, 2000, 2010
Nationale Identität	1995, 2003, 2013
Soziale Netzwerke	1986, 2001
Bürger und Staat	2004
Freizeit und Sport	2007
Gesundheit	2011

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von www.gesis.org/issp (9. Juli 2012).

Das ISSP stellt neben dem Eurobarometer, der Value Surveys (World Value Survey, WVS bzw. European Value Survey, EVS) und des European Social Survey (ESS) eine der wichtigsten Anstrengungen vergleichender Forschung dar (Bréchon 2009). Tom Smith (2009) berichtet, dass im Rahmen des ISSP zwischen 1985 und 2005 465 nationale Studien durchgeführt und 616.841 Personen zu den Themen befragt wurden. Aktuell stehen elf Anthologien (u. a. Haller et al. 2009) und mehr als 3.200 Publikationen zur Verfügung, vor allem in Form von Monografien, Buch- und

Zeitschriftenartikeln sowie Konferenzbeiträgen (Smith 2009). Die gesamte Bibliografie von Publikationen auf Basis von ISSP-Daten umfasst derzeit 343 Seiten (ISSP 2012d).

6.2.1.2 ISSP-Modul: Soziale Ungleichheit

Für das hier untersuchte Thema der Akzeptanz eignen sich die ISSP-Befragungsdaten zur Abdeckung der Ebene von Individualdaten. Im Besonderen deshalb, weil ein Befragungsmodul das Thema der „sozialen Ungleichheit“ zum Inhalt hat. Beim Modul werden folgende Themenbereiche und Fragestellungen behandelt (Harkness et al. 2002; ISSP 1998):

- Soziale Herkunft und Beziehungen als Voraussetzung für Karriere und Erfolg,
- Kriterien für die soziale Mobilität,
- Legitimationsgründe von sozialer Ungleichheit,
- (Selbstein-)Schätzung für die Zahlung von Leistung bzw. Einkommen,
- Einstellung gegenüber sozialer Ungleichheit,
- Wahrnehmung von sozialen Spaltungen und Konflikten zwischen gesellschaftlichen Gruppen,
- Einschätzung der gegenwärtigen und vergangenen sozialen Position (Oben-Unten-Skala),
- Charakterisierung des tatsächlichen/gewünschten sozialen Systems (Pyramiden-Diagramme).

Der sozio-demografische Fragenblock umfasst Fragen über das Alter, das Geschlecht, den Familienstand, die Schulbildung, den Beruf (Status, Autonomie, Arbeitsstunden, Einkommen) bzw. Arbeitslosigkeit, die Haushaltstruktur/-größe und das Familieneinkommen, die Wohnsituation, die Wohnregion⁷², die Ortsgröße, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, die Parteipräferenz, die Wahlbeteiligung, die Konfession bzw. die Religiosität (inkl. Kirchgang) sowie den ethnischen Hintergrund (ISSP 2001).

Bisher wurde das ISSP-Modul „Soziale Ungleichheit“ viermal erhoben. In der Arbeit wird nicht auf die älteren Befragungen von 1987 bzw. 1992, sondern auf die Befragung „Social Inequality III“ (ZA-Archivnr. 3430) aus dem Jahr 1999 zurückgegriffen⁷³. Die Befragung machten insgesamt 30 Länder mit, dabei handelte es sich um 9 nicht-europäische Länder (Australien, Brasilien, Chile, Israel, Japan, Kanada, Neuseeland, Philippinen, USA) und 21 europäische Länder (Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien (inklusive Nordirland), Irland, Lettland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Russland, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, und Zypern (ISSP 2012c). Es werden für die weitere Analyse nur die Daten europäischer Länder einbezogen, wobei aus methodologischen und erhebungstechnischen Gründen sieben Länder exkludiert werden mussten. Dabei handelt es sich um die Länder Dänemark, Irland, Niederlande, Norwegen, Russland, Schweiz und Zypern (siehe ISSP 2012a).

Trotzdem steht ein guter Mix aus 14 west-, ost-, süd- und nordeuropäischen Ländern zur Verfügung (bzw. 16 Ländererhebungen). Sie bilden eine individuelle Datengrundlage von insgesamt $N_i=17.943$ befragten Personen, wobei die 16 Länderstichproben durchschnittlich 1.121,44 Personen umfassen

⁷² Die länderspezifische Regionsvariable (*x_reg*) wird in weiterer Folge für die Verknüpfung der Individual- mit den Kontextvariablen die zentrale Rolle spielen.

⁷³ Die Daten der Befragung „Social Inequality IV“ aus dem Jahr 2009 waren beim Schreibbeginn dieser Arbeit noch nicht verfügbar. Das Datenfile (ZA No. 3430) beinhaltet neben einer Identifikationsnummer der befragten Person eine Länder- und eine Regionskennung. Bei manchen Länderdaten steht auch eine Gewichtungsvariable zur Verfügung.

(mit einer SD=340,52 | Min=804 | Max=1.889). Neun der 14 Länder haben die Daten im Jahr 1999 erhoben, zwei bereits 1998 und drei Länder erst 2000/2001. Eine Übersicht der letztlich berücksichtigenden Länder, des Erhebungsjahres, der Stichprobengrößen sowie Angaben zu einigen sozio-demografischen Variablen (Geschlecht, Alter, Bildung) findet sich in Tabelle 6.

Tabelle 6: Verwendete europäische Erhebungsländer des ISSP 1999 (Social Inequality III)

Nr.	Land	Kürzel	Feldarbeit (Jahr)	Stich- probe (N)	Frauenanteil (in %)	Alter in Jahren ¹	Bildung in Jahren ¹
1	Bulgarien	BG	1999	1.102	51,8	48,21 (17,14)	11,06 (3,61)
2	Deutschland (West)	DE-W	2000	921	51,5	48,12 (17,03)	10,08 (2,90)
	Deutschland (Ost)	DE-O	2000	511	51,5	48,12 (17,46)	10,83 (3,00)
3	Frankreich	FR	1999	1.889	41,6	48,94 (14,94)	20,74 (4,98)
4	Großbritannien	GB	1999	804	55,0	50,18 (17,83)	11,46 (2,44)
	Nordirland	NIRL	1999-2000	830	57,5	46,01 (17,86)	-
5	Lettland	LV	1999	1.100	55,1	42,91 (15,55)	12,52 (3,06)
6	Österreich	AT	2000	1.016	58,5	49,80 (16,67)	10,59 (2,91)
7	Polen	PL	1999	1.135	57,8	46,88 (17,66)	10,73 (3,47)
8	Portugal	PT	1999	1.144	53,4	46,11 (15,81)	7,43 (4,41)
9	Schweden	SE	1999	1.150	52,9	45,13 (16,52)	11,71 (3,54)
10	Slowakei	SV	2001	1.082	52,6	42,92 (15,99)	12,21 (2,89)
11	Slowenien	SL	1998	1.006	51,3	45,50 (16,30)	11,03 (3,19)
12	Spanien	ES	1999	1.211	50,9	45,19 (18,32)	10,87 (4,90)
13	Tschechische Republik	CZ	1999	1.834	54,7	50,22 (16,78)	12,45 (3,07)
14	Ungarn	HU	1998	1.208	57,0	48,50 (17,82)	10,58 (2,90)
Insgesamt				17.943	52,8	47,17 (16,91)	12,11 (4,85)

Legende: ¹ Die Zahlen stellen Mittelwerte (Standardabweichungen) dar – in Nordirland sind keine Daten verfügbar, weil die Frage nach den vollendeten Schuljahren nicht gestellt wurde.

Die Stichprobe für Großbritannien umfasst 1.634 Personen, wobei auf die nordirische Stichprobe 804 Personen entfallen. In der Bundesrepublik Deutschland teilen sich die insgesamt 1.432 befragten Personen, gemäß der früheren Teilung, in eine West- (n=921) und eine Ost-Stichprobe (n=511). Da das Datenfile im Falle von Großbritannien Nordirland bzw. im Falle von Deutschland den Westen und den ehemaligen Osten unterscheidet, wird in der Folge von 14 Ländern bzw. 16 Ländererhebungen

gesprochen. Durchschnittlich beinhalten die Stichproben 52,8 % Frauen und 47,2 % Männer. Das Durchschnittsalter beträgt 47,17 Jahren ($SD=16,91$), wobei die Befragten im Mittel 12,11 Schuljahre absolviert haben ($SD=4,85$).

6.2.1.3 Methodische Gesichtspunkte und Bewertung

Als eines von wenigen der internationalen Umfrageprogramme führt das ISSP laufend ein Study Monitoring durch (ISSP 2012a). Der für das verwendete Erhebungsmodul relevante Bericht gibt methodische Auskunft über wichtige Qualitätskriterien getrennt nach den Teilnahmeländern⁷⁴, anhand derer die Befragungen bewertet werden können. Dabei handelt es sich um Angaben über das Erhebungsinstrument (Übersetzung, Evaluation, Pre-Testung), über die Stichprobenziehung, die Feldarbeit, die Befragungsmethode und über die Rücklaufberechnung (Harkness et al. 2003).

Das Erhebungsinstrument für das 1999er „Social Inequality III“-Modul wurde von allen Ländern übersetzt mit der Ausnahme von Großbritannien, die den englischen Basisfragebogen (*source questionnaire*) benutzten, und Österreich, die auch die deutsche Version verwendeten. Lediglich die tschechische Übersetzung wurde nicht überprüft und qualitativ evaluiert. Einem Pretest wurde das Instrument in Bulgarien, Deutschland, Ungarn und Portugal unterzogen.⁷⁵ Vier Länder erhoben das entsprechende ISSP-Modul als Einzelumfrage (CZ, FR, LV, SE) und die restlichen neun Länder als Teil einer größeren Befragungsstudie (AT, BG, DE, ES, GB, HU, PT, PL, SL). Bis auf wenige verwendeten alle Teilnahmeländer die vorgesehene Fragenreihenfolge des Moduls. Portugal und Großbritannien haben lediglich kleine Abwandlungen der Hintergrundvariablen vorgenommen, auf die jedoch im Bericht nicht näher eingegangen wird.

Bei der Stichprobenziehung verwendeten alle Länder ein Auswahlprozedere, das auf einem Zufallsprozess basierte. Dabei erfolgte die Auswahl einheitlich hauptsächlich auf Basis von Adressen (A) oder personalisierten Angaben (N=Namen), wobei die untere Altersgrenze überwiegend mit 18 Jahren angesetzt wurde und lediglich im Fall von Lettland bei 85 Jahren bzw. Schweden bei 80 Jahren mit einer oberen Altersbefragungsgrenze gearbeitet wurde. Die Auswahlmethode für die adressengestützten Interviews wurde in fünf Ländern auf Basis der Anwendung eines Schwedenschlüssels (*Kish selection grids*) und in drei Ländern auf Basis der Geburtstagsmethode (*birthday method*) getroffen. Portugal verwendete ein Quotaverfahren.

Wie bereits oben berichtet, fand die Feldarbeit zwischen 1998 und 2001 statt. Die Methoden der Datenerhebung waren unterschiedliche Formen der schriftlichen Befragung. Die überwiegende Befragungsmethode war die persönliche Befragung (*face-to-face survey*) sowohl des ISSP-Moduls als auch der Hintergrundvariablen. Lediglich in Deutschland, Großbritannien und Polen wurde die persönliche Befragung durch InterviewerInnen gestützt (z. B. in der Befragung oder Datensammlung) und die postalische Befragungsart (*mail survey*) wurde in Frankreich und Schweden umgesetzt. Laut Angaben von 9 Teilnahmeländern ist die erzielte Stichprobe repräsentativ für die erwachsene Bevölkerung. In Österreich, Frankreich und Polen ist sie das für Privathaushalte und in Schweden sowohl für Privat- als auch Anstaltshaushalte. Hinsichtlich dieser Repräsentativitätsfrage sind neben Nordirland und Slowakei auch für Slowenien keine Angaben verfügbar (siehe Tabelle 7).

⁷⁴ Anm.: Leider fehlen im Methodenbericht genauere Angaben für die slowakische und nordirische Erhebung.

⁷⁵ Dem Study Monitoring Report ist nicht zu entnehmen, welche Form des Pretests angewendet wurde, z. B. Standard-Pretest (vgl. Schnell et al. 2008) oder kognitive Pretestmethoden (z. B. Willis 2005).

Tabelle 7: Beschreibung der Erhebungen nach Qualitätskriterien

Kriterium	verwendete Erhebungsländer (abgekürzt) ⁺												
	AT	BG	CZ	DE	ES	FR	GB	HU	LV	PT	PL	SE	SL
Instrument													
Übersetzung	¹⁾	✓	✓	✓	✓	✓	x ²⁾	✓	✓	✓	✓	✓	✓
Evaluation	¹⁾	✓	x	✓	✓	✓	-	✓	✓	✓	✓	✓	✓
Pre-Test	x	✓	x	✓	x	x	-	✓	x	✓	x	x	x
Befragung als													
Einzelumfrage			✓			✓			✓				✓
Teilbefragung	✓	✓		✓	✓		✓	✓		✓	✓		✓
Gleiche Fragen													
Reihenfolge	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	x	✓	✓	✓
Hintergrundvariablen	✓	✓	✓	✓	✓	✓	x	✓	✓	x	✓	✓	✓
Zufallsauswahl	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	*	✓	✓	✓	✓
Einheit	A	A	A	N	*	A	A	N	A	N	A	N	N
Altersgrenzen	18-	18-	18-	18-	18-	18-	18-	18-	18-85	18	18	18-80	18-
Selektionsmethode	K	K	B	-	K	B	K	-	B	Q	K	-	-
Repräsentativ für													
erwachsene Population		✓	✓	✓	✓	✓		✓	✓	✓	✓	✓	k.a.
Privathaushalte	✓						✓				✓		k.a.
Privat-/Anstalts-HH											✓		k.a.
Befragungsart³⁾													
Persönlich (face-to-face)	✓ (✓)	✓ (✓)	✓ (✓)	(✓)	✓ (✓)		(✓)	✓ (✓)	✓ (✓)	✓ (✓)		✓ (✓)	
gestützt (InterviewerIn)				✓			✓				✓ (✓)		
Postalisch (mail survey)						✓ (✓)					✓ (✓)		
Rücklauf													
Issued Sample (n)	1606	1200	3748	1386	1230	11015	2000	1871	1955	1707	1707	1999	3118
Ineligible	76	29	252	518	-	55	196	43	57	65	-	119	268
Eligible (100%)	1530	1171	3496	3212	1230	10960	1804	1828	1898	1642	1707	1880	2850
- refusals	242	10	725	1325	12	8928	772	267	267	105	432	258	443
- non-contact	272	49	523	61	7	55	100	134	487	-	131	373	197
- other unproductive	-	10	386	221	-	44	128	219	44	393	9	99	186
- partially completed	-	-	28	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Completed cases (N)	1016	1102	1834	1432	1211	1889	804	1208	1100	1144	1135	1150	1006
Ausschöpfung (%)	66,4	94,1	53,3	44,6	98,5	17,2	44,6	66,1	58,0	69,7	66,5	61,2	71,0

Quelle: eigene Darstellung (nach Harkness et al. 2003); Legende: ✓=ja, x=nein, - nicht zutreffend, k.a.=keine Angabe, * überwiegend/andere, A=Adresse, N=Name; K=Kish selection grid (Schwedenschlüssel), B=Birthday/Geburtstags-Methode, Q=Quota-Verfahren; Anm.: † die Länder Slowakei (SV) und Nordirland (NIRL) werden aufgrund fehlender Angaben im Methodenbericht nicht aufgeführt, ¹⁾ Österreich hat die deutsche Übersetzung verwendet, ²⁾ Großbritannien hat den englischen Basisfragebogen verwendet, ³⁾ des ISSP-Moduls (bzw. der Hintergrundvariablen in Klammer).

Bei der Berechnung des Rücklaufs und der Ausschöpfung stößt man stets auf Grenzen der Vergleichbarkeit, da entweder die Angaben für Ausfallsgründe uneinheitlich oder mangelhaft sind (z.B. wer eine zu befragenden Zielgruppenperson ist) bzw. Befragte beim Quotaverfahren durch

andere substituiert wurden. Im untersten Teil der Tabelle 7 sind die wichtigsten Basiszahlen aus dem Study Monitoring Report wiedergegeben. Dabei wird die Ausschöpfung (*response rate*) nach folgender Methode auf Basis absoluter Häufigkeiten berechnet: Auswahlgesamtheit (*issued sample*) – neutrale Ausfälle (*ineligibles*) = bereinigte Auswahlgesamtheit (*eligibles*), die die Basis (100 %) für die Berechnung für die Ausschöpfung darstellt, abzüglich von Ausfalls- bzw. Verweigerungsgründen (*refusals, non-contacts, other uncompleted, partially completed interviews*). Danach beträgt die Ausschöpfung im Länderdurchschnitt 62,4 %, die jedoch beträchtlich zwischen zirka 20 % (in Frankreich) und über 90 % (Bulgarien, Spanien) variiert (Harkness et al. 2003).

Wie schon allgemein bei Park und Jowell (1997) für den internationalen Vergleich diskutiert, muss aufgrund der dokumentierten Unterschiede die methodische Gesamtbewertung geteilt ausfallen: Beim eingesetzten Erhebungsinstrument sind – trotz hoher Standards bei der Entwicklung des Erhebungsinstruments und beim Übersetzungsprozess – möglicherweise kleinere Mängel vorhanden, weil nicht in allen Ländern eine Evaluation und Pre-Testung stattgefunden hat. Jedoch basieren die durchwegs großen Stichproben allesamt auf einem zufälligen Auswahlprozess und tauglichen Selektionsmethoden. Leider wurden einzelne Erhebungen altersmäßig nach oben gedeckelt. Außerdem basieren die Stichproben auf sehr unterschiedlichen Ausschöpfungsraten, die jedoch nur teilweise durch die verschiedenen Befragungsarten erklärt werden können. Trotz überwiegend einheitlichen Einsatzes des Instruments stellt sich insgesamt die Frage der funktionalen Äquivalenz des Messvorgangs, die in der Auswertung jedenfalls eingehend überprüft werden muss.

6.2.2 Daten auf Kontextebene

6.2.2.1 *Inhaltlich-konzeptuelle Abgrenzungskriterien*

Im theoretischen Konzept wurde aufgrund inhaltlicher und theoretischer Überlegungen hinsichtlich der Ungleichheitsordnung vermutet, dass die Akzeptanz sozialer Ungleichheit bei der Bevölkerung maßgeblich von der objektiven Lebenslage und der damit verbundenen Möglichkeit der Realisierung von Lebenschancen abhängt. Eine Akzeptanzanalyse darf sich jedoch nicht bloß auf die Bedeutung von Individualmerkmalen beschränken – wie beispielsweise auf individuelle Determinanten und Dimensionen sozialer Ungleichheit –, sondern muss sich gleichzeitig auf die Bedeutung von Umfeld- bzw. Kontextmerkmalen beziehen. Europa ist zwar international betrachtet eine Makroregion mit hohem Wohlstand, dennoch existieren innerhalb von Europa große regionale Unterschiede und Disparitäten. Es wird daher angenommen, dass die individuelle Einstellung gegenüber sozialer Ungleichheit und die diesbezügliche Akzeptanzbereitschaft kontextabhängig ist, und dass beim subjektiven Orientierungsprozess Merkmale von sozialer Ungleichheit (sog. Akzeptanzkontext) zu berücksichtigen sind.

Welche Kontexte für die subjektive Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit eine Rolle spielen, ist zunächst einmal eine Frage der konzeptuellen Abgrenzung. Wie bereits erwähnt, kann Europa nach mehreren Abgrenzungskriterien differenziert werden: Erstens kann Europa in einer historisch-kulturellen Perspektive als Makroregion mit gemeinsamen Wurzeln und Gemeinsamkeiten, beispielsweise hinsichtlich europäischer Sprachen und Religionen, aufgefasst werden (Mau/Verwiebe 2009). Nach einer geografisch-topologischen Bestimmung handelt es sich bei Europa – zweitens – um eine territoriale Einheit, da sie einerseits über gewisse natürliche

Grenzen nach außen verfügt (z. B. Meere und Gebirge) und andererseits eine räumliche Gliederung nach innen aufweist (Haller 1988). Als räumlich-soziales Abgrenzungskriterium kann man Europa daher – drittens – nach hierarchischen bzw. geschachtelten Ebenen differenzieren, da die Makroregion über europäische Nationalstaaten verfügt. Europa kann differenziert werden nach Regionen, geografische Gebiete und kann in kleine Einheiten wie Gemeinden, Städte, Nachbarschaften o. ä. m. gegliedert werden, in denen die Individuen wohnen, leben und arbeiten (Haller 2008).

Die Frage nach relevanten Kontexten für die soziale Ungleichheit wurde in der wissenschaftlichen Literatur überwiegend mit dem Nationalstaat beantwortet (sog. methodologischer Nationalismus). Aufgrund neuerer Befunde sollten jedoch neben nationalstaatlichen auch substaatliche Unterschiede von Nationalstaaten berücksichtigt werden, die jedoch bisher wenig Thema der Forschung geworden sind (Heidenreich 2003, 2006; Mau/ Büttner 2008). Für eine innerstaatliche Gliederung empfiehlt sich daher – viertens – eine politisch-administrative Abgrenzung.

Als fünftes Kriterium können unterschiedliche Dimensionen der gesellschaftlichen Ordnung zur Abgrenzung dienen. Dabei wurden bereits die kulturelle, soziale, ökonomische und politische Ordnung unterschieden, die maßgeblich den normativen Rahmen, Opportunitätsstrukturen bzw. Gelegenheitsspielräume vorgeben und Interessen determinieren. Als die grundlegende Dimensionen der internen Differenzierung Europas wurde in der Literatur beispielsweise das sozio-ökonomische Entwicklungsniveau, die ethnisch-kulturelle bzw. religiöse Differenzierung oder das politische System unterschieden (z. B. Haller 1988, 1989).

Die inhaltlich-konzeptuellen Aspekte der Kontextualisierung von Umfragedaten werden anschließend diskutiert und die Unterschiede können der nachfolgenden Tabelle 8 entnommen werden.

6.2.2.2 Methodische Aspekte bei der Kontextualisierung

Die genannten inhaltlich-konzeptuellen Aspekte der Abgrenzung sind für die Auswahl geeigneter Kontexteinheiten ebenfalls von methodischer Bedeutung. Als Betrachtungsmaßstab für das untersuchte Thema können die verwendeten Einheiten entweder zu weitmaschig sein und beispielsweise die Ungleichheiten und Disparitäten verdecken. Ebenfalls problematisch ist es auf der anderen Seite, wenn sie zu engmaschig sind und die Ungleichheiten überbetonen. Eine angemessene Kontextualisierung soll daher problem- und theorieorientiert soziale Teilläume unterscheiden und die inhaltlichen Dimensionen sozialer Ungleichheit über entsprechende Indikatoren operationalisieren, die über die vermuteten Ursachen von Akzeptanzunterschieden etwas aussagen.

Beim methodischen Vorgang der Kontextualisierung wird ein sozial relevanter Raum in Einheiten untergliedert, die über Strukturmerkmale beschrieben werden können (Sodeur/ Hoffmeyer-Zlotnik 2005). Es empfiehlt sich dabei, typisierend vereinfachend vorzugehen, wobei die grundlegenden Dimensionen sozialer Ungleichheit über entsprechend zu operationalisierende Indikatoren zur Beschreibung der gesellschaftlichen Verfassung zu berücksichtigen sind. Indikatoren auf dieser kontextuellen Ebene (wie z. B. von Regionen) stellen jedoch mehr als bloße statistische Messgrößen dar, sondern beinhalten Aspekte eines komplexen Zusammenhangs. Die Auswahl bzw. Bildung von Indikatoren sollte daher folgende Anforderungen erfüllen: Entsprechende Daten sollten verfügbar, kontextübergreifend vergleichbar, vollständig (d. h. konsistent), valide (d. h. zum theoretischen Konzept passend) und nicht zuletzt mit den Individualdaten verknüpfbar sein.

Tabelle 8: Inhaltlich-konzeptuelle und methodische Aspekte bei der Kontextualisierung

Inhaltlich-konzeptuelle Kriterien	Operationalisierung: Indikatoren von/der	Anforderungen an die Daten	Datenquellen (beispieldartig)
Historisch-kulturell	Ungleichheitsdimensionen	Verfügbarkeit	EUROSTAT
Territorial	Kulturelle Ordnung	Vergleichbarkeit	OECD, WHO
Nach Ebenen (hierarchisierend)	Soziale Ordnung	Vollständigkeit	Weltbank
Politisch-administrativ	Politische Ordnung	Validität	Handbücher
Dimensional	Ökonomische Ordnung	Verknüpfbarkeit	Andere Quellen ¹

Anm.:¹ Zu möglichen anderen Datenquellen zählen beispielsweise das CIA-Factbook, der Fischer Weltalmanach u. ä. m.

Für die Indikatoren- bzw. Datensammlung auf regionaler Ebene stehen prinzipiell mehrere Möglichkeiten zur Verfügung (Schnell et al. 2008: 255). Weil Eigenschaften von Kollektiven durch Merkmale der Einheiten niedriger Ebene ausgedrückt werden können, besteht zunächst die Möglichkeit der Datenaggregation. Dabei werden Daten aus Datenbeständen der Individualebene, z. B. von einer Befragungsstudie, auf einer höheren, d. h. aggregierten Ebene zusammengefasst, womit individuelle Eigenschaften auf einer Gruppenebene beschrieben werden können. Andererseits besteht die Möglichkeit, von einer höheren Datenebene auf ein niedrigere zu disaggregieren, womit kollektive Eigenschaften beispielsweise auf Individualebene zum Ausdruck kommen. Aus konzeptuellen und statistischen Überlegungen sind Variablen mit globalen Eigenschaften vorzuziehen, die vor allem über Makrodaten der amtlichen Statistik abgedeckt werden können. Dabei spielen prozessproduzierte Daten eine herausragende Rolle, die im Rahmen der jeweiligen Aufgabenbereiche von Organisationen (z. B. im Zuge der administrativen Verwaltung) kontinuierlich gesammelt werden. Zu beachten ist, dass sie aber möglicherweise nicht völlig frei von Verzerrungen sind, beispielsweise aufgrund unterschiedlicher Entstehungsprozesse (etwa bei der Erhebung, bei der stichprobenmäßigen Schätzung) oder Ermessensspielräume von Behörden. Das kann sich freilich auf die Güte der Daten auswirken (Bick et al. 1984: 123ff.). Eine möglichst genaue Kenntnis der Standards bei der Operationalisierung und der Messung ist daher unbedingt erforderlich (Kiecolt/Nathan 1985: 52ff.).

Dimensionen sozialer Ungleichheit als Umgebungseigenschaften von Individuen sind über entsprechende Indikatoren zu beschreiben. Sie spannen einen Merkmalsraum von Lebensbedingungen und -chancen auf Makro- bzw. Meso-Ebene auf (Hoffmeyer-Zlotnik 2005). Praktisch unterliegt der dazu notwendig Vorgang der Operationalisierung jedoch gewissen Grenzen, da für die dimensionale Beschreibung von sozialer Ungleichheit für die gewählte regionale Gliederung möglicherweise keine oder nur eingeschränkte Daten vorliegen. Prinzipiell wurde in der wissenschaftlichen Diskussion konstatiert, dass man es mit einem Mangel an vergleichbaren Daten auf Regionaleben zu tun hat und bei der Analyse dementsprechend eingeschränkt ist (Armstrong/Read 1994). Wo überhaupt keine Daten zur Verfügung stehen, kann auf entsprechende

Informationen aus Mikrodaten, z. B. technisch durch Aggregation aus der Befragung, oder auf Informationen von übergeordneter Ebene, z. B. aus Länderdaten auf Regionalebene disaggregiert werden.⁷⁶

In der vorliegenden Arbeit wird für die sozialen Räume auf die in Europa verfügbare Systematik von Gebietseinheiten zurückgegriffen, die in Abstimmung mit den nationalen statistischen Ämtern vorgenommen wurde und seit 2003 in der Europäischen Union rechtsverbindlich ist. Bei der sog. NUTS-Systematik⁷⁷ wird das Gebiet eines jeden EU-Mitgliedsstaates⁷⁸ gegliedert. Die Basis stellen in der Regel die administrativen Verwaltungseinheiten oder Zusammenfassungen derselben dar, die innerhalb des gesetzlichen und institutionellen Rahmens administrative oder autonome Entscheidungen treffen können (NUTS 2012). Bei der NUTS-Systematik wird das europäische Territorium in mehrere hierarchisch gegliederte Ebenen eingeteilt, wobei anhand von Bevölkerungsgrenzen bestimmt wird, welcher Ebene die Verwaltungseinheit zugeordnet wird:

Die erste Ebene (NUTS-1) stellt die höchste Aggregationsebene dar und bildet Gebiete von größeren EU-Staaten ab (mit zirka 3-7 Millionen EinwohnerInnen), wie z. B. die 16 Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland oder ganze EU-Mitgliedsstaaten wie Luxemburg, Irland oder Schweden. Auf zweiter Ebene (NUTS-2) werden Grundverwaltungseinheiten bzw. Untereinheiten abgebildet (mit bis zu 3 Millionen EinwohnerInnen). Die dritte Ebene (NUTS-3) stellen Unterteilungen der Grundverwaltungseinheiten dar, d. h. die Ebene der Städte und Bezirke.⁷⁹ Zur eindeutigen Identifikation wird jeder Gebietseinheit bzw. jeder Ebene ein Kode zugewiesen, z. B. wird für die österreichische Region „Oberkärnten“ der Kode AT212 zugewiesen, die auf NUTS-1-Ebene Teil von „Südösterreich“ (AT2) und auf NUTS-2-Ebene Teil von „Kärnten“ (AT21) ist (EUROSTAT 2011).

Die NUTS-Systematik verfolgt das Ziel, vergleichbare statistische Daten auf regionaler Ebene zu erfassen und zur Verfügung zu stellen. Zwar stellen sie für die vorliegende Absicht keine völlig idealen Gebietseinheiten dar, u. a. weil innerhalb der Regionssystematik enorme Unterschiede existieren (Mau/ Büttner 2008: 226), z. B. hinsichtlich ihrer geografischen Größe und Wohnbevölkerung (EUROSTAT 2011: 11f.). Sie bilden insofern nur einen groben, jedoch sehr relevanten Ausschnitt der sozialen Wirklichkeit ab, für den vergleichbare Daten zur Verfügung stehen. Erneut hinzuweisen ist darauf, dass die auf dieser Systematik basierenden Statistiken mit zahlreichen Problemen behaftet sein können, weil sie auf unterschiedlichen Definitionen, national variierenden Zählvorgängen und mangelnder Dokumentation verfälscht sein können.

Die aktuelle NUTS-Systematik der EU-27 von 2012 umfasst 97 Regionen auf Ebene NUTS-1, 270 Regionen auf NUTS-2 und 1.294 Regionen auf NUTS-Ebene 3. Im Vergleich dieser Regionen mit den ausgewählten Ländern der ISSP-Erhebung kann ein Großteil abgedeckt werden, auf Basis der ersten Ebene 68 der 97 NUTS-1 Regionen (70,1 %), der zweiten Ebene 188 der 270 NUTS-2 Regionen

⁷⁶ Damit können jedoch spezifische methodische Probleme verbunden sein, von denen später noch eingehen zu sprechen sein wird (siehe Ergebniskapitel 7.2).

⁷⁷ Oder: *Nomenclature des Unités Territoriales Statistiques* bzw. *Nomenclature of Territorial Units for Statistics*.

⁷⁸ Ganze Staaten stellen die Ebene NUTS-0 dar, die abgekürzt über einen zweistelligen Länderkode erfolgt, z. B. AT für Österreich oder BE für Belgien.

⁷⁹ Darunter werden noch sog. *Local Administrative Units* (LAU) unterschieden, also Gemeindeverbände (LAU-1) und Gemeinden (LAU-2), die vormals die Ebenen NUTS-3 bzw. NUTS-4 darstellten aber kaum vergleichbare Daten zur Verfügung stellen (EUROSTAT 2011).

(69,6 %) und der dritten Ebene 950 der 1.294 NUTS-3 Regionen (73,4 %), was zunächst einmal ein gutes Abbild der europäischen Regionen darstellt (siehe Tabelle 9).

Tabelle 9: Übersicht über ausgewählte europäische Länder nach NUTS-Regionen

Land	NUTS-1	#	NUTS-2	#	NUTS-3	#
AT	Gruppen von Bundeländern	3	Bundesländer	9	Gruppen von pol. Bezirken	35
BG	Rajoni	2	Rajoni za planirane	6	Oblasti	28
CZ	Území	1	Oblasti	8	Kraje	14
DE	Länder	16	Regierungsbezirke	38	Kreise	412
ES	Agrupacion de comunidades Autonomas	7	Comunidades y ciudades Autonomas	19	Provincias + islas + Ceuta, Melilla	59
FR	Z.E.A.T + DOM	9	Régions + DOM	26	Départements + DOM	100
GB	Government Office Regions; Country	12	Counties (some grouped); Inner and Outer London; Groups of unitary authorities	37	Upper tier or groups of lower tier authorities (unitary authorities or districts)	139
HU	Statisztikai nagyrégiók	3	Tervezésistatistikai régiók	7	Megyék + Budapest	20
LV	–	1	–	1	Regioni	6
PL	Regiony	6	Wojewodztwa	16	Podregiony	66
PT	Continente + Regioes autonomas	3	Comissões de Coordenação regional, Regioes autonomas	7	Grupos de Concelhos	30
SE	Grupper av riksområden	3	Riksområden	8	Län	21
SL	–	1	Kohezijske regije	2	Statistične regije	12
SV	–	1	Oblasti	4	Kraje	8

Anm.: # ... Anzahl jeweiliger NUTS-Einheiten. ZEAT=Zone économique d'aménagement du territoire, DOM=Département d'outre-Mer (EUROSTAT 2011: 9f.).

Was die Datenabdeckung der hier relevanten Sachverhalte anbelangt, werden viele Kontextdaten von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, einheitlich gesammelt und zur Verfügung gestellt. Zu den Datenbeständen zählen unter anderem Informationen über die Bevölkerung (u. a. Gesundheit), ökonomische Aspekte (Wirtschaftsleistung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, Unternehmen), Wissenschaft, Technologie, Verkehr und Umwelt, die größtenteils auch auf Regionsebene zur Verfügung stehen (EUROSTAT 2011). Bestehende Datenlücken können über andere Strategien (z. B. über Aggregation aus Individualdaten) oder aus anderen Datenquellen (z. B. Fischer Weltalmanach, CIA-Factbook, OECD, Weltbank) aufgefüllt werden.

Zur vielleicht zentralsten Anforderung des Datenmanagements zählt weiters, dass die NUTS-Gebietssystematik bzw. die dafür verfügbaren Kontextdaten überhaupt mit den Individualdaten verknüpft werden können. Die verwendeten Befragungsdaten des ISSP verfügen im Set der Hintergrundvariablen über eine Schlüsselvariable, nämlich die Kennung der länderspezifischen Region (x_reg), die diese Kombinationsmöglichkeit erlaubt⁸⁰ (sog. background variables, vgl. ISSP 2001).

6.3 Strategie bei der Datenanalyse und methodische Vorgangsweise

Zur Beantwortung der Forschungsfragen ist die Operationalisierung und empirische Überprüfung des Akzeptanzkonzepts notwendig. Zur dafür nötigen Messbarmachung der theoretisch-konzeptuellen Bestandteile werden nicht nur Untersuchungsformen auf Individualebene, sondern auch Daten auf kontextueller Ebene genötigt. Aus dem theoretischen Teil dieser Arbeit ging bereits hervor, dass das hier verwendete Akzeptanzkonzept (nach Doris Lucke) sehr vielschichtig ist und in seiner Breite wohl kaum empirisch umgesetzt werden kann. Im Rahmen einer Sekundäranalyse kommt einschränkend hinzu, dass das Akzeptanzmodell nur nach Maßgabe der vorhandenen Daten, Variablen und Dimensionen konstruiert werden kann.

Auf der Ebene akzeptierender bzw. ablehnender Subjekte werden Individualdaten von Personen benötigt. Im Rahmen der hier vorgenommenen Analyse eignen sich Befragungsdaten des International Survey Programms (ISSP). Dabei wird auf die dritte Erhebung des Moduls über „Soziale Ungleichheit“ aus dem Jahr 1999/2000 zurückgegriffen, das bei einer großen Zahl von europäischen Ländern und einer Vielzahl von Individuen erhoben wurde. Zur Überprüfung der Hypothesen ist die Ergänzung individueller Daten mit Makrodaten notwendig. Aufgrund der im ISSP-Datensatz vorhandenen Regionskennung (NUTS-Systematik) können die Individualdaten mit Daten der amtlichen Statistik auf der Kontextebene verknüpft bzw. mit aggregierten Daten aus der Befragung ergänzt werden. Dieses Prozedere ermöglicht die Beantwortung von akzeptanzrelevanten Fragestellungen im Zusammenhang mit der Hypothese, nach der sich Individuen im Prozess des subjektiven Akzeptierens (d. h. das Akzeptanzsubjekt) an der historisch-konkreten Verfassung und seiner gesellschaftlichen Ordnung (d. h. am Akzeptanzkontext), orientieren (sog. Orientierungshypothese).

Aufgrund der Komplexität der Fragestellungen wird eine Strategie bei der Datenanalyse benötigt, die sich in den nachfolgenden Ergebniskapiteln widerspiegelt. Erstens erfordert die Fragestellung zunächst eine theoretisch angeleitete Spezifikation des Konzepts der latenten Akzeptanzbereitschaft als Einstellungskonstrukt. Dafür ist die Überführung des theoretischen Konzepts in ein Messkonzept mit latenten und manifesten Variablen erforderlich und das einer empirischen Überprüfung bei vielen Personen standhalten muss (hier: $N_i=17.943$ Befragte). Konkret wird eine Reihe konfirmatorischer Faktorenanalysen (*confirmatory factor analysis*, CFA) durchgeführt, die die postulierte Faktoren- und Messstruktur auf Validität, Reliabilität und Äquivalenz überprüft. Letzteres ist insbesondere bei interkulturell vergleichenden Analysen notwendig, was nicht nur eine Überprüfung an der Gesamtstichprobe sondern auch der 14 verwendeten Länder (bzw. 16

⁸⁰ Die genaue Strategie bei der Verknüpfung von den zwei Ebenen wird im Ergebniskapitel 7.2 beschrieben.

Länderstichproben) im Multigruppenvergleich erforderlich macht (*multi-group confirmatory factor analysis*, MGCFA). Weiters wird das Konzept noch im Rahmen einer konfirmatorischen Mehrebenenfaktorenanalyse auf Basis von N_j=107 Regionen der verwendeten europäischen Länder durchgeführt (*multi-level confirmatory factor analysis*, MLCFA) und auf Unterschiedlichkeit bei der latenten Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit überprüft.⁸¹

In einem zweiten Analyseschritt wird überprüft, was als individueller Orientierungsrahmen für die Akzeptanz fungiert und unter welchen Handlungskontexten bzw. Lebensbedingungen soziale Ungleichheitskontakte zu einer Akzeptanzbereitschaft bzw. Ablehnungsbereitschaft beitragen. Dazu wurden mehrere Kontext- bzw. Brückenhypothesen formuliert, wozu eine Operationalisierung zentraler gesellschaftlicher Ordnungssysteme (Dimensionen von sozialer Ungleichheit, charakterisiert mittels Indikatoren der kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Ungleichheitsordnung), mit Hilfe von Daten der amtlichen Statistik bzw. aggregierten Individualdaten auf Regionsebene nötig ist. Die Forschungsfragen und -hypothesen erfordern eine Mehrebenenanalyse, die diese im Rahmen der Überprüfung von mehreren Strukturgleichungsmodellen (*multi-level structural equation modeling*, MLSEM) beantwortet.⁸²

Der dritte Schritt in der Analyse geht der Frage nach, welche gesellschaftlichen Gruppen unter welchen objektiv und relativ ungleichen Lebensbedingungen (Anm.: Ausgestattet mit jeweils unterschiedlichen Handlungsspielräumen, Chancen und Interessen) die bestehenden Ungleichheiten bereit sind zu akzeptieren oder bereits einstellungsmäßig ablehnen. Überprüft wird die Hypothese – im Rahmen von MIMIC-Modellen (*multiple indicators multiple causes*, MIMIC) – unter Zuhilfenahme des Lebenslagenansatzes, operationalisiert über ISSP-Hintergrundvariablen. Das Konzept der Lebenslagen erfordert die Durchführung einer latenten Klassenanalyse (*latent class analysis*, LCA), einem Klassifikationsverfahren, mit dem die individuellen Indikatoren unterschiedlicher Dimensionen der Lebenslage (die ökonomische Lage, der Partizipationsspielraum etc.) zu homogenen Subgruppen zugeordnet werden. Es ermöglicht zusätzlich eine Beschreibung von Lebenslagetypen und Lebenslageprofilen. Zusätzlich wird in der Analyse der Einfluss von zentralen Determinanten sozialer Ungleichheit kontrolliert, wie beispielsweise für das Geschlecht, das Alter, die Wohnregion und für die ethnische Herkunft. Schließlich wird ein volles Mehrebenen-Strukturgleichungsmodell geprüft, bei dem die subjektive Akzeptanz- bzw. Ablehnungsbereitschaft simultan mittels objektiver Determinanten und Lebensagedimensionen auf Individualebene gemeinsam nach Aspekten der Ungleichheitsordnung auf Regionsebene getestet wird.⁸³

Bei der Ergebnisdarstellung geht jedes Kapitel einheitlich vor. Dabei wird jeweils einleitend auf den relevanten theoretisch-konzeptuellen Hintergrund eingegangen, die Forschungshypothese(n) referiert und in Zusammenhang mit methodologischen Aspekten diskutiert. Danach folgt eine detaillierte Beschreibung des methodischen Vorgehens. Beispielsweise werden Fragen der Operationalisierung, der Modellannahmen, der Schätzverfahren oder der Bewertung der Ergebnisse unter Verwendung der einschlägigen Methodenliteratur behandelt. Je nachdem, welche Analyse gerade erforderlich ist, werden die verwendeten Daten mittels gängiger Statistiksoftware analysiert

⁸¹ Diese Sachverhalte werden im Ergebniskapitel 7.1 behandelt.

⁸² Und zwar im Ergebniskapitel 7.2.

⁸³ Die Ergebnisse sind im Ergebniskapitel 7.3 zu finden.

(hier: SPSS 15 und vor allem Mplus 7), der Inhalt und die Ergebnisse präsentiert. Jedes der Ergebniskapitel verfügt außerdem über eine eigene Zusammenfassung und Erstschlussfolgerung.

Die nachfolgende Tabelle 10 stellt die Schritte, die Namen und Modelle in der Analyse übersichtlich dar. Dabei handelt sich allesamt um Strukturgleichungsmodelle, wobei unterschiedliche Modellklassen berücksichtigt werden, nämlich das konfirmatorische Faktorenanalyse (CFA), das Mehrebenenmodell (ML), das Modell der latenten Klassenanalyse (LCA) und das MIMIC-Modell.

Tabelle 10: Umgesetzte Analyseschritte und Modellklassen im Überblick

Analyse	Analyse und Modellklasse	Modell-Nr.	Kapitel
Schritt 1:	Konfirmatorische Faktorenanalyse (CFA)		
	• mit den Gesamtdaten (CFA gesamt)	<i>Modell 1</i>	
	• getrennt nach Ländern (Länder CFA)	<i>Modell 2.1</i>	→ Kapitel 7.1
	• simultan im multiplen Gruppenvergleich (MGCFA)	<i>Modell 2.2</i>	
	• mittels Mehrebenen-Faktorenanalyse (MLCFA)	<i>Modell 3</i>	
Schritt 2:	Mehrebenen-Analyse (MLSEM)		
	• Null-Modell (Ausgangsmodell)	<i>Modell 0</i>	
	• getrennt nach unterschiedlichen Ordnungssystemen	<i>Modell 1.1 – Modell 1.4</i>	→ Kapitel 7.2
	• simultan mit allen Ordnungssystemen	<i>Modell 2</i>	
Schritt 3:	Weitere Strukturgleichungsanalysen		
	• Latente Klassenanalyse (LCA): Ausgangsmodell und unterschiedliche Klassenlösungen (k)	<i>Modell 0 Modelle (0.k)</i>	→ Kapitel 7.3
	• MIMIC-Strukturgleichungsmodell mit bzw. ohne Berücksichtigung von Kovariaten	<i>Modell 1</i>	
	• Mehrebenen-Strukturgleichungsmodell (MLSEM)	<i>Modell 2</i>	

7 Ergebnisse

7.1 Akzeptanz sozialer Ungleichheit: Konzeptspezifikation und empirische Prüfung

7.1.1 Einleitung und Forschungshypothesen

Den Ausgangspunkt der Überlegungen für die empirische Überprüfung des Akzeptanzkonzepts stellen die im theoretischen Teil dargelegten Ausführungen dar. Von besonderem Interesse sind die Teile über das allgemeine Akzeptanzkonzept bzw. jene die hinsichtlich der subjektiven Orientierung von sozialer Ungleichheit. Im engeren Sinne folgt die Spezifikation des Akzeptanzkonzepts von sozialer Ungleichheit den zusammenfassenden Überlegungen. Dabei stellt sich die erste Forschungsfrage, ob und – wenn ja – wie sich das theoretische Konzept der subjektiven Akzeptanz sozialer Ungleichheit spezifizieren und vor allem empirisch testen lässt. Wie in der Konzeptualisierung bereits geschehen, sind dazu zuerst die theoretischen Konstrukte und Begriffe ausreichend zu beschreiben und ihre Eigenschaften zu definieren.

Die Konstruktdefinition der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit muss zunächst auf Objekt- und Subjektseite vorgenommen werden (Weiber/ Mühlhaus 2010): Als Objekt wurde das Thema der sozialen Ungleichheit in Zusammenhang mit Chancen- oder Verteilungsungleichheit bzw. mit Determinanten, Dimensionen und Auswirkungen von sozialer Ungleichheit diskutiert. Auf Subjektebene wurde gesagt, dass alle Individuen einer Gesellschaft soziale Ungleichheit akzeptieren oder ablehnen können. Prinzipiell kann daher für jedes Individuum eine Aussage über seine latente Ablehnungsbereitschaft bzw. manifeste Akzeptanz abgeleitet werden. Um ein möglichst umfassendes Bild der Akzeptanzlandschaft von sozialer Ungleichheit zu erhalten, empfiehlt es sich jedoch, eine möglichst umfangreiche („repräsentative“) Datenbasis auf individueller Ebene zu haben, um in der glücklichen Lage zu sein, Verallgemeinerungen über verschiedene sozialstrukturelle Gruppierungen innerhalb von Gesellschaften anstellen zu können.

Darüber hinaus kann das Akzeptanzkonzept von sozialer Ungleichheit – entsprechend seinen Eigenschaften – einer attributiven und einer strukturellen Definition folgen (Bagozzi 1984: 10): Für eine attributive Definition wurden von Doris Lucke (1995) die Ebenen der tatsächlichen Akzeptanz (auf Handlungsebene), der latenten Akzeptanzbereitschaft (auf Einstellungsebene) und der objektiv feststellbaren Akzeptierbarkeit (auf Wert- oder Zielebene) unterschieden. Zusätzlich hat sie die Einteilung in drei analytische (Eigenschafts-)Dimensionen vorgeschlagen, denen zufolge die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit eine kognitive, eine normativ-evaluative und eine konative bzw. expressive Dimension aufweist, wobei von einer Akzeptanzbereitschaft erst dann zu sprechen ist, wenn zumindest die ersten beiden Dimensionen berücksichtigt werden (Lucke 1995). Denn „(...) *kognitives Wissen und normatives Für richtig-Halten [bilden] die unabdingbaren Grundvoraussetzungen jeden wirklichen, auch tätigen Akzeptierens, das über die rein äußere Verhaltenskonformität, die halbherzige Zustimmung oder nur das geheuchelte Einverständnis hinausgeht*“ (Lucke 1995: 81f.).⁸⁴

⁸⁴ Die folgende Beschreibung der Dimensionen von sozialer Ungleichheit folgt hauptsächlich in Anlehnung an Sachweh (2010: 89ff.).

Die für das Akzeptieren notwendige kognitive Dimension lässt sich hinsichtlich sozialer Ungleichheit als das verfügbare Orientierungswissen in der konkreten Situation beschreiben. Es wird über Wahrnehmungen und Vorstellungen gebildet, die „(...) gewissermaßen soziale Landkarten (darstellen), auf denen Grenzen gezogen und Entfernungen zwischen Positionen und Gruppen bestimmt werden“ (Berger 1988: 508), also beispielsweise wie das Ungleichheitsgefüge perzipiert wird, wie sich ein Individuum selbst darin wahrnimmt und wie ausgeprägt die Abstände zwischen einem selbst und anderen AkteurInnen erscheinen. Mit ihrer Hilfe werden Differenzen bzw. Bilder über soziale Ungleichheit (*images of inequality*) hergestellt, die eine kognitive Ordnung der empirischen Realität ermöglichen und die eine Aufgliederung der Gesellschaft in Gruppen zulassen (Giesen 1987: 316). Als weiteres kognitives Element, das eng damit verbunden ist, gelten die wahrgenommenen Gründe, warum die sozialen Ungleichheiten existieren, (weiter) bestehen und welche Funktionen sie haben. Sie stellen die alltagstheoretischen Annahmen, Erklärungen und Begründungen dar. Beispielsweise wie und warum Ressourcen und Belohnungen individuell (z. B. durch Bildungsniveau, Leistungsbereitschaft, Persönlichkeitsmerkmale) oder strukturell (d. h. sozial) in der Gesellschaftsordnung (ungleich oder gleich) verteilt werden (Bottero 2005: 18). Dabei können soziale Ungleichheiten eine Motivationsfunktion (z. B. zu höherer Qualifikation und Leistung), eine Wohlstandsfunktion (z. B. zur Sicherung des Lebensstandards) oder Herrschaftsfunktion (z. B. zur Interessenssicherung) ausüben (Haller 1989). Unter der kognitiven Dimension der Akzeptanz lässt sich also zuerst einmal der Sachverhalt verstehen, welche Gründe die Mitglieder einer Gesellschaft für das Bestehen bzw. Weiterbestehen der sozialen Ungleichheiten beobachten und welche Argumente, Rechtfertigungen und Funktionen sie für die Ungleichverteilungen sehen (sog. Geltungsglaube oder Modell-Geltung, vgl. Esser).

Der kognitiv wahrgenommenen Situation nachgelagert sind Akzeptanzerwartungen und Stellungnahmen darüber. Als normativ-evaluative Dimension stellen sie die Verbindlichkeits- und Bewertungskomponente der Akzeptanz bzw. ihrer Konsequenzen dar. Diese Akzeptanzdimension schreibt subjektive Verbindlichkeit vor und bewertet sie (das sog. „normative Für richtig-Halten“, vgl. Lucke). Dazu dienen in der sozialen Ordnung allgemein akzeptierte Bewertungsmaßstäbe, mittels derer die AkteurInnen die wahrgenommenen Ungleichheiten assoziativ erleben (bzw. die damit verbundenen Empfindungen und Affekte) und beurteilen (bspw. als ungerecht oder zu groß bewerten). In diesem Bewertungsprozess spielen auch die damit im Zusammenhang stehenden Erwartungen des (zukünftigen) Handelns und dessen Folgen eine Rolle (sog. Wert-Erwartungen bzw. Modell-Nutzen), die je nachdem dazu veranlassen, eine kritische oder affirmative Position gegenüber den bestehenden Ungleichheiten einzunehmen. Zudem liegt ein normatives Urteil vor, wenn die sozialen Ungleichheiten mit als gültig wahrgenommenen und anerkannten Sollenserwartungen bzw. -vorschriften begründet werden (vgl. Sachweh 2010). Hinsichtlich Ungleichheitsfragen nimmt in modernen Gesellschaften der Wohlfahrtsstaat eine bedeutende Rolle ein, der normativ ein Aufgaben- und Verantwortungsspektrum zur Reduktion von sozialen Ungleichheiten übernimmt, z. B. durch ökonomische Umverteilung im Rahmen des umverteilenden Steuer- und Sozialstaates (Haller 1989). Akzeptieren, dieser normativ-evaluativen Dimension folgend, bedeutet also, den sozialen Ungleichheiten grundsätzlich affirmativ gegenüberzustehen und ihnen verständnismäßig und emotional „zugeneigt“ zu sein. Eine kritisch-egalitäre Position hingegen kommt einer ablehnenden Haltung gegenüber den sozialen Ungleichheiten nahe.

Vor allem hinsichtlich der tatsächlichen Akzeptanz ist die konative bzw. expressive Dimension auf der Handlungsebene angesiedelt, die die antriebs- und verhaltensmäßige Komponente mit dem tatsächlich durchgeführten bzw. beobachteten Verhalten darstellt. Dieser Dimension folgend liegt Akzeptanz auch im Handeln vor⁸⁵, wenn die Mitglieder einer Gesellschaft bereit sind, den Bestand und das Ausmaß der sozialen Unterschiede auch gegen Vorschläge mittels konkreter Handlungsintentionen oder konkreter Handlungen zu verteidigen, z. B. über die Äußerung von Wünschen, Formulierung von Argumenten und (Gegen-)Vorschlägen. In ihrer expressiven Form kann sich Ablehnung von sozialen Ungleichheiten in sozialen Bewegungen und öffentlich sichtbaren Konflikten zeigen, wie beispielsweise Volksbegehren, Demonstrationen oder Streiks.

Da sich die Akzeptanz analytisch aus mehreren Dimensionen – nämlich aus den kognitiven, normativ-evaluativen, konativen/expressiven Komponenten – zusammensetzt, handelt es sich um ein mehrdimensionales Konstrukt, wobei die theoretische Vermutung herrscht, dass die Einzeldimensionen – wenn auch nicht gezwungenermaßen – in einer positiven Beziehung zueinander stehen. Methodologisch nach einer strukturellen Definition kann beim Akzeptanzkonzept somit von einem theoretischen Konstrukt höherer Ordnung gesprochen werden⁸⁶. Auf höherer Ordnungsebene in ihrer abstraktesten Form handelt es sich um die generelle Akzeptanz, die sich aufgrund der multidimensionalen Struktur aus den drei Akzeptanzdimensionen erster Ordnung zusammensetzt bzw. subsumiert, also aus der kognitiven, normativ-evaluativen, konativ/expressiven Akzeptanzdimension.

In funktionaler Hinsicht stellen sowohl die latente Akzeptanzbereitschaft als auch ihre Dimensionen theoretische Konstrukte mit latentem Inhalt dar. Methodisch gesprochen handelt es sich bei den Konstrukten um latente Variablen, weil sie sich zunächst einer direkten Beobachtung entziehen. Die Konstrukte haben für die empirische Prüfung über „Beobachtungen“ des Merkmalsraums zu erfolgen, wobei die Ebene der Akzeptanzdimensionen einer Operationalisierung über geeignete Messmodelle mittels Messindikatoren bedarf. Auf dieser empirischen Messebene ist nach geeigneten Akzeptanzindikatoren (manifesten Variablen) zu suchen, mit denen die das theoretische Akzeptanzkonstrukt gemessen werden kann. Genauer: durch die die Akzeptanzdimensionen erster Ordnung gemessen werden können und auf deren Basis sich überprüfen lässt, ob sich diese hypothetischen Strukturen und Beziehungen mit entsprechenden empirischen Daten bestätigen lassen (vgl. z. B. Schnell et al. 2008).

Dafür sind die theoretischen Begriffe über hilfstheoretische Annahmen (Blalock/ Costner 1969) bzw. Korrespondenzregeln (Costner 1969) mit beobachteten Variablen in Zusammenhang zu bringen.⁸⁷ Aufgrund seiner Multidimensionalität muss das latente Konstrukt der Akzeptanz über Korrespondenzhypthesen (KH) für alle drei Akzeptanzdimensionen erstellt werden. Auf Einstellungsebene können sie für die Akzeptanz- oder für die Ablehnungsbereitschaft aufgestellt werden. Die latente Ablehnungsbereitschaft ist desto größer,

- je höher das Ausmaß der wahrgenommenen sozialen Ungleichheit ist bzw. je mehr Gründe für ihr (Weiter-)Bestehen namhaft gemacht werden (Korrespondenzhypothese KH1.1 für die kognitive Dimension),

⁸⁵ Anm.: Nicht wie es bei der kognitiven oder evaluativen bzw. inneren Verarbeitung der Fall ist.

⁸⁶ Anm.: Nicht zu verwechseln mit der Ordnung im Sinne einer allgemeinen (Herrschafts-)Soziologie.

⁸⁷ Vgl. Carnap (1966: 223ff.).

- je kritischer die bestehenden sozialen Ungleichheiten bewertet werden und je unzufriedener man sich gegenüber den sozialen Ungleichheiten äußert (Korrespondenzhypothese KH1.2 für die normativ-evaluative Dimension) sowie
- je stärker für die Aufhebung von sozialen Ungleichheiten, für Alternativen eingetreten bzw. in diese Richtung gehandelt wird (Korrespondenzhypothese KH1.3 für konative bzw. expressive Dimension).

Sinngemäß können die Hypothesen auch für die Akzeptanzbereitschaft formuliert werden. Jedenfalls stellen die Korrespondenzregeln die für die Operationalisierung nötige messtheoretische Vorschrift dar, um die Akzeptanzdimensionen über beobachtbare Indikatoren mittels zu spezifizierenden Messmodells erfassen zu können. Ein Messmodell beinhaltet Anweisungen, wie einer latenten Variablen über einen Messvorgang ein numerischer Wert durch direkt messbare empirische Beobachtungen (manifeste Variablen bzw. Indikatoren) zugeordnet werden kann. Im Fall der Akzeptanz handelt es sich um ein Messmodell mit reflektiven Indikatoren⁸⁸, da die latente Akzeptanzbereitschaft bzw. die Akzeptanzdimensionen sozialer Ungleichheit als Ursache für die Ausprägung in den Indikatoren angesehen werden können. Die gemessenen Werte spiegeln somit die „Folgen“ bzw. „Konsequenzen“ (Brown 2006) als empirisches Abbild (Äquivalent) einer bestimmten Position auf einer Akzeptanzdimension bzw. der generellen Akzeptanzbereitschaft wider.

Da latente Konstrukte üblicherweise einen breiteren Merkmalsraum aufweisen, empfiehlt es sich, bei der Operationalisierung jeder latenten Variablen mehrere Indikatoren zu verwenden (sog. Konzept multipler Indikatoren). Allerdings herrscht in der Methodenliteratur keine Einigkeit über die optimale Anzahl an Messindikatoren pro latenter Variable. Aus methodischer Sicht empfiehlt Kenneth A. Bollen (1989: 288ff.) zumindest die Verwendung von drei bis vier reflektiven Indikatoren je Dimension. Bei multidimensionalen Konstrukten sollte jede Dimension zumindest über zwei Indikatoren gemessen werden (Weiber/ Mühlhaus 2010: 93). Mehrere reflektive Indikatoren einer latenten Dimension (z. B. der kognitiven Akzeptanzdimension) haben die Eigenschaft, höher untereinander als mit Indikatoren anderer Dimensionen zu korrelieren. Bei gültigen und reliablen Messungen stellen die Indikatoren im Prinzip austauschbare Messungen einer latenten Variablen dar. Wenn die Messfehler Null sind, liegt eine valide und wenn keine Zufallsfehler bei der Messung auftreten, eine reliable Messung vor. Laut klassischer Mess- bzw. Testtheorie muss jedoch davon ausgegangen werden, dass empirische Messungen des wahren Wertes sich aus einem gemessenen Wert und aus systematischen oder zufälligen Messfehlern zusammensetzen (Lord et al. 1968). Daher muss die Messqualität von Messinstrumenten mittels Gütekriterien der Messung beurteilt werden. Die Analyse von Reliabilität (Zuverlässigkeit bzw. Genauigkeit) und Validität (Gültigkeit bzw. konzeptionelle Richtigkeit) sollte daher sowohl auf Ebene der Indikatoren als auch auf Ebene von latenten Variablen erfolgen (Reinecke 2005; Steyer/ Mayer 1993). Reflektive Messmodelle werden üblicherweise über eine Faktorenanalyse auf ihre Messgüte auf faktorielle Validität und Reliabilität ihrer latenten Dimensionen überprüft. Mehrere Indikatoren pro latenter Variable einzubeziehen, ermöglicht dabei, eventuelle Verzerrungen und Messfehler (z. B. durch unterschiedliches Verständnis

⁸⁸ Demgegenüber wird von formativen Indikatoren gesprochen, wenn eine Veränderung in der Ausprägung einer gemessenen Indikatorvariablen eine Veränderung in der Ausprägung der latenten Variablen zur Folge hat. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von kausalen Indikatoren bzw. *causal indicators* (Brown 2006: 351ff.; Diamantopoulos et al. 2008).

der Frage) einzelner Indikatorvariablen bei der empirischen Abbildung einer latenten Variablen zu überprüfen.

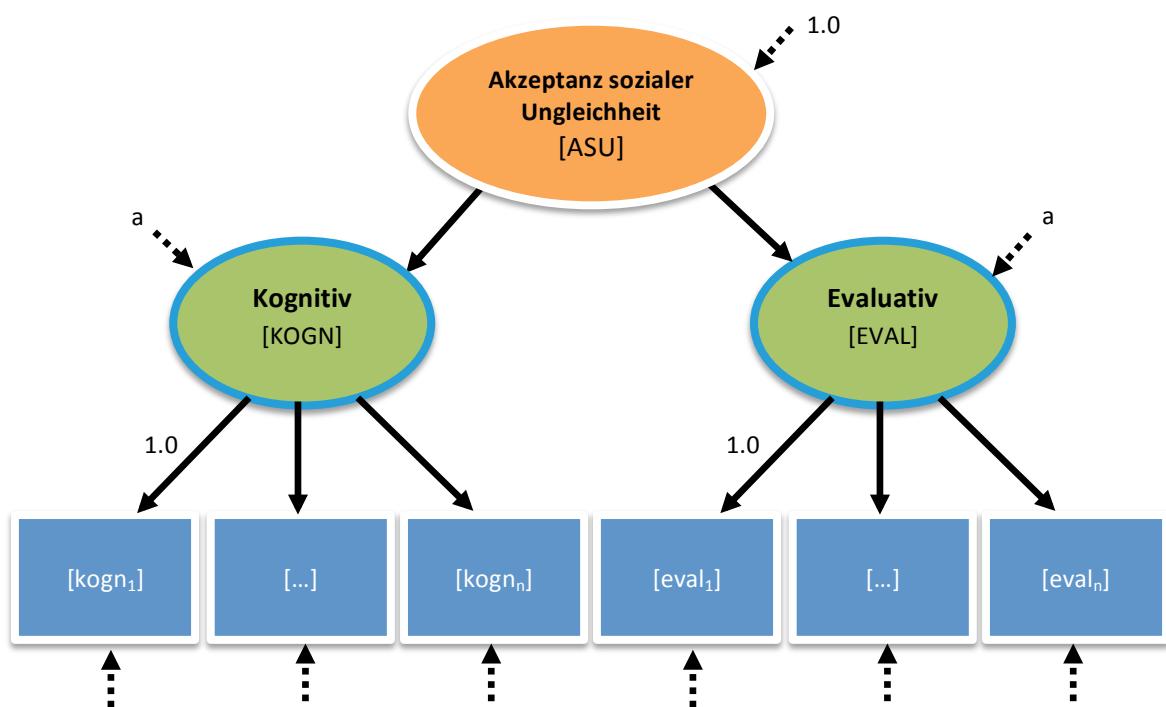
Aufgrund der theoretischen Vorüberlegungen kommt der sog. konfirmatorischen Faktorenanalyse (*confirmatory factor analysis, CFA*) bei der Überprüfung der Messstruktur und -qualität eine herausragende Bedeutung zu (Jöreskog 1969, 1970). Bei ihr wird die Beziehung zwischen beobachteten (manifesten) Variablen und hypothetischen Konstrukten (latenten Variablen) apriori bestimmt und modelliert (Bollen 1989). Bei der statistischen Überprüfung werden die Anzahl der latenten Variablen und ihre Zuordnung zu den empirischen Indikatoren eindeutig festgelegt (faktorielle Struktur), wobei die Beobachtungen als Linearkombination einer latenten Variablen aufgefasst werden. Die Beziehung zwischen latenter Dimension und manifestem Indikator wird über eine Faktorenladung (einen Steigungs-/Regressionskoeffizienten bzw. *slope coefficient*), einen Achsenabstand (*intercept*) und einen Messfehlerterm beschrieben. Die Faktorenladung spiegelt die Metrik der Messung wider bzw. zeigt die Änderung in der manifesten Variablen, wenn sich die latente Variable um eine Einheit ändert. Der Achsenabstand hingegen zeigt den erwarteten Wert in der manifesten Variablen, wenn die latente Variable Null ist. Weil es sich bei der Akzeptanz um einen Generalfaktor zweiter Ordnung handelt und Akzeptanzdimensionen erster Ordnung subsumiert, unterstellt eine Faktorenanalyse zweiter Ordnung zusätzlich eine faktorielle Struktur zweiter Ordnung, also Faktorenladungen zwischen der generellen Akzeptanz(bereitschaft) und den Akzeptanzdimensionen (Bollen 1989; Brown 2006; Byrne 2012). Die nachfolgende Tabelle 11 fasst Aspekte der Konzeptspezifikation zusammen und die Abbildung soll zum konzeptionellen Verständnis der postulierten Faktorenstruktur der Akzeptanz beitragen.

Tabelle 11: Spezifikation des Konzepts der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit

Ebene	Spezifikation	Aspekte und Beispiele
Objekt	Akzeptanz von sozialer Ungleichheit	manifestes Akzeptanzhandeln, Akzeptanzbereitschaft (Einstellung) bzw. Akzeptierbarkeit (Wert-/Zielbene)
Kontext	Gesellschaftliche Ordnung als Orientierungsrahmen für die Akzeptanz	Ordnung auf kultureller, sozialer, politischer und ökonomischer Ebene in europäischen Ländern und Regionen
Subjekt	generalisierbare Anzahl von Individuen, die die bestehenden Ungleichheiten subjektiv akzeptieren bzw. ablehnen	Zufallsstichproben in Ländern und Regionen in Europa
Attribute (Eigenschaften)	Mehrdimensionalität der Akzeptanz	kognitive Dimension, normativ-evaluative Dimension, konativ/expressive Dimension
Struktur/Funktion	Akzeptanzbereitschaft als latentes (Einstellungs-)Konstrukt höherer Ordnung	mit Dimensionen niedriger bzw. erster Ordnung
Operationalisierung	Messmodell mit multiplen und reflektiven Indikatoren	z. B. Akzeptanzbereitschaft über Operationalisierung der kognitiven und normativ-evaluativen Dimension
Überprüfung	Faktorielle Validität und Reliabilität: konfirmatorische Faktorenanalyse	Akzeptanz als Generalfaktor 2. Ordnung und Akzeptanzdimensionen als Faktoren 1. Ordnung

Bei der konfirmatorischen Faktorenanalyse handelt es sich um eine strukturprüfende Analysemethode, bei der die theoretisch postulierte faktorielle Validität und Reliabilität des Struktur- und Messmodells empirisch überprüft wird. Die Reliabilität wird auf Ebene der gemessenen Indikatoren und latenten Faktoren überprüft. Wenn die Messungen das zugrundeliegende Konstrukt repräsentieren (insbesondere hinsichtlich des inhaltlich-semantischen Bereichs) und die definierten Bedeutungsinhalte abbilden, spricht man von Inhaltsvalidität (*content* oder *face validity*). Bei der statistischen Gültigkeitsprüfung kommt im Rahmen von Faktorenanalysen der Konstruktvalidität (*construct validity*) eine besondere Bedeutung zu. Das Messmodell weist dann auf Konstruktvalidität hin, wenn die empirischen Messungen eines Faktors nicht durch andere Faktoren oder systematische Fehler verzerrt werden. Es herrscht einerseits Konvergenz, wenn der theoretische Zusammenhang zwischen manifesten Indikatoren und dem latenten Faktor bestätigt wird (*convergent validity*). Andererseits liegt Diskriminanz vor, wenn die Messungen hinsichtlich anderer Konstrukte trennscharf sind (*discriminant validity*) (Schnell et al. 2008).⁸⁹

Abbildung 6: Die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit als latentes Faktorenmodell 2. Ordnung



Anm.: Die Abbildung beschreibt das Akzeptanzkonzept sozialer Ungleichheit als Generalfaktor zweiter Ordnung (ASU) und seine Akzeptanzdimensionen erster Ordnung (KOGN, EVAL) im Messmodell mit reflektiven Indikatoren (kogn-eval). Die Kreise stellen latente, die Rechtecke manifeste Variablen dar. Die durchgezogenen Pfeile symbolisieren Faktorenladungen und die gestrichelten Pfeile Messfehler (Residuen). Aus Identifikationsgründen müssen jeweils eine Faktorenladung erster Ordnung und die Varianz der latenten Variable ASU auf 1.0 fixiert werden. Das „a“ symbolisiert eine Gleichheitsrestriktion, die hier die Varianzen von KOGN und EVAL betreffen.

⁸⁹ Neben der Inhalt- und Konstruktvalidität kann zusätzlich die Kriteriumsvalidität (*criterion validity*) unterschieden werden, bei der die Messung eines latenten Konstruktks mit einem validen Außenkriterium auf Übereinstimmung überprüft wird.

Besonders bei der interkulturell vergleichenden Forschung wurde die allgemeine und vielfach ungeprüfte Annahme kritisiert, dass ein Messinstrument über alle Kulturen, Länder, Regionen und Populationen hinweg gleich operiert. Dahinter steckt die spezifische Vermutung, dass neben der identischen faktoriellen Struktur (z. B. Beziehung zwischen den Konstruktdimensionen oder eine Faktorenstruktur höherer Ordnung) auch der Inhalt der Messungen, die Faktorenladungen und Indikatormittelwerte (Psychometrie der Messung) vergleichbar sind (Bentler 1978; Byrne/ Van de Vijver 2010). Diese Annahmen treffen jedoch meist in der Praxis bei Messinstrumenten und Erhebungsskalen nur eingeschränkt zu. Allgemein gesagt liegt die angesprochene Struktur- und Messäquivalenz dann vor, „(...)*whether or not, under different conditions of observing and studying phenomena, measurement operations yield measures of the same attribute*“ (Horn/ McArdle 1992: 117). Mittels konfirmatorischer Faktorenanalysen können diese Annahmen der Struktur- bzw. Messinvarianz ebenfalls getestet werden. Technisch wird dabei ein multipler Gruppenvergleich durchgeführt, wobei beispielsweise verschiedene Erhebungsländer oder -regionen die zu vergleichenden bzw. zu testenden Gruppen darstellen.

Es werden in der Methodenliteratur unterschiedliche Formen von Äquivalenz diskutiert, wobei sie verschiedene Restriktionsgrade an das zu testende (Faktoren-)Modell darstellen (Billiet 2003; Byrne/ Van de Vijver 2010; Horn/ McArdle 1992; Meredith 1993; Steenkamp/ Baumgartner 1998). Eine Form stellt die konfigurale Äquivalenz (*configural invariance*) dar, die bloß die gleiche faktorielle Struktur und das gleiche Muster an Faktorenladungen für jede Gruppe unterstellt (z. B. Länder oder Regionen). Sie liegt dann vor, wenn jedes gruppenspezifische Modell gut zu den Daten passt, Faktorenladungen signifikant von Null unterschiedlich sind und die Beziehungen zwischen den Faktoren bedeutsam sind. Bei metrischer Äquivalenz (*metric invariance*) wird auf Invarianz der Faktorenladungen getestet, die Informationen über die Beziehung zwischen latenter und manifesten Ebene beinhalten⁹⁰, skalare Äquivalenz (*scalar invariance*) hingegen testet auf Invarianz der Mittelwerte (*Intercepts*)⁹¹ und strikte Äquivalenz (*strict equivalence*) unterstellt zudem die Gleichheit von Messfehlern aller Gruppen⁹². Wenn Messäquivalenz vorliegt, können auf Strukturebene Tests entweder auf Invarianz der Faktorenkovarianzen (*factor covariance invariance*), auf Invarianz der Faktorenvarianz (*factor variance invariance*) oder auf Invarianz der Fehlervarianzen (*error variance invariance*) durchgeführt werden.

In der Praxis stellt sich allerdings häufig heraus, dass die Forderungen kaum oder eingeschränkt erfüllt werden. Daher gibt es eine rege wissenschaftliche Diskussion, was in diesen Fällen zu tun ist. Folgende Möglichkeiten wurden vorgeschlagen: Partielle Invarianz (*partial invariance*) ist eine häufige Strategie, wenn keine vollständige Messinvarianz nachgewiesen werden kann⁹³. Sie liegt vor, wenn zwei Indikatoren der zu messenden latenten Variablen identische Messungen (partielle metrische) und/oder Intercepts aufweisen (partielle skalare Invarianz). Ansonsten können Gruppenvergleiche verzerrt sein. Andere AutorInnen haben vorgeschlagen, entweder die Anzahl der Vergleichsgruppen um jene zu reduzieren, wo die Anforderungen der Äquivalenz nicht erfüllt sind

⁹⁰ Anm.: Über Gleichheitsrestriktionen über die Gruppen hinweg kann getestet werden, ob Befragte in gleicher Weise auf die gemessenen Indikatoren reagieren, die Messungen der latenten Variablen auf der gleichen Skala stattfinden (gleiches Skalenintervall) und so die Messwerte über die Länder hinweg verglichen werden können.

⁹¹ Anm.: Dann können auch Gruppenmittelwerte von theoretischen Konzepten miteinander verglichen werden.

⁹² Anm.: Was für den Test auf Messäquivalenz von geringem Interesse ist (Byrne/ Van de Vijver 2010).

⁹³ Z. B. haben mehrere AutorInnen darauf hingewiesen, dass die Äquivalenzformen zu strikt sind und auch schon partielle Äquivalenz ausreicht (Byrne et al. 1989; Steenkamp/ Baumgartner 1998).

(Byrne/ Van de Vijver 2010; Welkenhuysen-Gybels et al. 2007), oder eine Reduktion von Indikatoren vorzunehmen, nämlich der, die über die Gruppen hinweg unterschiedlich sind (Davidov et al. 2012; Welkenhuysen-Gybels et al. 2003). Beide Strategien scheinen nicht unproblematisch zu sein, im ersten Fall deshalb, weil sich dabei die Anzahl der Vergleichsgruppen sehr stark reduzieren kann. Im zweiten Fall besteht die Gefahr, dass sich damit die Bedeutung des zu messenden theoretischen Konzepts verändern könnte (Davidov et al. 2012).

In der Praxis ist die Äquivalenztestung mit sehr großem Aufwand verbunden, vor allem dann, wenn viele Gruppen (z. B. dutzende Länder oder Regionen) auf ihre invariante Messstruktur getestet werden sollen. Zumindest sollte aber auf die gleiche faktorielle Struktur (Validität und Reliabilität) und konfigurale Äquivalenz überprüft werden. Das Ziel dieses Ergebniskapitels 7.1 ist es daher, das theoretische Konzept der latenten Akzeptanzbereitschaft (als Einstellungskonzept) empirisch mittels Sekundäranalyse von Daten des ISSP-Moduls „Soziale Ungleichheit III“ aus 1999 zu überprüfen. Das erwartete Ergebnis dieses Kapitels ist die Erkenntnis, ob das theoretische Konzept der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im empirischen Test bestätigt werden kann und ob das Messkonzept für einen Regionsvergleich einer Auswahl von europäischen Ländern verwendet werden kann. Insofern stellt es die nötige Bedingung für die Überprüfung der weiteren Forschungshypothesen dar. Die genaue methodische Vorgehensweise und statistische Datenanalyse wird im nun folgenden Kapitel 7.1.2 beschrieben. Die Hauptergebnisse werden im Kapitel 7.1.3 dargelegt um im Kapitel 7.1.4 zusammengefasst und diskutiert zu werden.

7.1.2 Methodische Vorgehensweise und statistische Datenanalyse

In diesem Kapitel werden das methodische Vorgehen und die statistische Analyse beschrieben. In methodischer Hinsicht müssen zuerst die Variablen für die empirische Überprüfung des Akzeptanzkonzepts ausgewählt und die postulierte Messstruktur auf Validität und Reliabilität überprüft werden.

Wie oben dargelegt handelt es sich beim theoretischen Konzept der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit um einen Generalfaktor zweiter Ordnung, der sich multidimensional aus drei Faktoren erster Ordnung, nämlich der kognitiven, normativ-evaluativen und konativ/expressiven Einzeldimension zusammensetzt. Als Datengrundlage werden die N=17.943 befragten Personen, die in 16 europäischen Ländererhebungen im Rahmen des ISSP-Erhebungsmoduls aus 1999 über soziale Ungleichheit (ZA-Archivnr. 3430) befragt wurden, verwendet. Auch wenn konzeptionell umfangreicher gefordert, können bei der empirischen Überprüfung der faktoriellen Validität und Reliabilität aufgrund des Mangels an entsprechenden Variablen bloß die kognitive und normativ-evaluative Akzeptanzdimension operationalisiert werden, die aber auf Einstellungsebene den Kern latenter Akzeptanzbereitschaft darstellen.

Bei den manifesten Variablen handelt es sich um fünf Fragen (manifeste Variablen bzw. Indikatoren) des standardisierten Erhebungsinstruments (Fragebogen). Die kognitive Dimension der subjektiven Akzeptanz von sozialer Ungleichheit wird über zwei Aussagen zu möglichen Gründen für das Bestehen von sozialer Ungleichheit (Variablenbezeichnungen v9 und v12) und die normativ-evaluative Akzeptanzdimension über Bewertungen und Erwartungen (v34, v35, v36) operationalisiert. Gemessen wurden die Indikatoren jeweils auf einer 5-stufigen Antwortskala. Am

Beginn der Analyse werden die relevanten Indikatoren aus dem Befragungsmodul mittels deskriptiver Statistik mit Hilfe von SPSS 15 (2006)⁹⁴ analysiert und auf Voraussetzungen für die danach folgenden Analysen geprüft. Es werden mehrere Faktorenanalysen durchgeführt, wobei zunächst das Konzept der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit in der Gesamtpopulation von 14 Ländern mit insgesamt $N_i=17.943$ Befragten (*pooled data*) mittels konfirmatorischer Faktorenanalyse (CFA) überprüft wird (*Ausgangs-Modell 1*). Eine Faktorenanalyse auf Basis der Varianz-Kovarianzmatrix der gesamten Stichprobe gibt laut Bengt O. Muthén den ersten Eindruck der Faktorenstruktur und stellt den allgemeinsten Test der faktoriellen Validität und Reliabilität der postulierten Modellstruktur dar (Muthén 1994).

Für das konfirmatorische Faktorenmodell ist zunächst eine Modellstruktur zu spezifizieren. Das Akzeptanzmodell kann formal über eine hierarchische Faktorenstruktur beschrieben werden, wobei die Akzeptanz sozialer Ungleichheit den Generalfaktor (latenter Faktor 2. Ordnung) darstellt. Da sich die Akzeptanz zumindest aus einer Wahrnehmung und einer Bewertung von Ungleichheit zusammensetzt, kann als generelle Akzeptanz die kognitive und evaluative Dimensionen subsumiert und getrennt operationalisiert werden (latente Faktoren 1. Ordnung). Messtheoretisch wird also vermutet, dass sich hinter beiden Akzeptanzdimensionen ein allgemeiner Hintergrund „verbirgt“: die latente bzw. generelle Akzeptanzbereitschaft (Generalfaktor 2. Ordnung). Grafisch wurde die Spezifikation des Faktorenmodells bereits in Abbildung 6 visualisiert.

Die Modellstruktur sieht bloß auf der Ebene erster Ordnung Messmodelle vor, bei denen die kognitive und evaluative Akzeptanzdimension über manifeste Indikatoren gemessen werden. Zwei reflektive Indikatoren (v9 und v12) messen die kognitive (kurz: KOGN) und drei weitere Indikatoren (v34, v35 und v36) die normativ-evaluative Dimension (kurz: EVAL) der generellen Akzeptanzbereitschaft. Konsistent mit den theoretischen Annahmen wird im theoretisch abgeleiteten Faktorenmodell konfirmatorisch angenommen, dass die Faktoren erster Ordnung (Dimensionen der Akzeptanz) korreliert sind und – aufgrund eines dahinterstehenden generellen Akzeptanzfaktors (bzw. der Akzeptanzbereitschaft) – erklärt werden können. Es wird weiters angenommen, dass die manifesten Variablen ausschließlich auf ihren entsprechenden Faktor erster Ordnung zurückgeführt werden können. In der Terminologie der Faktorenanalyse „laden“ sie mit einer signifikant von Null unterschiedlichen Faktorenladung auf ihren entsprechenden Faktor (Anm.: und nicht auf einen anderen Faktor). Im Anwendungsfall handelt es sich um die Faktorenladungen erster Ordnung: v9 und v12 auf den Faktor KOGN und v34, v35 und v36 auf den Faktor EVAL. Damit wird modelltheoretisch die Annahme umgesetzt, dass das individuelle Antwortverhalten auf die Indikatoren auf eine kognitive bzw. evaluative Teildimension gegenüber sozialer Ungleichheit zurückgeführt werden kann. Im Faktorenmodell wird außerdem die Beziehung zwischen den beiden Akzeptanzdimensionen und der generellen Akzeptanzbereitschaft (Generalfaktor) über Faktorenladungen zweiter Ordnung modelliert, nämlich dass sowohl die kognitive (KOGN) als auch die normativ-evaluative (EVAL) Akzeptanzdimension auf die Akzeptanz als Generalfaktor laden.

Im beschriebenen Faktorenmodell wird die Reliabilität der Messung über das Vermögen, die Varianz in den gemessenen Variablen zu erklären, ausgedrückt. Technisch entspricht das dem durch die jeweilige Akzeptanzdimension erklärten Varianzanteil (R^2) in den Messindikatoren, also entweder durch die Akzeptanzdimension KOGN oder EVAL. Der Anteil nicht erklärter Varianz wird in einem

⁹⁴ Siehe www.spss.com (17. Aug. 2012).

Messfehlerterm zusammengefasst, wobei angenommen wird, dass die Residuen untereinander unkorreliert sind. Die Stärke der Beziehung zwischen latenter Variable und Indikator drückt die Validität aus. Es herrscht Konstruktvalidität, wenn die manifesten Variablen einer Akzeptanzdimension untereinander höher korrelieren (Konvergenz) als die manifesten Variablen verschiedener Akzeptanzdimensionen (Diskriminanz). Hier sollten die Indikatoren v9 und v12 der kognitiven Akzeptanzdimension (KOGN) oder die Variablen v34, v35, v36 der normativ-evaluativen Dimension (EVAL) untereinander höher korrelieren als zwischen Indikatoren unterschiedlicher Dimensionen, z. B. zwischen v9 und v34. Dennoch wird eine gewisse Korrelation zwischen ihnen aufgrund der „dahinterstehenden“ generellen Akzeptanzbereitschaft vermutet.

Aus Gründen der Identifikation des konfirmatorischen Faktorenmödells wird jeweils die erste Ladung pro Faktor erster Ordnung (d. h. bei jeder Akzeptanzdimension) auf 1,0 fixiert. Da man bei diesem Modell weniger an den Streuungen in als an den Beziehungen zwischen den Akzeptanzdimensionen interessiert ist, wird die Varianz des Generalfaktors (Akzeptanz sozialer Ungleichheit) ebenfalls auf 1,0 fixiert und die Varianzen der Akzeptanzdimensionen werden gleich gesetzt.

Berechnet werden alle konfirmatorischen Faktorenmödelle mit dem Statistikprogrammpaket *Mplus 7* (Muthén/ Muthén 2012).⁹⁵ Das Programm bietet eine Vielzahl unterschiedlicher Schätzmethoden für die Modelltestung an. Die voreingestellte ist die Maximum-Likelihood-Schätzmethode (ML), die metrische Variablen (d. h. eine große Zahl an Antwortkategorien) und (uni- bzw. multivariat) normalverteilte Indikatoren voraussetzt. Da letzteres bei Surveydaten meistens nicht auf die Daten zutrifft⁹⁶, steht eine sog. robuste ML-Schätzmethode (MLR) zur Verfügung. MLR hat sich in Simulationsstudien robust gegen Verletzungen der Normalverteilungsannahme erwiesen. Außerdem wird MLR als Schätzmethode bei steigender Modellkomplexität und geringerer Stichprobengröße angeraten, da sie bessere Standardfehler berechnet (Curran et al. 1996). Außerdem kann auf robuste Schätzungen (MLR) zurückgegriffen werden, wenn Modellvergleiche mittels χ^2 -Differenzentest nötig sind. Wenn die gemessenen Variablen neben der Normalverteilungsannahme auch nicht metrisches Skalenniveau aufweisen (beispielsweise bei der Nutzung von weniger als fünf Antwortkategorien), dann wird empfohlen, die Modellschätzung mit der Annahme eines ordinalen Datenniveaus mittels WLSMV-Schätzer durchzuführen. Dafür sind jedoch große Stichproben erforderlich, die Anzahl der beobachteten Variablen sollte gering gehalten werden und die Analyse ist nur auf Basis von fallweisem Ausschluss von fehlenden Werten möglich, was gegebenenfalls zu großen Datenverlusten führen kann (Byrne 2012: 129ff.). In der nachfolgenden ersten Anwendung werden die Ergebnisse aller vier Schätzmethoden präsentiert und diejenige festgelegt, die den Umständen am besten entspricht.

Bewertet werden die Schätzergebnisse in mehrerlei Hinsicht: Einerseits werden die einzelnen Parameter des Modells begutachtet, die unstandardisierten Faktorenladungen auf Signifikanz ($p < 0,050$), die standardisierten Faktorladungen auf Validität ($> 0,50$) und Reliabilität ($R^2 > 0,25$) geprüft. Darüber hinaus wird jeweils die Gesamtgüte des Modells bewertet, wobei folgende Kriterien angelegt werden: Die χ^2 -Statistik (inkl. Freiheitsgrade) zeigt die Diskrepanz zwischen empirischer und modellimplizierter Varianz-Kovarianz-Matrix und der p-Wert die Wahrscheinlichkeit, wie die

⁹⁵ Siehe www.statmodel.com/ (17. Aug. 2012).

⁹⁶ Beispielsweise wirken sich schiefe Variablenverteilungen stark auf den Mittelwert bzw. Mittelwerttests aus und die Kurtosis auf Tests der Varianz und Kovarianz (Byrne 2012: 98).

theoretischen Annahmen zu den Daten passen (Bollen 1989). Bei diesem Kriterium ist jedoch zu beachten, dass das theoretische Modell bei großen Stichproben selten an die empirischen Daten passt, weil dieser Test bei steigender Fallzahl sensitiv reagiert⁹⁷.

Alternativ dazu werden daher noch weitere Fit-Indizes betrachtet: Inkrementelle bzw. komparative Fit-Indizes messen die proportionale Verbesserung im Modellfit eines hypothetischen mit einem restriktiveren Modell. Dazu gehört der Comparative Fit Index (CFI) und der Tucker-Lewis-Index (TLI), wobei jeweils Werte über >0,950 als gut bezeichnet werden (Hu/ Bentler 1999). Darüber hinaus kann ein Modell nach dem Kriterium der Sparsamkeit bewertet werden. Dafür kann das Akaike's Information Criterion (AIC) und Bayes Information Criterion (BIC) verwendet werden, wobei höhere Sparsamkeit⁹⁸ im Vergleich mit geschachtelten Modellen in niedrigeren Werten zum Ausdruck kommt (Arbuckle 2007). Absolute Fit-Indizes hingegen bewerten das Ausmaß, wie das theoretische Modell zu den empirischen Daten passt. Ein RMSEA (*Root Mean Square Error of Approximation*) von <0,080 und ein SRMR (*Standardized Root Mean Square Residual*)⁹⁹ drücken annehmbare und ein RMSEA- bzw. SRMR-Wert von <0,050 geringfügige Anpassungsfehler bzw. einen guten Modellfit aus (Browne/ Cudeck 1993; Hu/ Bentler 1999). Außerdem wird ein 90%iges Konfidenzintervall für den RMSEA berechnet, wobei die obere Grenze von 0,080 möglichst nicht überschritten werden sollte¹⁰⁰.

Für eine schlechte Modellanpassung aufschlussreich sind die automatisch berechneten Modifikationsindizes (*modification indices*) und die bei einer durchgeführten Modellrespezifikation zu erwartenden Parameterschätzungen (*expected parameter change*). Modelladaptionen auf dieser Basis sollten jedoch auf theoretische und inhaltliche Plausibilität überprüft werden, statistisch bedeutsam sein und nach Sparsamkeitsüberlegungen erfolgen. Außerdem sollte dabei stets abgewogen werden, inwiefern man sich damit von einem konfirmatorischen zu einem exploratorischen Ansatz hin bewegt (Byrne 2012: 87ff.).

Den Ausgangspunkt der Analyse bildet das *Modell 1*, weil es die Faktorenstruktur der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit mit den Gesamtdaten überprüft. Im nächsten Schritt wird das Faktorenmodell separat für die einzelnen Länder auf strukturelle Äquivalenz getestet (*Länder-Modell 2.1*). Technisch bedeutet das, dass getrennt für jede Ländererhebung eine Modelltestung vorgenommen wird, also insgesamt 16 verschiedene Modelle. Im Vordergrund steht jeweils die Begutachtung des länderspezifischen Modells bzw. seine Anpassung an die Länderdaten. Darüber hinaus werden notwendige Adaptionen mit Hilfe der Kennwerte der Modellanpassung und Modifikationsindizes

⁹⁷ Außerdem reagiert der Test schlecht auf nicht normalverteilte Daten (Byrne 2012: 67ff.). Nichtsdestotrotz hat der χ^2 -Test seine Bedeutung bei Vergleichen von geschachtelten Modellen. Andere als die ML-Schätzmethode berücksichtigen diesen Sachverhalt und korrigieren die Teststatistik, z. B. der Satorra-Bentler χ^2 (kurz: S-B χ^2), der z. B. bei der MLR- und MLM-Schätzmethode verwendet wird, sich robust gegen die Verletzung der Normalverteilungsannahme erwiesen hat. Letzterer kann jedoch nur mit listenweisem Fallausschluss fehlender Werte angewendet werden, was zu einer erheblichen Reduktion der Fallzahl führen kann (Ebd.: 100f.). Aufschlussreich ist der bei der χ^2 -Statistik ausgewiesene *scaling correction factor*, der bei einem Wert >1,0 auf das Vorliegen fehlender Normalverteilung hinweist (Ebd.: 104)

⁹⁸ Sparsamkeit beispielsweise im Sinne des Verhältnisses von Freiheitsgraden zu schätzenden Parametern.

⁹⁹ Bei der Verwendung des WLSMV-Schätzers bei kategorialem Datenniveau wird anstatt des SRMR der WRMR (*Weighted Root Mean Square Residual*) berechnet, wobei ein Wert von WRMR>0,950 einen guten Modellfit anzeigen (Byrne 2012: 139f.).

¹⁰⁰ In der Literatur wird der Umstand erwähnt, dass das Konfidenzintervall stark durch die Stichprobengröße und die Modellkomplexität beeinflusst wird, wobei bei kleinen Stichproben und vieler Modellparameter ein breites Konfidenzintervall zu erwarten ist (MacCallum et al. 1996).

eruiert und gegebenenfalls implementiert. Die akzeptierten Ländermodelle dienen als Ausgangsmodelle für einen multiplen Gruppen- bzw. Ländervergleich (*multigroup confirmatory factor analysis*, MGCF), bei dem die konfirmatorische Faktorenstruktur simultan mit den 16 Ländererhebungen auf konfigurale Invarianz geprüft wird (*Modell 2.1*).¹⁰¹

Der Hauptfokus kulturvergleichernder Forschung ist es, Gesellschaften bzw. gesellschaftliche Ordnungen in der Analyse zu berücksichtigen und gegebenenfalls miteinander zu vergleichen. Damit ist zumeist die Absicht verbunden, allgemein gültige und generalsierbare Gemeinsamkeiten (bzw. Unterschiede) über die untersuchten Ungleichheitsordnungen zu erhalten (Selig et al. 2008). In den bisherigen Analyseschritten wurde der Fokus jedoch entweder auf die Gesamtpopulation von 16 Länder- oder auf Einzelerhebungen gelegt. Damit war die implizite Annahme verbunden, dass die befragten Personen aus einer Zufallsstichprobe stammen. Diese Annahme ist ebenso zu hinterfragen wie jene, dass die Daten keine hierarchische Struktur aufweisen. Vielmehr trifft auf internationale Umfragedaten eine hierarchische Mehrebenenstruktur zu, bei der die befragten Personen als Teil von Gruppen aufgefasst werden können, z. B. einer kulturellen Makroregion, eines europäischen Landes oder einer Region innerhalb der Länder (Hummel 1972; Langer 2004).

Inhaltlich ist das deshalb von großer Bedeutung, weil individuelle Akzeptanzurteile bzw. die Wahrnehmungen und Bewertungen von sozialer Ungleichheit unter anderem stark von der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung (z. B. Gerechtigkeitsnormen, Ressourcenverteilung, Macht- und Prestigeverteilung), in denen Personen sozialisiert wurden und leben, abhängig sind. Personen auf der Individualebene sind in gesellschaftliche Kontexte geschachtelt (sog. *nested* oder *clustered data structure*). Es kann also nicht nur von einer Länder- sondern auch von einer Regionalstruktur ausgegangen werden, wobei vermutet werden kann, dass sich Personen innerhalb (*within*) von Ländern bzw. Regionen ähnlicher sind als Personen zwischen Ländern bzw. Regionen (*between*). Die herrschende regionale Ordnung kann dabei als Effekt höherer Ebenen betrachtet werden, der über die untersuchten Kontexte variiert (hier: zwischen Regionen von Ländern). Damit ist aber das statistische Problem verbunden, dass die individuellen Beobachtungen nicht unabhängig von diesem Kontext sind, d. h. die allgemeine Annahme der Unabhängigkeit der Beobachtungseinheiten voneinander wird bei hierarchischen Daten verletzt. Denn nur, wenn keine systematischen Einflüsse von höherer Ebene gegeben sind, dann sind alle Zufallsfehler unabhängig, normalverteilt und homoskedast (Byrne 2012; Geiser 2011).

Der Umgang mit den genannten Schwierigkeiten ist dann problembehaftet, wenn die hierarchischen Daten entweder aggregiert oder disaggregiert wurden. Bei der Disaggregation der Daten auf Individualebene kann es zu unterschätzten Standardfehlern und individualistischen (atomistischen) Fehlschlüssen (*individual fallacy*) kommen (vgl. Scheuch 1969). Werden hingegen Individualdaten auf Gruppenebene aggregiert (z. B. über die Mittelwerte), werden beobachtbare Gruppenvariabilität vernichtet und adäquate Schätzungen aufgrund unterschiedlicher Gruppengrößen unmöglich. Der Vorgang reduziert außerdem die statistische Kraft, es kommt zu einer Unterschätzung der Beziehungen auf Gruppenebene und ist zudem mit dem Risiko eines falschen Schlusses von individuellem Verhalten auf Basis von Gruppeninformationen (*ecological fallacy*) verbunden (Robinson 1950).

¹⁰¹ Auf die Testung von metrischer und skalarer Äquivalenz muss aufgrund des für diesen Rahmen unzumutbaren großen Aufwandes verzichtet werden.

Um solche Probleme und Fehlschlüsse zu vermeiden, können bei einer Mehrebenenanalyse mehrere (Anm.: meistens zwei) Hierarchieebenen bzw. die geschachtelte Datenstruktur – durch gleichzeitige Berücksichtigung von Variablen auf Individual- und Regionsebene – simultan berücksichtigt werden. Da sich interindividuelle Variationen aus zwei Variationsquellen zusammensetzen können, kann eine Variation auf individueller und eine Variation auf Regionsebene unterschieden werden. Anders gesagt kann die Gesamtvarianz in eine Varianzkomponente innerhalb der Gruppen (*within*) und zwischen den Gruppen (*between*) zerlegt (partitioniert) werden. Konkret kann ein beobachtbarer Akzeptanzindikator einer Person durch einen Regionsmittelwert und die individuelle Abweichung der Person vom Regionsmittelwert ausgedrückt werden.¹⁰² Damit wird es möglich, zwei separate Modelle zu analysieren, also eines auf Individual- (bzw. Level 1) und eines auf Regionsebene (Level 2), wobei beide unterschiedliche Modellstrukturen aufweisen können. In statistischer Hinsicht sind dafür fortgeschrittene Schätzverfahren entwickelt worden. Die Hauptproblematik bleibt jedoch, dass für Mehrebenenmodelle große Stichproben benötigt werden. Das trifft in besonderem Maße auf der höheren Hierarchieebene zu (hier: Regionsebene), damit die Schätzergebnisse wünschenswerte asymptotische Eigenschaften aufweisen (Heck 2001). In der Literatur wird eine Gruppenanzahl von 50 oder mehr empfohlen, bei der die Standardfehler bei Verwendung der robusten ML- oder WLSMV-Methode korrekt geschätzt werden (Hox/ Maas 2001; Hox et al. 2010).

Für einen interkulturellen Vergleich ist daher auch der Nachweis nötig, dass das theoretische Akzeptanzkonstrukt (Akzeptanzmodell) gültig und zuverlässig – neben der Individualebene – auch auf regionaler Ebene äquivalent operiert, die Struktur und Bedeutung der gemessenen (manifesten und latenten) Indikatoren über die gesellschaftlichen Kontexte identisch sind. Im letzten Analyseschritt dieses Ergebniskapitels 7.1 wird daher das Akzeptanzkonzept sozialer Ungleichheit in einer konfirmatorischen Mehrebenen-Faktorenanalyse (*multilevel confirmatory factor analysis, MLCFA*) simultan auf Individual- und auf Regionsebene (mit Hilfe von N_j=107 NUTS-Regionen) auf konfigurale und metrische Äquivalenz getestet (*Modell 3*).¹⁰³

Ob eine Mehrebenenanalyse für die Daten überhaupt notwendig ist, muss überprüft werden. Als grobes Indiz dafür dienen die Intraklassenkorrelationen (*intra class correlation, ICC*) der gemessenen Variablen. Die Intraklassenkorrelation drückt den Anteil der Zwischengruppenvarianz im Vergleich zur Gesamtvariation eines beobachteten Indikators aus. Werte nahe Null bedeuten, dass eine Analyse der postulierten Messstruktur auf mehreren Ebenen, also auf Individual- und Regionsebene, keine Bedeutung beizumessen ist. Wenn jedoch ein substantieller Anteil der Gesamtvarianz zwischen den Regionen liegt, ist es sinnvoll, die Regionsebene und die Personenebene in der Analyse getrennt zu berücksichtigen. Die neuere Methodenliteratur empfiehlt, dass schon bei niedrigen Werten (ICC<0,10) die Mehrebenenstruktur berücksichtigt werden sollte (Julian 2001; Selig et al. 2008), da schon sehr geringe Werte (ICC>0,01) bedeutsame Verzerrungen in herkömmlichen Analysemethoden (z. B. mittels OLS-Regressionen) hervorrufen können (Byrne 2012).¹⁰⁴

¹⁰² Dieser Umstand repräsentiert das Hauptanliegen von Mehrebenenanalysen, nämlich „(...) to summarize *within-group variability at the individual (or lower) level and between-group variability at the group (or higher) level. These levels are often referred to as Level 1 and Level 2, respectively*“ (Byrne 2012: 346).

¹⁰³ D. h. die statistische Analyse beschränkt sich auf die Betrachtung von zwei Ebenen: Individuen und Regionen.

¹⁰⁴ Problematisch bei der herkömmlichen Berechnung der Intraklassenkorrelation (ICC) ist, dass sie einfach deshalb relativ gering ausfallen kann, weil sie keine individuellen Messfehler berücksichtigt. Da der Messfehler

Für eine präzisere Überprüfung der Notwendigkeit einer Mehrebenenanalyse wurden weitere, meist mehrstufige Vorgehensweisen vorgeschlagen (Mehta/ Neale 2005; Muthén 1994). In der vorliegenden Anwendung wird nach dem Ansatz von Joop Hox vorgegangen, der die Berechnung mehrerer Benchmark Modelle vorschlägt (Hox 2010: 300ff.): In einem Nullmodell (*null model*) wird zunächst bloß die konfirmatorische Faktorenstruktur auf Individualebene spezifiziert, jedoch keine auf Regionsebene (d. h. die Regionalvarianzen werden auf Null gesetzt). Eine Modellbestätigung würde bedeuten, dass keine Struktur auf Regionsebene vorliegt und man ohne Gefahr großer Verzerrungen oder Fehlschlüsse allein auf Individualebene die Daten weiter analysieren kann.¹⁰⁵ Ein Unabhängigkeitsmodell (*independent model*) spezifiziert wieder nur die Faktorenstruktur auf Individualebene, auf Regionsebene werden nun aber die Varianzen frei geschätzt (Anm.: Kovarianzen hingegen nicht). Bei einer Bestätigung des Unabhängigkeitsmodells kann man von einer Regionsvarianz ausgehen. Ob auch eine bedeutsame Kovarianzstruktur (d. h. Zusammenhänge zwischen den Indikatoren) auf Regionsebene vorliegt, testet ein satisches Modell (*saturated model*), das die komplette Varianz-Kovarianz-Struktur zwischen allen Beobachtungen ohne irgendwelche Restriktionen auf Regionsebene spezifiziert.¹⁰⁶

Falls sich das satisches Modell bestätigt, dient es als Benchmark für das zu testende konfirmatorische Mehrebenen-Faktorenmodell (MLCFA), bei dem die hypothetische Faktorenstruktur *simultan* aus den Rohdaten¹⁰⁷ auf Individual- und Regionsebene geschätzt und getestet wird (*Modell 3*). Es testet die Angemessenheit der postulierten Faktorenstruktur auf beiden Analyseebenen mittels geeigneter Schätzverfahren.¹⁰⁸ Schematisch weist ein konfirmatorisches Mehrebenen-Faktorenmodell zwei identische Individual- und Regionsteile auf (oder: eine Ebene innerhalb und zwischen den Regionen bzw. *within* und *between level*).

Die nachfolgende Abbildung 7 visualisiert die beiden Modellteile bzw. die postulierte Faktorenstruktur der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit (ASU als Faktor 2. Ordnung) mit ihren beiden Akzeptanzdimensionen (KOGN und EVAL). Der Unterschied zwischen den beiden Modellteilen/-ebenen liegt lediglich darin, dass die Indikatoren auf Individualebene gemessene (manifeste) Variablen darstellen (Anm.: die Indikatoren v9-v36 sind als Rechtecke dargestellt), auf höherer Ebene sind es hingegen Regionsmittelwerte bzw. latente Variablen (Anm.: v9-v36 sind als latente Variablen bzw. Kreise symbolisiert), die ihrerseits auf die gemessenen Werte Effekte (Pfeile)

jedoch große Bedeutung für die individuelle Varianz hat, kann die wahre Intraklassenkorrelation unterschätzt sein. Bengt O. Muthén hat daher die Berechnung des messfehlerkorrigierten bzw. wahren (*true*) ICC vorgeschlagen, bei der die Faktorenladungen berücksichtigt werden (Muthén 1994).

¹⁰⁵ Anm.: Eine etwaige Kovarianz zwischen den Regionen würde in diesem Fall allein aufgrund von Stichprobenvariationen auf Individualebene zustande kommen.

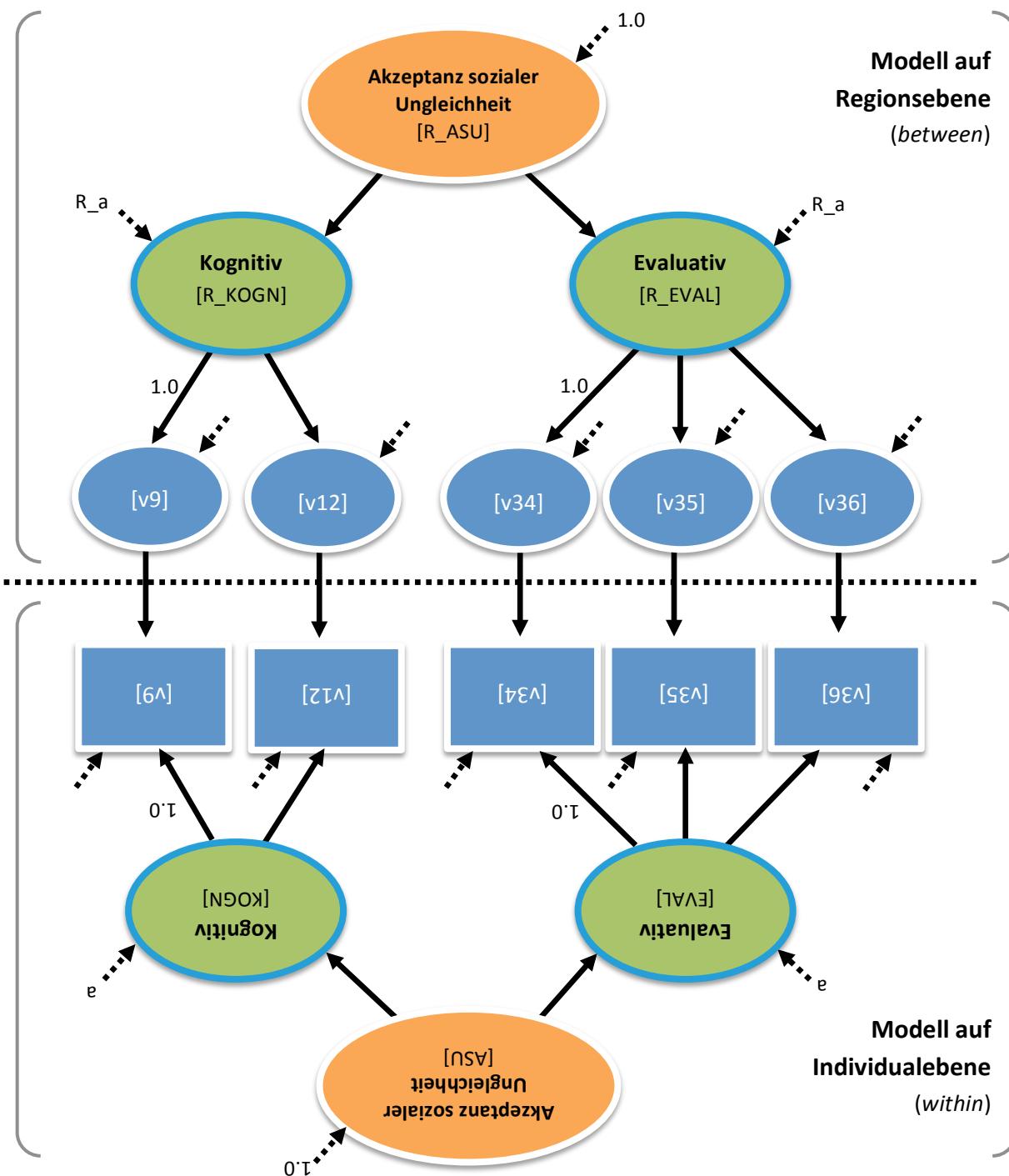
¹⁰⁶ Anm.: Das satisches Modell schätzt also die bestmögliche Modellanpassung, wenn das Null- und Unabhängigkeitsmodell verworfen wurde.

¹⁰⁷ Alternativ zu diesem Vorgehen wurde von Harvey Goldstein (Goldstein 1987, 2003) vorgeschlagen, eine Kovarianzmatrix für die Individual- und eine für die Regionsebene zu schätzen. Der Vorteil ist, dass aufgrund der getrennten Matrizen für ein Modell *separat* für jede Ebene getestet werden kann. Der Nachteil ist jedoch, dass die Kovarianzen als geschätzte Werte aufgefasst und nicht direkt aus den Rohdaten berechnet werden. Bei unvollständigen Daten kommt der Nachteil dazu, dass keine Klarheit über die Stichprobengröße herrscht und bei ordinalen Daten, dass die Normalverteilungsannahme verletzt ist (Hox 2010: 296).

¹⁰⁸ Anm.: Standardmäßig berechnet Mplus 7 das spezifizierte Modell auf Basis des robusten ML-Schätzers (MLR). Der dabei ausgewiesene S-B χ^2 -Statistik lässt auch mit geringfügigen Adaptionen einen Differenzentest für den Vergleich von geschachtelten Modellen zu.

ausüben (Muthén 1994). Zur Modellidentifikation wurden auf Individual- und Regionsebene dieselben Restriktionen vorgenommen wie bisher.

Abbildung 7: Konfirmatorische Mehrebenen-Faktorenanalyse des Akzeptanzkonstrukt



Anm.: Die untere Hälfte der Abbildung stellt das Individual- und die obere Hälfte das Regionsmodell dar, wobei die latenten Variablen auf Regionsebene zusätzlich mit einem „R“ gekennzeichnet wurden. Aus Identifikationsgründen wurde jeweils eine Faktorenladung erster Ordnung und die Varianz des latenten Generalfaktors ASU auf 1,0 fixiert, das „a“ symbolisiert eine Gleichheitsrestriktion zwischen den Varianzen von KOGN und EVAL innerhalb der Ebene.

Bewertet werden MLCFA-Modelle wieder nach herkömmlichen Gütekriterien und Fit-Indizes, wobei sich nun die meisten auf das gesamte Modell beziehen. Zusätzlich müssen die geschätzten (un- bzw. standardisierten) Modellparameter (Reliabilitäts- und Validitätskoeffizienten des Messmodells) – diesmal jedoch getrennt für das Individual- und Regionsmodell – auf Signifikanz und Höhe begutachtet werden. Eine Bestätigung der Faktorenstruktur auf Individual- und Regionalebene bedeutet eine weitere Bestätigung der konfiguralen Struktur- bzw. Messäquivalenz des Akzeptanzkonzepts. Darüber hinaus bietet die Faktorenanalyse im Mehrebenenmodell die Möglichkeit, simultan auf Gleichheit der Faktorenladungen des Individual- und des Regionsmodells zu testen. Ein diesbezüglich positives Prüfergebnis wäre als weiteres Indiz für äquivalente Mess- und Faktorenstruktur zu werten.

7.1.3 Ergebnisse und Inhalte der Analyse

Im ISSP-Erhebungsmodul wurden die befragten Personen mit mehreren Aussagen über soziale Ungleichheiten konfrontiert, die für Akzeptanzfragen von Belang sind: Es handelt sich in den ersten beiden Fällen um Wahrnehmungen von Funktionen sozialer Ungleichheiten, also warum soziale Ungleichheiten existieren bzw. bestehen bleiben. Beide Aussagen beschäftigen sich mit Ursachenerklärungen einerseits aus einer kritischen klassen- und konflikttheoretischen Sichtweise bzw. andererseits vom Standpunkt aus, dass die sozialen Ungleichheiten aufgrund der Herrschaftsverhältnisse existieren: Der erste Indikator behandelt den Umstand, dass die Ungleichheiten deshalb (weiter) bestehen, weil die Privilegierten ein Interesse an Machterhaltung haben und diese den Reichen und Mächtigen nützt (v9). Eine andere Aussage begründet das Weiterbestehen der Ungleichheiten handlungstheoretisch, nämlich damit, dass sich die Benachteiligten bzw. die einfachen BürgerInnen nicht zusammenschließen, d. h. organisieren, um sich gegen die herrschenden Ungleichheitsverhältnisse zu wehren (v12). Beide Indikatoren können aufgrund des inhärenten Wahrnehmungsspekts unter die kognitive Akzeptanzdimension von sozialer Ungleichheit subsumiert werden.

Drei weitere Indikatoren hingegen beinhalten normative bzw. bewertende Aspekte: Im ersten Fall handelt es sich um eine Aussage über das assoziative Erleben bzw. die allgemeine Beurteilung und Bewertung von sozialer Ungleichheit: Die Einkommensungleichheiten im Land des Befragten bzw. der Befragten sind „zu groß“ (v34). Zwei weitere Aussagen betreffen institutionelle Rollen und normative Erwartungen, wie im Wohlfahrtsstaat mit den Ungleichheiten umgegangen werden sollte (Sollenserwartung). Konkret handelt die erste Aussage von einer Aufgabe des Sozialstaates, die Unterschiede (hier: im Einkommen) zwischen Reichen und Ärmern zu verringern (v35). Der letzte Akzeptanzindikator behandelt die Aussage, ob die einkommensstärkeren Gruppen einen höheren (d. h. gerechteren) Anteil an Steuern leisten sollen als die einkommensschwächeren Gruppen in der Gesellschaft (v36), was eine normative Erwartung an den lenkenden Steuerstaat formuliert. Aufgrund dieses Inhalts können die drei letztgenannten Indikatoren der normativ-evaluativen Dimension der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit zugerechnet werden. Der genaue Wortlaut der Aussagen kann der Tabelle 12 entnommen werden.

Der Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung zu den Aussagen wurde auf einer fünfstufigen Antwortskala (1-5) gemessen, wobei ein höher werdender Wert als zunehmende Akzeptanz gewertet

werden kann. Für die ersten vier Indikatoren (v9, v12, v34, v35) kam ein anderes Antwortformat als für den fünften Indikator (v36) zur Anwendung.¹⁰⁹

Tabelle 12: Variablennummer und Fragebogenfragen der Akzeptanzindikatoren

Variable	Frage text (deutsch)	Frage text (englisch)
v9	Die sozialen Unterschiede bleiben bestehen, weil sie den Reichen und Mächtigen nützen.	Inequality continues to exist because it benefits the rich and powerful.
v12	Die sozialen Unterschiede bleiben bestehen, weil sich die einfachen Bürger nicht zusammenschließen, um diese zu beseitigen.	Inequality continues to exist because ordinary people don't join together to get rid of it.
v34	Die Einkommensunterschiede in [LAND] sind zu groß.	Differences in income in [COUNTRY] are too large.
v35	Es ist Aufgabe des Staates, die Einkommensunterschiede zwischen den Leuten mit hohem Einkommen und solchen mit niedrigem Einkommen zu verringern.	It is the responsibility of the government to reduce the differences in income between people with high incomes and those with low incomes.
v36	Was meinen Sie: Sollten Leute mit hohem Einkommen einen größeren Anteil ihres Einkommens an Steuern zahlen als diejenigen mit niedrigem Einkommen, den gleichen Anteil oder einen kleineren Anteil?	Do you think people with high incomes should pay a larger share of their income in taxes than those with low incomes, the same share, or a smaller share?

Quelle: Die Fragen wurden dem identischen österreichischen bzw. deutschen Originalfragebogen entnommen (ISSP 2012a). Die englischen Fragen hingegen aus dem Source Questionnaire (ISSP 1998).

Insgesamt wurden N=17.943 Personen befragt, wobei für die Prozentuierung die Befragten mit fehlenden Angaben ausgeschlossen wurden. Bei den drei Aussagen, in denen die sozialen Ungleichheiten bewertet werden, lehnen zwischen 74,2 % und 87,8 % der Befragten die Ungleichheiten ab, weil sie den Aussagen „stark“ oder „eher zustimmten“ (die Antwortkategorien 1 und 2 zusammengerechnet). Im Detail heißt das, dass 52,6 % der Aussage stark zustimmen und 35,2 % der Aussage eher zustimmen, dass die Einkommensunterschiede zu groß sind (v34). 37,4 % stimmen stark bzw. 36,8 % eher damit überein, dass die Regierung die Einkommensunterschiede reduzieren sollte (v35). 30,8 % sagen, dass die Reichen einen viel größeren und 50,1 % sagen, dass die Reichen einen größeren Steueranteil zu leisten hätten (v36). Insgesamt weist die Antwortverteilung auf eine ablehnende bzw. nicht-akzeptierende Bewertung der bestehenden Ungleichheitsverhältnisse hin. Eine evaluative/bewertende Akzeptanz wird von einer klaren Minderheit gegeben, da sich die Ablehnungsraten lediglich zwischen 1,7 % (v36), 4,9 % (v34) und 12,9 % (v35) bewegen.

Bei den Aussagen zur Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit ist das nur geringfügig anders: 71,1 % stimmen der Aussage eher bzw. stark zu, dass die Ungleichheiten deswegen bestehen, weil es den Reichen und Mächtigen nützt bzw. 48,0 % stimmen der Aussage eher bzw. stark zu, dass die Ungleichheiten deshalb bestehen bleiben, weil sich die einfachen BürgerInnen nicht zu ihrer Beseitigung zusammenschließen. Insgesamt werden von der „Mehrheit“ der Befragten Gründe für das Bestehen bzw. Weiterbestehen von Ungleichheit in diesen beiden Aussagen vermutet.

¹⁰⁹ Die genaue Kodierung und der (deutsche sowie englische) Wortlaut kann der Anmerkung zur nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Tabelle 13: Häufigkeitsverteilungen und deskriptive Statistiken der Akzeptanzindikatoren

Indikator	Kurzlabel (englisch)	gültiges N	Code und Prozent je Antwortkategorie					Total
			1	2	3	4	5	
v9	<i>Inequality exists because it benefits the rich.</i>	17.014	27,5	43,6	15,1	10,3	3,4	100
v12	<i>Inequality exists because of lack of union.</i>	16.360	16,1	31,9	21,5	21,0	9,4	100
v34	<i>Differences in income are too large.</i>	17.560	52,6	35,2	7,4	4,0	0,9	100
v35	<i>Government must reduce differences in income.</i>	17.258	37,4	36,8	12,9	9,1	3,8	100
v36	<i>Rich people pay more taxes.</i>	17.081	30,8	50,1	17,4	1,2	0,5	100

Anm.: Die deutschsprachigen Antwortkategorien der Variablen v9, v12, v34 und v35 lauteten: 1=stimme stark zu, 2=stimme eher zu, 3=weder noch, 4=stimme eher nicht zu, 5=stimme überhaupt nicht zu, 8=kann ich nicht sagen) (im Englischen: 1=strongly agree, 2=agree, 3=neither agree nor disagree, 4=disagree, 5=strongly disagree, 8=can't choose). Die Antwortkategorien der Variablen v36 lautete auf: 1=einen viel größeren Anteil, 2=einen größeren Anteil, 3=den gleichen Anteil, 4=einen kleineren Anteil, 5=einen viel kleineren Anteil, 8=kann ich nicht sagen (bzw.: 1=much larger share, 2=larger share, 3=the same share, 4=smaller share, 5=much smaller share, 8=can't choose).

Die Befragten haben zwar die Fragen mehrheitlich beantwortet, allerdings weisen die Indikatoren teilweise beträchtliche Antwortverweigerungsraten auf. Am höchsten ist sie mit 8,8 % beim zweiten Indikator (v12), mit 5,2 % beim ersten (v9) und 4,8 % bei letzten Indikator (v36), was bei den weiteren Berechnungen zu beachten ist. Auffällig ist ebenfalls, dass bei der Beantwortung der Indikatoren am häufigsten die ersten beiden Antwortkategorien (Zustimmung) verwendet wurden.

Hinsichtlich der Verteilung auf die fünfstufige Antwortskala ist nochmals zu betonen, dass im Mittel die Fragen eine zustimmende Antworttendenz aufweisen, da für sie durchwegs Mittelwerte unter dem theoretischen Skalenmittel von 3,0 berechnet wurden (Tabelle 14). Die mittlere Antworttendenz hinsichtlich der kognitiven Gründe von sozialer Ungleichheit fällt aufgrund der Mittelwerte (MW) >2,18 (v9 und v12) höher aus als die Indikatoren mit bewertendem Inhalt (v34-v36: MW<2,05), wobei die höchste Zustimmungstendenz der Indikator v34 mit einem Mittelwert MW=1,65 hat.

Tabelle 14: Verteilungsstatistiken für die Akzeptanzindikatoren

Var.	Kurzlabel (englisch)	Gültiges N	Fehlend (in %)	MW	SD	s ²	s ³
v9	<i>Inequality exists because it benefits the rich.</i>	17.014	5,2	2,18	1,05	0,85	0,13
v12	<i>Inequality exists because of lack of union.</i>	16.360	8,8	2,76	1,22	0,25	-0,97
v34	<i>Differences in income are too large.</i>	17.560	2,1	1,65	0,85	1,46	2,12
v35	<i>Gov. must reduce differences in income.</i>	17.258	3,8	2,05	1,10	1,00	0,27
v36	<i>Rich people pay more taxes.</i>	17.081	4,8	1,90	0,75	0,59	0,51

Anm.: MW=Mittelwert, SD=Standardabweichung, s²=Schiefe, s³=Kurtosis.

Die Antworten weisen zusätzlich beträchtliche Streuungen auf: Die Items v36 und v34 haben die geringste ($SD<0,85$), die restlichen Indikatoren haben eine Standardabweichung von $SD>1,00$. Bei der Schiefe und Kurtosis sind ebenfalls deutliche Unterschiede festzustellen. Alle Antwortverteilungen sind aufgrund der positiven Werte bei der Skewness (s^2) rechtsschief (bzw. linkssteil), wobei der Indikator v12 nur sehr leichte ($s^2=0,25$) und der Indikator v34 ($s^2=1,46$) starke Schiefe aufweisen. Der Indikator v34 ist auch der mit der höchsten Wölbungskennzahl (Kurtosis: $s^3=2,12$).

Die Verteilungsanforderungen metrisches Datenniveau und Normalverteilung sind für die nachfolgend zu berechnenden Kovarianzen/Korrelationen bzw. die konfirmatorischen Faktorenanalysen für einige Indikatoren daher eher erfüllt als für andere. Das verzerrt die wahre Höhe der bivariaten Korrelationen nach Pearson, wobei zwar alle signifikant von Null unterschiedlich ($p<0,001$) sind, jedoch absolut sehr unterschiedliche Werte und bescheidende Höhe aufweisen. Die Korrelationen variieren auf sehr niedrigem Niveau von $r=0,165$ bis auf mittleres Niveau von $r=0,497$. Tendenziell korrelieren die Indikatoren innerhalb derselben Akzeptanzdimension höher als zwischen den Dimensionen, was auf konvergente Messungen hindeutet. Die Variablen über die Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit (v9 und v12) korrelieren untereinander mit $r=0,331$ und sie korrelieren mit keiner anderen Variable höher. Die Indikatoren mit normativ-evaluativem Inhalt von sozialer Ungleichheit (v34-v36) korrelieren untereinander zwischen $r=0,293$ bis $r=0,497$. Sie hängen untereinander überwiegend stärker zusammen als mit den Indikatoren mit kognitivem Inhalt (v9 und v12). Das Muster weist somit ebenfalls auf gewisse Konstruktvalidität hin, wobei das Kriterium der Diskriminanz auf Basis dieser bivariaten Korrelation nur schwer zu beurteilen ist (siehe Tabelle 15).

Tabelle 15: Empirische Interkorrelationen der Akzeptanzindikatoren

Var.	Kurzlabel (englisch)	v9	v12	v34	v35	v36
v9	<i>Inequality exists because it benefits the rich.</i>	1	0,331	0,305	0,310	0,224
v12	<i>Inequality exists because of lack of union.</i>		1	0,207	0,275	0,165
v34	<i>Differences in income are too large.</i>			1	0,497	0,293
v35	<i>Gov. must reduce differences in income.</i>				1	0,347
v36	<i>Rich people pay more taxes.</i>					1

Anm.: Korrelationsanalyse ($p<0,001$) aufgrund paarweisen Ausschlusses fehlender Werte ($N\geq 15.765$).

Das theoretische Konzept der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit wird im konfirmatorischen *Modell 1* als Faktor zweiter Ordnung spezifiziert. Die Akzeptanz(-bereitschaft) als Generalfaktor subsumiert die kognitive und normativ-evaluative Akzeptanzdimension als Faktoren erster Ordnung, wobei die kognitive Dimension durch ein Messmodell mit zwei Indikatoren (v9 und v12) und die normativ-evaluative Dimension durch eines mit drei Indikatoren (v34, v35, v36) definiert wird. Das Faktorenmodell mit den Befragungsdaten aller 16 Erhebungsländer bzw. mit den $N_i=17.943$ Personen dient als Ausgangsmodell (*Modell 1*).

Aufgrund der verletzten Verteilungsannahmen und um die höheren Momente der Verteilungen für die inferenzstatistischen Größen zu berücksichtigen, wurde das Modell auf Basis der Schätzmethoden ML, des robusten ML (MLR: keine Normalverteilungsannahme) und WLSMV (ordinales Datenniveau) ausgegeben und miteinander verglichen. Trotz der Antwortverweigerung auf die Indikatoren basieren die ML(R)-Modellschätzungen auf $N_i=17.874$ befragten Personen bzw. 99,6 % aller Befragten, die WLSMV-Schätzungen aufgrund des fallweisen Ausschlusses fehlender Werte hingegen bloß auf $N_i=15.002$ bzw. 83,6 % aller Befragten. Bei der Gesamtbewertung des konfirmatorischen Ausgangs-*Modells 1* fallen die χ^2 -Werte – aufgrund der Sensitivität des Tests auf sehr hohe Fallzahlen – im Vergleich zu den Freiheitsgraden nicht akzeptabel aus ($p<0,001$). Die Bewertung anhand der restlichen globalen Fit-Indizes ist hingegen sehr gut: Der CFI und der TLI sind bei allen Modellen weit über 0,950. Der SRMR=0,010 und der RMSEA=0,029-0,032, wie auch sein 90%iges Konfidenzintervall, sind bei der ML- und MLR-Schätzungen weit unter dem Schwellenwert von 0,050. Anstatt der WLSMV-Schätzung wird der WRMR=1,203 berechnet, der auch weit über 0,950 ist.

Insgesamt weist die Bewertung der Gesamtgüte auf eine gute Annäherung zwischen empirischen und modellreproduzierten Daten hin, was die angenommene Modellstruktur zunächst bestätigt. Große Unterschiede zwischen den einzelnen globalen Fit-Indizes sind nicht zu verzeichnen, wobei der *Scaling Correction Factor* von 1,171 bei der MLR-Schätzung auf eine gewisse Verletzung der Normalverteilungsannahme hinweist und einen korrigierten, d. h. besseren $\chi^2(4)=66,169$ bzw. RMSEA=0,029 aufweist. Die WLSMV-Schätzung zeigt bei der Bewertung der Gesamtgüte des Faktoremodells nur geringfügig bessere Werte beim CFI=0,997 bzw. TLI=0,993. Das Modell auf Basis der WLSMV-Schätzung ist auch das einzige, das mit der *Mplus*-Standardeinstellung keinerlei Modellmodifikationen (*modification indices*) anzeigt. Bei den beiden anderen Modellschätzungen werden signifikante Modellverbesserungen, nach Spezifikation einer Fehlerkovarianz zwischen den Indikatoren v9 und v35 ausgewiesen (siehe Tabelle 16).

Tabelle 16: Modellanpassung der konfirmatorischen Faktorenanalyse

Modell 1	χ^2	df	p	CFI	TLI	RMSEA	90%-KI des RMSEA Unter- und Obergrenze		SRMR	WRMR
							Unter- grenze	Obergrenze		
ML ¹	77,463	4	0,000	0,994	0,985	0,032	0,026	0,038	0,010	-
MLR ¹	66,169	4	0,000	0,993	0,983	0,029	0,023	0,036	0,010	-
WLSMV ²	78,836	4	0,000	0,997	0,993	0,032	0,026	0,039	-	1,203

Anm.: ¹ Jeweils $N_i=17.874$; *Scaling Correction Factor (SCF)*: 1,171. P-Close: jeweils 1,000. ² Die WLSMV-Schätzung mit fallweisem Fallausschluss ($N_i=15.002$) fehlender Werte schätzt ein nahezu identisches Modell.

Zusätzlich muss das Faktoremodell nach den Parameterschätzungen bewertet werden: Zunächst ist zu sagen, dass alle Faktoreladungen erster und zweiter Ordnung hoch signifikant sind und die postulierte Richtung bzw. positive Assoziation mit ihrem jeweiligen Faktor aufweisen. Die standardisierten Faktoreladungen (Validitätskoeffizienten) sind zwischen 0,461 und 0,864, die Itemvarianzerklärung (Reliabilitätskoeffizienten) liegt zwischen 0,212 und 0,639. D. h. lediglich die

Faktorenladung des Indikators v36 weist bei der ML- bzw. MLR-Schätzung einen Wert kleiner als 0,500 auf.

Im Vergleich zwischen den Schätzverfahren fallen die deutlichen Unterschiede bei den Faktorenladungen auf, wobei jene auf Basis der WLSMV-Schätzung die höchsten bzw. validesten Schätzungen ergeben und auch die Faktorenladung des Indikators v36 mit 0,526 im akzeptablen Bereich ist. Die Faktorenladungen erster Ordnung für die kognitive Akzeptanzdimension (KOGN) werden auf 0,546 (v9) bzw. 0,707 (v12), und jene der normativ-evaluativen Dimension (EVAL) auf 0,526 (v36), 0,764 (v34) und 0,799 (v35) geschätzt. D. h. die Indikatoren laden ausschließlich auf ihre jeweilig postulierten Akzeptanzdimensionen (Faktor 1. Ordnung) und das Muster an Faktorenladungen weist auf Ebene der Faktorenladungen 1. Ordnung eine Einfachstruktur auf, was ein faktorenanalytisches Indiz für Konvergenz und Diskriminanz ist (siehe Tabelle 17).

Weiters deuten die standardisierten Faktorenladungen zweiter Ordnung mit Werten von 0,824 auf die kognitive bzw. 0,851 auf die normativ-evaluative Akzeptanzdimension auf die Existenz eines Generalfaktors der Akzeptanz hin. Die Ladungskoeffizienten zweiter Ordnung bedeuten, dass die beiden Akzeptanz-Dimensionen untereinander mit $r=0,701$ ($r=0,824*0,851$) stark positiv korrelieren und dafür auf Einstellungsebene eine dahinterstehende latente Akzeptanzbereitschaft verantwortlich zu sein scheint. Die latente Akzeptanzbereitschaft erklärt einen Gutteil der Varianz der Akzeptanzdimensionen, also 67,8 % der Varianz in der kognitiven und 72,4 % der Varianz der normativ-evaluativen Dimension. Es bedeutet für das Ausgangsmodell, dass beide Akzeptanzdimensionen für die latente Akzeptanzbereitschaft relativ gleichgewichtig sind.

Tabelle 17: Validitäts- und Reliabilitätskoeffizienten

Modell 1	ML(R)-Schätzung			WLSMV-Schätzung		
	unstandardisiert	standardisiert	R ²	unstandardisiert	standardisiert	R ²
Faktorenladung erster Ordnung						
v9: Inequality exists because it benefits the rich.	1,000	0,644	0,415	1,000	0,707	0,500
v12: Inequality exists because of lack of union.	0,919	0,510	0,260	0,773	0,546	0,299
v34: Differences in income are too large.	1,000	0,660	0,436	1,000	0,764	0,583
v35: Government must reduce differences in income.	1,467	0,748	0,559	1,046	0,799	0,639
v36: Rich people pay more taxes.	0,619	0,462	0,213	0,689	0,526	0,277
Faktorenladungen zweiter Ordnung						
Kognitive Akzeptanzdimension (KOGN)	0,584	0,861	0,742	0,582	0,824	0,678
Normativ-evaluative Akzeptanzdimension (EVAL)	0,441	0,788	0,622	0,650	0,851	0,724

Anm.: Die Tabelle zeigt standardisierte direkte Effekte und Ergebnisse auf Basis unterschiedlicher Schätzmethoden. Alle Parameter sind signifikant ($p<0,001$). Aus Identifikationsgründen wurde jeweils die erste Faktorenladung je Dimension auf 1,000 fixiert. Damit die Faktorenladungen zweiter Ordnung frei geschätzt werden können, wurde die Varianz des Faktors 2. Ordnung (Akzeptanz) auf 1,0 fixiert und die Varianzen der kognitiven (KOGN) und evaluativen Dimension (EVAL) gleich gesetzt, da eine Voranalyse eines 2-Faktorenmodells ergeben hat, dass die Varianzen (WLSMV) der Akzeptanzdimensionen KOGN (0,500) und EVAL (0,583) vergleichbar hoch und gleichsetzbar sind ($p<0,001$).

Für das Ausgangs-*Modell 1* kann gefolgert werden, dass die empirischen Befragungsdaten sehr gut zur postulierten Modellstruktur passen und dass das postulierte Faktorenmodell der Akzeptanz mittels der gewählten Indikatoren nicht verworfen werden kann. Das Modell mit WLSMV-Schätzer weist nicht unerwartet – aufgrund der verletzten Annahmen der Normalverteilung und des nicht-metrischen Messniveaus der Indikatoren – auf die beste Modellanpassung hin und weist relativ bessere Validitäts- und Reliabilitätskoeffizienten im Vergleich zu den erzielten Maximum-Likelihood-Schätzungen (ML bzw. MLR) auf.¹¹⁰

Für die separate Überprüfung der Mess- und Faktorenstruktur in den ausgewählten europäischen Ländern (*Länder-Modell 2.1*) wird die identische Modellstruktur wie im Ausgangsmodell spezifiziert und auf Basis der WLSMV-Schätzmethode berechnet. Die Ländermodelle beruhen auf unterschiedlichen Stichprobengrößen, wobei das französische Sample mit n=1.888 Befragten die größte Stichprobe und das von Deutschland (Ost) mit n=511 befragten Personen die kleinste Stichprobe aufwiesen. Alle Länderstichproben verfügen jedoch über genügend Analyseeinheiten für die separate Länderanalyse. Im Mittel beträgt die Stichprobengröße der Länder nach Ausschluss fehlender Werte 1.118 Fälle.

Was die globale Bewertung der 16 Länder-Modelle betrifft, so wird die Faktorenstruktur wieder in allen Ländern bestätigt. Aufgrund der kleineren Länderstichproben fallen die χ^2 -Werte der länderspezifischen Faktorenmodelle nicht so extrem wie im Ausgangsmodell 1 aus. Im Vergleich zu den Freiheitsgraden (df), fällt das Verhältnis zum χ^2 großteils sehr gut (z. B. AT: $\chi^2(4)=1,764$ | p=0,779) bis akzeptabel aus (z. B. GB: $\chi^2(4)=11,775$ | p=0,019) bzw. durchschnittlich gut aus (Ländermittel: $\chi^2(4)=8,532$). Alle Einzelmodelle liegen beim CFI und TLI über dem notwendigen Grenzwert von 0,950 (im Durchschnitt: CFI=0,996 und TLI=0,980). Der RMSEA hat über die Ländermodelle im Mittel einen Wert von 0,030. Lediglich für das lettische Faktorenmodell (LV) fällt ein schlechter RMSEA=0,071 jenseits des kritischen Grenzwerts von 0,060 auf und die akzeptable RMSEA-Obergrenze von 0,080 des 90%igen Konfidenzintervalls ist bei den Ländermodellen für Lettland (LV: 0,098), Deutschland (DE-Ost: 0,089), Großbritannien und Spanien (GB/ES: 0,083) leicht überschritten. Größtenteils positiv fallen die Werte beim P-Close aus, der im Durchschnitt einen Wert von 0,724 aufweist.

Für diese fast durchwegs recht gute Modellanpassung war in den meisten Ländern keine Respezifikation des Ausgangsmodells 1 notwendig. Lediglich für das spanische Modell (ES) wurde zusätzlich eine signifikant-positive Fehlerkovarianz zwischen v12 (einfache BürgerInnen schließen sich nicht zusammen) und v35 (der Staat soll Unterschiede verringern), für das polnische Modell (PL) und das schwedische Modell (SE) eine zwischen v9 (die Unterschiede nützt Reichen/Mächtigen) und v36 (die Steuer sollte sich nach Einkommenshöhe richten) spezifiziert. Weil die Reichen normalerweise höhere Einkommen erzielen, existiert für die Spezifikation der zweitgenannten Fehlerkovarianz eine gewisse inhaltliche Plausibilität. Die erste Messfehlerkovariation steht möglicherweise damit im Zusammenhang, dass sich Bürgerinitiativen und staatliche Aufgaben entgegenstehen. Daher wurden auch die Fehlerkovarianzen in den besagten Ländermodellen eingeführt. Die Tabelle 18 gibt eine Übersicht über die Fit-Indizes der letztlich akzeptierten konfirmatorischen Länderfaktorenmodelle.

¹¹⁰ Anm.: Daher wird in der Folge mit dem WLSMV-Schätzverfahren (Annahme: keine Normalverteilung und ordinales Skalenniveau) weitergerechnet. Wenn Vergleiche zwischen geschachtelten Modellen angestellt werden, dann werden die Modelle mittels robustem ML-Verfahren (MLR) geschätzt.

Tabelle 18: CFA-Modellanpassung: separaten Ländermodelle und multipler Ländervergleich

Modell	N	χ^2	df	p	CFI	TLI	RMSEA	90%-KI des RMSEA Unter- und Obergrenze	P-Close
Separate Ländermodelle (Modell 2.1)									
AT	1.016	1,764	4	0,779	1,000	1,003	0,000	0,000	0,031
BG	1.097	14,314	4	0,006	0,989	0,972	0,048	0,023	0,077
CZ	1.832	5,039	4	0,283	1,000	0,999	0,012	0,000	0,039
DE-Ost	511	7,930	4	0,094	0,996	0,990	0,044	0,000	0,089
DE-West	917	4,543	4	0,338	1,000	0,999	0,012	0,000	0,053
ES ¹	1.210	12,787	3	0,005	0,995	0,983	0,052	0,025	0,083
FR	1.888	6,563	4	0,161	0,999	0,998	0,018	0,000	0,043
GB	798	11,775	4	0,019	0,996	0,990	0,049	0,018	0,083
HU	1.207	2,134	4	0,711	1,000	1,005	0,000	0,000	0,032
LV	1.100	26,201	4	0,000	0,981	0,952	0,071	0,047	0,098
NIRL	824	10,306	4	0,036	0,996	0,991	0,044	0,010	0,078
PL ²	1.105	5,607	3	0,132	0,999	0,997	0,028	0,000	0,064
PT	1.141	4,878	4	0,300	0,998	0,996	0,014	0,000	0,049
SE ³	1.143	5,047	3	0,168	1,000	0,998	0,024	0,000	0,060
SL	1.004	7,678	4	0,104	0,997	0,992	0,030	0,000	0,062
SV	1.081	9,945	4	0,041	0,990	0,976	0,037	0,007	0,067
Multipler Ländervergleich (Modell 2.2)									
14 Länder⁴	17.874	90,338	60	0,007	0,997	0,991	0,021	0,011	0,030
									1,000

Anm.: Die Ergebnisse basieren auf WLSMV. Spezifizierte Fehlerkovarianzen: ¹ ES: zwischen v12 und v35: 0,196 ($p=0,001$),
² PL: zwischen v9 und v36: 0,170 ($p=0,002$), ³ SE: zwischen v9 und v36: 0,239 ($p<0,001$), ⁴ Bzw. 16 Länderstichproben.

Wenn man die standardisierten Faktorenladungen der Messmodelle der Akzeptanzdimensionen (d. h. erster Ordnung) über die Länder hinweg betrachtet, so fällt zuerst auf, dass der Indikator „Aufgabe des Staates ist, die Ungleichheiten zu reduzieren“ (v35) mit 0,788 im Mittel die engste Beziehung aufweist (hier: zur normativ-evaluativen Akzeptanzdimension). Die Faktorenladungen dieses Indikators variieren in quantitativer Hinsicht auch relativ wenig zwischen den Ländermodellen ($SD=0,07$), absolut zwischen 0,640 und 0,910. Ein weiterer Indikator der Bewertungsdimension (v34: „die Unterschiede sind zu groß“) hat mit 0,745 (Min=0,507, Max=0,923) die durchschnittlich

zweithöchste Faktorenladung – jedoch auch die höchste Standardabweichung ($SD=0,116$ bzw. $Min=0,507$, $Max=0,923$). Der Indikator v36 („*höhere Steuern bei Reicherem*“) hat durchschnittlich die niedrigste standardisierte Faktorenladung (0,494) und fällt in den Ländermodellen von Portugal (PT: 0,37), Ungarn (HU: 0,40), Bulgarien, Nordirland (BG/NIRL: 0,41), Slowakei (SV: 0,44), Spanien (ES: 0,45) sowie der Tschechischen Republik (CZ: 0,47) unbefriedigend niedrig aus. Zur kognitiven Akzeptanzdimension ist die Aussage „*Unterschiede bleiben bestehen, weil sie den Reichen/Mächtigen nützen*“ (v9) im Durchschnitt deutlich höher gewichtet (0,698) als jene über das Bestehenbleiben von sozialer Ungleichheit, weil „*sich einfache BürgerInnen nicht zusammenschließen, um sie zu beseitigen*“ (v12: 0,545). Die beiden Indikatoren haben jedoch über die Ländermodelle hinweg relativ homogene Faktorenladungen ($SD=0,082$ für v9 bzw. $SD=0,088$ für v12), im Falle von v9 variieren die Faktorenladungen absolut zwischen 0,536 und 0,809 und im Falle von v12 zwischen 0,406 und 0,679. Die standardisierten Faktorenladungen zweiter Ordnung fallen alle in sehr befriedigender Höhe und mit relativ niedriger Standardabweichung aus. Die mittlere Faktorenladung des Generalfaktors der Akzeptanz auf die kognitive Akzeptanzdimension (KOGN) wird über die Ländermodelle hinweg mit 0,826 geschätzt ($SD=0,06$ | Min-Max: 0,712-0,929). Die mittlere Faktorenladung auf die normativ-evaluative Dimension (EVAL) fällt mit 0,843 geringfügig höher aus ($SD=0,07$ | Min-Max: 0,670-0,950). Tabelle 19 stellt alle standardisierten Faktorenladungen und Fehlerkorrelationen übersichtlich dar.

Tabelle 19: Standardisierte Faktorenladungen für die separaten CFA-Ländermodelle

Modell 2.1	AT	BG	CZ	DE-O	DE-W	ES	FR	GB	HU	LV	N-IRL	PL	PT	SE	SL	SV
Faktorenladung erster Ordnung																
v9	,70	,61	,67	,79	,70	,77	,81	,67	,70	,79	,65	,78	,70	,75	,54	,56
v12	,54	,61	,67	,55	,64	,48	,48	,41	,48	,58	,61	,49	,41	,62	,48	,68
v34	,81	,73	,72	,92	,85	,76	,85	,76	,55	,51	,75	,77	,67	,90	,77	,61
v35	,78	,86	,82	,71	,73	,81	,74	,82	,91	,76	,87	,85	,72	,81	,78	,64
v36	,53	,41	,47	,49	,50	,45	,61	,56	,40	,54	,41	,69	,37	,55	,49	,44
Faktorenladung zweiter Ordnung																
KOGN	,83	,81	,84	,78	,77	,71	,91	,93	,81	,92	,77	,86	,85	,88	,75	,80
EVAL	,87	,87	,86	,85	,85	,70	,92	,95	,67	,79	,83	,86	,83	,92	,89	,84
Fehlerkorrelationen zwischen																
v12 und v35																,20
v9 und v36																,17 ,24

Anm.: Gezeigt werden standardisierte, signifikante ($p<0,002$), direkte Effekte/Ergebnisse auf Basis des WLSMV-Schätzers.

Die zuletzt akzeptierten konfirmatorischen Faktorenmodelle der einzelnen Länder, d. h. inklusive der drei Fehlerkovarianzen in den Ländern Spanien, Portugal und Schweden, dienen als Spezifikation für den Test auf konfigurale Äquivalenz im multiplen Gruppenvergleich (*Modell 2.2*). Der Hauptvorteil des multiplen Gruppenvergleichs gegenüber den einzelnen Ländertestungen ist darin zu sehen, dass das Modell einem simultanen Test unterzogen wird und die Modellparameter über alle Länder hinweg gleichzeitig geschätzt werden. Auch in der simultanen Testung wird die konfigurale Faktorenstruktur über die Länder hinweg über die globalen Fit-Indizes bestätigt: Trotz hoher Fallzahl von $N_i=17.874$ ist der $\chi^2(60)=90,34$ ($p=0,007$) in einem guten Verhältnis zu den Freiheitsgraden. Mit einem CFI=0,997, einem TLI=0,991 und einem RMSEA=0,021 [0,011;0,030] fällt die Bewertung der strukturellen Äquivalenz im multiplen Ländervergleich ebenfalls ausgezeichnet aus. Die numerischen Ergebnisse sind der untersten Zeile der Tabelle 18 zu entnehmen.

Insgesamt fallen die konfirmatorischen Faktorenmodelle, was die Modellanpassungen der einzelnen Länder und den multiplen Ländervergleich betrifft, überwiegend sehr zufriedenstellend aus. Bei drei Ländern war eine Respezifikation des Modells durch inhaltlich nicht unplausible Fehlerkovarianzen nötig. Die Faktorenladungen erster und zweiter Ordnung fallen großteils in befriedigender Höhe aus. Einzelne standardisierte Faktorenladungen (<0,500) einzelner Ländermodelle weisen jedoch teilweise bescheidende Höhen auf. Dennoch lässt sich die postulierte Faktorenstruktur über alle Länder hinweg (*Modelle 2.1*) und vor allem im multiplen Ländervergleich (*Modell 2.2*) bestätigen, nicht zuletzt auch deshalb, weil für jede Akzeptanzdimension die Faktorenladungen bei ein bis zwei Indikatoren durchwegs in befriedigender Höhe und geringer Streuung ausfallen. Die Notwendigkeit der Spezifikation von Fehlerkovarianzen deutet zwar darauf hin, dass in einigen Ländererhebungen die Kovarianzen zwischen den Indikatoren nicht zur Gänze durch die Faktorenstruktur reproduziert werden konnte, aber alle Ländermodelle weisen teilweise hohe Konstruktvalidität und Reliabilität auf. Dies weist insgesamt auf strukturelle und konfigurale Äquivalenz des Messmodells der Ungleichheitsakzeptanz hin.

Die bisherigen Ergebnisse lassen in dem hier eingeschränkt möglichen Rahmen vermuten, dass die Akzeptanzmessung über die untersuchten Länder hinweg zwar konfigurale Äquivalenz, aber vermutlich keine vollständige metrische/skalare Invarianz aufweist. Es deutet jedoch stark auf partielle Äquivalenz hin bzw. darauf, dass interkulturelle Vergleiche der Messung der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit (eingeschränkt) möglich sind. Um diese Schlussfolgerung noch weiter zu untermauern, wird außerdem getestet, ob die theoretisch postulierte Faktoren- bzw. Messstruktur der Akzeptanz nicht nur auf Individual- sondern auch auf Regionsebene plausibel ist. In einem *Modell 3* wird der Fragestellung mittels konfirmatorischer Mehrebenen-Faktorenanalyse (MLCFA) nachgegangen.

Insgesamt beinhaltet die Datengrundlage $N_i=17.943$ befragte Personen auf Individualebene, die in $N_j=110$ Regionen geschachtelt sind. Für die weitere Analyse werden 22 Personen bzw. drei Regionen aus der Analyse ausgeschlossen, weil sie eine geringe Fallzahl von $n_i<30$ Personen aufweisen. Dazu kommen drei weitere Personen, weil sie überhaupt keine regionale Zuweisung aufgrund fehlender Regionskennung erlauben. Von den verbleibenden $N_j=107$ Regionen gehen also $N_i=17.918$ Individuen (bzw. 99,9 % der ursprünglichen individuellen Datengrundlage) in die konfirmatorische Mehrebenen-

Faktorenanalyse ein, wobei jeder Region im Mittel=167,46 Individuen (Median=150 | SD=115,04) angehören.

Hinsichtlich der interessierenden Akzeptanzmessungen ist eingangs deskriptiv zu konstatieren, dass die Indikatorvarianzen der individuellen Messwerte zwischen 0,530 (v36) und 1,415 (v12) liegen und dass die Regionsmittelwerte der Indikatoren (sog. *grand means*) zwischen 1,670 (v34) und 2,757 (v12) variieren. Im Vergleich zur Indikatorvarianz auf Individualebene fällt die Varianz der Akzeptanzindikatoren auf Regionsebene (Varianz der Regionsmittelwerte) deutlich geringer aus, je nach Indikator zwischen 0,031 (v36) und 0,104 (v35). Die nachfolgende Tabelle 20 zeigt darüber hinaus die bivariaten Zusammenhänge (Korrelationen und Kovarianzen) der Akzeptanzindikatoren innerhalb und zwischen den Regionen: innerhalb der Regionen betragen die bivariaten Korrelationen zwischen $r=0,147$ (zwischen v12 und v36) und $r=0,465$ (zwischen v34 und v35). Die Korrelationen zwischen den Regionen schlagen hingegen mit Werten zwischen $r=0,255$ (zwischen v12 und v34) und $r=0,789$ (zwischen v34 und v35) deutlich stärker als jene auf Individualebene zu Buche. Dieser häufiger zu beobachtende Umstand stärkerer Zusammenhänge auf höherer Analyseebene (hier auf der Regionsebene) ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die auf Regionsebene aggregierten Variablen eine höhere Reliabilität aufweisen (vgl. Snijders/ Bosker 1999).

Tabelle 20: Varianz-Kovarianzen der Akzeptanzindikatoren (innerhalb und zwischen Regionen)

Var.	Innerhalb der Regionen (<i>within</i>)	Zusammenhänge innerhalb / zwischen Regionen					
		V9	V12	V34	V35	V36	ICC
V9	Inequality exists because it benefits the rich.	1,050	<u>0,316</u>	<u>0,293</u>	<u>0,303</u>	<u>0,218</u>	0,048
V12	Inequality exists because of lack of union.	0,385	1,415	<u>0,202</u>	<u>0,264</u>	<u>0,147</u>	0,044
V34	Differences in income are too large.	0,238	<u>0,191</u>	0,626	<u>0,465</u>	<u>0,263</u>	0,107
V35	Gov. must reduce differences in income.	0,327	0,330	0,387	1,104	<u>0,315</u>	0,086
V36	Rich people pay more taxes.	0,162	0,127	0,152	0,241	0,530	0,055
Var.	Zwischen den Regionen (<i>between</i>)	V9	V12	V34	V35	V36	Mittelw.
V9	Inequality exists because it benefits the rich.	0,053	<u>0,571</u>	<u>0,417</u>	<u>0,343</u>	<u>0,269</u>	2,180
V12	Inequality exists because of lack of union.	0,034	0,065	<u>0,255</u>	<u>0,323</u>	<u>0,424</u>	2,757
V34	Differences in income are too large.	0,026	0,018	0,075	<u>0,789</u>	<u>0,608</u>	1,670
V35	Gov. must reduce differences in income.	0,025	0,027	0,070	0,104	<u>0,744</u>	2,048
V36	Rich people pay more taxes.	0,011	0,019	0,029	0,042	0,031	1,889

Anm.: Belegungen der Hauptdiagonalen stellen **Varianzen** dar, die Belegungen der unteren Dreiecksmatrix **Kovarianzen** und Belegungen der oberen Dreiecksmatrix stellen **Korrelationen** dar. Analysebasis sind $N_i=17.849$ Personen in $N_j=107$ Regionen.

Die Intraklassenkorrelationen (ICC) deuten darauf hin, dass der Hauptteil der Gesamtvarianz der Akzeptanzindikatoren innerhalb und nicht zwischen den Regionen liegt. Dennoch sind deutlich von Null unterschiedliche ICC-Werte der beobachteten Variablen zwischen 0,044 (4 %) und 0,107 (11 %) zu verzeichnen, was auf teilweise beträchtliche Akzeptanzunterschiede zwischen den Regionen hindeutet. Am deutlichsten ist der Regionsanteil mit 10,7 % bei der Beurteilung, dass „*die Einkommensunterschiede zu groß*“ sind. Im Durchschnitt liegen nach dieser Berechnung 6,9 % der Indikatorvarianz der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit zwischen den Regionen, was als grober, aber guter erster Gradmesser für die Abhängigkeit der Akzeptanz vom regionalen Kontext fungieren kann. Es deutet auf einige individuelle Akzeptanzunterschiede aufgrund der regionalen Zugehörigkeit hin.

Die Varianzanteile von 4 bis 11 % zwischen den Regionen dienen als erster Befund für die Sinnhaftigkeit, die Akzeptanzbereitschaft einer simultanen Mehrebenenanalyse zu unterziehen. Die Annahme, dass Indikatoren der Akzeptanzwahrnehmung und -bewertung durch die regionale Zugehörigkeit beeinflusst werden und dass eine analytische Betrachtung des postulierten Akzeptanzmodells auf mehreren Ebenen Sinn macht, wird zusätzlich durch den Benchmarktest gestützt (Hox 2010): Sowohl das Nullmodell als auch das Unabhängigkeitsmodell müssen verworfen, das saturierte Modell hingegen kann nicht zurückgewiesen werden.¹¹¹ Dieses Ergebnis deutet stark darauf hin, dass die Akzeptanzindikatoren zwischen Regionen nicht nur variieren, sondern auch bedeutsam kovariieren (siehe oberen Teil der Tabelle 21).

Tabelle 21: Ergebnisse des Benchmarktests für das Mehrebenenfaktorenmödell

Modelle	S-B χ^2	df	p	CFI	TLI	RMSEA	SRMR within / between	AIC (BIC)
Benchmark								
Nullmodell	4.141,278	19	0,000	0,330	0,295	0,110	0,019	0,415
Unabhängigkeitsmodell	237,455	14	0,000	0,964	0,948	0,030	0,011	0,415
Saturiertes Modell	46,469	4	0,000	0,993	0,965	0,024	0,011	0,001
Modell 3 (MLCFA)								
Konfigurale Äquivalenz	63,079	8	0,000	0,991	0,978	0,020	0,011	221.163,185 (221.373,507)
Metrische Äquivalenz	66,545	11	0,000	0,991	0,984	0,017	0,011	221.158,877 (221.345,829)

Anm.: Jeweils $N_i=17.849$ und $N_j=107$ Regionen bzw. mit durchschnittlich 166,81 Personen pro Region. Die Tabelle zeigt Ergebnisse auf Basis des robusten ML-Schätzung (MLR).

¹¹¹ Für das Nullmodell wurden die Indikatorvarianzen auf Regionsebene auf 0,0 fixiert, für das Unabhängigkeitsmodell wurden sie frei geschätzt und für das saturierte Modell wurden zusätzlich alle Kovarianzen zwischen den Indikatoren spezifiziert. Auf Individualebene wurde jeweils die postulierte Faktorenstruktur der Akzeptanz als Faktor 2. Ordnung spezifiziert, was erklärt, warum der SRMR jeweils sehr gut ausfällt (SRMR *within*: 0,019 bzw. 0,011).

Da dies die Annahmen einer faktoriellen Akzeptanzstruktur auf höherer Analyseebene stützt, wurde eine Mehrebenen-Faktorenanalyse (MLCFA) durchgeführt (*Modell 3*), die zunächst das identische konfigurale Faktorenmodell auf Individual- wie auch auf Regionsebene spezifiziert, also das schon ausgiebig besprochene Akzeptanzkonzept als Faktor 2. Ordnung. Das Modell passt durchwegs wieder sehr gut zu den Daten, was durch den CFI=0,991, TLI=0,978, RMSEA=0,020 zum Ausdruck kommt. Auch der SRMR für die Regionsebene (SRMR *between*=0,051) und jener für die Individualebene (SRMR *within*=0,011) weisen auf eine gute Modellanpassung hin.¹¹² Es kann damit zunächst erneut gefolgert werden, dass nicht nur auf Individual- sondern auch auf Regionsebene von der identischen konfiguralen Faktorenstruktur der Akzeptanz gegenüber sozialer Ungleichheit (mit zwei Akzeptanzdimensionen) ausgegangen werden kann. Darüber hinaus weist das Messmodell im Mehrebenenmodell sogar metrische Invarianz auf, weil nach der Gleichsetzung der Faktorenladungen zwischen den Indikatoren und den beiden Akzeptanzdimensionen (Faktoren erster Ordnung) simultan für das Individual- als auch das Regionsmodell die globalen Fit-Indizes weiterhin akzeptabel bleiben, sich der χ^2 -Wert nicht signifikant verschlechtert ($\Delta\chi^2(11-8) = 66,545-63,079 = 3,466$) und die AIC- bzw. BIC-Werte sich im Vergleich verbessern (siehe unteren Teil der Tabelle 21).

Die geschätzten Modellparameter (siehe Tabelle 22) für das metrische Mehrebenen-Invarianzmodell zeigen durchwegs hochsignifikante Faktorenladungen ($p<0,010$). Bei den unstandardisierten Ergebnissen ist sichtbar, dass aus Identifikationsgründen jeweils die erste Faktorenladung erster Ordnung auf 1,0 fixiert und die restlichen Faktorenladungen über die Ebenen hinweg gleich gesetzt wurden. Weil bei dem Modell wieder die Faktorenladungen zweiter Ordnung interessieren, wurden beide Faktorenladungen höherer Ordnung ohne Fixierung frei geschätzt. Das Muster der standardisierten Faktorenladungen macht ersichtlich, dass auf Regionsebene die Beziehung zwischen den Akzeptanzdimensionen und Indikatoren enger ist als auf Individualebene.¹¹³ Das trifft vor allem auf zwei normativ-evaluative Akzeptanzindikatoren zu: dass „*Reiche höhere Steuern zahlen sollten*“ (v36), wird im Regionsmodell (0,751) sehr viel höher geschätzt als im Individualmodell (0,433); gleiches gilt auch im geringeren Ausmaß für die Aussage, dass „*die Einkommensunterschiede zu groß sind*“ (v34, Individualebene: 0,637 | Regionsebene: 0,783) oder dass „*der Staat die Einkommensunterschiede verringern sollte*“ (v35, Individualebene: 0,724 | Regionsebene: 0,980). Für die beiden Indikatoren, die die kognitive Akzeptanzdimension messen bzw. wahrgenommenen Gründe zum Inhalt haben, gilt das auch, jedoch in geringerem Ausmaß: „*Ungleichheiten existieren, weil es den Reichen/Mächtigen nützt*“ (v9, Individualebene: 0,634 | Regionsebene: 0,818) bzw. „*Ungleichheiten bestehen, weil sich die einfachen BürgerInnen nicht zusammenschließen*“ (v12, Individualebene: 0,497 | Regionsebene: 0,688).

Bei den Faktorenladungen zweiter Ordnung kommt ein umgedrehtes Muster zum Vorschein. Sowohl in der individuellen wie auch der kollektiven Sicht/Einstellung ist die normativ-evaluative

¹¹² Die SRMR-Unterschiede zwischen den Teilmodellen (within vs. between) deuten darauf hin, dass das Regionsmodell in der Anpassung etwas schlechter abschneidet als das Individualmodell. Häufig ist das der Fall, weil auf höherer Analyseebene (hier: Regionsebene) eine einfachere Faktorenstruktur besser zu den Regionsdaten passt. Im vorliegenden Fall kann dies jedoch nicht beobachtet werden, weil ein Alternativmodell, das die Akzeptanz auf Regionsebene nicht als Faktor zweiter, sondern als Faktor erster Ordnung (Einfaktorenmodell) spezifiziert, eindeutig zurückgewiesen werden muss: Dieses Alternativmodell mit $\chi^2(9)=82,798$ ($p<0,001$) weist vor allem hinsichtlich des SRMR für das Regionalmodell (SRMR *between*=0,116; SRMR *within*=0,011) eine bedeutend schlechtere Modellanpassung auf.

¹¹³ Anm.: Dieser Vergleich ist nur möglich, da die Gleichsetzung der Faktorenladungen erster Ordnung (metrische Invarianz) zu keiner signifikanten Verschlechterung des Modells führte.

Akzeptanzdimension für die generelle Akzeptanz (bzw. Akzeptanzbereitschaft) etwa gleich wichtig. Die standardisierte Faktorenladung zweiter Ordnung (EVAL) wird für das Individualmodell mit 0,792 und für das Regionsmodell mit 0,716 geschätzt. Die Dimension der kognitiven Wahrnehmung ist jedoch für die Akzeptanzbereitschaft auf Individualebene nicht nur wichtiger als die evaluative Dimension (KOGN(*within*): 0,880; EVAL(*within*): 0,792) sondern auch höher im Vergleich zur Kollektivsicht im Regionsmodell (KOGN(*within*): 0,880 | KOGN(*between*): 0,647), wo diese Faktorenladung deutlich geringer geschätzt wird als die Faktorenladung für die Bewertungsdimension (KOGN(*between*): 0,647 | EVAL(*between*): 0,716).

Hinsichtlich der Reliabilitätskoeffizienten (R^2) ist noch zu sagen, dass sowohl das Individual- als auch das Regionsmodell Werte in adäquater Höhe liefern. Die latenten Akzeptanzdimensionen erster Ordnung erklären einen Gutteil der Varianz in den gemessenen Indikatoren (Individualebene: 0,188-0,524 | Regionsebene: 0,474-0,961) bzw. die generelle Akzeptanzbereitschaft zweiter Ordnung vermag einen großen Anteil der Akzeptanzdimensionen auf individueller Ebene (zwischen 62,6% und 77,4%) und auf regionaler Ebene (zwischen 41,8 % und 51,2 %) zu erklären.

Tabelle 22: Standardisierte Ergebnisse der konfirmatorischen Mehrebenen-Faktorenanalyse

Modell 3	Individualebene (Level-1)			Regionsebene (Level-2)			true ICC
	un- stand.	stand- ardisiert	R^2	un- stand.	stand- ardisiert	R^2	
Faktorenladung erster Ordnung							
v9: <i>Ineq. exists because it benefits the rich.</i>	1,000	0,634	0,402	1,000	0,818	0,668	0,078
v12: <i>Ineq. exists because of lack of union.</i>	0,910	0,497	0,247	0,910	0,688	0,474	0,081
v34: <i>Differences in income are too large</i>	1,000	0,637	0,406	1,000	0,783	0,613	0,153
v35: <i>Govn. must reduce differences in income.</i>	1,506	0,724	0,524	1,506	0,980	0,961	0,147
v36: <i>Rich people pay more taxes.</i>	0,624	0,433	0,188	0,624	0,751	0,563	0,150
Faktorenladung zweiter Ordnung							
Kognitive Akzeptanzdimension (KOGN)	0,571	0,880	0,774	0,123	0,647	0,418	
Norm.-evaluative Akzeptanzdimension (EVAL)	0,400	0,792	0,626	0,148	0,716	0,512	

Anm.: Tabelle zeigt standardisierte direkte Effekte und Ergebnisse auf Basis des MLR-Schätzers. Alle Parameter sind signifikant ($p<0,003$). Aus Identifikationsgründen wurde jeweils die erste Faktorenladung je Dimension auf 1,0 fixiert, und damit die Faktorenladung höherer Ordnung frei geschätzt werden können, wurden die Varianzen der kognitiven (KOGN) und evaluativen Dimension (EVAL) innerhalb der Analyseebene gleich gesetzt sowie die Varianz des Faktors 2. Ordnung (Akzeptanz) auf 1,0 fixiert.

Auf dieser zusätzlichen Erkenntnislage können die messfehlerbereinigten Interklassenkorrelationen (sog. true ICC) berechnet werden, die mit Werten zwischen 0,078 und 0,153 und nun im Vergleich zu den eingangs berichteten Werten deutlich höher ausfallen (Durchschnittlich um +0,054). Der mittlere „wahre“ ICC besagt, dass 12,2 % der Akzeptanzvarianz zwischen den Regionen liegt und 87,8 %

aufgrund von individuellen Unterschieden zustande kommen (siehe rechteste Spalte in der Tabelle 22). Die Beziehung der Akzeptanzindikatoren zur ihren korrespondierenden Faktoren ist sowohl im Individual- wie auch Regionsmodell gleichgerichtet. Sie ist aber unterschiedlich gewichtet. Die Faktorenladungen erster Ordnung sind durchwegs höher auf Regions- als auf Individualebene. Bemerkenswerter Aspekt der Ebene der Faktorenladungen zweiter Ordnung ist, dass die kognitive Akzeptanzdimension für die latente Akzeptanzbereitschaft auf individueller Ebene wichtiger ist als die normativ-evaluative Dimension. Ein Umstand der sich auf regionaler Ebene umgekehrt darstellt. Der normativ-evaluative Aspekt der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit ist auf Regionsebene deutlich bedeutender als der Wahrnehmungsaspekt, vermutlich deshalb, weil auf überindividueller Ebene die kulturellen Normen der Gleichheit und Gerechtigkeit wichtiger werden. Auf Individualebene sind hingegen der Bewertungs- und der Wahrnehmungsaspekt für die Akzeptanzbereitschaft in etwa gleich wichtig, vermutlich deshalb, weil für das individuelle Handeln beides benötigt wird.

7.1.4 Zusammenfassung der Hauptergebnisse und Schlussfolgerungen

Im Akzeptanzkonzept wurden mehrere theoretische Aspekte angesprochen und Annahmen getroffen: Erstens nimmt das Akzeptanzkonzept eine Unterscheidung von Akzeptanzobjekt, -subjekt und -kontext vor. Zweitens kann es differenziert werden nach attributiven Eigenschaften bzw. Ebenen, wie beispielsweise nach der tatsächlichen Akzeptanz (Handlungsebene), der latenten Akzeptanzbereitschaft (Einstellungsebene) und der feststellbaren Akzeptiertheit (Wert-/Zielebene). Drittens definiert es unterschiedliche Dimensionen, der kognitiven, normativ-evaluativen und der expressiven Akzeptanzdimension. Viertens unterscheidet das Akzeptanzkonzept nach einer strukturellen bzw. funktionalen Definition nach latenten Dimensionen erster und höherer Ordnung. Nach einer operationalen Definition wurde angenommen, dass es (fünftens) mittels multipler, reflektiver Indikatoren messbar gemacht, und die Beziehung zwischen theoretischer (latenter) und empirischer (manifester) Ebene mit der Hilfe von Korrespondenzregeln beschrieben und getestet werden kann.

Ziel der ersten Analysen war die Beantwortung der Frage, ob die konzeptuellen Annahmen der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit zu empirischen Daten passen, was hier an Sekundärdaten des ISSP-Moduls aus 1999 ausgeführt wurde. Für die Beantwortung der Fragestellung wurde eine umfangreiche Strategie angewandt. Insbesondere wurde eine Reihe unterschiedlicher konfirmatorischer Faktorenanalysen berechnet, jedoch konnte nicht das vollständige Konzept empirisch geprüft werden. Mit der Analyse von sozialer Ungleichheit wurde zwar auf den beabsichtigten Objektbereich der Akzeptanz fokussiert, aber die Analyse beschränkte sich auf Subjektseite auf die latente Akzeptanzbereitschaft von Individuen als Einstellungskonzept. Es wurde keine manifeste Akzeptanz betrachtet. Als Akzeptanzkontext wurde die Unterscheidung von 14 europäischen Ländern (oder 16 Länderstichproben) bzw. von 107 Regionen dieser Länder als nur ein relevanter sozialer Referenzrahmen berücksichtigt. Zur Messung der Akzeptanzbereitschaft wurden fünf unterschiedliche Indikatoren verwendet, die sich auf zwei wesentliche Akzeptanzdimensionen beziehen. Aus Ermangelung entsprechender Indikatoren des Sekundärdatensatzes musste jedoch die expressive Dimension der Akzeptanz gänzlich außen vor gelassen werden. Die berücksichtigte kognitive und normativ-evaluative Dimension ist jedoch die Grundvoraussetzung für eine Akzeptanzbeurteilung. Einschränkend muss hinzugefügt werden, dass die verwendeten Indikatoren

einen sehr wesentlichen Bereich der Wahrnehmungen und Bewertungen von sozialer Ungleichheit abdecken (Anm.: z. B. von Verteilungsfragen, insbesondere von ökonomischen Ressourcen), jedoch nur einen begrenzten Ausschnitt aus dem umfangreichen Objektbereich darstellen.

Auf Basis dieser Einschränkungen wurde im Ergebniskapitel 7.1 die latente Akzeptanzbereitschaft auf Einstellungsebene einer empirischen Überprüfung unterzogen. Aufgrund der deskriptiven Kennwerte der fünf gemessenen Indikatoren konnte zunächst gezeigt werden, dass Individuen sozialen Ungleichheiten – bzw. ihren Gründen, Funktionen und Erwartungen – der Tendenz nach ablehnend gegenüber stehen. Wie aber besonders hervorgehoben wurde, weisen die Einzelindikatoren teilweise eine beträchtliche Varianz auf, was auf unterschiedliche Einstellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen hinweist. Akzeptanz unterliegt also – dem primären Definitions criterium zufolge – einem subjektiven Urteil. Die Analyse konnte aber auch zeigen, dass Akzeptanzurteile nicht nur von Individuum zu Individuum variieren, sondern insbesondere auch von Land zu Land bzw. von Region zu Region. Damit wird gleichzeitig die Annahme bestätigt, dass die Akzeptanz nicht nur subjekt-, objekt- sondern insbesondere auch kontextseitig bestimmt wird, worauf weiter unten noch ausführlich eingegangen werden wird.

Für die Überprüfung der mehrdimensionalen Struktur und der funktionalen Zusammenhänge der Einzeldimensionen der latenten Akzeptanzbereitschaft wurde ein Faktorenmodell zweiter Ordnung abgeleitet. Die höhere Ordnungsebene wird durch die generelle Akzeptanzbereitschaft definiert, die wiederum auf niedriger (bzw. erster) Ordnung durch die zwei Akzeptanzdimensionen spezifiziert wird. Es handelt sich dabei jeweils um latente Konstrukte, die mittels Indikatoren messbar gemacht wurden. Für fünf Indikatoren konnte inhaltlich argumentiert und begründet werden, warum sie für die Überprüfung des Akzeptanzkonzepts verwendet werden können (Inhaltsvalidität). In der konkreten Umsetzung wurde eine umfangreiche konfirmatorische Faktorenanalyse durchgeführt, die die theoretisch postulierten Beziehungen und Strukturen zwischen den theoretischen Konzepten (generelle Akzeptanzbereitschaft und ihre zwei Dimensionen) und manifesten Variablen (gemessene Indikatoren als empirisches Äquivalent der theoretischen Struktur) überprüfte. Bei der empirischen Testung wurde außerdem eine Bewertung der Messgüte des Faktorenmodells vorgenommen (Reliabilität und Validität). Um die postulierten Annahmen der gleichen Faktoren- und Messstruktur (Äquivalenz bzw. Invarianz) noch eingehender zu testen, wurden mehrere konfirmatorische Faktorenmodelle überprüft, die eine Bewertung unter verschiedenen Bedingungen ermöglichte.

Zunächst wurde auf Basis der Gesamtdaten die postulierte Modellstruktur der Akzeptanzbereitschaft als Generalfaktor mit den kognitiven und normativ-evaluativen Akzeptanzdimensionen mittels fünf gemessener Indikatoren bestätigt (*Modell 1*). Angesichts der geschachtelten Datenstruktur stellte das jedoch eine möglicherweise fehlerbehaftete Analysestrategie dar. Daher wurde das Akzeptanzkonzept separat für die 16 Ländererhebungen überprüft (*Modell 2.1*). Diese Detailanalyse kam erneut zu dem Schluss, dass das Faktorenmodell zu den Länderdaten passt, wobei einzelne Ländermodelle keinen völlig optimalen Fit aufwiesen. Durch die Einführung von Messfehlerkovarianzen wurden geringfügige Adaptionen einzelner Ländermodelle vorgenommen, was aber keine Änderung der postulierten Akzeptanzstruktur implizierte. Es ist jedoch ein Hinweis darauf, dass nicht in allen Länderstichproben die völlig identische Struktur reproduziert werden konnte. Der (simultane) Ländervergleich (*Modell 2*) bestätigte außerdem, dass die postulierte Faktorenstruktur der Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit mit Hilfe der empirischen Daten nicht verworfen werden kann. Insgesamt lieferten diese Ergebnisse starke Indizien für das

Vorliegen einer konfiguralen Äquivalenz und partiellen Invarianz des Faktorenmodells der Akzeptanzbereitschaft im Ländervergleich. Darüber hinaus bestätigte die konfirmatorische Mehrebenen-Faktorenanalyse (*Modell 3*) die postulierte Faktorenstruktur der latenten Akzeptanzbereitschaft im Vergleich von Regionen. D. h. es wurde das Akzeptanzmodell explizit auf individueller und auf kontextueller Ebene – mit Hilfe der Unterscheidung von 107 Regionen – getestet. Neben der faktoriellen Validität konnte die konfigurale Invarianz und insbesondere auch die metrische Mess- bzw. Strukturäquivalenz zwischen den beiden Analyseebenen (Individual- und Regionsebene) nachgewiesen werden. Weiteres Ergebnis ist somit: Das Faktoren- bzw. Messmodell der latenten Akzeptanzbereitschaft mit fünf Indikatoren ist sowohl auf Individual- als auch Regionsebene invariant, was ein weiteres Indiz dafür darstellt, dass das Akzeptanzkonzept auf mehreren Ebenen nicht nur inhaltlich äquivalent ist, sondern auch empirisch in gleicher Weise operiert, annähernd dasselbe misst und interkulturelle Vergleiche mit der Akzeptanzmessung angestellt werden können. Die nachfolgende Tabelle 23 gibt einen kondensierten Überblick über die statistischen Hauptergebnisse der durchgeföhrten Analysen.

Tabelle 23: Ergebnisüberblick aller konfirmatorischen Faktorenmodelle

Modelle	<i>Modell 1</i> (CFA Gesamtdaten)		<i>Modell 2.1 / 2.2</i> (Länder CFA / MGCFCA)		<i>Modell 3</i> (Mehrebenen- bzw. ML-CFA)	
	Ladung	R ²	Mittlere Ladungen	Mittleres R ²	Ladung (w / b)	R ² (w / b)
Faktorenladung (FL) erster Ordnung						
v9	0,707	0,500	0,698	0,494	0,634 / 0,818	0,402 / 0,668
v12	0,546	0,299	0,545	0,305	0,497 / 0,688	0,247 / 0,474
v34	0,764	0,583	0,745	0,568	0,637 / 0,783	0,406 / 0,613
v35	0,799	0,639	0,788	0,625	0,724 / 0,980	0,524 / 0,961
v36	0,526	0,277	0,494	0,251	0,433 / 0,751	0,188 / 0,563
FL zweiter Ordnung						
KOGN	0,824	0,678	0,826	0,686	0,880 / 0,647	0,774 / 0,418
EVAL	0,851	0,724	0,843	0,716	0,792 / 0,716	0,626 / 0,512
Modellfit	WLSMV		WLSMV	MLR	MLR	
χ ² (df)	78,836 (4)		8,532 (3 / 4)	90,338 (60)	66,545 (11)	
CFI	0,997		0,996	0,997	0,991	
TLI	0,993		0,990	0,991	0,984	
RMSEA [90%-KI]	0,032 [0,026;0,039]		0,030 [0,008;0,063]	0,021 [0,011;0,030]	0,017 -	
SRMR WRMR	- 1,203		-	0,014 -	(w) 0,011 / (b) 0,060 -	

Durch die Ergebnisse wurde sehr deutlich, dass das postulierte Messmodell zwar faktorielle Konvergenz und Diskriminanz aufweist, zumindest aber nach Ländern variierende bzw. teilweise niedrige Validitäts- bzw. Reliabilitätskoeffizienten aufweist. Wie bei einer Effektzerlegung zeigte die Mehrebenen-Faktorenanalyse außerdem, dass zwar die Faktorenladungen innerhalb und zwischen gesellschaftlichen Ordnungen bzw. Kontexten vergleichbare Muster aufweisen, teilweise jedoch fielen die Faktorenladungen recht unterschiedlich aus. Weiters ist die Beziehung der Indikatoren mit den Akzeptanzdimensionen auf Ebene der Individuen deutlich schwächer als auf der Ebene der Regionen, was auf höhere Reliabilität der Daten auf Regionsebene hinweist. Die Ergebnisse haben außerdem gezeigt, dass innerhalb der Regionen die kognitive Akzeptanzdimension für die generelle Akzeptanzbereitschaft gewichtiger ausfällt als die normativ-evaluative Dimension. Im Gegensatz dazu treten auf regionaler Ebene die normativ-evaluativen Aspekte deutlicher in den Vordergrund.

Auch erst durch die Mehrebenenanalysen konnte gezeigt werden, dass ein erheblicher Anteil von Akzeptanzunterschieden zwischen den Regionen liegt. Etwa 12,2 % konnten dafür veranschlagt werden, was bedeutet, dass die Akzeptanz- bzw. Ablehnungsbereitschaft stark durch die gesellschaftliche (Ungleichheits-)Ordnung (mit-)bestimmt wird. Insbesondere die Indikatoren der normativ-evaluativen Akzeptanzdimension weisen große regionale Disparitäten auf, was auf die starke Kontextabhängigkeit dieser Ungleichheitsaspekte hinweist. Also beispielsweise ob „*die Einkommensungleichheiten als zu groß*“ bewertet werden, „*die Reichen mehr Steuern zahlen*“ sollten oder „*die Regierung die Einkommensungleichheiten reduzieren*“ sollte. Nichtsdestotrotz geht ein großer Varianzanteil (87,8 %) der Akzeptanzbereitschaft auf individuelle Unterschiede zurück, wie z. B. auf horizontale Differenzierungen oder vertikale Dimensionen von sozialer Ungleichheit. Jedenfalls stellen die Varianzen auf individueller und regionaler Ebene bedeutsame Anteile dar und die Analyse bestätigte die Annahme, dass die subjektive Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit auch kontextseitig mitbestimmt wird. Die Ursachen von Akzeptanzunterschieden sind also auf individueller *und* kollektiver Ebene zu suchen. Die Akzeptanz(-bereitschaft) steht wahrlich in einem Spannungsverhältnis zwischen diesen Ebenen. Die subjektive Bereitschaft, die Ungleichheiten zu akzeptieren oder sie abzulehnen, ist kulturell und sozial (vor-)strukturiertes Ergebnis. Auf Kontextseite wird die Akzeptanzbereitschaft stärker durch normative Erwartungen, durch die erwartbaren Lösungen und von den bewerteten Folgen (mit-)beeinflusst. Für die individuelle Akzeptanzbereitschaft hingegen ist die Wahrnehmung und die Bewertung von sozialen Ungleichheiten ähnlich handlungsrelevant und Grundvoraussetzung für Akzeptanz oder Ablehnung.

Die ersten Ergebnisse zum empirischen Akzeptanzkonzept konnten zentrale theoretische Konzeptelemente bestätigen, allem voran die Annahme unterschiedlicher inhaltlicher Dimensionen, gesellschaftlicher Ebenen und individueller Grade der latenten Akzeptanzbereitschaft, die vielseitig bestimmt und wechselseitig beeinflusst werden. Weiters haben die konfirmatorischen Faktorenanalysen wertvolle empirische Einsichten gebracht, wie das Akzeptanzkonzept sozialer Ungleichheit spezifiziert werden kann und messtechnisch operiert. Die erste Forschungshypothese konnte bestätigt werden und die Analyse zeigte, dass sowohl auf Individual- als auch auf der Regionsebene die latente Akzeptanzbereitschaft (Generalfaktor der Akzeptanz) und die Akzeptanzdimensionen unterschieden werden können. Die Ergebnisse tragen zu einem besseren Verständnis von Akzeptanzfragestellung von sozialer Ungleichheit bei und zeigen, dass Fragen der Akzeptanz sowohl auf Individual- als auch auf der Regionsebene analysiert werden müssen und es nicht legitim ist, das Akzeptanzphänomen rein nur auf Individualebene zu untersuchen.

7.2 Subjektive Akzeptanz im Kontext der gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung

7.2.1 Einleitung und Forschungshypothesen

In der Soziologie geht es oftmals um die Behandlung von Mehrebenenfragestellungen, also um die Beziehung zwischen Individuum und gesellschaftlichen Strukturen, das Verhältnis zwischen der individuellen Mikro- und kollektiven Meso- und Makroebenen. Auch das Akzeptanzkonzept beinhaltet solche Fragestellungen und das vorliegende Kapitel behandelt die damit assoziierte zweite Forschungsfrage: Wie hängt die subjektive Akzeptanz(-bereitschaft) sozialer Ungleichheit mit dem Kontext der gesellschaftlichen (Ungleichheits-)Ordnung zusammen?

Für die empirische Überprüfung dieser Forschungsfrage werden zunächst auf theoretisch-konzeptueller Seite die relevanten Konstrukte definiert bzw. konzeptualisiert und in ein theoretisches Modell überführt, das die Beziehung zwischen den Konstrukten beschreibt. Auf methodologischer Seite ist eine Konzeptspezifikation und Operationalisierung erforderlich, wobei für die Messoperation unterschiedliche Ebenen, Dimensionen und Eigenschaften genutzt werden. Zuletzt müssen die Variablen datenmäßig erfasst und mittels entsprechender Methoden analysiert werden (Heck 2001; Klein/ Kozlowski 2000). Übersichtlich zusammengefasst werden die nun zu diskutierenden konzeptuellen und methodischen Aspekte in der Tabelle 24 am Ende dieses Einleitungskapitels.

Was ist die Natur des Akzeptanzkonzepts und seiner Konstrukte? Die inhaltlich-konzeptuellen Überlegungen zum Akzeptanzkonzept gingen der Frage nach, unter welchen Lebensbedingungen die AkteurInnen die gegebenen Ungleichheiten als Akzeptanzobjekt in welchem Ausmaß akzeptieren oder ablehnen. Das Konzept unterscheidet als theoretische Konstrukte das Akzeptanzsubjekt auf individueller Ebene und den Akzeptanzkontext auf kollektiver Ebene. Das ist eine konzeptuelle Unterscheidung von verschiedenen hierarchischen Ebenen. Auf subjektiver Ebene befinden sich die soziale Ungleichheit akzeptierenden oder ablehnenden AkteurInnen (Individuen). Auf den nächst höheren theoretischen Ebenen spielen verschiedene Akzeptanzkontakte, in denen sich die AkteurInnen befinden, eine Rolle.

Konzeptuell handelt es sich beim Akzeptanzkontext um ein hierarchisches soziales System, bei dem Individuen ein Teil von sozialen Gebilden oder (Handlungs-)Kontexten sind. Im theoretischen Teil wurde inhaltlich argumentiert, dass es sich beim Akzeptieren bzw. Ablehnen um intervenierende Prozesse der subjektiven Orientierung in einer sozialen Situation handelt.¹¹⁴ Die allgemeine Annahme dahinter lautete, dass Individuen mit dem sozialen Kontext, dem sie angehören, interagieren und dass sie davon im Denken und Handeln geprägt und beeinflusst werden bzw. damit die sozialen Gebilde über das Akzeptanzhandeln aktiv mitgestalten und verändern (sog. Akzeptanzprozess). Es handelt sich dabei um eine ökologische Aussage, weil sie sich auf eine Beziehung zwischen Merkmalen von Kontexten und Individuen, also Einheiten unterschiedlicher sozialer Ebenen, bezieht (sog. *cross-level interactions* bzw. *effects*). Es handelt sich auch um eine Kollektivaussage, weil die gesellschaftlichen Ungleichheiten selbst schon Ergebnis eines Akzeptanzprozesses und einer sozialen Wechselwirkung von Beziehungen sind und Teil der Logik der Handlungssituation werden.

Auf theoretischer Ebene wurde allgemein angenommen, dass die Effekte des sozialen Kontextes auf Individuen durch intervenierende Interaktionen und Prozesse strukturiert werden, die eine weitere empirische Fundierung benötigen. Dazu ist es notwendig, die Forschungshypothese

¹¹⁴ Anm.: In weiterer Folge auch als Orientierungshypothese bezeichnet.

modelltheoretisch zu spezifizieren und die Relevanz strukturell-sozialer Kontexte für die subjektive Akzeptanz zu untermauern (Hummel 1972: 133f.).¹¹⁵ Im Akzeptanzkonzept wurde postuliert, dass die gesellschaftliche Ungleichheitssituation als subjektiver Orientierungsrahmen für die Herausbildung einer latenten Akzeptanzbereitschaft fungiert, weil erstens die „objektiven“ Eigenschaften von sozialen Kontexten zum Gegenstand sozialer Wahrnehmungen, Bewertungen und Vergleichsprozesse werden und so zum „subjektiven“ Merkmal des sozialen Kontextes. Zweitens bietet die Zugehörigkeit zu einem sozialen Kontext Gelegenheits- und Opportunitätsstrukturen. Sie bestimmen über den Zugang zu und die Verteilung von begehrten Ressourcen sowie die Verfügung über legitime Mittel, die zum individuellen Handlungsvollzug, zur Zielerreichung bzw. zur Realisierung von Lebenschancen notwendig sind.¹¹⁶ Auf kontextueller Ebene wurde die Gesellschaft über eine historisch-konkrete Ungleichheitsordnung beschrieben. Zu den relevanten Dimensionen der sozialen Ungleichheit zählt die kulturelle, die soziale, die politische und die ökonomische Ordnung. Die Ordnungen charakterisieren den sozialen Mechanismus, wie soziale Positionen gesellschaftlich differenziert werden und Personen mit unterschiedlichen Ressourcen ausgestattet werden. Dieser Prozess der Strukturierung hat jedoch nicht nur eine spezifische Ungleichheitsordnung mit einem objektiven Lagerungsbild zur Folge, das sich beispielsweise in Form von Klassen, Schichten oder Lebenslagen herauskristallisiert, sondern auch ein Mentalitätsbild auf individuell-subjektiver Ebene: latente Akzeptanzbereitschaften und das damit in Verbindung stehende manifeste Akzeptanzhandeln. Die Ordnungsdimensionen als Kontexte sozialer Ungleichheit fungieren somit drittens als Strukturen von Beziehungen sozialer Beeinflussung bzw. „als meso-soziales Resultat der ‚Ansteckung‘“ (vgl. Hummel weiter unten), bei denen Zustände der Akzeptanz oder Ablehnung von sozialer Ungleichheit mehr oder weniger vorhanden sind bzw. sich schneller oder langsamer verbreiten. Dafür sind normative Aspekte – wie beispielsweise eine allgemein akzeptierte Gerechtigkeitsnorm – maßgeblich, die – entweder über einen Prozess der Institutionalisierung oder Internalisierung vermittelt – die Bewertungskriterien definieren, die Sichtweisen über und die Einstellungen zu sozialer Ungleichheit prägen. Sie stellen eine spezifische „Kultur“ gegenüber sozialer Ungleichheit dar, die sich je spezifisch in latenter Akzeptanzbereitschaft oder manifester Akzeptanz ausdrückt.¹¹⁷

Insgesamt untersucht die Orientierungshypothese Variationen der Akzeptanz in unterschiedlichen sozialen Kontexten bzw. unter dem Einfluss spezifischer Bedingungen und sozialer Situationen. Bei der untersuchten Akzeptanzhypothese handelt es sich somit um eine kollektive bzw. „ökologische“ Aussage, weil die sozialen Kontexte über Eigenschaftsdimensionen der gesellschaftlichen Ordnung von sozialer Ungleichheit spezifiziert werden. In diese Orientierungshypothese gehen sowohl kontextuelle Effekte der normativen Beeinflussung, der Gelegenheitsstruktur und Effekte von Selektionprozessen ein. Die kontextuellen Bedingungen und -situationen strukturieren die Vorstellungen und Meinungen gegenüber den sozialen Ungleichheiten. Dieser

¹¹⁵ Nach Peter M. Blau (1960) gibt es zwei Eigenschaften sozialer Kollektive, die sich grundlegend von den individuellen unterscheiden und einen eigenen strukturellen Einfluss auf das Denken und Handeln von Individuen ausüben: Werte und Normen einer (Sub-)Kultur und Netzwerke sozialer Beziehungen (Langer 2004).

¹¹⁶ Anzumerken ist, dass Personen auf individuelle und kontextuelle Eigenschaften auf subjektiver Ebene unterschiedlich reagieren können, ein Umstand der als unterschiedliche Anfälligkeit, Aufnahmefähigkeit oder Empfindlichkeit („differential susceptibility“) beschrieben wurde (Davis et al. 1961).

¹¹⁷ Anm.: Viertens kann noch eine Selektivität von Kontexten vorliegen, die immer dann vorhanden ist, wenn die Kontexteffekte das Resultat selektiver Bewegungen der AkteurInnen zwischen den Kontexten ist. Für die Überprüfung von Selektivitätshypothesen wären jedoch Paneldaten erforderlich (Hummel 1972).

Orientierungshypothese folgend, bildet sich über einen subjektiven Prozess der (kognitiven) Wahrnehmung und (normativen) Bewertung eine latente Akzeptanz- bzw. Ablehnungsbereitschaft (als Einstellungskonzept) gegenüber der Ungleichheitsordnung aus. Im subjektiven Ergebnis stellt sie die Ausgangsbasis für die Handlungsselektion dar und drückt sich anschließend in konkretem Akzeptanz- bzw. Ablehnungshandeln gegenüber der sozialen Ungleichheitsordnung aus.

Da sowohl Individuen als auch soziale Kontexte gleichzeitig in die theoretischen Überlegungen einbezogen und bei der Analyse ihrer Beziehungen empirisch beobachtet werden müssen, ist eine Klarheit über die relevanten kontextuellen Ebenen und die zu operationalisierenden Variablen erforderlich. Aus den oben erfolgten Ausführungen geht zunächst hervor, dass es sich bei den Kontexten nicht bloß um einfache Aggregate im Sinne statistischer Klassen handelt. Vielmehr handelt es sich dabei um Kontexte im Sinne sozialer Kategorien mit sozial relevanten Merkmalen, die „(...) *im sozialen Verkehr perzipiert und/oder an sein Auftreten differenzierende Reaktion geknüpft werden*, d. h. die betreffenden Personen als Merkmals-‘Träger’ systematisch unterschiedlich behandelt“ (Hummell 1972: 15). In einer allgemeinen Form kann ein gesellschaftliches Ordnungssystem als Kollektiv beschrieben werden, das durch verschiedene sozialen Aspekte und Relationen prinzipiell beschreibbar ist. Oben wurde beispielsweise nach gesellschaftlichen Dimensionen der kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Ungleichheitsordnung als relevante Akzeptanzkontakte unterschieden.

Bei der ungleichheitssoziologischen Fragestellung ist zunächst an jene handlungsrelevanten sozialen Umwelten zu denken, in denen sich Menschen direkt bewegen. Unter einem sozialen Kontext soll hier die soziale Umgebung eines Individuums bzw. im weiteren Sinne die „Gemeinschaft“ (vgl. Tönnies 1991 [1887]) verstanden werden, die durch besondere Nähe und Vertrautheit gekennzeichnet ist. Der gemeinsame Haushalt, die Familie, der Freundeskreis, die ArbeitskollegInnen und dergleichen mehr umfassen unmittelbare Handlungskontexte. Da gemeinschaftliche Verhältnisse der Tendenz nach zur Vergesellschaftung neigen (vgl. Weber 1956 [1922]), sind mittelbare Handlungskontexte ebenfalls von Bedeutung. Neben dem unmittelbaren Kontext sollte auch der weiter gefasste bzw. mittelbare soziale Kontext der Nachbarschaft, Gemeinde oder der Region ins Auge gefasst werden, wie z. B. Nachbarschaften, Bezirke, Städte, Gemeinden oder Regionen. Über unmittelbare und mittelbare soziale Handlungskontexte ist der sozial relevante Raum definiert, ein soziales Aggregat bestehend aus der Menge der Personen und ihrer sozialen Beziehungen. Als sozialer Kontext lässt sich also jener soziale Raum auffassen, in dem Individuen persönlich kommunizieren und interagieren, ihre Ressourcen einsetzen und wo sich grundlegende soziale Werte und Normen manifestieren, wo deren Befolgung belohnt bzw. Zu widerhandeln bestraft wird (Engel/Simonson 2004).

Was den praktischen Aspekt der Fragestellung anbelangt, sind die datenmäßigen Voraussetzungen für die empirische Überprüfung der Hypothese zu klären. Notwendig ist eine Datenstruktur, die eine Unterscheidung von Untersuchungseinheiten auf verschiedenen hierarchischen Ebenen zulässt, nämlich zwischen atomisierten Individuen, sozialen Gruppierungen, ihren jeweiligen sozialen Kontexten und ihren spezifischen Wechselwirkungen. Sozial-ökologisch betrachtet ist die Datenstruktur eine geschachtelte, weil die Elemente auf niedrigerer Hierarchieebene Teil einer jeweils höheren Hierarchieebene sind.¹¹⁸ Beispielsweise bilden die soziale Ungleichheiten

¹¹⁸ Anm.: Man spricht in statistischer Hinsicht von sog. Inklusion.

akzeptierenden oder ablehnenden AkteurInnen auf individueller Ebene die unterste und können als (Herkunfts-)Regionen, Ländern oder als europäische Makroregion auf höherer Ebene zusammengefasst werden. Umgekehrt können Elemente höherer Ebene als Menge von Elementen niedriger Ebene ausgedrückt werden, so wie sich z. B. eine geografische Region aus ihren BewohnerInnen zusammensetzt.¹¹⁹ Da die relevanten sozialen Kontexte nach inhaltlichen Dimensionen unterschiedliche Eigenschaften aufweisen können (z. B. Aspekte der sozialen oder ökonomischen Ungleichheitsordnung), bieten sich zur kontextuellen Beschreibung und Erklärung der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit vor allem geografische bzw. regionale Einheiten (z. B. administrative Regionen), in denen die Individuen leben, an.

Bei der Analyse einer geschachtelten Datenstruktur spricht man von einer Kontext- oder Mehrebenenanalyse¹²⁰, deren Ziel die Bestimmung der Beziehung von Kontextvariablen auf eine abhängige Variable auf individueller Ebene ist (Hox 2010). „Die Kontextanalyse ist jene Variante der empirischen Sozialforschung, in der systematisch auch die soziale und personale Umgebung in die Variablen aufgenommen wird, mit denen ein bestimmtes Verhalten erklärt werden soll“ (Esser 1999b: 428). Kontextanalytisch stellt sich hier die Frage, wie sich die objektiven Kontext- und Lebensbedingungen einer spezifischen Ungleichheitsordnung auf die Akzeptanzbereitschaft von Individuen auswirken. Damit ist die Vorstellung verbunden, dass die soziale Umgebung – trotz gleicher oder ähnlicher individueller Neigungen, Dispositionen und Zielvorstellungen – (unabhängige) Wirkungen (sog. strukturelle Effekte¹²¹) auf Orientierungen und Handlungen von AkteurInnen haben können.

Für die empirische Überprüfung müssen Mehrebenentheorien die Variablen jeder Ebene genau benennen und angeben, welche (strukturellen) Effekte zwischen ihnen existieren. Im Akzeptanzkonzept wurde das über die Annahme einer Orientierungshypothese geleistet, die den sozial vermittelnden Mechanismus zwischen kontextueller und individueller Ebene beschreibt, nämlich über Strukturierungsprozesse in der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit. Methodisch handelt es sich um eine gerichtete Kausalhypothese, die einen vermuteten Zusammenhang zwischen kontextuellen und individuellen Variablen definiert (sog. Brückenhypothese). Konkret werden die dimensionalen Eigenschaften der Ungleichheitsordnung auf Kontextebene (hier: von Regionen) im explikativ-unabhängigen und zeitlich vorausgehenden Variablenteil der (Brücken-)Hypothese berücksichtigt (Explanans). Der individuell-abhängige Variablenteil wird hingegen durch die subjektive Akzeptanz gebildet. Beziehungsweise genauer: die zu erklärende latente Akzeptanzbereitschaft (Explanandum) als Einstellungskonzept. Getrennt nach zentralen Ordnungsdimensionen sozialer Ungleichheit wurden für die Akzeptanzbereitschaft folgende Brückenhypothesen (BH) aufgestellt:

¹¹⁹ Hinzuweisen ist auf die begrifflich-terminologische Vielfalt, wie die unterschiedlichen Ebenen in der Literatur verwendet werden. Die Einheiten auf der Makroebene werden z. B. als Makroeinheiten, primäre Einheiten, Cluster, Klumpen oder Einheiten der 2. Ebene (Level-2) bezeichnet. Für die Bezeichnung der die Einheiten auf der Mikroebene werden Begriffe wie z. B. Mikroeinheiten, sekundäre Einheiten, Elementar- bzw. Individualeinheiten, Einheiten der 1. Ebene (Level-1) verwendet (vgl. die Übersichten bei Langer 2004; Snijders/Bosker 1999).

¹²⁰ Bekannt geworden ist sie unter der Bezeichnung Kontextanalyse, die Kontexte unter Verwendung von systematisch entwickelten Indikatoren beschreibt und explizit bei der Erklärung sozialer Prozesse auf der Ebene der Individuen berücksichtigt. Émile Durkheim ging so der Frage des Selbstmords nach (Durkheim 1983 [1897]).

¹²¹ Der Begriff stammt von Peter M. Blau (1960) und wurde in der statistischen Terminologie von James Davis, Joe L. Spaeth und Carolyn Huson als Kompositionseffekt bezeichnet (1961).

- *Kulturelle Ordnung (BH2.1)*: Je stärker und homogener Gleichheits- und Gerechtigkeitswerte vertreten sind (z. B. in Form religiöser, ethnischer und ideengeschichtlicher Homogenität), desto niedriger ist die Akzeptanz sozialer Ungleichheit.
- *Soziale Ordnung (BH2.2)*: Je sozialstrukturell homogener und gerechter eine Gesellschaft (z. B. Verteilung von Chancen und Ressourcen, wie Bildung, Arbeit, Einkommen), desto höher ist die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit.
- *Politische Ordnung (BH2.3)*: Je stärker ein egalitär-politisches Klima (z. B. sozialdemokratische Parteien), je mehr Interessen von ArbeitnehmerInnen organisiert sind (z. B. Gewerkschaftsstärke) bzw. je direkter das politische System ist (z. B. föderale Strukturen), desto höher ist die Akzeptanz sozialer Ungleichheit (Anm.: Insbesondere, weil dadurch die Konfliktlinien weniger klar hervortreten).
- *Ökonomische Ordnung (BH2.4)*: Je prosperierender die Wirtschaft und je mehr für die Verteilung des Wohlstands zur Verfügung steht (z. B. Wirtschaftsleistung, Wirtschaftswachstum, Inflation), desto höher ist die Akzeptanz sozialer Ungleichheit.

Bei der Operationalisierung von abhängigen und unabhängigen Hypothesenteilen ist zu beachten, dass die verwendeten Variablen nicht nur verschiedenen Hierarchieebenen zugeordnet sind, sondern auch unterschiedliche Eigenschaften annehmen können. Nach der Typologie von Paul F. Lazarsfeld und Herbert Menzel (1961) können Variablen entweder absolute bzw. globale, strukturelle oder kontextuelle Eigenschaften besitzen¹²²: Absolute bzw. globale Eigenschaften haben Variablen dann, wenn sie sich nur auf die Ebene beziehen, auf denen sie definiert sind. Die Individualvariablen Geschlecht, Alter oder subjektive Akzeptanzbereitschaft weisen z. B. absolute Eigenschaften auf. Globale Eigenschaften von Kollektiven beziehen sich ebenfalls auf die Ebene, für die sie definiert worden sind. Die Variable Einwohnerzahl einer Region weist beispielsweise eine globale Eigenschaft auf. Individuen können neben absoluten aber auch über relationale Eigenschaften verfügen, beispielsweise ob Individuen in einer Partnerschaft leben oder beruflich über eine Anweisungsbefugnis verfügen. Zu beachten ist: „*Just as we can classify people by demographic variables or by their attitudes, we can also classify them by the kind of environment in which they live*“ (Kendall/ Lazarsfeld 1950). Strukturelle Eigenschaften weisen Variablen dann auf, wenn sie auf Variablen einer niedrigeren Ebene Bezug nehmen. Dabei handelt es sich um die Beschreibung von individuellen Eigenschaften auf einer Kontext- oder Gruppenebene (sog. configural variables, Klein/ Kozlowski 2000). Die Eigenschaften von Kollektiven können so durch Merkmale der Einheiten auf niedrigerer Ebene ausgedrückt werden bzw. aus absoluten oder relationalen Eigenschaften von Individuen konstruiert werden. Beispiele für strukturelle Eigenschaften sind das regionale Durchschnittsalter, der Anteil von Verheirateten oder die Tendenz, einer Frage über Gerechtigkeitsnormen zuzustimmen.¹²³ Es handelt sich dabei um konstruierte Merkmale, weil sie aus Informationen einer Datenebene stammen, aber auf eine andere Ebene transferiert wurden. Daten können nach dieser Logik auf höhere Ebene aggregiert werden oder kontextuelle Eigenschaften aufweisen, wenn aus einer höheren Datenebene auf eine niedrigere disaggregiert wird. „*Contextual*

¹²² Eine tabellarische Übersicht über die Lazarsfeld-Menzel-Typologie von Individual- und Kollektivmerkmalen in der Mehrebenenanalyse findet sich beispielsweise bei Joop Hox (2002: 2) oder Wolfgang Langer (2004: 20).

¹²³ Auch sog. konstruierte Merkmale weisen strukturelle bzw. analytische Eigenschaften auf. Analytische Eigenschaften auf Kollektiv- bzw. Kontextebene sind beispielsweise Proportionen oder Durchschnitte, Standardabweichungen und Korrelationen. Eine strukturelle kollektive Eigenschaft wäre beispielsweise die Interaktionsstruktur in einer Region (Hummell 1972: 22f.).

(...) propositions describe in various ways the interplay between persons and collectivities and are thus one way in which structural ideas can be expressed“ (Lazarsfeld 1959b: 69).

Methodisch erfordert die empirische Beantwortung der Fragestellung bzw. die Klärung der Orientierungshypothese eine Mehrebenenanalyse. Im einfachsten Fall kann zwischen zwei Ebenen, den AkteurInnen auf Individualebene und einem Kollektiven auf Kontextebene (z. B. Regionen), unterschieden werden. Für die Mehrebenenanalyse ist weiters notwendig, Variablen auf den verschiedenen Ebenen zu definieren, wozu geeignete Indikatoren auf jeder Hierarchieebene zu bestimmen sind. Die theoretischen Konzepte müssen auf der jeweiligen Ebene über ihre Dimensionen im Rahmen eines adäquaten Forschungsdesigns mittels entsprechender Indikatoren messbar gemacht werden (sog. Operationalisierung) und Daten über etablierte Erhebungsmethoden erhoben bzw. gesammelt werden (Klein/ Kozlowski 2000). Wie oben bereits angeklungen, können die Indikatoren direkt auf ihrer „natürlichen“ Ebene gemessen werden. Im vorliegenden Fall geschieht das auf Individualebene am besten über eine repräsentative Befragungsstudie von Personen (sog. *survey design*), wie es beispielsweise im International Social Survey Programme (ISSP) zum Thema sozialen Ungleichheit geschehen ist. Kontextuelle Indikatoren zur dimensionalen Charakterisierung von der gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung können auf administrativ-geografischer Ebene mit Hilfe von Daten der amtlichen Statistik oder anderen prozessproduzierten Daten erfolgen (z. B. das regionale Wohlstandsniveau). Eine weitere Möglichkeit besteht entsprechend der Typologie von Paul F. Lazarsfeld und Herbert Menzel darin, Indikatoren aus individuellen Befragungsdaten auf die höhere Ebene, wie hier der Regionsebene, zu aggregieren bzw. umgekehrt von Makroindikatoren auf Individualebene zu disaggregieren.¹²⁴

Herkömmlich wurden Mehrebenenfragestellungen durch (Dis-)Aggregation der Daten auf ein und dieselbe Ebene gebracht und gemeinsam analysiert (Heck 2001). Damit sind jedoch mehrere Probleme verbunden: Statistisch führt das aggregierende Prozedere erstens dazu, dass wenige Beobachtungen und kleine Fallzahlen vorliegen, womit ein enormer Informationsverlust eingegangen wird (z. B. die Varianz innerhalb der aggregierten Einheit) und die statistische Analysekraft minimiert wird. Bei Disaggregation hingegen röhren die Informationen aus relativ wenigen Einheiten der höheren Ebene und die Daten auf Individualebene werden „künstlich aufgeblasen“, was leicht zu signifikanten aber möglicherweise scheinbaren Ergebnissen führen kann (Hox 2010). Multiple Varianz- oder Regressionsanalysen als statistische Standardmethoden nehmen zweitens an, dass die Beobachtungen unabhängig voneinander sind. Das bedeutet aber von der Annahme auszugehen, dass die Individuen derselben Gruppe nicht interagieren und keine Gemeinsamkeiten teilen, was auf diese und sehr viele sozialwissenschaftliche Fragestellungen eine nur schwer aufrecht zu erhaltende oder sogar völlig unrealistische Annahme darstellt (Firebaugh 1979; Heck 2001). Statistisch führt das zu niedrigeren Effektkoeffizienten (z. B. Regressionskoeffizienten) und zu verzerrten Teststatistiken, weil ihre Standardfehler geringer geschätzt und somit leichter signifikant werden (Muthén/ Satorra 1995). Herkömmliche Schätzverfahren (z. B. OLS-Schätzungen) verlangen unabhängige, normalverteilte Zufallsfehler mit konstanter Varianz, was deshalb eine verzerrte Annahme darstellt, weil systematische Kontexteinflüsse zu erwarten sind und die Zufallsfehler voneinander innerhalb von Gruppen abhängig sind (Kreft/ de Leeuw 1998).

¹²⁴ Es stellt sich dabei auch die Frage, ob auf aggregierter Ebene ebenfalls Konstruktvalidität vorliegt, weil individuelle Beobachtungen nach Kontexten variieren können (Heck 2001). Solche Fragestellungen können beispielsweise mit einer konfirmatorischen Mehrebenenfaktorenanalyse beantwortet werden.

Insgesamt führt die Datenaggregation oder Datendisaggregation dazu, dass die Komplexität der Datenstruktur schlichtweg ignoriert wird, was enorme Ergebnisverzerrungen nach sich ziehen kann. Die Reduktion von Mehrebenen- auf Einebenenfragestellungen und die blinde Einebenenanalyse – entweder auf aggregierter oder disaggregierter Ebene – führt direkt in eine folgenreiche Problematik. Es stellt unweigerlich die Frage, wie mit den so erzielten Ergebnissen umgegangen wird, da die „herkömmliche“ Analyse von hierarchischen Daten auf nur einer Ebene potenziell die Gefahr von fehlerbehafteten Schlüssen mit sich bringt und die Formulierung von falschen Schlussfolgerungen beinhalten kann. Zu den bekanntesten zählt einerseits der ökologische (Gruppen-)Fehlschluss durch Aggregation aus Individualdaten auf Kontextebene (Robinson 1950), und andererseits der individualistische (atomistische) Fehlschluss durch die Verallgemeinerung der auf Individualebene beobachteten Korrelation auf die höhere Ebene (Scheuch 1969).¹²⁵

Charakteristisch für die „moderne“ Mehrebenenanalyse ist, dass substantielle Mehrebentheorien „fehlerfrei“ getestet und komplexe Mehrebenenfragestellungen besser adressiert werden können. Das wird ermöglicht, weil die Einheiten (Objekte) und die gemessenen Variablen verschiedener Ebenen in einer adäquaten und simultanen Weise, d. h. unter Berücksichtigung der Abhängigkeiten in den Daten, zum Gegenstand der Analyse gemacht werden (Heck 2001; Hummell 1972: 13). Für die hier behandelte Fragestellung ist das schon allein deshalb notwendig, da sich die Individuen aufgrund eines gemeinsamen (regionalen) Kontextes – beispielsweise der gemeinsamen Sozialisation und institutionellen Verfassung – ganz ähnliche Traditionen, Werte und Normen teilen. Andererseits entscheidet die spezifische bzw. historisch-konkrete gesellschaftliche Verfassung über Positionen und die Verteilung von Ressourcen auf Personen, was die objektive Lebenslage bzw. assoziierte Lebenschancen, die Erreichung von Lebenszielen und assoziierte Lebensinteressen beeinflusst. Gemeinsam führt das – wie das Ergebniskapitel 7.1 dieser Arbeit bereits gezeigt hat – in statistischer Hinsicht dazu, dass die durchschnittliche Korrelation zwischen den individuellen Beobachtungen (Indikatoren) der latenten Akzeptanzbereitschaft der gleichen Region höher ist, als jene zwischen verschiedenen Regionen. Weil die Variation in einen Teil zwischen und einen Teil innerhalb der Region zerlegt werden kann, kann diese Abhängigkeit als Intraklassenkorrelation (*intraclass correlation, ICC*) ausgedrückt werden (Hox 2010). Vor allem in der interkulturell vergleichenden Forschung, wo üblicherweise Länder- bzw. Clusterstichproben gezogen werden, hängen Designeffekte (sog. design effect, vgl. Kish 1965) von dieser Intraklassenkorrelation und der Länder- bzw. Regionsstichprobe ab. Schon eine geringe Intraklassenkorrelation kann zu substanziellem verzerrenden Effekten führen (Hox 2010: 6), was bei herkömmlichen Analysemethoden zu falschen statistischen Ergebnissen und inhaltlichen Interpretationen führt.

Für die Durchführung einer Mehrebenenanalyse wird vorausgesetzt, dass die Erhebung der zugehörigen Datenebenen in Stichprobenclustern erfolgt (Anm.: hier z. B. von europäischen Teilnahmeländern am ISSP und ihrer Regionen). In der Regel ist das nur mit Hilfe von großen Stichproben möglich, was schon aus Kostengründen die Relevanz von Sekundäranalysen bereits vorhandener Datenbestände erhöht. Das bedeutet, dass über groß angelegte Befragungen die Variabilität der untersuchten Zusammenhänge zwischen den Kontexteinheiten erfasst und kontextuellen Fehlschlüssen vorgebeugt wird. Fehlschlüsse zwischen den Ebenen werden vermieden,

¹²⁵ Von Hayward R. Alker (1969: 79) wurde eine Typologie von Fehlschlüssen entwickelt, die neben den genannten auch noch den selektiven Fehlschluss, den universellen Fehlschluss, den kontextuellen Fehlschluss und den cross-level-Fehlschluss kennt.

da die Schätzung der Populationsparameter auf der Basis der einzelnen Stichproben erfolgt. In der Analyse werden darüber hinaus Wechselwirkungen der Effekte exogener Individual- und Kollektivmerkmale berücksichtigt. Gegen den ökologischen Fehlschluss ist die Mehrebenenanalyse gewappnet, weil sie Daten nicht nur auf der höheren sondern auch auf der niedrigeren Ebene berücksichtigt und die Variabilität der kontextabhängigen Effekte potenziell durch die Kontextmerkmale selbst erklärt. Individualistische Fehlschlüsse werden vermieden, weil die Kontextabhängigkeit der Effekte ausdrücklich im zu schätzenden Mehrebenenmodell berücksichtigt wird (Langer 2004: 23).

In der Tabelle 24 sind die angesprochenen konzeptuellen und methodischen Aspekte für die Mehrebenenfragestellung des Akzeptanzkonzepts übersichtlich zusammengefasst.

Tabelle 24: Konzeptuelle und methodische Aspekte für das Mehrebenen-Akzeptanzkonzept

Aspekte	Kontexte bzw. Kollektive	Individuen bzw. AkteurInnen
Hierarchisch	Akzeptanz-Kontext auf Meso-/Makroebene	Akzeptanz-Subjekt auf Mikroebene
Prozess	unter Berücksichtigung der Situationslogik: – objektiv ungleiche Kontext- bzw. – Handlungsbedingungen	Akzeptieren als subjektiver Prozess: – latente Akzeptanzbereitschaft (Einstellung) – und manifestes Akzeptanzhandeln
Modell	Kontext-/Handlungsbedingung als/durch: – Orientierungsrahmen – normative Beeinflussung („Ansteckung“) – Gelegenheits-/Opportunitätsstruktur – Selektionsergebnis	Akzeptanz (im Ergebnis) – als subjektives Merkmal – der sozialen Ungleichheitsordnung – einer historisch-konkreten Gesellschaft
Dimensionen	Gesell. Ungleichheit auf Dimensionen: – kulturelle, – soziale, – politische und – ökonomische Ordnung	Individuell-subjektive Akzeptanz: – kognitive, – normativ-evaluative und – expressive Dimension
Operationalisierung	Geschachtelte Variablen- und Datenstruktur durch geeignete Indikatoren	
Indikatoren	Kollektive Eigenschaften von Variablen: – globale, – konstruierte (analytische, strukturelle) und – kontextuelle bzw. komparative Merkmale	Variablen mit individuelle Eigenschaften: – absolute und – relationale Merkmale
Datenerfassung	Nach geografisch-admin. Regionen: – Prozessproduzierte Datenbestände – Aggregation aus Individualdaten	Erhebung von Individualdaten: – Zufallsstichprobe (z. B. Cluster) und – Befragung mittels stand. Erhebung
Datenanalyse	Methode der („modernen“) Mehrebenenanalyse: – Konfirmatorische Mehrebenenfaktorenanalyse (MLCFA) – Mehrebenenpfadanalyse bzw. -strukturgleichungsmodelle (MLSEM)	

Über die Methode der Mehrebenenanalyse kann also der Effekt von kontextuellen und individuellen Variablen auf das subjektive Akzeptanzdenken und -handeln von Individuen (potenziell) fehlerfrei

abgeschätzt werden (Klein/ Kozlowski 2000).¹²⁶ Sie ermöglicht, zu weiteren Einsichten über die sozialen Prozesse hinter der Akzeptanz zu gelangen und die soziale Komplexität ein Stück besser zu berücksichtigen. Die formulierte Orientierungshypothese geht davon aus, dass zentrale gesellschaftliche Ungleichheitsordnungen im regionalen Akzeptanzkontext mit der individuell-subjektiven Akzeptanz(-bereitschaft) zusammenhängen bzw. ihre Variabilität zu erklären vermögen.¹²⁷ Zur empirischen Überprüfung des strukturellen Akzeptanzkontexteffekts, bzw. genauer: der Wirksamkeit des regionalen Kontexts gesellschaftlicher Ordnung auf die subjektive Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit, dient die nachfolgende empirische Analyse. Dabei werden die inhaltlich-konzeptuellen Aspekte und ihre forschungsmethodischen Überlegungen einer empirischen Prüfung und Testung unterzogen. Dafür ist es zunächst nötig, die genaue methodische Vorgehensweise bei der statistischen Analyse darzulegen (Kapitel 7.2.2), die Ergebnisse der Analyse zu berichten (Kapitel 7.2.3) und einer Diskussion im Lichte der theoretischen Annahmen zu unterziehen (Kapitel 7.2.4).

7.2.2 Methodische Vorgehensweise und statistische Datenanalyse

Die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit als Objekt erfordert ein Akzeptanzsubjekt und einen Akzeptanzkontext. Das Akzeptanzkonzept bzw. die darin formulierte Orientierungshypothese der latenten Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit beschreibt eine komplexe theoretische Fragestellung. Die Beantwortung der Hypothesen soll zum besseren Verständnis der sozialen Prozesse bei der Wahrnehmung und Bewertung von sozialen Ungleichheitsverhältnissen beitragen. Sie soll zunächst aufzeigen, wie die individuelle Akzeptanz sozialer Ungleichheit mit der kontextuell gegebenen Ungleichheitsordnung über subjektive Prozesse der Orientierung (Wahrnehmung und Bewertung) zusammen hängen (sog. Brückenhypothesen).

Wie bereits dargelegt, handelt es sich dabei um eine Mehrebenenfragestellung, da folgende Voraussetzungen erfüllt sind (Hox 2010: 11): Erstens handelt es sich um eine hierarchische (Daten-)Struktur, weil AkteurInnen auf individueller Ebene Teil von sozialen Strukturen und Prozessen einer kontextuellen Ebene sind. Zweitens handelt es sich bei der subjektiven Akzeptanz(-bereitschaft) um eine abhängige Variable auf der niedrigeren Hierarchieebene individueller AkteurInnen. Drittens werden aufgrund der Orientierungshypothese sowohl unabhängige Variablen auf der individuellen als auch auf der kontextuellen Ebene vermutet. Auf individueller Ebene handelt es sich um (horizontale) Determinanten und (vertikale) Dimensionen von sozialer Ungleichheit (z. B. die objektive Lebenslage), auf kontextueller Ebene handelt es sich um die gesellschaftliche Ungleichheitsordnung bzw. ihre Dimensionen. In diesem Kapitel wird zunächst bloß

¹²⁶ Je nach Zusammenwirken von Individual- und Kollektiveffekten kann es zu unterschiedlichen Situationen kommen, die in einer bekannt gewordenen Klassifikation verschiedener Typen zusammengefasst wurde (Davis et al. 1961): Beim Typ 0 haben weder individuelle noch kollektive Merkmale einen Einfluss auf die abhängige Variable (Explanandum, Kriteriumsvariable) auf individueller Ebene (hier: Akzeptanzbereitschaft). Beim Typ I üben lediglich individuelle Merkmale (z. B. objektive Lebenslage), jedoch keine kollektiven Merkmale einen Effekt auf die abhängige Variable aus. Beim Typ II üben bloß Kollektivmerkmale (z. B. Indikatoren der Ungleichheitsordnung), nicht jedoch Individualmerkmale einen Effekt auf die abhängige Variable aus. Beim Typ III haben sowohl Individual- als auch Kollektivmerkmale einen Effekt auf das Explanandum, d. h. es gibt sowohl einen Individual- als auch einen (Gruppen-) Kompositionseffekt. Beim Typ IV liegt zusätzlich ein Interaktionseffekt vor.

¹²⁷ Anm.: was dem Typ II der angesprochenen Klassifikation von Davis/Spaeth/Huson (1961) entspricht.

den kontextuellen (d. h. regionalen) Einflüssen für die subjektive Akzeptanzbereitschaft von AkteurInnen nachgegangen.¹²⁸ Zur Beantwortung der Fragestellung ist jedoch die Ableitung einer methodisch exakten Vorgehensweise und statistischen Analyse erforderlich (Geiser 2011: 200).

Wie erwähnt steht hinter der zweiten Fragestellung die theoretisch begründete Vermutung, dass sich die subjektive Akzeptanz von Individuen gleicher Kontexte (hier: europäischer Länder und Regionen) ähnlicher sind als die Akzeptanzurteile von Individuen unter verschiedenen kontextuellen Bedingungen. Methodisch bedeutet das, dass die Beobachtungen auf den verschiedenen hierarchischen Ebenen nicht unabhängig voneinander sind. Dieser Umstand muss in den Methoden und Analysen entsprechend berücksichtigt werden, was die Anwendung moderner Mehrebenenmethoden und entsprechender statistischer Analysen erfordert (Hox 2010). Die Methode der Mehrebenenanalyse ihrerseits verlangt eine konzise Vorgehensweise (Klein/ Kozlowski 2000): Zunächst muss für die theoretische Fragestellung ein geeignetes Mehrebenenmodell, das die Beziehung zwischen den theoretischen Konstrukten beschreibt, abgeleitet werden. Danach müssen die theoretischen Konzepte, ihre Dimensionen und Eigenschaften auf den verschiedenen Ebenen über den Vorgang der Operationalisierung in entsprechende Variablen und Indikatoren überführt werden. Dazu ist einerseits die Festlegung einer Messstrategie und andererseits eine entsprechende Datengrundlage notwendig (z. B. Daten einer wissenschaftlichen Befragung und jene der amtlichen Statistik). Zur statistischen Überprüfung eignen sich die Techniken neuerer Pfadanalyse und Strukturgleichungsmodellierung, wobei sie eine genaue Modellspezifikation, die Wahl adäquater Schätzmethoden und ein schrittweises Vorgehen in der Analyse erforderlich machen. Weiters müssen vorab Kriterien der Ergebnisevaluation und -interpretation festgelegt werden.

Konzeptuell handelt es sich bei der subjektiven Akzeptanzbereitschaft um ein Konzept auf individueller (Mikro-)Ebene der AkteurInnen. Seine attributionalen (Eigenschafts-)Dimensionen, strukturellen und funktionalen Charakteristiken wurden bereits im Ergebniskapitel 7.1 ausführlich diskutiert. Zusammengefasst handelt es sich bei der Akzeptanzbereitschaft um ein latentes (Mess-)Konstrukt höherer (zweiter) Ordnung mit einer kognitiven und normativ-evaluativen Akzeptanzdimension. Aufgrund der gerichteten Orientierungshypothese handelt es sich bei der Akzeptanzbereitschaft um die individuell-abhängige Variable (Anm.: das Explanans bzw. die zu erklärende Variable). Als relevanter Akzeptanzkontext auf überindividueller (meso- bzw. makrosozialer) Ebene lässt sich die gesellschaftliche Ungleichheitsordnung auffassen, die die Gesellschaft konzeptuell bzw. herrschaftssoziologisch über verschiedene Ordnungen beschreiben lässt, wie beispielsweise die kulturelle, soziale, politische und ökonomische Ordnung. Dabei wird angenommen, dass eine historisch-konkrete Gesellschaftsordnung eine spezifische gesellschaftlich-verfasste Ungleichheitssituation darstellt (herauskristallisiert), als Orientierungsrahmen für den subjektiven Prozess der Wahrnehmung und Bewertung fungiert und primär einflussreich für die individuelle Akzeptanz- oder Ablehnungsbereitschaft ist. Die gesellschaftliche Ungleichheitsordnung

¹²⁸ Da die Spezifikation und Operationalisierung für das Lebenslagenkonzept noch ausständig ist, erfolgt die Überprüfung der Wirkung der objektiven Lebenssituation auf die subjektive Akzeptanz im folgenden Ergebniskapitel 7.3. Dort wird der Lebenslagenansatz mittels latenter Klassenanalyse (*latent class analysis*, LCA) getestet und der Effekt der so gefundenen latenten Lebenslagetypen auf die latente Akzeptanzbereitschaft rein auf individueller Ebene überprüft, d. h. ohne jegliche regionale Kontextvariablen. Zusammengeführt werden Individual- und Kontexteffekte in einem mehr oder weniger vollständigen Mehrebenen-Strukturgleichungsmodell, wo sowohl die individuellen als auch die kollektiven Effekte auf die latente Akzeptanzbereitschaft simultan getestet werden. Das wird ebenfalls Gegenstand des Ergebniskapitels 7.3.

stellt also die unabhängige bzw. die erklärende Kontextvariable dar (Explanandum). Die theoretischen bzw. die über die Brückenhypothesen postulierten Zusammenhänge legen die abhängigen und unabhängigen Variablenkonstrukte auf Individual- und Kontextebene fest. Wie können die postulierten Zusammenhänge entlang der theoretischen Konstrukte in einem Mehrebenenmodell beschrieben werden?

Bei dieser Frage können mehrere Typen von Mehrebenenmodellen angesprochen sein. Zunächst wird einmal implizit davon ausgegangen, dass sich Unterschiede in der latenten Akzeptanzbereitschaft aufgrund von Charakteristiken und Beschaffenheit der konkret gegebenen gesellschaftlichen Ordnung beobachten lassen. Die Überprüfung dieser Annahme erfordert somit ein Ausgangsmodell, bei dem (zufällige) Variationen der latenten Akzeptanzbereitschaft zugelassen werden. In einem solchen Modell wird zunächst bloß überprüft, ob sich das mittlere Akzeptanzniveau zwischen den relevanten Ordnungskontexten (Ungleichheitsdimensionen) unterscheidet oder nicht, da zufällige Mittelwertsvariationen bzw. nach regionalen Kontexten variierende Konstanten zugelassen werden¹²⁹ (Anm.: zunächst werden jedoch noch keine erklärenden Variablen berücksichtigt). Es handelt sich dabei um ein Modell zufällig variierender (Regressions-)Konstanten regionaler Akzeptanzbereitschaften (sog. *Random Intercept Model* bzw. *Null-Modell*).¹³⁰

Das Modell stellt häufig den notwendigen und ersten Schritt in der Mehrebenenanalyse dar, weil sich dadurch die Varianzen der Variablen auf den verschiedenen Ebenen bestimmen lassen. Es informiert über den Grad der Abhängigkeit der Beobachtungen, indem eine Zerlegung der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen in eine Varianz innerhalb und zwischen den Kontexteinheiten ermöglicht wird. Die Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit (abhängige Variable Y_{ij}) vom Individuum i aus Kontext j wird als Funktion des durch die Regressionskonstante (β_{0j}) erfassten Mittelwerts für die Kontexteinheit j und der durch das Residuum (e_{ij}) dargestellten individuellen Abweichung von diesem Mittelwert modelliert. Anders formuliert unterscheidet das Modell folgende Parameter: Zunächst wird der Wert der individuellen Akzeptanzbereitschaft (Y_{ij}) in einen kontextuellen Akzeptanzmittelwert (β_{0j}) und die individuelle Abweichung vom Kontextmittelwert (e_{ij}) zerlegt (mit der Annahme, dass $e_{ij}=0$ ist). Auf Ebene der AkteurInnen wird daher eine Varianz der individuellen Akzeptanzbereitschaft, z. B. innerhalb einer Region (*within*), geschätzt (σ^2_{rij} bzw. σ^2_w). Auf kontextueller Ebene kann die durchschnittliche Akzeptanzbereitschaft als Mittel der einzelnen Regionsmittelwerte (Gesamtmittelwert bzw. *grand mean*) ausgedrückt und mit einer Varianz der durchschnittlichen Akzeptanzbereitschaft zwischen den Regionen (*between*) beschrieben werden (σ^2_{u0j} bzw. σ^2_b). Da die Streuung zwischen den Kontexteinheiten zufällig variieren kann, werden sie im Modell als Zufallsvariable aufgefasst (sog. *random effects*).¹³¹

¹²⁹ In der herkömmlichen Regressionsanalyse (sog. OLS-Regression) wird die Regressionskonstante (der Achsenabschnitt bzw. Intercept der Regressionsgleichung) als konstanter Parameter aufgefasst (sog. *fixed effects*). Im Ansatz der Mehrebenenregression können hingegen auch die Regressionskonstanten (Achsenabschnitte) nach Kontexteinheiten (zufällig) variieren (daher: *random effects*).

¹³⁰ In der Methodenliteratur sind dafür noch andere Bezeichnungen gebräuchlich, wie z. B. intercept only-model, unconditional cell means model, unconstrained model, empty model (Hox 2010).

¹³¹ Zu den Modellannahmen zählt, dass die Zufallsvariablen bzw. die Residualterm auf Individualebene einen mittleren Wert von 0 haben, normalverteilt sind, über die Kontexteinheiten eine konstante bzw. homogene Varianz aufweisen und miteinander unkorreliert sind. Sie korrelieren auch nicht mit den Residuen auf kontextueller Ebene, die wiederum als normalverteilte Zufallsvariable mit Erwartungswert von Null und einer Varianz/Kovarianz aufgefasst wird (Hox 2010: 36ff.).

Die Residualparameter auf Individual- (σ^2_w) und Regionsebene (σ^2_b) ermöglichen durch Zerlegung der Varianz die Berechnung der sog. Intraklassenkorrelation (*intra class correlation*, ICC). Sie drückt den Anteil der Varianz auf Kontextebene (d. h. Varianz zwischen den Kontexten) an der Summe individueller und kontextueller Varianz (d. h. Varianz innerhalb und zwischen den Kontexten) berechneten Gesamtvarianz aus ($ICC = \sigma^2_b / [\sigma^2_w + \sigma^2_b]$). Einfach formuliert drückt der ICC den Grad der kontextuellen Abhängigkeit der Akzeptanzbereitschaft aus bzw. die erwartete Korrelation zwischen zwei zufällig gezogenen Individuen desselben Kontextes (Hox 2010: 15). Erst wenn der ICC-Wert von Null unterschiedlich ist, ist eine weitere Mehrebenenanalyse zweckdienlich.¹³²

Die Erweiterung des Null-Modells erfolgt durch die Spezifikation von unabhängigen Variablen allein auf kontextueller Ebene, ohne jedoch unabhängige Variablen auf Individualebene zu berücksichtigen. Damit ist das Ziel verbunden, Mittelwertsunterschiede zwischen Kontexten in Bezug auf eine abhängige Variable zu erklären. Der Fokus liegt daher auf der Erklärung von regionalen Niveauunterschieden der subjektiven Akzeptanzbereitschaft bzw. auf der Frage, welche Bedeutung kontextuelle Charakteristiken, wie z. B. die gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung, für die Akzeptanz haben. Da im Modell lediglich das mittlere Akzeptanzausmaß (hier: Akzeptanzbereitschaft) der Kontexte modelliert wird, entspricht es einer einfaktoriellen Kovarianzanalyse (*one-way ANCOVA*) mit Zufallseffekten bzw. einem sog. *means-as-outcomes model* (Luke 2004).

In diesem erweiterten Modell erfolgt auf Individualebene – wie auch schon im Null-/Ausgangsmodell – eine Zerlegung der individuellen Mess- bzw. Akzeptanzwerte (β_{0j}) und individuellen Abweichungen von Kontextmittelwerten (e_{ij}). Unterschiede in den Akzeptanzmittelwerten werden durch Prädiktoren (W_j) auf Kontextebene erklärt, wobei nun kontextuelle Regressionskonstanten (*intercepts*, γ_{00}) und Regressionssteigungs-Koeffizienten (*slopes*, γ_{01}) fixe Effekte für die Regression der Regionsmittelwerte darstellen. Der Fehlerterm (u_{0j}) ist nun nicht mehr ein Zufallsfehler sondern der Varianzanteil der Regionsmittelwerte (β_{0j}), der nicht durch die Kontextprädiktoren (W_j) erklärt werden kann. Angenommen wird erneut, dass der individuelle Fehlerterm null ist ($r_{ij}=0$) und die individuelle Residualvarianz (σ^2_w) nicht mit der kontextuellen Residualvarianz (σ^2_b) korreliert. Hingegen werden Kovarianzen zwischen den Fehlerterminen auf Kontextebene angenommen.

Bei der Operationalisierung der Variablen des Modells müssen sowohl Konzepte und Konstrukte auf individueller und kontextueller Ebene einer Messoperation zugeführt werden. Wie bei der subjektiven Akzeptanzbereitschaft auf individueller Ebene (siehe Ergebniskapitel 7.1), handelt es sich bei der gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung auf kontextueller Ebene um eine latente Variable, die analytisch in mehrere Ungleichheitsordnungen bzw. -dimensionen unterteilt werden kann. Wie dargelegt können dabei die kulturelle, die soziale, die politische und die ökonomische Ordnung unterschieden werden. Als Abbildung des theoretischen Merkmalsraums sollten sie idealerweise über multiple Indikatoren beschrieben werden. Bei der Messung der Indikatoren bzw. datenmäßigen Erfassung der Sachverhalte auf Kontextebene können sowohl Maßzahlen der amtlichen Statistik (z. B. Eurostat) wie auch aggregierte Werte aus entsprechenden individuellen Daten (hier: Befragungsdaten des ISSP) verwendet werden. Messtheoretisch handelt es sich bei ihnen um sog. formative Indikatoren (Brown 2006: 315), weil sie als Merkmalsträger die latente

¹³² Um einen Kontexteffekt zu testen, kommt die ICC-Berechnung einer einfaktoriellen Varianzanalyse (ANOVA) mit Zufallseffekten und mit einer Gruppierungsvariablen als unabhängige Variable gleich. Die relevante wissenschaftliche Diskussion über die benötigte Höhe der Intraklassenkorrelation (ICC) wurde bereits im Ergebniskapitel 7.1 angestellt.

Ordnungsdimension (hier: gesellschaftlicher Ungleichheit) bestimmen. Sie sind formativ, weil eine Änderung in den Indikatoren eine Veränderung der Ausprägung der jeweiligen (latenten) Ordnungsdimension bedingt (sog. kausale bzw. *causal indicators*).¹³³ Als Beispiele für formative Indikatoren können hier beispielsweise gelten: das Bruttoinlandsprodukt (BIP) für das ökonomische Wohlstands- bzw. Entwicklungsniveau, der Gini-Koeffizient als (Einkommens-)Gefälle in der sozialen (Prestige-)Ordnung oder der gewerkschaftliche Organisationsgrad als (formativer) Indikator der politisch-institutionellen Ordnung eines Landes bzw. einer Region.¹³⁴

Bei den Orientierungs- bzw. Brückenhypothesen handelt es sich um einen theoretisch postulierten Zusammenhang, der empirisch über strukturprüfende Verfahren analysiert werden muss. Bei der abhängigen Variablen handelt es sich um die latente Akzeptanzbereitschaft, die bereits im Ergebniskapitel 7.1 über konfirmatorische Faktorenanalysen überprüft wurde. Dabei wurde auch die Relevanz der latenten Akzeptanzbereitschaft auf regionaler Kontextebene im Rahmen einer konfirmatorischen Mehrebenenanalyse (MLSEM) überprüft, was für die Beurteilung der Äquivalenz und Konstruktvalidität auf allen Analyseebenen notwendig war (Klein/ Kozlowski 2000).¹³⁵ Die Mehrebenen-Regressionsanalyse ist weiters die geeignete statistische Methode zur Testung von kausalen Mehrebenenfragestellungen (Christ/ Schläter 2012; Heck 2001). Die Mehrebenen-Pfadaanalyse vermag die Überprüfung von direkten Effekten auf Basis von manifesten Variablen, v. a. der Wirkung von Kontexteffekten auf individuell-abhängige Variablen, sowie der statistischen Signifikanz indirekter Effekte im Rahmen einer Mediatoranalyse (Blalock 1984; Van den Eeden/ Hüttner 1982). Bei einer Fragestellung mit latenten Konstrukten (Variablen) unter Berücksichtigung von multiplen manifesten Messindikatoren ist die Analyse von Strukturgleichungsmodellen mit latenten Variablen zielführend. Sogenannte Mehrebenen-Strukturgleichungsmodelle (*multilevel structural equation modeling*, MLSEM) verknüpften die Vorteile der Pfadaanalyse mit jenen der konfirmatorischen Faktorenanalyse, weil gleichzeitig sowohl ein Mess- und Strukturmodell berücksichtigt werden kann (Muthén/ Asparouhov 2011: 21f.). In Form eines Mehrebenenstrukturgleichungsmodells können sogar mehrere Analyseebenen, entsprechend der theoretischen Annahmen, beachtet werden. Zusätzlich ist es möglich, *cross-level* Interaktionseffekte zu spezifizieren (Marsh et al. 2009).

Im vorliegenden Fall wird auf die Ergebnisse der Mess- bzw. Faktorenstruktur der latenten Akzeptanzbereitschaft sowohl auf Individual- (*within*) und Kontext-/Regionsebene (*between*) aufgebaut, die im Rahmen einer sog. konfirmatorischen Mehrebenenfaktorenanalyse (MLCFA) im Ergebniskapitel 7.1 überprüft wurde. Da die Faktorenstruktur auf individueller wie auch auf regionaler Ebene bestätigt werden konnte, wird in der weiteren Analyse eine Skala der latenten Akzeptanzbereitschaft aus den Messindikatoren konstruiert. Die Skala repräsentiert auf individueller Ebene die (zahlenmäßige) Summe der kognitiven und normativ-evaluativen Akzeptanzdimensionen, und auf der regionalen Ebene werden die variierenden Skalenmittelwerte berücksichtigt. Das

¹³³ Den umgekehrten Fall stellen reflektive Indikatoren zur Messung eines latenten Konstrukts dar, die der beobachtete/gemessene Ausdruck bzw. die „(Aus-)Wirkung“ der latenten Dimension repräsentieren, wie z. B. die manifesten Indikatoren der latenten Akzeptanzbereitschaft (siehe Ergebniskapitel 7.1).

¹³⁴ Zu einer weiteren Annahme zählt, dass formative Indikatoren zur Messung einer latenten Dimension untereinander nicht (hoch) korrelieren müssen. Bei reflektiven Indikatoren muss jedoch eine hinreichende (interne) Konsistenz bzw. Reliabilität der gemessenen Einzelindikatoren gegeben sein, wie z. B. bei Indikatoren, die die Einstellungen gegenüber sozialer Ungleichheit messen.

¹³⁵ Vgl. dafür auch die Anmerkungen in Fußnote 124.

Random-Intercept-Modell dient als Ausgangsmodell (*Modell 0*) bzw. Vergleichsmodell (*benchmark model*) für das *means-as-outcomes model* (*Modell 1*). Letzteres berücksichtigt neben der Akzeptanzskala ein Erklärungsmodell unter Zuhilfenahme einer Reihe von regionalen Kontextmerkmalen (Indikatoren). Es stellt die modellhafte Umsetzung der zuvor aufgestellten Brückenhypotesen bzw. die postulierte Beziehung zwischen Indikatoren der gesellschaftlichen Ungleichheitsordnungen auf Regionsebene und der subjektiven Akzeptanzbereitschaft auf Individualebene dar.

Die Wirkung der gesamten Ungleichheitsordnung auf die regionale Akzeptanzbereitschaft lässt sich gemäß der Modellspezifikationen grafisch durch Abbildung 8 visualisieren bzw. verbal folgendermaßen beschreiben (Christ/ Schlüter 2012; Muthén/ Muthén 2012): Beim Gesamtmodell 2 lässt sich zunächst die Modellebene innerhalb der Region (*within*) und zwischen den Regionen (*between*) unterscheiden. Das Teilmodell innerhalb der Regionen bzw. die individuelle Ebene sieht keine erklärenden Variablen sondern bloß die latente Akzeptanzbereitschaft, hier dargestellt als Faktorenmodell zweiter Ordnung, vor. Im Modell umgesetzt wird das Faktorenmodell durch die Berechnung einer Akzeptanzskala (Summenskala), die nicht nur auf individueller Ebene, sondern auch auf Regionsebene über Regionsmittelwerte variieren kann und daher als latente Variable (Kreis) dargestellt wird (oberer Teil der Abbildung). Die Varianz der Regionsmittelwerte (σ^2_b) soll gemäß den konzeptuellen Überlegungen durch mehrere unabhängige Variablen auf Regionsebene erklärt werden. Dabei handelt es sich um die latenten Variablen der kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Ungleichheitsordnung, jeweils operationalisiert durch manifeste Indikatoren (ko1, so1, po1, öo1 etc.) die untereinander korrelieren (Anm.: Die doppelgerichteten Pfeile für die Korrelationen wurden aus Platzgründen nicht in nachfolgender Abbildung berücksichtigt).¹³⁶

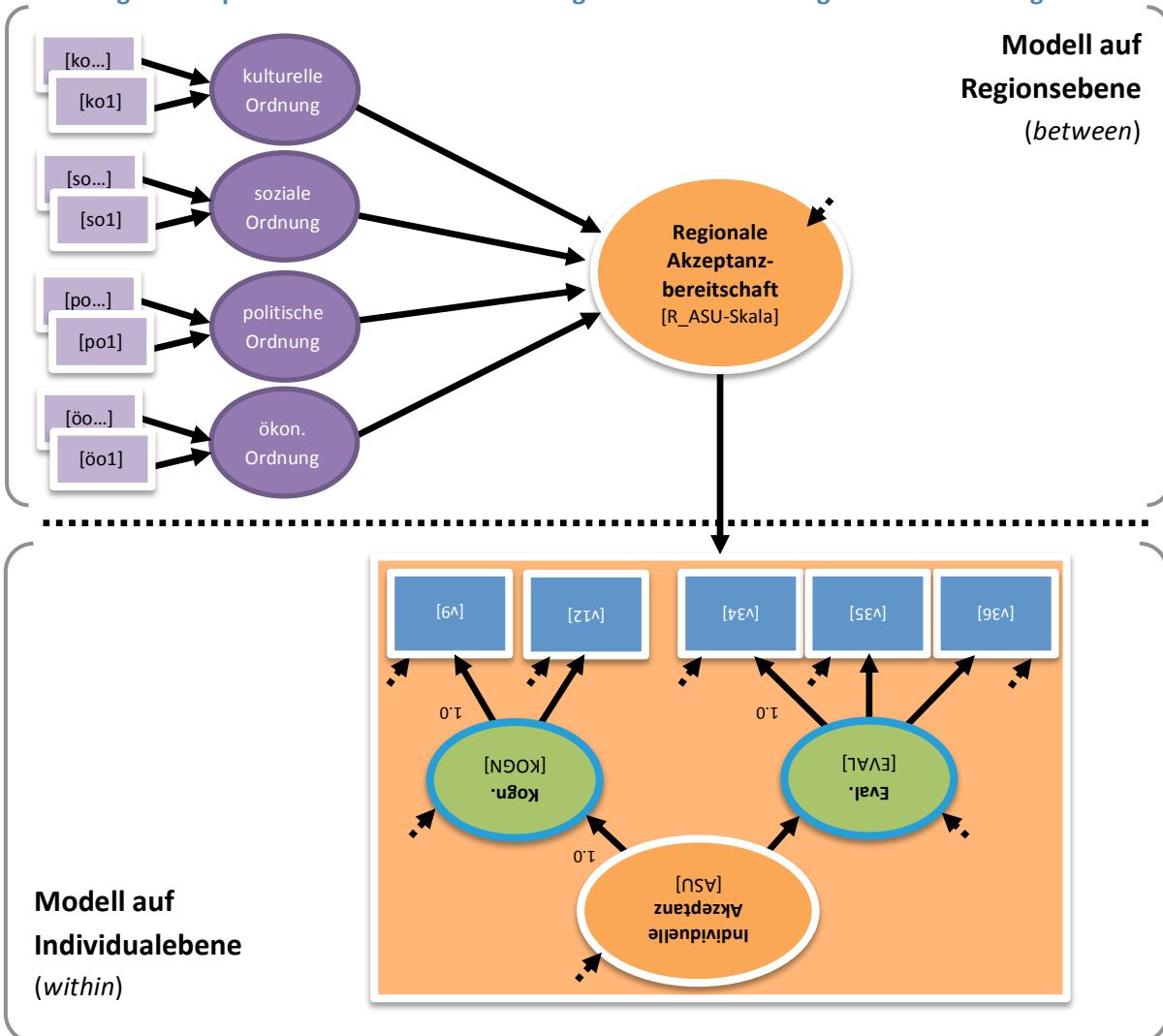
Was die Modellschätzung von Mehrebenenmodellen anbelangt ist prinzipiell anzumerken, dass sie nicht dem Ergebnis regionsspezifischer OLS-Regressionen gleicht. Vielmehr werden gewichtete Regressionsschätzungen berechnet, die in Richtung reliabler Durchschnittskoeffizienten der Gesamtdaten „geschrumpft“ werden (sog. *empirical bayes* (EB) bzw. *shrinkage estimates*). Da akkurate Schätzungen von der Gruppengröße bzw. vom Abstand zwischen der gruppenbasierten Schätzung und der Größe der Gesamtstichprobe abhängen (d. h. große Variabilität der Gruppenschätzungen), gelten die Schätzungen auf Basis kleiner Gruppen als weniger zuverlässig (d. h. haben geringere Reliabilitätskoeffizienten) und werden stärker geschrumpft als jene von größeren Gruppen. Im Ergebnis bedeutet das: Wenn die Gruppen relativ klein sind und es wenig Variation über die Gruppen hinweg gibt (z. B. mittlere Akzeptanzunterschiede), dann wird mehr Gewicht auf die Gesamtschätzung gelegt.

Eine Schätzmethode für die Ermittlung der Modellparameter, -varianzen und -kovarianzen ist die Maximum-Likelihood-Methode (ML), die die am häufigsten angewendete Methode zur Schätzung der Populationsparameter darstellt. Sie maximiert die Wahrscheinlichkeit, dass die beobachteten Daten den modellimplizierten Restriktionen entsprechen. Alternativ dazu wurden die Varianten FML (*full*

¹³⁶ Erklärende Variablen auf Kontextebene können definitionsgemäß nur um den Gesamtmittelwert zentriert werden (sog. *grand mean centering*), was bedeutet, dass von allen beobachteten Einzelwerten der Gesamtmittelwert der Indikatoren abgezogen wird. Die regionale Akzeptanzbereitschaft ist zu interpretieren als das geschätzte Akzeptanzniveau, z. B. bei mittlerer ökonomischer Entwicklung, Einkommensverteilung, gewerkschaftlicher Organisation. Unabhängige Variablen auf Individualebene können hingegen auch um den kontextspezifischen Mittelwert zentriert werden (sog. *group mean centering*) (Enders/ Tofighi 2007).

maximum likelihood) und RML (*robust maximum likelihood*) entwickelt. Obwohl die Unterschiede gering sind, schneidet in Simulationsstudien RML im Vergleich zu FML besser ab, da RML auch dann realistischere Schätzungen berechnet, wenn wenig(er)e Gruppen auf Kontextebene vorhanden sind (Hox 2010: 40f.).¹³⁷ Mehrebenenmodelle können mittlerweile in einigen Statistikprogrammpaketen berechnet werden.¹³⁸ Alle nachfolgend durchgeführten Mehrebenenanalysen erfolgen in *Mplus* 7 (Muthén/ Muthén 2012). Standardschätzmethode in *Mplus* ist der ML-Schätzer mit robusten Standardfehlern (RML). Für akkurate Schätzungen ist eine genügend große Anzahl von Gruppen auf Kontextebene nötig, wobei als Daumenregel zumindest $J > 100$ Gruppen (hier: Regionen) als sehr gute Voraussetzung gilt (Hox 2010; Hox et al. 2010).

Abbildung 8: Akzeptanzbereitschaft im Kontext gesellschaftlicher Ungleichheitsordnung



Anm.: Die Kreise stellen latente Variablen, Rechtecke stellen manifeste Variablen dar. Für das Messkonzept der Akzeptanz sozialer Ungleichheit wurde eine Summenskala gebildet und sie wird daher auch als manifeste Variable dargestellt. Pfeile symbolisieren Effekte, wie Faktorenladungen oder Regressionskoeffizienten.

¹³⁷ Anm.: Es gibt noch die GLS-Schätzmethode (*generalized least squares*), die bei großen Stichproben zwar mit ML asymptotisch äquivalent, aber weniger effizient ist und keine akkurate Standardfehler wiedergibt. Weiters stehen noch die GEE-Schätzung (*generalized estimation equations*) und die Bayes-Schätzung zur Verfügung (Hox 2010: 44f.).

¹³⁸ Dazu zählen Programme wie HLM (Raudenbush/ Bryk 2002) oder MLwin (Rasbash et al. 2012) bzw. die Module SAS Proc Mixed oder SPSS Mixed.

Bei der Ergebnisbewertung sollten zuerst die unstandardisierten Parameterschätzungen auf ihre prognostizierte Richtung beurteilt werden. Wie in der herkömmlichen OLS-Regressionsanalyse können die geschätzten Regressions- und Varianzkomponenten von Mehrebenenmodellen einem statistischen Signifikanztest unterzogen werden. Mehrebenenmodelle sind in der Regel jedoch viel komplexer, da mehrere und unterschiedlichere Parameter berechnet werden, was insgesamt die Modellbeurteilung bzw. -interpretation schwieriger macht. Wie gewohnt wird jedoch zu jedem Parameter eine Schätzung des Standardfehlers ausgegeben, was eine Beurteilung der statistischen Signifikanz ermöglicht ($p < 0,050$). Außerdem können die Konfidenzintervalle für die Effektparameter berechnet werden. Die standardisierte Lösung wird häufig für die Modellinterpretation herangezogen, weil damit die Effektstärken verschiedener unabhängiger Variablen untereinander einfacher verglichen werden können. Außerdem dient die standardisierte Lösung zur Bestimmung des Anteils statistisch aufgeklärter Varianz (R^2). Modelle können mit der von der ML-Funktion berechneten Devianz-Statistik (sog. *deviance*) bewertet werden. *Mplus* weist den sog. Log-Likelihood-Wert (LL) aus, der multipliziert mit -2 der Devianzstatistik ($D = -2 * LL$) entspricht. Sie ist ein Indikator, wie gut das Modell an die Daten passt, wobei niedrigere Werte bessere Modelle indizieren.¹³⁹ Ein spezifisches Modell kann darüber mit einem verallgemeinerten Modell verglichen werden. Da ein einfacheres Modell gegenüber einem komplexeren Modell prinzipiell zu bevorzugen ist, sollten Mehrebenenmodelle dem Prinzip der (Parameter-)Sparsamkeit folgen (Hox 2010: 23ff.).

Wegen der erhöhten Komplexität wurden in der Literatur mehrere Vorgehensweisen für die Analyse von Mehrebenenmodellen vorgeschlagen. Prinzipiell ist eine konfirmatorische einer exploratorischen Analyse vorzuziehen. Für die Modellbildung stehen zwei alternative Strategien zur Verfügung (West et al. 2007): Entweder man startet mit einem vollen Modell und reduziert schrittweise die Komplexität (sog. *top-down* Strategie), oder man startet mit einem vergleichsweise einfachen Modell und erweitert es schrittweise (sog. *bottom-up* Ansatz). Joop Hox (Hox 2010: 54ff.) schlägt ein sequentielles Vorgehen bei der Verwendung verschiedener Modelltypen vor: In einem ersten Schritt wird ein Ausgangsmodell (Nullmodell oder *Model 0*) ohne jegliche unabhängige Variablen berechnet (sog. *intercept-only model*), was die Beurteilung der Notwendigkeit der Mehrebenenanalyse (vgl. Intraklassenkorrelation, ICC) ermöglicht. Außerdem dient die Modellgüte als eine Vergleichsgröße für die folgenden Schritte in der Analyse. Fortfahren werden sollte mit Mehrebenenmodellen, die bloß fixe Effekte aufweisen, vor allem weil für diese Modelle eine bessere Informations- bzw. Datenbasis vorhanden ist. Die nächsten Schritte (2 und 3) sollten Modellvarianten mit Varianzkomponenten sein (sog. *variance component models*): entweder ein Modell bei dem unabhängige Prädiktoren auf Individualebene hinzugefügt werden, wo die Varianzkomponenten der Steigungen auf 0 fixiert werden; oder ein Modell, bei dem unabhängige Prädiktoren auf Kontextebene hinzugefügt werden. Beide Modelle ermöglichen eine Zerlegung der Mittelwertsvarianz in (Varianz-)Komponenten für jede Ebene, da bloß die Regressionskonstanten (*intercepts*) über die Kontexte variieren können. In den Modellen können die Regressionssteigungen nicht variieren, weil sie auf 0 fixiert sind. Im ersten Fall erfolgt eine Bewertung auf Basis eines möglicherweisen (signifikanten) Erklärungsbeitrags der unabhängigen Variablen auf Individualebene; im zweiten Fall wird beurteilt, ob die unabhängigen Variablen auf Kontextebene den Mittelwertsunterschied zwischen den Gruppen (hier: Regionen) zu erklären vermögen. In beiden Fällen wird mit dem („leeren“) Null-Modell verglichen, wobei sich im

¹³⁹ Geschachtelte Modelle auf Basis des RML-Schätzers sind nicht direkt mittels Chi²-Differenzentest vergleichbar, sondern bedürfen der Berücksichtigung des ebenfalls ausgewiesenen Korrekturfaktors (sog. *scaling correction factor*).

zweiten Fall nur die Varianz auf Kontextebene verändert, im ersten Modellfall reduziert sich die Varianz auf Individual- und auf Kontextebene gleichzeitig.¹⁴⁰ Erst in weiterer Folge sollten – falls konzeptuell überhaupt gefordert – die Steigungskoeffizienten modelliert werden (sog. *random coefficient oder slopes-as-outcomes models*). In einem vierten Schritt wird bewertet, welche Steigungen signifikante Varianzkomponenten aufweisen, die – wenn wiederum schrittweise freigesetzt – danach beurteilt werden können, ob sie im Vergleich zum Schritt davor zu einer besseren Modellbewertung führen. Im fünften und letzten Schritt können Interaktionseffekte zwischen den Ebenen (sog. *cross-level interactions*) hinzugefügt werden (Camstra/ Boomsma 1992), die eine Hypothesentestung von Moderationseffekten zwischen den Analyseebenen ermöglichen.¹⁴¹ Jeder Schritt erfordert eine genaue Inspektion der geschätzten Modellparameter (Varianz- und Kovarianzkomponenten, Regressionskoeffizienten) bzw. die Änderung zum geschachtelten Ausgangsmodell und Beurteilung der Modellanpassung (sog. *goodness-of-fit statistics*).

Im Ergebniskapitel 7.1 wurde bereits die Operationalisierung der subjektiven Akzeptanzbereitschaft vorgestellt und getestet. In der nun folgenden Ergebnisdarstellung wird folgendermaßen vorgegangen: auf Basis der Einzelindikatoren erfolgt die Konstruktion einer Skala der subjektiven Akzeptanzbereitschaft und ihre Beschreibung. Danach erfolgt die Operationalisierung der einzelnen Ordnungsdimensionen gesellschaftlicher Ungleichheit, die einer empirischen Voranalyse unterzogen werden. Dazu dienen univariate Analysen in Form von deskriptiven Statistiken, bei denen Skalenmittelwerte, -varianzen und die Schiefe (*skewness*) bzw. Gipfligkeit (*kurtosis*) der Verteilung überprüft werden. Danach folgt die Schätzung des Ausgangsmodells für die Mehrebenenanalyse (Nullmodell bzw. *Modell 0*), eine Schätzung der mittleren (latenten) Akzeptanzbereitschaft und seiner Varianzkomponenten innerhalb und zwischen den Regionen, die erneut (wie schon im Ergebniskapitel 7.1) eine Berechnung des ICC ermöglicht. Die weiteren Modelle führen ausschließlich unabhängige Prädiktoren auf Kontextebene ein (sog. *means-as-outcomes model*). Die *Modelle 1.1 bis 1.4* testen die formulierten Brückenhypothesen (BH2.1 bis BH2.4), also ob und in welchem Ausmaß die Indikatoren der gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung zur Erklärung der mittleren Akzeptanzbereitschaften auf Regionsebene beitragen, d. h. die Kontexteffekte von regionalen Ungleichheitsindikatoren auf die mittlere Akzeptanz.¹⁴² Die Akzeptanzbereitschaft wird als reines Kontextmerkmal modelliert, wobei im Zufallsteil zwar eine Variation auf Individualebene zugelassen wird (sog. Zufallsfehler), jedoch (zunächst) nur auf Kontextebene aufgeklärt werden soll (sog. unerklärte Fehlervarianz). Da es sich insgesamt um eine beträchtliche Anzahl unterschiedlicher Regionsindikatoren handeln wird, werden die Indikatoren der verschiedenen Ordnungsdimensionen zunächst in separaten *Modellen 1.1 bis 1.4* und erst danach in einem Gesamtmodell gemeinsam getestet, ggf. respezifiziert und adaptiert (*Modell 2*).

¹⁴⁰ Diese Bestimmung von Anteilen erklärter Varianz entspricht der PRE-Logik (*proportional reduction of error*): Bei dieser proportionalen Reduktion des Vorhersagefehlers werden die Residualkomponenten zweier geschachtelter Modelle zueinander in Beziehung gesetzt (Engel/ Simonson 2004). Sie liefert eine approximative Berechnung erklärter Varianzanteile (Hox 2010), wofür verschiedene Berechnungsalternativen vorgeschlagen wurden (Langer 2004; Snijders/ Bosker 1999).

¹⁴¹ Beispielsweise könnte die Frage lauten, ob sich die individuelle Lage auf die Akzeptanzbereitschaft im Kontext vorhandener sozialer Ungleichheit anders (z. B. abgeschwächter) darstellt als in einer Situation mit geringerer sozialer Ungleichheit.

¹⁴² Die regionalen Akzeptanzmittelwerte sind auf individueller Ebene fixe Effekte, da dort zunächst keine erklärenden Variablen eingeführt werden. Erklärende Variablen der individuellen Akzeptanzbereitschaft in Form von Determinanten und Dimensionen sozialer Ungleichheit (Lebenslagetypen) sind Themen des darauffolgenden Ergebniskapitel 7.3.

7.2.3 Ergebnisse und Inhalte der Analyse

Im theoretischen Teil wurde argumentiert, dass gesellschaftliche Strukturierungsprozesse und Mechanismen die sozialen Ungleichheiten als kontextuelle (Handlungs-)Bedingungen und gleichzeitig die Wahrnehmungen bzw. Bewertungen auf individueller Ebene der AkteurInnen beeinflussen. Heuristisch wurden die Kontextbedingungen als gesellschaftliches Ordnungssystem anhand mehrerer idealtypischer Dimensionen beschrieben. Im Sinne der empirischen Überprüfung bedarf es der Operationalisierung der gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung bzw. der Dimensionen der kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Ordnung. Aber wie können dimensionale Aspekte auf Länder- bzw. Regionsebene empirisch gemessen werden?

Da die Dimensionen theoretisch begründet wurden, werden zur Messbarmachung empirische Abbilder in Form von Indikatoren gesucht. Die empirischen Indikatoren sind zwar historisch-variabel, stellen jedoch im historisch-konkreten Querschnitt typische und relevante Ausprägungen des gesellschaftlichen Kontextes dar, z. B. spezifische Formen von Interessen, Leitideen bzw. gesellschaftlichen Strukturen und Einrichtungen (Institutionen). Beispielsweise umfasst die kulturelle Ordnung – begriffen als der gesellschaftliche Überbau einer Gesellschaft – das akzeptierte Normen- und Wertesystem bzw. alle geteilten Vorstellungen und Ideologien. Dabei spielen insbesondere für Wahrnehmungen und Bewertungen von sozialer Ungleichheit jene der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit eine besondere Rolle. Als übergeordnetes Strukturprinzip umfasst es alle kulturell vorherrschenden Kriterien einer Normal- und Moralgesellschaft. Beispielsweise die demokratischen Basisnormen (Gleichheitspostulat) und alle Vorstellungen über das Niveau der Lebenshaltung. Die gesellschaftliche Kultur fungiert auch im Sinne der Tradierung und Weiterentwicklung aller kulturellen Wissensbestände. Insofern wirkt die kulturelle Ordnung als Filter bzw. Verstärker für das öffentliche Bewusstsein, ist gesellschaftliche Leitvorstellung und inkludiert kulturelle Ziele. Im Bereich der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit lassen sie sich nach Max Haller und Kollegen (1995: 225) auf einem Kontinuum von egalitär bis antegalitär bzw. kritisch bis affirmativ anordnen. Infolgedessen kann man zunächst folgendes annehmen: je verbreiteter bzw. homogener Leitbilder und Normen (als Bewertungsgrundlage) zu sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit sind, desto kritischer ist die Haltung gegenüber gesellschaftlicher Ungleichheit bzw. desto geringer ist die latente Akzeptanzbereitschaft (bzw. desto höher die Ablehnungsbereitschaft).

Obwohl es eine Vielzahl grundlegender (multidimensionaler) kultureller Norm- und Leitvorstellungen gibt, zählen der religiös-konfessionelle Hintergrund, die ethnisch-kulturelle Zusammensetzung und der politisch-ideengeschichtliche Hintergrund zu den charakteristischen Merkmalen auf gesellschaftlicher Ebene: Auch wenn gegenwärtig ein grundlegender Trend der Säkularisierung zu beobachten ist, lässt sich der jahrhundertlange Einfluss von dominanten religiös-konfessionellen Bewegungen und ihre prägenden Wirkungen hinsichtlich der Bildung gesellschaftlicher Wertorientierungen nicht übersehen (Mau/ Verwiebe 2009). Allgemein erzeugen Religionen eine Kulturgemeinschaft, spezifisch nehmen sie eine Position in Bezug zu sozialer Gerechtigkeit ein, beispielsweise wie sie entsteht bzw. eine gerechte Gesellschaft herbeigeführt werden kann. Da Konfessionen damit unterschiedliche Gesellschaftsbilder zeichnen, üben sie einen relevanten Einfluss auf das individuelle Denken und Handeln aus (Haller 1989). Im Zuge der Gegenreformation konnten sich Ideen des Protestantismus (bzw. Puritanismus und Calvinismus) über den europäischen Raum verbreiten. Dieser vertrat den Individualismus fördernde Aspekte und die Verantwortlichkeit des Einzelnen, aber auch die Notwendigkeit der Gleichheit von Lebenschancen (Anm.: aber weniger die

der Verteilungsgerechtigkeit). Hingegen hat die katholische Soziallehre die Menschenwürde, die Solidarität, Subsidiarität und die Verantwortlichkeit der Gemeinschaft (Schäschling 2003), z. B. gegenüber schlechter gestellten und benachteiligten Menschen und Gruppen, stark propagiert (Troeltsch 1965). Schon aufgrund dieses kulturellen Hintergrundes kann angenommen werden, dass Menschen in mehrheitlich katholisch geprägten Ländern – im Vergleich zu protestantisch geprägten Regionen – zu einer eher kritisch-egalitäreren bzw. ablehnenden Haltung gegenüber ungleichen Verhältnissen tendieren.

Aufgrund seiner Geschichte kann Europa mit seinen Ländern bzw. Regionen als ein multi-ethnischer Raum aufgefasst werden. Unter Ethnie ist eine Gruppe von Menschen zu verstehen, die sich durch gleiche Abstammung von gemeinsamen Vorfahren gebildet hat. Nicht nur wegen der Erschwerung des kulturellen Austausches über die Sprache¹⁴³ als zentrales Kommunikationsmittel, sondern auch wegen der Ideendiffusion bzw. der fehlenden Entwicklung von solidarischen Gefühlen der Zusammengehörigkeit sind differenzierte Gesellschaften in ethnisch-kultureller Hinsicht benachteiligt. Bei ethnischer Homogenität ist hingegen das Bewusstsein für die Gemeinsamkeit stärker ausgeprägt, was wiederum eine eher kritisch-distanzierende Haltung gegenüber Ungleichheiten stärkt. In ethnisch-heterogenen Ländern und Regionen kann zwar ein breiteres Spektrum an Wertorientierungen wahrgenommen und erlebt werden, jedoch herrschen eher affirmative Akzeptanzvorstellungen vor (Haller 1989; Haller et al. 1995).

Nicht zuletzt spielen auch politische Ideologien eine entscheidende Rolle gegenüber Gleichheitsvorstellungen. Über viele Jahrzehnte war die politische Sozialisation in den – nunmehr ehemals – (staats-)sozialistischen Staaten in Europa von kommunistischen Ideen und Bewegungen bzw. von kritisch-egalitären Gleichheitsvorstellungen geprägt. Diese haben nicht nur eine historische, sondern nach wie vor eine nachhaltige bzw. reale soziale Bedeutung für das Denken und Handeln von Menschen in den Staaten des ehemaligen Ostblocks. Im Gegensatz kann gemutmaßt werden, dass kapitalistisch-marktwirtschaftlich verfasste Länder (wie z. B. Großbritannien) stärker mit einer (neo-)liberalistischen Denktradition gekennzeichnet waren und noch immer sind. Es kann also vermutet werden, dass so sozialisierte Personen daher eher zu einer affirmativen bzw. ungleichheitsakzeptierenden Sichtweise neigen, da in dieser Ideologie dem Individuum und der persönlichen Freiheit traditionell eine besondere Bedeutung zukommt (Bauer/ Wall-Strasser 2005; Engel 1998). Üblicherweise nehmen solche Länder auch eine schwächere sozialstaatliche Rolle ein (Esping-Andersen 1990; Pankoke 1986).

Hinsichtlich der sozialen Ordnung gilt die Wertschätzung der Menschen füreinander und die Verteilung des sozialen Ansehens als zentraler Indikator der gesellschaftlichen Ungleichheit. Dahinter fungiert der Mechanismus der sozialen Schichtung, die eine spezifische Sozialstruktur mit unterschiedlichen Statuslagen entstehen lässt. Dahingehend kann je nach sozialer Distanz beispielsweise zwischen Privilegierten und Benachteiligten mit je verschiedenen Lebenschancen unterschieden werden. In modernen, arbeitsteiligen und leistungsorientierten Gesellschaften lässt sich die soziale Ordnung nach den Bildungs-, den Beschäftigungs- und nach den Einkommens- bzw. Vermögensstrukturen (z. B. erzieltes Einkommen und vorhandener Besitz), aber auch nach anderen

¹⁴³ Europa kann in Sprachgemeinschaften bzw. -familien, konkret in die indogermanischen Sprachen (germanische, romanische/lateinische, slawische Sprachen) und finno-ugrische Sprachen (Finnisch und Ungarisch) zusammengefasst werden (Jordan-Bychkov/ Bychkova-Jordan 2002).

bzw. neueren Kriterien beschrieben werden (z. B. Gesundheit). Soziologisch haben die Kriterien für die Reproduktion der vertikal-statusbezogenen sozialen Ungleichheit hohe Relevanz, wo im Hintergrund auch andere sozialen Prozesse, wie z. B. die der Partnerwahl/Familienbildung, Sozialisation von Generationen, Netzwerkbildung einflussreich sind (Haller 1989).

Eine plausible Annahme baut auf der damit in Verbindung stehenden (zukünftigen) Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit auf: Je stärker der Schichtcharakter einer Gesellschaft, desto eher bilden sich kritisch-egalitäre Vorstellungen bzw. eine ablehnende Haltung gegenüber sozialer Ungleichheit aus. Das Bildungssystem eines Landes bzw. die staatlichen Bildungsausgaben im Rahmen sozialpolitischer Maßnahmen dafür sind ein Indiz für eine mehr oder weniger geschichtete Gesellschaft, weil die Verteilung von Bildungsgraden (d. h. das Bildungsniveau) nach wie vor eine entscheidende Rolle bei der (Status-)Zuweisung zu beruflichen Positionen spielt. Bildung und Beruf ermöglichen die Erzielung eines Erwerbseinkommens bzw. regeln die Verteilung des primären und sekundären Einkommens von Individuen und Haushalten (Anm.: über die sekundäre Einkommensverteilung durch sozialpolitische Einflussnahmen). In ihrer letztendlichen Konsequenz wird über diesen Mechanismus die (Re-)Produktion von sozialen Verkehrskreisen und Lebensstilen (mit-)entschieden. Affirmative Gleichheitsvorstellungen sind daher eher – so die begründete Vermutung – in Gesellschaften vorzufinden, die durch einen relativ geringen Grad an struktureller gesellschaftlicher Ungleichheit gekennzeichnet sind bzw. wo die gesellschaftlichen Positionen gleichmäßiger und die Ressourcen gerechter unter den Mitgliedern verteilt sind. Je höher beispielsweise die Bildungs- oder Einkommensungleichheiten, desto geringer ist die subjektive Bereitschaft, die bestehende Ungleichverteilung zu akzeptieren. Umgekehrt steigt die Akzeptanzbereitschaft, je mehr z. B. für Bildung und Gesundheit zur Verfügung gestellt wird.

Was die Verteilung der institutionalisierten Macht und Kräfte anbelangt, ist die politische (Herrschafts-)Ordnung maßgeblich. Sie ist Ausdruck der sozialen Organisation von Gruppierungen zur Erreichung bestimmter Ziele und der Etablierung einer politischen Ordnung. In modernen demokratischen Gesellschaften stellt sie die historisch-konkrete Verflechtung und Durchdringung der politischen Institutionen – vor allem von Staat, Regierung und Parteien –, der wirtschaftlichen Interessenverbänden (auf Seite von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen) und anderer sozialer Bewegungen dar (z. B. Kirchen, Wohlfahrtsverbände oder Umweltbewegungen). Auf der Ebene der allgemeinen politischen (Rechts-)Verfassung einer Gesellschaft stellt sich zunächst die Frage, welche kollektiven AkteurInnen es im politischen System gibt und wie umfassend die Aufgaben der staatlichen AkteurInnen sind (Gabriel/ Bretschneider 1994). In politisch föderal verfassten Staaten (Föderalismus) ist die Verantwortung und Autonomie beispielsweise auf mehrere Ebenen und AkteurInnen verteilt. Dort werden eigene sachliche Kompetenzbereiche, wie die eigenständige Regelung von Teilbereichen (z. B. Bildung, Gesundheit, Sicherheit), die administrative Verwaltung und die Verteilung von Ressourcen dezentraler, zumeist geografisch eingegrenzter Teilgebiete über z. B. (teil-)autonome Gliedstaaten organisiert (z. B. Länder, Bundesländer). Funktional verstärken Föderalstaaten Demokratie und Pluralismus, die politische Partizipation und Willensbildung auf mehreren Ebenen (Benz/ Lehnbruch 2001; von Beyme 2007). Der Zugang zum politischen System ist direkter, weil die Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme und der Mitgestaltung den „regionalen“ Erfordernissen und Bedürfnissen eher angepasst werden kann als das in zentralistischen Einheitsstaaten möglich wäre (Haller et al. 1995). Umgekehrtes ist bei zentralistischen Einheitsstaaten der Fall: Je stärker zentralisiert das politische System und je dominanter einige

wenige politische AkteurInnen sind, desto eher dominieren egalitär-kritische Vorstellungen von Gleichheit bzw. desto häufiger werden soziale Ungleichheiten abgelehnt.

Die politische Ordnung stellt darüber hinaus den gegenwärtigen Stand der Kräftekonstellation bzw. des -gewichts in den Machtzentren dar. Hinsichtlich sozialer Ungleichheit zählen in modernen kapitalistischen Gesellschaften nach wie vor das Kapital und die Arbeit zur wichtigsten klassenspezifischen Macht- und Interessenbruchlinie. Daher kommt der Interessenformierung und -organisation der Arbeiterklasse bzw. Politisierung der Gewerkschaften besondere Bedeutung zu (Haller et al. 1995). Sie repräsentiert den institutionalisierten Klassenkonflikt (sog. regulierter Klassen- bzw. Interessenkampf), da darüber die wichtigsten sozialpolitischen Rechte und Maßnahmen zur Beseitigung bzw. Milderung sozialer Risiken, Probleme und Ungleichheiten (z. B. über Interventionen soziale Sicherung, Hilfe und Versorgung, Sozialhilfe und Sozialarbeit) erreicht wurden bzw. nach wie vor werden (Amann 2000). Der Gegensatz zählt zur wichtigsten Triebfeder zum Ausbau des sozialen Sicherungssystems und Wohlfahrtsstaates (Ullrich 2005). Daher kann davon ausgegangen werden, dass die politische Durch- und Umsetzung umso besser ist, je höher der Grad der Organisation und der politischen Durchschlagskraft der benachteiligten Gruppen (wie z. B. der ArbeitnehmerInnen) ist. Durch die Thematisierung der Ungleichheitsproblematik in der Öffentlichkeit wird zudem ein Klima der tendenziellen Ablehnung von sozialer Ungleichheit in der Bevölkerung geschaffen und egalitär-kritische Ungleichheitsvorstellungen können stärker Fuß fassen bzw. sich nachhaltig verankern und institutionalisieren. Als zusätzliches Indiz für dieses Klima können außerdem die partei- und regierungspolitischen Möglichkeiten genannt werden. Historisch gesehen haben bestimmte Bewegungen in der politischen Parteilandschaft ihren Niederschlag gefunden. Manche davon haben sich mehr um die Anliegen sozial Schwacher und Gefährdeter bemüht, wie z. B. Bildungsferne, ArbeiternehmerInnen, PensionistInnen, Frauen, ethnische Minderheiten, sexuell Andersorientierte. Dafür steht allem voran die Stärke der am „linken“ Spektrum stehenden Parteien (insbesondere kommunistische, sozialdemokratische, ökologische Parteien) bzw. die Verbreitung einer politisch „linken Kultur“ in der Bevölkerung.

Die Wirtschaftsordnung und ihre Produktionsverhältnisse sorgen für die Produktion und Verteilung ökonomisch notwendiger Güter und Dienstleistungen. Sie wird heute über die zentralen wirtschaftlichen Institutionen der Marktwirtschaft organisiert und als zentraler Produzent von Wohlstand und Lebensstandard angesehen. Prosperierende und florierende Wirtschaften geben weniger Anlass, die Ungleichheitsverhältnisse kritisch zu hinterfragen, wenn das Wirtschaftssystem insgesamt für die Mehrheit Wohlstand und ökonomische Absicherung gewährt (Wohlstand, Wirtschaftswachstum) – weniger wohlständige Gesellschaften und durch Krisen gebeutelte Wirtschaftsordnungen hingegen umso mehr (Arbeitslosigkeit, Inflation). Es wird hier daher angenommen, dass je höher das sozioökonomische Entwicklungsniveau (d. h. der Wohlstand) einer Gesellschaft und je weniger krisenhaft die wirtschaftliche Situation (Inflation, Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit) ist bzw. wahrgenommen/bewertet wird, desto häufiger sind affirmativ-legitimierende Ungleichheitsvorstellungen bzw. die Ungleichheiten akzeptierende Orientierungen in der Bevölkerung vorhanden.

In der nachfolgenden Tabelle 25 sind die verwendeten Indikatoren für die makro- bzw. mesosozialen Dimensionen der Ungleichheit zusammengefasst, nach denen europäische Länder und Regionen beschrieben werden können, und welcher vermutete Zusammenhang mit der Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit besteht: Im Bereich der kulturellen Ordnung handelt es sich um den Grad

religiöser und ethnischer Homogenität und die Kategorie der politischen Ideengeschichte. Es wird vermutet, dass alle drei Aspekte der kulturellen Ordnung einen negativen Einfluss auf die Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit ausüben. Operationalisiert werden sie durch den Bevölkerungsanteil römisch-katholischer Konfession bzw. den Anteil der größten Ethnie an der Gesamtbevölkerung. Dabei handelt es sich jeweils um analytische Merkmale auf Länderebene mit metrischem Messniveau, da der Anteil theoretisch zwischen 0 und 100 variieren kann. Die Daten wurden aus dem World Factbook entnommen (CIA 2012). Die Ideengeschichte wurde durch die historische (globale) Kategorie, die zwischen (ehemals) staatssozialistischem versus kapitalistisch-marktwirtschaftlichem System differenziert, messbar gemacht.

Auch für die soziale Ordnung können mehrere Indikatoren gefunden werden: Für den strukturellen Bereich die staatlichen Sozialausgaben für Bildung und Gesundheit (in % des Bruttosozialprodukts BSP) (Fischer Weltalmanach 2000), analytisch das Bildungsniveau auf regionaler Ebene als Anteil an der Bevölkerung, die zumindest einen Sekundarabschluss erreicht haben und das Niveau der Arbeitslosigkeit, d. h. die Arbeitslosenquote einer Region (EUROSTAT 2012). Zusätzlich werden europäische Länder nach der Ungleichheit der Vermögens- bzw. Einkommensverteilung (hier über den Gini-Index) strukturell beschrieben (Weltbank 2001). Als Indikator für die Gesundheit einer Bevölkerung wird die regionale Lebenserwartung (im Alter von <1 Jahren) herangezogen (EUROSTAT 2012). Beide Indikatoren weisen jeweils metrisches Datenniveau mit theoretischen Wertebereichen von 0 bis 100 auf.

Globaler Indikator der politischen Herrschaftsordnung ist die Zentralisierung eines politischen Systems, das auf Länder- bzw. Regionsebene nominal zwischen Einheits- und Föderalstaat unterscheidet (Fischer Weltalmanach 2000). Als metrische Maßzahl der Organisation der Arbeiterklasse wird der gewerkschaftliche Organisationsgrad (Mitgliederstärke von Gewerkschaften) auf Ebene der europäischen Nationalstaaten verwendet (ILO 2012; OECD 2012a, 2012b). Als analytischer Indikator der politisch-ideologischen Kultur einer Region, der aus den ISSP-Daten aggregiert wurde, fungiert der Anteil jener Personen, die sich selbst hinsichtlich ihrer politischen Haltung, Einstellung und Ansichten auf einem Links-Rechts-Kontinuum „*(far) left*“ oder „*center left*“ eingestuft haben (Inglehart/ Klingemann 1976; Klingemann 1982).

Für die Dimension der ökonomischen Ordnung spielt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Produktionstätigkeit die zentralste Rolle. Als metrischer Indikator für den Gesamtwert aller hergestellten und zum Verbrauch dienenden Waren und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft wird das regionale Bruttoinlandsprodukt (BIP pro Kopf zu laufenden Marktpreisen in Kaufkraftstandards, d. h. unter Berücksichtigung unterschiedlicher Preisniveaus) des entsprechenden Jahres verwendet. Darüber hinaus gibt die reale Wachstumsrate der regionalen Bruttowertschöpfung ihre Veränderung in Prozent des Vorjahres an. Als weiterer Indikator wird die durchschnittliche nationale Inflationsrate verwendet, die den Anstieg des Preisniveaus in einer Volkswirtschaft ausdrückt oder die Möglichkeit, dieselbe Menge an Waren und Dienstleistungen zu erwerben bzw. für die Lebenserhaltung zu sorgen (sog. Verbraucherpreisindex). Die genannten Indikatoren weisen jeweils metrisches Datenniveau auf (EUROSTAT 2012).

Tabelle 25: Verwendete Indikatoren der gesellschaftlichen Ordnung von sozialer Ungleichheit

Dimensionen und Aspekte		Indikatoren	Definition und Beschreibung	Merkmal ¹	Einheit ²	Daten ³	Range
KO Kulturelle Ordnung							
1	Religiös-konfession. Hintergrund	Religiöse Homogenität	Zusammensetzung als Bevölkerungsanteil Katholiken in einem Land (in %)	a	L	m	0-100
2	Ethnisch-kulturelle Basis	Ethnische Homogenität	Bevölkerungsanteil der größten Ethnie des Landes (in %)	a	L	m	0-100
3	Politische Ideen- geschichte	Typus des pol- itischen Systems	Kapitalistisch vs. (ehemals) staatssozialistisch	g	L	n	0/1
SO Soziale Ordnung							
1	Bildungs-/Gesund- heitssystem	Staatliche Ausgaben	Sozialausgaben für Bildung und Gesundheit (in % des BSP)	s	L	m	0-100
2	Bildungssystem	Bildungsniveau/- abschlüsse	Anteil der Personen zw. 20-64, die mindestens einen höheren Sekundar- schulabschluss erreicht haben	a	R	m	0-100
3	Beschäftigung bzw. Exklusion	Arbeitslosigkeit	Arbeitslosenquote: Anteilige Arbeitslose in % aller Erwerbspersonen im Alter von 15 Jahren und mehr	a	R	m	0-100
4	Verteilung von Einkommen	Gini-Index	Ausmaß der ungleichen Verteilung von Individuen und Haushalten als Abweichung von der Gleichverteilung	s	L	m	0-100
5	Gesundheitsniveau	Lebenserwartung	Anzahl zu erwartender Lebensjahre einer Person (<1 Jahr), gg. Sterbebedingungen	s	R	m	0-100
PO Politische Ordnung							
1	Politisches System	Staatliche Zen- tralisierung	Zentraler Einheitsstaat vs. Föderalstaat	g	L	n	0/1
2	Politische Organisation	Gew. Organisati- onsgrad	Anteil der Mitglieder einer Gewerkschaft an allen Lohn- bzw. GehaltsbezieherInnen	s	L	m	0-100
3	Politisches Klima	Verbreitung „linker“ Partei- ideologien	Anteil von Personen, die sich auf der Links-Rechts-Skala „(far) left“ bzw. „center left“ einstufen (in %)	a	R	m	0-100
ÖO Ökonomische Ordnung							
1	Wirtschaftsleistung	Bruttoinlands- produkt (BIP)	BIP pro EinwohnerIn zu laufenden Markt- preisen nach Kaufkraftstandards (KKS)	s	R	m	0-
2	Wirtschaftliche Veränderung	Wirtschafts- wachstum	Reale Wachstumsrate der regionalen Bruttowertschöpfung zu Herstellungs- preisen (Veränderung in % des Vorjahres)	a	R	m	+-
3	Entwicklung des Preisniveaus	Verbraucher- preisindex	Durchschnittliche jährliche Preissteiger- ung (Inflationsrate in % des BIP)	s	L	m	+-

Legende: Indikatoren weisen ¹ entweder analytische (a), globale (g), strukturelle (s) Merkmale auf, ² werden auf Ebene der Region (R) oder des Landes (L) gemessen und ³ haben nominales/kategoriales (n) oder metrisches (m) Datenniveau.

Was die kulturelle Dimension von Europa anbelangt, betrug der Katholikenanteil in den 107 analysierten Regionen bzw. 14 Ländern im Mittelwert MW=54,9 % (Median MD=67,5 %) und variiert beträchtlich zwischen weniger als 2 % in Großbritannien und Schweden bis über 90,0 % in Polen und Spanien (Standardabweichung SD=33,9). Europäische Regionen sind auch durch ihre ethnische Durchmischung charakterisiert, wobei durchschnittlich MW=87,5 % der Bevölkerung sich überwiegend aus einer ethnischen Gruppe zusammensetzt (MD=89,9 %). Die Streuung fällt mit SD=9,8 geringer aus, variiert von Land zu Land jedoch zwischen minimal 56,5 % (Lettland) und > 97,0 % (Polen, Österreich und Portugal). Was die politische Ideengeschichte angeht, fallen jeweils etwa die Hälfte der Länder in ehemals staatssozialistische (Bulgarien, Deutschland (ehem. Osten), Lettland, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn) bzw. kapitalistisch-marktwirtschaftliche Politiksysteme (Deutschland (West), Frankreich, Großbritannien, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien).

Die Variationsbreite bei den staatlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit betrug zwischen 3,2 und 8,3 % des BSP (SD=1,0 bzw. 1,5). Durchschnittlich wurden für Bildung 5,5 % und für Gesundheit 6,0 % von staatlicher Seite investiert. In den entsprechenden Erhebungsjahren haben der bulgarische Staat (3,3 bzw. 3,2 %) und der ungarische Staat (4,7 bzw. 4,1 %) jährlich – gemessen am BSP – am wenigsten und Schweden am meisten (8,3 bzw. 7,2 %) für Bildung und Gesundheit ausgegeben. Die Lebenserwartung bei der Geburt (<1 Jahr) in den 14 Ländern bzw. 107 Regionen betrug 1999/2000 im MW=76,0 und im MD=76,4 Jahre mit einer beträchtlichen absoluten Differenz von 10 Jahren, also zwischen minimal 70-71 Jahren (z. B. in einigen ungarischen, lettischen und bulgarischen Regionen) und über 79 Jahren (Anm.: Vorwiegend in deutschen, österreichischen, schwedischen, französischen und spanischen Regionen). Die Lebenserwartung bei der Geburt betrug 2002 in der gesamten EU-27 für Frauen 80,9 und für Männer 74,5 Jahre (EU-15 (2000): 81,1 für Frauen und 75,5 für Männer).

Was die Bildungsabschlüsse der in Betracht gezogenen europäischen Regionen anbelangt, so hatten im Mittel MW=70,5 % (MD=75,3 %) zumindest einen Abschluss im sekundären Bildungsbereich (Sekundarbildung, Sekundarstufe). In der EU-27 (2000) betrug der Anteil 64,9 %. Dieser durchschnittliche Anteilswert spiegelt jedoch am unteren Ende keineswegs portugiesische Regionen (zwischen 15,6 und 29,9 %) oder spanische Regionen (zwischen 32,7 und 50,4 %) wider (SD=16,7 %). Zu den Regionen mit überdurchschnittlich häufigen Sekundarquoten zählen Regionen unterschiedlichster Länder, wie z. B. aus Deutschland (Sachsen: 93,7 %, Thüringen/Mecklenburg-Vorpommern: 90,7 %), eine tschechische Region (Prag: 93,6 %) oder eine slowakische Region (Bratislava: 90,7 %).

Was die Exklusion vom Arbeitsmarkt bzw. Arbeitslosigkeit anbelangt, so hatte die EU-27 (2000) eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 10,0 % und die untersuchten Regionen eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von MW=10,1 % (MD=8,3 %), die eine beträchtliche regionalen Variationsbreite (SD=5,3 %) zwischen unter 5 % (z. B. österreichische Bundesländer) und überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenraten von mehr als 20,0 % aufwies. Unter letztere fallen das deutsche Bundesland Sachsen-Anhalt (20,2 %), zwei slowakische Regionen (Stredné und Východné Slovensko: 20,9 % bzw. 23,9 %) bzw. drei bulgarische Regionen (Severozapaden, Severoiztoche, Yugoiztochen: 21,2-23,7 %) und eine spanische Region (Sur: 24,7 %). Hinsichtlich des Einkommens wird deutlich, dass alle 14 europäischen Länder von Verteilungsungleichheit in unterschiedlichem Ausmaß gekennzeichnet sind. Durchschnittlich haben die Staaten einen Gini-Index von MW=28,9 (EU-25 Vergleichswert (2000): 29,0), im Median einen Gini-Index von MD=30,0 aufgewiesen (SD=4,3).

Relativ gleichmäßiger verteilt sich das Einkommen auf Individuen und Haushalte in der Slowakei, Österreich, Ungarn, Schweden und der Tschechischen Republik. Relativ ungleichmäßiger – zumindest im Vergleich zum Mittelwert/Median – verteilen sie sich in Großbritannien, Portugal, Frankreich, Spanien und Polen.

Die politischen Systeme können folgendermaßen beschrieben werden: Das Ländersample besteht zu zirka zwei Fünftel (44,0 %) aus Regionen aus (vormals) föderalistischen Staaten, und zwar Deutschland (ehem. DDR und Westdeutschland), Österreich, Tschechische und Slowakische Republik (ehem. Tschechoslowakei) bzw. Slowenien (ehem. Jugoslawien). Die restlichen Regionen sind bzw. waren zentralistisch verfasste Staaten. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den Ländern fällt extrem unterschiedlich aus ($SD=17,6$) und variiert zwischen niedrigen 8,0 % in Frankreich, 16,0 % in Spanien oder 22,5 % in Portugal bis auf überdurchschnittliche hohe Anteile in Bulgarien und Schweden (jeweils über 55 %). Der durchschnittliche Organisationsgrad der Angestellten und ArbeiterInnen beläuft sich auf zirka 30,0 bis 33,0 % wie in Großbritannien, der Slowakischen und Tschechischen Republik. Das gleiche gilt für das politische „linke“ bzw. „sozialdemokratische“ Klima in den Regionen: Aus den Individualdaten des ISSP wurden regionale Anteile von durchschnittlich $MW=34,9$ % ($MD=36,8$ %) errechnet. Auf regionaler Ebene streuen die Anteile jedoch um beträchtliche 70 %-Punkte ($SD=15,1$). In sieben Regionen gaben 10 % der Befragten oder noch weniger eine solche politische Tendenz an (z. B. in slowenischen oder lettischen Regionen), hingegen war in 15 Regionen ein Anteil von mehr als 50 % auszumachen (einzelne Regionen aus Polen, Frankreich, Österreich, Spanien, Portugal, Deutschland (Ost) und Ungarn).

Auch hinsichtlich der ökonomischen Wirtschaftsleistung bestehen enorme Unterschiede in Europa: Das regionale BIP in den 14 Ländern betrug im Durchschnitt zirka $MW=15.500$ EUR pro Kopf ($MD=14.500$ EUR/Kopf) und wies eine Streuung von $SD=6.680$ EUR auf. Die wirtschaftlich ärmsten Regionen hatten ein BIP von unter 5.000 und die reichsten eines von über 30.000, also die bis zu sechsfache Wirtschaftskraft. Im Vergleich wurde für die EU-15 (1999) ein durchschnittliches regionales BIP 21.258 EUR/Kopf und mit 10 Beitrittsländern (AC-10) ein regionales BIP von 19.294 EUR/Kopf ausgewiesen (EUROSTAT 2012). Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den 107 Regionen betrug 4,3 % ($MD=4,1$ %) und variierte um $SD=2,3$ (Vergleich mit EU-25/27 (2000): 3,9 %). Die höchsten wirtschaftlichen Wachstumsraten betrugen mehr als 10,0 % und konnten in polnischen und bulgarischen Regionen beobachtet werden. Von einem unterdurchschnittlichen Wachstum von < 1,0 % des BIP im Vergleich zum Vorjahr, d. h. eher schlechten Wirtschaftsaussichten, waren slowakische, ungarische und deutsche Regionen gekennzeichnet. Die slowakische Region Západné Slovensko hatte ein negatives Wachstum von -0,6 %, d. h. eine schrumpfende Wirtschaft zu verzeichnen. Was die Preisentwicklung anbelangt, war die EU-27 (2000) von einer durchschnittlichen (harmonisierten) Inflationsrate von zirka 2,1 % betroffen. Für die hier betrachteten Regionen/Länder lag sie im Median bei $MD=2,4$ % und im Durchschnitt bei $MW=3,8$ %. Diese Differenz geht hauptsächlich auf die extremen Unterschiede zurück, die in den 107 Regionen zwischen 0,4 und 14,0 % lagen.

Die Verteilungsmaßzahlen über alle verwendeten Indikatoren können der nachfolgenden Tabelle 26 entnommen werden.

Tabelle 26: Indikatoren der gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung: deskriptive Statistik

Var.	Kurzlabel	MW	MD	Min	Max	SD	s^2	s^3
KO1	Religiöse Homogenität (% Katholiken)	54,9	67,5	0,2	99,0	33,9	-0,3	-1,3
KO2	Ethische Homogenität (% größte Ethnie)	87,5	89,9	56,5	99,0	9,8	-1,5	2,6
KO3	Pol. Ideengeschichte (0=kapital-, 1=staatssozialistisch)	0,5	1,0	0,0	1,0	0,5	0,2	-2,0
SO1a	Staatliche Sozialausgaben für Bildung (in % des BSP)	5,5	5,4	3,3	8,3	1,0	0,9	2,6
SO1b	Staatliche Sozialausgaben für Gesundheit (in % des BSP)	6,0	6,0	3,2	8,3	1,5	-0,2	-1,0
SO2	Bildungsniveau (% Sekundarschulabschluss)	70,5	75,3	15,6	93,70	16,7	-1,8	3,1
SO3	Arbeitslosenquote (in %)	10,1	8,3	2,3	24,70	5,3	0,8	0,1
SO4	Einkommensverteilung (Gini-Index)	28,9	30,0	19,5	36,1	4,3	-0,1	-0,8
SO5	Lebenserwartung (bei Geburt im Alter <1 Jahre)	76,0	76,4	70,2	80,3	3,1	-0,4	-1,1
PO1	Zentralisierung (0=Einheitsstaat, 1=Föderalstaat)	0,4	0,0	0,0	1,0	0,5	0,3	-2,0
PO2	Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	33,4	30,0	8,1	80,6	17,6	1,3	1,4
PO3	Politisches Klima (% „(far) left“ und „center left“)	34,9	36,8	0,0	70,3	15,1	-0,4	-0,4
ÖO1	Wirtschaftsleistung (BIP pro EinwohnerIn, KKS)	15457	14516	4821	32801	6683	0,3	-0,4
ÖO2	Wirtschaftswachstum (Veränderung in %)	4,3	4,100	-0,6	15,9	2,3	1,4	5,331
ÖO3	Inflationsrate (in %)	3,8	2,4	0,4	14,0	3,7	1,1	0,4

Anm.: $N=107$ Regionen; Legende: MW=Mittelwert, MD=Median, Min/Max=Min- bzw. Maximum, SD=Standardabweichung, s^2 =Skewness, s^3 =Kurtosis. Anm.: Die Daten entsprechen jenen aus den jeweiligen länderspezifischen Erhebungsjahren des ISSP-Moduls. Falls aus dem entsprechenden Jahr keine Daten vorhanden waren, wurden die aus dem nächst verfügbaren Jahr verwendet.

Anhand der deskriptiven Ergebnisse lässt sich erkennen, wie unterschiedlich sich die europäischen Länder und Regionen darstellen, wie vielgestaltig die gesellschaftliche Ordnung nach kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Indikatoren ist. Es zeigt, wie sich die Mitglieder einer Region bzw. eines sozialen Aggregats über die Dimensionen sozialer Ungleichheit verteilen, welche Zusammensetzung von Gruppen in der Bevölkerung damit erzeugt werden (Engel/ Simonson 2004). Es verdeutlicht die „*interne Differenzierung Europas*“ mit bedeutsamer Koinzidenz zwischen den einzelnen Dimensionen der sozialen Ungleichheitsordnung. „*Vergleiche zwischen verschiedenen europäischen Gesellschaften und Regionen (müssen) sich dieser Mehrdimensionalität des Kontextes „Europa“ bewußt sein (...). Andernfalls laufen solche Vergleiche Gefahr, festgestellte Differenzen aller Art vorschnell und oberflächlich nur einem einzigen Faktor zuzuschreiben*“ (Haller 1988: 14). Allesamt stellen sie erste Indizien für sehr unterschiedliche kontextuelle Rahmenbedingungen für Wahrnehmungen und Bewertung, Akzeptanz und Ablehnung von sozial ungleichen Lebensbedingungen dar. Die Frage ist jedoch, ob sich die ungleichen Charakteristiken auf die

individuelle Akzeptanzbereitschaft auswirken und die regionalen Variationen sich gleichförmig hinsichtlich der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit mitbewegen.

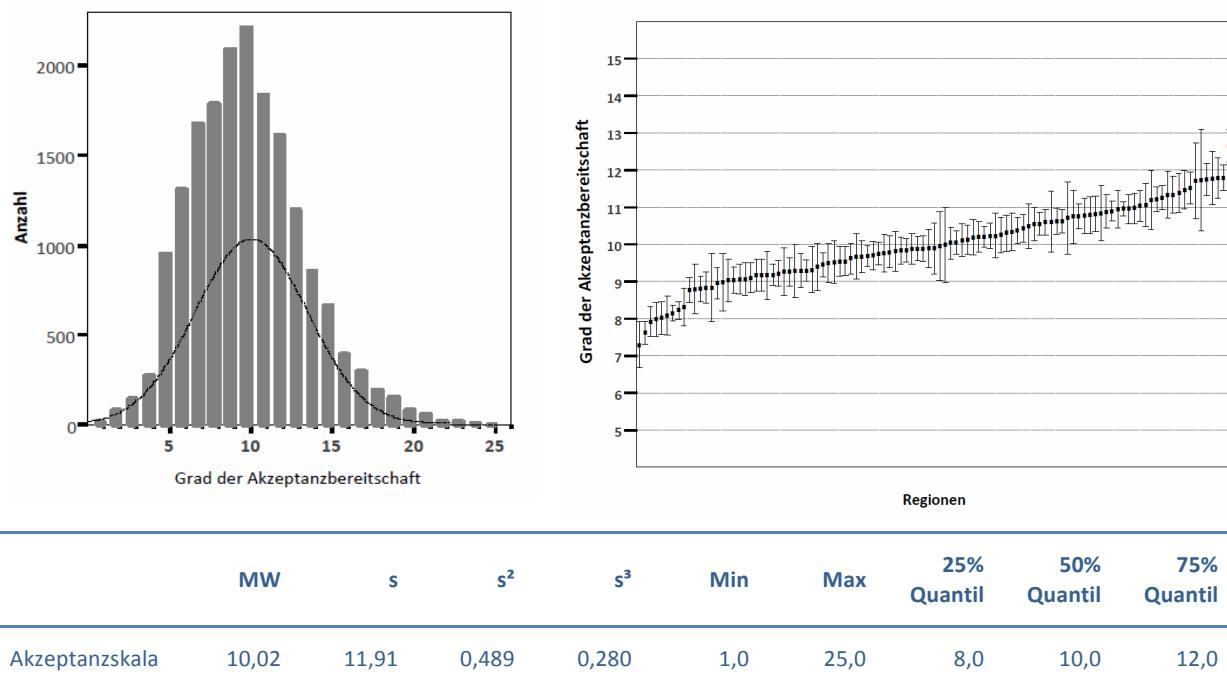
Auf Basis der Ergebnisse der konfirmatorischen Faktorenanalysen des Ergebniskapitels 7.1 wurde eine Summenskala aus den gemessenen Indikatoren der Akzeptanz sozialer Ungleichheit gebildet. Die Konstruktionslogik wurde so gewählt, dass mit zunehmender Akzeptanzbereitschaft der Skalenwert ansteigt und dass mit abnehmender Akzeptanzbereitschaft (bzw. mit zunehmender Ablehnung) der Skalenwert abnimmt. Da es sich um fünf Indikatoren mit fünfstufigem Antwortformat handelt, kann die Akzeptanzskala einen maximalen Akzeptanzwert von 25 Skalenpunkten erreichen (volle Akzeptanzbereitschaft), wohingegen ein Wert von 1 keine Akzeptanz ausdrückt. Aus diesen Skalenendpunkten lässt sich eine theoretische Skalenmitte von 13 ableiten, die eine mittlere Akzeptanzbereitschaft zum Ausdruck bringt. Der Skalenwert von 19 drückt hohe und der Wert von 7 niedrige Akzeptanzbereitschaft aus.

Insgesamt stehen Akzeptanzskalenwerte von $N_i=17.849$ Personen zur Verfügung. Die Skala weist einen empirischen Mittelwert von $MW=10,02$ auf (Anm.: Median hat den Wert $MD=10,00$), was auf eine niedrige bis mittlere durchschnittliche Akzeptanzbereitschaft hindeutet. Die subjektive Akzeptanzbereitschaft weist aber eine beträchtliche Streuung auf, da die empirischen Akzeptanzwerte den gesamten theoretischen Wertebereich abdecken. Die empirische Varianz der Individualwerte beträgt 11,91 (Standardabweichung $SD=3,45$). 24,8 % der Befragten können durch relativ niedrige bzw. keine Ungleichheitsakzeptanz beschrieben werden (Anm.: sie haben Skalenwerte bis maximal 8) und 21,8 % der Fälle haben mittlere bis hohe Akzeptanzbereitschaft (d. h. Skalenwerte von 12 oder mehr). Die Verteilung der Skalenwerte weist auf leichte rechtsschiefe Schiefe hin ($Skewness\ s^2=0,489$) und zeigt einen eingipfligen Verlauf ($Kurtosis\ s^3=0,280$). Aufgrund der deskriptiven Ergebnisse handelt es sich bei der Akzeptanzskala um eine metrische und approximativ normalverteilte Akzeptanzvariable. Eine grafische Veranschaulichung der individuellen Werte der Akzeptanzskala kann dem linken Teil der nachfolgenden Abbildung 9 entnommen werden.

Zu einem identen Ergebnis kommt das Ausgangsmodell der Mehrebenenanalyse. Im Nullmodell (*Modell 0*) erfolgt die Schätzung der individuellen Messwerte und eine Varianzzerlegung auf individueller und regionaler Ebene: Die $N_i=17.849$ befragten Personen weisen eine Mehrebenenstruktur auf, da sie in $N_j=107$ Clustern (Regionen) geschachtelt sind. Die durchschnittliche Regionsgröße beläuft sich auf 166,81 Personen je Region, wobei die Regionsgrößen zwischen 26 und 830 Fällen variieren. Auf Basis dieser Fallzahlen, der Datenstruktur und unter Zuhilfenahme des robusten ML-Schätzverfahrens (MLR) berechnet das Ausgangsmodell einen Gesamtmittelwert der Akzeptanzbereitschaft von $MW=9,99$ (sog. *grand mean*). Die Varianz auf Individualebene beträgt $s_w=10,87$. Aufgrund der Varianzzerlegung kann zusätzlich eine Varianz auf Regionsebene berechnet werden, die $s_B=0,98$ beträgt. Die individuelle und regionale Varianz ist jeweils hochsignifikant von Null unterschiedlich ($p<0,001$). Die regionalen Varianzanteile betragen auf Basis der Einzelindikatoren der Akzeptanzskala zwischen 4 und 11 % (bzw. die messfehlerbereinigten (true) ICC-Werte sogar zwischen 8 und 15 %; siehe Ergebniskapitel 7.1). Die hier vorgenommene Varianzzerlegung ermöglicht wiederum die Berechnung der Interklassenkorrelation (ICC), nun jedoch auf Basis der gebildeten Akzeptanzskala. Sie wird auf $ICC=0,083$ berechnet ($ICC = s_B / [s_B + s_w] = 0,983 / [10,871 + 0,983]$), was bedeutet, dass die Akzeptanzbereitschaft signifikant nach europäischen Regionen variiert und ein beträchtlicher Anteil von zirka 8 % der Akzeptanzunterschiede auf regionale Unterschiede zurückzuführen sind. Die

regionalen Streuungen werden in Form von Fehlerbalken im rechten Teil der Abbildung 9 dargestellt. Die Ergebnisse vom (Null-)Modell 0 rechtfertigen die Mehrebenenanalyse mit Hilfe regionaler Prädiktoren, wobei Indikatoren der gesellschaftlichen Ordnung zunächst in separaten Modellen eingeführt und bewertet werden. Ziel ist es, den Einfluss der ordnungssoziologisch relevanten Indikatoren für die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit auf regionaler Ebene zu klären. Für eine leichtere Interpretierbarkeit des Gesamtmittelwerts der Akzeptanz wurden regionale Indikatoren um ihren Gesamtmittelwert zentriert (sog. *grandmean centering*) und mittels robuster ML-Schätzmethode (RML) berechnet.

Abbildung 9: Verteilung der individuellen und regionalen Werte auf der Akzeptanzskala



Anm.: $N=17.849$; MW=Mittelwert, s=Varianz, s^2 =Skewness, s^3 =Kurtosis, das 50% Quantil entspricht dem Median. Die Fehlerbalken zeigen das 90%-Konfidenzintervall nach aufsteigend sortierten Regionsmittelwerten.

Zunächst wurden die Indikatoren der kulturellen Ordnung als Prädiktoren für die regional variierenden Akzeptanzmittelwerte in das Modell eingeführt. *Modell 1.1* schätzt einen Regionsmittelwert der Akzeptanzbereitschaft von 10,02. Die religiöse Homogenität und das politische System haben einen signifikanten nicht standardisierten Effekt auf die regionale Akzeptanz von sozialer Ungleichheit. Personen in ehemals staatssozialistischen Ländern neigen zu signifikant niedrigerer Akzeptanzbereitschaft als Personen in marktwirtschaftlich verfassten Ländern (-0,441 | $p<0,001$). Außerdem ist die Akzeptanzbereitschaft bedeutend niedriger in Ländern mit höherem Anteil römisch-katholischer Konfession (-0,255 | $p=0,021$). Lediglich die ethnische Homogenität weist keinen signifikanten Effekt auf, wenn auch tendenziell ebenfalls eine negative Auswirkung zu bestehen scheint. Je höher die Homogenität der ethnischen Zusammensetzung, desto geringer die Bereitschaft, die sozialen Ungleichheiten zu akzeptieren (-0,142 | $p=0,063$). Die Richtung der Effekte weist auf eine Bestätigung der Hypothesen hin. Insgesamt vermögen die Indikatoren der kulturellen Ordnung 26,5 % der Varianz der Akzeptanz auf regionaler Ebene aufzuklären. Trotz Aufklärung eines

bedeutenden Anteils verbleibt auf Regionalebene eine signifikante und erkläруngsbedürftige Residualvarianz von 0,731 ($p<0,001$).¹⁴⁴ Die Modellgüte fällt im Vergleich zum Ausgangsmodell erwartungsgemäß besser aus, was sich an der reduzierten Devianz ausdrückt (*Modell 1.1*: 93.491,334 bzw. *Modell 0*: 93.520,802).

Das *Modell 1.2* schätzt die Effekte der regionalen Indikatoren der sozialen Ordnung mit einem ganz ähnlichen Regionsmittelwert von 9,95. Zu den signifikanten Effekten zählen die nationalen Ausgaben für Bildung (+0,257 | $p=0,001$), das Bildungsniveau in der Region (+0,017 | $p=0,024$) und die Arbeitslosenquote (-0,031 | $p=0,044$). Die Effektrichtungen entsprechen erneut den hypothetischen Vorannahmen. Die Effektkoeffizienten für die Höhe der Gesundheitsausgaben (+0,081 | $p=0,418$), den Gini-Index der Verteilungsgerechtigkeit (+0,028 | $p=0,199$) und die Höhe der Lebenserwartung (+0,067 | $p=0,262$) werden aber nicht signifikant geschätzt. Das Modell klärt einen signifikanten (Fehler-)Varianzanteil auf Regionalebene auf (+0,586 | $p<0,001$), was bedeutet, dass 39,5 % der Varianz regionaler Akzeptanz durch die Indikatoren der sozialen Ordnung aufgeklärt werden können (60,5 % bleiben weiter unaufgeklärt). Die Berücksichtigung von Indikatoren der sozialen Ordnung hat zu einer besseren Modellanpassung im Vergleich zum Nullmodell geführt, was in einer deutlich geringeren Devianzstatistik von 93.472,740 zum Ausdruck kommt.^{145,146}

Das *Modell 1.3* berücksichtigt die verwendeten Akzeptanzindikatoren zur Beschreibung der politischen bzw. herrschaftlichen Ordnung. Es schätzt eine mittlere regionale Akzeptanzbereitschaft von 9,978 und nur ein Indikator ist signifikant. Dabei handelt es sich um das politische Klima der Region. Je höher der regionale Anteil von Personen, die politisch in Richtung „links“ (bzw. sozialdemokratisch) tendieren, desto höher die Akzeptanzbereitschaft in der Region (+0,023 | $p<0,001$). Weil positiv geschätzt, ist dieser Effekt entgegen der eingangs formulierten Richtungshypothese. Eine alternative (ad-hoc) Erklärung könnte lauten, dass in Ländern bzw. Regionen, wo ein politisch „linkes“ Klima herrscht, sich die subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen von Ungleichheit demgemäß „anpassen“. Und zwar in der Weise, dass das herrschende politische Klima sich nach dem demokratischen Wahlentscheid in der politischen Parteistärke, Regierungsbeteiligung und in einer legitimierten Verantwortung im Sinne der Reduzierung bzw. Beseitigung von sozialer Ungleichheit niederschlägt. Der machtpolitische Indikator allein vermag nur 8,8 % der regionalen Varianz aufzuklären, was aber schon zu einer besseren Modellanpassung führt (Devianz: 93.512,050). Die Zentralisierung des politischen Systems (+0,298 | $p=0,135$) und der Grad gewerkschaftlicher Organisation (+0,012 | $p<0,001$) wird in diesem Modell nicht signifikant geschätzt.

¹⁴⁴ Anm.: Der Anteil der Varianz der Akzeptanz auf individueller Ebene wird weiterhin auf $s_w=10,87$ ($p<0,001$) geschätzt und bleibt unverändert, da keinerlei individuelle Prädiktorvariablen in die hier diskutierten Modelle eingeführt wurden.

¹⁴⁵ Aus methodischer Sicht ist anzumerken, dass beide Indikatoren der Gesundheit, also die staatlichen Ausgaben für Gesundheit und die Lebenserwartung, miteinander hoch mit $r=0,738$ ($p<0,001$) korrelieren, auf Multikolinearität im Modell hinweisen und erklären, warum nur eine Variable im Modell signifikant wird. Ähnliches dürfte für den Gini-Index gelten, der mit dem regionalen Bildungsniveau mit $r=-0,505$ ($p<0,001$) korreliert.

¹⁴⁶ Anm.: In inhaltlicher Sicht weisen die Sachverhalte auf empirisch bekannte Zusammenhänge hin. Die Variablenkonstellation erinnert stark an den Human Development Index (HDI), einem von den Vereinten Nationen (UNO) seit 1990 geführten Index der menschlichen Entwicklung. Er dient als Wohlstandsindikator auf Länderebene und berücksichtigt als Teilindizes die Lebenserwartung (Indikator der Gesundheitsfürsorge, Ernährung, Hygiene), das Pro-Kopf-Einkommen und den Bildungsgrad (Indikatoren für Lebensstandard; Einkommen, erworbene Kenntnisse und Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben) (UNO 2011).

Auch das *Modell 1.4* mit Indikatoren der ökonomischen Ordnung schätzt nur einen, jedoch hochbedeutenden Effekt des Bruttoinlandsprodukts (BIP/Kopf) auf die regionale Akzeptanz von sozialer Ungleichheit. Je höher die Wirtschaftsleistung¹⁴⁷, desto höher wird eine mittlere Akzeptanzbereitschaft geschätzt (+0,085 | p<0,001). Das bestätigt den vermuteten Zusammenhang. Das Wirtschaftswachstum (-0,021 | p=0,624) und die Inflationsrate (-0,004 | p=0,885) werden im Modell als statistisch unbedeutend für die Akzeptanz geschätzt. Im Gesamtmittelwert bei im Durchschnitt liegendem BIP/Kopf wird ein Wert von 9,971 auf der Akzeptanzskala geschätzt. Das BIP alleine vermag zirka ein Drittel (34,7 %) der regionalen Varianz aufzuklären, was erneut zu einer besseren Modellanpassung führt (Devianz: 93.504,838).

Da die makro- und mesosozialen Dimensionen der sozialen Ungleichheit in einem Wechselspiel aufeinander bezogen sind, macht es Sinn, alle gesellschaftlichen Ordnungen über ihre Indikatoren simultan in einem *Gesamtmodell 2* zu berücksichtigen. Da es sich dabei jedoch um eine hohe Anzahl von 15 Indikatoren handelt, wurden nicht signifikante Effekte nach und nach im Sinne der Sparsamkeit aus dem Modell entfernt. Insgesamt musste auf fünf nicht signifikante Indikatoren verzichtet werden, nämlich auf das politische System, den Gini-Index, die Lebenserwartung, den gewerkschaftliche Organisationsgrad und das Wirtschaftswachstum. Die restlichen 10 Indikatoren haben im Modell einen signifikanten Effekt auf die regionale Akzeptanzbereitschaft (unstandardisierte / standardisierte Werte):

- *Kulturelle Ordnung*: römisch-katholische Homogenität (-0,004/-0,138 | p=0,037) und die ethnische Homogenität (-0,051/-0,506 | p<0,001).
- *Soziale Ordnung*: Ausgaben für Bildung (+0,180/+0,185 | p=0,023), für Gesundheit (+0,283/+0,435 | p<0,001), Bildungsniveau (+0,014/+0,244 | p<0,001) und Arbeitslosenquote (-0,056/-0,298 | p<0,001).
- *Politische Ordnung*: politische Zentralisierung (-0,500/-0,253 | p=0,014) und politisches Klima (+0,026/+0,397 | p<0,001).
- *Ökonomische Ordnung*: Bruttoinlandsprodukt (+0,070/+0,472 | p=0,001) und Inflationsrate (+0,107/+0,397 | p=0,001).

Im regionalen Durchschnitt nimmt die Akzeptanzskala einen Wert von 10,021 Punkten an. Sie ist entsprechend höher in Ländern bzw. Regionen mit religiöser und ethnischer Heterogenität, mit höheren staatlichen Ausgaben (Bildung, Gesundheit), höheren Bildungsniveau, geringerem Niveau an Arbeitslosigkeit, in einheitsstaatlich verfassten Systemen, mehrheitlich „linkem“ (partei-)politischem Klima sowie in Regionen mit höherer Wirtschaftsleistung. Das *Modell 2* bestätigt fast alle vermuteten Einzeleffekte wie auch die Hypothese einer multidimensionalen Beeinflussung der regionalen Akzeptanz bzw. Akzeptanzbereitschaft. Im Variablenvergleich unter Zuhilfenahme der standardisierten Effekte zählen Indikatoren aus allen Dimensionen zu den hauptsächlichen Einflussfaktoren. Das Variablenbündel vermag einen Großteil der regionalen Varianz der Akzeptanzbereitschaft aufzuklären, nämlich 77,4 %. Das Modell mit Indikatoren der

¹⁴⁷ Anm.: Aus methodischen Gründen wurde die Variable BIP/Kopf in Tausend EUR reskaliert. Der geschätzte Effekt von 0,085 bedeutet, dass bei einer BIP-Steigerung um 1.000 EUR sich der durchschnittliche Skalenwert der Akzeptanz um 0,085 Punkte erhöht.

gesamtgesellschaftlichen Ordnung weist eine bedeutend bessere Modellanpassung bzw. geringere Devianzstatistik im Vergleich mit dem Ausgangsmodell auf (Devianz: 93.389,956).

Als Akzeptanzrahmen fungieren die vielfältigen und miteinander zusammenhängenden Ordnungsdimensionen der sozialen Ungleichheit als Wahrnehmungs- und Bewertungskontext. Ungleichheitsorientierungen und Akzeptanzunterschiede sind damit meso- und makrostrukturell (vor-)strukturiert und begründbar. Die geschätzten Effekte der beschriebenen Mehrebenenmodelle können der Tabelle 22 entnommen werden, die sich am Ende dieses Ergebniskapitels 7.2 befindet.

7.2.4 Zusammenfassung der Hauptergebnisse und Schlussfolgerungen

In diesem Kapitel wurde die Frage gestellt, unter welchen Rahmenbedingungen Individuen soziale Ungleichheiten akzeptieren, und die These der Kontextabhängigkeit empirisch nachgegangen. Im Sinne des theoretischen Akzeptanzkonzepts entspricht diese These einer strukturtheoretisch inspirierten Orientierungs- bzw. Handlungshypothese, weil die jeweils gesellschaftlichen Bedingungen in Form von sozialen Ungleichheiten als individueller Orientierungsrahmen und als Kontext für die Herausbildung handlungsrelevanter subjektiver Akzeptanzbereitschaften aufgefasst werden können. Die Fragestellung befasste sich außerdem mit der begründeten Annahme, dass die subjektive Akzeptanz mit der gesamtgesellschaftlichen Verfassung zusammenhängt, die mit dem Konzept der gesellschaftlichen Ordnung bzw. mit sozialen Mechanismen von sozialer Ungleichheit in Verbindung steht, die z. B. für die Differenzierung von Positionen, die Verteilung von Ressourcen oder die Ermöglichung von Mobilitätschancen verantwortlich sind. Damit kann begründet werden, warum die gesellschaftliche Ordnung nach zentralen Dimensionen von sozialer Ungleichheit zu differenzieren und mit spezifischen Eigenschaften zu beschreiben ist. In ihrer Gesamtheit beinhaltet die gesellschaftliche Ordnung alle historisch-konkreten ungleichheitsrelevanten Gelegenheits- und Opportunitätsstrukturen, die zur Grundlage des individuellen Denkens und Handels werden. Das dadurch spezifische Systembild wird in Form des gesellschaftlichen Akzeptanzkontexts zum Gegenstand der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung. Der Kontext dient als individueller Orientierungsrahmen und bestimmt im subjektiven Prozessergebnis ein Mentalitätsbild in Form einer latenten Akzeptanz- oder Ablehnungsbereitschaft von sozialen Ungleichheiten.

Daraus wurde konzeptuell begründet, dass für den Prozess des Akzeptierens Merkmale der sozialen Umgebung relevant sind, die unmittelbar durch die Nähe und Vertrautheit der Mitmenschen in der Gemeinschaft und mittelbar durch die gesellschaftliche Situation, Organisation und Ordnung geprägt werden. Darüber hinaus wurde angenommen, dass die kulturelle Ordnung (z. B. Leitideen, Gesellschaftsnormen) und die soziale Ordnung (z. B. Prestigedifferenzierung) ebenso eine gewichtige Rolle spielen, wie die politische Ordnung (z. B. Macht-, Herrschaftsstrukturen) und die ökonomische Ordnung (z. B. Wirtschaftssystem). Begründet wurde das damit, dass sie beispielsweise den kulturellen Bewertungsrahmen bereitstellen, die normativen Gerechtigkeitsvorstellungen definieren und über die Verteilung von begehrten Gütern die individuellen Gelegenheits- und Opportunitätsstrukturen bestimmen und akzeptanzrelevante Vorstellungen und Meinungen über die Ungleichheitsordnungen strukturieren, wie z. B. die latente Akzeptanz- bzw. Ablehnungsbereitschaft von sozialer Ungleichheit.

Die Orientierungshypothese der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit entspricht einer Mehrebenenfragestellung, weil sie theoretische Konstrukte unterschiedlicher hierarchischer Ebenen verbindet und die Analyseeinheiten eine geschachtelte Struktur repräsentieren. Zur empirischen und fehlerfreien Überprüfung der komplexen Fragestellung wird die Anwendung moderner Methoden der Mehrebenenanalyse angeraten. Mit der Mehrebenenanalyse ist es möglich, die Beziehung von Kontext- auf Individualvariablen simultan in adäquater und systematischer Weise zu berücksichtigen. Zur empirischen Überprüfung der Kontextaussagen wurden für jede Dimension der gesellschaftlichen Ordnung Brückenhypothesen formuliert, wobei objektive Eigenschaften auf geografischer (regionaler) Ebene als ein sozial relevanter Rahmen bzw. Kontext für die individuelle Akzeptanz bzw. subjektive Akzeptanzbereitschaft aufgefasst werden können. Operationalisiert wurde die subjektive Akzeptanzbereitschaft als Einstellungskonzept gegenüber der sozialen Ungleichheit mittels ISSP-Umfragedaten bzw. einer gebildeten Summenskala auf Basis eines zuvor konfirmatorisch getesteten Faktorenmodells (siehe *Modelle 1 bis 3* im Ergebniskapitel 7.1). Der akzeptanztheoretisch relevante Orientierungsrahmen bzw. Handlungskontext wurde über das Ordnungskonzept durch kulturelle, soziale, politische und ökonomische Dimensionen mittels Indikatoren der amtlichen Statistik auf Regions- bzw. Länderebene messbar gemacht.

Mithilfe der multidimensionalen Indikatoren konnten zunächst die Unterschiede, die Vielschichtigkeit und Vielgestaltigkeit der europäischen Länder und Regionen bzw. die interne Differenzierung Europas aufgezeigt werden. Sie stellen enorm unterschiedliche kontextuelle Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit dar. Was die Akzeptanz anbelangt, wurde mit Hilfe der Befragungsdaten gezeigt, dass tendenziell geringe bis mittlere individuelle Bereitschaft besteht, die Ungleichheiten zu akzeptieren. Dennoch lassen sich beträchtliche Anteile in der Bevölkerung ausmachen, die einstellungsmäßig den gesellschaftlichen Ungleichheiten nicht negativ gegenüber stehen und sie in gewissem Ausmaß durchaus akzeptieren.

Die Orientierungshypothese wurde mittels Mehrebenenstrukturgleichungsmodellen überprüft. Diese Modelle konnten einerseits aufdecken, dass die Akzeptanzbereitschaft nicht bloß aufgrund individueller, sondern auch aufgrund regionaler Unterschiede besteht. Die Variation der Akzeptanz zwischen den Regionen ist nicht nur signifikant sondern auch als beträchtlich zu bezeichnen: Es liegen etwa 10 % der Akzeptanzunterschiede zwischen den Regionen, was angesichts des Aggregationsniveaus von Regionen einen beträchtlichen Anteil darstellt. Dieses empirische Ergebnis macht andererseits deutlich, dass die individuelle Akzeptanz von den kontextuellen Bedingungen abhängig ist und dass Regionen sozial relevante Kontexte bei der Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit sind. Wenn Variabilität in der latenten Akzeptanzbereitschaft besteht, dann bedeutet das darüber hinaus, dass sich die Regionalisierung des Forschungsthemas bezahlt gemacht hat. Die Region als sozialer Kontext ist keine rein zufällige „Einflussgröße“ für Akzeptanzunterschiede; Individuen unterscheiden sich in ihrer Wahrnehmung und Bewertung aufgrund der regionalen Zugehörigkeit. Dieses erste Hauptergebnis kommt einer formalen, jedoch noch unspezifischen Bestätigung der Orientierungshypothese gleich. Unspezifisch deshalb, weil die Frage nach den einflussreichen kontextuellen Charakteristiken für die Akzeptanzunterschiede zunächst noch unbeantwortet bleibt. Also: Sind die Unterschiede auf Indikatoren bzw. Dimensionen der gesellschaftlichen Ordnung zurückzuführen?

Bei der Überprüfung der spezifischen Brückenhypothesen weisen die zweiten Hauptergebnisse darauf hin, dass die Bereitschaft, die sozialen Ungleichheiten zu akzeptieren, tatsächlich von der

gesellschaftlichen Verfasstheit abhängig ist. Es konnte in den einzelnen Mehrebenenmodellen demonstriert werden, dass regionale Akzeptanzunterschiede auf Indikatoren bzw. Dimensionen der kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Ungleichheitsordnung zurückzuführen sind (*Modelle 1.1 bis 1.4*). Von zentraler Bedeutung ist das Ergebnis des *Gesamtmodells 2*, wo sich bedeutsame strukturelle Effekte aller Kontextdimensionen auf die regionale Akzeptanzbereitschaft zeigten. Die Akzeptanz als Einstellungskonzept stellt sich als Funktion der gesamten gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung dar, da beim Prozess des Orientierens offensichtlich alle Dimensionen relevant sind und keine prinzipielle Priorität einer einzelnen Ordnung bei der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit besteht. Akzeptanz oder Ablehnung von sozialer Ungleichheit ist daher nur in ihrer kontextuellen Gesamtheit zu begreifen. Individuen orientieren sich bei der Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit ganzheitlich an der gesellschaftlichen Verfasstheit bzw. an den relevanten Normen, Institutionen und Strukturen. Individuen orientieren sich an der kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Gesamtsituation, was zu einer spezifischen Bestätigung der Orientierungshypothese führt.

Das Mehrebenengesamtmodell konnte dabei unter Berücksichtigung von 10 Indikatoren etwa drei Viertel (77,4 %) der regionalen Akzeptanzbereitschaft aufklären. Das bedeutet, dass über die regionalen Einflüsse der Akzeptanzunterschiede nun bessere Klarheit herrscht. Die Akzeptanz gegenüber sozialer Ungleichheit ist nicht nur aufgrund kulturell geteilter Zielvorstellungen in katholisch und ethnisch homogeneren Regionen geringer. Die Akzeptanzbereitschaft ist auch in jenen Ländern geringer, wo weniger für den sozialen Zusammenhalt investiert wird. Beispielsweise dort, wo weniger für Gesundheit, Bildung oder der Schaffung von Arbeitsplätzen ausgegeben wird bzw. wo höhere Arbeitslosigkeit existiert. Die durchschnittliche Bereitschaft, die Ungleichheiten zu akzeptieren, ist auch in jenen Regionen geringer, wo die ökonomische Basis für Prosperität und Wohlstand weniger gegeben ist. Insbesondere hängt die Akzeptanzbereitschaft auch mit der wahrgenommenen politischen Einflussnahme bzw. Mitbestimmung und der politischen Kultur eines Landes oder Region zusammen. Die Bereitschaft ist geringer in Systemen mit föderalen Strukturen. Die regionale Akzeptanzbereitschaft steigt jedoch überraschenderweise auch, je stärker das regionale Klima „sozialdemokratisch“ geprägt ist.¹⁴⁸

Insgesamt konnte in diesem Ergebniskapitel 7.2 die konzeptuelle Annahme geprüft und die empirische Einsicht gewonnen werden, dass Akzeptanz bzw. Ablehnung kontextseitig bestimmt wird und durch einen subjektiv-innenen Akzeptanzprozess des Orientierens geht, bei dem die objektiven Kontextbedingungen berücksichtigt, d. h. wahrgenommen und bewertet werden. Die subjektive Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit wird hochgradig beeinflusst durch die objektive Verfasstheit und Mechanismen der gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung, insbesondere jener der spezifischen kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Strukturen. Es wird auch deutlich, dass der Prozess, der hinter der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit steckt, in der Tat ein sehr vielschichtiger und voraussetzungsreicher ist. Empirisch konnte außerdem gezeigt werden, dass die Wahrscheinlichkeit der subjektiven Akzeptanz bzw. Ablehnung von sozialer Ungleichheit von mehreren meso- bzw. makrosozialen Situationskontexten abhängt und dass Akzeptanz nur unter bestimmten Voraussetzungen ausgeübt wird und dafür die gesellschaftliche Verfasstheit aufschlussreich ist.

¹⁴⁸ Anm.: Vermutlich auch aufgrund der Erwartungshaltung, dass Gerechtigkeits- und Verteilungsinteressen politisch stärker vertreten werden.

Tabelle 27: Kontexteffekte der Ordnungsdimensionen auf die regionale Akzeptanzbereitschaft

Modell bzw. Ordnung	Variable bzw. Bezeichnung	Mehrebenen- Modell 0 (Null-, Ausgangsmodell)	Modell 1.1: Kulturelle Ordnung	Modell 1.2: Soziale Ordnung	Modell 1.3: Politische Ordnung	Modell 1.4: Ökonomische Ordnung	Gesamtmodell 2: Gesamtgesellschaftliche Ordnung	
Konstanter (fixer) Teil								
Akzeptanz (Gesamtmittel)	Konstante (Intercept)	+9,988	+10,024	+9,949	+9,978	+9,971	+10,021	+10,204
Kulturelle Ordnung:								
katholische Homogenität	(ko1)		-0,255 **			-0,004 **	-0,138 *	
ethnische Homogenität	(ko2)		-0,142 n.s.			-0,051 ***	-0,506 ***	
(ehem.) sozialist. System	(ko3)		-0,441 ***			-	-	
Soziale Ordnung:								
Ausgaben Bildung	(so1b)			+0,257 **		+0,180 *	+0,185 *	
Ausgaben Gesundheit	(so1g)			+0,081 n.s.		+0,283 ***	+0,435 ***	
Bildungsniveau	(so2)			+0,017 *		+0,014 **	+0,244 **	
Arbeitslosigkeit	(so3)			-0,031 *		-0,056 ***	-0,298 ***	
Gini-Index	(so4)			+0,028 n.s.		-	-	
Lebenserwartung	(so5)			+0,067 n.s.		-	-	
Politische Ordnung:								
föderalistisches pol.System	(po1)				+0,298 n.s.	-0,500 *	-0,253 *	
gew. Organisationsgrad	(po2)				+0,012 n.s.	-	-	
sozialdemokratisches Klima	(po3)				+0,023 ***	+0,026 ***	+0,397 ***	
Ökonomische Ordnung:								
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	(oo1)					+0,085 ***	+0,070 ***	
Wirtschaftswachstum	(oo2)					-0,021 n.s.	-	
Inflationsrate	(oo3)					-0,004 n.s.	+0,107 **	
Zufälliger (variabler) Teil								
Individuelle Varianz	(s^2_w)	10,871	10,871	10,872	10,871	10,871	10,871	1,000
Regionale (Residual)Varianz	(s^2_B)	0,984	0,731	0,586	0,900	0,639	0,218	0,226
Modellanpassung:	(Devianz)	93.520,802	93.491,334	93.472,740	93.512,050	93.504,538	93.389,956	
Anteil erklärte Varianz:	(in %)	-	26,5 %	39,5 %	8,8 %	34,7 %	77,4 %	

Anm.: $N_j=17.849$ Personen, $N_j=107$ Regionen; Alle Modelle wurden mit der robusten Maximum-Likelihood-Schätzverfahren berechnet (RML).

Legende: * $p<0,050$ / ** $p<0,010$ / *** $p<0,001$ / n.s. = nicht signifikant

7.3 Lebenslagen und die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit

7.3.1 Einleitung und Forschungshypothesen

Im theoretischen Teil dieser Arbeit wurde argumentiert, dass das Lebenslagenkonzept für die Analyse von sozialer Ungleichheit geeignet ist. Es wurde auf Basis der einschlägigen Literatur gesagt, dass es sich dabei um ein multiprofessionelles und -disziplinäres, theoretisch und empirisch fundiertes sowie um ein handlungstheoretisches Konzept handelt. Der Lebenslagenansatz eignet sich sowohl für die allgemeine Beschreibung von sozialer Ungleichheit, für die Bestimmung von Lebensbedingungen, als auch für die Sozialstrukturanalyse. Da es in diesem Kapitel vor allem um die Umsetzung des Konzepts geht, soll neben den wichtigsten konzeptuellen Elementen vor allem auf die methodologischen und empirischen Aspekte des Lebenslagenansatzes eingegangen werden.

Lebenslagen können als die Summe der materiellen und immateriellen Lebensbedingungen von Menschen umrissen werden, die durch die gesellschaftlichen (Ungleichheits-)Verhältnisse und durch das individuelle Verhalten bestimmt werden. Sie sind das Ergebnis eines komplexen Prozesses, gleichzeitig sowohl Ausgangs- als auch Endpunkt des menschlichen Handelns. Die Lebenslage ergibt sich auf Verhältnisebene aus den kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen der historisch-konkreten gesellschaftlichen (Ungleichheits-)Ordnung. Gleichzeitig stellt die Lebenslage den Handlungsspielraum von Individuen dar, der sich aufgrund der gesellschaftlichen Kontextbedingungen entfaltet und Möglichkeit zur Interessensbefriedigung bietet bzw. Restriktionen dafür auferlegt. Die Lebenslage kann somit als der gesamte Lebens- und Existenzraum von Fähigkeiten, Bedürfnissen und Lebenserfahrungen aufgefasst werden, der sich über das Erleben, Entscheiden und Handeln ständig aktualisiert. Neben den objektiven Lebensbedingungen subsumiert das Konzept der Lebenslagen auch subjektive und dynamische Komponenten in Form von Deutungs- und Verarbeitungsmustern.

Analytisch wurde das Lebenslagenkonzept anhand mehrerer soziologischer bzw. methodologischer Basiselemente beschrieben: Der Lebenslagenansatz ist erstens ein Mehrebenenkonzept, weil es die Ursachen und Mechanismen der sozial ungleichen Lebens- und Handlungsbedingungen im Ergebnis berücksichtigt. Es verbindet Struktur mit dem Handeln, da Lebenslagen an die gesellschaftlichen Voraussetzungen geknüpft sind und sich über das Handeln wandeln. Lebenslagen werden über die gesellschaftliche Verfassung strukturiert, sie sind soziales Bedingungsgefüge der sozialen Strukturen, der Gesamtheit der historisch-konkreten äußeren Rahmenbedingungen. Die Lebenslage beinhaltet alle dafür relevanten sozialen, institutionellen und interaktionistischen Bezüge auf Makro-, Meso- und Mikroebene. An anderen Stellen dieser Arbeit wurde dargelegt, wie die gesellschaftliche Ordnung notwendige, aber knappe und deshalb begehrte Ressourcen auf die Gesellschaftsmitglieder über soziale Positionen verteilt. Im Ergebnis dieses Prozesses bilden sich relativ vorteilhafte bzw. nachteilige Lebensbedingungen mit jeweils spezifischen Lebenschancen heraus.¹⁴⁹

¹⁴⁹ Im theoretischen Teil wurde die „Raum-Zeit-Strukturierung“ als weiteres charakteristisches Element des Konzepts der Lebenslage hervorgehoben. Sie stellt ein zentrales konzeptuelles Scharnier für sozialen Wandel, Mobilität und Veränderung dar, da sie das Konzept dynamisiert und das Wechselspiel zwischen Struktur und Individuum, objektiv-äußeren Bedingungen und der inneren Verarbeitung sowie das des biografischen Prozesses und der soziogenetischen Entwicklung betont. Soziale Prozesse der raum-zeitlichen Strukturierung stellen in gewissem Sinne die Klammer um die drei besonders erwähnten Konzeptelemente der Mehrebenenstruktur, der Multidimensionalität und der Objekt-Subjekt-Relation dar und werden daher hier nicht nochmals extra hervorgehoben.

Lebenslagen stellen sich zweitens in geronnener Form als äußere Lebensbedingungen, Opportunitäten, Dispositionen von Personen bzw. Gruppen in ähnlicher Lage dar. Lebenslagen können durch mehrere Aspekte sozialer Ungleichheit beschrieben werden, da sie einen multidimensionalen Charakter aufweisen, bestehend aus materiellen und immateriell-symbolischen, quantitativen und qualitativen Merkmalen. In der einschlägigen Literatur wurden unterschiedliche Dimensionierungen des Konzepts vorgeschlagen, die – zusammengefasst – die ökonomische Lage, die Bildung und Erfahrung (Lernen, Wissen), die wohlfahrtsstaatliche Versorgung (mit Gütern und Diensten, z. B. im Bereich der Freizeit und Gesundheit), die Dispositionen und Partizipation, die soziale Kooperation-, Kontakt- und Aktivitätsstruktur beinhalten. In ihrer Gesamtheit dienen die Dimensionen (sog. Einzelspielräume) einer holistischen Beschreibung der individuell gegebenen Möglichkeiten und des durch die Lebenslage gegebenen objektiven Handlungsspielraumes. Dieser ermöglicht die Wahl zwischen Alternativen oder legt dem Denken und Handeln Restriktionen auf. Insofern können Lebenslagen als Gradmesser der sozialen Schwäche oder Gefährdung dienen.

Von diesen objektiven Merkmalen kann drittens eine subjektive Komponente der Lebenslage unterschieden werden, die ein zentrales Element im handlungstheoretischen Teil des Konzepts ausmacht. Das soziale Handeln ist als dialektisches Verhältnis von objektiven, d. h. materiellen und immateriell-symbolischen (Rahmen-)Bedingungen nach quantitativen und qualitativen Merkmalen auf der einen Seite und den Prozessen der inneren, d. h. subjektiven Verarbeitung auf der anderen Seite aufzufassen. In einer gegebenen Situation bezieht sich das subjektive Orientieren als Prozess auf die Wahrnehmung und Bewertung der objektiv-äußeren Lebensbedingungen, die durch den gesellschaftlichen Ordnungskontext einerseits und durch die individuelle Lebenslage andererseits jeweils gegeben sind und im Denken und Handeln berücksichtigt werden. Die objektive Lebenssituation allein lässt Individuen noch nicht handeln. Die Lebenslage stellt die gesellschaftliche Bedingung für die Befriedigung der Bedürfnisse als das zentrale Handlungsziel dar und stellt die Mittel dafür zur Verfügung. In ihrer materiellen und immateriellen Gesamtheit gibt die Lebenslage den Handlungsspielraum, ermöglicht die individuelle Gestaltung der Existenz. Im Sinne einer Lebensgesamtchance eröffnet die Lebenslage Alternativen, Gestaltungsmöglichkeiten, Opportunitäten oder aber legt ihnen Restriktionen auf. Dazu müssen in der individuellen Situations- und Handlungslogik die Bedingungen, Ziele und Alternativen in einem inneren Prozess gegeneinander abgewogen werden. Das Verhältnis zwischen objektiver Lebenslage und subjektiven Artikulationen in Form von Wahrnehmungen, Bewertungen, Vergleichs- und Interessensprozessen liefert dabei wichtige Hinweise auf lebenslagenspezifische Anliegen. Ungleichheitstheoretisch kann sich aus den ungleichen objektiven Bedingungen und dementsprechender Delegitimationen, z. B. in Form vorenthalter oder verwehrter Akzeptanz von sozialen Ungleichheitsbedingungen, egalitäre Kritik ergeben oder sogar soziale Spannung einstellen. Da die gesellschaftliche Ordnung an einen Prozess der Akzeptanz gebunden ist, kann Akzeptanz – als Ergebnis eines Prozesses des reflektierten Bewusstwerdens – unter bestimmten Lebensbedingungen ausbleiben, aktiv verwehrt werden und Formen des sozialen Konflikts annehmen.

Zusammengefasst haben sich die grundlegenden Elemente des Lebenslagenansatzes als theoretisch-konzeptuell und methodisch-empirisch tauglich für eine zeitgenössische Sozialstrukturanalyse erwiesen. Das Konzept der Lebenslage zeichnet sich durch Gesellschaftsbezug unter Berücksichtigung aller relevanten Ebenen aus und vermag neuere strukturtheoretische Annahmen in der Verbindung von Gesellschaft und Individuum zu berücksichtigen. Es unterscheidet konzeptuell objektiv-äußere und subjektiv-innere Zustände, handlungstheoretische Grundelemente auf Basis von rational

handelnden Individuen unter institutionellen und normativen Rahmenbedingungen. Lebenslagen beschäftigen sich mit sozialstrukturellen Fragen, fasst soziale Ungleichheit mehrdimensional auf und vermögen ältere und neuere Ansätze der Klassen- und Schichtdiskussion zu vereinen, da der Lebenslagenansatz sowohl vertikale als auch horizontale, materielle und immaterielle, objektive und subjektive Dimensionen der sozialen Ungleichheit gleichzeitig berücksichtigt. Der Lebenslagenansatz ist dynamisch, weil er historisch-gesellschaftliche und individuell-biografische Perspektiven zu subsumieren vermag.

Seit der konzeptuellen Grund- und Basislegung (z. B. bei Otto Neurath und Gerhard Weisser) zog das Konzept seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts auch vermehrt in die empirische Forschung ein.¹⁵⁰ Das Konzept der Lebenslage eignet sich sowohl für die konkrete Beschreibung von sozialer Ungleichheit und es eignet sich auch dazu, den Ursachen oder den Konsequenzen von sozialer Ungleichheit nachzuspüren. Als Ausgangsbasis für eine empirische Analyse muss es daher zunächst um die Beschreibung von verschiedenen Lebenschancen gehen, der Form und Gestalt von unterschiedlichen Lebenslagen, die sich aus dem Zusammenspiel der Dimensionen der Lebenslage ergeben. Die erste Forschungsfrage (H3.1) lautete daher: Wie lässt sich eine theoretisch fundierte Typologie von Lebenslagen ableiten, empirisch prüfen und inhaltlich beschreiben?

Die Lebensgesamtchance bzw. die Gesamtlebenslage stellt die spezifische Konstellation der objektiv gegebenen Handlungsbedingungen (bzw. des Handlungsspielraums) von Individuen dar. Grundsätzlich lässt sich eine Lebenssituation als unterschiedliche Grade der Privilegierung oder Benachteiligung auf den jeweiligen Dimensionen der Lebenslage beschreiben. Empirisch erlaubt die dimensionale Unterscheidung die Aufstellung einer Typologie von Lebenslagen (Lebenslagentypologie), die unterschiedliche Typen von privilegierten bis benachteiligten Lebenslagen differenziert (Lagetypen) und durch spezifische Profile (Lageprofile) und nach ihrer quantitativen Größe charakterisiert.¹⁵¹

Außerdem ist es – neben der Beschreibung der inneren Beschaffenheit – notwendig, eine äußere Beschreibung der empirischen Lebenslagetypen zu leisten. Die zweite Forschungsfrage lautete daher (H3.2): Welche Charakteristiken weisen unterschiedliche Lebenslagen auf? Diese Frage kann anhand der sozialstrukturellen Grundparameter in modernen Gesellschaften beantwortet werden. Es kann dafür aus struktur- und handlungstheoretischer Perspektive angenommen werden, dass die Determinanten von sozialer Ungleichheit Lebenslagen – im Sinne allgemeiner Lebenschancen – empirisch zu beschreiben vermögen. Dazu können hauptsächlich die sozialstatistischen Kategorien Geschlecht, Familienstand, Alter, räumliche/regionale Differenzierung sowie die ethnisch-nationale Zugehörigkeit (z. B. Staatsbürgerschaft) genannt werden. Vermutet wird, dass Frauen, Alleinstehende, ältere Menschen, die ländliche Bevölkerung und Personen mit Migrationshintergrund („AusländerInnen“) häufiger zu lagespezifisch unterprivilegierten Gruppen der

¹⁵⁰ In einer Zusammenschau aktueller Forschungsanstrengungen unterscheidet Kerstin Schmidtke (2005) folgende Phasen und nennt beispielartig folgende VertreterInnen: die explorative Phase (Hradil 1987; Hübinger 1989; Krause/ Schäuble 1988; Lompe 1987; Lompe/ Pollmann 1988), die Konsolidierungsphase (Döring et al. 1990; Schwenk 1999b), die Phase der Spezialisierung (Clemens 1997; Hübinger 1996) und die Phase der Institutionalisierung des Lebenslagenkonzepts (u. a. in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung).

¹⁵¹ Pionierarbeit in dieser Richtung leistete bereits Werner Hübinger: Auf Basis einer Befragung mit qualitativen Interviews mit SozialhilfeempfängerInnen beschrieb er Lebenslagen quantitativ als Kumulation von Unterversorgungsaspekten, die er in Form von sog. Deprivationsprofilen darstellte. Für die Profile wurden die Anzahl und der Inhalt von Deprivationsmerkmalen kombiniert, was eine Beschreibung und Diskussion nach der Betroffenheit nach unterschiedlichen Lebensbereichen ermöglichte (Hübinger 1989).

Bevölkerung zu zählen sind, da die Zugehörigkeit zu diesen Kategorien soziale Relevanz erfahren und eine bedeutende Determinante für die objektiven Lebenschancen darstellen kann. Allgemein begründet kann diese Vermutung beispielweise damit werden, dass das Geschlecht mit starken vertikalen Ungleichheiten verknüpft ist, wie beispielsweise mit ungleicher Arbeitsteilung, Macht, Chance der sozialen Teilhabe sowie mit ungleichem Einfluss bzw. Zugang zu Entscheidungen und somit zu unterprivilegierten Lebenschancen und Lebensqualität. Auch das Alter ist mit soziokulturellen, wirtschaftlichen und politischen Differenzierungen verbunden, gleichzeitig Ausdruck des individuellen Reifungs- und Lernprozesses, markiert wichtige Lebensphasen bzw. Lebensübergänge und kann generationsspezifische Wertorientierungen beinhalten. Die ethnische Zugehörigkeit ist als weiteres grundlegendes Kriterium zu nennen, das hinsichtlich sozialer Merkmale differenziert (Stichwort: Hautfarbe, Sprache, Religion) und Zugang zu den notwendigen gesellschaftlichen Ressourcen erleichtert bzw. erschwert (z. B. zu Bildung, Erwerbstätigkeit, Einkommen). Nicht zuletzt zeichnen zentrale (städtische) und periphere (ländliche) Regionen bzw. Wohngebiete als relevantes Differenzierungskriterium für Unterschiede verantwortlich, beispielsweise wegen des unterschiedlichen Effekts der andersgearteten Lebens(um)welt oder etwa aus Selektionsgründen (Abwanderung) (Haller 2008: 33ff.).

Die objektiven Lebensbedingungen stellen den subjektiven Bezugspunkt (z. B. über soziale Vergleichsprozesse) für die eigene soziale Position (relativer Deprivation) und die Bewertung von sozialer Ungleichheit dar. In diesem Zusammenhang stellt sich die theoretisch interessante Frage, ob und in welchem Ausmaß objektive Lebensbedingungen (Lebenslagen) bzw. ihre Determinanten geeignete Kriterien für die Erklärung der subjektiven Akzeptanz(-bereitschaft) von sozialer Ungleichheit sind. Im Sinne des theoretischen Konzepts der Lebenslagen bzw. der Akzeptanz muss empirisch überprüft werden, inwiefern die objektiven Lebensbedingungen auf individueller Ebene zur Erklärung der Akzeptanzbereitschaft beitragen. Die dritte hier relevante Forschungsfrage lautet konsequenterweise (H3.3): Unter welchen (vertikalen oder horizontalen) Bedingungen bzw. von welchen sozialen Gruppierungen werden die sozialen Ungleichheiten (eher) akzeptiert oder abgelehnt? Die allgemeine Hypothese lautet: Jene Personen und sozialen Gruppierungen mit objektiv vorteilhaften Lebensbedingungen bzw. in relativ privilegierten Lebenslagen weisen einen höheren Grad subjektiver Akzeptanzbereitschaft auf als Personen/Gruppen in relativ deprivierten Lebenslagen.

Eine Kritik am Lebenslagenansatz lautete, dass die statistische Modellierung bisher hinter den konzeptuellen Annahmen zurück geblieben ist (Clemens 1994; Schwenk 1999a). Um schwerwiegende Defizite bei der empirischen Umsetzung zu vermeiden, sollte daher das theoretische Konzept methodisch adäquat umgesetzt werden. Unter Verwendung neuester statistischer Methoden und der Aufstellung geeigneter Modelle bedarf es einer zeitgemäßen Operationalisierung der Dimensionen sozialer Ungleichheit. Theoretisch-konzeptuelle und empirische Elemente des Lebenslagenkonzepts werden übersichtlich in nachfolgender Tabelle dargestellt. Zur empirischen Überprüfung der Forschungsfragen und -hypothesen ist aber eine genaue Darlegung der methodischen Vorgehensweise und statistischen Datenanalyse notwendig (Kapitel 7.3.2). Die Detailergebnisse werden dargelegt (Kapitel 7.3.3) und einer ausführlichen Diskussion zugeführt (Kapitel 7.2.4).

Tabelle 28: Konzeptuelle Elemente für eine empirische Umsetzung des Lebenslagenkonzepts

Elemente	Auf theoretisch-konzeptueller Ebene	Auf empirischer Ebene
Mehrebenenstruktur	Gesellschaftsbezug über makro-, meso- und mikrosoziale Strukturen. Strukturierung: Lebenslagen als Ergebnis der sozialen Mechanismen der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Chancen.	Im Ergebnis als objektive Lebensbedingungen und -chancen in der idealtypischen Form von relativ (d. h. über Vergleichsprozesse) – vorteilhaft/privilegierten bis – benachteiligten Lebenslagen.
Multidimensionalität	Soziale Ungleichheit als Gesamtheit der Lebenslage definiert über ihre historisch-konkreten – Dimensionen und Merkmale bzw. – horizontal-vertikal, materiell-immateriell, qualitativ-quantitativ.	Nach Dimensionen der Lebenslage: – ökonomische Lage – Bildung, Wissen (Lernen, Erfahrung) – Versorgung mit Gütern und Diensten – Disposition, Partizipation (Alternativen, Teilhabe) – soziale Kooperationen (Kontakt, Aktivität)
Objektive und subjektive	Handlungslogische Orientierung an den objektiven Bedingungen (Spielraumkonzept): – objektiver Handlungsspielraum und – subjektiv-innere Verarbeitung durch Prozesse des Deutens (Handeln).	Subjektive Wahrnehmung und Bewertung von soz. Ungleichheit (Akzeptanzkonzept): – Ungleichheit als Akzeptanzobjekt, – Lebenslage individueller A.-kontext – Akzeptanzbereitschaft als A.-subjekt
Analyse sozialer Ungleichheit bzw. Sozialstrukturanalyse	Ziel der Sozialstrukturanalyse ist die – Charakterisierung von Lebenslagen, – Beschreibung der Ursachen, – Erklärung der Konsequenzen von sozialer Ungleichheit.	Nach Operationalisierung (Indikatoren) Überprüfung des Lebenslagenmodells: – Typologie von Lebenslagen – mit unterschiedlichen Lagetypen und – mit je spezifischen Lageprofilen. Sowie der Modellerweiterungen mit – Determinanten von sozialer Ungleichheit – und der subjektiven Akzeptanzbereitschaft – in Kontexten von Ungleichheitsordnungen.

Anm.: Eigene Zusammenstellung.

7.3.2 Methodische Vorgehensweise und statistische Datenanalyse

Ziel dieses Unterkapitels ist die methodische Spezifikation für die empirische Umsetzung des Lebenslagenansatzes bzw. die Beantwortung der oben formulierten Forschungsfragen. Das Kapitel handelt daher von den empirischen Charakteristiken von unterschiedlichen Lebenslagen (Lagebild), ihren Determinanten und ihren Bedeutungsgehalten hinsichtlich der subjektiven Akzeptanz von sozialer Ungleichheit (Mentalitätsbild). Dazu ist es notwendig, die relevanten theoretischen Annahmen in empirische Anforderungen zu übersetzen.

Zentraler Aspekt dafür ist, dass es sich bei Lebenslagen um ein theoretisches Konstrukt handelt, das sich einer direkten Beobachtung entzieht. Methodisch gesprochen ist die Lebenslage daher eine latente Variable. Bei unterschiedlichen Lebenslagen handelt es sich um jeweils objektive Lebensbedingungen zur Erfüllung von Lebenschancen bzw. allgemein akzeptierter Lebensinteressen. Im Sinne des struktur- und handlungstheoretisch fundierten Konzepts umfasst die Lebenslage jene gesellschaftlich wertvollen und objektiv verteilten Ressourcen, die die Erfüllung von Lebenschancen und die Zielerreichung ermöglichen. Man kann daher prinzipiell privilegierte und benachteiligte

Lagen voneinander unterscheiden, je nachdem wie sie die Erfüllung von Lebenschancen besser oder schlechter ermöglichen. In der einschlägigen Literatur wurden die Begriffe der sozialen Gefährdung und Schwäche gebräuchlich. Daraus wird überdies ersichtlich, dass es sich bei Lebenslagen um diskrete, voneinander abgrenzbare Gruppen handelt. Lebenslagen sind kategorial voneinander unterscheidbar, wobei jede Person durch eine spezifische Lebenssituation charakterisiert bzw. einem bestimmten Lebenslagetyp zugeordnet werden kann. Man kann von verschiedenen Typen von ungleichen Lebenslagen sprechen, im einfachsten Fall von bloß zwei Lebenslagetypen.

In den heutigen modernen und komplexen Gesellschaften sind viele Positionierungen möglich bzw. ist zur Bedürfniserfüllung ein Bündel verschiedener Ressourcen notwendig. Die Eigenschaften von gesellschaftlich notwendigen und begehrten Ressourcen sind vielgestaltig, entweder materiell oder immateriell (symbolisch), quantitativ oder qualitativ und können sich nach horizontal-funktionalen Differenzierungen (sozialen Grundparametern, Lebensweisen und -stilen) und vertikal-hierarchischen Merkmalen (z. B. Bildung, Einkommen, Besitz, Entscheidungs- und Machtbefugnissen) der sozialen Ungleichheit unterscheiden. Spezifisch für den Lebenslagenansatz ist, dass er nicht einfach zwischen zwei oder mehreren bloß ökonomisch determinierten Klassen unterscheidet, dass er nicht einfach zwischen graduell unterschiedlich gelagerten Schichten in der Gesellschaft differenziert. Vielmehr kombiniert der Ansatz – ganz im Sinne einer modernen, immer komplexer werdenden Gesellschaft – die (alten und neuen) Dimensionen sozialer Ungleichheit, was konzeptuell der Schaffung eines multidimensionalen Eigenschaftsraums gleichkommt.¹⁵² VertreterInnen des Lebenslagenansatzes haben verschiedene theoretisch abgeleitete und heuristisch gebildete (Eigenschafts-)Dimensionen vorgeschlagen und drei, vier Kategorien (Amann 1983; Hradil 1987), fünf Einzelspielräume (Nahnsen 1992) oder sechs Dimensionen (Naegele 1991) unterschieden. Ingeborg Nahnsen beispielsweise unterschied Lebenslagen hinsichtlich der ökonomischen Situation, der Lernerfahrung, der Disposition und Partizipation, der sozialen Kontakte und Aktivitäten, sowie hinsichtlich der Gesundheit, Freizeit und Regeneration (Nahnsen 1992). Beim Lebenslagenansatz wird also davon ausgegangen, dass die Bevölkerung hinsichtlich ihrer Sozialstruktur nach Dimensionen der sozialen Ungleichheit beschrieben werden kann.

Aufgrund dieser Vielgestaltigkeit können Lebenslagen durch mehrere (multiple) Eigenschaften und Dimensionen beschrieben werden, die für die Charakterisierung von Lebenslagen herangezogen werden können. Zur Beschreibung der Lebenslage können für jede dieser Dimensionen im Zuge der Operationalisierung messbare Indikatoren abgeleitet bzw. erhoben werden. Personen können nach diesen Merkmalen empirisch beschrieben werden. Vom Niveau der Messung her können sie alle möglichen Formen annehmen, sie können entweder kontinuierlich sein, wie z. B. das graduell steigende/fallende Einkommen/Vermögen oder das soziale Ansehen, oder sie können kategorial definiert sein, wie z. B. die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder die Möglichkeit einer Entscheidungsbefugnis. Aufgrund der sich daraus ergebenden eigenschaftsmäßigen bzw. dimensionalen Zusammensetzung können jedenfalls unterschiedliche Typen von mehr oder weniger privilegierten bzw. mehr oder weniger benachteiligten Lebenslagen unterschieden werden. D. h. sowohl Personen als auch Gruppen in bestimmten Lebenslagen können nach diesen Eigenschaftsdimensionen empirisch im Profil beschrieben werden (Lageprofil).

¹⁵² Anm.: In der Latenten Strukturanalyse (latent structure analysis, LSA) bezeichnete Paul F. Lazarsfeld das als einen sog. *property space* (Lazarsfeld 1950).

Die Lebenslagen sind zwar nicht direkt beobachtbar, aber Lebenslagen als latente Größe (Variable) können indirekt über die Dimensionen erschlossen werden, da ihre Eigenschaften und Merkmale direkt über Indikatoren gemessen werden können (manifeste Variablen). Charakteristisch für Lebenslagen ist, dass sie nominal unterscheidbar sind (z. B. vom dichotomen Typ Privilegiert oder Benachteiligt), dass ihr quantitatives Vorkommen abgeschätzt werden kann und dass sie jeweils qualitativ über spezifische Lageprofile charakterisiert werden können. Gesucht ist also eine Methode, die Lebenslagen als latente kategoriale Variable über empirisch messbare Indikatoren jeglichen Messniveaus abzubilden vermag. Die Faktorenanalyse stellt dafür keine Option dar, da bei ihr die latente Variable über eine kontinuierliche Skala mit stetigen Abstufungen verfügt.¹⁵³ Im Gegensatz zur Faktorenanalyse wird bei der Fragestellung nicht bloß die individuelle Lage auf dem Kontinuum zwischen mehr oder weniger Privilegiert bis Benachteiligt gesucht, sondern unterschiedliche Typen von Lebenslagen, für die eine spezifische Merkmalskombination unterschiedlicher Dimensionen bzw. Indikatoren gilt. Außerdem liegen nicht in jedem Fall eine kontinuierliche Messungen der Dimensionen vor, manchmal sind die Indikatoren auch bloß kategorialer Natur.

Zur empirischen Überprüfung des Lebenslagenansatzes sind also Methoden mit kontinuierlichen latenten Variablen nicht angebracht. Vielmehr wird eine Methode gesucht, die kategoriale latente Variable testet. Die geeignete empirische Methode für die dargestellten theoretischen Anforderungen ist die sog. latente Klassenanalyse. Sie wurde unter dem Namen der *Latent Structure Analysis* (LSA) von Paul F. Lazarsfeld in der Mitte des vorherigen Jahrhunderts begründet, theoretisch formuliert und erstmals in der Anwendung von Daten mit Hilfe multivariater Kontingenztabellen demonstriert (Lazarsfeld 1950, 1959a). Später wurde sie in einer gemeinsamen Publikation mit Neil W. Henry adaptiert und verfeinert (Lazarsfeld/ Henry 1968).¹⁵⁴ Die Grundidee dahinter war, dass eine Population – wie beispielsweise ein repräsentatives Abbild der Bevölkerung – so angesehen werden kann, als bestünde sie aus mehreren Subpopulationen bzw. unterschiedlichen, nicht direkt beobachtbaren latenten Klassen.¹⁵⁵ Empirisch können diese über Indikatoren beobachtet werden, die zwar kein perfektes Abbild davon darstellen (d. h. nicht völlig reliabel und valide, weil mit Messfehlern behaftet), aber dennoch das messen, was eigentlich nicht direkt beobachtet werden kann. Die Grundannahme lautet, dass die Beziehung zwischen empirischen (manifesten) und theoretischen (latenten) Konzepten bzw. Variablen¹⁵⁶ durch eine Wahrscheinlichkeitsbeziehung¹⁵⁷ und durch formale mathematische Modelle beschrieben werden kann (Andreß et al. 1997; Henry 1999).¹⁵⁸

¹⁵³ Von dieser Modellklasse (Faktorenanalyse) handelt die latente Akzeptanzbereitschaft, bei der soziale Ungleichheiten nach dem Grad mehr oder weniger abgelehnt bzw. akzeptiert werden können.

¹⁵⁴ Mit Hilfe der Diplomarbeit von Barbara Reiterer (2003) können die notwendigen Schritte bei der Durchführung der latenten Strukturanalyse (LSA) gut nachvollzogen werden.

¹⁵⁵ Ein bekanntes Beispiel von Paul F. Lazarsfeld bezog sich auf Gruppen von Soldaten mit unterschiedlicher Einstellung zum Militär. Im Gegensatz dazu handelt es sich hier um Typen unterschiedlicher Lebenslagen.

¹⁵⁶ Henry merkte in einem später gehaltenen Vortrag an: „*Lazarsfeld was, of course, Viennese, which probably accounts for his affection for the words ,latent’ and ,manifest’*“ (Henry 1999: 587).

¹⁵⁷ D. h. nicht deterministisch und nicht vollkommen perfekt, reliabel und valide.

¹⁵⁸ Die Verknüpfung von manifestem und latentem Raum erfolgte bei Paul F. Lazarsfeld über die Spezifikation von sog. *accounting equations* (frei übersetzt: erklärende Gleichungen). Ein Punkt auf der latenten Variable kann durch itemspezifische *trace lines* (Spurlinien) nachgezeichnet werden, welche eine Funktion von Wahrscheinlichkeiten aufgrund der latenten Position darstellt (Reiterer 2003).

Die Essenz des latenten Strukturmodells von Paul F. Lazarsfeld lautete, dass jede Person einer und nur einer latenten Kategorie (Klasse) angehört.¹⁵⁹ Die Wahrscheinlichkeit der Ausprägung auf einer gemessenen (manifesten) Variablen, wie beispielsweise einer Ja-Antwort auf eine entsprechende Frage, hängt allein davon ab, welcher latenten Klasse eine Person angehört. Anders formuliert korrelieren die gemessenen Indikatoren untereinander nur deshalb, weil die untersuchte Population heterogen ist und in Subpopulationen (sog. latente Klassen) mit höchstwahrscheinlich gemeinsamen Eigenschaften zerfallen. Die damit verbundene Annahme der lokalen (stochastischen) Unabhängigkeit lautet, dass unter der Bedingung der Zugehörigkeit zu einer latenten Klasse keine Korrelationen mehr zwischen den gemessenen Indikatoren vorhanden sind. Jede latente Klasse kann dann über ein eigenes Modell beschrieben und die Klassenmitgliedschaft für jede Person geschätzt werden.

Paul F. Lazarsfeld demonstrierte, wie Modelle mit latenten Strukturen definiert und Parameter aus empirischen Daten, wie denen des American Soldier (Stouffer et al. 1950), geschätzt werden können. Er führte die Methode aus didaktischen Gründen und wegen des hohen Rechenaufwandes hauptsächlich anhand von diskreten bzw. kategorialen Variablen aus. Dennoch wurde die Methode durch StatistikerInnen seiner Generation nicht genügend wahrgenommen. Der Durchbruch und die Verbreitung der Methode erfolgte erst mit der Vorlage eines neuen Ansatzes für die Analyse von kategorialen Daten (sog. log-lineare Modelle), vorgestellt durch Leo A. Goodman (1974) und Shelby J. Haberman (1978), die über eine verbesserte Schätzmethode zur Ermittlung der Modellparameter verfügte (Andreß et al. 1997). In den Sozialwissenschaften hat vor allem Clifford Clogg die latente Klassenanalyse bekannt gemacht (Clogg 1981a, 1981b).¹⁶⁰ Ton Heinen hat in den 1990er Jahren den ursprünglich ausgeführten Ansatz in jenen auf Basis von kontinuierlichen Variablen (sog. *latent-trait-analysis*) integriert (Heinen 1993, 1996).¹⁶¹ Mittlerweile werden in der gängigen Statistiksoftware, wie beispielsweise Mplus, beide Ansätze unter der Analysemethode der latenten Klassenanalyse (*latent class analysis*, LCA) subsumiert (Muthén/ Muthén 2010), wonach sich auch die nachfolgende Beschreibung des heutigen Methodenstandards richtet.¹⁶²

Zunächst ist hier mit der ersten Fragestellung (H3.1) das Ziel verbunden, das theoretisch formulierte Konzept der Lebenslagen einer empirischen Testung zuzuführen. Das ist notwendig, weil das Lebenslagenkonzept, so wie viele sozialwissenschaftliche Konzepte, sich in der empirischen Realität nicht direkt beobachten lässt. Daher muss auf Basis lebenslagentheoretischer Annahmen ein Messmodell formuliert werden, das die Beziehung zwischen der theoretischen und der empirischen Ebene spezifiziert. Insofern ist darin ein Beitrag zur Überwindung der Kluft zwischen theoretischen Ansätzen und empirischen Modellen zu sehen (Andreß et al. 1997; Gollwitzer 2012).

¹⁵⁹ Anm.: „Klasse“ ist dabei nicht im Sinne des Klassenkonzepts im Rahmen von Konzepten der sozialen Ungleichheit, sondern im Sinne einer latenten Kategorie, wie z. B. eines Lebenslagetypus, zu verstehen.

¹⁶⁰ Zu Zeiten von Paul F. Lazarsfeld war die Faktorenanalyse zwar aufwendig aber schon verbreitet. Es kam hinzu, dass die Latent-Class-Analysis (LCA) neben der Latent-Trait-Analysis (LTA) stand. Ton Heinen begründete das damit: „*Latent class analysis was developed mainly within the social and political sciences, whereas latent trait models have a clear psychometrical background*“ (Heinen 1996: xi, zit. nach Henry 1999: 589).

¹⁶¹ Anm.: Es wird vielfach übersehen, dass die Latente Klassenanalyse mit kategorialen Variablen nur eine Verallgemeinerung der Analyse von kontinuierlichen manifesten Variablen darstellt (sog. Latent-Trait-Analysis). Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass die Methode auf Basis von kategorial gemessenen und kontinuierlichen latenten Variablen als Latent-Profile-Analysis bezeichnet wird. Je nachdem, wie die manifesten und latenten Variablen beschaffen sind, können also folgende Modelle mit latenten Variablen unterschieden werden: Latent-Factor-Analysis, Latent-Profile-Analysis, Latent-Trait-Analysis und Latent-Class-Analysis.

¹⁶² Eine gute grundlegende Einführung in die latente Klassenanalyse stellt ein Buch von McCutcheon (1987) dar.

Lebenslagen sind latente Variablen mit einer begrenzten Anzahl kategorialer Typen. Man kann dann von Lebenslagetypen sprechen, wenn jeder Typus durch einen spezifischen Merkmalsraum an Eigenschaften charakterisiert werden kann. Die Typen unterscheiden sich voneinander durch ihre relative Unterscheidbarkeit. Die Absicht der latenten Klassenanalyse ist, Untersuchungseinheiten – hier: Individuen als TrägerInnen von Merkmalen von Lebenslagen – zu homogenen Gruppen zu klassifizieren, wobei prinzipiell jede Einheit (jedes Individuum) genau nur einem Typus angehören kann (Grundannahme). Die Klassifikation in typische Lebenslagen soll einer spezifisch vorteilhaften oder nachteiligen Kombination von qualitativen und quantitativen, materiellen und immateriellen (symbolischen) Eigenschaften zur Erfüllung von Lebenschancen und -interessen entsprechen. Das Ziel der latenten Klassenanalyse ist daher die Klassifikation von Personen anhand ihrer konkreten Ausprägung auf lebenslagenspezifischen Eigenschaftsdimensionen. Die Klassifikation erfolgt nach dem probabilistischen Prinzip von Wahrscheinlichkeiten.¹⁶³ Das bedeutet, dass der spezifische Eigenschaftsraum für alle Individuen des Typus mit hoher Wahrscheinlichkeit identisch ist. Eine Person gehört mit einer mehr oder weniger großen Wahrscheinlichkeit einer bestimmten latenten Klasse an, d. h. es kann die (Klassenzuordnungs-)Wahrscheinlichkeit angegeben werden, mit dem einen Individuum einem bestimmten Lebenslagetyp angehört (Bortz/ Döring 2006; Gollwitzer 2012).

Latente Lebenslagetypen sind dadurch gekennzeichnet, dass die in ihnen zusammengefassten Personen hinsichtlich der Merkmale von Lagedimensionen konstante, durch dieses Modell geschätzte Wahrscheinlichkeiten aufweisen. Methodisch ist damit das Ziel der Datenreduktion verbunden. Inhaltlich entspricht das dem Ziel, aus einem komplexen Muster ungleichheitsrelevanter Merkmale eine begrenzte und überschaubare Anzahl von typischen Lebenslagen abzuleiten. Neben dem Aufspüren von latent vorhandenen Lebenslagen ist die Bestimmung der Anzahl der unterschiedlichen Lebenslagen weiteres Ziel der Methode. Gemeinsam bilden die Typen eine Typologie von Lebenslagen, eine empirische Repräsentation des theoretischen Konzepts bzw. ein Abbild der Sozialstruktur. Darüber hinaus ist mit der Klassifizierung von Individuen in spezifische Lebenslagen die Abschätzung der quantitativen Größe bzw. der sozialstrukturellen Relevanz der unterschiedlichen Lebenslagen möglich. Neben der Frage, worin die quantitativen Unterschiede bestehen, ermöglicht die Methode im Ergebnis der Analyse außerdem eine qualitative Beschreibung der Lebenslagen, und zwar anhand charakteristischer Ausprägungen von dimensionalen Eigenschaften der Lebenslagen. Die Lageprofile können auch zwischen den verschiedenen Lagetypen verglichen und weitere Charakteristiken herausgearbeitet werden.

Zusammengefasst können mit der latenten Klassenanalyse folgende hier relevanten Fragen adressiert werden:

- Mit welcher Typologie und anhand wie vieler unterschiedlicher Lebenslagen kann die Sozialstruktur am besten beschrieben werden? (Typen von Lagen)

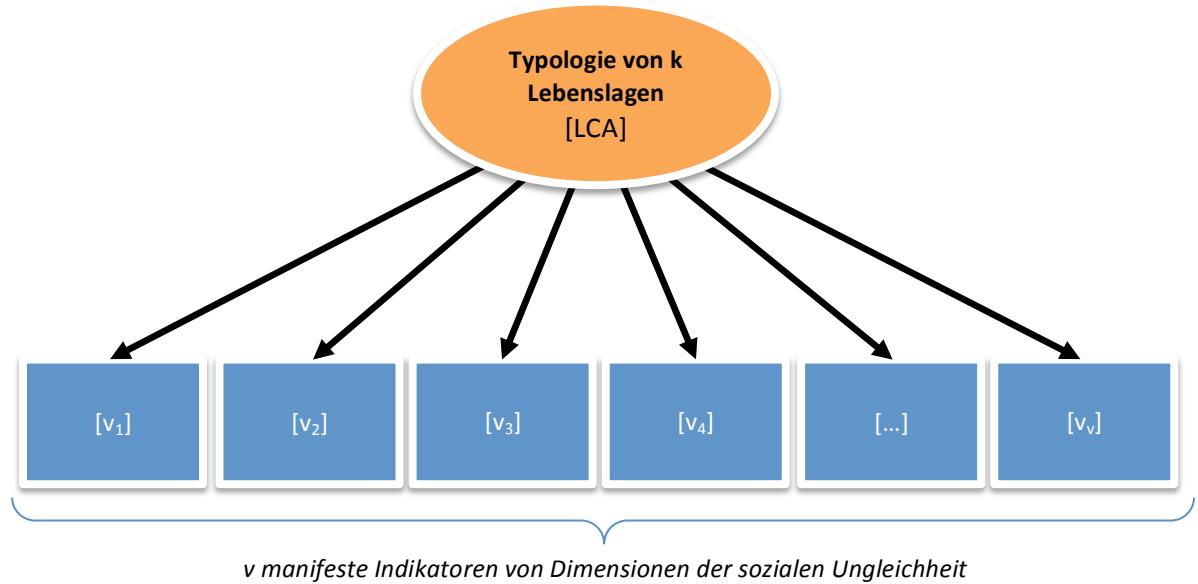
¹⁶³ Zu einer weiteren Klassifikationsmethode zählt beispielsweise die Cluster- bzw. Clusterzentrenanalyse (Bacher 1996; Schendera 2009). Bei ihr erfolgt jedoch die Zuordnung zu den Clustern nach einem deterministischen Prinzip. Zusätzlich nachteilig sind eine Reihe willkürlicher Entscheidungen, wie z. B. die Wahl des Algorithmus, des Homogenitäts- bzw. Ähnlichkeitsmaßes oder die beste Anzahl der Variablen und Cluster. Die statistische Unterstützung bei der Anzahl der Cluster erfolgt z. B. in SPSS nicht standardmäßig und ist nur durch Syntaxprogrammierung zu gewährleisten (Bacher 2001). Der Vorteil der latenten Klassenanalyse liegt u. a. darin, dass auf die Anzahl der latenten Klassen im Modell explizit getestet werden kann. Das geschieht beispielsweise durch die Bewertung der statistischen Modellpassung an die empirischen Daten (Modellgüte) oder im statistischen Vergleich mit konkurrierenden Modellen (Schnell et al. 2008).

- Wie groß kann die jeweilige Lebenslage geschätzt werden? Welchen Anteil an der Gesamtbevölkerung machen die Lagen aus? (Größe der Lagen)
- Welche Merkmale sind für jeden Lebenslagetypus maßgeblich? Aus welchen Eigenschaften setzt sich eine spezifische Lage zusammen und was sind die Unterschiede zu anderen Lagen? (Profile von Lagen)

All diese Fragen können mit Hilfe der latenten Klassenanalyse beantwortet werden, wobei nochmals zusammengefasst folgende Annahmen getroffen werden (McCutcheon 1987): Die erste Annahme der lokalen (stochastischen) Zugehörigkeit besagt, dass die Zugehörigkeit zu einem latenten Lebenslagetyp bedingt, dass die Korrelationen zwischen Indikatoren der Dimensionen der Lebenslage verschwinden. Das bedeutet, dass innerhalb eines latenten Lagetyps (bzw. einer latenten Klasse) die Indikatoren statistisch unabhängig sind, weil die Assoziationen zwischen den Beobachtungen durch die Zugehörigkeit zu einer Klasse der latenten Variablen erklärt werden. Es wird zweitens angenommen, dass es für alle Personen innerhalb eines Lebenslagetyps eine konstante Zugehörigkeits-Wahrscheinlichkeit gibt, d. h. dass eine bedingte Wahrscheinlichkeit der Lage auf Indikatoren bzw. Dimensionen der Lebenslage existiert. Die dritte Annahme lautet, dass jede Person genau nur durch einen Typus klassifiziert werden bzw. einer Lage angehören kann, es sich dabei um erschöpfende (exhaustive) und voneinander verschiedene (disjunkte) Klassen handelt (Geiser 2011; Gollwitzer 2012).

Das Ausgangsmodell der latenten Klassenanalyse kann nach der nachfolgenden Abbildung spezifiziert werden (Abbildung 10). Die Ellipse visualisiert die latente Typologie von Lebenslagen und die Rechtecke zeigen die Indikatoren zur Messung der Dimensionen der Lebenslage, z. B. erhoben durch Befragung/Beobachtung von Personen. Die messtheoretische Annahme lautet, dass die Dimensionen von sozialer Ungleichheit als die manifesten bzw. messbaren Ausprägungen von statistisch unterscheidbaren, qualitativ unterschiedlichen Lebenslagen bzw. spezifischen Lebenslagetypen aufgefasst werden können. Die manifesten Variablen (Indikatoren von Dimensionen der Lebenslage) sind Teil des zugrundeliegenden theoretischen Konstrukts, das durch die latente Variable repräsentiert wird. Die Pfeile symbolisieren die Beziehung zwischen latenter Lebenslagetypologie bzw. ihren kategorialen Typen (latenten Klassen) und die Lage auf den manifesten Indikatoren (z. B. kategoriale und/oder kontinuierliche objektive (Befragungs-)Daten auf individueller Ebene). Anhand ihrer kann die Bedeutung der latenten Klassen abgeleitet werden. Ziel des Modells ist die Ermittlung der Wahrscheinlichkeit für ein beobachtetes Muster auf den Indikatoren (Antwort- bzw. Lagemuster), in eine bestimmte Lage (Klasse) k klassifiziert zu werden. Gesucht sind also jene bedingten Wahrscheinlichkeiten, einem bestimmten Lebenslagetyp k bei einem empirisch gegebenen Lagemuster x_v anzugehören bzw. die bedingte (Lebenslagetyp-Zuordnungs-) Wahrscheinlichkeit $p(k|x_v)$. Anders formuliert entspricht das der Wahrscheinlichkeit einer spezifischen Ausprägung auf Indikatoren der Lebenslage aufgrund der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Lebenslagetyp. Eine latente Klasse vom Typ einer Lebenslage ist charakterisiert durch ein Muster an konditionalen Wahrscheinlichkeiten, dass Indikatoren der Lebenslage einen bestimmten Wert annehmen.

Abbildung 10: Lebenslagenkonzept als Modell der latenten Klassenanalyse



Anm.: Die Ellipse symbolisiert die latente Klasse mit k unterschiedlichen Lebenslagen (Lebenslagetypologie) und Rechtecke stellen v manifeste Variablen bzw. Indikatoren von Dimensionen der sozialen Ungleichheit dar, die kategoriales und/oder kontinuierliches Messniveau aufweisen können. Die Pfeile versinnbildlichen die Beziehung zwischen latenter Klasse und manifestem Indikator.

Für diese Bestimmung ist die Berechnung von zwei unbekannten Parametern notwendig: Einerseits der Klassengrößenparameter π_k , der die relative Klassengröße (sog. *class proportion*) bzw. die unbedingte Wahrscheinlichkeit, einem Lagetypus k anzugehören, ausdrückt. Andererseits die klassenbedingte bzw. lagespezifische Wahrscheinlichkeit π_{vk} eines Musters auf Indikatoren (Dimensionen) der Lebenslage, wenn der Lagetypus k bekannt ist (sog. *conditional response probability*). Dieser Parameter entspricht der Wahrscheinlichkeit eines spezifischen Lagemusters einer Person, unter der Annahme der Angehörigkeit eines bestimmten Lagetyps. Das Modell gibt die Wahrscheinlichkeit für ein lagespezifisches Muster von Indikatorenausprägungen unter der Bedingung eines bestimmten Lebenslagetypus an.

Zu beachten ist, dass die Anzahl der latenten Klassen bzw. Lebenslagetypen kein zu schätzender Parameter des Modells ist, sondern *a priori* festgelegt werden muss. Durch die Art, wie die Anzahl der Lebenslagetypen bestimmt wird, kann prinzipiell zwischen konfirmatorischer und exploratorischer latenter Klassenanalyse unterschieden werden: Die Anzahl der Lebenslagen muss entweder theoretisch instruiert oder empirisch ermittelt werden. Vorzuziehen ist eine konfirmatorische bzw. eine durch theoretische Vorannahmen gestützte Vorgehensweise. Einerseits sollte die Auswahl von Variablen zur Bestimmung der Lebenslagetypen von inhaltlichen Hypothesen geleitet werden. Andererseits können theoretisch begründete Erwartungen durch die Einführung von Modell- bzw. Parameterrestriktionen getestet werden. Dabei sind zumindest drei Arten von Restriktionen möglich¹⁶⁴: Restriktionen der Anzahl, der Größe und der Eigenschaften der Klassen bzw. Lebenslagen (Geiser 2011).

¹⁶⁴ Die drei Arten stellen drei Formen von Parameterrestriktionen dar: erstens das Fixieren von Parametern auf bestimmten Wert (z. B. der Klassengröße bzw. von bedingte Antwortwahrscheinlichkeiten), das Gleichsetzen

Von der Größe der zu unterscheidenden Typen der Lebenslagen kann von den theoretischen Annahmen her nicht viel restriktiviert werden. Hinsichtlich der Eigenschaften kann zumindest gesagt werden, dass sich die Lebenslagetypen maximal voneinander unterscheiden bzw. inhaltlich beschreiben lassen müssen. Die Bestimmung der Anzahl der Lebenslagen ist ebenfalls herausfordernd, ihr kann sich jedoch idealtypisch über folgende Überlegungen genähert werden: Anhand der theoretischen Annahmen des Lebenslagenansatzes ist erstens von einer Lebenslagentypologie auszugehen, die die Bevölkerung zumindest in zwei diskrete Typen differenziert. Die beiden Typen sind prinzipiell durch eine eher privilegierte und eine eher benachteiligte Lage charakterisierbar. Aufgrund der Multidimensionalität der Lebenslage ist bei einer dichotomen Typologie mit zwei Lebenslagen aber zu erwarten, dass die interne Heterogenität sehr hoch ist und die den beiden Lagen innewohnende Charakteristik gewissermaßen unbefriedigend ausfallen würde. In einer idealtypischen Herangehensweise kann daher zweitens von reinen Lebenslagenprofilen ausgegangen werden. Idealtypisch kann die maximale Anzahl von Lebenslagen aufgrund der dimensionalen Kombinatorik ermittelt werden. Wenn man der Einfachheit halber mit einer 5-fachen Dimensionierung D – z. B. nach Ingeborg Nahnsen (1992) – nach der dichotomen Ausprägung zwischen Privilegierung und Benachteiligung ausgeht, dann können theoretisch 32 reine Typen existieren (Ann.: berechnet nach der Formel $2^D = 2^5 = 32$). Ein reiner Lebenslagetyp wäre damit charakterisierbar, dass eine Person beispielsweise nur auf der ökonomischen Dimension privilegiert, aber auf allen weiten Dimensionen benachteiligt ist. Ein weiterer Typus wäre, dass eine Person auf zwei unterschiedlichen Dimensionen durch eine privilegierte, auf den verbleibenden drei Dimensionen jedoch benachteiligt ist usw.

Diese am Idealtypus orientierte Typologie von Lebenslagen symbolisiert alle theoretisch möglichen Kombinationen. Prinzipiell sind auch alle empirisch auffindbar, jeder einzelne Typ stellt jedoch noch keine empirisch wahrscheinliche bzw. sozialstrukturell bedeutsame Kategorie der Lebenslage dar. Eine theoretisch fundierte und exakte Angabe der Anzahl von Lebenslagen ist daher schwierig bis unmöglich, schon deshalb, weil es sich um historisch wandelbare Dimensionen der sozialen Ungleichheit handelt. Innerhalb des theoretisch sinnvoll angebaren Bereiches muss daher exploratorisch die Anzahl von Lebenslagen ermittelt werden. Als zusätzliches empirisches Indiz können Lebenslagetypologien von durchgeführten Forschungsanstrengungen dienen. ForscherInnen haben auf Basis unterschiedlicher konzeptueller Schwerpunktsetzung, Dimensionen, Indikatoren, Daten (Variablen), Zielgruppen und Methoden (u. a. der Clusteranalyse) bis zu 19 unterschiedliche soziale Lagen bzw. Lebenslagen ermittelt (Berger-Schmitt 1997; Bulmahn 1996; Hradil 1987; Schmidtke 2005; Schwenk 1999a, 1999b).¹⁶⁵

Bei der Bestimmung der Anzahl von Lebenslagen scheint daher eine Mischung aus konfirmatorischer und exploratorischer Vorgehensweise angebracht: Konfirmatorisch sinnvoll ist die Annahme, dass von zumindest $k=2$ und maximal von $k=32$ Lebenslagetypen auszugehen ist. Empirisch wahrscheinlicher ist jedoch, dass mehr als zwei (2) und (dem Beispiel mit fünf Dimensionen folgend von) viel weniger als 32 Lebenslagetypen zur sozialstrukturellen Beschreibung der Bevölkerung nach Dimensionen sozialer Ungleichheit nötig sein werden. Was die latente Klassenanalyse (LCA) jedoch so attraktiv macht, ist, dass sie – aufbauend auf diese Restriktionen – unterschiedliche Dimensionen der

von Parametern (z. B. zwei gleich große Klassen) oder die Einführung von Ordnungsrestriktionen (z. B. gleich wichtige Wahrscheinlichkeiten über die Klassen hinweg (Gollwitzer 2012).

¹⁶⁵ Die zahlenmäßig prominente Ausnahme bildet eine Analyse von Wolfgang Zapf, der sogar auf 46 verschiedene Lagen für die Bundesrepublik Deutschland kommt (Zapf 1989, zit. nach Schwenk 1999b).

Lebenslage auf die Existenz von latenten Klassen dahinter untersuchen lässt. Es lässt sich exploratorisch die empirisch optimale Typenanzahl anhand des besten Datenfits ermitteln, beispielsweise indem das Modell schrittweise um eine weitere latente Klasse bzw. einen latenten Lebenslagetyp erweitert wird und das Ergebnis mit der vorausgehenden Klassenlösung mit $k-1$ Lebenslagetypen verglichen wird (Anm.: etwa durch den Vergleich des Ergebnisses des latenten Klassenmodells mit 3 versus das Modell mit 2 Lebenslagen).

Um das zu ermöglichen, müssen die Modellparameter aus den empirischen Daten mittels ML-Methode geschätzt werden. Ziel ist dabei die möglichst präzise Schätzung der unbekannten Parameter. Die Anzahl der Parameter t hängt von der Anzahl zu schätzender Klassen K und der Anzahl der Indikatoren m ab ($t = K*(m+1) - 1$). Der Schätzvorgang erfolgt iterativ, in der schrittweisen Anpassung an das Optimierungskriterium bzw. das Maximum der Likelihood-Funktion (sog. *maximum-likelihood*). Zuerst werden für die Parameterwerte Startwerte eingesetzt. In dem zweiten (iterativen) Schritt werden die Parameter solange adjustiert, bis die Anpassung optimal ist und durch eine weitere Iterationsvorgang nicht mehr bedeutsam verbessert werden kann (bzw. konvergiert), d. h. die größtmögliche Wahrscheinlichkeit der Daten unter den spezifizierten Modellannahmen erreicht wurde (sog. Konvergenz). Standardmäßig wird in Mplus die robuste ML-Methode (MLR), d. h. mit robusten Standardfehlern bei nicht-normalverteilten Variablen verwendet.

Das Problem der LCA-Analyse besteht darin, dass es bei komplexer werdenden Modellen mit geringer Stichprobengröße zunehmend schwerer gelingt, eine optimale Lösung nach den oben dargestellten Konvergenzkriterien zu finden. Die Komplikation besteht darin, dass es sich bei der Lösung bloß um ein lokales Maximum handelt, d. h. möglicherweise mit einer suboptimalen Lösung mit inkorrekten Fitstatistiken und falschen Parameterschätzungen. Es stellt ein allgemeines Problem dar, das in der Praxis schon bei der Schätzung von wenigen latenten Klassen auftreten kann. Prinzipiell hilft zur Lösung dieses Problems die Spezifikation eines weniger komplexen Modells, das auf einer genügend großen Stichprobe getestet wird. Zusätzlich können Schätzprobleme durch folgende Maßnahmen gelöst werden (Geiser 2011): Erstens gewährleistet die Berechnung einer hohen Anzahl zufälliger Startwerte (bzw. die Verwendung vieler Startwertsets) auch bei komplexeren Modellen, dass eine optimale Lösung mit hoher Wahrscheinlichkeit gefunden werden kann. Zweitens sollte die Anzahl der Iterationen bei der Optimierung erhöht werden. Drittens kann zusätzlich überprüft werden, ob die Ergebnisse bei unterschiedlichen Startwerten zu gleichen Ergebnissen geführt hätten. Gegebenenfalls kann viertens ein geringeres Konvergenzkriterium vorgegeben werden. Zur Vermeidung lokaler Maxima betont Christian Geiser zusätzlich, dass Modellergebnisse mit (vielen) exakt auf 0 oder 1 geschätzten Wahrscheinlichkeiten (sog. *boundary estimates*) skeptisch bewertet werden sollten und ein Zeichen für nicht valide Lösungen bzw. Extraktionen von zu vielen Klassen sein kann. Und: LCA-Modelle mit weniger Klassen sind prinzipiell gegenüber komplexeren Modellen vorzuziehen (Geiser 2011: 244).

Die Modellgüte kann über die Schätzergebnisse nach mehreren Aspekten einer Bewertung unterzogen werden (Geiser 2011; Gollwitzer 2012): Deskriptiv kann ein Modell anhand der geschätzten mittleren Wahrscheinlichkeiten für die Klassenzuordnung bewertet werden. Sie drücken aus, inwiefern das Modell eine treffsichere (reliable) Klassifizierung ermöglicht (Anm.: die korrekte Anzahl zugeordneter Beobachtungen). Die zugehörige Klassifikationsmatrix sollte schwergewichtig Belegungen auf der Hauptdiagonalen aufweisen, was auf hohe Treffsicherheit der Klassifikation hinweist. Die Individuen können dann relativ sicher einer bestimmten latenten Klasse zugeordnet werden. Die Eindeutigkeit der Zuordnung wird über die Maßzahl „Entropy“ ausgedrückt, einen

globalen und daher groben Indikator dafür, wie gut die Personen klassifiziert wurden. Die Entropy sollte möglichst nahe 1,00 sein, was eine große Sicherheit bzw. Zuverlässigkeit der Klassifikationsgüte indiziert. In der Praxis werden Werte >0,80 als akzeptabel bis gut bezeichnet (Rost 2006).¹⁶⁶

Nach statistischen Kriterien kann zwischen absoluten und relativen Güteindizes des Modelfits unterschieden werden (vgl. Collins et al. 1993; Formann 1984; Geiser 2011; Rost 2006): Der Begriff absoluter Modellfit bezieht sich darauf, ob und wie das LCA-Modell adäquat die beobachteten Indikatoren reproduzieren kann. Optimal ist ein Modell dann, wenn die geschätzten Parameter des Modells jenen der empirischen Daten entsprechen. Je näher beispielsweise der Likelihood-Ratio-Test (LRT) bei 1,00 liegt, desto besser passt das Modell an die Daten. Bei ausreichend großer Stichprobe ist diese Prüfgröße normalverteilt und der Signifikanztest ($p<0,050$) weist darauf hin, dass es Abweichungen gibt und die Daten nicht gut zum Modell passen (Anm.: beispielsweise weil zu wenige Klassen spezifiziert wurden).¹⁶⁷ Auch der klassische Pearson χ^2 -Test kann zur Bewertung des Modells im direkten Vergleich der modellimplizierten Häufigkeiten zu den empirisch beobachteten Häufigkeiten verwendet werden. Zu beachten ist weiterhin, dass bei diesem Test eine starke Abhängigkeit von der Stichprobengröße besteht und bei großem N schon geringe Abweichungen schnell signifikant werden. Ein Problem im Modell kann bei großer Abweichung zwischen Pearson χ^2 - und LRT-Statistik identifiziert werden (Collins et al. 1993; Langeheine et al. 1996; von Davier 1997).

Weil mit den absoluten Fitindizes die angesprochenen Probleme verbunden sind, empfiehlt es sich – wenn möglich – relative Fitindizes zu verwenden, weil sie die Modellanpassung im Vergleich zu anderen Modellen ermöglichen. Es können etwa Modelle mit mehr Klassen mit Modellen mit weniger Klassen verglichen bzw. darauf getestet werden, ob sie zu einer Verschlechterung geführt haben. Mplus bietet die Möglichkeit des Bootstrap-Likelihood-Ratio-Differenztests (über die Option TECH14) und den Vuong-Lo-Mendell-Rubin-Test (TECH11) an: Beim LR-Differenztest ist anzugeben, wie viele Stichproben für das Bootstrapping gezogen werden sollen (z. B. LRTBOOTSTRAP = 500;). Zusätzlich sollte die Anzahl der Startwertsets erhöht werden (LRTSTARTS = 50 10 50 10;). Der LR-Test vergleicht die stichprobenbasierte Stabilität der Parameter des Modells mit k Klassen mit einem Modell mit k-1 Klassen. Ein signifikanter Testwert zeigt an, dass das Modell mit k Klassen besser auf die Daten passt als das sparsamere mit k-1 Klassen. Der VLMR-Test testet ganz ähnlich (Anm.: jedoch ohne die Ziehung von Stichproben), ob das geschätzte Modell oder das um eine Klasse reduzierte Modell besser zu den Daten passt. Wenn das Signifikanzniveau des VLMR-Tests $p<0,050$ ist, dann ist das Modell mit der k Klassenlösung zu bevorzugen (Lo et al. 2001). Laut einer Simulationsstudie ist die Bootstrappingmethode der bessere Indikator für die Ermittlung der optimalen Anzahl latenter Klassen jedoch auch mit enormen Rechenaufwand verbunden (Nylund et al. 2007).

Tendenziell passen zwar komplexere Modelle mit mehr Parametern (z. B. vielen latenten Klassen) besser zu den Daten, sind jedoch aus Gründen der fehlenden Modellsparsamkeit statistisch nicht zu präferieren. Nach dem Kriterium der Modellsparsamkeit ist jenes Modell das Beste, das mit wenigen

¹⁶⁶ Es ist darauf hinzuweisen, dass die mittlere Zuordnungswahrscheinlichkeit im Modell mit zunehmender Klassenanzahl sinkt, weil mehr Möglichkeiten der Fehlklassifikation bestehen und Klassen schlechter voneinander abgrenzbar sind. Fehlende Trennschärfe ist ein mögliches Kriterium, um Indikatoren aus der Analyse auszuschließen. Welche Indikatoren zu einem schlechten Modellfit beitragen, kann über die standardisierten Residuen begutachtet werden (Option TECH11 in Mplus). Insbesondere kann über die Identifikation von Ausreißern bewertet werden, welche „Antwortmuster“ besonders dazu beitragen.

¹⁶⁷ Als Faustregel gilt, dass die Stichprobe zumindest so viele Personen beinhalten muss, wie es mögliche Antwortmuster gibt (Formann 1984).

Parametern auskommt. Daher können Modelle auch relativ über informationstheoretische Maße deskriptiv verglichen werden: Für eine so geartete Modellbewertung steht beispielsweise das AIC (*Akaike Information Criterion*) oder das BIC (*Bayesian Information Criterion*) zur Verfügung. AIC und BIC berücksichtigen die Information über die Anzahl der zu schätzenden Parameter und das BIC zusätzlich die Information über die Stichprobengröße. Weniger sparsame Modelle werden bestraft, was sich in höheren AIC- bzw. BIC-Werten ausdrückt. Niedrigere Werte signalisieren daher besser angepasste Modelle, wobei dem BIC der Vorzug gegeben werden sollte (Nylund et al. 2007).

Neben der statistischen ist vor allem auch die inhaltlich-substanzielle Bewertung des Modells notwendig. Dabei sollte die Frage im Vordergrund stehen, ob das Modell einer sinnvollen Interpretation zugänglich ist bzw. ob es substanziell zum Verständnis des Problems von Lebenslagen beiträgt. Wie gut funktioniert die Klassifikation und wie ist ihre Qualität? Zur Interpretationshilfe sind vor allem die Schätzungen der Parameter der Modellergebnisse nützlich, die für jeden Indikator in jeder latenten Klasse ausgegeben werden. Mit ihrer Hilfe können Charakteristiken für die k Klassen herausgearbeitet werden und anhand der Profile kann eine qualitativ-inhaltliche Beschreibung der Lebenslagen erfolgen. Meistens zeichnet sich eine gut interpretierbare Klassenlösung dadurch aus, dass überwiegend hohe ($>0,80$) bzw. niedrige ($<0,20$), jedoch wenige/keine mittleren bedingten Wahrscheinlichkeiten (um zirka 0,50) in den Klassenprofilen auftreten. Zur Ergebnisinterpretation und -darstellung werden entweder übersichtliche bzw. sortierte Tabellen oder Linien- bzw. Netzdiagramme empfohlen (Geiser 2011).

An dieser Stelle soll nochmal darauf hingewiesen werden, dass die so erhaltene Lebenslagentypologie zwar theoretisch informiert und empirisch fundiert ist, es sich jedoch noch immer um ein hypothetisches Konstrukt handelt, das auf zwei Ebenen weiter überprüft werden muss (Amann 1983; Hradil 1987): Einerseits kann eine Überprüfung auf der Ebene des „objektiven“ Kontextes von Handlungsbedingungen erfolgen. Andererseits muss die Lebenslagentypologie auf der Ebene des „*subjektiven Realitätsgehalts und ihrer praktischen Brauchbarkeit überprüft werden*“ (Hradil 1987: 154), im Sinne der handlungstheoretischen Unterscheidung von Denken und Handeln.

Da das LCA-Modell ein spezieller Typ des Pfad- bzw. Strukturgleichungsmodells ist, können in das Ausgangsmodell unabhängige oder weitere abhängige Variablen eingeführt werden.¹⁶⁸ Die Lebenslagetypen können somit mit externen Kriterien validiert werden, wofür bereits Hypothesen über empirische Zusammenhänge theoretisch abgeleitet wurden und die Beziehungen in das latente Klassenmodell übertragen werden können. Die erste diesbezügliche Forschungshypothese H3.2 postuliert, dass die gefundene Lebenslagenklassifikation mit objektiven Merkmalen bzw. horizontal-funktionalen Determinanten – gerahmt durch die gesellschaftliche Ordnung von sozialer Ungleichheit – zusammenhängt.

Auf der Ebene der subjektiven Orientierung hat die Forschungsfrage H3.3 postuliert, dass mit Hilfe der objektiven Lebenslagen die subjektive Akzeptanzbereitschaft (-skala) bestimmt werden kann. Darüber hinaus kann das Lebenslagenkonzept mit anderen subjektiven Kriterien auf seine Gültigkeit überprüft werden. Und: „Eine wesentliche Ergänzung des Bildes der Sozialstruktur liefern (...)

¹⁶⁸ Mehrere Modellerweiterungen des LCA-Ausgangsmodells sind möglich. So können beispielsweise gleichzeitig mehrere latente Klassenmodelle berechnet werden. Auch kann mit Hilfe von Paneldaten ein latentes Wachstumsmodell mit latenten Klassen geschätzt werden. Außerdem ist die latente Klassenanalyse nicht auf Einebenenfragestellungen beschränkt, sondern kann auch in Mehrebenenmodelle eingebunden werden.

Informationen über die subjektive Schichteinstufung. Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, bieten vor allem Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten, welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen und aus welcher Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben partizipieren“ (Habich/ Noll 2001: 557).

All diese Erweiterungen des latenten Lebenslagen- bzw. Klassenmodells erfolgen – wie oben dargestellt – über gleiche Berechnungen und Schätzverfahren und es können die identen Kriterien evaluiert werden. Ein empirischer Beleg für die vermuteten Zusammenhänge würde auf externe Validität der latenten Klassenlösung und eine weitere inhaltliche Bestätigung der Lebenslagentypologie hinweisen. In der nachfolgenden empirischen Umsetzung und Datenanalyse wird daher folgende Strategie verfolgt: Erstens wird das Lebenslagenkonzept mit der Hilfe von Dimensionen der Lebenslage über entsprechende Indikatoren operationalisiert. Die möglichen und letztendlich verwendeten Indikatoren werden inhaltlich beschrieben und deskriptiv mittels internationaler Umfragedaten des ISSP analysiert. Danach kommt die Methode der latenten Klassenanalyse zur Anwendung. Damit ist das Ziel verbunden, als Ausgangspunkt eine Lebenslagentypologie mit mehreren Lagetypen zu finden, die nach ihren Lageprofilen inhaltlich gut beschreibbar sind und zu den empirischen Daten passt (sog. *Ausgangsmodell 0*). Um dieses Ziel zu erreichen, wird schrittweise vorgegangen: Zunächst wird ein Modell mit $k=2$ latenten Klassen (bzw. Lagen) geschätzt und mit einem LCA-Modell mit $k=2+1$ Klassen verglichen. Eine Erweiterung des latenten Klassenmodells um eine weitere Klasse kann so lange fortgesetzt werden, bis das Modell nicht mehr zu verbessern bzw. inhaltlich nicht mehr plausibel ist. Das akzeptierte Modell mit $k=2+z$ Klassen bildet das finale *Ausgangsmodell 0* für die weiteren Schritte in der Analyse (*Modell 0.k*).

im darauffolgenden Schritt wird das Ausgangsmodell mit seinen Lebenslagetypen mehrmals erweitert: Zuerst wird es um Kovariaten ergänzt und der Forschungsfrage H3.2 nachgegangen, ob horizontal-funktionale Merkmale bzw. Determinanten von sozialer Ungleichheit (sog. sozialstrukturelle Hintergrundvariablen, wie Geschlecht, Familienstand, Alter, Region, Migrationshintergrund) die Lebenslagetypen beschreiben können (*Modell 1.1*). Danach wird die Forschungsfrage H3.3 beantwortet, nämlich inwiefern die latente Lebenslagentypologie zur Erklärung der subjektiven Akzeptanzbereitschaft bzw. der subjektiven sozialen Positionierung beiträgt (*Modell 1.2*). Das Gesamtmodell 2 verbindet die beiden individuellen Fragestellungen und ergänzt um Ordnungsdimensionen auf regionaler Ebene in einem Mehrebenenstrukturgleichungsmodell (MLSEM).

7.3.3 Ergebnisse und Inhalte der Analyse

Wie in den vorherigen Abschnitten angesprochen, ist hinsichtlich Lebenslagen konzeptuell zwischen drei Ebenen zu unterscheiden, die bei der Operationalisierung zu berücksichtigen sind (siehe Naegele, Amann): Erstens sind auf der objektiven Ebene die materiellen (quantitativen) und immateriellen (qualitativen) Lebensbedingungen zu berücksichtigen. Hier kann auf der einen Seite zwischen der vertikal-hierarchischen Struktur von Kontrolle und Interessen nach (Eigenschafts-) Dimensionen der Lebenslage (z. B. nach Ingeborg Nahsen, Gerhard Naegele, Stefan Hradil, Anton Amann) und auf der anderen Seite die horizontal-funktionale Struktur unterschieden werden. Bei letzterer sind vor allem sozialstrukturelle Determinanten von sozialer Ungleichheit zu nennen, wie beispielsweise das Geschlecht, das Alter, die regionale Differenzierung oder der ethnische

Hintergrund von Individuen (vgl. Haller 2008). Zweitens sind die subjektiven Befindlichkeiten, Einstellungen, Erwartungen, Bedürfnisse und Lebensstile bei der Operationalisierung zu berücksichtigen, die in vorliegender Arbeit in Form von Akzeptanzurteilen bzw. -bereitschaften empirisch abgebildet werden. Als dritte Ebene spielen für Lebenslagen schließlich noch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bzw. die spezifische Ordnung von sozialer Ungleichheit eine Rolle, die als kulturelle Leitwerte, Normenstruktur, Institutionengefüge etc. umschrieben und operationalisiert wurden.

Für die Beantwortung der hier relevanten Forschungsfragen muss daher noch die erste Ebene methodisch behandelt werden. Was die Operationalisierung der objektiven Lebensbedingungen betrifft, kann mit Hilfe des Datenbestandes des ISSP 1999 (Modul: Soziale Ungleichheit III) zunächst nach soziodemografischen Variablen charakterisiert werden (ISSP 1998, 2001): Von den hier $N_i=17.918$ befragten Personen aus 14 europäischen Ländern sind nach dem Geschlecht 52,8 % weiblich und 47,2 % männlich (SD1). Im Durchschnitt beträgt das Alter (SD2) der Befragten 47,17 Jahre ($SD=16,92$), das Medianalter beträgt 46,0 Jahre (Anm.: Bei 0,2 % der Befragten ist das Alter unbekannt). Hinsichtlich der räumlich-regionalen Differenzierung (SD3) kann gesagt werden, dass 70,0 % in eher städtischen Gebieten (41,3 % städtisch, 28,7 % vorstädtisch) und 29,5 % in ländlichen Regionen leben (Anm.: 0,5 % machten dazu keine Angaben.)

Weiters können für die Dimensionen und Eigenschaften der Lebenslage Indikatoren aus dem Datensatz fruchtbar gemacht werden¹⁶⁹: Der ökonomische Aspekt der Lebenslage dient vor allem zur materiellen Versorgung und Verfügbarkeit zur Befriedigung des Bedürfnisses nach Wohlstand, Erfolg und Macht. Ein gutes Abbild dafür sind Vermögensbestände und das erzielte (Haushalts-)Einkommen. Aus dem Variablersatz des ISSP 1999 können dafür der Erwerbsstatus und das monatliche Einkommen nutzbar gemacht werden (Lebenslageindikatoren LL1 und LL2). Hinsichtlich des Erwerbsstatus kann zwischen unabhängigen und abhängigen Gruppen (sog. Versorgungsklassen) unterschieden werden. Nach dem ökonomischen Status sind im Datensatz 52,4 % erwerbstätig (Vollzeit, Teilzeit, weniger als Teilzeit, helfende Familienangehörige) und 46,9 % lassen sich als nicht erwerbstätig klassifizieren (z. B. staatlich versorgte Gruppen), weil sie vor allem entweder arbeitslos, in Ausbildung, in Pension oder Hausfrau/-mann waren. Als zweiter Indikator der ökonomischen Lage (LL2) kann das individuelle Einkommen fungieren, wobei die Befragten im Durchschnitt in das 3. Einkommensdezil fallen (Medianeinkommen=3,00). 9,8 % verfügen über kein eigenes Einkommen, 29,6 % fallen in die niedrigsten zwei und lediglich 3,9 % kommen auf die zwei höchsten Einkommensdezile.

Neben ökonomischen umfasst die Lebenslage auch noch andere sozio-kulturelle Dimensionen. Was die Entwicklung intrapersonaler Denk- und Entscheidungsmöglichkeiten bzw. das Lernen (die Bildung) und die Erfahrung betrifft, können ebenfalls zwei Indikatoren identifiziert werden. Einerseits handelt es sich um die geschätzte Anzahl der Bücher im eigenen Haushalt der Befragten (LL3) als die Personen 15 Jahre alt waren. 11,0 % gaben an, dass es überhaupt keine oder bis maximal 2 Bücher im Elternhaushalt gab. 13,7 % können sich an zirka 10 Bücher, 15,2 % der Befragten an zirka 20 Bücher, 18,0 % an zirka 50 Bücher, 14,0 % an zirka 100 Bücher und 20,2 % der Befragten an zirka 200 oder mehr Bücher zurück erinnern (7,9 % gaben keine Antwort auf die Frage). Im Mittel verfügten die

¹⁶⁹ In den Klammerausdrücken werden bereits die Variablenbezeichnungen genannt, die der Einfachheit halber mit Lebenslagenindikator LL1 bis LL10 abgekürzt werden. Sozio-demografische Hintergrundinformationen wurden bereits mit SD1 bis SD3 bezeichnet.

Haushalte der Befragten über 20 bis 50 Bücher (Median: zirka 50 Bücher). Als weiterer Indikator kann das Bildungsniveau der Befragten (LL4) verwendet werden. Im Durchschnitt verfügt jede/r Befragte über einen Mittelschulabschluss bzw. eine nicht abgeschlossene Mittelschule. 25,4 % verfügen über maximal einen Grundschulabschluss und 18,3 % haben eine abgeschlossene oder unabgeschlossene Universität (bzw. vergleichbare Bildung; 5,1 % der Befragten machten darüber eine Angaben).

Eine weitere wichtige Dimension für die Beschreibung der Lebenslage sind die sozialen Lebensverhältnisse und damit verbundene soziale Kooperationen und Aktivitäten. Dafür stellt das Variablenset weitere Indikatoren zur Verfügung, die vor allem in den Bereich der familiären Primärkontakte fallen, dauerhafte soziale Kontakte also, die unter anderem auch nutzbare Regenerationsmöglichkeiten bieten. Einerseits handelt es sich um den Familienstand, d. h. ob in einer existierenden Partnerschaft gelebt wird oder nicht (LL5). Aus dem Datenbestand geht hervor, dass 60,7 % der Befragten verheiratet sind bzw. wie verheiratet mit einer anderen Person zusammenleben. 39,0 % hingegen leben ohne Partner bzw. Partnerin, weil sie sich entweder als Single bezeichnen (nicht verheiratet; 19,9 %), verwitwet (10,7 %) oder geschieden sind (6,5 %) oder vom Partner bzw. von der Partnerin getrennt leben (1,9 %) (Anm.: 0,3 % gaben keine Auskunft über den Familienstand). Über den Umfang an „nahen“ Sozialkontakten kann der Indikator Haushaltsgröße (LL6) dienen: 16,5 % leben mit niemand anderem im gemeinsamen Haushalt, 29,7 % leben mit einer weiteren Person und 20,6 % mit zwei anderen Personen zusammen (z. B. mit Kind/ern oder anderen Erwachsenen). 20,5 % bilden einen 4-Personen-Haushalt und 12 % einen Haushalt mit fünf oder noch mehr Personen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt 2,88 Personen (Median=3,00). So wie die partnerschaftlichen bzw. familiären Netzwerke über Sozialkontakte bzw. Potenzial für Regeneration Auskunft geben können, kann über das wöchentliche Beschäftigungsausmaß auf das Freizeitausmaß geschlossen werden. Nach diesem Indikator (LL7) verfügen 43,7 % über relativ wenig Freizeit pro Woche, weil sie viele Arbeitsstunden mit Erwerbstätigkeit verbringen. 47,8 % der Befragten haben hingegen relativ viel freie Zeit bzw. nicht durch Erwerbsarbeit determinierte Zeit zur Verfügung, nämlich Arbeitszeit bis zu 25 Stunden/Woche (9,1 % machten dazu eine Angaben).

Für die Beschreibung der letzten Dimension der Lebenslage stehen noch Indikatoren des Disposition- und Entscheidungsspielraums zur Verfügung, die die Einflussmöglichkeit auf relevante direkte soziale bzw. gesellschaftliche Prozesse darstellen. Dabei kann zunächst die Information über die parteipolitische Affiliation bzw. politische Zugehörigkeit/Interessiertheit (LL8) hilfreich sein. 66,2 % der Befragten positionieren sich auf einem Links-Rechts-Kontinuum, 23,6 % machen das hingegen nicht (z. B. durch die Angabe keiner Parteipräferenz). Bei 10,2 % kann eine Entscheidung über eine politische (Nicht-)Positionierung aufgrund verweigerter Angaben nicht erfolgen. Als zusätzlichen Indikator geben – im Sinne der Interessenorganisierung – 19,5 % der Befragten an, Gewerkschaftsmitglied (LL9) zu sein. Bei 75,0 % ist das nicht der Fall bzw. trifft das nicht zu und 5,4 % schweigen darüber. Als dritter Dispositions- bzw. (Mit-)Entscheidungsaspekt steht darüber hinaus die Information zur Verfügung, ob die Befragten über eine betriebliche Anweisungs- bzw. Unterweisungsbefugnis verfügen. Zirka ein Fünftel (19,4 %) der Befragten verfügt über eine, drei Viertel der Befragten (74,1 %) verfügt hingegen über keine solche Befugnis (Anm.: 6,5 % der Befragten machten dazu keine gültigen Angaben).

Die nachfolgende Tabelle 29 gibt einen deskriptiven Überblick über die eben beschriebenen Indikatoren. Teilweise mussten die Variablen umkodiert bzw. in Dichotomien zusammengefasst werden. Das zugrundeliegende Prinzip bei der Umkodierung lautete, dass ein höherer Wert in der

Variablen jeweils in Richtung einer Privilegierung der Lebenslage deutet. Die höhere Ausprägung bei einer dichotomen Variablen ist im Sinne der Variablenbezeichnung zu verstehen (z. B. bei der Erwerbstätigkeit: 0 = nicht erwerbstätig und 1 = erwerbstätig) und jene von metrischen bzw. ordinalen Variablen ist im Sinne eines Anstieges zu interpretieren (Anm.: beispielsweise steigt das persönliche Einkommen mit zunehmendem Wert).

Im Sinne des hier verwendeten Lagebegriffs bzw. Lagekonzepts bieten die empirischen Indikatoren die Möglichkeit, einen wichtigen Ausschnitt aus der Gesamtheit ungleicher objektiver Lebensbedingungen abzubilden. Lebenslagen können damit als Summe zusammenwirkender Vor- und Nachteile verwendet werden. Sie ermöglichen die Analyse von Lebenslagen bzw. die Bestimmung von unterschiedlichen Lebenslagetypen sowie die Beschreibung von charakteristischen Profilen auf unterschiedlichen Dimensionen sozialer Ungleichheit, wobei nicht ausschließlich ökonomische sondern auch sozial-kulturelle Aspekte berücksichtigt werden, wie beispielsweise die soziale Eingebundenheit, Freizeit, Regeneration, Partizipation, politische Mitgestaltung¹⁷⁰. Sie sind Ausgangspunkt zur Beschreibung nach ihren Determinanten und zur Erklärung subjektiver Lebensweisen (z. B. Akzeptanzurteile).

Der theoretische Hintergrund macht es erforderlich, das Konzept der Lebenslagen so umfangreich wie möglich zu operationalisieren. Wie in den Anmerkungen der nachfolgenden Tabelle vermerkt, muss einschränkend hinzugefügt werden, dass die beschriebenen Indikatoren nicht in allen ausgewählten Ländern erhoben wurden. Die Verwendung dieser Indikatoren (LL3, LL8, LL10, SD3) würde dazu führen, dass auf einzelne Länder (Bulgarien, Deutschland, Lettland, Nordirland, Schweden, Spanien) bzw. insgesamt eine hohe Fallzahl in der Analyse verzichtet werden müsste. Vor dem Hintergrund divergierender Forschungsinteressen (Konzeptualisierung versus Datengrundlage) wurde für die weitere Analyse entschieden, auf einzelne Indikatoren anstatt auf große Fallzahlen zu verzichten. Um den konzeptuellen wie auch datentechnischen Schaden so gering wie möglich zu halten, wird in der weiteren Folge auf die Lebenslagenindikatoren LL3 (Bücher), LL8 (politische Positionierung) sowie auf die soziodemografische Information der regionalen Differenzierung (weitgehend) verzichtet. Die weitere Berücksichtigung des Indikators LL10 (Unterweisung) bedeutet hingegen, dass in dieser Analyse die spanischen Befragungsdaten aufgegeben werden müssen.

Zur Validierung der objektiven Lebenslage wird die subjektive soziale Lage (Klasse) als zentrales Konzept herangezogen. Es wurde theoretisch vermutet, dass die objektive soziale Lebenschance (Lebenslage) mit der subjektiven – über Vergleichsprozesse wahrgenommenen – sozialen Position zusammenhängt. Daher kann folgende Forschungshypothese formuliert werden: Je privilegierter eine objektive Lebenslage ist, desto höher ist die (subjektiv wahrgenommene) soziale Position. Im Gegensatz dazu wird vermutet, dass die wahrgenommene Sozialposition umso niedriger ist, je benachteiligter die objektive Lebenslage ist. Die Lebenslagentypologie kann über den Datensatz mittels der Unten-Oben-Skala überprüft werden, die diese Selbsteinschätzung der eigenen Position auf einer hierarchischen Leiter von 1=unten bis 10=oben misst. In der Gesamtstichprobe schätzen die Befragten ihre soziale Position durchschnittlich in die Mitte der gesellschaftlichen Hierarchie, was einen empirischen Mittelwert von MW=4,81 bedeutet, jedoch eine deutliche Streuung um diesen Mittelwert aufweist (Standardabweichung SD=1,82).

¹⁷⁰ Anm.: Leider bietet der verwendete Datensatz keine Möglichkeit Aspekte der Gesundheit, der Wohnsituation bzw. weitere Sozialkontakte (Verwandte, FreundInnen, Bekannte) abzubilden.

Tabelle 29: Deskriptive Statistik von Indikatoren der Lebenslage und sozialstatistische Kategorien

Dimension/Variable	N (% k.A.)	Min - Max	MW (Median)	SD (Varianz)	Skewness (Kurtosis)
A. Ökonomische Versorgung/Einkommen					
LL1: Erwerbstätigkeit (erwerbstätig)	17.797 (0,7 %)	1-2	1,53 (2,00)	0,50 (0,25)	-0,11 (-1,99)
LL2: Pers. Einkommen (in Dezilen) (oberstes)	15.711 (12,3 %)	0-10	3,19 (3,00)	2,27 (5,16)	0,67 (0,03)
B. Lernen/Erfahrung					
LL3: Anzahl Bücher im HH (viele) ¹	14.722 (17,8 %)	1-8	3,91 (4,00)	1,90 (3,16)	0,22 (-0,79)
LL4: Schulischer Bildungsabschluss (hoch)	17.006 (5,1 %)	1-7	4,40 (4,00)	1,41 (2,00)	0,27 (-0,36)
C. Kooperation/Regeneration					
LL5: Partnerschaft (mit Partner/in)	17.869 (0,3 %)	1-2	1,61 (2,00)	0,49 (0,24)	-0,45 (-1,80)
LL6: Personen im HH (viele)	17.809 (0,6 %)	1-8	2,88 (3,00)	1,41 (1,99)	0,68 (0,26)
LL7: Freizeit (viel) ²	16.287 (9,1 %)	1-2	1,53 (2,00)	0,50 (0,25)	-0,10 (-1,99)
D. Disposition/Entscheidung					
LL8: pol. Positionierung/Artikulation (ja) ³	13.324 (25,6 %)	1-2	1,74 (2,00)	0,44 (0,19)	-1,08 (-0,83)
LL9: Mitglied in Gewerkschaft (ja)	16.943 (5,4 %)	1-2	1,20 (1,00)	0,41 (0,16)	1,45 (-0,10)
LL10: Betriebliche Unterweisung (ja) ⁴	15.617 (12,8 %)	1-2	0,21 (1,00)	0,41 (0,16)	1,44 (0,09)
Soziodemographischer Hintergrund					
SD1: Geschlecht (weiblich)	17.918 (0,0 %)	1-2	1,53 (2,00)	0,50 (0,25)	-0,11 (-1,99)
SD2: Alter (in Jahren)	17.886 (0,2 %)	17-96	47,17 (46,0)	16,9 (286,1)	-0,89 (-1,21)
SD3: Regionale Diff. (ländlich) ⁵	16.426 (8,3 %)	1-2	1,70 (2,00)	0,46 (0,21)	-0,89 (-1,21)
Soziale Position (subjektive Einschätzung)					
Unten-Oben-Skala (1-10=Oben) ⁶	17.574 (1,9 %)	1-10	4,81 (5,00)	1,82 (3,31)	-0,24 (-0,45)

Anm.: ¹ Die Variable wurde in Bulgarien (BG) und Nordirland (NIRL) nicht erhoben. ² „Freizeit“ wurde aus der Arbeitszeit pro Woche errechnet. ³ Die Variable wurde in Nordirland (NIRL), Schweden (SWE) und Lettland (LV) nicht erhoben. ⁴ Die Variable wurde in Spanien (ES) nicht erhoben. ⁵ Die Variable wurde in Deutschland West (DE-W) und Deutschland Ost (DE-O) nicht erhoben. ⁶ Frageformulierung: „In unserer Gesellschaft gibt es Bevölkerungsgruppen, die eher oben stehen, und solche, die eher unten stehen. Wir haben hier eine Skala, die von oben nach unten verläuft. Wenn Sie an sich selbst denken: Wo würden Sie sich auf dieser Skala einordnen? Und wo hätten sie sich vor 10 Jahren auf dieser Skala eingeordnet? (1=unten, 10=oben)“

Bei der Ermittlung des Ausgangsmodells 0 wurde zunächst zu Vergleichszwecken ein latentes Klassenmodell mit einer Klasse berechnet (Anm.: was einer stichprobenmäßigen Beschreibung der Gesamtpopulation entspricht), danach schrittweise um jeweils eine latente Klasse k+1 erweitert

(Modell 0.k). Jedes Modell wurde stets nach statistischen Kriterien beurteilt (siehe nachfolgende Tabelle bzw. Abbildung). Zunächst werden alle oben beschriebenen Indikatoren der Lebenslage berücksichtigt. Da jedoch der Indikator Partner (LL5) bereits im Modell mit vier Klassen sog. *boundary estimates* aufwies (Anm.: vermutlich aufgrund der positiven Korrelation mit der Anzahl der Personen im Haushalt), wurde in weiterer Folge dieser Lageindikator ausgespart und stattdessen zur soziodemografischen Beschreibung der Lagetypen verwendet.

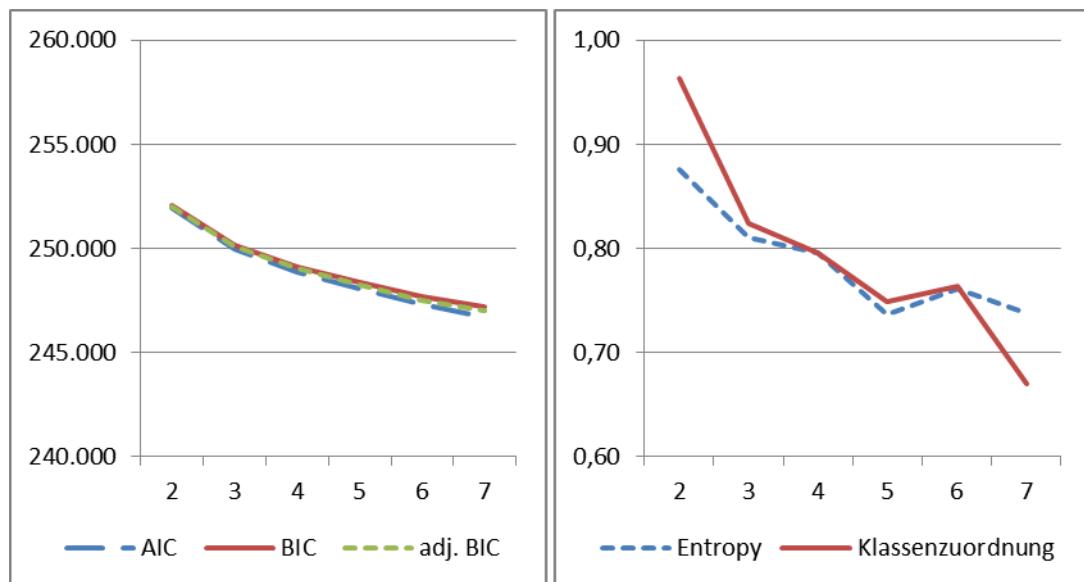
Für den Vergleich der berechneten Modelle der latenten Klassenanalyse (LCA) mit nur einer bis zu sieben Klassen kann zunächst konstatiert werden, dass der Log-Likelihood-Wert beständig gesunken ist und auf eine zunehmend bessere Modellanpassung hindeutet. Die absolute Modellgüte ist beim Modell mit nur einer Klasse miserabel (Person $\chi^2=1.429,102$ | $p<0,001$), deutlich besser bei der 2-Klassen-Lösung ($\chi^2=121,765$ | $p<0,001$) bzw. tendenziell besser bei 3- bis 7-Klassen. Der p-Wert des klassischen Pearson- χ^2 -Tests und des LRT-Tests fällt jedoch immer signifikant aus, was zwar auf Abweichungen im Modell hinweist, jedoch aufgrund der großen Stichprobe nicht überbewertet werden darf. Der VLMR-Test als Maß für den relativen Fit zeigt für jedes der sieben Klassenmodelle, dass es im Vergleich zum Modell mit k-1 Klassen besser zu den Daten passt ($p<0,001$) und eine Hinzunahme einer weiteren latenten Klasse gerechtfertigt scheint. Auf Basis dieses statistischen Kriteriums kann ebenfalls nur schwer die geeignete Anzahl von latenten Klassen abgeleitet werden.

Nach informationstheoretischen Maßstäben deuten die berechneten Einzelmodelle (mit k=1 bis k=7 Klassen bzw. Lagen) – durch den Rückgang der Werte des AIC, BIC und des adjustierten BIC – in Richtung einer relativen Verbesserung hin. Die größte Verbesserung gegenüber dem Modell mit jeweils weniger Klassen (hier: Lagen) gibt es bei der Berechnung von zwei Lagen, aber auch bei drei bzw. vier Lagen fällt der BIC um mehr als 1.000 Punkte und bei fünf Lagen um 732 Punkte im Vergleich zum jeweiligen Vorgängermodell. Ab sechs Lagen verflacht die Kurve zunehmend, was darauf hinweist, dass noch komplexere Modelle im Sinne der Modellsparsamkeit nicht gerechtfertigt scheinen (vgl. Tabelle 30 bzw. Abbildung 11).

Tabelle 30: Gütekriterien zur Ermittlung der Typologie von Lebenslagen

Gütekriterien des Ausgangsmodells	Ausgangsmodell mit ... ¹ (Modell 0.k)						
	1 Lage	2 Lagen	3 Lagen	4 Lagen	5 Lagen	6 Lagen	7 Lagen
Freie Parameter	10	18	26	34	42	50	58
H0 Log-Likelihood	-136.220	-125.952	-124.954	-124.394	-123.989	-123.596	-123.303
Pearson χ^2	1.429,102	121,765	117,627	120,667	105,200	97,620	80,012
LRT-Wert	-	160,895	92,402	109,925	83,304	51,109	62,583
VLMR (p)	-	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
AIC	272.460	251.940	249.959	248.856	248.062	247.292	246.722
BIC	272.538	252.080	250.162	249.121	248.389	247.682	247.174
adj. BIC	272.507	252.023	250.079	249.013	248.255	247.523	246.989
Entropy	-	0,876	0,810	0,795	0,736	0,761	0,737
Klassenzuordnung (>)	1,000	0,963	0,824	0,795	0,749	0,764	0,670

Abbildung 11: Fitstatistiken des LCA-Ausgangsmodells mit 2 bis 7 Klassen (Lagen)



Anm.: $N_i=17.849$; Legende: ¹ Die Anzahl von Lagen entspricht unterschiedlichen Vorgaben der latenten Klassenanalyse. Beispielsweise wurden beim Modell mit 4 Lagen 4 Klassen spezifiziert. Alle Berechnungen basieren auf der robusten ML-Schätzmethode (MLR), Startwertsets (STARTS =250 25) mit 50 Iterationen und einem Konvergenzkriterium von 0,0000001.

Was die Reliabilität der Klassenzuordnung betrifft, deuten die Ergebnisse ebenfalls auf eine Typologie mit fünf Lebenslagen (Klassen) hin. Die Treffsicherheit der Zuordnung ist zwar bei 2- bis 4-Klassen hoch, jedoch bei fünf Klassen mit einem Wert 0,76 sehr nahe am angestrebten bzw. präferierten Wert von 0,80. Die Eindeutigkeit der Zuordnung des Modells wird auch über den groben Indikator mit einem Wert bei der Entropy von 0,76 gestützt. Das bedeutet, dass die Klassenzugehörigkeit der meisten Individuen im Modell mit fünf Lebenslagen eindeutig bestimmt wird. Bei der Lösung mit 5 Lagetypen ist bloß die individuelle Zuordnung zur Lage 1 und 2 bzw. Lage 3 und 4 weniger eindeutig, wo in etwa 15 % der Fälle schlecht klassifiziert werden konnten (siehe unten).

Aufgrund der statistischen Gütekriterien wird als latentes Lebenslagenmodell das mit fünf Lebenslagetypen präferiert (Lage 1 bis Lage 5). Die etwas eingeschränkte statistische Treffsicherheit kann leicht anhand der nachfolgenden inhaltlichen Beschreibung jedes Lageprofils nachvollzogen werden.¹⁷¹ Die fünf Lagen (Lagetypen) werden zusätzlich nach ihrer Größe (Lagegröße) und ihrer sozialen Lage (Lageprofil) beschrieben bzw. nach soziodemografischen Aspekten charakterisiert. Aufgrund der Validierung des Typus mit der subjektiven sozialen Position (Mittelwert und Streuung auf der Unten-Oben-Skala) wurde jede der fünf Lagen nach ihrem Ausmaß der Privilegierung bzw. Benachteiligung benannt.¹⁷²

¹⁷¹ Hinzuzufügen ist, dass die LCA-Modelle mit sechs bzw. sieben Lagen sog. *bounded estimates* aufwiesen, die Gefahr einer Falschinterpretation beinhalteten und daher – trotz teilweise besserer Modellgüte (z. B. niedrigerem AIC/BIC, höherer Entropy bzw. Treffsicherheit der Klassenzuordnung) – nicht ausgewählt wurden.

¹⁷² Anm.: Es stellte sich nachträglich heraus, dass der Indikator Freizeit (LL7) kein profilgebendes Merkmal der Lebenslage darstellt, was sich mit der hohen negativen Korrelation von $r=-0,757$ ($p<0,001$) mit Erwerbstätigkeit (LL1) begründen lässt, weil Erwerbstätige tendenziell weniger Freizeit haben als Nichterwerbstätige.

Lage 1: Leicht privilegierte Lebenslage (+)

- **Größe der Lage:** Von den 17.849 befragten Personen werden durch das Modell 4.819 bzw. 27,0 % dieser Lebenslage 1 zugeordnet.
- **Beschreibung im Lageprofil:** Diese Lage charakterisiert einen hohen Anteil erwerbstätiger Personen (>90 %), wobei 10,6 % einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, und – im Vergleich zur durchschnittlichen Verteilung – mit eher überdurchschnittlichem Bildungs- (3,56) bzw. Einkommensniveau (4,69) zu bezeichnen sind. Die Lage ist außerdem gekennzeichnet durch überdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder (36,8 %). Die Haushaltsgröße ist mit 2,36 unter dem Gesamtdurchschnitt, weil sich die Haushalte der Personen dieser Lage beispielsweise zu 38,2 % aus 2 Erwachsenen, 19,8 % aus 2 Erwachsenen und einem Kind oder 15,7 % aus drei Erwachsenen zusammensetzen.
- **Lagecharakteristik:** Die Lage 1 ist charakterisiert durch einen etwa gleich hohen Anteil von Männern (50,6 %) und Frauen (49,4 %). 46,3 % sind zwischen 25-44 Jahre bzw. 40,5 % zwischen 45-64 Jahre alt ($MW=41,9 | SD=13,0$ Jahre). Die Hälfte (52,6 %) ist entweder verheiratet oder lebt wie verheiratet mit einem Partner/einer Partnerin zusammen, 30,0 % sind Singles (nie verheiratet gewesen) und 10,9 % sind Geschiedene. 44,9 % lebt im städtischen, 31,6 % im vorstädtischen Gebiet bzw. 23,4 % in ländlichen Regionen.
- **Soziale Position:** Auf der 10-stufigen Skala schätzten sich die Personen dieser Lage 1 auf der Mittelposition mit dem Mittelwert von $MW=5,04$. Das 95%-Konfidenzintervall des Mittelwertes variiert nur zwischen 4,99 bis 5,09, was über dem Gesamtdurchschnitt von 4,81 ist und gleichzeitig eine relativ homogene Selbsteinschätzung bzw. eine sehr geringe Streuung ausdrückt ($SD=1,66$).

Lage 2: Durchschnittliche/mittlere Lebenslage (~)

- **Größe der Lage:** 17,2 % bzw. 1.476 Personen fallen in diesen zweiten Lagetyp.
- **Beschreibung:** Diese Lage 2 ist ausschließlich durch Erwerbstätigkeit (99,8 %) gekennzeichnet, wobei relativ viele einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen (10,4 %). Die Personen der Lage 2 kennzeichnet eine leicht überdurchschnittliche Bildung (3,67) bzw. ein durchschnittliches Einkommensniveau (4,56). Ganz charakteristisch für diese Lage ist die hohe mittlere Anzahl von 4,27 Personen im eigenen Haushalt (Anm.: im Gesamtdurchschnitt sind es bloß 2,88 Personen pro Haushalt), wobei sich beispielsweise 49,8 % dieser Haushalte aus 2 Erwachsenen/2+ Kindern zusammensetzen. Der Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern ist mit 28,5 % ebenfalls über dem Durchschnitt (21,7 %).
- **Charakteristik:** Die Verteilung auf die Geschlechter ist annähernd gleich mit leichtem männlichem Überhang von 53,4 % Männern gegenüber 46,6 % Frauen. Mit durchschnittlich 38,3 Jahren sind die Personen in dieser Lage 2 im Vergleich zu den anderen Lagen die zweitjüngste Altersgruppe, jedoch mit der geringsten Streuung um den Altersdurchschnitt ($SD=9,32$): Zwei Drittel (63,5 %) fallen in die Alterskategorie zwischen 25 und 44 Jahre und nur 10,6 % sind jünger bzw. 25,9 % sind älter. Die überwiegende Mehrheit (79,7 %) lebt mit einem Partner/einer Partnerin zusammen (Anm.: der Singleanteil liegt bei 16,0 %). Diese Lage findet man zu hohen Anteilen entweder in der Stadt oder auf dem Land (städtisch: 36,5 %, vorstädtisch: 27,8 %, ländlich: 35,7 %).

- **Soziale Position:** Die Personen dieser Lage stufen sich ebenfalls in die Mitte der 10-stufigen Unten-Oben-Skala mit einem Wert von 4,94 (95%-KI: 4,89-5,00), was keinen signifikanten Mittelwertsunterschied zur ersten Lage ausdrückt.

Lage 3: Benachteiligte Lebenslage (-)

- **Größe der Lage:** Die Lage 3 macht in etwa ein Drittel (35,8 % bzw. 6.395) der Personen aus.
- **Beschreibung:** Die Personen in der Lage 3 kennzeichnet eine unterdurchschnittliche Bildung (3,83) und sehr unterdurchschnittliches Einkommen (2,02). Weniger als 5 % dieser Gruppe gehen einer Erwerbsbeschäftigung nach, verfügen also über einen sehr hohen Anteil nicht durch Erwerbstätigkeit determinierte Zeit. Dazu zählen 64,9 % PensionistInnen, 11,0 % im Haushalt tätige Hausfrauen/-männer, 5,0 % in Ausbildung befindliche oder 4,1 % (körperlich bzw. psychisch) Behinderte/Beeinträchtigte. Insgesamt also eine Gruppe staatlich abhängiger Personen (sog. Versorgungsklasse). Aufgrund der fehlenden Erwerbsarbeit ist eine Gewerkschaftsmitgliedschaft (0,9 %) bzw. eine betriebliche Unterweisung bzw. Anweisungsbefugnis (0,6 %) extrem unwahrscheinlich.
- **Charakteristik:** In dieser unterprivilegierten Lage 3 befinden sich überdurchschnittlich viele Frauen (60,1 %) und unterdurchschnittlich viele Männer (39,9 %). Hauptsächlich aufgrund der vielen PensionistInnen sind die Personen dieser Lage 3 durch ein signifikant höheres (bzw. im Vergleich der Lagetypen das höchste) Alter gekennzeichnet (MW=59,3 Jahre | SD=16,6): 36,9 % sind im Alter zwischen 45-64 Jahren bzw. 45,5 % im Alter von über 64 Jahren. Zwar leben sie mehrheitlich mit einem/r Partner/in zusammen (54,0 %), aber die Lage ist durch den größten Anteil an verwitweten Personen (25,5 %) gekennzeichnet, 6,5 % sind geschieden und 1,8 % leben getrennt. Die Haushaltsgröße ist mit 2,03 Personen die durchschnittlich kleinste im Vergleich mit allen anderen Lagen. Zwei Fünftel (39,1 %) wohnen in der Stadt, jeweils fast ein Drittel wohnt entweder in der Vorstadt (29,7 %) oder auf dem Land (31,2 %).
- **Soziale Position:** Die Personen dieser Lage 3 positionieren sich hinsichtlich ihrer sozialen Position mit einem Mittelwert MW=4,32 (95%-KI zwischen 4,27-4,37) deutlich niedriger (d. h. unterdurchschnittlicher) und damit signifikant unterschiedlich zu allen anderen Lagen ein (SD=1,89).

Lage 4: Sehr benachteiligte Lebenslage (--)

- **Größe der Lage:** Zu der kleineren Lage 4 zählt in etwa jede 10. Person (10,5 % bzw. insgesamt 1.872 Befragte).
- **Beschreibung:** Diese vierte Lage ist der Lage 3 nicht unähnlich, jedoch fällt die durchschnittlich hohe Personenanzahl im Haushalt von 4,74 auf. Die Haushalte sind überwiegend folgendermaßen zusammengesetzt: 2 Erwachsene/2 Kinder (24,7 %), 2 Erwachsene/3+ Kinder (15,1 %), 3 Erwachsene/Kinder (21,7 %) oder 3+ Erwachsene/Kinder (36,1 %). Diese Personen verfügen über ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau von 4,14 und diese Gruppe fällt aufgrund des extrem unterprivilegierten ökonomischen Ressourcenniveaus auf (Einkommen=1,10). Sie sind also durch ein hohes Armutsrisiko gekennzeichnet. Weniger als 10 % gehen einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung nach. Die

Personen dieser Lage sind zu hohen Anteilen entweder im Haushalt tätig (25,2 %), arbeitslos (25,1 %), (noch/wieder) in Ausbildung (19,8 %), weniger jedoch (bereits) in Pension (15,2 %).

- **Charakteristik:** Die Lage 4 ist mit durchschnittlich 37,2 Jahren die jüngste Altersgruppe, weist jedoch eine große Altersbandbreite auf ($SD=16,0$): 28,6 % sind bis 24 Jahre, 41,8 % zwischen 25-44 Jahre und 29,6 % sind 45 Jahre alt oder älter. Zu ihnen zählen mehrheitlich Frauen (68,1 %) und lediglich ein Drittel Männer (31,9 %). 60,7 % leben mit einem/r Partner/in zusammen und 30,4 % sind Singles (zusätzlich: 4,9 % verwitwet, 2,1 % geschieden und 1,8 % getrennt lebend). Der Anteil derer, die in ländlichen Regionen leben ist bei dieser Lage mit 38,3 % am höchsten.
- **Soziale Position:** Die soziale Position schätzen die Personen dieser Lage 4 mit durchschnittlich $MW=4,62$ ($SD=1,93$) unter der Skalenmitte ein, und diese wird auch an der Obergrenze des 95%-Konfidenzintervalls des Mittelwerts nicht überschritten (Untergrenze: 4,53 | Obergrenze: 4,70).

Lage 5: Stark privilegierte Lebenslage (++)

- **Größe der Lage:** Die Lage 5 macht mit 9,4 % bzw. mit 1.676 Personen die kleinste Lage aus.
- **Beschreibung:** Diese Lage ist durch eine ausgesprochen privilegierte Stellung gekennzeichnet. Die Personen dieser Lage verfügen über eine sehr überdurchschnittliche Bildung (5,64) und sind mit hohen ökonomischen Ressourcen ausgestattet (7,18). 93,1 % davon fallen in die erwerbstätige Personengruppe, und daher überwiegend vollzeitbeschäftigt (lediglich 2,5 % gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach). Mit 61,2 % ist der Anteil der Personen mit Machtmittel in Form betrieblicher Anweisungsbefugnis beispielhaft hoch (z. B. Personen in mittleren/höheren Managementpositionen bzw. Selbständige). Die Personen dieser Lage leben in einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 3,1 Personen. 62,3 % von ihnen leben in Haushalten, die sich aus 2 Erwachsenen und einem Kind oder mehreren Kindern zusammensetzen.
- **Charakteristik:** Der Anteil der Männer ist mit 70,9 % in keiner der Lagen so hoch wie in dieser (nur 29,1 % sind weiblich). 91,7 % der Gruppenmitglieder sind zwischen 25 und 64 Jahre alt und sind daher mit 43,4 Jahren ($SD=16,7$) am nächsten zum Altersgesamtdurchschnitt (Anm.: Der Mittelwert der Gesamtpopulation beträgt 47,2 Jahre). 77,7 % leben mit einem/r Partner/in zusammen, nur 12,1 % sind Single, 6,1 % sind geschieden, 4,1 % entweder verwitwet oder getrennt lebend. Diese Lage ist auch durch den größten Anteil von Städtern, nämlich 51,3 %, gekennzeichnet.
- **Soziale Position:** Die Personen in dieser Lage schätzen ihre soziale Position mit einem Mittelwert von $MW=6,0$ (95%-KI zwischen 5,90 und 6,04) signifikant höher als alle anderen Personen in allen anderen Lagen ein. Die Einstufung ist auch nirgendwo anders so konsistent und homogen wie in dieser Lage ($SD=1,52$)

Die Profilbeschreibungen der Lebenslagen sind nachfolgender Tabelle 31 zu entnehmen. Die Charakterisierung der Lagen nach soziodemografischen Aspekten ist in Tabelle 32 zusammengefasst.

Tabelle 31: Beschreibung der Lagentypologie nach Indikatoren der Lebenslage

Indikatoren im Modell 1.1	Gesamt-population	Lage 1 (+)	Lage 2 (~)	Lage 3 (-)	Lage 4 (--)	Lage 5 (++)
Größe	100,0 %	27,0 %	17,2 %	35,8 %	10,5 %	9,4 %
<i>Geschätzte Mittelwerte</i>						
LL2 Einkommen	3,197	3,561	3,665	2,023	1,102	7,177
LL4 Bildung	4,403	4,688	4,558	3,828	4,139	5,636
LL6 Personen im HH	2,879	2,357	4,267	2,031	4,736	3,082
<i>Geschätzte Anteilswerte</i>						
LL1 Erwerbstätig	0,528	0,910	0,998	0,035	0,096	0,931
LL7 Freizeit	0,525	0,188	0,151	0,988	0,972	0,116
LL9 Gewerkschaft	0,207	0,368	0,285	0,090	0,035	0,208
LL10 Arbeitsunterweisung	0,208	0,281	0,238	0,058	0,024	0,612

Anm.: $N=17.849$; Modell ohne Lebenslagenindikator Partner (LL5). Die Werte bei LL2, LL4, LL6 drücken geschätzte Mittelwerte aus und jene bei LL1, LL7, LL9, LL10 Anteilswerte.

Tabelle 32: Soziodemografische Charakteristiken der fünf Lebenslagen (Angaben in %)

Charakteristiken (Determinanten) des Modells 1.2	Kategorien	Insgesamt	Lage 1 (+)	Lage 2 (~)	Lage 3 (-)	Lage 4 (--)	Lage 5 (++)
Geschlecht***	Männlich	47,2	50,6	53,4	39,9	31,9	70,9
	Weiblich	52,8	49,4	46,6	60,1	68,1	29,1
Alter***	Bis 24 Jahre	10,1	9,2	10,6	6,6	28,6	4,4
	25-44 Jahre	36,6	46,3	63,5	11,0	41,8	51,2
Familienstand***	45-64 Jahre	34,7	40,5	25,6	36,9	22,1	40,5
	65+ Jahre	18,6	4,0	0,3	45,5	7,5	3,9
Region***	Mit Partner/in	39,0	52,6	79,7	54,0	60,7	77,7
	Ohne Partner/in	61,0	47,4	20,3	46,0	39,3	22,3
Unten-Oben-Skala***	Städtisch	41,3	44,9	36,5	39,1	41,2	51,3
	Vorstädtisch	28,7	31,6	27,8	29,7	20,5	28,7
	Ländlich	29,5	23,4	35,7	31,2	38,3	20,1
Unten-Oben-Skala***	Mittelwert	4,81	5,04	4,94	4,32	4,62	6,00
	Std. Abweichung	1,81	1,66	1,61	1,89	1,93	1,52

Anm.: *** Gruppen sind nach dem χ^2 -Unabhängigkeitstest signifikant unterschiedlich ($p<0,001$). Assoziationsmaße der Lebenslagentypologie mit der Unten-Oben-Skala: $\eta^2=0,266$ | Camer's $V=0,155$ | Kontingenzkoeff.=0,297 (jeweils $p<0,001$).

Als Zwischenfazit kann konstatiert werden, dass das akzeptierte Ausgangsmodell der latenten Klassenanalyse fünf sehr unterschiedliche Lebenslagen beschreibt. Die Typologie mit 5 Lebenslagen hat nicht nur statistisch-methodische Qualität (z. B. Reliabilität), sondern weist auch inhaltliche Plausibilität hinsichtlich zentraler Dimensionen von sozialer Ungleichheit auf. Die Typologie verfügt auch hinsichtlich eines externen Kriteriums über valide Eigenschaften, die mit Hilfe der subjektiven Einschätzung der eigenen sozialen Position auf der 10-stufigen Unten-Oben-Skala getestet wurden. Demzufolge hat die objektive Lebenslage – ob eher privilegiert oder eher benachteiligt – eine signifikante Auswirkung auf die subjektiv wahrgenommene Einschätzung der eigenen sozialen Klasse bzw. Position ($\text{Eta}=0,266$ bzw. $\text{Eta}^2=0,071$). Sozial benachteiligte Lagen schätzen sich im Vergleich unterdurchschnittlich schlechter – d. h. relativ deprivierter – ein als privilegierte Lebenslagen, die sich im Vergleich mit anderen Personen und Gruppen durchschnittlich höhergestellt einstufen.

Darüber hinaus lassen sich nach sozio-demografischen Gesichtspunkten eine sozialstatistisch unterschiedliche Zusammensetzung der verschiedenen Lagetypen ausmachen, was auf relativ starke horizontal-soziale Determiniertheit objektiv-hierarchischer Ungleichheitslagen hindeutet, wie hier z. B. hinsichtlich des Geschlechts, des Alters, des Familienstandes und der Wohnregion gezeigt werden konnte. Vereinfacht gesagt sind beispielsweise stark privilegierte Lagen männlich und stark benachteiligte Lagen vordringlich weiblich dominiert. Von benachteiligten Lagen sind jüngere wie auch ältere Personen gleichermaßen betroffen. Privilegierte Lagen sind eher in städtischem als im ländlichen Umfeld lokalisierbar.

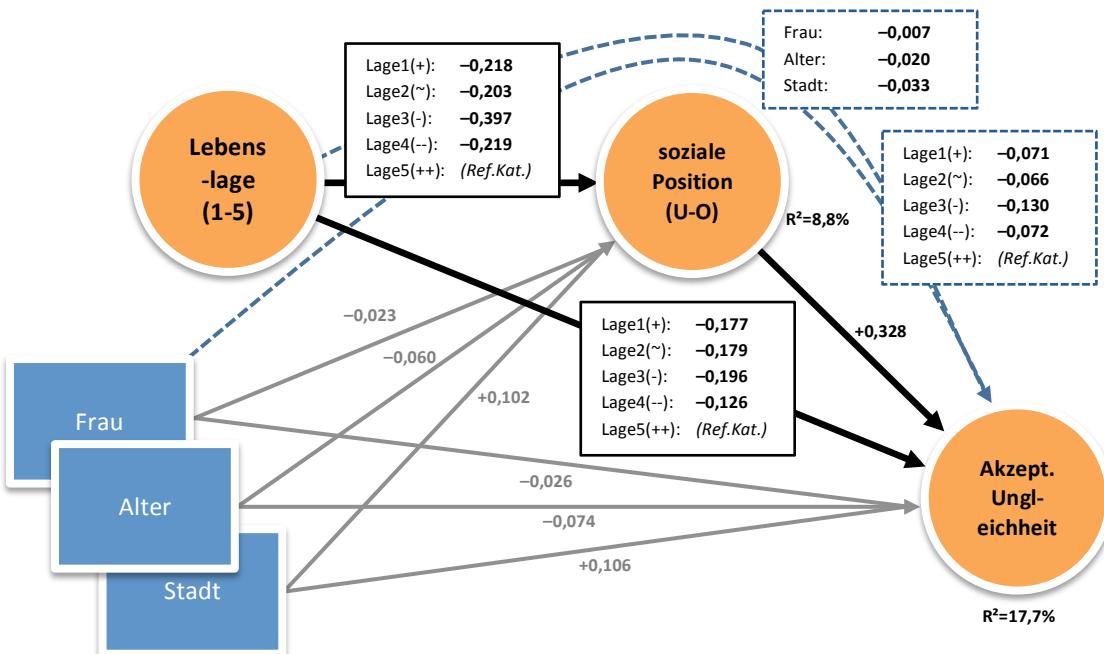
Die zweite Hypothese (H3.2) behandelt die Frage, ob verschiedene Lebenslagen mit unterschiedlichen Urteilen gegenüber sozialer Ungleichheit zusammenhängen. Es wurde eingangs vermutet, dass Personen in privilegierten sozialen Lagen eine höhere Akzeptanz von sozialer Ungleichheit artikulieren als benachteiligte Lagen das tun. Das Modell testet diesen Zusammenhang in einem Strukturgleichungsmodell, wobei die oben beschriebenen Lebenslagen 1 bis 4 als sog. Dummyvariablen in das Modell eingehen und die privilegiertesten Lage 5 als Referenzkategorie dient.

Die Hauptergebnisse des *Modell 1* werden in der nachfolgenden Abbildung 12 dargestellt. Aus der Abbildung geht klar hervor, dass im Vergleich zur privilegierten Lage 5 die Personen aller anderer Lagen (Lage 1 bis Lage 4) ein geringeres Akzeptanzniveau aufweisen. Den Graden der Akzeptanzbereitschaft wird durch verschiedene starke negative Effekte Ausdruck verliehen. Den stärksten negativen Effektkoeffizienten weist die benachteiligte Lage 3 auf (-0,196 | $p<0,010$), was auf die stärkste Ablehnung bzw. niedrigste Akzeptanzbereitschaft hindeutet. Im Vergleich dazu ist auffällig, dass die stark benachteiligte Lage 4 eine etwas höhere Akzeptanzbereitschaft aufweist als die benachteiligte Lage 3 (-0,126 | $p<0,010$). Die Lagen 1 und 2 weisen hingegen etwa gleiche negative Effekte auf (Lage 1: -0,177; Lage 2: -0,179 | $p<0,010$).

Neben diesen direkten Effekten der Lebenslage auf das Akzeptanzniveau gegenüber sozialer Ungleichheit kann auch der indirekte Effekt über subjektive Vergleichsprozesse in Form der Einschätzung der eigenen sozialen Position (Unten-Oben-Skala) betrachtet werden. Zunächst wird (erneut) durch das *Modell 1* bestätigt, dass sich benachteiligte soziale Lagen im subjektiven Vergleichsprozess in eine unterdurchschnittliche (d. h. niedrigere) soziale Position einordnen. Die negativen direkten Effekte der Lebenslage auf die soziale Position verdeutlichen, dass sich Personen, die sich in der benachteiligten Lage 3 befinden, im Vergleich zu Personen in der stark privilegierten Lage 5 deutlich niedriger einordnen (-0,397 | $p<0,001$). Nicht ganz so niedrig stufen sich Personen in der Lebenslage 1 und 4 (Lage 1: -0,218; Lage 4: -0,219) bzw. Personen in der Lage 2 ein (-0,203 |

jeweils $p<0,001$). Durch die Indikatoren der horizontal-funktionalen Ungleichheit wird auch in diesem Strukturgleichungsmodell bestätigt, dass sich Personen die in der Stadt leben (+0,102), in einer durchschnittlich höheren Position, jedoch zunehmend ältere Personen (-0,060) und Frauen hierarchisch in einer signifikant niedrigeren sozialen Position sehen (jeweils $p<0,010$). Insgesamt wird deutlich, dass Determinanten von sozialer Ungleichheit (Geschlecht, Alter, Region) einen bedeutenden Effekt auf die subjektive soziale Positionierung ausüben. Im Vergleich zu den vertikalen Dimensionen der Lebenslage fallen sie jedoch deutlich geringer aus.

Abbildung 12: Soziale Determinanten, Lebenslage, Position und Akzeptanz sozialer Ungleichheit



Anm.: standardisierte Effekte des Modells 1 ($N=16.331$); Legende: Pfeile mit durchgezogener Linie symbolisieren direkte, Pfeile mit unterbrochener Linie symbolisieren indirekte Effekte. Zahlen stellen standardisierte und signifikante Effektkoeffizienten dar, die mittels robuster ML-Schätzmethode (MLR) berechnet wurden ($p<0,010$). R^2 drückt den Anteil erklärter Varianz in der abhängigen Variablen aus. Die Akzeptanz sozialer Ungleichheit stellt eine latente Variable zweiter Ordnung dar, wobei in der Abbildung die Faktoren erster Ordnung und die Messindikatoren nicht dargestellt werden.

Ein weiterer starker direkter Effekt ist der der subjektiven sozialen Position auf die Akzeptanzbereitschaft (+0,328 | $p<0,001$). Das bedeutet: Je höher jemand seine/ihre subjektiv wahrgenommene Position auf der gesellschaftlichen Hierarchie von Unten bis Oben einordnet, desto höher ist die Akzeptanzbereitschaft gegenüber sozialen Ungleichheitsverhältnissen. Bedeutend sind auch die indirekten Effekte der objektiven Lebenslage auf das subjektive Ausmaß der Akzeptanz: Der indirekte Effekt der Lebenslage über die soziale Position auf die Akzeptanz ist ebenfalls signifikant und fällt erneut – im Vergleich zur privilegiertesten Lage 5 – bei allen anderen vier Lagen niedriger aus. Am stärksten negativ ist der indirekte Effekt der benachteiligten Lage 3, d. h. die Akzeptanzbereitschaft ist bei Personen dieser Lage signifikant geringer. Die geschätzten indirekten Effekte für die Lage 1, 2 und 4 fallen ebenfalls signifikant aus, jedoch nicht so stark negativ im Vergleich zur stark privilegierten Lage 5 (Anm.: zwischen -0,066 und -0,071 | $p<0,001$).

Die indirekten Effekte von Geschlecht, Alter und Region sind zwar ebenfalls signifikant, aber aufgrund der relativ geringen Effektstärken vernachlässigbar (zwischen -0,007 bis -0,033). Die direkten Effekte

der Determinanten auf die Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit bestätigen alle diesbezüglichen Hypothesen: Personen, die in Städten leben, weisen in Richtung höherer Akzeptanzbereitschaft (Stadt: +0,106). Es existieren darüber hinaus Geschlechterunterschiede, wobei Frauen soziale Ungleichheiten in höherem Ausmaß ablehnen als Männer (Frau: -0,026). Außerdem sinkt mit zunehmendem Alter die Bereitschaft, die Ungleichheiten zu akzeptieren (Alter: -0,074 | jeweils p<0,010).

Die unabhängigen Variablen im Modell erklären 8,8 % der Varianz in der Unten-Oben-Skala (soziale Position) und 17,7 % der Varianz in der latenten Variablen der Akzeptanzbereitschaft. Die Anpassung des Modells an die empirischen Daten kann als ausgezeichnet bezeichnet werden. Folgende Fitindizes wurden berechnet: AIC=268.613 | BIC=268.868 | adj. BIC=268.763 | $\chi^2(36)=608,246$ (p<0,001) | RMSEA=0,031 (0,029;0,033) | P-close=1,000 | CFI=0,958 | TLI=0,934 | SRMR=0,016.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass im Vergleich zur privilegiertesten Lebenslage (Lage 5) alle anderen Lagen eine kritischere Sicht auf soziale Ungleichheiten aufweisen. Am stärksten fällt die (egalitäre) Kritik bei der Lage 3 aus, in die etwa ein Drittel (35,8 %) der Bevölkerung klassifiziert wurde und die vor allem durch ältere (oft alleinstehenden) Frauen in (staatlicher) Abhängigkeit beschrieben wurde. Weiters fällt die kritische Interpretation bei jenen durchschnittlich jüngeren, ebenfalls weiblichen 10,5 % der Bevölkerung auf (Lage 4), deren Lebenslage neben ökonomischer Deprivation auch durch Kinderreichtum gekennzeichnet ist. Obwohl dieser Lagetypus nach horizontalen Kriterien der sozialen Ungleichheit als am stärksten benachteiligt gilt bzw. mit „sehr benachteiligt“ benannt wurde, weist er nicht den stärksten negativen Effekt auf die interessierenden Variablen Ungleichheitsakzeptanz und hierarchisch-soziale Positionierung auf. Der Grund dafür scheint wohl im etwas besseren mittleren Bildungsniveau zu liegen bzw. in der womöglich herrschenden Einsicht, dass die vorhandenen Kinder Betreuung bedürfen und einer horizontalen Aufwärtsmobilität (zumindest derzeit) nicht förderlich sind. Die verbleibenden Lagen 1 und 2 sind – was zumindest die Effekte auf die Akzeptanz betrifft – sehr ähnlich und daher vergleichbar. Die sozialen Hintergründe und Motive dafür sind jedoch möglicherweise ganz andere, weil Lage 1 stärker gewerkschaftlich organisiert und Lage 2 durch größere Haushalte (d. h. mehr Kinder) gekennzeichnet ist. Im Vergleich zur gebildeten, reichen, „mächtigen“ Lage 5 sind Personen der Lagen 1 und 2 deutlich ungleichheitskritischer, wenn auch nicht so stark wie Personen in den Lebenslagetypen 3 und 4.

Insgesamt bestätigen die Ergebnisse die eingangs aufgestellten handlungstheoretischen Zusammenhänge der Forschungshypothese (H3.3). Die objektive Lebenslage hat einen bedeutsamen direkten Effekt auf die Akzeptanz sozialer Ungleichheit. Je privilegierter die Lage, desto größer ist die Ungleichheitsakzeptanz. Je benachteiligter die objektive Lage, desto mehr werden die sozialen Ungleichheiten abgelehnt bzw. kritisch wahrgenommen und bewertet. Die objektive Lebenssituation nach Dimensionen der Lebenslage hat darüber hinaus Auswirkungen auf die subjektiv wahrgenommene Stellung in der Gesellschaft. Die Einschätzung der eigenen subjektiven Positionierung in der sozialen Hierarchie erfolgt über Vergleichsprozesse (z. B. der relativen Deprivation) und trägt maßgeblich zur Akzeptanz oder Ablehnung von sozialer Ungleichheit bei. Je höher die wahrgenommene soziale Position, desto größer die Ungleichheitsakzeptanz. Je niedriger die Position, desto größer fällt die Ablehnung von sozialer Ungleichheit aus. Die objektive Lebenslage wirkt jedoch nicht nur direkt, sondern beeinflusst gleichzeitig relativ stark indirekt – über soziale Vergleichsprozesse der eigenen Position – entweder die Akzeptanz- bzw. Ablehnungsbereitschaft.

Für eine vollständige Beurteilung der Forschungshypothese dient das *Modell 2*, das neben den beschriebenen Effekten der individuellen Lebenslage (vermittelt über soziale Vergleichsprozesse) auf die Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Sinne des Konzepts der Ungleichheitsordnung berücksichtigt. Für letzteres dienen die bereits verwendeten Indikatoren, die über kulturelle, soziale, politische und ökonomische Aspekte operationalisiert wurden.

Beim vollständigen *Modell 2* handelt es sich um ein Mehrebenenstrukturgleichungsmodell (MLSEM), wobei die $N_i=17.849$ Personen die Individual- bzw. Personeneinheiten bilden, die in $N_j=107$ europäischen Regionen leben bzw. in regionale Kontexteinheiten (Level 2) geschachtelt sind. Auf Individualebene wurde das oben besprochene *Modell 1* spezifiziert (Lebenslage – soziale Position – Akzeptanz) und auf Kontextebene ein Mehrebenenmodell mit den Indikatoren/Dimensionen der kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Ordnung von sozialer Ungleichheit (vgl. Ergebniskapitel 7.2). Als abhängige Variable wurde die additive Summenskala der Akzeptanz gegenüber sozialer Ungleichheit verwendet, die eine theoretische Skalenrange von 1=keine Akzeptanz bis 25=hohe Akzeptanz aufweist. Aus Modellsparsamkeitsgründen und weil die Effekte sehr gering ausfallen sind, wurde auf die Individualvariablen Geschlecht (Mann/Frau), Alter (in Jahren) und Region (Stadt/Land) verzichtet.¹⁷³ Die Ergebnisse des Mehrebenenmodells aus dem Ergebniskapitel 7.2 dienen der Vergleichsgrundlage für das nun zu besprechende vollständige *Modell 2*, das neben den kontextuellen nun auch die individuellen Prädiktorvariablen der Akzeptanz berücksichtigt (Tabelle 33).

Das *Modell 2* schätzt die Akzeptanz gegenüber sozialer Ungleichheit in individueller Abhängigkeit der objektiven Lebenslage, subjektiver Vergleichsprozesse (soziale Position) und unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Ungleichheitsordnung). Die standardisierten Effekte auf Kontextebene des Modells führen zu den gleichen Erkenntnissen und es lässt im Grunde die gleiche Interpretation wie das reine Kontextmodell zu (vgl. Tabelle 33). Unter zusätzlicher Berücksichtigung der individuellen Lebenslage und der Selbstpositionierung fallen die Kontexteffekte im Modellvergleich nun jedoch noch stärker aus. In noch stärkerem Maße herrscht durchschnittlich geringere Akzeptanz gegenüber sozialer Ungleichheit in ethnisch (-0,579) und religiös (hier: röm.-katholisch) homogenen Regionen bzw. Ländern (-0,206 | p<0,010). Geringere durchschnittliche Akzeptanz wird in politisch föderalen Systemen (-0,345 | p<0,010) sowie in Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit (-0,401 | p<0,001) gewährt. Durchschnittlich höhere Akzeptanzbereitschaft lässt sich hingegen unter sozial günstigen Bedingungen, wie höhere Ausgaben für Gesundheit (+0,445 | p<0,010) und höheres regionales Bildungsniveau, finden (+0,307 | p<0,001). Personen in Regionen mit sozialdemokratischem bzw. politisch linken Klima sind gegenüber sozialen Ungleichheiten ebenso offener wie Personen, die in ökonomisch prosperierenden Regionen (BIP: +0,261 | p<0,060) und Ländern mit höherer Inflationsrate leben (+0,418 | p<0,010).

¹⁷³ Anm.: Die Berücksichtigung der Variable Stadt/Land würde außerdem zum Verlust aller Deutschen Fälle und Regionen führen, was für die Intention dieses Modells nicht zuträglich wäre.

Tabelle 33: Lebenslage, Position, Akzeptanzbereitschaft im Kontext gesellschaftlicher Ordnung

Var./Bez.	Gesellschaftlicher Ordnungskontext (Vergleichsmodell)		Modell 2: Kontext- und Individualmodell		
	Konstanter (fixer) Teil	abh. Var.	Akzeptanz	Soz. Position	Akzeptanz
Gesamtmittel (Konstante)		unstand. standard.	+10,021 +10,204	+5,974 +3,284	+9,471 +11,079
<i>Regional- bzw. Kontextebene (Level 2)</i>					
Kulturelle Ordnung:					
katholische Homogenität	(ko1)	-0,138	*	-	-0,206 **
ethnische Homogenität	(ko2)	-0,506	***	-	-0,579 ***
(ehem.) sozialist. System	(ko3)	-		-	-
Soziale Ordnung:					
Ausgaben Bildung	(so1b)	+0,185	*	-	+0,109 n.s.
Ausgaben Gesundheit	(so1g)	+0,435	***	-	+0,445 **
Bildungsniveau	(so2)	+0,244	**	-	+0,307 ***
Arbeitslosigkeit	(so3)	-0,298	***	-	-0,401 ***
Gini-Index	(so4)	-		-	-
Lebenserwartung	(so5)	-		-	-
Politische Ordnung:					
föderalistisches pol. System	(po1)	-0,253	*	-	-0,345 **
gewerkschaftl. Organisationsgrad	(po2)	-		-	-
sozialdemokratisches Klima	(po3)	+0,397	***	-	+0,475 ***
Ökonomische Ordnung:					
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	(oo1)	+0,472	***	-	+0,261 ~
Wirtschaftswachstum	(oo2)	-		-	-
Inflationsrate	(oo3)	+0,394	**	-	+0,418 **
<i>Personen- bzw. Individualebene (Level 1)</i>					
Lebenslage					
Lage 1 (+)		-	-0,228 ***	-0,196 ***	
Lage 2 (~)		-	-0,214 ***	-0,162 ***	
Lage 3 (-)		-	-0,436 ***	-0,267 ***	
Lage 4 (--)		-	-0,229 ***	-0,132 ***	
Lage 5 (++) [Referenz-Kategorie]		-	-	-	
Soziale Position					
Unten-Oben-Skala (0-10)		-	-	+0,230 ***	
Zufälliger (variabler) Teil					
Individuelle Varianz	(s^2_w)	1,000	0,929	0,907	
Regionale Varianz	(s^2_B)	0,226	-	0,292	
Modellanpassung:	(Devianz)	93.390,0		161.298,9	
Anteil erklärte Varianz:	(in %)				
Level 2		77,4 %	-	70,8 %	
Level 1		-	7,1 %	9,3 %	

Anm.: $N_l=17.849$ Personen, $N_j=107$ Regionen; Die Werte zeigen standardisierte Effektkoeffizienten auf Basis des robusten ML-Schätzverfahrens (MLR). Legende: * $p<0,050$ / ** $p<0,010$ / *** $p<0,001$ / ~ $p<0,060$ / n.s.=nicht signifikant.

Unter Berücksichtigung des gesamten regionalen Ungleichheitskontextes fallen die Zusammenhänge auf individueller Ebene, also zwischen objektiver Lebenslage und subjektiven Vergleichsprozessen (hierarchische Position), bzw. Akzeptanzbereitschaft ebenfalls stärker aus, was an den höheren direkten Effekten abzulesen ist. Im Vergleich zur privilegierten Lage 5 ordnen sich – was die eigene

soziale Position anbelangt – Personen in der unterprivilegierten Lage 3 erneut am unterdurchschnittlichsten ein (Lage 3: -0,267). Die anderen Lagen schätzen sich auch niedriger ein, jedoch in abgeschwächter Form (Lage 1: -0,228; Lage 2: -0,214; Lage 4: -0,229; jeweils $p < 0,001$). Für die Bereitschaft, die gesellschaftlichen Ungleichheiten zu akzeptieren, bedeutet das, dass Personen in benachteiligten Lagen zu stärkerer Kritik bzw. Ablehnung neigen als jene in privilegierten Lagen. Am niedrigsten ist die Akzeptanzbereitschaft bei Personen in der unterprivilegierten Lage 4 (-0,267), gefolgt von Personen in den mittleren Lebenslagen 1 (-0,196) und 2 (-0,162 | jeweils $p < 0,001$). Letztere Gruppen sind stärker durch die Gewerkschaft organisiert und vermutlich hinsichtlich des Themas stärker sensibilisiert.

Beachtenswert ist darüber hinaus, dass der Effekt der subjektiv wahrgenommenen sozialen Position auf die Akzeptanzbereitschaft unter Berücksichtigung der regionalen Ungleichheitssituation zwar weiterhin positiv, aber deutlich schwächer als zuvor ausfällt (+0,230 im Vergleich zu +0,328 | jeweils $p < 0,001$). Das lässt die begründete Vermutung zu, dass der individuelle Zusammenhang zwischen der sozialen Position und der Akzeptanz in der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung von den gesellschaftlichen Bedingungen abhängt bzw. gerahmt wird. Die Wahrnehmungen und Bewertungen hängen nun einmal von den gesellschaftlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten ab.

Was die Güte des *Modells 2* anbelangt, kann ein signifikanter Anteil der Varianz auf Individual- und auf Kontextebene durch die Indikatoren aufgeklärt werden, nämlich 70,8 % der Varianz der Akzeptanz zwischen den Regionen und 9,3 % der individuellen Streuung der Akzeptanz.

7.3.4 Zusammenfassung der Hauptergebnisse und Schlussfolgerungen

Dieses dritte und letzte Ergebniskapitel 7.3 ging der Frage nach, wie sich die Lebenschancen von Menschen mit dem Lebenslagenansatz konzeptualisieren und empirisch überprüfen lassen können. Es spürte der Rolle von objektiv ungleichen Lebensbedingungen und von ungleichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die subjektiven Deutungs-, Verarbeitungs- und Vergleichsprozesse nach, und zwar in der spezifischen Form des subjektiv-sozialen Bewusstseins über die eigene Lebenslage (soziale Klasse) und der Bereitschaft, die sozialen Ungleichheiten zu akzeptieren.

Zum allgemeinen Hauptergebnis kann zunächst gezählt werden, dass es gelungen ist, auf Basis des Lebenslagenansatzes – welcher ein theoretisch fundiertes und zeitgemäßes Konzept der Sozialstrukturanalyse darstellt – eine methodologisch fundierte Herangehensweise zu entwickeln, die mittels moderner Methoden der empirischen Sozialforschung umgesetzt wurde. Dabei lässt sich die Lebenslage allgemein definieren als die spezifische Konstellation der objektiv gegebenen, mehr oder weniger privilegierten oder benachteiligten individuellen Handlungsbedingungen unter wandelbaren, aber jeweils historisch-konkreten kontextuellen Rahmenbedingungen. Daher wurde der theoretische Lebenslagenansatz nach seinen Kernelementen im Sinne einer Soziologie der sozialen Ungleichheit konzeptualisiert. Zu den konzeptuellen Kernelementen des Lebenslagenansatzes wurden die Mehrebenen, die Multidimensionalität (das Spielraumkonzept), das Objekt und das Subjekt gezählt. Der Methodenteil hat diese Elemente weiter spezifiziert (z. B. in Form einer theoretisch fundierten Idealtypologie von Lebenslagen) und hat die empirische Analyse vorbereitet (z. B. Lebenslagen im Rahmen einer latenten Klassenanalyse). Im empirischen Teil dieses Kapitels wurden die Forschungsfragen unter Verwendung von internationalen Umfragedaten adressiert, eine empirische

Lebenslagentypologie entwickelt und die Zusammenhänge mit Determinanten und der subjektiven Akzeptanz von sozialer Ungleichheit analysiert.

Im Sinne einer modernen Sozialstrukturanalyse stellt sich die Frage, welches objektive Lagebild – in Form von Lebenslagen – sich in den heutigen Gesellschaften herauskristallisiert hat. Im Rahmen einer Sekundäranalyse des International Social Survey Programmes (ISSP) bzw. des dritten Umfragemoduls „Soziale Ungleichheit“ aus dem Jahr 1999/2000, wurden dafür aus dem Variablenset zahlreiche Indikatoren für die Operationalisierung von Lebenslagen ausgewählt. Im Sinne der Multidimensionalität des Lebenslagenansatzes stellen die Indikatoren alte und neue vertikal-hierarchische Dimensionen mit qualitativen und quantitativen, materiellen und immateriellen (symbolischen) Eigenschaften bzw. Merkmalen der sozialen Ungleichheit dar. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass aufgrund der Sekundäranalyse nicht alle Dimensionen der Lebenslage operationalisiert werden konnten. Mit Hilfe der statistischen Methode der latenten Klassenanalyse konnte jedoch auf Basis sehr eingeschränkt vorliegender Indikatoren eine empirische Typologie mit fünf objektiven Lebenslagen abgeleitet werden. Mit der Typologie konnte die Fülle an Informationen befriedigend reduziert werden; die Typologie weist darüber hinaus hohe inhaltliche Plausibilität auf und erfüllt hohe statistische Qualitätskriterien.

Die empirische Lebenslagentypologie beinhaltet fünf distinkte Lebenslagen, die quantitativ nach der Größe und qualitativ im Profil beschrieben wurden. Lebenslagen in modernen Gesellschaften lassen sich zunächst nach unterschiedlichen Graden der Privilegierung bis Benachteiligung charakterisieren, die jeweils unterschiedliche quantitative Gewichte aufweisen. Mit der empirischen Typologie können (stark bis leicht) benachteiligte Lebenslagen (Lage 4: 10,5 | Lage 3: 35,8 % | insgesamt: 46,3 %), eine mittlere/durchschnittliche Lage (Lage 2: 17,2 %) und (leicht bis stark) privilegierte Lebenslagen (Lage 5: 9,4 % | Lage 1: 27,0 % | insgesamt: 36,4 %) unterschieden werden. Die Bezeichnung „benachteiligt“ bzw. „privilegiert“ richtet sich dabei nach den in die Analyse eingehenden vertikal-hierarchischen Indikatoren, die zentrale Dimensionen von sozialer Ungleichheit beinhalten. Im umgesetzten Lebenslagenmodell unterscheiden sich die fünf Lebenslagen nach objektiven Maßstäben vor allem nach klassischen Dimensionen, also je nach der aktiven Beteiligung im Erwerbsprozess, im Einkommens- und Bildungsniveau, aber auch hinsichtlich neuerer Kriterien, wie z. B. ihrer sozialen, institutionellen Eingebundenheit, oder etwa nach machtsoziologischen Aspekten.

Wie auch schon in den theoretischen Arbeiten von VertreterInnen des Lebenslagenansatzes betont wurde, muss an dieser Stelle nochmals eindringlich darauf hingewiesen werden, dass durch die Benennung von (eher) privilegierten oder (eher) benachteiligten Lagen nicht der Eindruck erweckt werden darf, dass es sich dabei um Lagen auf einem eindimensionalen Kontinuum, mit den Polen „Benachteiligung“ bis „Privilegierung“, handelt. Lebenslagen sind nicht einfach die Aufsummierung verschiedener Indikatoren sozialer Ungleichheit, etwa zu einem additiven Index, wie es z. B. beim Schichtindex häufige Praxis ist. Auch wenn die Benennung ein solches Kontinuum vielleicht suggerieren mag, soll damit explizit auf die Bedeutung der lebenslagspezifischen Charakteristik hingewiesen werden. Das Spezifische an den fünf Lebenslagen ist, dass sie im Profil unterschiedliche Akzentuierungen aufweisen; eine bestimmte Lebenslage wird durch eine spezielle Kombination und

ein spezifisches Wechselspiel von Eigenschaften ausgemacht, methodisch gewährleistet durch die latente Klassenanalyse.¹⁷⁴

Kennzeichnend für Lebenschancen in modernen Gesellschaften ist nicht nur die Lebenslage nach diesen vertikal-hierarchischen Dimensionen, sondern die Analyse hat auch gezeigt, dass für sie die Determiniertheit nach horizontal-funktionalen Dimensionen von sozialer Ungleichheit charakteristisch ist. Für alle fünf Lebenslagen sind horizontal-funktionale Aspekte bedeutsam. Sozial ungleiche Privilegierung oder Benachteiligung ist nach wie vor eine Frage des Geschlechts, des Alters, des Familienstandes und der sozial-räumlichen Differenzierung, und zwar in sehr hohem Ausmaß. Beispielsweise bestehen die benachteiligten Lagen 3 und 4 zu mehr als 60 % aus Frauen und die privilegiteste Lage 5 zu 71 % aus Männern. Mehr als 80 % der Personen in der benachteiligten Lage 3 sind 45 Jahre oder älter. 70 % der Lage 4 sind maximal 44 Jahre alt. In der Lage 2 leben 80 % mit einem Partner/einer Partnerin zusammen, hingegen trifft dies auf nur knapp über 50 % der Personen in Lage 1 zu. Zwischen 45 % und 51 % der privilegierten Lagen 1 und 5 leben im städtischen Raum, Unterprivilegierung ist hingegen nach den eingehenden Indikatoren häufiger ein ländliches Phänomen.¹⁷⁵

Das Lebenslagenkonzept ist daher mit der Hilfe von qualitativ hochwertigen Umfrageprogrammen bzw. -daten und unter Verwendung modernster (statistischer) Methoden der empirischen Sozialforschung geeignet, die Sozialstruktur von modernen Gesellschaften umfassend beschreibend zu analysieren und vermag es nicht nur Fragen der vertikal-hierarchischen Dimensionen, sondern auch der horizontal-funktionalen Determinanten von sozialer Ungleichheit zu adressieren. Eine detaillierte Beschreibung des gesellschaftlichen Gefüges von sozialer Ungleichheit als sozialstrukturelles Lagebild einer Gesellschaft ist daher möglich. Die unterschiedenen Lebenslagen stellen – wie bereits erwähnt – quantitative Großgruppen in der Gesellschaft dar, die jeweils etwa zwischen 10 % und 36 % der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Eine weitere soziologisch relevante Frage lautet: Sind die Lebenslagen auch sozial relevante Gruppen? Und was die spezifische Fragestellung dieser Dissertationsschrift anbelangt: Unter welchen horizontalen wie vertikalen Bedingungen und von welchen Gruppierungen werden die gesellschaftlichen Ungleichheiten eher akzeptiert oder eher abgelehnt? In den diesbezüglichen Analysen hat sich gezeigt, dass sich der Lebenslagenansatz bei der Beantwortung dieser Fragen ebenfalls als taugliches Konzept erwiesen hat. Unterschiedliche Lebensbedingungen – ob horizontal in Form von privilegierter/benachteiligter Lebenslage, oder vertikal nach funktionalen Gesichtspunkten – stellen einen objektiv relevanten Handlungskontext für das Denken und Handeln von Individuen dar. Die empirischen Ergebnisse konnten zeigen, dass sowohl objektive – d. h. relativ vorteilhafte bzw. nachteilige Lebenslagen – als auch horizontale Determinanten die subjektiv-innen Prozesse der Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit maßgeblich mitbestimmen.

Diese Schlussfolgerungen sind zulässig, weil die Ergebnisse der Lebenslagen in diese Richtung weisen: Einerseits hinsichtlich der Einschätzung der eigenen sozialen Position im Vergleich zu anderen Personen und Gruppen (sog. subjektive Vergleichsprozesse bzw. relative Deprivation) und andererseits auch hinsichtlich der Akzeptanz bzw. Ablehnung von sozialen Ungleichheiten. Im

¹⁷⁴ Dass es sich im Ergebnis gerade nicht um graduell zunehmende oder abnehmende Privilegierung bzw. Benachteiligung handelt, zeigen z. B. die unterschiedlich gewichteten Effekte auf die abhängigen Variablen der subjektiven Position und sozialen Akzeptanz von Ungleichheit, die im Detail weiter unten diskutiert werden.

¹⁷⁵ Leider liegen hinsichtlich des Migrationshintergrunds bzw. der Staatsbürgerschaft keine Ergebnisse vor.

Einzelnen hat sich folgendes gezeigt: Die Ergebnisse bestätigen erstens die Hypothese, dass die objektiv gegebenen Lebensbedingungen bzw. -chancen darüber entscheiden, ob und in welchem Ausmaß sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft zugestimmt oder diese kritisch reflektiert werden. Wer objektiv in unterprivilegierten Lebensbedingungen lebt, tendiert zur Ablehnung von gesellschaftlichen Ungleichheiten. Es konnte zweitens gezeigt werden, dass die sozialen Determinanten (Geschlecht, Alter, Region) und vor allem die objektive Lebenslage zu einer subjektiven Bewusstwerdung der eigenen Lebenssituation und -chancen bzw. zur Herausbildung eines subjektiv-sozialen Lagebewusstseins beitragen. Sozial benachteiligte Lagen – ganz gleich auf welchen Dimensionen – nehmen sich selbst, d. h. subjektiv, reflexiv und daher bewusst, als relativ deprivierter (benachteiligter) als objektiv privilegierte Gruppen in der sozialen Hierarchie wahr. Die objektive Lage schärft somit das Bewusstsein für die eigene soziale Lage. Die Ergebnisse liefern drittens (auch) empirische Hinweise darauf, dass unterschiedlich privilegierte oder benachteiligte Lebenslagen nicht nur stark sozial determiniert sind und zur Bewusstwerdung der eigenen sozialen Lage („sozialen Klasse“), sondern auch zur Beurteilung von sozialer Ungleichheit beitragen. Für die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit ist die objektive Stellung (Anm.: auch ohne Vergleichsprozesse) von hoher Bedeutung, da ein nicht zu vernachlässigender direkter Effekt von der objektiven Lebenslage auf die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit existiert. Die Wirkung des sozialen Bewusstseins – in Form einer aktiven, reflektierten und (mit anderen) verglichenen Auseinandersetzung der eigenen Lebenssituation – auf die Ablehnungs- bzw. Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit zeigte jedoch den stärksten direkten Effekt.

Das bedeutet nichts anderes, als dass das soziale Bewusstsein über die eigene objektive Lebenssituation die Ablehnung oder Akzeptanz von sozialen Ungleichheiten verstärkt. Die objektive Lage und die subjektiv vergleichende Selbsteinschätzung der sozialen Positionierung bestimmen gemeinsam mit, ob die sozialen Ungleichheiten kritisch oder affirmativ reflektiert werden und in welchem Ausmaß. Statistisch lässt sich ein nicht unbeträchtlicher indirekter Effekt von der objektiven Lage über die subjektive Position auf die Akzeptanzbereitschaft nachweisen. Personen mit objektiv benachteiligten Lebensbedingungen und -chancen (z. B. hinsichtlich der ökonomischen Dimension) nehmen eine relative Deprivation wahr und bewerten die wahrgenommenen sozialen Ungleichheiten dementsprechend kritischer. Die Bewusstwerdung erweist sich daher als zentraler sozialer Mechanismus bzw. als subjektiv moderierender Vergleichs- bzw. Vermittlungsprozess. Unter bestimmten objektiven deprivierten und subjektiv bewerteten Lebensbedingungen kann sich der (negative) Effekt auf die Akzeptanzbereitschaft (über die sozialen Vergleichsprozesse) maßgeblich verstärken.

Beispielswiese stufen sich Personen in der objektiv benachteiligten Lage 3 selbst als am relativ depriviertesten ein und äußern die stärkste mittlere Bereitschaft, die sozialen Ungleichheiten abzulehnen. Da die benachteiligte Lebenslage 3 stets die negativsten und die privilegiertesten Lebenslage 5 stets die positivsten Effektkoeffizienten aufweisen, bestätigt sich der Moderatoreffekt tendenziell. Die Ableitung einer eindeutigen Reihenfolge nach Lebenslagetypen auf der Achse von Privilegierung bis Benachteiligung ist jedoch nicht möglich, da sich die durch die Effektstärke ergebenden Rangplätze von Lage 1, 2 und 4 immer wieder vertauschen. Der Grund dafür liegt in den Lebenslageprofilen, die sich beispielsweise aufgrund unterschiedlicher sozialer Sensibilisierung und Interessenorganisation erklären lässt (z. B. durch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft,

betriebliche Machtbefugnisse), was erneut auf die soziale Relevanz der Handlungskontexte verweist.¹⁷⁶

Die Ergebnisse zeigen also hinsichtlich der Objekt-Subjekt-Bezogenheit, dass für die subjektive Akzeptanzbereitschaft der individuelle Handlungskontext, sowohl in Form der objektiven Lebenslage als auch in subjektiv-reflektierter Weise in Form des Bewusstseins über die eigene Lage (soziale Position, soziale Klasse), relevant ist. Neben objektiver und subjektiver sozialstruktureller Lage von Individuen ist – viertens – aber auch die gesamte gesellschaftliche Verfassung, im Sinne eines kontextuellen Orientierungsrahmens, entscheidend. Das bedeutet hinsichtlich des Mehrebenenaspekts der Akzeptanz, dass die existierende (z. B. regionale) Ungleichheitsordnung einen sehr relevanten Wahrnehmungs- bzw. Bewertungsrahmen für Akzeptanzurteile darstellt und bei der Analyse von Akzeptanzlandschaften berücksichtigt werden muss. Akzeptanzurteile werden maßgeblich durch die historisch-konkrete gesellschaftliche (Ungleichheits-)Ordnung (mit-)geprägt. Akzeptanz- und Ablehnungsbereitschaften von sozialen Ungleichheitsbedingungen werden gleichermaßen durch die kulturelle, soziale, politische und ökonomische Ordnung einer Gesellschaft mitgeprägt.

Insgesamt lässt sich schlussfolgern: Das Denken und Handeln unterscheidet sich nicht nur nach den objektiven Lebens- und Rahmenbedingungen, sondern auch nach der bewussten Selbstpositionierung im Ungleichheitsgefüge von historisch-konkreten Gesellschaften. Die gesellschaftliche und die eigene Lebenslage ist objektive Handlungsvoraussetzung für relative Vergleiche im Prozess der subjektiv-innenen Verarbeitung (Wahrnehmung und Bewertung) mit hoher Relevanz für das individuelle Verhalten, etwa in Form von Akzeptanz- oder Ablehnungsbereitschaft von sozialer Ungleichheit.

¹⁷⁶ Zur Komplettierung ist noch hinzuzufügen, dass horizontal-funktionale Determinanten von sozialer Ungleichheit (Geschlecht, Alter, Wohnregion) zwar großen Einfluss auf die objektive Lebenslage haben, aber vergleichsweise vernachlässigbar sind hinsichtlich der subjektiven sozialen Lage bzw. des Ausmaßes an Ungleichheitsakzeptanz.

DISKUSSION UND FAZIT

8 Zusammenfassende Diskussion

8.1 Forschungsproblem und Konzeptbestandteile

Im Zuge der Zunahme an sozialer Ungleichheit (Hradil 2005) vor dem Hintergrund moderner, entwickelter und immer komplexer werdender Gesellschaften – d. h. mit fortschreitender Pluralisierung, hoher Differenzierung und zunehmender Individualisierung – stellt sich die Frage nach der gesellschaftlichen Kohärenz und der sozialen Ordnungsbildung (Lepsius 2008). In diesem Zusammenhang müssen Legitimationsprobleme und Probleme gesellschaftlicher Legitimität diskutiert werden, beispielsweise im Zusammenhang mit Fragen der Globalisierung, Europäisierung, Demokratisierung, Technologisierung, und Fragen zunehmender sozialer Spannungen bzw. aufkommender sozialer Konflikte müssen erörtert werden (Lucke 1996a, 1996b, 2006).

Legitimationsfragen stellen sich heute nicht bloß vor dem Hintergrund der faktischen Struktur sozialer Ungleichheit, sondern auch hinsichtlich soziologischer Ungleichheitsforschung. Ungleichheitsforschung im Sinne neuer soziologischer Strukturkonzeptionen verlangt nach einer eingehenden theoretischen Konzeptualisierung des Forschungsproblems und sollte systematisch neueren Konzepten eines sozialtheoretisch verstandenen Strukturbegriffs – wie sie beispielsweise bei James A. Coleman, Anthony Giddens, Peter M. Blau, Pierre Bourdieu vorliegen – folgen. Der theoretische Teil dieser Dissertation widmete sich daher der Frage, wie – durch Fundierung älterer und neuerer theoretischer Konzepte von sozialer Ungleichheit – ein bereits vorhandenes und sehr detailliert vorliegendes Konzept der Akzeptanz (ausgearbeitet von Doris Lucke) für das vorliegende Forschungsproblem der Ungleichheitsakzeptanz verwendet werden kann.

Grundlage für gesellschaftliche Legitimität und Stabilität der Sozialordnung ist laut Doris Lucke (2006) Legitimation und Akzeptanz. Sowohl Legitimation als auch Akzeptanz sind Handlungsvoraussetzung und Strukturfaktor sozialer Ordnungsbildung in modernen Gesellschaften. Beide Begriffe stehen dabei im Verhältnis gegenseitiger Rückkopplung, wobei die Legitimation die „*rationale Nachvollziehbarkeit*“ und „*formale Rekonstruierbarkeit*“ und die Akzeptanz die „*subjektiv-soziale Kehrseite*“ der Legitimation bildet (Lucke 2006: 12). Doris Lucke definiert Akzeptanz als „*die Chance, für bestimmte Meinungen, Maßnahmen, Vorschläge und Entscheidungen bei einer identifizierten Personengruppe ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung zu finden und unter angebbaren Bedingungen aussichtsreich auf deren Einverständnis rechnen zu können*“ (Lucke 1995: 104). Der Definition zufolge ist unter Akzeptanz eine Zustimmungswahrscheinlichkeit und unter Nicht-Akzeptanz eine Ablehnungswahrscheinlichkeit zu verstehen, beispielsweise hinsichtlich der Ungleichheitsverhältnisse und -bedingungen in einer historisch-konkreten Gesellschaft. Zu den weiteren Charakteristiken zählt, dass die Akzeptanz als Tiefenphänomen einen vielschichtigen und voraussetzungsreichen Prozess ausmacht, der sich innerhalb der Akzeptanztriade zwischen Objekt, Subjekt und Kontext abspielt. Dabei kann prinzipiell zwischen manifester Akzeptanz und latenter Akzeptanzbereitschaft unterschieden werden, die sich hier auf den Objektbereich von sozialer Ungleichheit im Rahmen raum-zeitlicher Gesellschaftsstrukturen bezieht. Das allgemeine Akzeptanzkonzept von sozialer Ungleichheit verwendet darüber hinaus einen modernen Begriff von

Struktur, wie beispielsweise ausgeführt im Konzept der Strukturierung (Giddens 1979), im Habituskonzept und Konzept des sozialen Raums (Bourdieu 1983): Akzeptanz ist strukturelle Grundlage und Ergebnis des Handelns. Darüber hinaus weist die Akzeptanz im Sinne einer modernen Akteurs- bzw. Handlungstheorie eine explizite Subjektorientierung auf, die – in Erweiterung zu klassischen herrschafts- bzw. ordnungssoziologischen Überlegungen (vgl. Weber) – eine spezifische Aufwertung des Subjekts im Prozess der Legitimation bedeutet. Akzeptanz wird eben als subjektive Kehrseite der systemseitigen Legitimation aufgefasst (Lucke 2006).

Nach den angesprochenen Überlegungen von Max Weber (1956 [1922]) willigen die Beherrschten in eine Herrschaftsordnung ein, weil sie auf legitime Weise zustande gekommen ist, d. h. legitim ist, und weil sich die Herrschaft auch gegen Widerstand behaupten kann. Legitimation ist nach dieser Fassung erwartbar, weil die Form der Anerkennung auf Fügsamkeit beruht und Geltung erfährt. Der Akteur bzw. die Akteurin ist nach diesem normativen Verständnis bloßes Objekt und ein passiver Befehlsempfänger. Doris Lucke wertet das Subjekt durch ihre Überlegungen auf und weist dem Akteur bzw. der Akteurin im Prozess eine aktive und reflektierende Rolle zu. Herrschaft wird nach ihrer Auffassung dann legitim, wenn sie durch die Individuen eingewilligt wird und bei ihnen im Resultat rationale Einsicht und innere Überzeugung herrschen (Lucke 1995, 2006). In modernen (mehrheits-)demokratischen Gesellschaften erfolgt die sog. plebisitäre Legitimation der Akzeptanzsubjekte durch „Abstimmung“ oder „Beschluss“ der Gesellschaftsmitglieder. Legitimation weist daher eine die geltende Ordnung affirmierende Tendenz auf, ist daher prinzipiell unterstellbar, insofern wertkonservativ; aber weil Legitimation und Akzeptanz in fortgeschrittenen Gesellschaften aufeinander verwiesen sind, ist die Legitimation ohne Akzeptanz unvollständig. Das bedeutet aber gerade nicht, dass jede Ungleichheit auf Akzeptanz bei den Betroffenen stoßen wird. Die Legitimiertheit stellt sich jedoch erst beim Vorliegen von Akzeptanz ein und das auch nur vorübergehend. Für die gesellschaftliche Legitimität bedeutet das, dass sie erst faktisch gültig und normativ verbindlich wird, wenn auch latente Akzeptanzbereitschaft oder manifeste Akzeptanz in Verbindung mit Legitimation vorliegt. Erst bei Legitimität der Ordnung stellt sich ein dementsprechender Glaube, eine Gewissheit bzw. ein Einverständnis mit der Legitimität bei den Gesellschaftsmitgliedern ein (vgl. Weber). Akzeptanz, hier konzeptualisiert als hochgradig differentielles und multivariates Phänomen, ist jedoch nicht bloß als mentale Erscheinung aufzufassen. Auf analytischen Ebenen ist zwischen latenter Akzeptanzbereitschaft – mit kognitiven, normativ-evaluativen und expressiven Dimensionen – als Handlungsvoraussetzung von manifester Akzeptanz in Form von Akzeptanz- oder Ablehnungshandeln zu unterscheiden. Weiters kann Akzeptanz graduell nach Intensität, Qualität und Quantität variieren (Lucke 1995).

Ausgehend von diesen Überlegungen zu einem allgemeinen Akzeptanzkonzept wurde nach umfassender Diskussion älterer und neuerer soziologischer Ansätze ein Akzeptanzkonzept von sozialer Ungleichheit abgeleitet. Dabei stellte die Akzeptanztriade von Objekt, Kontext und Subjekt das hauptsächliche Abgrenzungskriterium dar. Als Akzeptanzobjekt wurde soziale Ungleichheit allgemein als die Lebensverhältnisse und -bedingungen definiert, die es Menschen besser oder schlechter erlauben (bzw. verwehren), die geteilten Lebensziele zu erreichen bzw. die Lebenschancen zu verwirklichen. Lebensziele und -chancen werden hauptsächlich bedingt durch die Verteilung von gesellschaftlich wertvollen (materiellen und immateriellen) und legitimen Mitteln, also den Vor- bzw. Nachteilen in den Ressourcen und Gütern, oder Zugang zu erstrebenswerten Positionen, die zur Zielerreichung (legitimerweise) eingesetzt werden können. Neben dieser vertikalen kann auf der

horizontalen Dimension von sozialer Ungleichheit zwischen verschiedenen Lebensstilen nach Geschlecht, Alter, regionaler oder ethnischer Differenzierung unterschieden werden (Hradil 2001).

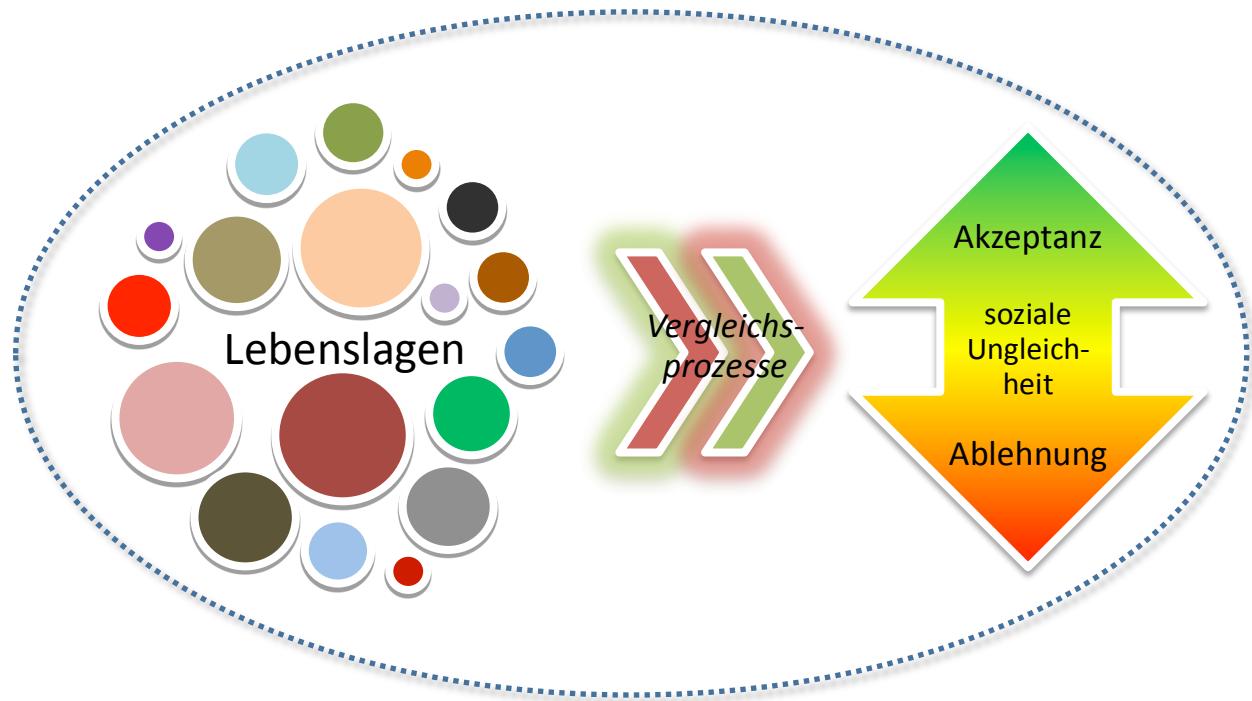
Auf Seite des Akzeptanzkontextes von sozialer Ungleichheit wurde nach makro-, meso- und mikrosozialen Ebenen zwischen den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen (bzw. der Ungleichheitsordnung) und den individuellen Lebensbedingungen (bzw. Ungleichheit von Lebenslagen) unterschieden. Das Konzept der gesellschaftlichen Ordnung beschreibt die strukturellen Mechanismen und Rahmenbedingungen einer Gesellschaft (Systembild), die Möglichkeiten und Opportunitäten – als Ergebnis eines sozial organisierten Prozesses – relativ dauerhaft und selektiv bereitstellen. Die geltende Ordnung kann als die grundlegende Verfasstheit samt den institutionellen (formellen und informellen) Regeln, Rollen, Normen, Verteilungen, Interdependenzen und Beziehungen verstanden werden bzw. nach der kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Ordnungssphäre differenziert werden. Institutionell vermittelt definieren sie auf der einen Seite die erstrebenswerten Ziele, die legitimen und begehrenswerten Mittel und damit die Interessensstruktur der Gesellschaftsmitglieder. Auf der anderen Seite ermöglichen sie nicht nur, sondern schränken soziale Prozesse, Denk- und Handlungsalternativen auch ein (vgl. Esser). Es handelt sich dabei insgesamt um eine spezifische Strukturierung des Denkens und Handelns. Im Ergebnis zeigen sich die sozialen Ungleichheiten in Form einer spezifischen Verteilung von absoluten Merkmalen und in einer sozialen Beziehungs- und Interdependenzstruktur. Zur Darstellung einer heutigen Sozialstruktur (Lagerungsbild) eignet sich das Konzept der Lebenslagen, weil es sich mit einem modernen Verständnis von Struktur und Akteur (bzw. Akteurin) gut vereinen lässt. Konzeptuell ist die Lebenslage als dynamisches Entwicklungs- und Prozessergebnis mehrerer gesellschaftlicher Ebenen aufzufassen, als Ausgangs- und Endpunkt des Denkens und Handelns, das eine zeitgemäße Berücksichtigung aller Dimensionen von sozialer Ungleichheit zu berücksichtigen vermag (Amann 2000).

Der Lebenslagenansatz lässt sich nicht nur mit den hier geforderten modernen strukturtheoretischen sondern auch mit modernen handlungstheoretischen Konzeptionen verknüpfen. Sowohl die gesellschaftliche (Ungleichheits-)Ordnung als auch die Lebenslage können als relevante objektive Kontexte für das subjektive Denken und individuelle Handeln aufgefasst werden. Im Sinne moderner handlungstheoretischer Überlegungen orientieren sich Individuen an den gegebenen gesellschaftlichen Lebensverhältnissen und individuellen Lebensbedingungen. Der Prozess des Orientierens folgt – stark verkürzt dargestellt – einem subjektiven Prozess der aktiven Auseinandersetzung und inneren Verarbeitung von kognitiven und normativ-evaluativen Komponenten, d. h. von Erwartungen und Bewertungen. Dieser Vorgang bzw. diese Komponenten sind Grundvoraussetzung der latenten Akzeptanzbereitschaft (bzw. Ablehnungsbereitschaft) von (wahrgenommen und bewerteten) sozialen Verhältnissen und Bedingungen von sozialer Ungleichheit. Akzeptanz ist individuelle Bewusstheit bzw. das Selbst-Bewusstsein über die eigene Lage relativ im Sinne sozialer Vergleichsprozesse aufzufassen (Konzept der relativen Benachteiligung oder Besserstellung). Die Abbildung 13 stellt diese Zusammenhänge noch einmal grafisch dar.

Prinzipiell kann von einer allgemeinen Akzeptanzbereitschaft ausgegangen werden, weil eine existierende Sozialordnung schon durch den Prozess der Legitimation und Akzeptanz gegangen ist und ein Geltungsglaube erwartbar ist. Es liegt gesellschaftliche Kohärenz vor, wenn an die herrschende Geltung (mehrheitlich) geglaubt wird, d. h. wenn diese legitimiert ist. In dieser Situation liegt kein Grund vor, die geltende Ordnung anzuzweifeln. Legitimation und Akzeptanz treffen aufeinander und ermöglichen den Zustand gesellschaftlicher Legitimität und sozialer Stabilität.

Einverständnis mit der Geltung und Kohärenz schwindet und Spannungen bzw. Konflikte können entstehen, wenn gemeinsam definierte Lebensziele nicht oder nur sehr eingeschränkt über die zur Verfügung gestellten Ressourcen erreicht werden können. Es wird dann der Aufrechterhaltung der zu legitimierenden gesellschaftlichen Ordnung die notwendige Akzeptanz entzogen, wenn beispielsweise die sozialen Ungleichheiten zu groß oder als illegitim wahrgenommen und bewertet werden.

Abbildung 13: Akzeptanzprozess von sozialer Ungleichheit einer gesellschaftlichen Ordnung



Akzeptanz ist gesellschaftlich erworben, kulturell und sozial vorstrukturiert und in diesem Sinne auch Orientierungswissen und Handlungsvoraussetzung. Wenn die Ressourcen und Positionen ungleich auf alle Personen verteilt sind – und davon ist in jeder Gesellschaft auszugehen –, dann kann es durch die spezifisch verteilte Kontroll- und Interessenstruktur und über den Weg von sozialen Vergleichsprozessen zu einer Herausbildung eines sozialen Bewusstseins bzw. von sozialen Lagen kommen (Mentalitätsbild), die eine gruppenspezifische Interessengemeinschaft, bzw. hier: eine Akzeptanzgemeinschaft bilden. Sie stellen eine potenzielle Quelle für die Ausbildung von sozialen Spannungslinien und eines Konfliktbewusstseins dar bzw. für die Herausbildung oder Organisation gemeinsamer Interessen, beispielsweise von der einfachen Einflussnahme auf den *status quo* bis hin zur radikalen Überwindung der Verhältnisse.

So wie das System- bzw. Lagerungsbild einer Gesellschaft einem ständigen sozialen Wandel unterworfen ist (vgl. Klassen, Schichten, Lebenslagen), sind auch die gesellschaftlichen Gesinnungen von Entwicklungen betroffen. Es sind vielfältige Veränderungen von Werten, Einstellungen, Wahrnehmungen, Bewertungen, Handlungen etc. zu verzeichnen, die sich in unterschiedlichem Klassengeschmack (Bourdieu), Schichtmentalitäten (Geiger), Bekenntnismilieus oder Orientierungsgemeinschaften (Lucke) herauskristallisieren. Handlungstheoretische Voraussetzung für den damit angesprochenen sozialen Wandel ist eine spezifische Konstellation objektiver Ungleichheitsordnung und eine latente Ablehnungsbereitschaft gewisser Intensität, Qualität und Quantität. Anzeichen von sozialen Übergängen bzw. Veränderungen können an der möglicherweise

wachsenden Abweichung zwischen legitimem Geltungsanspruch und vorenthaltener Akzeptanz abgelesen werden, was in Akzeptanzkrisen in soziale Spannungen und Konflikte münden und die gesellschaftliche Kohäsion gefährden kann (Esser 1999a).

8.2 Inhaltliche Hauptergebnisse

Aus diesen Überlegungen heraus sind Akzeptanz- und Legitimationsfragen nach raum-zeitlichen, institutionellen und zwischenmenschlichen Aspekten unter Berücksichtigung der makro-, meso- und mikrosozialen Prozesse zu analysieren. Auf Basis der theoretischen Bestandteile des allgemeinen Akzeptanzkonzepts und moderner struktur-, handlungs- und Ungleichheitstheoretischer Überlegungen wurde ein Akzeptanzmodell von sozialer Ungleichheit aufgestellt und nach Ableitung von mehreren Forschungshypothesen sowie mittels Sekundärdaten einer umfassenden empirischen Prüfung unterzogen. Die empirischen Ergebnisse haben zu einer prinzipiellen Bestätigung des aufgestellten Akzeptanzmodells von sozialer Ungleichheit geführt, wobei sich diese Aussage auf Hauptergebnisse stützt, die hier noch einmal zusammengefasst diskutiert werden sollen.

Das angesprochene Akzeptanzmodell wurde in mehreren Stufen bzw. Schritten mit Hilfe von Sekundärdaten (ISSP und Aggregatdaten der amtlichen Statistik) getestet. Auf Basis der gesamten konzeptuellen Vorarbeit waren mehrere Schritte in der Operationalisierung notwendig: Unter Verwendung (1) von subjektiven Indikatoren der wahrgenommenen und bewerteten Ungleichheiten bzw. eines Messmodells der latenten Akzeptanzbereitschaft, (2) von inhaltlich abgrenzbaren Aggregatdaten der gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung als faktische Bedingungen der Lebensverhältnisse wie auch unter Verwendung (3) von inhaltlich abgrenzbaren Dimensionen eine Typologie äußerer Bedingungen von Lebenslagen. Die Ergebnisse nach den unterschiedlichen Aspekten erwiesen sich als lohnende Strategie der Beschreibung von objektiven „Lebenslagengesamtheiten“ (Amann 1983: 156) und der subjektiven Akzeptanzbereitschaft im Sinne der Vermittlung der Makro- und Individualebene.

Zu den inhaltlichen Hauptergebnissen der drei empirischen Analyseschritte zählen:

(1) Subjektive Bereitschaft die soziale Ungleichheit auf individueller Ebene zu akzeptieren – operationalisiert über wahrgenommene Gründe, Funktionen, Zufriedenheiten und Erwartungen – liegt nur im eingeschränkten Maß vor. Der Tendenz nach liegt überwiegend subjektive Ablehnung von sozialen Ungleichheiten vor, was auf einer Akzeptanzskala durchschnittlich niedrige bis mittlere Akzeptanzbereitschaft bedeutet. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Akzeptanz graduell im interindividuellen Vergleich variiert. So liegt in etwa 25 % der europaweit befragten Personen auch ausgeprägte Akzeptanzbereitschaft vor. Insgesamt ist eher mit tendenzieller Ablehnung von sozialer Ungleichheit zu rechnen bzw. ist das deskriptive Ergebnis als tendenzielles Einvernehmen mit den geltenden demokratischen Basisnormen der Gleichverteilung und Gleichbehandlung zu deuten. Die Akzeptanzbereitschaft stellt somit zwar ein subjektives Urteil dar, das aber beträchtlich im interindividuellen Vergleich variiert. Für die individuelle Akzeptanz- oder Ablehnungsbereitschaft spielen nicht nur die normativ-evaluativen Bewertungen eine wichtige Rolle, sondern Akzeptanz bzw. Ablehnung wird insbesondere auch durch die Wahrnehmungen bestimmt, z. B. weil die Unterschiede als zu groß wahrgenommen werden. Etwa 90 % der Varianz sind auf individuelle Unterschiede zurückzuführen. Außerdem konnte im Kontextvergleich nachgewiesen

werden, dass die subjektive Bereitschaft, Ungleichheiten zu akzeptieren oder abzulehnen, hochgradig interkulturell variiert. Etwa 10 % der Akzeptanzunterschiede liegen zwischen den untersuchten Kontexten, wobei auf Ebene der europäischen Regionen die Bewertungen eine etwas höhere Bedeutung haben als die Wahrnehmungen.

Dieser erste Analyseschritt des Akzeptanzkonzepts konnte inhaltlich aufzeigen, dass das Objekt soziale Ungleichheit erwartungsgemäß empirisch mehrheitlich abgelehnt wird. Es wird überwiegend subjekt- aber auch maßgeblich kontextseitig bestimmt. Dieses Ergebnis bestätigt ein zentrales Charakteristikum des Akzeptanzkonzepts von sozialer Ungleichheit. Es kann gesagt werden, dass die hier untersuchte Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit als Prozess im Spannungsverhältnis zwischen unterschiedlichen Dimensionen der Wahrnehmung und Bewertung, aber auch zwischen individuellen und kontextuellen Ebenen steht und daher ein kulturell und sozial (vor)strukturiertes Phänomen darstellt.

(2) Hinsichtlich der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse lautet ein deskriptiver Befund, dass Europas Regionen durch makrosoziale Vielschichtigkeiten und enorme Unterschiede gekennzeichnet sind. Diese regionale Vielgestaltigkeit stellt sehr unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen und ungleiche Lebensverhältnisse für Gesellschaftsmitglieder zur Verfügung, die eine beträchtliche Rolle bei der Wahrnehmung und Beurteilung von sozialer Ungleichheit bzw. für ihre Akzeptanz- bzw. Ablehnungsbereitschaft spielen. Die regionalen Disparitäten wären im Falle der üblicherweise höher aggregierten Betrachtung von Ländern zu großen Teilen verdeckt worden. Außerdem kann die strukturtheoretisch inspirierte Orientierungshypothese der Akzeptanzbereitschaft von sozialer Ungleichheit als bestätigt gelten: Die subjektive Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit hat im Ergebnis etwas mit der gesellschaftlichen Verfasstheit und ihren sozialen Mechanismen zu tun, in welcher Weise Werte und Normen wirken, Positionen und Ressourcen, Mobilitäts- und Lebenschancen unter den Mitgliedern einer Gesellschaft verteilt werden.

Es konnte mit Hilfe der ungleichheitsfokussierten Operationalisierung des Ordnungskonzepts gezeigt werden, dass verschiedene Dimensionen relevante Effekte auf die subjektive Bereitschaft, die Ungleichheiten mehr oder weniger zu akzeptieren bzw. abzulehnen, ausüben. Das bedeutet, dass die gesellschaftliche Ungleichheitsordnung in ihrer Gesamtheit Gegenstand des individuellen Denkens und Handelns ist. Die subjektive Akzeptanzbereitschaft ist daher hochgradig abhängig von makrosozialen Merkmalen und Vorgängen der (un-)mittelbaren Umgebung und wird zum Akzeptanzkontext von sozialer Ungleichheit. Dieses Ergebnis bestätigt die handlungstheoretische Annahme, wonach sich Individuen in der Logik der Handlungssituation an den gegebenen Lebensverhältnissen orientieren. Spezifisch weisen die Ergebnisse darauf hin, dass die kulturelle, soziale, politische und ökonomische Ordnungsdimension einzeln strukturelle Effekte auf das individuelle Orientieren in der Ungleichheitssituation ausüben und in ihrer Gesamtheit relevant werden im subjektiven Prozess des Orientierens. Akzeptanz von sozialer Ungleichheit ist daher nur im Kontext der umfassenden Lebensverhältnisse begreifbar. Im Prozessergebnis tragen die Verhältnisse zur Ausprägung einer bestimmten individuellen Einstellung bzw. eines spezifischen Mentalitätsbilds in Form von Akzeptanz- oder Ablehnungswahrscheinlichkeiten bei.

Aufgrund der Ergebnisse besteht auch größere inhaltliche Klarheit darüber, wie die Akzeptanzbereitschaft mit den konkreten gesellschaftlichen Lebensverhältnissen zusammenhängt: Die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit ist geringer bzw. die Ablehnungsbereitschaft höher in ethnisch und religiös homogeneren Ländern und Regionen, wo mehr Investitionen für den sozialen

Zusammenhalt getätigt werden (z. B. hinsichtlich Gesundheit, Bildung, Arbeitsplätze), wo geringere wirtschaftliche Prosperität (z. B. höhere Arbeitslosigkeit) und Wohlstand herrscht, aber auch in jenen Ländern und Regionen, in denen politischen Partizipation und Zugriff zum politische System direkter ist (z. B. Föderalismus). Die Ungleichheitsakzeptanz ist hingegen in klimatisch stärker „sozialdemokratisch“ verfassten Regionen höher.

(3) Was die individuellen Lebensbedingungen betrifft, konnte zunächst gezeigt werden, dass sich der Lebenslagenansatz zur umfassenden empirischen Beschreibung der Lebensbedingungen von Menschen eignet. Die Lebenslage kann aufgefasst werden als der Ausdruck gesellschaftlich produzierter Ungleichheits- bzw. Ordnungssysteme. Die Lebenslage ist „*Ergebnis von wechselseitig erhaltenen bzw. vollzogenen Prozessen von Struktur und Individuum*“ (Amann 2000). Mit den personenbezogenen Befragungsdaten konnte mit einer Auswahl geeigneter Indikatoren eine Typologie von Lebenslagen mit fünf distinkten Typen identifiziert werden, die quantitativ nach ihrer Größe, qualitativ im Profil beschrieben und nach Graden der Privilegierung und Benachteiligung kategorisiert wurden: Die Lebenslagen stellen einerseits relevante Großgruppen dar, die zwischen 9,4 und 35,8 % der Bevölkerung ausmachen und sich andererseits nach ökonomischen, sozialen, institutionellen und machtsoziologischen Dimensionen unterscheiden. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Lagen: Eine stark und eine leicht benachteiligte Lage (Lage 4: 10,5 % | Lage 3: 35,8 %), eine durchschnittlich privilegierte Lage 2 (17,2 %), eine leicht und eine stark privilegierte Lage (Lage 5: 9,4 % | Lage 1: 27,0 %). Entscheidendes Charakteristikum für jede Lage ist das spezifische Zusammenspiel bzw. die Kombination von Privilegierungen oder Benachteiligungen auf den einzelnen Dimensionen, das die spezifische Gesamtlebenslage einer Person oder Gruppe ausmacht.

Die Detailanalyse hat außerdem zeigen können, dass die Lebenslagen (nach wie vor) stark von horizontal-funktionalen Dimensionen der sozialen Ungleichheit determiniert werden und bei den Lebenslagengruppen wichtige Prozesse der Statuszuweisung existieren (vgl. Glatzer/ Hübinger 1999: 33f.). Die Ungleichheit der Lebenslage ist beispielsweise eine Frage des Geschlechts, des Alters, des Familienstandes oder der sozial-räumlichen Differenzierung. Nach dem schon bekannten Muster befinden sich in benachteiligten Lagen mehrheitlich Frauen, entweder überdurchschnittlich ältere oder jüngere Menschen, alleinstehende und partnerlose Personen sowie die ländliche Bevölkerung. Wie schon an den objektiven gesellschaftlichen Lebensverhältnissen gezeigt, konnte zusätzlich der empirische Nachweis geführt werden, dass die Lebensbedingungen – hier in Gestalt unterschiedlicher Typen von objektiven Lebenslagen – eine systematische Rolle bei subjektiv-sozialen Deutungs-, Verarbeitungs- und Vergleichsprozessen haben und – im Sinne eines subjektiv-sozialen Bewusstseins über die eigene objektive Lebenslage (soziale Lage) – maßgeblich sind für die subjektive Akzeptanz oder Ablehnung von sozialer Ungleichheit.

Lebenslagen stellen aus mehreren Gründen sozial relevante Gruppen dar: Erstens tendieren objektiv Unterprivilegierte zur subjektiven Ablehnung von sozialen Ungleichheiten. Das bedeutet, dass die subjektive Akzeptanz von sozialer Ungleichheit maßgeblich beeinflusst wird von den objektiven Lebensbedingungen. Angehörige privilegierter Lagen tendieren eher zu affirmativen und jene benachteiligter Lagen eher zu kritischen Wahrnehmungen und Bewertungen von Ungleichheit (vgl. Haller et al. 1995: 225). Zweitens existiert ein Effekt der Lebenslage, der indirekt über soziale Vergleichsprozesse moderiert wird (hier: subjektive Wahrnehmung der sozialen Position in der Gesellschaft). Das bedeutet, dass die eigene Lage nach ihrer aktiven und reflexiven Wahrnehmung in bewusster Auseinandersetzung mit Lagen anderer Gruppen verglichen bzw. im Ergebnis als relativ benachteiligt oder bevorzugt wahrgenommen und bewertet wird. Personen in unterprivilegierten

Lagen ordnen sich in der subjektiven Wahrnehmung in eher niedrigeren sozialen Positionen in der Gesellschaftshierarchie ein. Die sozial reflektierte und bewusste Position (Soziale Lage) hat nicht nur eine verstärkende Wirkung, sondern auch drittens den stärksten direkten Effekt auf die Akzeptanz. Den Modellergebnissen folgend ist daher im subjektiv-innernen Prozess der sozialen Bewusstwerdung der objektiven Lage (Sozialen Lage) der zentrale (vermittelnde) Mechanismus der Akzeptanz zu sehen. Die Akzeptanzbereitschaft steigt mit zunehmend höheren Soziallagen, die Ablehnungsbereitschaft steigt mit zunehmend niedrigeren Soziallagen. Horizontale-funktionale Kriterien haben viertens zwar einen Einfluss auf die objektiven Lebensbedingungen (Lebenslage), der direkte und indirekte Effekt auf die Soziale Lage und die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit ist stabil vorhanden, jedoch vergleichsweise relativ vernachlässigbar.

In der kurzen Gesamtzusammenfassung der Ergebnisse kann gesagt werden, dass es sich beim Akzeptieren um einen subjektiv-innernen Verarbeitungsprozess handelt, bei dem sich Individuen maßgeblich an den gesamten gesellschaftlichen Lebensverhältnissen und den objektiven Lebensbedingungen orientieren und sich mit anderen relevanten Personen und Gruppen vergleichen.

8.3 Methodische Hauptergebnisse

Zu den methodischen Hauptergebnissen der drei Analyseschritte zählen:

(1) Hinsichtlich der Akzeptanz muss einschränkend vorausgeschickt werden, dass nicht das gesamte Konzept umgesetzt werden konnte. Der hauptsächliche Grund ist darin zu sehen, dass keine Daten zur Messung der expressiven Dimension der manifesten Akzeptanz vorlagen. Daher konnte bloß die latente Akzeptanzbereitschaft als Einstellungskonzept berücksichtigt und nur die normativ-evaluative und kognitive Dimension operationalisiert werden. Es standen auch nur fünf reflektive Indikatoren zur Messung dieser Dimensionen zur Verfügung. Das bedeutet, dass das Akzeptanzkonzept methodisch einigermaßen und inhaltlich nur eingeschränkt umgesetzt werden konnte.

Das hier umgesetzte latente Messkonzept der subjektiven Akzeptanzbereitschaft besitzt aber Validität und Reliabilität. Auf individueller Ebene ist die Güte der Messungen ausreichend, könnte aber idealerweise besser ausfallen, da die Faktoren teilweise durch vergleichsweise niedrige Validitäts- und Reliabilitätskoeffizienten gekennzeichnet sind. Auf Länder- und Regionsebene stellte sich dieses Problem nicht, weil eine höhere Reliabilität der Messungen vorlag. Es stellte sich jedoch im länderübergreifenden Vergleich das Problem von relativ inhomogenen Faktorenladungen, was beispielsweise an suboptimalen Übersetzungen der Indikatoren liegen könnte. Auf der Datenbasis der Querschnittsbefragung von $N=17.943$ Personen wie auch im separaten bzw. simultanen Ländervergleich mit 16 verschiedenen europäischen Ländererhebungen liegt Äquivalenz für das abgeleitete Faktoren- und Messmodell vor. Auf Basis der Ergebnisse der konfirmatorischen Faktorenanalysen stellte sich im Individualmodell die konfigurale Faktorenstruktur mit (partiell) invariante Messstruktur und sogar metrische Invarianz zwischen den Ebenen im regionalen Mehrebenenmodell heraus.

Da die Akzeptanzbereitschaft konfirmatorisch als latenter Faktor zweiter Ordnung definiert wurde, entspricht das einer konzeptuellen Bestätigung eines weiteren Charakteristiks der Akzeptanz: Die Akzeptanzbereitschaft kann als Prozess aufgefasst werden, der eine kognitive und eine normativ-evaluative Dimension aufweist. Die Äquivalenz der Faktoren- und Messstruktur konnte auch im

Vergleich von $N_j=107$ Regionen bestätigt werden, d. h. auch die soziale Relevanz dieser Aggregationsstufe hat sich für die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit und ihren Dimensionen bestätigt. Diese Ergebnisse zur Messung der latenten Akzeptanzbereitschaft (insbesondere aufgrund von Reliabilität, Validität und Vergleichbarkeit der Messung der Akzeptanzbereitschaft) bestätigen daher nicht nur wichtige konzeptuelle Elemente (Objekt-, Subjekt- und Kontextabhängigkeit der Akzeptanz, Akzeptanz als Prozess, Dimensionen der Akzeptanz) sondern rechtfertigen die weitere methodische Vorgehensweise, insbesondere die Unterscheidung von Lebensverhältnissen und Lebensbedingungen. Außerdem rechtfertigen die empirischen Ergebnisse die inhaltliche Frage, worauf die Akzeptanzunterschiede auf individueller und kontextueller Ebene zurückzuführen sind.

(2) Zentraler theoretischer Ansatz bei der Spezifikation der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse war das Ordnungskonzept, das über die kulturelle, soziale, politische und ökonomische Dimension operationalisiert wurde. Es muss konstatiert werden, dass ein prinzipieller Mangel an geeigneten Indikatoren und vergleichbaren Aggregatdaten zur umfassenden Beschreibung von multidimensionalen Lebensverhältnissen besteht. Die verfügbaren und verwendeten Aggregatdaten stellen daher äußerst grobe Indikatoren für die Darstellung ungleichheitsrelevanter Lebensverhältnisse dar. Wo dies möglich war, wurde – ausgerichtet an der vorhandenen NUTS-Systematik – der Bezugsrahmen von regionalen Indikatoren und Daten gewählt, um dem Konzept der „mittelbaren und unmittelbaren sozialen Umgebung“ bestmöglich Rechnung zu tragen. In Ausnahmefällen wurde auf die Möglichkeit zurückgegriffen, von den individuellen Befragungsdaten auf die regionale Ebene zu aggregieren (z. B. politisches Klima der Region) oder Länder- anstatt von Regionalindikatoren zu verwenden (z. B. gewerkschaftlicher Organisationsgrad).

Methodisch wurde aufgrund der Fragestellung und der geschachtelten Datenstruktur der Weg der Mehrebenanalyse eingeschlagen, insbesondere, um die Beziehung zwischen Kontext- und Individualebene adäquat und systematisch zu berücksichtigen bzw. fehlerfrei schätzen zu können. Die durch die ISSP-Erhebung definierte Ebene von $N_i=17.943$ individuellen Befragungseinheiten musste mit Aggregatdaten auf Ebene von $N_j=107$ europäischen Regionseinheiten gematcht werden, was durch die ISSP-Regionsvariable möglich war. Trotz der zugegebenermaßen groben Aggregationsstufe mit Hilfe von Regionen konnte mit der Mehrebenenanalyse der empirische Nachweis geführt werden, dass etwa 10 % der Akzeptanzunterschiede zwischen den Regionen liegt. Die Akzeptanz- bzw. Ablehnungsbereitschaft variiert somit systematisch und überzufällig von Region zu Region und bedeutet, dass sich die Regionalisierung des Forschungsthemas aus methodischer Sicht bezahlt gemacht hat. Die Regionen als Träger von ungleichheitsrelevanten Merkmalen – bzw. messbar gemacht über Indikatoren ungleicher Lebensverhältnisse – können, als hoch relevant angesehen werden (Anm.: und unter anderem der Kritik am methodologischen Nationalismus Recht geben). Insgesamt konnten 15 Makroindikatoren für die empirische Analyse fruchtbar gemacht werden, von denen sich im Gesamtmodell 10 als einflussreich herausstellten. Der hohe Erklärungsanteil der Akzeptanzbereitschaft bestätigt, dass keine Redundanz bei den regionalen Erklärungsfaktoren vorliegt.

(3) Die Lebensbedingungen wurden nach dem Lebenslagenkonzept im Rahmen einer latenten Klassenanalyse überprüft und eine Typologie von fünf Lebenslagen abgeleitet. Multiple Indikatoren der horizontal-hierarchischen Ungleichheit wurden zur Operationalisierung des multidimensionalen Konzepts der Lebenslage mit Hilfe des ISSP-Moduls fruchtbar gemacht. Leider konnten aufgrund des dafür doch sehr eingeschränkten Variablensets nicht alle (neuen und alten) Dimensionen der sozialen Ungleichheit operationalisiert werden, was eine starke konzeptuelle Einschränkung darstellt.

Beispielsweise fehlen wichtige Angaben zur (physischen und psychischen) Gesundheit, Wohnsituation und -qualität, zu sozialen Kontakten und Aktivitäten völlig. Dennoch konnte mit Rückgriff auf hauptsächliche klassische Indikatoren der horizontal-hierarchischen Ungleichheit (Einkommen, Bildung, Prestige, Macht) und mit Hilfe modernster statistischer Analysemethoden (hier: die latente Klassenanalyse) eine Typologie von Lebenslagen mit hoher inhaltlicher Plausibilität und statistischer Güte abgeleitet werden. Gewinnbringend ist, dass die empirische Typologie von Lebenslagen für moderne sozialstrukturelle Überlegungen eingesetzt werden kann und demgemäß Typen von Lebenslagen nach qualitativen Lageprofilen und quantitativer Lagegröße zu beschreiben vermag. Außerdem lässt sich die Typologie in der weiteren Analyse gut mit horizontal-funktionalen Kriterien von sozialer Ungleichheit in Verbindung bringen oder in umfangreichere kausalanalytische Fragestellungen einbinden. Sie hat sich in den Strukturgleichungsmodellen bei der Abschätzung von direkten und indirekten (moderierenden) Effekten bewährt bzw. insbesondere auch im Mehrebenenstrukturgleichungsmodell; der Betrachtung der subjektiven Akzeptanzbereitschaft unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse und Lebenslage sowie von Vergleichsprozessen.

Die Verwendung der internationalen Umfragemethode hat den Vorteil, dass die objektive Situation und die subjektiven Sichtweisen der BürgerInnen systematisch berücksichtigt werden können. Die verfügbaren Messungen der interessierenden Variablen sind manchmal mit dem Nachteil der eingeschränkten Gültigkeit und Zuverlässigkeit verbunden. Diese Daten sind daher als keine exakte Abbildung aufzufassen, sondern stellen ein Hilfsmittel dar, um die komplexe soziale Wirklichkeit und die darin vorgehenden sozialen Prozesse zu rekonstruieren (Glatzer/ Zapf 1984). Zunehmend fortgeschrittene Gesellschaften, beispielsweise aufgrund ihrer Pluralisierung, Differenziertheit und Kontextbezogenheit, bedürfen zunehmend komplexerer Konzepte, die wiederum eine methodisch anspruchsvolle Herangehensweise benötigen (Esser 1979). Zu den prominentesten Einschränkungen der methodischen Umsetzung zählt, dass das Akzeptanzkonzept selbst, die Lebensbedingungen und die Lebensverhältnisse nicht mit all seinen Dimensionen umgesetzt werden und daher das Bild bei weitem nicht vollständig rekonstruiert werden konnte. Der Grund dafür ist vor allem darin zu sehen, dass mit dem Rückgriff auf existierende Sekundärdaten ein elaboriertes Forschungsprogramm fruchtbar gemacht werden muss, was aber nie in all seinen Facetten möglich sein wird. Es hat sich der Einsatz international erprobter Erhebungstechniken und der modernsten für die Sozialwissenschaften verfügbaren statistischen Analysemethoden besonders bewährt. Zur Überprüfung von Teilen des theoretischen Konzepts kamen die konfirmatorische Faktorenanalyse, die latente Klassenanalyse sowie Strukturgleichungs- und Mehrebenenmodelle mit latenten Variablen zum Einsatz. Die Methoden mussten teilweise miteinander verknüpft werden und tragen zu einer adäquateren Umsetzung der theoretischen Modelle bei. Positiv hervorzuheben ist, dass mit dem gewählten methodischen Ansatz objektive Lebensbedingungen und -verhältnisse mit subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen in Verbindung gebracht werden konnten.

So wie die deskriptiven Ergebnisse der empirischen Analyse fallen auch die Zusammenhänge zwischen objektiven und subjektiven Variablen geringer als vielleicht vermutet aus. Dafür liegen mehrere Gründe vor. Auf inhaltlicher Ebene liegt das Faktum der gesellschaftlichen Konstruktion vor, weil aufgrund der normativen Wirklichkeit ein Druck besteht, die sozialen Ungleichheiten eher abzulehnen als zu akzeptieren. Außerdem wird individuell nicht die Gesamtheit der kollektiven Verbesserungen oder Verschlechterungen wahrgenommen bzw. bewertet, sondern es wird die eigene Lage mit jener von relevanten Gruppen subjektiv verglichen und möglicherweise Ansprüche werden (resignativ) angepasst. Man kann davon ausgehen, dass Kognitionen und Evaluationen zu

einem Gutteil kulturell erlernt und die subjektiven Urteile an die gesamten Lebensumstände angepasst werden. Andererseits kann auf methodischer Ebene einschränkend konstatiert werden, dass die subjektiven aber auch die objektiven Tatbestände mit erheblichen Meßfehlern verbunden sind, subjektive und objektive Variablen vielleicht nicht völlig linear miteinander zusammenhängen und dass in subjektiven Äußerungen affektive Momente eine Rolle spielen mögen, die nichts oder nur wenig mit den objektiven Lebensumständen zu tun haben (Glatzer/ Zapf 1984).

Neben der Berücksichtigung der Individualebene hat sich auch die Berücksichtigung der Länder- bzw. insbesondere der Regionsebene bei der Kontextualisierung von ungleichen Lebensverhältnissen bewährt. Verbessert werden könnte die methodische Umsetzung durch die Einführung weiterer relevanter Ebenen (z. B. politische Bezirke, Kommunen, Familien). Da Prozessen nur eingeschränkt durch Querschnittsdaten nachgegangen werden kann, empfiehlt sich die Verwendung von Längsschnittsdaten (Paneldaten), wo auch Akzeptanzfragen im individuellen bzw. zeitlichen Verlauf nachgespürt werden konnte. Aus handlungstheoretischer Sicht kann argumentiert werden, dass die latente Akzeptanzbereitschaft eine notwendige Vorbedingung für soziales Handeln darstellt. Im Sinne der Überprüfung von Konstruktvalidität der latenten Akzeptanzbereitschaft könnte es mit anderen Konzepten in Verbindung gebracht werden, beispielsweise hinsichtlich des Konfliktbewusstseins und der Wahrnehmung von Gegensätzen und Spannungen. Im Sinne der prädiktiven Validität des Konzepts der latenten Akzeptanzbereitschaft wären direkte Messungen des manifesten Akzeptanzhandelns zu ergänzen.

9 Schlussfolgerndes Fazit

Im Lichte des theoretischen Konzepts, der inhaltlichen Ergebnisse und in Anlehnung der Vorarbeiten von Doris Lucke (1995) ist es die Aufgabe eines schlussfolgernden Fazits, das Phänomen der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit zu beschreiben. Grundlegend charakteristisch für die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit in modernen Gesellschaften ist, dass sie im Ergebnis Tatbestand gesellschaftlicher Integration und gleichzeitig Voraussetzung des sozialen Handels ist. Das Phänomen der Akzeptanz zeichnet aus, dass es sowohl Ergebnis gesellschaftlicher Strukturierung ist als auch zur Voraussetzung des sozialen Handelns wird. Die Überlegungen zu beiden Aspekten ist Thema der nachfolgenden Unterkapitel (9.1 und 9.2), die in abschließende Überlegungen zur theoretischen und praktischen Relevanz der Akzeptanzforschung münden (Kapitel 9.3).

9.1 Zur Strukturierung der Akzeptanz

Die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit ist zunächst einmal ein Ergebnis gesellschaftlicher Integrationsleistungen. Die Akzeptanz ist Ergebnis eines von zahlreichen Faktoren beeinflussten und vielschichtigen Vergesellschaftungsprozesses. Sie ist subjektvermitteltes Phänomen, aber zugleich kulturell geprägt und sozialstrukturell determiniert. Als kulturell-normatives Konstrukt gibt die Akzeptanz die zu legitimierende Lebensordnung vor (vgl. Neurath), die subjektive Akzeptanz im Lichte gegebener Lebensverhältnisse (z. B. kulturelle Ziele) und Lebensbedingungen (z. B. Verteilung von Ressourcen) zur leichteren oder schwereren Realisierung von Lebenschancen gewährt (bzw. nicht gewährt im Falle der Nicht-Akzeptanz). Akzeptanz ist vorstrukturierte Gesellschaft oder verhindert sie im Falle von Nicht-Akzeptanz. Akzeptanz strukturiert Gesellschaft vor und ist für graduelle Unterschiede verantwortlich, z. B. soziale Privilegierung und Benachteiligung (bzw. Schwäche und Gefährdung). Akzeptanz ist aber auch ein Ergebnis von kollektiven Anerkennungs- und Aneignungsleistungen. Als Vorstufe ist kognitive und sinnesmäßige Annahme ebenso notwendig, wie die Verbindung mit normativ-evaluativen Vorstellungen und Bewertungen der Richtigkeit und Wichtigkeit, die beide auf handlungspraktischer Ebene bzw. im Akzeptanzresultat ein entsprechendes Akzeptanzhandeln zur Folge haben. Daher ist Akzeptanz sowohl für die sozialen Tatsachen verantwortlich als auch gleichzeitig Stifterin von sozialem Wandel.

Akzeptanz oder Ablehnung von sozialer Ungleichheit ist theoretisch voraussetzungsreich aber empirisch nicht gleich bzw. gleichmäßig verteilt. Hinsichtlich der Differenzierungskriterien der Akzeptanz kann konstatiert werden, dass die subjektive Akzeptanz im Sinne des Objekts sozialer Ungleichheit sehr vielen Einflussfaktoren auf kontextueller Ebene folgt, strukturell abhängig von Raum und Zeit und im historischen, biografischen und generativen Verlauf wandelbar ist. Akzeptanz von sozialer Ungleichheit folgt nach Maßgabe der sozial-strukturellen Lebensverhältnisse und der strukturierten Lebensbedingungen. Akzeptanzunterschiede sind variabel nach objektiven Kriterien der vertikal-hierarchischen Ungleichheit (z. B. privilegierte oder benachteiligte Lebenslagen), sind hochgradig beeinflusst von subjektiv-sozialen Vergleichskriterien (relative Bevorzugung oder Benachteiligung) und determiniert nach horizontal-funktionalen Kriterien der sozialen Ungleichheit (z. B. Geschlecht, Alter, ethnisch-kultureller Hintergrund).

Als Fazit lassen sich nach Ebenen folgende hauptsächliche Strukturierungsmerkmale der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit bzw. folgende Strukturdimensionen empirischer Akzeptanzverteilungen ableiten:

- (1) Das Akzeptanzobjekt im Sinne der sozialen Mechanismen und Prozesse von sozialer Ungleichheit bringt gesellschaftliche Verteilungsprinzipien und makrosoziale Entwicklungsprozesse hervor, die unter anderem eine Ausdifferenzierung und Hierarchisierung von sozialen Positionen beinhalten. Als Summe dieser Zuteilungsmechanismen und -prozesse werden knappe und daher begehrte Güter und Dienstleistungen auf die Positionen verteilt. Ein Mechanismus sozialer Mobilität verteilt die Positionen auf Personen bzw. Gruppen. In ihrer raum-zeitlichen Konkretheit und in Abhängigkeit von der Ausdifferenzierung von Gesellschaften können Grundinstitutionen der Ordnungsbildung unterschieden werden, die als Summe der gesellschaftlichen Kontext- bzw. Rahmenbedingungen die gesamten Lebensverhältnisse von Individuen umfassen. In ihrer Gesamtheit lassen sie sich als konkretes zeit-räumliches Systembild von sozialer Ungleichheit bzw. dimensional als kulturelle, soziale, politische oder ökonomische Ordnung beschreiben.
- (2) Auf Ebene der Individuen und Gruppen drücken sich diese Lebensverhältnisse im (objektiven) Prozessergebnis dieser makro- und meso-sozialen Mechanismen in einer spezifischen Ausstattung bzw. dem Zugang zu Ressourcen aus, mit deren Hilfe es den Individuen jeweils besser oder schwerer ermöglicht wird, die Lebensziele zu realisieren. Unterschiedliche horizontal-funktionale Statuslagen (Geschlecht, Alter, ethnischer Hintergrund, regionale Differenzierung) als Determinanten von sozialer Ungleichheit und verschiedene Typen von Lebenslagen nach vertikal-hierarchischen Kriterien stellen sich als sozial-strukturierte Kristallisation der historisch-konkreten gesellschaftlichen Ungleichheiten heraus.
- (3) Die Lebensverhältnisse und -bedingungen als zentrale Strukturierungsmerkmale werden um einen sozialen Vergleichsprozess, als drittes und weiteres zentrales Merkmal der Strukturierung, ergänzt. Auf individueller Ebene entstehen subjektive Denk- und Verhaltensmuster, die für den subjektiv-innen Vorgang der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit notwendig sind. Im Akzeptanzprozess orientieren sich Individuen nicht nur an den objektiven Lebensverhältnissen und -bedingungen, sondern auch an anderen Personen und Gruppen, mit denen die eigene objektive Lage subjektiv verglichen wird und die in ihrer (selbst-)bewussten Auseinandersetzung zur relativ bevorzugten oder benachteiligten Sozialen Lage wird. Erst als (subjektives) Resultat dieses komplexen wechselseitig erhaltenen bzw. vollzogenen Prozesses von Struktur und Individuum (vgl. Amann) erfolgt die subjektiv-innere Orientierung an den relevanten objektiven Ungleichheitskontexten und im subjektiv-sozialen Vergleich mit relevanten Bezugsgruppen bildet sich eine relative Akzeptanzbereitschaft bzw. Ablehnungsbereitschaft gegenüber der sozialen Ungleichheit aus.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Strukturierungsmerkmale und -dimensionen der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit als Übersicht dar.

Tabelle 34: Strukturierungsmerkmale und -dimensionen der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit

Objekt	Soziale Mechanismen und Prozesse gesellschaftlicher Verfassung und Ordnung	Akzeptanz von sozialer Ungleichheit
Kontext 1	Gesellschaftliche bzw. strukturierende Lebensverhältnisse (Systembild)	Ausdifferenzierung und Hierarchisierung der Ungleichheitsordnung, z. B. nach Ordnungsdimensionen
Kontext 2	Strukturierte und objektive Lebensbedingungen bzw. Lebenschancen (Lagerungsbild)	Vertikal-funktionale Status- und horizontal-hierarchische Lebenslage
Subjekt	Subjektiv-innere Orientierungs- und Vergleichsprozesse (Mentalitätsbild)	Soziale Lage, latente Akzeptanzbereitschaft bzw. manifestes Akzeptanzhandeln

9.2 Zur Handlungsvoraussetzung der Akzeptanz

Gesellschaftliche Akzeptanz ist einerseits nicht bloß unverzichtbarer Bestandteil sozialer Ordnungsbildung und daher gesellschaftlicher Grundtatbestand von sozialer Ungleichheit, sondern andererseits auch Voraussetzung des sozialen Handelns. Insgesamt zur Voraussetzung hat die Akzeptanz einen gesamtgesellschaftlichen Grundkonsens geteilter und mehrheitlich anerkannter Normen, Werte und Überzeugungen, z. B. was als selbstverständlich gilt, was wichtig und richtig zu sein hat. Im Falle von Konsensus und Ordnung wird soziales Handeln koordiniert und zwar entlang legitim gegebener und gemeinsam geteilter Normen, Werte, Ideen, Lebens- und Interessenlagen. Akzeptanz dieser Ordnung ist daher Grundvoraussetzung von wechselseitiger sozialer Interaktion (u. a. Vergleichsprozesse), Akzeptanz strukturiert das individuelle Denken und Handeln und ist für die Stabilität ganzer Sozialordnungen verantwortlich.

Der Grundstein für soziale Ordnungsbildung ist in den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen und in den sozialstrukturell verteilten Lebensbedingungen zu sehen. In der objektiven Lebenslage, der Sozialen Lage und in der subjektiven Akzeptanz sind aber nicht nur die Maßstabskriterien gesellschaftlicher Akzeptabilität zu vermuten, sondern in geänderten Lebensbedingungen und Gesinnungen insbesondere auch die Bestimmungsgründe für sozialen Wandel. Fälle von Nicht-Akzeptanz (bzw. Ablehnung) in der Bevölkerung können unter bestimmten Bedingungen ein Indiz für Übergänge darstellen. Es können durch veränderte subjektive Akzeptanzbereitschaften in der Bevölkerung die Voraussetzungen für soziale Spannungen und Konflikte eingeleitet werden. Zu den subjektiven Faktoren des Wandels zählt, dass „alte“ soziale Normen der Gerechtigkeit, Strukturen der Ressourcen- und Mechanismen der Chancenverteilung (mehrheitlich) abgelehnt werden (Lucke 1995).

Aufgrund herrschaftssoziologischer Überlegungen ist ja gerade in der Akzeptanz die notwendige Grundbedingung für die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Ordnungsbildung zu sehen. Die Legitimation ist ohne Akzeptanz, die subjektiv-soziale Kehrseite der Legitimation, unvollständig. Das bedeutet umgekehrt, dass die gesellschaftliche Legitimität der (Ungleichheits-)Ordnung auf die Akzeptanz der Individuen angewiesen ist. Daher sind Akzeptanzfragen immer Fragen von Macht-,

Herrschafts- und Interessenskonflikten. Im Interesse der Herrschenden geht es um die Aufrechterhaltung und Fortschreibung der legitimen Geltung und gesellschaftlichen Akzeptanz, weil dafür ein Legitimitätseinverständnis und eine Akzeptanzbereitschaft bei den Beherrschten vorliegen muß. Aus diesem Grund haben sich zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Ordnung Strategien zur Sicherung oder (Wider-)Beschaffung von Akzeptanz und Legitimation entwickelt, wie z. B. in den Konfliktlösungsstrategien in der Politik zum Loyalitätsgewinn abzulesen ist (Bergmann et al. 1969; Esser 1999a; Lucke 2006).

Die bisher angestellten Analysen weisen einen Mangel an entsprechenden empirischen Aussagen zum sozialen Handeln bzw. zur manifesten Akzeptanz auf. Für die Schlussfolgerung könnte eine Typologie der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit dabei hilfreich sein, der generellen Problemstellung der sozialen Ordnungsbildung und gesellschaftlichen Kohäsion nachzugehen. Solch eine Typologie würde außerdem zur Aufklärung eines „klassischen“ Erklärungsproblems in der Soziologie, nämlich des Zusammenhangs zwischen objektiven Lebensbedingungen und der subjektiven Akzeptanz, dienlich sein. Mit Hilfe einer Akzeptanztypologie von sozialer Ungleichheit ließen sich nicht nur Mentalitätsbilder im Sinne einer Akzeptanzlandschaft beschreiben. Eine theoretisch fundierte und empirisch informierte Typologie würde es auch ermöglichen, einen Blick auf die Strukturierungsprozesse der Akzeptanz zu werfen – also die Beantwortung der Frage: Unter welchen (Rahmen-)Bedingungen wird subjektive Akzeptanz von sozialer Ungleichheit gewährt bzw. verweigert? Eine solche Typologie könnte im Sinne der handlungspraktischen Voraussetzungen über Handlungsoptionen für manifeste Akzeptanz- bzw. Ablehnung interpretiert werden und bei der Erörterung der Voraussetzungen sozialer Ordnungsbildung und gesellschaftlicher Legitimität helfen.

Eine Typologie entsteht, wenn verschiedene Merkmale gemeinsame Qualitäten aufweisen und miteinander in eine Gruppe geordnet werden können bzw. mit anderen Gruppen mit anderen Merkmalen nicht mehr subsumierbar sind. Eine Typologie basiert auf der logischen Operation der Kombination von als wichtig angesehenen Variablen, die durch mehr oder weniger starke „strukturierte“ Verbindung (z. B. empirische Interkorrelation) gekennzeichnet sind, um die untersuchten Gegenstände in Typen (oder Klassen) einzuteilen (bzw. zu klassifizieren) (Kluge 1999). Bei der Spezifikation der zu entwickelnden Akzeptanztypologie bilden die hauptsächlichen Strukturierungsmerkmale und -dimensionen die Grundbestandteile. Die Stärke der theoretischen Akzeptanztypologie ist darin zu sehen, dass sie verschiedene und unabhängige, objektive und subjektive Konzepte miteinander verbindet, die theoretisch abgeleitet und empirisch überprüft wurden. Soziale Ungleichheit hat nicht nur als Lebensgrundlage, sondern auch hinsichtlich der subjektiven Wahrnehmung und Beurteilung ihre Bedeutung. Für die Legitimität wird die gesellschaftliche Verfassung bzw. ihr Output als Legitimationsgrundlage für die subjektive Akzeptanz verstanden, beispielsweise im Sinne von gesellschaftspolitischen Maßnahmen, des kapitalistischen Wirtschaftssystems. In einer Typologie müssen aber Legitimation und Akzeptanz von sozialer Ungleichheit nicht nur theoretisch-konzeptionell sondern auch methodisch in Verbindung gebracht werden. Im Sinne des Akzeptanzkonzepts von sozialer Ungleichheit kombiniert die Typologie daher (1) als objektive Legitimationsgrundlage die gesellschaftliche Ordnung bzw. die dadurch strukturierten Lebensverhältnisse und -bedingungen bzw. (2) die selbst-bewusste und reflektierte Soziale Lage mit (3) der subjektiven Akzeptanzbereitschaft.

Mit den Variablen der Typologie kommt die wechselseitige Aufeinanderverwiesenheit bzw. die für die Legitimität notwendige Verbindung von Legitimation(sgrundlage) und Akzeptanzurteil zum Ausdruck. So ist die Typologie imstande, die subjektive Vorstellung bzw. Logik der Akzeptanzsituuation

zu rekonstruieren. Die Rekonstruktion der Situation ist notwendige handlungstheoretische Voraussetzung, die Randbedingung, von der sich die Wahl von Handlungsoptionen und die Spezifikation von manifesten Akzeptanz- oder Ablehnungshandeln ableiten. Damit lassen sich Gruppen unter spezifischen Lebensumständen und vor dem Hintergrund institutionalisierter Mittel unterscheiden. In der Ungleichheit über die Kontrolle von objektiven Mitteln und der subjektiven Bewusstwerdung dieser können unterschiedliche Interessen abgeleitet werden. Sie können für strukturelle Spaltungen in der Gesellschaft verantwortlich sein und sich beispielsweise manifestieren in Form von sozialen (Gegen-)Bewegungen, durch die Abgabe einer Proteststimme bei politischen Wahlen, die aktive Beteiligung an Demonstrationen, Streiks, Parteiaustritt. Die in der Typologie unterschiedenen Akzeptanztypen stellen die Handlungskomponenten zur Verfügung.

Zur Erstellung der empirischen Akzeptanztypologie sind mehrere Methodenschritte erforderlich: Als erster methodischer Schritt können als Legitimationsgrundlage unterschiedliche Lebenslagen gruppiert werden, beispielsweise als (eher) privilegierte (LL+) oder (eher) benachteiligte Lage (LL-). Ebenso kann die wahrgenommene soziale Position als subjektives Maß des Selbst-Bewusstseins über die eigene Soziale Lage dichotomisiert dargestellt werden, beispielsweise als obere Position (Soziale Lage, SL+) und untere Position (SL-). Auf subjektiver Seite kann der Einfachheit halber auch von zwei extremen Formen ausgegangen werden, entweder von einer Akzeptanz- (A+) oder von einer Ablehnungsbereitschaft (A-). Im zweiten Methodenschritt werden die Dichotomien miteinander kombiniert, wonach sich mehrere Kombinationsmöglichkeiten ergeben und in Verbindung die theoretisch möglichen Typen der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit bilden. Beispielsweise die Repräsentation von vier möglichen Typen I bis IV der Akzeptanz gegenüber sozialer Ungleichheit. Aufgrund der im ersten Schritt getätigten Dichotomisierung der Variablen unterscheidet die Typologie zwei Akzeptanz-Typen (Typus I und II) und zwei Ablehnungs-Typen (Typus III und IV). Außerdem differenziert die Typologie zwischen zwei konsistenten Typen (I und IV) bzw. zwei inkonsistenten oder (Misch-)Typen (Typen II und III), die besonderer Beachtung bedürfen.

Die einzelnen Akzeptanztypen können in einem dritten Schritt folgendermaßen beschrieben werden (Anm.: und in der Tabelle 35 übersichtlich dargestellt):

- **Affirmative Akzeptanz (Akzeptanz-Typ I):** Der Typus bestimmt das (konsistente) Aufeinandertreffen von objektiver oder bewusster Privilegierung und subjektiver Akzeptanz von sozialer Ungleichheit. Der Typus beschreibt einen Legimationstyp, bei dem die objektive Besserstellung subjektiv angenommen und gutgeheißen wird, bzw. eine Form der die Ungleichheitsordnung legitimierenden Akzeptanz. Insgesamt eine Akzeptanzsituation, in der den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen und der objektiven und subjektiv-wahrgenommen Besserstellung affirmative Legitimation zugesprochen wird.
- **Akzeptanz-Paradox (Akzeptanz-Typ II):** Der Typus ist durch eine widersprüchliche Situation gekennzeichnet und repräsentiert daher einen inkonsistenten Typus. Die Paradoxie ist darin zu sehen, dass die soziale Ungleichheit trotz eigener Benachteiligung subjektiv akzeptiert wird. Dieser Akzeptanztyp drückt eine normative Anpassung bzw. subjektive Adoptionsleistung aus, bei der die Akteure und Akteurinnen die objektive (Ungleichheits-)Ordnung annehmen und sich gegebenenfalls den strukturellen Benachteiligung (passiv) fügen, beispielsweise weil die geltenden Herrschaftsnormen für legitim genommen werden oder man sich dem *status quo* verpflichtet fühlt. Dieser Typus repräsentiert gleichzeitig die Realität von Ohnmacht, soziale Resignation oder gesellschaftlichen Rückzug.

- **Ablehnungs-Dilemma** (Ablehnungs-Typ III): Mit dem Typ wird ein Unvereinbarkeitsbewusstsein beschrieben, bei dem den sozialen Ungleichheiten subjektiv ablehnend begegnet wird, und das trotz der Tatsache, dass man sich in einer privilegierten Lebenslage befindet. Dieser ebenfalls inkonsistente Typus beschreibt einen Zustand der Unstimmigkeit bzw. Dissonanz, weil die objektive Situation nicht mit der subjektiven Befindlichkeit vereinbar ist und man sich deshalb in einer Zwickmühle befindet. In dieser Konstellation sind nicht konforme Einstellungen vertreten und Spielraum für unkonventionelles Verhalten vorhanden. Insbesondere in dieser Dissonanzsituation ist Potenzial für Wandel zu vermuten, mehr als man bei anderen bzw. unterprivilegierten Akzeptanztypen erwarten könnte.
- **De-Legitimierende Ablehnung** (Ablehnungs-Typ IV): Dieser Typus ist charakterisiert durch die Situation objektiver Benachteiligung, bewusst wahrgenommener Deprivation und subjektiver Ablehnung von sozialer Ungleichheit. Es handelt sich daher wieder um eine konsistente Form der Strukturierung. Mit diesem Typus wird einer kritischen, negierenden Einstellung gegenüber der Ungleichheitssituation und de-legitimierenden Haltung gegenüber der Ordnung Ausdruck verliehen.

Tabelle 35: Theoretische Typologie der subjektiven Akzeptanz von sozialer Ungleichheit

Gesellschaftliche Lebensverhältnisse		Subjektives Urteil der	
		Akzeptanz (A+)	Ablehnung (A-)
Objektive Lebensbedingungen (Lebens-Lage) und wahrgenommene soziale Position (Soziale Lage)	Privilegierung (LL+) Obere Position (SL+)	<i>Typ I</i> Legitimierende (affirmative) Akzeptanz	<i>Typ III</i> Ablehnungs-Dilemma (Dissonanz)
	Benachteiligung (LL-) Untere Position (SL-)	<i>Typ II</i> Akzeptanz-Paradox (Adaption)	<i>Typ IV</i> De-legitimierende (negierende) Ablehnung

Die Typen I und III stellen objektive Nutzen- und die Typen II und IV Mangellagen dar. Mit den Akzeptanztypen I und II kommt eine legitimierende Haltung der Rechtmäßigkeit der gegenwärtigen Sozialordnung bzw. gegenüber den sozialen Ungleichheiten zum Ausdruck, was dem normativen Legitimitätsglauben nahe kommt. Mit den Ablehnungstypen III und IV kommt hingegen eine kritische Einstellung zum Ausdruck und die Legitimität der Ordnung wird durch eine ablehnende Haltung aufgeschoben. Damit kommt eine auf Gerechtigkeit bedachte egalitäre Kritik zum Ausdruck.

Weil es zu den Aufgaben der ungleichheitsanalytischen Lebenslagenforschung zählt, Muster von Zusammenhängen aufzudecken, lassen sich mit der Typologie ebenfalls Inkonsistenzen zwischen objektiver Lage und subjektiver Bewertung identifizieren. Die Typen II (Adaption) und III (Dissonanz) können als sog. Misch- bzw. Übergangsformen bezeichneten werden, die Hinweise liefern auf eine

gewisse Widersprüchlichkeit und Zwiespältigkeit zwischen objektiver Lage und subjektivem Sein.¹⁷⁷ Personen, die in diese Typen fallen, sind hinsichtlich der objektiven und subjektiven Dimensionen „entzweit“, was einen Hinweis auf strukturell induzierte soziale Spaltungen in der Gesellschaft liefert bzw. für Potenzial für soziale Akzeptanzkrisen. Inkonsistente Typen im Sinne der Kategorisierung bedeuten aber auch, dass die Strukturierungsmerkmale der Akzeptanz nicht bei allen Individuen wirksam sind, gleichwohl bei vielen. Der empirische Nachweis ihrer Existenz ist gleichzeitig die Bestätigung, dass soziale Ungleichheit als Konstellation von objektiven Tatbeständen (z. B. Lebenslage) und subjektiven Urteilen (Akzeptanzbereitschaft) zu begreifen ist.

Der logische vierte Schritt widmet sich schließlich der Frage nach der empirischen Verteilung der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit. In diesem Zusammenhang ist besonders zu betonen, dass die Typologie mit gewissen Unsicherheiten behaftet ist, woraus sich verschiedene Interpretationsmöglichkeiten ergeben. Daher ist es entscheidend, von empirischen Tendenzen, besser von Wahrscheinlichkeiten oder Anteilswerten zu sprechen, hier also von Akzeptanz- bzw. Ablehnungswahrscheinlichkeiten. Mit Hilfe der Akzeptanztypen kann beantwortet werden:

- (1) Die Frage nach der gesellschaftlichen Integration bzw. Legitimation durch Akzeptanz: Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass die gegebenen Lebensverhältnisse und Lebensbedingungen in der gesamten Bevölkerung akzeptiert werden (Summe der Typen I und II)? Wie hoch ist der Anteil in der Bevölkerung, der die Ungleichheiten nicht-akzeptiert bzw. ablehnt? (Summe der Typen III und IV)
- (2) Die Frage nach der Stabilität der Sozialordnung: Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Ungleichheitsordnung Legitimation durch affirmative Akzeptanz (Typ I) gegeben wird? Wie hoch ist der de-legitimierende Anteil der negierenden Akzeptanz (bzw. Ablehnung vom Typ IV)?
- (3) Die Frage nach dem Potenzial für sozialen Wandel: Wie hoch ist der Anteil des Paradoxen Akzeptanztyps (Typ II) und des dissonanten Ablehnungstypus (Typ III)?

Die Auswertung von entsprechenden Daten lässt sich mit der Analyse von bi- und multivariaten Tabellen bewerkstelligen. In der konkreten Anwendung an den hier verwendeten ISSP-Daten von $N_i=17.542$ Befragten verteilen sich die Akzeptanztypen folgendermaßen:

- Der akzeptierende Bevölkerungsanteil bzw. die (unkonditionale) Akzeptanzwahrscheinlichkeit in der erwachsenen Bevölkerung ($N_i=17.542$) von 14 europäischen Ländern beträgt 21,8 % und die Ablehnungswahrscheinlichkeit 78,2 %. D. h. dass die überwiegende Mehrheit die bestehenden Ungleichheiten nicht akzeptiert und die sozialen Ungleichheiten ablehnt (Nicht-Akzeptanz).
- Nach der objektiven Lebensbedingung befinden sich 53,7 % in einer privilegierten und 46,3 % in einer benachteiligen Lebenslage. Nach dem Kriterium der Sozialen Lage nehmen sich 42,6 % selbst in einer oberen Position und 57,4 % in einer unteren Position wahr. Beide Strukturierungsmerkmale können für die anteilmäßige Beschreibung der Akzeptanz- bzw. Ablehnungstypen herangezogen werden.

¹⁷⁷ Aus der Lebensqualitätsforschung ist beispielsweise die vergleichbare Situation bekannt, dass gute Lebensbedingungen mit relativ schlecht wahrgenommener Lebensqualität zusammenhängen können bzw. schlechte Lebensbedingungen mit einer positiven Bewertung (Glatzer/ Zapf 1984).

- Auf Basis der Information bezüglich der entweder privilegierten oder benachteiligten Lebensbedingungen (Lebenslage) ergeben sich folgende Anteilswerte für die Akzeptanztypen: 13,8 % der Befragten gehören dem Akzeptanztyp I (affirmative Akzeptanz) an, 8,0 % dem Akzeptanztyp II (paradoxe Akzeptanz) bzw. 39,8 % gehören dem Ablehnungstyp III (Ablehnungs-Dilemma) und 38,3 % dem Ablehnungstyp IV (de-legitimierende Ablehnung) an. Die Unterschiede zwischen den Typen fallen signifikant aus ($\chi^2(1)=191,32$; Phi=0,104; Gamma=0,251 | jeweils $p<0,001$).
- Nach Maßgabe der Information über die subjektiv-wahrgenommene soziale Position (Soziale Lage) ergeben sich hingegen folgende (konditionale) Anteilswerte: Akzeptanztyp I (affirmative Akzeptanz): 12,6 %, Akzeptanztyp II (paradoxe Akzeptanz): 9,2 %, Ablehnungstyp III (Ablehnungs-Dilemma): 30,0 %, Ablehnungstyp IV (de-legitimierende Ablehnung): 48,2 %. Die Unterschiede sind hochsignifikant ($\chi^2(1)=465,59$; Phi=0,163; Gamma=0,377 | jeweils $p<0,001$).

Die Verteilung dieser Anteilswerte lässt sich übersichtlich der nachfolgenden Tabelle 36 entnehmen.

Tabelle 36: Anteilmäßige Verteilung der Akzeptanz- und Ablehnungstypen

Gesellschaftliche Lebensverhältnisse	nach Maßgabe von	Subjektives Urteil		Total
		Akzeptanz (A+)	Ablehnung (A-)	
Objektive Lebensbedingungen (Lebens-Lage) und wahrgenommene soziale Position (Soziale Lage)	Privilegierung (LL+)	Typ I: 13,8 %	Typ III: 39,8 %	53,7 %
	Obere Position (SL+)	12,6 % } 13,2 %	30,0 % } 34,9 %	42,6 %
	Benachteiligung (LL-)	Typ II: 8,0 %	Typ IV: 38,3 %	46,3 %
	Untere Position (SL-)	9,2 % } 8,6 %	48,2 % } 43,3 %	57,4 %
Total		21,8 %	78,2 %	100,0 %

Anm.: $N=17.542$. Angabe von totalen Prozenten, wobei die Unterschiede statistisch signifikant sind (jeweils $p<0,001$).

Es ergeben sich also anteilmäßige Unterschiede, je nachdem, welches Strukturierungskriterium man betrachtet. Auf Basis eines einfachen Durchschnitts lässt sich zusammengefasst folgendes typologisches Bild einer Akzeptanzlandschaft bzw. der anteilmäßigen Verbreitung von Akzeptanztypen nachzeichnen: Adaptive Akzeptanz (Typ II) liegt am seltensten vor (8,6 %) und affirmative Akzeptanz (Typ I) weist auch einen geringen Anteil in der Bevölkerung auf (13,2 %). Anteilmäßig am häufigsten ist Ablehnung in Form von De-legitimation vertreten (43,3 %), gefolgt vom Typ Ablehnungs-Dilemma (34,9 %).

Was die Wahrscheinlichkeit für sozialen Wandel betrifft, so entfallen auf die inkonsistenten Typen II und III je nach Strukturierungskriterium 39,2 % bis 47,8 %, im Durchschnitt 42,5 %. Nach einem sehr einfachen (demokratischen) Schlüssel lässt sich daher nur eine Minderheit für Veränderungs-

Protestpotenzial ausmachen. Insbesondere, wenn man dieses Potenzial vor allem beim Typ III (Ablehnungs-Dilemma) sucht, der bloß ein Drittel (34,9 %) in der Bevölkerung subsummiert. Hingegen sind die konsistenten Typen (I und IV) bzw. strukturerhaltenden Kräfte in der deutlichen Mehrheit (zwischen 52,1 % und 60,8 % bzw. durchschnittlich 56,5 %).

Als empirisches Zwischenfazit kann konstatiert werden, dass beide Strukturierungsmerkmale für die Klassifizierung von Akzeptanz- bzw. Ablehnungstypen geeignet sind. Fast identische Anteilswerte lassen sich für die beiden Akzeptanz-Typen berechnen (Typ I: 13,8 % vs. 12,6 %; Typ II: 8,0 % vs. 9,2 %). Nach Maßgabe bloß eines Strukturierungskriteriums ergeben sich aber deutlich unterschiedliche Anteilswerte für die beiden Ablehnungs-Typen (Typ III: 39,8 % vs. 30,0 %; Typ IV: 38,3 % vs. 48,2 %), was auf komplexere Differenzierungsmechanismen im Prozess der Ablehnung von sozialer Ungleichheit hindeutet: Mit dem Kriterium der objektiven Lebenslage lassen sich mehr in den Dilemma-Typ III (39,8 %) klassifizieren als mit dem Kriterium der Sozialen Lage (30,0 %). Hingegen lassen sich nach dem Kriterium der Sozialen Lage mehr in den Delegitimations-Typ IV zuordnen (48,2 %) als nach dem Kriterium der Lebenslage (38,3 %).

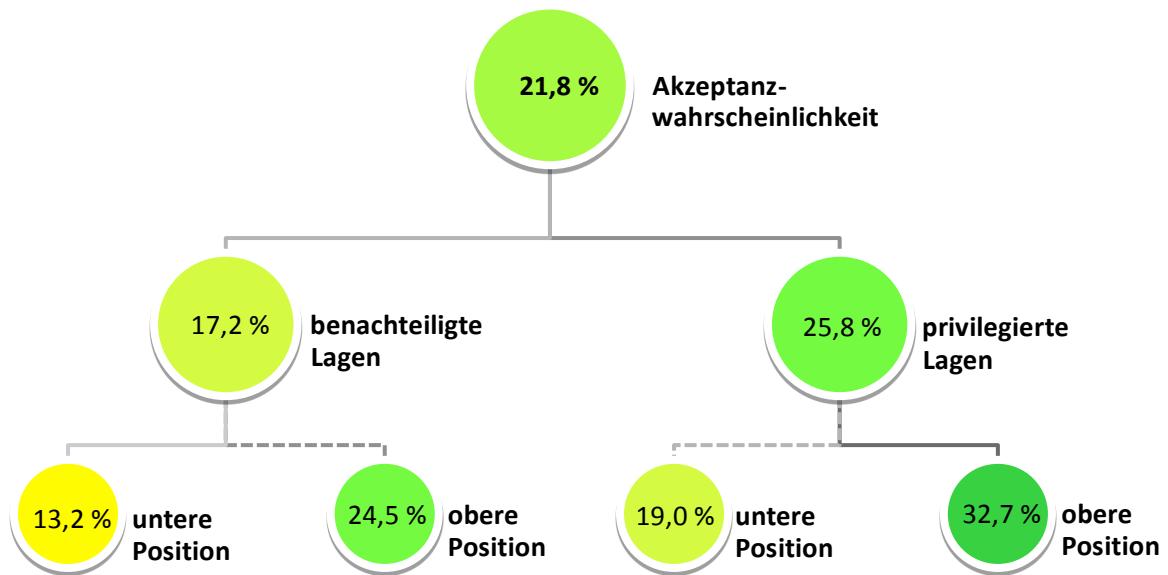
Das lässt den Schluss zu, dass die objektive Lebenslage und die subjektive Positionierung einander im Prozess der Akzeptanz bzw. Ablehnung von sozialer Ungleichheit aufheben oder gegenseitig verstärken können. Sie verstärken einander dann, wenn Konkordanz (Gleichmäßigkeit) der Strukturierungsprozesse vorliegt, d. h. wenn entweder objektive Privilegierung mit hoher Selbst-Positionierung oder wenn objektive Benachteiligung mit niedriger Selbst-Positionierung einhergehen. Sie heben einander hingegen auf, wenn Diskordanz (Ungleichmäßigkeit) im Strukturierungsprozess vorliegt. Dann beispielsweise, wenn die objektive Benachteiligung subjektiv nicht (bzw. falsch) wahrgenommen wird, was als Wahrnehmungslücke bezeichnet werden kann.

Wie die beiden hauptsächlichen Strukturierungsprozesse (Lebenslage und Soziallage) der subjektiven Akzeptanz- bzw. Ablehnungsbereitschaft zusammenwirken, kann anhand der nachfolgenden Abbildungen nachvollzogen werden. Damit wird der Frage nachgegangen, in welchen sozialstrukturellen Gruppen die Akzeptanz- und in welchen die Ablehnungswahrscheinlichkeit am größten ausfällt. Gefolgt wird dabei der kausalen Logik des Strukturierungsprozesses: Die objektiven Lebensbedingungen können erst in einem darauffolgenden Schritt wahrgenommen und mit anderen Personen und Gruppen verglichen werden, d. h. in ein Bewusstsein über die eigene soziale Position (Soziallage) münden.

Wie gesagt beträgt die unkonditionale Akzeptanzwahrscheinlichkeit in der Bevölkerung 21,8 %. Differenziert nach dem objektiven Strukturierungsprozess beträgt die (einfach konditionale) Akzeptanzwahrscheinlichkeit nur 17,2 % in der benachteiligten Lebenslage, hingegen aber 25,8 % in der privilegierten Lebenslagengruppe. Weiter diskordant differenziert nach dem subjektiven Strukturierungsprozess der Soziallage beträgt die (zweifach konditionale) Akzeptanzwahrscheinlichkeit für die objektiv benachteiligte Gruppe in subjektiv-wahrgenommener oberer Position 24,5 % und für jene in subjektiv-wahrgenommener unterer Position 19,0 %. Diese drücken die „vertauschten“ Anteilswerte nach einfacher lebenslagspezifischer Klassierung aus (Anm.: Vergleiche mit 17,2 % und 25,8 %), weil sich die strukturierenden Effekte aufgrund einer falschen subjektiven Positionseinschätzung aufheben. Hingegen verstärken sich die beiden Effekte der Strukturierungsmerkmale im Falle konkordanter Klassierung: Die anteilmäßige Akzeptanzbereitschaft beträgt bei Personen in einer objektiv benachteiligten Lebenslage und

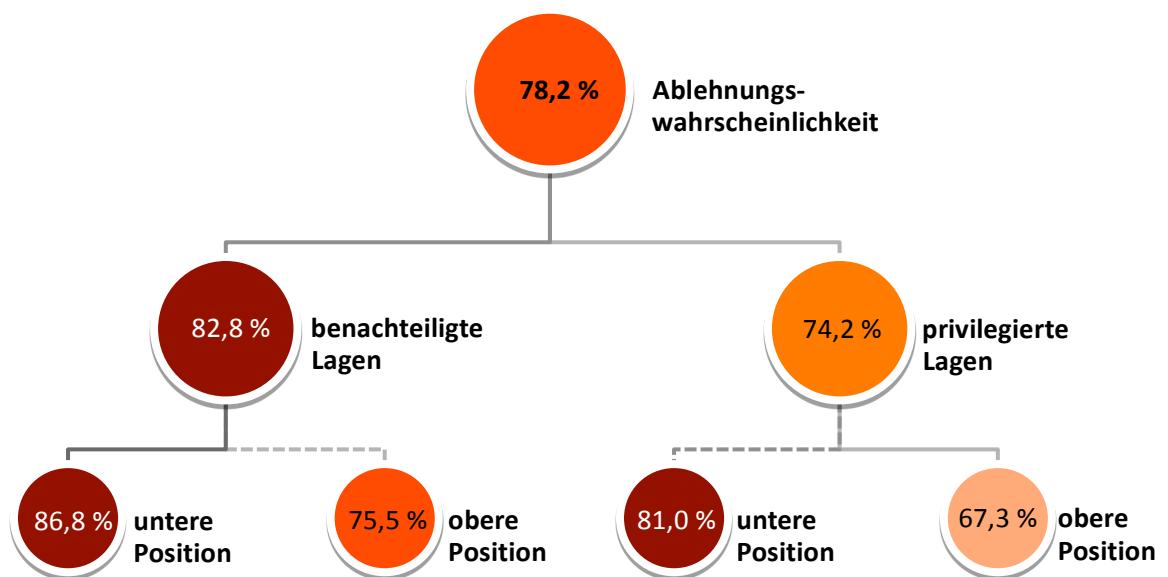
subjektiv benachteiligten Position lediglich 13,2 %. Die Akzeptanzwahrscheinlichkeit beträgt hingegen 32,7 % bei Personen in objektiv und subjektiv privilegierten und oberen Positionen.

Abbildung 14: Verteilung der empirischen Akzeptanzwahrscheinlichkeit



Anm.: $N_i=3.894$; jeweils $p<0,001$.

Abbildung 15: Verteilung der empirischen Ablehnungswahrscheinlichkeit



Anm.: $N_i=13.955$; jeweils $p<0,001$.

Spiegelbildlich verhält es sich mit den Wahrscheinlichkeiten für die Ablehnungsbereitschaft: Die anteilmäßige Wahrscheinlichkeit in der Bevölkerung, die soziale Ungleichheit abzulehnen, beträgt durchschnittlich 78,2 %. Die Ablehnungswahrscheinlichkeit beträgt bei Personen in objektiv

benachteiligten Lebenslagen 82,8 %. Das entspricht der Ablehnungswahrscheinlichkeit des Typs IV, der Delegitimation von sozialer Ungleichheit. Der Anteil des Typs IV beträgt in der Bevölkerung 38,2 %. Bei weiterer Spezifikation des Typ IV nach der Soziallage steigt die Ablehnungsbereitschaft in der konkordaten Gruppe auf 86,8 %. Es liegt daher eine sehr hohe Ablehnungswahrscheinlichkeit von sozialer Ungleichheit in der Personengruppe vor, bei der sowohl objektive als auch subjektiv wahrgenommene Benachteiligung vorliegt. Die Größe der Gruppe beläuft sich auf 27,6 %. In der diskordanten Gruppe objektiver Benachteiligung und subjektiv privilegierter Lageeinschätzung beträgt die Ablehnungswahrscheinlichkeit unterdurchschnittliche 75,5 %. Diese Gruppe macht lediglich 12,3 % der Bevölkerung aus.

Bei Personen in privilegierten Lagen fällt die Ablehnungswahrscheinlichkeit mit 74,2 % unterdurchschnittlich aus, was der Ablehnungswahrscheinlichkeit von Personen im Ablehnungs-Dilemma nach Typ III entspricht. Der Bevölkerungsanteil des Typs III beträgt 40,0 %. Bei weiterer Spezifizierung dieses Ablehnungs-Typs III fällt die Ablehnungsbereitschaft im Falle eines konkordanten Strukturierungsprozesses auf 67,3 %. Die Ablehnungswahrscheinlichkeit fällt also relativ gering aus bei Personen in privilegierter Lage, die subjektiv ebenso wahrgenommen wird. Diese Gruppe macht aber lediglich 17,7 % der Bevölkerung aus. In der diskordanten Gruppe dieses Ablehnungs-Typs III fällt die Wahrscheinlichkeit, die Ungleichheiten abzulehnen, mit 81,0 % wiederum hoch aus. Bei diesen 22,3 % der Gesamtpopulation liegt zwar eine objektive Privilegierung vor, die aber subjektiv nicht wahrgenommen wird.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit der Ablehnung von sozialer Ungleichheit ist daher zu rechnen, wenn Personen objektiv benachteiligt sind und sich im Vergleich mit anderen Gruppen relativ depriviert wahrnehmen. Nach der dargelegten kausalen Logik der beiden hauptsächlichen Strukturierungsprozesse der Akzeptanz bzw. Ablehnung sind aber nur dann zunehmende soziale Proteste, Spannungen und Konflikte die zu erwartende Konsequenz, wenn sich – unter den genannten Bedingungen – immer größere Bevölkerungsanteile mit zunehmend prekärer werdenden Lebensbedingungen nach objektiven und subjektiven Maßstabskriterien konfrontiert sehen. Das bedeutet aber auch, dass diese tatsächlich vorliegen und subjektiv „richtig“ interpretiert werden müssen. Nicht umsonst ist dieses öffentliche Bewusstsein Thema von so vielen konfliktreichen Auseinandersetzungen von Interessengruppen.

9.3 Zur Relevanz der Akzeptanz sozialer Ungleichheit

Latente Akzeptanzbereitschaft wurde im Prozessergebnis als eine subjektiv-innere Bewusstheitsstufe unter gegebenen äußeren Bedingungen definiert, die – im Sinne eines Gradationschemas – als Vorstufe der manifesten Akzeptanz aufgefasst werden kann, insbesondere hinsichtlich des Potenzials für zunehmenden sozialen Konflikt oder der stabilisierenden gesellschaftlichen Kohäsion. Im Lichte zunehmender sozialer Ungleichheiten erscheinen die empirischen Ergebnisse teilweise ambivalent bzw. durch „Widersprüchlichkeit“ gekennzeichnet zu sein. Wegen der objektiv zunehmenden gesellschaftlichen Disparitäten war zwar nur ein geringer Grad an Akzeptanz von sozialer Ungleichheit zu erwarten. Es wäre aber zu vermuten gewesen, dass bei so hohem und mehrheitlichem Ablehnungsgrad von sozialer Ungleichheit die Spannungen und Konflikte in der Gesellschaft deutlicher ausfallen würden.

Die scheinbar irritierend anmutenden empirischen Befunde der Befragungsdaten aus dem Jahr 1999/2000 lassen jedoch mehrere plausible Erklärungen zu. Zunächst ist zu sagen, dass es sich um relative Ungleichheiten und um relative Akzeptanz handelt. Es ist trotz veränderter und ungleicher Lebensverhältnisse und -bedingungen davon auszugehen, dass in Europa – an der Wende zum und am Beginn des 21. Jahrhunderts – die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen überwiegend erfüllt und negative Erfahrungen von den meisten kompensiert werden konnten. Außerdem hat die empirische Analyse ergeben, dass die hohen Ablehnungswahrscheinlichkeiten in teilweise sehr kleinen Gruppen anzutreffen sind, die letztlich relativ unbedeutende Bevölkerungsteile ausmachen, die teilweise weit verteilt und zersplittert sind. Logischerweise ergibt sich daraus eine schwierige Ausgangssituation für Interessenformierung und Interessenorganisation bzw. eine geringe Konfliktfähigkeit. Die Analyse hat aber insbesondere auch ergeben, dass trotz der vielerorts vorliegenden objektiven Mängellage sich nicht notwendigerweise ein über soziale Vergleichsprozesse verdichtetes subjektives Bewusstsein der Schlechterstellung ausbilden muss. Das bringt mit sich, dass darüber hinaus der handlungspraktisch notwendige subjektive Sinn schwach ist bzw. die Interessenlage mangelhaft ausgeprägt wird.

Damit konnte zur weiteren Annäherung an das soziologische Problem beigetragen werden, nämlich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen objektiven und subjektiven Aspekten von sozialer Ungleichheit. Die Ergebnisse haben insbesondere aufgezeigt, dass für die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit bzw. die subjektive Akzeptanzbereitschaft gemeinsame Faktoren der Strukturierung namhaft gemacht werden können. Die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse, die objektiven Lebensbedingungen von Menschen und ihre Soziale Lage stellen direkte und indirekte, sich gegenseitig verstärkende oder abschwächende Kriterien und wechselhaft tätige Prozesse der subjektiven Akzeptanz von sozialer Ungleichheit dar. Die Arbeit konnte daher Licht auf die Frage werfen, wie die Strukturierungskriterien zu gemeinsamen bzw. gegenläufigen Einstellungen und Überzeugungen führen können und wie individuelle Bewusstheit bzw. soziales Bewusstsein zur Identitätsstiftung und vermutlich auch zur Konfliktbereitschaft beitragen können.

Letztendlich muss jede Gesellschaft für sich entscheiden, welches „Stimmungsrelief“ (vgl. Neurath) zu bevorzugen ist. In modernen, demokratischen und zunehmend pluralen werdenden Gesellschaften entstehen zwar individuelle Freiräume, aber auch neue Belastungen und Unsicherheiten. Auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger geht es daher auch immer mehr um die Vergewisserung der objektiven Geltung und subjektiven Gültigkeit der gesellschaftlichen Ordnung, der gemeinsamen Wertvorstellungen, der geteilten Ziele und der zur Verwirklichung verteilten Mittel. Das aufgestellte Akzeptanzkonzept, seine empirische Überprüfung und die Ableitung einer Typologie der subjektiven Akzeptanzbereitschaft ermöglicht die Abbildung eines gesellschaftlichen Mentalitätsbildes hinsichtlich sozialer Ungleichheit, ihrer hauptsächlichen Bestimmungsfaktoren und der dahinterliegenden Prozesse. Vor dem Hintergrund der zunehmenden sozialen Ungleichheit und potenziell zunehmender sozialer Spannungen und Konflikte lassen sich mit Hilfe des Akzeptanzkonzepts Fragen der gesellschaftlichen Prioritäten, Legitimität und Kohäsion adressieren, d. h. Fragen der Stabilität von Ordnung bzw. Wandel von sozialer Ordnungsbildung. Die Erkenntnisse legen es nahe, dass die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse mehr oder weniger förderliche oder hinderliche, entweder positive oder negative Lebensbedingungen für Menschen hervorbringen, die es ihnen mehr oder weniger leicht ermöglichen oder erschweren, ihre Lebensziele zu erreichen. Die Lebensverhältnisse und Lebensbedingungen treffen, je nach objektiv bereitgestellter und subjektiv wahrgenommener Lage, auf mehr oder weniger breite subjektive Akzeptanzbereitschaft.

Für das Konzept der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit hat sich der Lebenslagenansatz bzw. die Darstellung der Lebenslage als struktur- und handlungstheoretischer Dreh- und Angelpunkt erwiesen: Erstens deshalb, weil die Lebenslagenanalyse auf die Darstellung von Merkmalszusammenhängen auf verschiedenen Aggregatebenen abzielt. Da Lebenslagen gesellschaftlich hergestellt werden und sich in einer faktischen Ordnung entwickeln, wird es zweitens ermöglicht, die Lebenslage zu den Lebensverhältnissen im Auge zu behalten. Drittens ermöglicht es die Lebenslagenanalyse, den Blick auf subjektiv (nicht) wünschenswerte und (nicht) artikulierte Lebensbedingungen zu werfen, insbesondere auch auf dabei ablaufende soziale Vergleichsprozesse (relative Deprivation). Weil das Konzept der Lebenslage eine zweifache Ausrichtung aufweist – einerseits an den strukturellen Bedingungen und andererseits am individuellen Erleben –, werden viertens die gesellschaftlichen Mechanismen und sozialen Prozesse im Brennpunkt gehalten. Die Verbindung von Struktur und Prozess ermöglicht es, einerseits nach den bestimmenden (strukturierenden) Faktoren zu fragen, und gleichzeitig danach, was aus den Bedingungen gemacht wird.

Doris Lucke fragt, ob veränderte Akzeptanzlandschaften typisch für Gesellschaften im Umbruch sind, möglicherweise Grenzen der Legitimation im Spätkapitalismus und Sozialstaat definieren und zu einer Legitimitätskrise führen können (Lucke 1996a: 481). Vieles, und nicht nur die hier dargestellten empirischen Ergebnisse, deuten darauf hin, dass sich die europäischen Gesellschaften gegenwärtig in einer solchen Krise befinden. Erstaunlicherweise sind aber gegenwärtig relativ geringe kollektive Krisenstimmungen oder offene Konflikte zu registrieren. Ein Umstand, der auf komplizierte und nicht einfach zu rekonstruierende soziale Mechanismen und Prozesse hindeutet. Die vorgelegte Arbeit liefert einige Ansatzpunkte für Antworten, beispielsweise auf die Frage, warum die ungleichen Lebensverhältnisse und die Lebensbedingungen von der breiten Masse hingenommen werden, oder auf die Frage, warum Legitimationsfragen nach Akzeptanzgesichtspunkten behandelt werden sollten. Aufgrund der veränderten Legitimitätsanforderungen kann nicht davon ausgegangen werden, dass Akzeptanz seitens der BürgerInnen automatisch gewährt wird, sondern vielmehr zum Legitimationsrisiko avanciert.

Legitimations- und Akzeptanzprobleme können nicht nur auf gesellschaftlicher sondern müssen auch auf individueller Ebene behandelt werden. Im Sinne des „*Ausbau an Legitimitätsreserven*“ (Glatzer/Zapf 1984: 401) empfiehlt es sich, an den quantitativen und qualitativen Lebensverhältnissen und -bedingungen anzusetzen. Lebenslagen in modernen Gesellschaften sind – wie sich insbesondere auch in dieser Arbeit gezeigt hat – schwer in ihrer Gesamtheit zu fassen, weil dazu neben den materiellen Gütern und Dienstleistungen und den immateriellen und symbolischen Erträgen auch die subjektiv erfahrene Zufriedenheit, das Wohlbefinden und das Glücksempfinden zählt (Lebensqualität). Zu den Herstellern gehören neben Individuen und Kleingruppen (z. B. Familien, Haushalte) auch der Markt, die Politik, der Staat und andere kollektive Akteure und Akteurinnen, die je nach ihrer Rolle und Funktion für die soziale Integration zuständig sind.

Fortgeschrittene Gesellschaften und komplexere Probleme erfordern Planungsgrundlagen, wozu sich meiner Überzeugung nach das Lebenslagen- und Akzeptanzkonzept sozialer Ungleichheit eignen. Beide Konzepte haben einerseits zum objektiven Erkenntnisgegenstand die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und die individuellen Lebensbedingungen, und andererseits die Soziale Lage und Akzeptanz als subjektiven Erkenntnisgegenstand. Damit liegt eine moderne struktur- und handlungstheoretische Orientierung ebenso vor, wie die Möglichkeit zur quantitativen Dokumentation. Letztere ist unbedingt notwendig für die empirische Vergleichbarkeit, insbesondere

für den internationalen bzw. -regionalen, aber auch den gruppenspezifischen Vergleich. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse können systematisch in der Planung berücksichtigt werden, die gezielt zur Umgestaltung und Bewahrung gegebener Strukturen eingesetzt werden können. In diesem Zusammenhang ist das sozialpolitische Handeln zu erwähnen, zu welchem seit jeher gesellschaftsgestalterische Momente gehörten. Zur Menge von sozialpolitischen Maßnahmen zählt allgemein der Vollzug von Gesellschaft und spezifisch die Beeinflussung der Lebensweise und Haltungen der betroffenen Menschen. Dafür sind zumindest folgende Bedingungen erforderlich: erstens ein Problembewusstsein über theoretische Zusammenhänge und ein empirisches Wissen darüber, zweitens eine Problemlösungsdringlichkeit aufgrund der quantitativen Dokumentation und des empirischen Vergleichs (z. B. im Sinne der Betroffenheit, ihrer Ursachen und ihrer Folgen), drittens die Problemlösungsfähigkeit und -bereitschaft (z. B. im Sinne sozialer Innovation und politischer Mehrheitsverhältnisse).

Unter diesen Bedingungen ist es möglich, die Lebensgrundlagen der Benachteiligten zu sichern oder sogar zu verbessern, steuernd und ausgleichend in soziale Spannungen und Konflikte zwischen Gruppen einzutreten, Akzeptanz „auf breiter Basis“ zu schaffen, und die soziale Integration, den sozialen Frieden, aber auch die gesellschaftliche Stabilität und Kohäsion nachhaltig zu sichern.

Bibliografie

- Agnew, John; Corbridge, Stuart, 1995: Mastering space, hegemony, territory and international political economy. London: Routledge.
- Alber, Jens, 1987: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa. Frankfurt/New York: Campus.
- Alker, Hayward R., 1969: A typology of ecological fallacies. In: Dogan, Mattei; Rokkan, Stein, Quantitative ecological analysis in the social sciences. Cambridge, London: M.I.T. Press, 69-86.
- Amann, Anton, 1983: Lebenslage und Sozialarbeit. Elemente zu einer Soziologie von Hilfe und Kontrolle. Berlin: Duncker & Humblot.
- Amann, Anton, 1991: Soziologie. Ein Leitfaden zu Theorien, Geschichte und Denkweisen. 3. Auflage, Wien: Böhlau.
- Amann, Anton, 2000: Sozialpolitik und Lebenslagen älterer Menschen. In: Backes, Gertrud M.; Clemens, Wolfgang, Lebenslagen im Alter: Gesellschaftliche Bedingungen und Grenzen. Opladen: Leske + Budrich, 53-74.
- Andreß, Hans-Jürgen; Hagenaars, Jacques A.; Kühnel, Steffen (Hg.), 1997: Analyse von Tabellen und kategorialen Daten: Log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GSK-Ansatz. Berlin: Springer.
- Andreß, Hans-Jürgen; Heien, Thorsten, 2001. Four worlds of welfare state attitudes? A comparison of Germany, Norway, and the United States. European Sociological Review, Jg. 17, Heft 4, 337-356.
- Andretta, Gabriele, 1991: Zur konzeptionellen Standortbestimmung von Sozialpolitik als Lebenslagenpolitik. Regensburg: Transfer-Verlag.
- Arbuckle, James L., 2007: AMOS 16 user's guide. Chicago: SPSS.
- Armstrong, Harvey W.; Read, Robert, 1994. Micro-States, autonomous regions and the European Union: Harvey W. Armstrong and Robert Read. European Urban and Regional Studies, Jg. 1, Heft 1, 71-78.
- Bach, Maurizio (Hg.), 2000: Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 44 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bacher, Johann, 1996: Clusteranalyse. Anwendungsorientierte Einführung. 2. Auflage, München, Wien: Oldenbourg.
- Bacher, Johann, 2001. Teststatistiken zur Bestimmung der Clusterzahl für QUICK CLUSTER. ZA-Information, Jg. 48, 71-98.
- Bäcker, Gerhard; Naegele, Gerhard; Bispinck, Reinhard; Hofemann, Klaus; Neubauer, Jennifer, 2008: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Gesundheit, Familie, Alter und soziale Dienste (Band 1). 4. Auflage, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Backes, Gertrud, 1997. Lebenslage als soziologisches Konzept zur Sozialstrukturanalyse. Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 43, Heft 9, 704-727.

- Backes, Gertrud; Clemens, Wolfgang, 2008: Lebensphase Alter. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Altersforschung. 3. Auflage, Weinheim/München: Juventa.
- Bagozzi, Richard P., 1984. A prospectus for theory construction in marketing. *Journal of Marketing*, Jg. 48, 11-29.
- Bauer, Lucia; Wall-Strasser, Sepp, 2005. Neoliberalismus. *PZG - Politik und Zeitgeschehen*, Jg. 6, 1-52.
- Beck, Ulrich, 1983: Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Kreckel, Reinhard, Soziale Ungleichheit. *Soziale Welt*, Sonderband 2. Göttingen: Schwartz, 35-74.
- Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich, 1997: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus - Antworten auf Globalisierung. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth, 1993. Nicht Autonomie, sondern Bastelbiographie. Anmerkungen zur Individualisierungsdiskussion am Beispiel des Aufsatzes von Günter Burkart. *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 22, Heft 3, 178-187.
- Beck, Ulrich; Grande, Edgar, 2004: Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Bentler, Peter M., 1978: The interdependence of theory, methodology, and empirical data: Causal modeling as an approach to construct validation. In: Kandel, D. B., Longitudinal research on drug use: Empirical findings and methodological issues. New York: Wiley, 267-302.
- Benz, Arthur; Lehmbruch, Gerhard (Hg.), 2001: Föderalismus. Analysen in entwicklungsgeschichtlicher und vergleichender Perspektive. Sonderheft 32 der Politischen Vierteljahresschrift. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Berger, Peter A., 1988. Herstellung sozialer Klassifikationen. Methodische Probleme der Ungleichheitsforschung. *Leviathan*, Jg. 16, Heft 4, 501-520.
- Berger, Peter A., 2012: Positionen, Ressourcen, Personen (http://www.wiwi.uni-rostock.de/fileadmin/Institute/ISD/Lehrstuhl_Makrosoziologie/Lehrmaterialien/Prof._Berger/Vorlesung_Sozialstrukturanalyse/Sozialstruktur/Folie2.5_sozialstruk_vorl_Personen_Positionen_Ressourcen.pdf, 29.06.2012). Materialien zu Vorlesung "Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland" (Unveröffentlichtes Manuskript). Universität Rostock.
- Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas, 1996 [1966]: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt/Main: Fischer.
- Berger-Schmitt, Regina, 1997: Mobilität sozialer Lagen in den neuen Bundesländern. In: Hradil, Stefan; Pankoke, Eckart, Aufstieg für alle? Opladen: Leske + Budrich, 155-236.
- Bergmann, Joachim; Brandt, Gerhard; Körber, Klaus; Mohl, Ernst Theodor; Offe, Claus, 1969: Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung. In: Adorno, Theodor W., Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1968. Stuttgart: Enke, 67-87.

- Bick, Wolfgang; Mann, Reinhard; Müller, Paul J. (Hg.), 1984: Sozialforschung und Verwaltungsdaten. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Billiet, Jaak, 2003: Cross-cultural equivalence with structural equation modeling. In: Harkness, Janet A.; Van de Vijver, Fons J. R.; Mohler, Peter, Cross-cultural survey methods. New York: John Wiley, 247-264.
- Blalock, Hubert M., 1984. Contextual-effects models: Theoretical and methodological issues. Annual Review of Sociology, Jg. 10, 353-372.
- Blalock, Hubert M.; Costner, Herbert L., 1969. Multiple indicators and the causal approach to measurement error. American Journal of Sociology, Jg. 75, Heft 2, 264-273.
- Blau, Peter M., 1960. Structural effects. American Sociological Review, Jg. 25, Heft 2, 178-193.
- Blau, Peter M., 1977: Inequality and heterogeneity. A primitive theory of social structure. New York: Free Press.
- Blau, Peter M.; Schwartz, Joseph E., 1997: Crosscutting social circles. Testing a macrostructural theory of intergroup relations. New Brunswick: Transaction Publ.
- Blume, Otto, 1968: Möglichkeiten und Grenzen der Altenhilfe. Tübingen: Mohr.
- Blumer, Herbert, 2007 [1969]: Symbolic interactionism. In: Calhoun, Craig J., Contemporary sociological theory. 2. Auflage, Malden: Blackwell, 67-77.
- Bollen, Kenneth A., 1989: Structural equations with latent variables. New York: John Wiley & Sons.
- Bolte, Karl Martin, 1990: Strukturtypen sozialer Ungleichheit. Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland im historischen Vergleich. In: Berger, Peter A.; Hradil, Stefan, Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen: Schwartz, 27-50.
- Bolte, Karl Martin; Hradil, Stefan, 1988: Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. 6. Auflage, Opladen: Leske + Budrich.
- Bolte, Karl Martin; Kappe, Dieter; Neidhardt, Friedhelm, 1974: Soziale Ungleichheit. 3. Auflage, Opladen: Leske Verlag.
- Bortz, Jürgen; Döring, Nicola, 2006: Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. 4. Auflage, Berlin: Springer.
- Bottero, Wendy, 2005: Stratification. Social division and inequality. London: Routledge.
- Boudon, Raymond; Baurriaud, Francois, 1992: Soziologische Stichworte. Ein Handbuch. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bourdieu, Pierre, 1981: Titel und Stelle. Frankfurt/Main: Europäische Verlagsgesellschaft.
- Bourdieu, Pierre, 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard, Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2. Göttingen: Schwarz, 183-198.
- Bourdieu, Pierre, 1997 [1984]: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilsfähigkeit. 9. Auflage, Frankfur/Main: Suhrkamp.

- Brauns, Hildegard; Steinmann, Susanne; Haun, Dietmar, 2000. Die Konstruktion des Klassenschemas nach Erikson, Goldthorpe und Portocarero (EGP) am Beispiel nationaler Datenquellen aus Deutschland, Großbritannien und Frankreich. *ZUMA-Nachrichten*, Jg. 24, Heft 46, 7-63.
- Bréchon, Pierre, 2009: A breakthrough in comparative social research: The ISSP compared with the Eurobarometer, EVS and ESS surveys. In: Haller, Max; Jowell, Roger; Smith, Tom W., *The International Social Survey Programme 1984-2009: Charting the Globe*. London: Routledge, 28-43.
- Breen, Richard; Rottman, David B., 1998. Is the national state the appropriate geographical unit for class analysis. *Sociology*, Jg. 32, Heft 1, 1-21.
- Brockhaus, 1986: Vorauslexikon zur Brockhaus Enzyklopädie. Mannheim: F. A. Brockhaus GmbHH.
- Brown, Timothy A., 2006: Confirmatory factor analysis for applied research. New York, London: Guilford Press.
- Browne, Michael W.; Cudeck, Robert, 1993: Alternative ways of assessing model fit. In: Bollen, Kenneth A.; Long, J. Scott, *Testing structural equation models*. Newbury Park: Sage, 136-162.
- Bude, Heinz, 2008: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. München: Hanser.
- Bude, Heinz; Lantermann, Ernst-Dieter, 2006. Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 58, Heft 2, 233-252.
- Bulmahn, Thomas, 1996: Sozialstruktureller Wandel: Soziale Lagen, Erwerbsstatus, Ungleichheit und Mobilität. In: Zapf, Wolfgang; Habich, Roland, *Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität*. Berlin: Edition Sigma, 25-50.
- Burzan, Nicole, 2011: Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien. 4. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH.
- Büsches, Günther, 1989: Methodologischer Individualismus. In: Endrweit, Günter; Trommsdorff, Gisela, *Wörterbuch der Soziologie*. München: Dt. Taschenbuch-Verlag, 229-231.
- Byrne, Barbara M., 2012: Structural equation modeling with Mplus. Basic concepts, applications, and programming. New York: Routledge.
- Byrne, Barbara M.; Shavelson, R. J.; Muthén, Bengt O, 1989. Testing for the equivalence of factor covariance and mean structures: The issue of partial measurement invariance. *Psychological Bulletin*, Jg. 105, Heft 3, 456-466.
- Byrne, Barbara M.; Van de Vijver, Fons J. R., 2010. Testing for measurement and structural equivalence in large-scale cross-cultural studies: Addressing the issue of nonequivalence. *International Journal of Testing*, Jg. 10, Heft 2, 107-132.
- Camstra, Astrea; Boomsma, Anne, 1992. Cross-validation in regression and covariance structure analysis: An overview. *Sociological Methods Research*, Jg. 21, Heft 1, 89-115.
- Carnap, Rudolf, 1966: Philosophical foundations of physics: An introduction to the philosophy of science. New York: Basic Books.
- Christ, Oliver; Schlüter, Elmar, 2012: Strukturgleichungsmodelle mit Mplus: Eine praktische Einführung. München: Oldenbourg.

- Christaller, Walter, 1950. Das Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa. Frankfurter geographische Hefte, Jg. 24, Heft 1, 1-96.
- CIA, 2012: The World Factbook. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>, 9. Jul. 2002.
- Clemens, Wolfgang, 1994. "Lebenslage" als Konzept sozialer Ungleichheit - Zur Thematisierung sozialer Differenzierung in Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit. Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 40, Heft 3, 141-165.
- Clemens, Wolfgang, 1997: Frauen zwischen Arbeit und Rente. Lebenslagen in später Erwerbstätigkeit und frühem Ruhestand. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Clogg, Clifford C., 1981a: Latent class models for measuring. In: Langeheine, R.; Rost, Jürgen, Latent trait and latent class models. New York: Plenum, 173-205.
- Clogg, Clifford C., 1981b: New developments in latent structure analysis. In: Jackson, D. J.; Borgatta, Edgar F., Factor analysis and measurement in sociological research. Beverly Hills: Sage, 215-246.
- Coleman, James S., 1991: Grundlagen der Sozialtheorie, Band 1: Handlungen und Handlungssysteme. München: Oldenbourg.
- Collins, Linda M.; Fidler, Penny L.; Wugalter, Stuart E.; Long, Jeffrey D., 1993. Goodness-of-fit testing for latent class models. Multivariate Behavioral Research, Jg. 28, Heft 3, 375-389.
- Costner, Herbert L., 1969. Theory, deduction, and rules of correspondence. American Journal of Sociology, Jg. 75, Heft 2, 245-263.
- Creswell, John W., 2009: Research design. Qualitative, quantitative, and mixed methods approaches. Los Angeles: Sage Publications.
- Curran, Patrick J.; West, Stephen G.; Finch, John F., 1996. The robustness of test statistics to nonnormality and specification error in confirmatory factor analysis. Psychological Methods, Jg. 1, Heft 1, 16-29.
- Dahrendorf, Ralf, 1957: Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft. Stuttgart: Enke.
- Dahrendorf, Ralf, 1965: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München: Piper.
- Dahrendorf, Ralf, 1966 [1961]: Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen. 2. Auflage, Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Dahrendorf, Ralf, 1977 [1958]: Homo sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Davidov, Eldad; Dülmer, Hermann; Schlüter, Elmar; Schmidt, Peter; Meulemann, Bart, 2012. Using a multilevel structural equation modeling approach to explain cross-cultural measurement noninvariance. Journal of Cross-Cultural Psychology, Jg. 43, Heft 4, 558-575.
- Davis, James A.; Spaeth, Joe L.; Huson, Carolyn, 1961. A technique for analyzing the effects of group composition. American Sociological Review, Jg. 26, Heft 2, davis.

- Davis, Kingsley; Moore, Wilbert E., 1945. Some principles of stratification. *American Sociological Review*, Jg. 10, Heft 2, 242-249.
- Davis, Kingsley; Moore, Wilbert E., 2009 [1945]: Einige Prinzipien der sozialen Schichtung. In: Solga, Heike; Powell, Justin; Berger, Peter A., *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse*. Frankfurt/Main: Campus, 49-55.
- Dettling, Warnfried, 1986: Krise des Wohlfahrtsstaates. In: Krüger, Jürgen; Strasser, Hermann, *Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik. Legitimation, Wirkung, Programmatik*. Regensburg: Transfer Verlag, 193-199.
- Dewey, John (Hg.), 2003 [1925]: Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Diamantopoulos, Adamantios; Riefler, Petra; Roth, Katharina P., 2008. Advancing formative measurement models. *Journal of Business Research*, Jg. 61, 1203-1218.
- Döring, Dieter; Hanesch, Walter; Huster, Ernst-Ulrich, 1990: Armut im Wohlstand. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Duden, 2000: Duden. Das Fremdwörterbuch. 7. Auflage, Mannheim: F. A. Brockhaus AG.
- Durkheim, Émile, 1961 [1895]: Die Regeln der soziologischen Methode. Neuwied: Luchterhand.
- Durkheim, Émile, 1983 [1897]: *Le suicide*. Frankfurt/Main: Surhkamp.
- Duro, Juan Antonio. 2001: Regional income inequalities in Europe. An updated measurement and some decomposition results (Working Paper No. 11). Barcelona: Universitat Autònoma de Barcelona.
- Eckerstorfer, Paul; Halak, Johannes; Kapeller, Jakob; Schütz, Bernhard; Springholz, Florian; Wildauer, Rafael. 2013: Vermögen in Österreich. Bericht zum Forschungsprojekt "Reichtum im Wandel". Linz: Johannes Kepler Universität Linz.
- Enders, Craig K.; Tofiqhi, Davood, 2007. Centering predictor variables in cross-sectional multilevel models: A new look at an old issue. *Psychological Methods*, Jg. 12, Heft 2, 121-138.
- Endruweit, Günter, 1989: Akzeptanz und Sozialverträglichkeit. In: Endruweit, Günter; Trommsdorff, Gisela, *Wörterbuch der Soziologie*. München: Dt. Taschenbuch-Verlag.
- Engel, Gerhard, 1998. Liberalismus, Freiheit und Zwang. A&K, Aufklärung und Kritik. Zeitschrift für freies Denken und humanistische Philosophie, Heft Sonderheft 2, 100-115.
- Engel, Uwe; Simonson, Julia, 2004: Sozialer Kontext in der Mehrebenenanalyse. In: Diekmann, Andreas, *Methoden der Sozialforschung*, Sonderheft 44 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 303-329.
- Engels, Friedrich, 1972 [1845]: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Berlin: Dietz.
- Erikson, Robert; Goldthorpe, John H., 1992: The constant flux. A study of class mobility in industrial societies. Oxford: Clarendon Press.

Erikson, Robert; Goldthorpe, John H.; Portocarero, Lucienne, 1979. Intergenerational class mobility in three Western European societies: England, France and Sweden. *British Journal of Sociology*, Jg. 30, Heft 4, 415-441.

Esping-Andersen, Gøsta, 1990: *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Polity Press.

Esser, Hartmut, 1979. Methodische Konsequenzen gesellschaftlicher Differenzierung. *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 8, Heft 1, 14-27.

Esser, Hartmut, 1996. Die Definition der Situation. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 48, Heft 1, 1-34.

Esser, Hartmut, 1999a: *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. 3. Auflage, Frankfurt/Main: Campus.

Esser, Hartmut, 1999b: *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 1: Situationslogik und Handeln*. Frankfurt/Main: Campus.

Esser, Hartmut, 2001: *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 6: Sinn und Kultur*. Frankfurt/Main: Campus.

EUROSTAT, 2011: *Regions in the European Union - Nomenclature of territorial units for statistics - NUTS 2010/EU-27*. Luxembourg: European Union.

EUROSTAT, 2012: Eurostat - Ihr Schlüssel zur europäischen Statistik.
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/>, 31. Okt. 2012.

Firebaugh, Glenn, 1979. Assessing group effects: A comparison of two methods. *Sociological Methods & Research*, Jg. 7, Heft 4, 384-395.

Firebaugh, Glenn; Boesling, Brian, 2004. Accounting for the recent decline in global income inequality. *American Journal of Sociology*, Jg. 110, Heft 2, 283-312.

Fischer Weltalmanach, 2000: *Der Fischer Weltalmanach 2000. Zahlen, Daten, Fakten*. Frankfurt/Main: Fischer.

Flora, Peter, 1974: *Modernisierungsforschung. Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Formann, Anton K., 1984: *Die Latent-Class-Analyse: Einführung in Theorie und Anwendung*. Weinheim: Beltz.

Fuchs, Werner; Klima, R.; Lautmann, Rüdiger; Rammstedt, Otthein; Wienold, Hanns (Hg.), 1978: *Lexikon der Soziologie*. 2. Auflage, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Fürstenberg, Friedrich, 1966. "Sozialstruktur" als Schlüsselbegriff der Gesellschaftsanalyse. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 18, Heft 3, 439-453.

Gabriel, Oscar W.; Brettschneider, Frank (Hg.), 1994: *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalte*. 2. Auflage, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Garfinkel, Harold, 1967: *Studies in ethnomethodology*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.

Gehlen, Arnold, 1961: *Anthropologische Forschung*. Reinbeck: Rowohlt.

Gehlen, Arnold, 1986: Anthropologische und sozialpsychologische Untersuchungen. Reinbeck: Rowohlt.

Gehlen, Arnold, 1986 [1940]: Der Mensch, seine Natur und seine Stellung in der Welt. 13. Auflage: Sammlung Aula.

Geiger, Theodor, 1962 [1955]: Theorie der sozialen Schichtung. In: Trappe, Paul, Theodor Geiger: Arbeiten zur Soziologie. Methode - Moderne Großgesellschaft - Rechtssoziologie - Ideologiekritik. Berlin: Luchterhand, 186-205.

Geiger, Theodor, 1967 [1932]: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Stuttgart: Enke.

Geiser, Christian, 2011: Datenanalyse mit Mplus. 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Geiser, Matthias, 1996: Alterssozialpolitik. Fragmentierung überwinden - Lebenslagen verbessern. Hannover: Vincentz Verlag.

Geißler, Rainer, 1994: Die pluralistische Schichtstruktur der modernen Gesellschaft: Zur aktuellen Bedeutung des Schichtbegriffs. In: Geißler, Rainer, Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland. 2. Auflage, Stuttgart: Enke, 6-36.

Geißler, Rainer, 1996: Die Sozialstruktur Deutschlands. 2. Auflage, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Gensike, Thomas, 1998: Die neuen Bundesbürger: Eine Transformation ohne Integration. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Georg, Werner, 1996: Zur quantitativen Untersuchung des Zusammenhangs von Lebensstilen und sozialer Ungleichheit. In: Schwenk, Otto G., Lebensstil zwischen Sozialstrukturanalyse und Kulturwissenschaft. Opladen: Leske + Budrich, 165-182.

Georg, Werner, 1998: Soziale Lage und Lebensstil. Eine Typologie. Opladen: Leske + Budrich.

Giddens, Anthony, 1979: Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Giddens, Anthony, 1983: Klassenspaltung, Klassenkonflikt und Bürgerrechte. Gesellschaft im Europa der achtziger Jahre. In: Kreckel, Reinhard, Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Schwartz, 15-33.

Giddens, Anthony, 1984: The constitution of society. Outline of the theory of structuration. Berkeley: University of California Press.

Giddens, Anthony, 1984 [1976]: Interpretative Soziologie: Einführung und Kritik. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Giddens, Anthony, 1997 [1988]: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Mit einer Einführung von Hans Joas. 3. Auflage, Frankfurt/Main: Campus.

Giesen, Bernhard, 1987: Natürliche Ungleichheiten, soziale Ungleichheit, ideale Gleichheit: Zur Evolution von Deutungsmustern sozialer Ungleichheit. In: Giesen, Bernhard; Haferkamp, Hans, Soziologie der sozialen Ungleichheit. Opladen: Westdeutscher Verlag, 314-345.

Glatzer, Wolfgang; Hübinger, Werner, 1999: Lebenslagen und Armut. In: Döring, Diether; Hanesch, Walter; Huster, Ernst-Ulrich, Armut im Wohlstand. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 31-55.

Glatzer, Wolfgang; Zapf, Wolfgang (Hg.), 1984: Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt/Main: Campus.

Goffman, Erving, 1977: Rahmen-Analyse: Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Goldstein, Harvey, 1987: Multilevel models in educational and social research. London: Griffin.

Goldstein, Harvey, 2003: Multilevel statistical models. 3. Auflage, London: Edward Arnold.

Goldthorpe, John H., 1987: Social mobility and class structure in modern Britain. 2. Auflage, Oxford: Clarendon Press.

Gollwitzer, Mario, 2012: Latent-Class-Analysis. In: Moosbrugger, Helfried, Testtheorie und Fragebogenkonstruktion. Heidelberg: Springer, 295-323.

Goodman, Leo A., 1974. Exploratory latent structure analysis using both identifiable and unidentifiable models. *Biometrika*, Jg. 61, Heft 2, 215-231.

Grimm, Jacob; Grimm, Wilhelm, 1984: Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm. Bd. 1 bis 33, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Grimm, Jacob; Grimm, Wilhelm, 2004: Der digitale Grimm. Deutsches Wörterbuch. Elektronische Ausgabe der Erstbearbeitung: 2 CD-ROMs, Benutzerhandbuch, Begleitbuch. Frankfurt/Main: Zweitausendeins.

Haberman, Shelby J., 1978: Analysis of qualitative data. Band 1: Introductory topics. Band 2: New developments. New York: Academic Press.

Habermas, Jürgen, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Habich, Roland; Noll, Heinz-Herbert, 2001: Soziale Schichtung und soziale Lagen. In: Statistisches Bundesamt; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 552-559.

Habich, Roland; Noll, Heinz-Herbert, 2008: Sozialstruktur und soziale Lagen. In: Statistisches Bundesamt; Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 173-179.

Hadjar, Andreas, 2008: Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hadler, Markus, 2007: Soziale Ungleichheiten im internationalen Vergleich. Ihre Wahrnehmung, ihre Auswirkung und ihre Determinanten. Wien: LIT Verlag.

Haller, Max, 1986. Die Legitimation der sozialen Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat. *Journal für Sozialforschung*, Jg. 26, Heft 4, 443-468.

- Haller, Max, 1987: Gesellschaftliche Gleichheit als Grundwert des Wohlfahrtsstaates? Die Wahrnehmung und Bewertung unterschiedlicher Formen sozialer Ungleichheit. In: Haller, Max; Holm, Kurt, Werthaltungen und Lebensformen in Österreich. Ergebnisse des Sozialen Survey 1986. München: Oldenbourg, 141-190.
- Haller, Max, 1988. Grenzen und Variationen gesellschaftlicher Entwicklung in Europa - Eine Herausforderung und Aufgabe für die vergleichende Soziologie. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Jg. 1988, Heft 4, 5-19.
- Haller, Max, 1989: Die Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein. Ergebnisse vergleichender Umfrageforschung zu Ungleichheitsvorstellungen. In: Haller, Max; Hoffmann-Nowotny, Hans-Jürgen; Zapf, Wolfgang, Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 447-469.
- Haller, Max, 1990. The challenge for comparative sociology in the transformation of Europe. International Sociology, Jg. 5, Heft 2, 183-204.
- Haller, Max, 2006: Soziologische Theorie im systematischen Vergleich. 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Haller, Max, 2008: Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.
- Haller, Max; Höllinger, Franz, 1995. Zentren und Peripherien in Europa. Eine Analyse und Interpretation der Verschiebungen zwischen dem ersten und dritten Viertel des 20. Jahrhunderts. Historical Social Research, Jg. 20, Heft 2, 8-54.
- Haller, Max; Jowell, Roger; Smith, Tom W. (Hg.), 2009: The International Social Survey Programme 1984-2009: Charting the Globe. London: Routledge.
- Haller, Max; Mach, Bogdan; Zwicky, Heinrich, 1995: Egalitarismus und Antegalitarismus zwischen gesellschaftlichen Interessen und kulturellen Leitbildern: Ergebnisse eines internationalen Vergleichs. In: Müller, Hans-Peter; Wegener, Bernd, Soziale Ungleichheit und Soziale Gerechtigkeit. Opladen: Leske + Budrich, 221-264.
- Harkness, Janet A.; Klein, Sabine; Scholz, Evi, 2003. ISSP Study Monitoring 1999. Report on the ISSP General Assembly on monitoring work undertaken for the ISSP. ZUMA Methodenbericht, Jg. 2003, Heft 03.
- Harkness, Janet A.; Scholz, Evi; Stadler, Stefan, 2002. ISSP 1999 Germany, Social Inequality III, Report on the German Study. ZUMA Methdoenbericht, Jg. 2002, Heft 03.
- Heck, Ronald H., 2001: Multilevel modeling with SEM. In: Marcoulides, George A.; Schumacker, Randall E., New developments and techniques in structural equation modeling. Mahwah: Erlbaum, 89-127.
- Heidenreich, Martin, 2003. Territoriale Ungleichheiten in der erweiterten EU. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 55, Heft 1, 31-58.
- Heidenreich, Martin (Hg.), 2006: Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse. Frankfurt: Campus.

- Heidenreich, Martin; Wunder, Christoph, 2007. Patterns of regional inequality in the enlarged Europe. *European Sociological Review*, Jg. 24, Heft 1, 19-36.
- Heinen, Ton, 1993: Discrete latent variable models. Tilburg: Tilburg University Press.
- Heinen, Ton, 1996: Latent class and discrete latent trait models: Similarities and differences. Thousand Oaks: Sage.
- Heinze, Rolf G., 1986: Politische Regulierung sozialer Ungleichheit. Zur Verklammerung von Arbeitsmarkt, Verbänden und staatlicher Politik. In: Krüger, Jürgen; Strasser, Hermann, Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik. Legitimation, Wirkung, Programmatik. Regensburg: Transfer Verlag, 93-116.
- Hennen, Manfred; Springer, Elisabeth, 1996: Handlungstheorie - Überblick. In: Druwe, Ulrich; Kunz, Volker, Handlungs- und Entscheidungstheorie in der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Konzepte und Forschungsstand. Opladen: Leske + Budrich, 12-41.
- Henry, Neil W., 1999: Latent structure analysis at fifty. Paper presented at the Joint Statistical Meetings (JSM). Baltimore: American Statistical Association.
- Hobbes, Thomas, 1969 [1651]: Leviathan oder Wesen, Form und Gewalt des bürgerlichen Staates. Reinbeck: Rowohlt.
- Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P., 2005: Techniken der Regionalisierung. In: AGRS, Regionale Standards. Eine gemeinsame Empfehlung des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (ADM), der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) und des Statistischen Bundesamtes (Ausgabe 2005). Mannheim: Arbeitsgruppe Regionale Standards unter der Leitung von Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA, Mannheim, 17-20.
- Horn, John L.; McArdle, J. J., 1992. A practical and theoretical guide to measurement invariance in aging research. *Experimental Aging Research*, Jg. 18, Heft 3, 117-144.
- Hox, Joop J., 2002: Multilevel analysis. Techniques and applications. Mahwah: Laurence Erlbaum.
- Hox, Joop J., 2010: Multilevel analysis: Techniques and applications. 2. Auflage, New York: Routledge.
- Hox, Joop J.; Maas, Cora J. M., 2001. The accuracy of multilevel structural equation modeling with pseudobalanced groups and small samples. *Structural Equation Modeling*, Jg. 8, Heft 2, 157-174.
- Hox, Joop J.; Maas, Cora J. M.; Brinkhuis, Matthieu J. S., 2010. The effect of estimation method and sample size in multilevel structural equation modeling. *Statistica Neerlandica*, Jg. 64, Heft 2, 157-170.
- Hradil, Stefan, 1983: Die Ungleichheit der "Sozialen Lage". Eine Alternative zu schichtungssoziologischen Modellen sozialer Ungleichheit. In: Kreckel, Reinhart, Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Schwartz, 102-118.
- Hradil, Stefan, 1987: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen: Leske + Budrich.
- Hradil, Stefan, 1990: Lebenslagenanalysen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Timmermann, Heiner, Lebenslagen: Sozialindikatorenforschung in beiden Teilen Deutschlands. Saarbrücken-Scheidt: Dadder, 125-146.

- Hradil, Stefan, 1992: Alte Begriffe und neue Strukturen. Die Milieu-, Subkultur- und Lebensstilforschung der 80er Jahre. In: Hradil, Stefan, Zwischen Bewusstsein und Sein. Opladen: Leske + Budrich, 15-55.
- Hradil, Stefan, 2001: Soziale Ungleichheit in Deutschland. 8. Auflage, Opladen: Leske + Budrich.
- Hradil, Stefan, 2002: Soziale Ungleichheit, soziale Schichtung und Mobilität. In: Korte, Hermann; Schäfers, Bernhard, Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. 6. Auflage, Opladen: Leske + Budrich, 193-216.
- Hradil, Stefan, 2005: Warum werden die meisten entwickelten Gesellschaften wieder ungleicher? In: Windolf, Paul, Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 460-483.
- Hradil, Stefan, 2006: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hu, Li-tze; Bentler, Peter M., 1999. Cutoff criteria for fit indexes in covariance structure analysis. *Structural Equation Modeling*, Jg. 6, Heft 1, 1-55.
- Hübinger, Werner, 1989. Zur Lebenslage und Lebensqualität von Sozialhilfeempfängern. *Sozialer Fortschritt*, Jg. 1989, Heft 8, 172-180.
- Hübinger, Werner, 1996: Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg im Br.: Lambertus-Verlag.
- Hummell, Hans J., 1972: Probleme der Mehrebenenanalyse. Stuttgart: Teubner.
- ILO, 2012: LABORSTA Internet. <http://laborsta.ilo.org/>, 31. Okt. 2012.
- Inglehart, Ronald, 1977: The silent revolution. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald, 1989: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt/Main: Campus.
- Inglehart, Ronald, 1990: Culture shift in advanced industrial society. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald, 1997: Modernization and postmodernization: Culture, economic, and political change in 43 societies. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald; Klingemann, Hans-Dieter, 1976: Party identification, ideological preference and the left-right dimension among western mass publics. In: Budge, Ian; Crewe, Ivor, Party identification and beyond. New York: Wiley.
- Institut für Marxistische Studien und Forschungen, 1973: Klassen und Sozialstruktur der BRD (1950-1970), Teil I bis III. Frankfurt/Main: Verlag Marxistische Blätter.
- Israel, Joachim, 1977: Die sozialen Beziehungen. Grundelemente der Sozialwissenschaft. Ein Leitfaden. Reinbeck: Rowohlt.
- ISSP, 1998: ISSP 1999 Inequality Final Questionnaire (Secretariat Version). <http://www.gesis.org/issp/issp-modules-profiles/social-inequality/1999/>, 9. Jul. 2012.

- ISSP, 2001: The ISSP Standard Background Variables (Juni 2001). <http://www.gesis.org/issp/issp-members-area/coding-standards/>, 9. Jul. 2012.
- ISSP, 2012a: Das ISSP. <http://www.gesis.org/issp>, 9. Jul. 2012.
- ISSP, 2012b: International Social Survey Programme. <http://www.issp.org/>, 5. Juli 2012.
- ISSP, 2012c: ISSP 1999 - "Social Inequality III" - ZA No. 3430. <http://www.gesis.org/issp/issp-modules-profiles/social-inequality/1999/>, 9. Jul 2012.
- ISSP, 2012d: ISSP Bibliography 2012. <http://www.issp.org>, 9. Jul. 2012.
- Jordan-Bychkov, Terry G.; Bychkova-Jordan, Bella, 2002: The European culture area. A systematic geography. 4. Auflage, Lenham: Rowman & Littlefield.
- Jöreskog, Karl G., 1969. Some contributions to maximum likelihood factor analysis. *Psychometrika*, Jg. 32, 443-482.
- Jöreskog, Karl G., 1970. A general method for analysis of covariance structures. *Biometrika*, Jg. 57, 239-251.
- Julian, Marc W., 2001. The consequences of ignoring multilevel data structures in nonhierarchical covariance modeling. *Structural Equation Modeling*, Jg. 8, Heft 3, 325-352.
- Kendall, Patricia L.; Lazarsfeld, Paul F., 1950: Problems of survey analysis. In: Merton, Robert K.; Lazarsfeld, Paul F., Continuities in social research: Studies in the scope and method of 'The American Soldier'. Glencoe: The Free Press, 195-196.
- Kiecolt, K. Jill; Nathan, Laura E., 1985: Secondary analysis of survey data. Beverly Hills: Sage.
- Kish, Leslie, 1965: Survey sampling. New York: Wiley.
- Kiss, Gabor, 1973: Einführung in die soziologischen Theorien. Vergleichende Analyse soziologischer Hauptrichtungen (2 Bde.). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Klages, Helmut, 1984: Wertorientierungen im Wandel: Rückblick. Gegenwartsanalyse. Prognosen. Frankfurt/Main: Campus.
- Klein, Katherine J.; Kozlowski, Steve W. J., 2000. From micro to meso: Critical steps in conceptualizing and conducting multilevel research. *Organizational Research Methods*, Jg. 3, Heft 3, 211-236.
- Klingemann, Hans-Dieter, 1982. Fakten oder Programmatik? Die Thesen von Murphy et al. über den Bedeutungswandel von 'links' und 'rechts' und das gegenwärtige Verständnis der politischen Richtungsbegriffe in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 23, Heft 2, 214-224.
- Klocke, Andreas, 1994: Dimensionen, Determinanten und Handlungsrelevanz von Lebensstilen. In: Dangschat, Jens S.; Blasius, Jorg, Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Opladen: Leske+Budrich, 173-285.
- Kluckhohn, Clyde, 1951: Values and value-orientations in the theory of action. An exploration in definition and classification. In: Parsons, Talcott; Shils, Eward A., Toward A General Theory of Action. Theoretical Foundations for the Social Sciences. New York: Harper, 388-433.

- Kluegel, James R.; Smith, Eliot R., 1986: Beliefs about inequality. Americans' views on what is and what ought to be. New York: Gruyter.
- Kluge, Susann, 1999: Empirisch begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der qualitativen Sozialforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Krais, Beate; Gebauer, Gunter, 2010: Habitus. 3. Auflage, Bielefeld: Transcript Verlag.
- Krause, Detlef; Schäuble, Gerard, 1988: Jenseits von Klasse und Schicht. Verteilung von Lebenschancen zwischen traditionellen Reduktionismus und aktueller Formenvielfalt. Stuttgart: Enke.
- Kreckel, Reinhard, 1985: Zentrum und Peripherie. "Alte" und "neue" Ungleichheiten in weltgesellschaftlicher Perspektive. In: Strasser, Hermann; Goldthorpe, John H., Die Analyse sozialer Ungleichheit. Opladen: Westdeutscher Verlag, 307-323.
- Kreckel, Reinhard, 1990: Klassenbegriff und Ungleichheitsforschung. In: Berger, Peter A.; Hradil, Stefan, Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen: Schwartz, 51-79.
- Kreckel, Reinhard, 2004 [1992]: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. 3. Auflage, Frankfurt, New York: Campus.
- Kreft, Ita; de Leeuw, Jan, 1998: Introducing multilevel modeling. London: Sage.
- Krüger, Jürgen, 1986: Soziale Ungleichheit, Sozialpolitik und Sozialwissenschaft. In: Krüger, Jürgen; Strasser, Hermann, Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik. Legitimation, Wirkung, Programmatik. Regensburg: Transfer Verlag, 13-40.
- Kunz, Volker, 2009. Der Handlungsbegriff in der Politikwissenschaft. <http://www.widerstreit-sachunterricht.de>, Jg. März 2009, Heft 12.
- Lang, Gert, 2001: Struktur des sozialen Systems und Einstellungen zu und Bewertung von sozialer Ungleichheit, der Rolle von Staat und Regierung in Österreich. Wien: unveröffentlichte Diplomarbeit.
- Langeheine, Rolf; Pannekoek, Jeroen; van de Pol, Frank, 1996. Bootstrapping goodness-of-fit measures in categorical data analysis. Sociological Methods & Research, Jg. 24, Heft 4, 492-516.
- Langer, Wolfgang, 2004: Mehrebenenanalyse. Eine Einführung für Forschung und Praxis. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH.
- Lazarsfeld, Paul F., 1950: The logical and mathematical foundations of latent structure analysis. In: Stouffer, Samuel A.; Guttman, Louis; Suchman, Edward A.; Lazarsfeld, Paul F.; Star, Shirley A.; Clausen, John A., Studies in social psychology in World War II. Volume IV: Measurement and prediction. New York: Wiley, 362-412.
- Lazarsfeld, Paul F., 1959a: Latent structure analysis. In: Koch, Sigmund, Psychology: A study of a science. New York: McGraw-Hill, 476-543.
- Lazarsfeld, Paul F. (Hg.), 1959b: Problems in methodology. New York: American Sociological Society.
- Lazarsfeld, Paul F.; Berelson, Bernhard; Gaudet, Hazel, 1944: The people's choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign. New York: Duell Sloan and Pearce.

- Lazarsfeld, Paul F.; Henry, Neil W., 1968: Latent structure analysis. Boston: Houghton Mifflin.
- Lazarsfeld, Paul F.; Menzel, Herbert, 1961: On the relation between individual and collective properties. In: Etzioni, Amitai, A sociological reader on complex organizations. New York: Holt, Rinehart, and Winston, 499-516.
- Lenhardt, Gero; Offe, Claus, 1977: Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik. In: Ferber, Christian von; Kaufmann, Franz-Xaver, Soziologie und Sozialpolitik. Sonderheft 19 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, 98-127.
- Lenski, Gerhard E., 1977: Macht und Privileg. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Lepsius, M. Rainer, 1961: Ungleichheit zwischen Menschen und soziale Schichtung. In: Glass, David Victor; König, René, Soziale Schichtung und soziale Mobilität. Sonderheft 5 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, 54-64.
- Lepsius, M. Rainer, 1990: Kulturelle Dimensionen der sozialen Schichtung. In: Lepsius, M. Rainer, Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 96-116.
- Lepsius, M. Rainer, 1990 [1979]: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Lepsius, M. Rainer, Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 117-151.
- Lepsius, M. Rainer, 2000: Die Europäische Union als Herrschaftsverband eigener Prägung. In: Joerges, Christian; Mény, Yves; Weiler, J. H. H., What kind of constitution for what kind of polity? Responses to Joschka Fischer. Florenz: European University Institute, 202-212.
- Lepsius, M. Rainer, 2008: Zur relativen Akzeptanz von sozialer Ungleichheit. In: Blank, Tobias; Münch, Tanja; Staffhorst, Christiane, Integrierte Soziologie - Perspektiven zwischen Ökonomie und Soziologie, Praxis und Wissenschaft. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hansjörg Weitbrecht. München: Rainer Hampp Verlag, 15-21.
- Lessenich, Stephan, 1994. "Three Worlds of Welfare Capitalism" - oder vier? Strukturwandel arbeits- und sozialpolitischer Regulierungsmuster in Spanien. Politische Vierteljahresschrift, Jg. 35, Heft 2, 224-244.
- Levin-Epstein, Noah; Kaplan, Amit; Levanon, Asif, 2003. Distributive justice and attitudes toward the welfare state. Social Justice Research, Jg. 16, Heft 1, 1-27.
- Levy, René, 2002. Meso-social structures and stratification analysis - a missing link? Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Jg. 28, Heft 2, 193-215.
- Lindenberg, Siegwart, 1985. An assessment of the new political economy: Its potential for the social sciences and for sociology in particular. Sociological Theory, Jg. 3, Heft 1, 99-114.
- Lo, Yungtai; Mendell, Nancy R.; Rubin, Donald B., 2001. Testing the number of components in a normal mixture. Biometrika, Jg. 88, Heft 3, 767-778.
- Lompe, Klaus, 1987: Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion. Regensburg: Transfer-Verlag.
- Lompe, Klaus; Pollmann, Birgit, 1988. Langzeitarbeitslosigkeit und Armut. Zur Lebenslage arbeitsloser Sozialhilfeempfänger. Sozialer Fortschritt, Jg. 37, Heft 5, 97-101.

Lord, Frederic Mather; Novick, Melvin R.; Birnbaum, Allan, 1968: Statistical theories of mental test scores. Reading, MA: Addison-Wesley.

Lucke, Doris, 1995: Akzeptanz: Legitimität in der "Abstimmungsgesellschaft". Opladen: Leske + Budrich.

Lucke, Doris, 1996a: Grenzen der Legitimation. Zum Strukturwandel der Akzeptanz. In: Clausen, Lars, Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt/Main: Campus, 473-483.

Lucke, Doris, 1996b. Legitimation durch Akzeptanz. Zur Subjektorientierung einer 'systematischen' Debatte. Zeitschrift für Rechtssoziologie, Jg. 17, Heft 2, 221-248.

Lucke, Doris, 1998: Riskante Annahmen - Angenommene Risiken. Eine Einführung in die Akzeptanzforschung. In: Lucke, Doris; Hasse, Michael, Annahme verweigert. Beiträge zur soziologischen Akzeptanzforschung. Opladen: Leske + Budrich, 15-35.

Lucke, Doris, 2006: Stichwort "Akzeptanz und Legitimation". In: Schäfers, Bernhard, Grundbegriffe der Soziologie. 9. Auflage, Opladen: Leske + Budrich, 12-17.

Luhmann, Niklas, 1969: Legitimation durch Verfahren. Neuwied/Berlin: Luchterhand.

Luhmann, Niklas, 1972: Rechtssoziologie 2 (2 Bände). Reinbeck: Rororo.

Luhmann, Niklas, 1984: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Luke, Douglas A., 2004: Multilevel modeling. Thousand Oaks: Sage University Paper.

MacCallum, Robert C.; Browne, Michael W.; Sugawara, Hazuki M., 1996. Power analysis and determination of sample size for covariance structure modeling. Psychological Methods, Jg. 1, Heft 2, 130-149.

Marsh, Herbert W.; Lüdtke, Oliver; Robitzsch, Alexander; Trautwein, Ulrich; Asparouhov, Tihomir; Mutén, Bengt O.; Nagengast, Benjamin, 2009. Doubly-latent models of school contextual effects: Integrating multilevel and structural equation approaches to control measurement and sampling error. Multivariate Behavioral Research, Jg. 44, Heft 5, 764-802.

Marshall, Gordon; Swift, Adam; Routh, David; Burgoyne, Carole, 1999. What is and what ought to be. Popular beliefs about distributive justice in thirteen countries. European Sociological Review, Jg. 15, Heft 4, 349-367.

Marshall, Thomas H., 1964: Class, citizenship and social development. Essays by T. H. Marshall. New York: Garden City.

Marx, Karl, 1973: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, Bd. 8. In: Marx, Karl; Engels, Friedrich, Werke. Berlin: Dietz.

Marx, Karl; Engels, Friedrich, 1961: Zur Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 13. In: Marx, Karl; Engels, Friedrich, Werke. Berlin: Dietz.

Marx, Karl; Engels, Friedrich, 1974 [1848]: Manifest der kommunistischen Partei. Stuttgart: Reclam.

- Maslow, Abraham H., 1943. A theory of human motivation. *Psychological Review*, Jg. 50, Heft 4, 370-396.
- Maslow, Abraham H., 1970: Motivation and personality. 2. Auflage, New York: Harper & Row.
- Mau, Steffen, 1997. Ideologischer Konsens und Dissens im Wohlfahrtsstaat. *Soziale Welt*, Jg. 1997, Heft 48, 17-38.
- Mau, Steffen, 2006: Grenzbildung, Homogenisierung, Strukturierung. Die politische Erzeugung einer europäischen Ungleichheitsstruktur. In: Heidenreich, Martin, Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse. Frankfurt: Campus, 109-136.
- Mau, Steffen; Büttner, Sebastian, 2008: Regionalisierung sozialer Ungleichheit im europäischen Integrationsprozess. In: Bach, Marizio; Sterbling, Anton, Soziale Ungleichheit in der erweiterten Europäischen Union. Hamburg: Krämer, 205-230.
- Mau, Steffen; Verwiebe, Roland, 2009: Die Sozialstruktur Europas. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft.
- Mau, Steffen; Verwiebe, Roland, 2010: European societies. Mapping structure and change. Bristol: The Policy Press.
- Mauss, Marcel, 1975 [1934]: Definition der allgemeinen Tatsachen des sozialen Lebens. In: Nikles, Bruno W.; Weiß, Johannes, Gesellschaft. Organismus, Totalität, System. Hamburg: Hoffmann und Campe, 133-141.
- Mayntz, Renate, 2009 [1961]: Kritische Bemerkungen zur funktionalistischen Schichtungstheorie. In: Solga, Heike; Powell, Justin; Berger, Peter A., Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse. Frankfurt/Main: Campus, 57-62.
- McCutcheon, Allan L., 1987: Latent class analysis. Newbury Park: Sage.
- Mead, George Herbert, 1973 [1934]: Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Mehta, Paras D.; Neale, Michael D., 2005. People are variables too: Multilevel structural equations modeling. *Psychological Methods*, Jg. 10, Heft 3, 259-284.
- Meredith, William, 1993. Measurement invariance, factor analysis and factorial invariance. *Psychometrika*, Jg. 58, Heft 4, 525-543.
- Merton, Robert K., 1968 [1957]: Social theory and social structure. New York: The Free Press.
- Meulemann, Heiner, 2001: Soziologie von Anfang an. Eine Einführung in Themen, Ergebnisse und Literatur. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Mohler, Peter, 1992. The International Social Survey Programme. *European Sociological Review*, Jg. 8, Heft 2, 205-207.
- Müller, Hans-Peter, 1997: Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Müller, Wolfgang; Neusüss, Christel, 1970. Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. *Sozialistische Politik*, Jg. 2, Heft 6/7, 4-68.

Münch, Richard, 2001: Offene Räume. Soziale Integration diesseits und jenseits des Nationalstaats. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Münch, Richard; Büttner, Sebastian, 2006: Die Europäische Teilung der Arbeit: Was können wir von Emile Durkheim lernen? In: Heidenreich, Martin, Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Frankfurt/Main: Campus, 65-107.

Muthén, Bengt O., 1994. Multilevel covariance structure analysis. *Sociological Methods Research*, Jg. 22, Heft 3, 376-398.

Muthén, Bengt O.; Asparouhov, Tihomir, 2011: Beyond multilevel regression modelling: Mulilevel analysis in a general latent variable framework. In: Hox, Joop J.; Roberts, J. K., *Handbook of advanced multilevel analysis*. New York: Routledge, 15-40.

Muthén, Bengt O.; Satorra, Albert, 1995: Complex sample data in structural equation modeling. In: Marsden, P., *Sociological methodology 1995*. Washington: American Sociological Association, 267-316.

Muthén, Linda K.; Muthén, Bengt O., 2010: *Mplus. Statistical Analysis With Latent Variables. User's Guide*. 6. Auflage, Los Angeles: Muthén & Muthén.

Muthén, Linda K.; Muthén, Bengt O., 2012: *Mplus. Statistical analysis with latent variables. User's guide*. 7. Auflage, Los Angeles: Muthén & Muthén.

Naegele, Gerhard, 1978: Soziale Ungleichheit im Alter. Sozialpolitische und sozialgerontologische Aspekte der Einkommenserzielung und -verwendung älterer Menschen. Köln: Hanstein Verlag.

Naegele, Gerhard, 1991. Anmerkungen zur These vom 'Strukturwandel des Alters' aus sozialpolitikwissenschaftlicher Sicht. *Sozialer Fortschritt*, Jg. 40, Heft 6-7, 162-172.

Nahnsen, Ingeborg, 1975: Bemerkungen zum Begriff und zur Geschichte des Arbeitsschutzes. In: Osterland, Martin, Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential. *Festschrift für Max E. Graf zu Solms-Roedelheim*. Frankfurt/Main: EVA, 145-166.

Nahnsen, Ingeborg, 1992: Lebenslagenvergleich. Ein Beitrag zur Vereinigungsproblematik. In: Henkel, Heinrich A; Merle, Uwe, "Magdeburger Erklärung". Neue Aufgaben der Wohnungswirtschaft. Beiträge zum deutschen Einigungsprozeß. Göttingen: Transfer Verlag, 101-144.

Neugebauer, Gero, 2007: Politische Milieus in Deutschland: Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz.

Neurath, Otto, 1925: Wirtschaftsplan und Naturalrechnung. Von der sozialistischen Lebensordnung und vom kommenden Menschen. Berlin: E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung.

Neurath, Otto, 1931: Empirische Soziologie. Der wissenschaftliche Gehalt der Geschichte und Nationalökonomie. Wien: Springer.

Neurath, Otto, 1937. Inventory of the standard of living. *Zeitschrift für Sozialforschung*, Jg. 6, 140-151.

Newcomb, Theodore M., 1950: Social psychology. New York.

Noelle-Neumann, Elisabeth; Petersen, Thomas, 2001. Zeitenwende - Der Wertewandel 30 Jahre später. Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 2001, Heft B29, 15-22.

NUTS. (2012). NUTS - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik [Electronic Version] from http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/nuts_nomenclature/introduction.

Nylund, Karen L.; Asparouhov, Tihomir; Muthén, Bengt O., 2007. Deciding on the number of classes in latent class analysis and growth mixture modeling: A Monte Carlo simulation study. *Structural Equation Modeling*, Jg. 14, Heft 4, 535-569.

OECD, 1981: The welfare state in crisis: An account of the conference on social policies in the 1980s (Paris, 20-23 October 1981). Washington: Organisation for Economic Cooperation and Development.

OECD, 2011: Devided we stand: Why inequality keeps rising. OECD Publishing.

OECD, 2012a: OECD Stat Extracts. <http://stats.oecd.org/>, 31. Okt. 2012.

OECD, 2012b: OECD-Factbook. Economic, Environmental and Social Statistics. http://www.oecd-ilibrary.org/economics/oecd-factbook_18147364, 2. Nov. 2012.

Offe, Claus, 1969: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. In: Kress, Gisela; Senghaas, Dieter, Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Frankfurt/Main: Europ. Verl.-Anst., 155-189.

Offe, Claus; Wiesenthal, Helmut, 1985: Two logics of collective action: Theoretical notes on social class and organizational form. In: Offe, Claus, Disorganized capitalism: Contemporary transformations of work and politics. Cambridge: Polity Press, 66-98.

Olson, Mancur, 1968: Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Olson, Mancur, 1985: Aufstieg und Niedergang der Nationen. Ökonomisches Wachstum, Stagflation und soziale Starrheit. Tübingen: Mohr.

Opp, Karl-Dieter, 1978: Theorie sozialer Krisen. Apathie, Protest und kollektives Handeln. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Opp, Karl-Dieter, 1983: Die Entstehung sozialer Normen. Tübingen: Mohr.

Orwell, George, 1982: Der Weg nach Wigan Pier. Zürich: Diogenes-Verlag.

Ossowski, Stanislaw, 1972: Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein. 2. Auflage, Neuwied: Luchterhand.

Pankoke, Eckart, 1986: Liberalismus im Sozialstaat. Zur Programm- und Problemgeschichte liberaler Sozialpolitik. In: Krüger, Jürgen; Strasser, Hermann, Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik. Legitimation, Wirkung, Programmatik. Regensburg: Transfer Verlag, 201-218.

Park, Alison; Jowell, Roger. 1997: Consistencies and differences in a cross-national survey. The International Social Survey Programme (1995). Lisbon: SCPR.

Parkin, Frank, 1983: Strategien sozialer Schließung und Klassenbildung. In: Kreckel, Reinhard, Soziale Ungleichheit. Soziale Welt, Sonderband 2. Göttingen: Schwartz, 121-135.

Parsons, Talcott, 1951: The social system. Glencoe: Free Press.

- Parsons, Talcott, 1973: Beiträge zur soziologischen Theorie. Darmstadt: Luchterhand.
- Parsons, Talcott, 1976: Zur Theorie sozialer Systeme. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Parsons, Talcott; Bales, Robert F., 1955: Family, socialization, and interaction process. New York: Free Press.
- Parsons, Talcott; Shils, Edward A. (Hg.), 1951: Toward a general theory of action. Theoretical foundations for the social sciences. New York: Harper.
- Peuckert, Rüdiger, 2006: Stichwort "Werte". In: Schäfers, Bernhard; Kopp, Johannes, Grundbegriffe der Soziologie. 9. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 352-355.
- Piven, Frances F.; Cloward, Richard A., 1977: Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Plessner, Helmuth, 1965 [1928]: Die Stufen des Organischen und der Mensch. Einleitung in die philosophische Anthropologie. 2. Auflage, Berlin: de Gruyter.
- Popitz, Heinrich, 1986: Phänomene der Macht. 2. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Popitz, Heinrich, 1987. Autoritätsbedürfnisse. Der Wandel der sozialen Subjektivität. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 39, Heft 4, 633-647.
- Projekt Klassenanalyse, 1973: Materialien zur Klassenstruktur der BRD. Erster Teil: Theoretische Grundlagen und Kritiken. Berlin: VSA.
- Projekt Klassenanalyse, 1974: Materialien zur Klassenstruktur der BRD. Zweiter Teil: Grundriss der Klassenverhältnisse (1950-1970). Berlin: VSA.
- Przeworski, Adam; Teune, Henry, 1970: The logic of comparative social inquiry. New York: Wiley.
- Rasbash, Jon; Steele, Fiona; Browne, William J.; Goldstein, Harvey, 2012: A user's guide to MLwiN. University of Bristol: Centre for Multilevel Modelling.
- Raudenbush, Stephen W.; Bryk, Anthony S., 2002: Hierarchical linear models. Applications and data analysis methods. 2. Auflage, Thousand Oaks: Sage.
- Reinecke, Jost, 2005: Strukturgleichungsmodelle in den Sozialwissenschaften. München, Wien: Oldenbourg.
- Reiterer, Barbara. 2003: Die Entwicklung der 'Latent Structure Analysis' von Paul F. Lazarsfeld: Eine wissenschaftshistorische Analyse. Universität Wien, Institut für Soziologie, Wien.
- Robinson, W. S., 1950. Ecological correlations and the behavior of individuals. American Sociological Review, Jg. 15, Heft 3, 351-357.
- Rodíguez-Pose, Andrés; Vilalta-Bufí, Montserrat, 2005. Education, migration, and job satisfaction: The regional returns of human capital in the EU. Journal of Economic Geography, Jg. 5, Heft 5, 545-566.
- Rokkan, Stein, 2000: Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans (Stein Rokkan. Aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora). Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Rost, Jürgen, 2006: Latent-Class-Analyse. In: Petermann, Franz; Eid, M., Handbuch der psychologischen Diagnostik. Göttingen: Hogrefe, 275-287.

Rousseau, Jean-Jacques, 1981 [1755]: Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen. In: Rousseau, Jean-Jacques, Sozialphilosophische und politische Schriften. München: Winkler, 57-161.

Runciman, Walter G., 1980 [1966]: Relative deprivation and social justice: A study of attitudes to social inequality in twentieth-century England. 4. Auflage, London: Routledge & Kegan Paul.

Sachweh, Patrick, 2010: Deutungsmuster sozialer Ungleichheit. Wahrnehmungen und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung. Frankfurt, New York: Campus Verlag.

Schäfers, Bernhard, 1999: Komparative und nicht-komparative Ansätze zur Analyse der Europäisierung der Sozialstrukturen (WZB-Arbeitspapier, No FS III 99-407). Berlin: WZB.

Schasching, Johannes, 2003. Christliche Soziallehre. PZG - Politik und Zeitgeschehen, Jg. 3, 1-32.

Schendera, Christian, 2009: Clusteranalyse mit SPSS. München: Oldenbourg.

Scheuch, Erwin K., 1969: Social context and individual behavior. In: Dogan, Mattei; Rokkan, Stein, Quantitative ecological analysis in the social sciences. Cambridge and London: M.I.T. Press, 133-155.

Scheuch, Erwin K., 2000. The use of ISSP for comparative research. ZUMA-Nachrichten, Jg. 47, Heft 4, 64-74.

Scheuch, Erwin K., 2003: Die Bedeutung der mittleren (meso) Ebene moderner Gesellschaften. In: Hillmann, Karl-Heinz; Osterdiekhoff, Georg W., Die Verbesserung des menschlichen Zusammenlebens. Opladen: Leske + Budrich, 151-162.

Scheuch, Erwin K.; Daheim, H., 1961: Sozialprestige und soziale Schichtung. In: Glass, D.; König, René, Soziale Schichtung und soziale Mobilität. Sonderheft 5 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Leske + Budrich, 65-103.

Schmidtke, Kerstin, 2005: Konzepte und Methoden zur Abbildung von Lebenslagen - Bildung von Lebenslagen-Indices am Beispiel der Berliner Sozialhilfestatistik. Berlin: Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Referat Gesundheitsberichterstattung, Epidemiologie, Gemeinsames Krebsregister, Sozialstatistisches Berichtswesen, Gesundheits- und Sozialinformationssysteme.

Schneider, Nicole; Spellerberg, Annette, 1999: Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität. Opladen: Leske + Budrich.

Schnell, Rainer; Hill, Paul B.; Esser, Elke, 2008: Methoden der empirischen Sozialforschung. 8. Auflage, München, Wien: Oldenbourg Verlag.

Schulze, Gerhard, 1990: Die Transformation sozialer Milieus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Berger, Peter A.; Hradil, Stefan, Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Soziale Welt, Sonderband 7. Göttingen: Schwartz, 409-432.

Schulze, Gerhard, 1992: Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt/Main: Campus.

Schütz, Alfred, 1971: Gesammelte Aufsätze: Das Problem der sozialen Wirklichkeit (Bd. 1), Studien zur sozialen Wirklichkeit (Bd. 2), Studien zur phänomenologischen Philosophie (Bd. 3). Den Haag: Nijhoff.

Schwenk, Otto G., 1999a: Das Konzept sozialer Lagen als Instrument der Sozialberichterstattung. In: Flora, Peter; Noll, Heinz-Herbert, Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung. Individuelle Wohlfahrt und wohlfahrtsstaatliche Institutionen im Spiegel empirischer Analysen. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag, 279-302.

Schwenk, Otto G., 1999b: Soziale Lagen in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Selig, James P.; Card, Noel A.; Little, Todd D., 2008: Latent variable structural equation modeling in cross-cultural research: Multigroup and multilevel approaches. In: Van de Vijver, Fons J. R.; Van Hemert, D. A.; Poortinga, Y. H., Multilevel analysis of individuals and cultures. Mahwah, New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates, 93-119.

Shils, Edward A., 1982: The constitution of society. Chicago, London: The University of Chicago Press.

Simmel, Georg, 1908: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin: Duncker & Humblot.

Simmel, Georg, 1977 [1900]: Philosophie des Geldes. Berlin: Duncker & Humblot.

Simon, Herbert A., 1955. A behavioral model of rational choice. *Quarterly Journal of Economics*, Jg. 69, Heft 1, 99-118.

Simon, Herbert A., 1978. Rationality as process and product of thought. *American Economic Review*, Jg. 68, Heft 2, 1-16.

Simon, Herbert A., 1993: Homo rationalis. Die Vernunft im menschlichen Leben. Frankfurt/Main: Campus.

Sinus Institut, 2010: Die Sinus-Milieus in Deutschland 2010 (http://www.sinus-institut.de/uploads/ttx_mppress/Modellwechsel_2010_neue_Charts.pdf, 29. März 2011). Heidelberg, Berlin, Zürich: Sinus Institut.

Smith, Tom W., 2009: The ISSP: History, organization and members, working principles and outcomes: An historical-sociological account. In: Haller, Max; Jowell, Roger; Smith, Tom W., The International Social Survey Programme 1984-2009: Charting the Globe. London: Routledge, 2-27.

Snijders, Tom; Bosker, Roel, 1999: Multilevel analysis. An introduction to basic and advanced multilevel modeling. London: Sage.

Sodeur, Wolfgang; Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P., 2005: Regionalisierung von statistischen Daten: Eine Einführung. In: AGRS, Regionale Standards. Eine gemeinsame Empfehlung des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (ADM), der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) und des Statistischen Bundesamtes (Ausgabe 2005). Mannheim: Arbeitsgruppe Regionale Standards unter der Leitung von Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA, Mannheim, 8-16.

Solga, Heike; Berger, Peter A.; Powell, Justin, 2009: Soziale Ungleichheit - Kein Schnee von gestern! In: Solga, Heike; Powell, Justin; Berger, Peter A., Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse. Frankfurt, New York: Campus, 11-45.

- Spellerberg, Annette, 1995: Lebensstile in Ost- und Westdeutschland. In: Glatzer, Wolfgang; Noll, Heinz-Herbert, Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung (Soziale Indikatoren, Bd. 18). Frankfurt/Main: Campus, 229-261.
- Spellerberg, Annette, 1996: Soziale Differenzierung durch Lebensstile. Eine empirische Untersuchung zur Lebensqualität in West- und Ostdeutschland. Berlin: Edition Sigma.
- Spellerberg, Annette, 1997: Lebensstile, soziale Lage und Wohlbefinden. In: Zapf, Wolfgang; Habich, Roland, Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin: Edition Sigma, 205-224.
- SPSS, 2006: SPSS 15.0 Command Syntax Reference. Chicago: SPSS Inc.
- Steenkamp, Jan-Benedict E. M.; Baumgartner, Hans, 1998. Assessing Measurement Invariance in Cross National Consumer Research. *Journal of Consumer Research*, Jg. 25, Heft 1, 78-90.
- Steyer, Rolf; Mayer, Anne-Kathrin, 1993: Messen und Testen. Berlin: Springer.
- Stouffer, Samuel A.; Guttman, Louis; Suchman, Edward A.; Lazarsfeld, Paul F.; Star, Shirley A.; Clausen, John A. (Hg.), 1950: The american soldier. Studies in social psychology in World War II. Princeton: Princeton University Press.
- Svallfors, Stefan, 1993: Policy regimes and attitudes to inequality: A comparison of three European nations. In: Boje, Thomas P; Olsson Hort, Sven E., Scandinavia in a New Europe. Oslo: Scandinavian University Press, 87-133.
- Tálos, Emmerich, 2005: Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945-2005. Innsbruck: StudienVerlag.
- Tönnies, Ferdinand, 1991 [1887]: Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.
- Treibel, Annette, 2006: Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart. 7. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Troeltsch, Ernst, 1965: Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen. Aalen: Scientia Verlag.
- Uher, Rolf, 2000. The International Social Survey Programme (ISSP). Schmollers Jahrbuch: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Jg. 120, Heft 4, 663-672.
- Ullrich, Carsten G., 2005: Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Eine Einführung. Frankfurt, New York: Campus.
- Ullrich, Carsten G., 2008: Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- UNO, 2011: Human development report 2011. Sustainability and equity: A better future for all. New York: United Nations Development Programme (UNDP).
- Van den Eeden, Pieter; Hüttner, Harry J. M., 1982. Theories for explaining multi-level effects. *Current Sociology*, Jg. 30, Heft 3, 39-54.
- Veblen, Thorsten, 1997 [1899]: Theorie der feinen Leute. Frankfurt/Main: Fischer.

- Vester, Michael; von Oerzen, Peter; Geiling, Heiko; Hermann, Thomas; Müller, Dagmar, 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. 2. Auflage, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Vobruba, Georg, 1999. Die soziale Dynamik von Wohlstandsgefällen. Prolegomena zur Transnationalisierung der Soziologie. *Soziale Welt*, Jg. 46, Heft 2, 326-341.
- von Beyme, Klaus, 2007: Föderalismus und regionales Bewusstsein. Ein internationaler Vergleich. München: Beck.
- von Davier, Matthias, 1997. Bootstrapping goodness-of-fit statistics for sparse categorical data: Results of a Monte Carlo study. *Methods of Psychological Research Online*, Jg. 2, Heft 2, 29-48.
- Wallerstein, Immanuel, 1983: Klassenanalyse und Weltsystemanalyse. In: Kreckel, Reinhard, Soziale Ungleichheit. *Soziale Welt*, Sonderband 2. Göttingen: Schwartz, 301-320.
- Warner, William Lloyd, 1942-1959: Yankee city series, Volume I - V. New Haven: Yale University Press.
- Weber, Max, 1892: Gesamtausgabe. Abt. 1, Schriften und Reden: Bd. 3, Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland. Tübingen: Mohr.
- Weber, Max, 1956 [1922]: Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr.
- Weber, Max, 1980 [1922]: Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie. 5. Auflage, Tübingen: Mohr.
- Weiber, Rolf; Mühlhaus, Daniel, 2010: Strukturgleichungsmodellierung: Eine anwendungsorientierte Einführung in die Kausalanalyse mit Hilfe von AMOS, SmartPLS und SPSS. Berlin: Springer.
- Weisser, Gerhard, 1957a: Der europäische Mensch unter dem Einfluß der Industrialisierung. Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für Heimatdienst.
- Weisser, Gerhard, 1957b: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre.(Unveröffentlichtes Manuscript). Köln.
- Weisser, Gerhard, 1966: Bemerkungen zur anthropologischen Grundlegung der für die Sozialpolitiklehre erforderlichen Lebenslagen-Analysen.(Unveröffentlichtes Manuscript). Köln.
- Weisser, Gerhard, 1978: Beiträge zur Gesellschaftspolitik: philosophische Vorfragen, beratende Sozialwissenschaft, soziale Sicherung, Mitbestimmung, Verteilungs- und Vermögenspolitik, Ordnungspolitik, besonders Einzelwirtschaftspolitik. Göttingen: Schwartz.
- Welkenhuysen-Gybels, Jerry; Billiet, Jaak; Cambré, Bart, 2003. Adjustment for acquiescence in the assessment of the construct equivalence of Likert-type score items. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, Jg. 34, Heft 6, 702-722.
- Welkenhuysen-Gybels, Jerry; van de Vijver, Fons J. R.; Cambré, Bart, 2007: A comparison of methods for the evaluation of construct equivalence in a multi-group setting. In: Loosveldt, G.; Swyngedouw, M.; Cambré, Bart, Measuring meaningful data in social research. Leuven: Acco, 357-372.
- Weltbank, 2001: World development indicators 2001. Washington: The World Bank.

West, Brady T.; Welch, Kathleen B.; Galecki, Andrzej T., 2007: Linear mixed models: A practical guide using statistical software. Boca Raton: Chapman & Hall.

Willis, Gordon B., 2005: Cognitive interviewing. A tool for improving questionnaire design. London: Sage.

Wright, Erik Olin, 1985a: Classes. London: Verso.

Wright, Erik Olin, 1985b. Wo liegt die Mitte der Mittelklasse. Prokla, Jg. 15, Heft 58, 35-62.

Wrong, Dennis H., 1961. The oversocialised conception of man in modern society. American Sociological Review, Jg. 26, Heft 2, 183-193.

Zapf, Wolfgang, 1989: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. In: Weidenfeld, Werner; Zimmermann, Hartmut, Deutschlandhandbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Bonn: Hanser, 99-124.

Anhang

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Aspekte gesellschaftlicher Ordnungssysteme	65
Tabelle 2: Dimensionen sozialer Ungleichheit	92
Tabelle 3: Dimensionierung der Lebenslage unterschiedlicher Ansätze.....	100
Tabelle 4: Gesellschaftliche Ebenen, Konzepte sozialer Ungleichheit und Akzeptanz.....	133
Tabelle 5: Bisherige und geplante Module und Erhebungsjahre des ISSP	151
Tabelle 6: Verwendete europäische Erhebungsländer des ISSP 1999 (Social Inequality III).....	153
Tabelle 7: Beschreibung der Erhebungen nach Qualitätskriterien.....	155
Tabelle 8: Inhaltlich-konzeptuelle und methodische Aspekte bei der Kontextualisierung	158
Tabelle 9: Übersicht über ausgewählte europäische Länder nach NUTS-Regionen	160
Tabelle 10: Umgesetzte Analyseschritte und Modellklassen im Überblick.....	163
Tabelle 11: Spezifikation des Konzepts der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit	168
Tabelle 12: Variablennummer und Fragebogenfragen der Akzeptanzindikatoren	180
Tabelle 13: Häufigkeitsverteilungen und deskriptive Statistiken der Akzeptanzindikatoren.....	181
Tabelle 14: Verteilungsstatistiken für die Akzeptanzindikatoren.....	181
Tabelle 15: Empirische Interkorrelationen der Akzeptanzindikatoren	182
Tabelle 16: Modellanpassung der konfirmatorischen Faktorenanalyse	183
Tabelle 17: Validitäts- und Reliabilitätskoeffizienten	184
Tabelle 18: CFA-Modellanpassung: separaten Ländermodelle und multipler Ländervergleich.....	186
Tabelle 19: Standardisierte Faktorenladungen für die separaten CFA-Ländermodelle	187
Tabelle 20: Varianz-Kovarianzen der Akzeptanzindikatoren (innerhalb und zwischen Regionen)	189
Tabelle 21: Ergebnisse des Benchmarktests für das Mehrebenenfaktorenmodell.....	190
Tabelle 22: Standardisierte Ergebnisse der konfirmatorischen Mehrebenen-Faktorenanalyse	192
Tabelle 23: Ergebnisüberblick aller konfirmatorischen Faktorenmödelle	195
Tabelle 24: Konzeptuelle und methodische Aspekte für das Mehrebenen-Akzeptanzkonzept.....	204
Tabelle 25: Verwendete Indikatoren der gesellschaftlichen Ordnung von sozialer Ungleichheit.....	219
Tabelle 26: Indikatoren der gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung: deskriptive Statistik.....	222
Tabelle 27: Kontexteffekte der Ordnungsdimensionen auf die regionale Akzeptanzbereitschaft	230
Tabelle 28: Konzeptuelle Elemente für eine empirische Umsetzung des Lebenslagenkonzepts.....	235
Tabelle 29: Deskriptive Statistik von Indikatoren der Lebenslage und sozialstatistische Kategorien .	250
Tabelle 30: Gütekriterien zur Ermittlung der Typologie von Lebenslagen	251
Tabelle 31: Beschreibung der Lagentypologie nach Indikatoren der Lebenslage	256
Tabelle 32: Soziodemografische Charakteristiken der fünf Lebenslagen (Angaben in %)	256
Tabelle 33: Lebenslage, Position, Akzeptanzbereitschaft im Kontext gesellschaftlicher Ordnung	261
Tabelle 34: Strukturierungsmerkmale und -dimensionen der Akzeptanz von sozialer Ungleichheit ..	280
Tabelle 35: Theoretische Typologie der subjektiven Akzeptanz von sozialer Ungleichheit	283
Tabelle 36: Anteilsmäßige Verteilung der Akzeptanz- und Ablehnungstypen	285

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Determinanten, Dimensionen und Auswirkungen sozialer Ungleichheit	24
Abbildung 2: Mechanismen und Prozesse sozialer Ungleichheit	55
Abbildung 3: Ordnungsbildende Aspekte für die Kristallisation von Sozialstrukturen.....	65
Abbildung 4: Dimensionen der Lebenslage zur Erreichung allgemein akzeptierter Lebensziele	92
Abbildung 5: Modellhafter Entwurf einer subjektiven Akzeptanz sozialer Ungleichheit.....	139
Abbildung 6: Die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit als latentes Faktorenmodell 2. Ordnung.....	169
Abbildung 7: Konfirmatorische Mehrebenen-Faktorenanalyse des Akzeptanzkonstrukts	178
Abbildung 8: Akzeptanzbereitschaft im Kontext gesellschaftlicher Ungleichheitsordnung.....	211
Abbildung 9: Verteilung der individuellen und regionalen Werte auf der Akzeptanzskala	224
Abbildung 10: Lebenslagenkonzept als Modell der latenten Klassenanalyse	241
Abbildung 11: Fitstatistiken des LCA-Ausgangsmodells mit 2 bis 7 Klassen (Lagen).....	252
Abbildung 12: Soziale Determinanten, Lebenslage, Position und Akzeptanz sozialer Ungleichheit... <td>258</td>	258
Abbildung 13: Akzeptanzprozess von sozialer Ungleichheit einer gesellschaftlichen Ordnung.....	270
Abbildung 14: Verteilung der empirischen Akzeptanzwahrscheinlichkeit.....	287
Abbildung 15: Verteilung der empirischen Ablehnungswahrscheinlichkeit.....	287

Deutsche Zusammenfassung

TITEL: Zur Akzeptanz sozialer Ungleichheit

HINTERGRUND/FRAGESTELLUNG: Neuere Untersuchungen weisen wieder auf eine wachsende soziale Ungleichheit hin. An diesen Befund knüpft die Frage nach den möglicherweise zunehmenden sozialen Spannungen und (Verteilungs-)Konflikten bzw. überhaupt nach der gesellschaftlichen Kohärenz. Die begründete These lautet, dass der soziale Zusammenhalt auf der relativen Akzeptanz von sozialer Ungleichheit beruht und gesellschaftlich legitimiert ist. Die Arbeit stellt in einer theoretischen Auseinandersetzung ein Akzeptanzkonzept auf und fragt, wie es mit modernen Ungleichheitstheorien fundiert werden kann. Die empirische Fragestellung lautet, wie sich das Akzeptanzkonzept mittels moderner quantitativ-statistischer Analysemethoden prüfen lässt.

DATEN/METHODEN: Zur empirischen Überprüfung wird eine Sekundäranalyse von 17943 Befragten aus 14 europäischen Ländern des International Social Survey Programme (Erhebungsmodul „Soziale Ungleichheit III“) durchgeführt und um Daten der amtlichen Statistik von 107 Regionen ergänzt. Das Konzept der subjektiven Akzeptanzbereitschaft wird zunächst mittels konfirmatorischer Faktorenanalysen (MGCFA, MLCFA) auf strukturelle Validität und Reliabilität geprüft. Die strukturellen Effekte für die Akzeptanzbereitschaft werden darüber hinaus mittels Strukturgleichungs- (LCA, MIMIC) und Mehrebenenmodellen (MLSEM) überprüft.

ERGEBNISSE: Das theoretische Akzeptanzmodell kann am Beispiel der verwendeten Sekundärdaten verifiziert werden. Erstens weist die subjektive Akzeptanzbereitschaft als Messkonzept auf strukturelle Äquivalenz hin. Zweitens variiert die Akzeptanzbereitschaft signifikant zwischen Individual- und Regionsebene. Drittens kann die strukturelle Abhängigkeit der regionalen Akzeptanzbereitschaft von kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Ungleichheitskontexten nachgewiesen werden. Darüber hinaus zeigt sich viertens, dass die Akzeptanz von der objektiven Lebenslage abhängt, die maßgeblich durch soziale Vergleichsprozesse moderiert wird.

FAZIT: Die Arbeit zeigt, wie auf Basis moderner struktur- und handlungstheoretischer Überlegungen und mittels moderner statistischer Analysemethoden zur Akzeptanzforschung beigetragen werden kann. Das aufgestellte Konzept hilft, gesellschaftliche Legitimations- und Akzeptanzprozesse von sozialer Ungleichheit besser zu verstehen (z. B. soziale Spannungen und Konflikte). Das Konzept kann auch als Instrument zur Schaffung von Planungsgrundlagen eingesetzt werden, weil es als Ausgangs- und Endpunkt an der gesamten Lebenssituation von Menschen ansetzt und die strukturellen Bedingungen und das individuelle Erleben verbindet.

English Abstract

TITLE: About the acceptance of social inequality

BACKGROUND/QUESTION: Recent studies point to a growing social inequality. Linked to these findings is the question about the possibility of increasing social tensions and (distributional) conflicts or the societal cohesion at all. The reasonable thesis is that social cohesion is based on the relative acceptance of social inequality and is legitimated by the society. In a theoretical discussion the work presents a concept of acceptance and asks how it can be substantiated with modern theories of inequality. The empirical research question is how the acceptance concept can be tested by means of modern quantitative statistical analysis.

DATA/METHODS: For empirical examination, a secondary analysis of 17943 respondents from 14 European countries of the International Social Survey Programme (survey module „Social Inequality III“) was conducted and was supplemented by data of official statistics from 107 regions. The concept of acceptance readiness (“Akzeptanzbereitschaft”) was first examined in terms of structural validity and reliability using confirmatory factor analyses (MGCFA, MLCFA). Structural effects towards the acceptance were tested by the adoption of structural equation (LCA, MIMIC) and multilevel models (MLSEM).

RESULTS: On the example of the secondary data, the theoretical acceptance model can be verified. First, the subjective readiness to accept social inequalities as a measurement concept showed structural equivalence. Second, the acceptance varies significantly between individual and regional level. Third, it was demonstrated that the regional acceptance is structurally dependent on cultural, social, political, and economic inequality contexts. Furthermore it appeared fourthly, that acceptance is dependent on the objective living situation (“Lebenslage”), which is significantly moderated by a social comparison process.

CONCLUSION: The work shows how it can be contributed to acceptance research on the basis of modern theoretical considerations about structure and behaviour as well as by using modern statistical methods of analysis. The established concept helps to better understand the social legitimization and acceptance process of social inequality (e.g. social tension and conflict). In addition, the concept can be used as a tool for the generation of planning fundaments, because it attaches to the entire living situation of people as a starting and ending point and connects structural conditions with individual experience.

Lebenslauf

Aus- und Weiterbildung

- 1994 – 2001 Magisterstudium der Soziologie an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften Fakultät der Universität Wien.
- 1999 Analysis of Survey Data & Multi-Level Analysis of Survey Data, 52nd Annual Summer Institute in Survey Research Techniques (ISR) at the University of Michigan.
- 2000 Causal Analysis with Latent Variables, 29th ZA Spring Causal Analysis, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln.
- 2004 Multivariate Abhängigkeitsanalyse II (Aufbaumodul), ZHSF-Methodenseminar des Zentrums für Historische Sozialforschung (ZHSF).
- 2005 Correspondence Analysis and Related Methods, 34th ZA Spring Seminar Dimensional Analysis, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln.
- 2006 Latent Class Analysis and Mixture Modeling, 35th ZA Spring Seminar Structural Equation and Mixture Modelling, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln.
- 2010 & 2014 Einführung in R, Zentraler Informatik Dienst (ZID) der Universität Wien.
- 2011 Cognitive Interviewing Skills, Graduiertenzentrum der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien.
- 2012 Topics in Social Science Data Analysis: Causality, Structural Equation Modeling with AMOS and Mplus, 41st GESIS-Spring Seminar, Leibnitz-Institut der Sozialwissenschaften, Köln.
- 2013 Aspects of Statistical Modeling with Survey Data: My first Bayes – Why and how to run your first Bayesian Model using Mplus, 42nd GESIS-Spring Seminar, Leibnitz-Institut der Sozialwissenschaften, Köln.
- 2013 The Challenges and Opportunities of Longitudinal Hierarchical Modeling, European Social Survey (ESS), The 13th European Training Course, Lublijana.
- 2014 Multivariate Analysis with Specialized Data in the Social Sciences: Introductory, Intermediate and Advanced Meta-Analysis Techniques, 43rd GESIS-Spring Seminar, Leibnitz-Institut der Sozialwissenschaften, Köln.

Beruflicher Werdegang

- 1996 – 1998 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der angewandten Sozialforschung, Institut für Angewandte Soziologie (IAS).
- 1998 – 2002 Studienassistent am Institut für Soziologie der Universität Wien.
- 2000 – 2011 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Alterns-, Gesundheits- und Sozialpolitikforschung (ZENTAS) bzw. am Zentrum für Soziales und Generationen (ZeSG), NÖ-Landesakademie, St. Pölten.

- 2009 – 2011 Universitätslektor für quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung, Techniken und Verfahren der Datenerhebung und Datenauswertung sowie Forschungsdesign, Institut für Soziologie der Universität Wien.
- 2011 – 2014 Freier Mitarbeiter im Bereich empirisch-quantitative Datenanalyse, Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik (WISDOM).
- Seit 2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter am Forschungsinstitut des Roten Kreuzes, Themenschwerpunkte: Alter(n)sforschung, Gesundheit/Gesundheitsförderung und Prävention, Pflege und Betreuung.

Publikationen

Herausgeberschaften

Spicker, Ingrid; Lang, Gert (Hg.), 2009: Gesundheitsförderung auf Zeitreise. Herausforderungen und Innovationspotenziale auf dem Weg in die Zukunft. Wien: Facultas.

Sprengseis, Gabriele; Lang, Gert (Hg.), 2006: Vom Wissen zum Können – Forschung für NPOs im Gesundheits- und Sozialbereich. Wien: Facultas.

Buchbeiträge

Lang, Gert, 2009: Gesundheitsförderung in Wissenschaft, Politik und Praxis: Was die Interaktion der AkteurInnen erfolgreich macht. In: Spicker, Ingrid; Lang, Gert, Gesundheitsförderung auf Zeitreise. Herausforderungen und Innovationspotenziale auf dem Weg in die Zukunft. Wien: Facultas, 218-228.

Lang, Gert, 2011: Lebensqualität im Altenpflegeheim. Typologische Befunde ihrer Gestaltung. In: Ehalt, Hubert Christian; Norden, Gilbert; Reinprecht, Christioph; Weiss, Hilde, Lebensqualität in modernen Gesellschaften. Festschrift für Wolfgang Schulz. Frankfurt/Main: Peter Lang, 141-150.

Lang, Gert, 2013: Zur sozialen Lage und Lebensqualität älterer Frauen in Österreich. In: Kolland, Franz; Müller, Karl H., Alter und Gesellschaft im Umbruch. Festschrift für Anton Amann. Wien: Edition Echoraum, 121-138.

Lang, Gert, 2014: Zur Befragung und Befragbarkeit von kognitiv eingeschränkten und demenziell veränderten Menschen in Alten- und Pflegeheimen. In: Amann, Anton; Kolland, Franz, Das Erzwungene Paradies des Alters? Fragen an Eine Kritische Gerontologie. 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (in Druck).

Lang, Gert; Bachinger, Almut; Bammer, Doris, 2011: Kriterien der Nachhaltigkeit für die Förderung der psychischen Gesundheit. Am Beispiel des European Network for Mental Health Promotion (ENMHP). In: Fachhochschulstudiengänge Burgenland Ges.m.b.H, Nachhaltigkeit in der Gesundheitsförderung. Eisenstadt: E. Weber Verlag, 29-38.

Lang, Gert; Resch, Katharina, 2008: Gesundheitsförderung für Ältere in Europa: zwar vorhanden, aber lückenhaft. In: Spicker, Ingrid; Sprengseis, Gabriele, Gesundheitsförderung stärken. Kritische Aspekte und Lösungsansätze. Wien: Facultas, 157-170.

Lang, Gert; Sprengseis, Gabriele, 2006: Vorspann: Der Wandel als multifaktorielle und interdisziplinäre Herausforderung für den Gesundheits- und Sozialbereich. In: Sprengseis,

Gabriele; Lang, Gert, Vom Wissen zum Können - Forschung für NPOs im Gesundheits- und Sozialbereich. Wien: Facultas, 19-25.

Schulz, Wolfgang; Strodl, Robert; Lang, Gert, 2005: Alter und Lebensqualität – Eine methodologische Diskussion zum Stellenwert der „Variable“ Alter. In: Amann, Anton; Majce, Gerhard, Soziologie in interdisziplinären Netzwerken. Wien: Böhlau, 211-223.

Spicker, Ingrid; Lang, Gert, 2009: Einleitung: Gesundheitsförderung auf dem Weg in die Zukunft. In: Spicker, Ingrid; Lang, Gert, Gesundheitsförderung auf Zeitreise. Herausforderungen und Innovationspotenziale auf dem Weg in die Zukunft. Wien: Facultas, 13-25.

Fachzeitschriften

Brown, Patrick; Lang, Gert; Resch, Katharina, 2012. Evidence-based health promotion for older people and instrumentalisation: comparing the influence of policy contexts in Austria and England. *Critical Public Health*, Jg. 22, Heft 4, 441-453.

De Donder, Liesbeth; Lang, Gert; Luoma, Minna-Liisa; Penhale, Bridget; Ferreira Alves, José; Tamutiene, Ilona; Santos, Ana J.; Koivusilta, Mira; Enzenhofer, Edith; Perttu, Sirkka; Savola, Tiina; Verté, Dominique, 2011. Perpetrators of abuse against older women: a multi-national study in Europe. *Journal of Adult Protection*, Jg. 13, Heft 6, 302-314.

De Donder, Liesbeth; Lang, Gert; Penhale, Bridget; Ferreira-Alves, José; Tamutiene, Ilona; Verté, Dominique; Luoma, Minna-Liisa, 2013. Item non-response when measuring elder abuse: influence of methodological choices. *European Journal of Public Health*, Jg. 23, Heft 6, 1021-1026.

De Donder, Liesbeth; Luoma, Minna-Liisa; Penhale, Brigit; Lang, Gert; Santos, Ana J.; Tamutiene, Ilona; Koivusilta, Mira; Schopf, Anna; Ferreira Alves, José; Reingardé, Jolanta; Perttu, Sirkka; Savola, Tiina; Verté, Dominique, 2011. European map of prevalence rates of elder abuse and its impact for future research. *European Journal of Ageing*, Jg. 8, Heft 2, 129-143.

Lang, Gert, 2013. Gesundheit und Lebensqualität älterer Frauen. Elaborationsformel und Pfadanalyse? *e-Wisdom*, Jg. 2013, Heft 5, 57-82.

Lang, Gert, 2014. Über Gewalt und Misshandlung von älteren Frauen im sozialen Nahraum, ihre Verbreitung und Muster. *SWS-Rundschau*, Jg. 54, Heft 1, 32-50.

Lang, Gert; Bachinger, Almut; Welechovszky, Martina, 2013. Determinanten der Lebensqualität älterer Frauen. Zum Stellenwert der wahrgenommenen Sicherheit und Eingebundenheit. *SWS-Rundschau*, Jg. 53, Heft 2, 196-215.

Lang, Gert; De Donder, Liesbeth; Penhale, Bridget; Ferreira-Alves, José; Tamutiene, Ilona; Luoma, Minna-Liisa, 2014. Measuring older adults' abuse: evaluation of formative indicators to promote brevity. *Educational Gerontology*, Jg. 40, Heft 7, 531-542.

Lang, Gert; Enzenhofer, Edith, 2013. Lebensqualität älterer Frauen bei Abhängigkeit und Gewalt. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, Jg. 46, Heft 1, 27-34.

Lang, Gert; Löger, Bernd; Amann, Anton, 2007. Well-being in the nursing home. A methodological approach towards the quality of life. *Journal of Public Health*, Jg. 15, Heft 2, 109-120.

Lang, Gert; Spicker, Ingrid, 2011. Kommunale Gesundheitsförderung für Ältere in österreichischen Gemeinden: Umsetzungsbedingungen aus der Sicht von Bürgermeistern. Prävention und Gesundheitsförderung, Jg. 6, Heft 1, 27-33.

- Spicker, Ingrid; Lang, Gert, 2010. Kommunale Gesundheitsförderung in Österreich. Voraussetzungen, Akteure und Rollen. Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus einer empirischen Untersuchung. Soziale Sicherheit, Jg. 2010, Heft November, 522-526.
- Tamutiene, Ilona; De Donder, Liesbeth; Penhale, Brigit; Lang, Gert; Ferreira-Alves, José; Luoma, Minna-Liisa, 2013. Help seeking behaviour of abused older women (cases of Austria, Belgium, Finland, Lithuania and Portugal). *Filosofija. Sociologija*, Jg. 24, Heft 4, 217-225.
- Wahlbeck, Kristian; Braddick, Fleur; Gabilondo, Andrea; McDaid, David; Lang, Gert; O'Sullivan, Chris, 2010. European Pact for Mental Health and Well-being: Collating forces to put mental health on the EU political agenda. *Die Psychiatrie*, Jg. 7, Heft 2, 74-80.

Projektberichte

- Amann, Anton; Datler, Wilfried; Seidl, Elisabeth; Ehgartner, Günther; Lang, Gert; Trunkenpolz, Kathrin; Walter, Ilsemarie. 2010a: Lebensqualität im Pflegeheim. „An empirical investigation into the life world and life quality of nursing home residents“, Band I: Kontexte und Konzepte – Integrierte Ergebnisse. Wien: Universität Wien.
- Amann, Anton; Lang, Gert; Ehgartner, Günther; Hausenbiegel, Angelika; Estermann, Josef. 2010b: Lebensqualität im Pflegeheim. „An empirical investigation into the life world and life quality of nursing home residents“, Band II: Soziologische Untersuchungen. Wien: Universität Wien.
- Lang, Gert; Resch, Katharina; Hofer, Kathrin; Braddick, Fleur; Gabilondo, Andrea, 2010: Background Document for the Thematic Conference on Mental Health and Well-being among Older People. Luxembourg: European Communities.
- Resch, Katharina; Strümpel, Charlotte; Wild, Monika; Hackl, Cornelia; Lang, Gert, 2010: Evidenzbasierte Leitlinien für die Gesundheitsförderung für ältere Menschen. Wien: Österreichisches Rotes Kreuz, finanziert von der Europäischen Kommission, Kofinanziert vom Fonds Gesundes Österreich mit der Unterstützung des Bundesministeriums für Gesundheit.
- Spicker, Ingrid; Lang, Gert, 2011: Kommunale Gesundheitsförderung mit Fokus auf ältere Menschen (Wissen 4). Wien: Fonds Gesundes Österreich, ein Geschäftsbereich der Gesundheit Österreich GmbH.
- Wynne, Richard; McAnaney, Donal; Jeffares, Isabelle; Sisask, Merike; Mitendorf, Airi; Laido, Zrinka; Värnik, Airi; Lang, Gert; Bachinger, Almut; Bammer, Doris; Welechovszky, Martina; et al., 2013: Förderung psychischer Gesundheit. Handbuch in Diensten und Einrichtungen für ältere Menschen. Gefördert durch EU Health Programme 2008-2013 (Agreements Number: 2009 12 13) und dem Fonds Gesundes Österreich (FGÖ): MHP Hands Consortium.